

Festgaben für Wilhelm Lexis zur siebzigsten Wiederkehr seines ...

Georg Adler, Otto
Arendt, Ladislaus
von Bortkiewicz, ...



Harvard College Library



FROM THE
**J. HUNTINGTON WOLCOTT
FUND**

GIVEN BY ROGER WOLCOTT [CLASS
OF 1870] IN MEMORY OF HIS FATHER
FOR THE "PURCHASE OF BOOKS OF
PERMANENT VALUE, THE PREFERENCE
TO BE GIVEN TO WORKS OF HISTORY,
POLITICAL ECONOMY AND SOCIOLOGY"

©

FESTGABEN
FÜR
WILHELM LEXIS

ZUR SIEBZIGSTEN WIEDERKEHR
SEINES GEBURTSTAGES

DARGEBRACHT

VON

G. ADLER, O. ARENDT, L. v. BORTKIEWICZ,
M. KANDT, A. MANES, G. MAYER, C. NEUBURG,
W. STIEDA.



VERLAG VON GUSTAV FISCHER IN JENA.
1907.

Econ 1578.2



Wolcott fund

Alle Rechte vorbehalten.

Verehrter Meister!

Eine Anzahl Ihrer Schüler hat sich verbunden, Ihnen zum siebenzigsten Geburtstag ihre Verehrung und Dankbarkeit auszusprechen, und bringt Ihnen als deren Ausdruck einen bunten Strauß volkswirtschaftlicher Abhandlungen dar. Neben dem abstrakten Theoretiker steht der praktische Währungspolitiker, zu dem Statistiker und Vertreter der Versicherungswissenschaft gesellen sich Männer, deren Forschung und Lehre sich auf finanzwissenschaftlichem oder wirtschaftsgeschichtlichem Gebiet bewegen: so vielfältigen Samen haben Sie gepflanzt, so mannigfach ist die Anregung, die Sie Ihren Schülern gegeben haben, — und insofern gelangt auch in dieser Sammlung die wahrhaft erstaunliche Universalität Ihrer Forschungen zum Ausdruck.

Trotz der bewundernden Anerkennung, die Ihnen die verschiedenen Gebiete der Nationalökonomie und der Statistik behandelnden Werken von Anfang an zuteil geworden ist, hat Ihre Charakterstärke stets Sie davor bewahrt, die Meinungen Anderer gering zu schätzen. Wie Sie als Lehrer Ihre Schüler zu eigenem Denken zu erziehen wußten und die Entfaltung der Individualitäten durch die Autorität Ihrer Persönlichkeit nicht gehemmt, sondern stets gefördert haben, so haben Sie auch mit wahrhaft rührender Bescheidenheit, wenn Sie die eigne Anschauung vertraten, diejenige Anderer zu würdigen gewußt und selbst in der

IV

wissenschaftlichen Polemik Ihre geistige Überlegenheit in der Milde bewiesen, mit der Sie abweichenden Meinungen gerecht wurden.

Wahrheitsliebe, Gründlichkeit und tiefer Ernst galten Ihnen stets als das Höchste. Mit der scharfen Erfassung des Problems, der exakten Präzisierung der Begriffe verbanden Sie eine lichtvolle Darstellung, die nie das Verständnis für die Aufgaben des Lebens vermissen ließ.

Auf der Höhe Ihrer Schaffenskraft treten Sie in das achte Jahrzehnt des Lebens ein. Nicht bloß aus den persönlichen Beziehungen heraus, die uns mit Ihnen verbinden, sondern nicht minder auch im Interesse der Wissenschaft, die Ihnen so Vieles verdankt, rufen wir Ihnen heute aus bewegttem Herzen zu:

In multos annos!

Inhalt.

	Seite
Adler, Georg, Stirners anarchistische Sozialtheorie	1
Arendt, Otto, Das Ende des Währungsstreits	47
v. Bortkiewicz, Ladislaus, Wie Leibniz die Diskontierungsformel begründete	59
Manes, Alfred, Die Einkommensteuer in der englischen Finanz-Politik und -Literatur bis zu William Pitts Tode	97
Mayer, Gustav, Die Lösung der deutschen Frage im Jahre 1866 und die Arbeiterbewegung	221
Neuburg, Clamor, Der Zusammenhang zwischen römischem und deutschem Bergbau	269
Stieda, Wilhelm, Auktionen	301
Kandt, Moritz, Über verschiedene Prämien-Sparsysteme und ihre volkswirt- schaftliche Bedeutung	337

I.

Stirners anarchistische Sozialtheorie.

Von

Prof. Dr. Georg Adler (Kiel).

*„Auch die moralische Erde ist rund!
Auch die moralische Erde hat ihre Antipoden!
Auch die Antipoden haben ihr Recht des Daseins!“*
Nietzsche.

I.

Das autonome Individuum und die Außenwelt.

Ludwig Feuerbach hatte das „Jenseits“ als Geschöpf menschlicher Einbildungskraft aufgezeigt und alle Gedanken, alle Hoffnungen des Menschen auf das „Diesseits“ konzentriert: auf den Thron, den bisher Gott eingenommen, ward von ihm das menschliche Ich, d. h. das Gattungs-Ich, also die Menschheit als solche erhoben, deren Vervollkommnung alles irdische Leben geweiht sein sollte, womit jedem einzelnen Menschen sein Ziel gegeben war. Hier tut nun Max Stirner den Schritt, die „Menschheit“ als Ideal genau so zu verwerfen, wie Feuerbach die Gottheit verworfen hatte, — nämlich als Produkt menschlicher Phantasie, das zur Knechtung des Menschen benutzt würde.

Was — fragt Stirner — ist das einzige Reale in der Welt? Und er antwortet: das empirische Ich — und nichts anderes!

Jeder Mensch stellt ein einziges Exemplar dar, das selbstverständlich sich als Selbstzweck betrachten muß. „Ich habe wohl Ähnlichkeit mit andern; das gilt jedoch nur für die Vergleichung oder Reflexion; in der Tat bin ich unvergleichlich, einzig. Mein Fleisch ist nicht ihr Fleisch, mein Geist ist nicht ihr Geist. Bringt Ihr sie unter die Allgemeinheit „Fleisch, Geist“, so sind das Eure Gedanken, die mit meinem Fleische, meinem Geiste Nichts zu schaffen haben“ (Stirner). Darum respektiere oder erkenne ich an den Anderen Nichts an, sondern verbrauche sie. Am Salze finde ich, daß es mir die Speisen schmackhaft macht, darum lasse ichs zergehen; im Fische erkenne ich ein Nahrungsmittel, darum verspeise ich ihn; an Dir entdecke ich die Gabe, mir das Leben zu erleichtern, darum wähle ich Dich zum Gefährten. „Mir bist Du nur dasjenige, was Du für mich bist, nämlich mein Gegenstand, und weil mein Gegenstand, darum mein

Eigentum!“ (Stirner). Jedes Ich ist also ein einziges und seine natürliche Aufgabe ist: soweit ihm möglich, die Außenwelt seinen Bedürfnissen dienstbar, sie damit zu seinem Eigentum zu machen (woraus sich der Titel seines Buches: „Der Einzige und sein Eigentum“ erklärt). Jeder ist das Zentrum seiner Welt. Welt ist ja nur das, was er nicht selber ist, was aber zu ihm gehört, mit ihm in Beziehung steht, für ihn da ist. Um Dich dreht sich Alles, Du bist die Mitte der Außenwelt und die Mitte der Gedankenwelt. Deine Welt reicht soweit, als Dein Fassungsvermögen reicht, und was Du umfassest, das ist durch das bloße Fassen Dein eigen.

Das empirische Ich, das denkt und will, ist real wie die Natur. Nicht real sind dagegen — die Ideen. „Keine Idee hat Dasein, denn keine ist der Leibhaftigkeit fähig“ (Stirner)¹⁾. Meine Vernunft, meine Liebe haben Realität, — Vernunft und Liebe an sich sind nur etwas Gedachtes und ohne Realität. Und ebenso gibt es wohl viele einzelne Menschen, — aber die Gesamtheit als solche hat keine Realität. „Ist denn die Gesellschaft leibhaftig? fragt Stirner. — Wir sind ihr Leib! — Ihr? Ihr seid ja selbst kein Leib; Du zwar bist leibhaftig, auch Du und Du, aber Ihr zusammen seid nur Leiber, kein Leib. Mithin hätte die einzige Gesellschaft zwar Leiber zu ihrem Dienste, aber keinen einigen und eigenen Leib.“ Ebenso sind auch Volk, Vaterland, Menschheit, Moral, Pflicht, Gott keine Realitäten, sondern bloß — fixe Ideen, also ein Spuk. Sie sollen sein: Sache des egoistischen Beliebens; nicht aber sollen die Ideen die Rolle der entscheidenden Macht spielen, was so häufig der Fall. Ein Interesse, es sei wofür es wolle, hat an mir, wenn ich nicht davon loskommen kann, einen Sklaven erbeutet, und ist nicht mehr mein Eigentum, sondern ich bin das seine! Ich muß erkennen: wenn sich eine Idee in mir festsetzt und unauflöslich wird, so werde

1) Wendet man gegen Stirner ein, daß somit auch die Idee des Einzigen kein Dasein habe, so ist hierauf zu erwidern: daß der „Einzige“ überhaupt kein Begriff sei, sondern nur ein Name für den wirklichen individuellen Menschen. Stirner nennt den Einzigen und sagt zugleich: Namen nennen Dich nicht; er spricht ihn aus, indem er ihn den Einzigen nennt, und fügt doch hinzu, der Einzige sei nur ein Name; er meint also etwas Anderes, als er sagt, wie etwa Derjenige, der Dich Ludwig nennt, nicht einen Ludwig überhaupt, sondern Dich meint, für den er kein Wort hat. Du kannst Dich eben nicht definieren, denn Du bist kein Begriff.

Die Absicht Stirners war darauf gerichtet, ein Prädikat zu finden, das so allgemein wäre, daß es Jeden in sich begriffe. Nun drückt freilich das Prädikat „Mensch“ wirklich aus, was Jeder ist. Allein dieses Was ist zwar Ausdruck für das Allgemeine in Jedem, für das, was Jeder mit dem Andern gemein hat, aber es drückt nicht aus, wer Jeder ist. Bist Du damit erschöpft, daß man sagt, Du seiest Mensch? Hat man damit auch ausgesprochen, wer Du bist? Erfüllt jenes Prädikat „Mensch“ die Aufgabe des Prädikats, das Subjekt ganz auszudrücken, und läßt es nicht im Gegenteil am Subjekte gerade die Subjektivität weg und sagt nicht, wer, sondern nur, was das Subjekt sei? Soll daher das Prädikat einen Jeden in sich begreifen, so muß ein Jeder dann als Subjekt erscheinen d. h. nicht bloß als Das, was er ist, sondern als der, der er ist. Wie aber kannst Du auftreten, als Der, der Du bist, wenn Du nicht selber auftrittst? Bist Du ein Doppelgänger oder bist Du nur einmal da? Du bist nirgends außer Dir, bist nicht zum zweiten Male in der Welt, Du bist — einzig! Du kannst nur auftreten, wenn Du leibhaftig auftrittst!

ich ihr Gefangener und Knecht d. h. ein Besessener. Darum muß ich Sorge tragen, daß ich mein Eigentum (wozu auch die Ideen gehören) mir sichere, und um es zu sichern, muß ich's jederzeit in mich zurücknehmen, in ihm jede Regung nach Selbständigkeit vernichten und verhindern, daß es sich fixieren und zu einer „fixen Idee“ oder „Sucht“ werden kann¹⁾. Fort darum mit jeder Sache, die nicht ganz und gar meine Sache ist! Ihr meint, meine Sache müsse wenigstens die „gute Sache“ sein? Was gut, was böse! Ich bin ja selber meine Sache, und ich bin weder gut noch böse. Beides hat für mich keinen Sinn. Meine Sache ist weder der Dienst der Gottheit oder der Menschheit, noch das Wahre, Gute, Rechte, Freie u. s. w., sondern allein das Meinige, und sie ist keine allgemeine, sondern ist — einzig, wie ich einzig bin. Mir geht Nichts über mich!

Für einen solchen Egoisten hat nur seine Geschichte Wert, weil er nur sich entwickeln will, nicht die Menschheits-Idee, nicht den Plan Gottes, nicht die Absichten der Vorsehung, nicht die Freiheit u. dergl. Er sieht sich nicht für ein Werkzeug der Idee oder ein Gefäß Gottes an, er erkennt keinen Beruf an, er wähnt nicht, zur Fortentwicklung der Menschheit da zu sein und sein Scherflein dazu beitragen zu müssen, sondern er lebt sich aus, unbesorgt darum, wie gut oder schlecht die Menschheit dabei fahre! Was, bin ich dazu in der Welt, um Ideen zu realisieren? Um etwa zur Verwirklichung der Idee „Staat“ durch mein Bürgertum das Meinige zu tun oder durch die Ehe, als Ehegatte und Vater, die Idee der Familie zur Realität zu bringen? Was ficht mich ein solcher Beruf an! Ich lebe so wenig nach einem Berufe als die Blume nach einem Berufe wächst und duftet. Ich weiß mich als Einzigem; und jedes höhere Wesen über mir, sei es Gott, sei es die Menschheit, schwächt das Gefühl meiner Einzigkeit und erbleicht erst vor der Sonne dieses Bewußtseins.

Feuerbach und seinem Menschheitsideal gegenüber formuliert demnach Stirner seine Aufgabe dahin: „Das Jenseits außer uns ist allerdings weggelagt, und das große Unternehmen der Aufklärer vollbracht; allein das Jenseits in uns ist ein neuer Himmel geworden und ruft uns zu erneuten Himmelsstürmen auf: Der Gott hat Platz machen müssen, aber nicht uns, sondern — ‚dem Menschen.‘“

Aber es handelt sich für das Individuum nicht bloß darum, frei zu sein, sondern auch darum, seine Eigenheit zu entwickeln. Frei sein von etwas — heißt nur; ledig oder los sein. Und wird man selbst von Allem frei, so hat man eben Nichts mehr; denn die Freiheit ist inhaltsleer. Wer sie nicht zu benutzen

1) „Was nennt man denn eine fixe Idee? Eine Idee, die den Menschen sich unterworfen hat. Ob aber ein armer Narr des Tollhauses von dem Wahne besessen ist, er sei Gott der Vater usw. oder ob ein behaglicher Bürger sich einbildet, es sei seine Bestimmung, ein guter Christ, ein loyaler Bürger, ein tugendhafter Mensch usw. zu sein — das ist beides ein und dieselbe fixe Idee. Wer es nie versucht und gewagt hat, kein guter Christ, kein tugendhafter Mensch usw. zu sein, der ist in der Gläubigkeit, Tugendhaftigkeit usw. gefangen und befangen“ (Stirner).

weiß, für den hat sie keinen Wert, diese unnütze Erlaubnis; wie ich sie aber benutze, das hängt von meiner Eigenheit ab. Ich habe gegen die Freiheit Nichts einzuwenden, aber ich wünsche Dir mehr als Freiheit; Du müßtest nicht bloß los sein, was Du nicht willst, Du müßtest auch haben, was Du willst, Du müßtest nicht nur ein Freier, Du müßtest auch ein Eigner sein! Also: Eigenheit, das ist mein ganzes Wesen und Dasein, das bin ich selbst. Frei bin ich von dem, was ich los bin, Eigner von dem, was ich in meiner Macht habe oder dessen ich mächtig bin. Mein eigen bin ich jederzeit und unter allen Umständen, wenn ich mich zu haben verstehe und nicht an Andere wegwerfe. Der Zukunft sind die Worte vorbehalten: ich bin Eigner der Welt der Dinge, und ich bin Eigner der Welt des Geistes!

II.

Behinderungen der individuellen Autonomie im allgemeinen.

Wodurch ist das Individuum bisher daran gehindert worden, sich seinen Bedürfnissen gemäß auszuleben? Zunächst — sagt Stirner — durch die ihm eingegebenen Ideen, die seine Eigenheit unterdrückten. Wenn somit das Eigen dem Eingeegebenen entgegengestellt wird, so will der Einwurf Nichts verschlagen, daß wir Isoliertes nicht haben können, sondern Alles im Weltzusammenhange, also durch den Eindruck des um uns Befindlichen empfangen, mithin gewissermaßen als ein „Eingegebenes“ haben. Denn, erklärt Stirner, es ist ein großer Abstand zwischen den Gefühlen und Gedanken, die durch Anderes in mir angeregt, und denen, die mir gegeben werden. Gott, Unsterblichkeit, Freiheit usw. werden uns von Kindheit an als Gedanken und Gefühle eingeprägt, die kräftiger oder flauer unser Inneres bewegen: hier handelt es sich regelmäßig nicht um angeregte, sondern um eingegebene Gefühle, weil wir an sie glauben und an ihnen hängen müssen.

Der Unterschied ist also der, ob mir Gefühle eingegeben oder nur angeregt sind. Die angeregten Gefühle sind eigne, egoistische, weil sie mir nicht als Gefühle eingeprägt, vorgesagt und aufgedrungen wurden. Zu den eingegebenen Gefühlen dagegen spreize ich mich auf, hege sie in mir wie ein Erbeil, kultiviere sie und bin von ihnen besessen. Jeder hat es wohl gemerkt,

daß unsere ganze Erziehung darauf ansieht, Gefühle in uns zu erzeugen, d. h. sie uns einzugeben, — statt die Erzeugung derselben uns zu überlassen, wie sie auch ausfallen mögen. Hören wir den Namen Gottes, so sollen wir Gottesfurcht empfinden, hören wir den der fürstlichen Majestät, so soll er mit Ehrfurcht und Untertänigkeit aufgenommen werden, hören wir den der Moral, so sollen wir etwas Unverletzliches zu hören meinen, usw. So mit eingegebenen Gefühlen vollgestopft, erscheinen wir vor den Schranken der Mündigkeit; und zwar sind die Jungen dann mündig, wenn sie zwitschern wie die Alten; man hetzt sie durch die Schule, damit sie die alte Leier lernen, und haben sie diese inne, so erklärt man sie für mündig.

Wie wir gesehen, sucht der Mensch aus dem Wirrwarr der Welt, worin er mit allem Anderen bunt durcheinander herumgewürfelt wird, sich herauszufinden und sich zu gewinnen. Doch wehrt sich wiederum das Meiste, was mit dem Menschen in Berührung kommt, gegen dessen Eingriffe und behauptet sein eignes Bestehn. Mithin ist, weil jeder Teil auf sich hält und zugleich mit dem andern in stete Kollision gerät, der Kampf der Selbstbehauptung unvermeidlich. Die ganze Weltgeschichte ist von solchen Kämpfen der Menschen untereinander erfüllt. Siegen oder Unterliegen, — zwischen beiden Wechselfällen schwankt das Kampfgeschick. Der Sieger wird der Herr, der Unterliegende der Untertan: der Sieger übt die Hoheit und „Hoheitsrechte“, der Untertan erfüllt in Ehrfurcht und Respekt die „Untertanenpflichten“. Aber Feinde bleiben beide und liegen immer auf der Lauer: sie lauern einer auf die Schwäche des Andern! Man lasse sich über diesen Tatbestand nicht dadurch täuschen, daß äußerlich Alles durch Gesetze und Rechtssatzungen geordnet erscheint: faktisch giebt der die Gesetze und schafft der Recht, der die Gewalt hat, — also der Sieger in den erwähnten Kämpfen. So ist es dahin gekommen, daß sich bisher in der Weltgeschichte — seit den Zeiten von Sklaverei und Leibeigenschaft — die Meisten um ihre natürlichsten und offenbarsten Interessen haben prellen lassen. Es sind immer nur — durch Recht, Gesetz und alle Zeremonien der Gerechtigkeit in heiligem Respekt gehaltene — Gesellschaften gestiftet worden, in denen die Bedürfnisse der Einen auf Kosten der Anderen befriedigt werden, in denen z. B. die Einen das Bedürfnis der Ruhe dadurch befriedigen, daß die Andern bis zur Erschlaffung arbeiten müssen, oder ein Wohlleben dadurch führen, daß Andere kümmerlich leben, ja wohl gar verhungern.



III.

Kritik der herrschenden Ordnung.

Naturgemäß übt Stirner von seinem egozentrischen Standpunkte aus an der gegenwärtig herrschenden Ordnung eine besonders eingehende Kritik, — die im Prinzip radikalste, die diese Ordnung je erfahren hat.

Wir lassen uns widerstandslos von äußern und innern Gewalten beherrschen. Da haben wir zu oberst Staat und Gesellschaft, die auf der Unterjochung der Individuen durch fremde Gewalten basieren. Der Wille, den die Gesellschaft äußert, ist das Recht: sie besteht nur durch das Recht. Da sie aber nur dadurch besteht, daß sie über die Einzelnen eine Herrschaft übt, so ist das Recht ihr Herrscherwille. Alles bestehende Recht jedoch ist — fremdes Recht, ist Recht, das mir von Fremden aufgedrungen wird, mögen diese Fremden nun Despoten, Priester, Adel oder die Majorität der Gesellschaftsmitglieder sein! Ich soll das königliche Recht verehren unterm absoluten Königtum, das Volksrecht in Republiken usw. Diesen Rechten soll ich mich unterordnen, soll sie für heilig halten. Auch die radikalsten Revolutionäre wollen mich einem solchen „heiligen“ Rechte unterwerfen, wenn auch einem neuen, — dem „Rechte Aller“. Das Recht „Aller“ soll meinem Rechte vorgehen. Als ein Recht Aller wäre es allerdings auch mein Recht, da ich zu Allen mitgehöre; allein, daß es zugleich ein Recht Anderer oder gar aller Andern ist, das bewegt mich nicht zur Aufrechterhaltung desselben. Nicht als ein Recht Aller werde ich es verteidigen, sondern als mein Recht, und jeder Andere mag dann zusehn, wie er sichs gleichfalls bewahre! Denn ich leite alles Recht und alle Berechtigung aus mir her: darum bin ich zu Allen berechtigt, dessen ich mächtig bin. Ich entscheide, ob es in mir das Rechte ist; außer mir gibt es kein Recht.

Was Recht sein soll in einer Gesellschaft, das kommt zu Worte im Gesetz. Wie auch das Gesetz sei, es muß vom loyalen Bürger respektiert werden. Man bemüht sich, Gesetz von willkürlichem Befehl zu unterscheiden, weil es von einer berechtigten Autorität ausgehe. Allein ein Gesetz über menschliches Handeln ist immer eine Willenserklärung, mithin Befehl. Ja, wenn ich das Gesetz mir auch selbst gäbe, — es wäre doch nur mein Befehl, dem ich im nächsten Augenblick den Gehorsam verweigern kann. Es mag Jemand wohl erklären, was er sich gefallen lassen wolle, mithin durch ein Gesetz das Gegenteil sich verbitten, widrigenfalls er den Übertreter als seinen Feind behandeln werde; aber über meine Handlungen hat Niemand zu gebieten, Keiner mir mein Handeln

vorschreiben und mir darin Gesetze zu geben. Ich muß mir gefallen lassen, daß er mich als seinen Feind behandelt, — allein niemals, daß er mit mir als seiner Kreatur umspringt und daß er seine Vernunft oder auch Unvernunft zur Richtschnur meines Handelns macht.

Es dauern die Staaten nur solange, als es einen herrschenden Willen gibt und dieser herrschende Wille von den Individuen für gleichbedeutend mit dem eigenen Willen angesehen wird. Der Herrs Wille ist — Gesetz. Es kann der Staat des Anspruchs sich nicht entschlagen, den Willen des Einzelnen zu bestimmen. Für ihn ist unumgänglich nötig, daß Niemand einen eignen Willen habe; hätte ihn Einer, so müßte der Staat diesen ausschließen (z. B. durch Einsperrung); hätten ihn Alle, so schafften sie den Staat ab. Der Staat ist nicht denkbar ohne Herrschaft und Knechtschaft (Untertanenschaft), — denn der Staat muß der Herr sein wollen Aller, die er umfaßt. Jeder Staat ist eine Despotie, sei nun Einer oder Viele der Despot, oder seien, wie in manchen Republiken, Alle die Herren, d. h. despotisiere Einer den Andern. Es ist nämlich dann der Fall, wenn das jedesmal gegebene Gesetz fortan für den Einzelnen Gesetz sein soll, dem er Gehorsam schuldig ist.

Wie die auf diese Weise geschaffene Ordnung zum Wesen des Staates gehört, so auch die Unterordnung. — und darum sehen wir, daß von den Übergeordneten oder Bevorzugten die Zurückgesetzten unverhältnismäßig überteuert und übervorteilt worden. Denn faktisch leben die oberen Stände auf Kosten der unteren, die viel arbeiten müssen — meist zwölf Stunden täglich — und dafür nur einen Lohn von ein paar Groschen erhalten. Die Armen spenden so schon seit Jahrhunderten ihr Scherflein und geben den Herren, was der Herren — nicht ist. Dieser Zustand erhält sich durch den Staatsschutz. Der Bourgeois ist, was er ist, durch den Staatsschutz. Er müßte fürchten, Alles zu verlieren, wenn die Macht des Staates gebrochen würde. Der Proletariat dagegen, der Nichts zu verlieren hat, braucht für sein „Nichts“ den Staatsschutz nicht. Er kann im Gegenteil gewinnen, wenn jener Staatsschutz den bourgeois Schützlingen entzogen wird. Darum wird der Nichtbesitzende den Staat als Schutzmacht des Besitzenden ansah, die diesen privilegiert, ihn dagegen nur aussaugt. Denn unter dem Regime der Bourgeoisie fallen die Arbeitenden stets den Besitzenden, besonders den Kapitalisten, in die Hände. Es kann der Arbeiter seine Arbeit nicht verwerten nach dem Maße des Wertes, den sie für den Genießenden hat. Die Arbeit wird immer zu schlecht bezahlt, — den größten Gewinn hat der Kapitalist davon. So bleibt die Klasse der Arbeiter, weil in Dem, was sie wesentlich sind, ungeschützt, eine diesem Staate — dem Staate der Besitzenden — feindliche Macht. Ihr Prinzip, die Arbeit, ist nicht seinem Werte nach anerkannt; die Arbeiterklasse wird ausgebeutet, ihre Leistungen von den Besitzenden,

den Feinden, als Kriegsbeute betrachtet. So beruht der Staat auf der Sklaverei der Arbeit. Wird die Arbeit frei, so ist der Staat verloren!

Das Sklaventum des Arbeiters zeigt sich auf die verschiedensten Arten. Da ist zunächst die Bannung des Menschen an maschinenmäßige Arbeit sicherlich eine Sklaverei! Man betrachte den Fabrikarbeiter, der sich 12 Stunden und mehr todmüde macht. Jedwede Arbeit soll den Zweck haben, daß der Mensch befriedigt werde. Deshalb muß er auch in ihr Meister werden d. h. sie als eine Totalität schaffen können. Wer in einer Stecknadelfabrik nur die Knöpfe aufsetzt, nur den Draht zieht usw., der arbeitet wie mechanisch, wie eine Maschine: er bleibt ein Stümper, wird kein Meister: seine Arbeit kann ihn nicht befriedigen, sondern nur ermüden. Seine Arbeit ist, für sich genommen, nichts, hat keinen Zweck in sich, ist nichts für sich Fertiges: er arbeitet nur einem Andern in die Hand und wird von diesem benutzt. Für diesen im Dienste eines Andern beschäftigten Arbeiter gibt es keinen Genuß eines gebildeten Geistes, höchstens rohe Vergnügungen: ihm ist ja die Bildung verschlossen.

All ihr Elend konnten die unterdrückten Klassen nur solange ertragen, als sie Christen waren: denn das Christentum läßt ihr Murren und ihre Empörung nicht aufkommen. In der Gegenwart aber genügt nicht mehr die Beschwichtigung der Begierden durch den Glauben, sondern es wird ihre Sättigung gefordert. Die Bourgeoisie hat das Evangelium des Weltgenusses, des materiellen Genusses verkündet und wundert sich nun, daß diese Lehre auch unter den Armen Anhänger findet; sie hat gezeigt, daß nicht Glaube und Armut, sondern Bildung und Besitz selig macht: diese Einsicht gewinnen schließlich auch die Proletarier.

Weiter kommen diese zur Erkenntnis, daß die Konkurrenz, in der allein das bürgerliche oder politische Leben sich abwickelt, durch und durch ein Glücksspiel ist, von den Börsenspekulationen herab bis zur Ämterbewerbung, der Kundenjagd und dem Arbeitsuchen. Gelingt es, die Mitbewerber auszustechen und zu überbieten, so ist der glückliche Wurf getan. So herrscht in der Gegenwart die Willkür, die aus der Konjunktur der Verhältnisse entspringt und die Zufälligkeit der Umstände genannt werden kann. Wenn z. B. ein Gewerbszweig zugrunde geht und Tausende von Arbeitern brotlos werden, so trägt doch offenbar — wie auch heute allgemein anerkannt wird — nicht der Einzelne die Schuld, sondern man gibt zu, daß „das Übel in den Verhältnissen liegt.“

Dieses Treiben des Ungefährs wird von Vielen hart empfunden, da sie sich nicht gern vom Glück abhängig wissen wollen. Auf die natürlichste Weise führt das zum Haß der „Unglücklichen“ gegen die „Glücklichen“, d. h. derer, für die das Glück wenig oder nichts getan hat, gegen diejenigen, für die es Alles getan hat!

Der Sinn der bürgerlichen Gesellschaft ist das Geschäftsleben, über ihrer Pforte steht nicht jenes apollinische: „Erkenne dich selbst“, sondern ein: Verwerthe dich! Proudhon bezeichnet das Eigentum als „Raub“. Es ist aber das fremde Eigentum — und von diesem allein spricht er — nicht minder durch Entsaugung, Abtretung und Demut vorhanden, es ist ein Geschenk. Warum so sentimental als ein armer Beraubter das Mitleid anrufen, wenn man doch nur ein törichter, feiger Geschenkgeber ist? Warum auch hier wieder die Schuld Andern zuschieben, als beraubten sie uns, da wir doch selbst die Schuld tragen, indem wir die Andern unberaubt lassen! Die Armen sind daran schuld daß es Reiche gibt!

Wie mit der Institution des Eigentums, so verhält es sich mit allen sozialen Institutionen: sie tasten die Eigenheit der Individuen an, sie sind eine Macht für sich, eine Macht über uns, ein von uns Unerreichbares, das wir zwar respektieren, anbeten, verehren, aber nicht bewältigen und verzehren können, und zwar deshalb nicht, weil wir resignieren. Sie besteln durch unsre Resignation, unsre Selbstverleugnung, unsre Mutlosigkeit, genannt — Demut. Unsre Demut gibt ihnen Mut, unsre Unterwürfigkeit gibt ihnen die Herrschaft!

Solche Institutionen nehmen in Anspruch, ein absolutes Interesse oder ein Interesse für sich zu repräsentieren, gleichviel ob Du daran ein Interesse nimmst oder nicht. Du sollst es zu deinem Interesse machen; es ist nicht ursprünglich Dein, ist nicht aus Dir geboren. Es ist uninteressant, weil auf Dich und Dein Interesse dabei keine Rücksicht genommen wird; es ist ein Interesse ohne Interessenten. Und weil Du nicht Eigner desselben bist, sondern sein Anhänger und Diener werden sollst, darum hört ihm gegenüber der Egoismus auf und die „Uninteressiertheit“ beginnt, — während nach Stirner, einzig und allein das Interesse das Zugewandtsein zu einer Sache rechtfertigen kann.

Untersuchen wir danach die Stellung Stirners zu einer bestimmten Institution z. B. zur Ehe. Was ist (nach seinen Prinzipien) der Sinn des Verhältnisses zweier Liebenden zu einander? Doch wohl (so erklärt er) das gegenseitige Interesse an der Person. Verschwände dies Personen-Interesse aus dem Verhältnis, dann wäre dasselbe sinnlos geworden, — denn dies Interesse ist ja allein sein Sinn! Was ist nun die Ehe anderes als die Fixirung eines interessanten Verhältnisses trotz der Gefahr, daß es uninteressant und sinnlos werde? Man sagt wohl, sie dürfe nur nicht „leichtsinnig“ geschieden werden. Aber warum nicht? Warum soll das Individuum um seinen Leichtsinns geprellt und dazu verdammt werden, in einem uninteressanten Verhältnis fortzuleben? Das Interesse der Personen an einander hat aufgehört, aber die uninteressante Verbindung bleibt, — und das Individuum wird zum Sklaven der Institution! „O Lais, o Ninon, wie tatet ihr wohl, diese bleiche

Tugend zu verschmähen. Eine freie Grisette gegen tausend in der Tugend grau gewordene Jungfern!" (Stirner).

Ein anderes Beispiel ist die Institution der Arbeit, die für eine Lebensaufgabe, einen „Beruf“ des Menschen gilt. Aus ihr schreibt sich der Wahn her, daß man sein Brot verdienen müsse, und daß es eine Schande sei, Brot zu haben, ohne etwas dafür getan zu haben. Dagegen meint Stirner: das Arbeiten hat für sich gar keinen Wert und macht keinem Menschen Ehre, wie das arbeitslose Leben des Lazzaroni diesem keine Schande macht. Entweder nimmst Du an der Arbeitstätigkeit selbst ein Interesse, und es läßt Dir keine Ruhe, Du mußt tätig sein, — dann ist die Arbeit Deine Lust, Dein spezielles Vergnügen, ohne darin höher zu stehen als die Faulheit des Lazzaroni, die eben auch seine Lust ist. Oder Du verfolgst durch die Arbeit ein anderes Interesse, ein Resultat oder einen Lohn, und unterziehst Dich ihr nur als einem Mittel, das zum Zwecke führt, dann ist sie zwar für sich nicht interessant, macht aber auch keinen Anspruch darauf, das für sich Interessante zu sein, sondern ist eben nur eine dermalen unvermeidliche Sache, um das beabsichtigte Ergebnis, den Lohn, zu gewinnen.

Solange — schließt Stirner seine Kritik der bestehenden Ordnung — auch nur Eine Institution noch besteht, die der einzelne nicht auflösen darf, ist die Eigenheit und Selbstangehörigkeit Meiner noch sehr fern! Und das geht soweit, daß Stirner sogar die gesamte Kindererziehung verwirft! „Ihr armen Wesen, die Ihr so glücklich leben könntet, wenn Ihr nach Eurem Sinne Sprünge machen dürftet, Ihr sollt nach der Pfeife der Schulmeister und Bärenführer tanzen, um Kunststücke zu machen, zu denen Ihr selbst Euch nimmermehr gebrauchen würdet. Und Ihr schlagt nicht endlich einmal dagegen aus, daß man Euch immer anders nimmt, als Ihr Euch geben wollt. Nein, Ihr sprecht Euch die vorgesprochene Frage mechanisch selber vor: „Was soll ich?“ So braucht Ihr nur zu fragen, um Euch sagen und befehlen zu lassen, was Ihr sollt“ (Stirner).

Man sieht also: Die Individuen können nicht einzig sein, solange auch nur Ein Zusammenhang zwischen ihnen noch besteht. Hängt Ihr zusammen, so könnt Ihr nicht voneinander, umschließt Euch ein „Band“, so seid Ihr nur selb-ander etwas, und Euer Zwölf machen ein Dutzend, Euer Tausende ein Volk, Euer Millionen die Menschheit!



IV.

Kritik von Demokratie und Kommunismus.

Von den Revolutionären unserer Zeit wird die Verwirklichung von Demokratie und Kommunismus gefordert, um alle Übel, die die Menschen bisher heimgesucht haben, aus der Welt zu schaffen.

Aber die Demokratie ist (wie Stirner ihr vorwirft) bis auf den heutigen Tag dabei geblieben, nur gegen dieses oder jenes Bestehende anzukämpfen: soviel auch verbessert werden mag, immer wird nur ein neuer Herr an die Stelle des alten gesetzt, und der Umsturz ist ein — Aufbau. Bedeutet etwa die politische Freiheit, wie die Demokratie sie verwirklicht, die Freiheit des Einzelnen vom Staate und seinen Gesetzen? Nein, im Gegenteil, die Gebundenheit des Einzelnen im Staate und an die Staatsgesetze. Persönlich zwar ist keiner mehr ein Herr des Andern, und so ist man den Befehl los, — aber um so unterwürfiger ist man dafür dem Gesetze. Man wird nun in aller Form Rechens geknechtet. So verträgt auch die Demokratie keine Selbstentwicklung und Selbstbestimmung des Individuums: sie bevormundet trotz den absolutesten Herrschern!

* * *

Die Bourgeoisie hatte geistige und materielle Güter frei hingestellt und Jedem anheimgegeben, danach zu langen, wenn ihn gelüste. Der Kommunismus verschafft sie wirklich Jedem, dringt sie ihm auf und zwingt ihn, sie zu erwerben. Er macht Ernst damit, daß wir, weil nur geistige und materielle Güter uns zu Menschen machen, diese Güter ohne Widerrede erwerben müssen, um Mensch zu sein. Die Bourgeoisie machte den Erwerb frei, der Kommunismus zwingt zum Erwerb und erkennt nur den Erwerbenden an. Es ist nicht genug, daß das Gewerbe frei ist, sondern Du mußt es ergreifen.

Durch das Prinzip der Arbeit — erklärt nun Stirner — wird allerdings das der Konkurrenz überboten. Zugleich aber unterwirft sich der Arbeiter der Oberhoheit einer Arbeitergesellschaft: der Traum von einer „Sozialpflicht“ wird noch fortgeträumt! Man meint wieder, die Gesellschaft gebe, was wir brauchen, und wir seien ihr deshalb verpflichtet, seien ihr alles schuldig. Man bleibt dabei, einem „höchsten Geber alles Guten“ dienen zu wollen. Daß die Gesellschaft gar kein Ich ist, das geben, verleihen oder gewähren könnte, sondern ein Instrument oder Mittel, aus dem wir Nutzen ziehen mögen, daß wir keine gesellschaftlichen Pflichten, sondern lediglich Interessen haben, zu deren Verfolgung

uns die Gesellschaft dienen müsse; daran denken die Kommunisten nicht, weil sie eifrig trachten nach einer, wie es der Staat bisher war, — „heiligen“ Gesellschaft! Denn diese kommunistische Gesellschaft, von der wir alles haben, ist eine neue Herrin, ein neues „höchstes Wesen“, das uns in Dienst und Pflicht nimmt!

Die Kommunisten predigen uns ein „Gesellschaftsrecht“. Da wird der einzelne der Sklave der Gesellschaft, und hat nur Recht, wenn ihm die Gesellschaft Recht gibt, d. h. wenn er nach den Gesetzen der Gesellschaft lebt, also — loyal ist. „Ob ich loyal bin in einer Despotie oder in einer kommunistischen „Gesellschaft“, das ist dieselbe Rechtlosigkeit, insofern ich in beiden Fällen nicht mein, sondern fremdes Recht habe“ (Stirner).

In der kommunistischen Gesellschaft läßt mir die verteilende Billigkeitsbehörde nur zukommen, was ihr der Billigkeitssinn, ihre liebevolle Sorgfalt für alle vorschreibt. Für mich, den Einzelnen, liegt ein nicht minderer Anstoß in dem Gesamtvermögen als in dem der einzelnen Andern; weder jenes ist das meinige noch dieses: ob das Vermögen der Gesamtheit gehört, die mir davon einen Teil zufließen läßt, oder einzelnen Besitzern, ist für mich derselbe Zwang, da ich über keins von beiden bestimmen kann. Im Gegenteil, der Kommunismus drückt mich durch Aufhebung alles persönlichen Eigentums nur noch mehr in die Abhängigkeit von einem andern, nämlich von der Allgemeinheit oder Gesamtheit, zurück, und so laut er immer auch den „Staat“ angreife, was er beabsichtigt, ist selbst wieder ein Staat, ein Status, ein meine freie Bewegung hemmender Zustand, eine Oberherrlichkeit über mich. Gegen den Druck, den ich von den einzelnen Eigentümern erfahre, lehnt sich der Kommunismus mit Recht auf; aber grauenvoller noch ist die Gewalt, die er der Gesamtheit einhändig!

Die Braut von Korinth spricht jene grauenvollen Worte aus, mit denen das entsetzliche Verbrechen des Kommunismus gegen die freie Selbstbestimmung der Individuen enthüllt wird: „Opfer fallen hier, Weder Lamm noch Stier, Aber Menschenopfer unerhört!“ Denn der Mensch wird geopfert, wo die freie Selbstbestimmung donnernd niedergeschmettert wird! Auf Sklavenschultern hoch emporgehoben, proklamiert der Kommunismus die Alleinherrschaft der — Willenlosigkeit.

V.

Der Verein der Egoisten.

Was soll nun werden? Soll das gesellschaftliche Leben ein Ende haben und alle Umgänglichkeit, alle Verbrüderung, alles, was durch das Liebes- oder Sozietätsprinzip geschaffen wird, verschwinden? Nein, antwortet Stirner: immer wird Einer den Andern suchen, weil er ihn braucht, muß Einer in den Andern sich fügen, wenn er ihn braucht. Der Unterschied ist aber der, daß in Zukunft wirklich der Einzelne sich mit dem Einzelnen vereinigt, indes er früher durch ein Band mit den Andern verbunden war. Jeder will einfach sich, den Einzelnen, darstellen. Nicht, wie ich irgendwelche Ideale realisiere, braucht meine Aufgabe zu sein, sondern wie ich mir selbst genüge. Ich bin meine Gattung, bin ohne Norm, ohne Gesetz, ohne Muster und dergleichen. Möglich, daß ich aus mir sehr wenig machen kann; dies Wenige ist aber alles und ist besser, als was ich aus mir machen lasse durch die Gewalt Anderer, durch die Dressur der Sitte, der Religion, der Gesetze, des Staates usw. Darum will auch ich, der Egoist, der „menschlichen Gesellschaft“ nichts opfern, sondern sie nur benutzen; um sie aber vollständig benutzen zu können, verwandle ich sie in mein Eigentum und mein Geschöpf, d. h. ich vernichte sie und bilde an ihrer Stelle den Verein von Egoisten.

Solche — teils schnell vorübergehende, teils dauernde — egoistische Vereine gibt es bereits in unzähligen Exemplaren. Der Leser braucht das wirkliche Leben bloß aufmerksam anzusehen: vielleicht laufen in diesem Augenblick vor seinem Fenster Kinder zu einer Spielkameradschaft zusammen, — er sehe sie an und er wird lustige egoistische Vereine erblicken. Vielleicht hat er einen Freund, eine Geliebte, — dann weiß er, wie sich das Herz zum Herzen findet, wie ihrer zwei sich egoistisch vereinen, um aneinander Genuß zu haben, und wie keiner dabei zu kurz kommt. Stets also entscheidet hier über die Vereinigung der Menschen das fröhliche Interesse des Tages, — niemals ein Zwang oder ein „Prinzip“.

Also: es ist Niemand für mich eine Respektsperson, auch der Mitmensch nicht, sondern dieser ist lediglich wie andere Wesen ein Gegenstand, für den ich Teilnahme habe oder auch nicht, ein interessanter oder uninteressanter Gegenstand, ein brauchbares oder unbrauchbares Subjekt. Und wenn ich ihn gebrauchen kann, so verständige ich wohl und einige mich mit ihm, um durch die Übereinkunft meine Macht zu verstärken und durch gemeinsame Gewalt mehr zu

leisten als die einzelne bewirken könnte. In dieser Gemeinsamkeit sehe ich durchaus nichts anderes als eine Multiplikation meiner Kraft, und nur so lange sie meine vervielfachte Kraft ist, behalte ich sie bei. So aber ist sie ein — Verein.

Den Verein hält (im Gegensatz zu Staat, Gesellschaft, Kirche usw.) weder ein natürliches noch ein geistiges Band zusammen: nicht Ein Blut, nicht Ein Glaube bringt ihn zustande. In einem natürlichen Bunde (wie einer Familie, einem Stamme, einer Nation) haben die einzelnen nur den Wert von Exemplaren derselben Art oder Gattung; in einem geistigen Bunde — wie einer Gemeinde, einer Kirche — bedeutet der Einzelne nur ein Glied desselben Geistes; was Du in beiden Fällen als Einziger bist, das muß — unterdrückt werden. Als Einzigen kannst Du Dich bloß im Vereine behaupten, weil der Verein nicht Dich besitzt, sondern Du ihn besitzest oder Dir zunutze machst.

Da es dem Staate, wie nicht anders möglich, lediglich um sich zu tun ist, so sorgt er nicht für meine Bedürfnisse, sondern sorgt nur, wie er mich umbringe, d. h. ein andres Ich aus mir mache, einen guten Bürger. Und wesentlich anders als der Staat kann es die Gesellschaft auch nicht machen.

In den Verein dagegen bringst Du Deine ganze Macht, Dein Vermögen, und machst Dich geltend, in der Gesellschaft wirst Du mit Deiner Arbeitskraft verwendet: der Gesellschaft schuldest Du, was Du hast, und bist ihr verpflichtet, bist von „sozialen Pflichten“ — besessen, den Verein benutzest Du und gibst ihn, pflicht- und treulos, auf, wenn Du keinen Nutzen weiter aus ihm zu ziehen weißt. Ist die Gesellschaft mehr als Du, so geht sie Dir über Dich; der Verein ist nur Dein Werkzeug oder das Schwert, wodurch Du Deine natürliche Kraft verschärfst und vergrößerst; der Verein ist für Dich und durch Dich da, die Gesellschaft nimmt umgekehrt Dich für sich in Anspruch und ist auch ohne Dich; kurz, die Gesellschaft ist heilig, der Verein Dein eigen: die Gesellschaft verbraucht Dich, den Verein verbrauchst Du!

Nun sieht Stirner voraus, daß man gegen seinen Vorschlag einwenden wird: „Es müßte ja Alles drunter und drüber gehn, wenn Jeder tun könnte, was er wollte!“ Aber — erwidert er — wer sagt denn, daß Jeder Alles tun kann? Wozu bist Du denn da, der Du nicht Alles Dir gefallen zu lassen brauchst? Wahre Dich, so wird Dir Keiner was tun! Wer Deinen Willen brechen will, der hats mit Dir zu tun und ist Dein Feind. Verfahre gegen ihn als solchen. Stehn hinter Dir zum Schutze noch einige Millionen, so seid Ihr eine imposante Macht und werdet einen leichten Sieg haben. Die egoistischen Vereine werden also als Mächte miteinander unterhandeln, — dagegen wird kein solcher Verein, auch wenn er dem Gegner als Macht imponiert, ihm eine geheiligte Autorität

sein; Respekt und Achtung ist er Euch nicht schuldig, wenn er sich auch vor Eurer Gewalt in Acht nehmen muß!

Man sieht daraus, daß Beschränkungen der Freiheit der Individuen auch fernerhin unvermeidlich sein werden. In diesem Punkte unterliegen Staat und Verein keiner wesentlichen Verschiedenheit. Der Verein kann ebensowenig entstehen oder bestehen, ohne daß die Freiheit auf allerlei Art beschränkt werde, als der Staat mit ungemessener Freiheit sich verträgt. Beschränkung der Freiheit ist überall unabwendbar, denn man kann nicht alles los werden; man kann nicht gleich einem Vogel fliegen, bloß weil man so fliegen möchte, denn man wird von der eignen Schwere nicht frei u. dergl.

Allerdings wird der Verein sowohl ein größeres Maß von Freiheit darbieten als auch namentlich darum für „eine neue Freiheit“ gehalten werden dürfen, weil man durch ihn allem, dem Staats- und Gesellschaftsleben eignen Zwange entgeht; aber der Unfreiheit und Unfreiwilligkeit wird der Verein gleichwohl noch genug enthalten. Denn sein Zweck ist eben nicht — die Freiheit, die er im Gegenteil der Eigenheit opfert, aber auch nur der Eigenheit. Auf diese bezogen ist der Unterschied zwischen Staat und Verein groß genug. Der Staat ist ein Feind und Mörder der Eigenheit, der Verein ein Sohn und Mitarbeiter derselben; der Staat ist der Herr meines Geistes, der Glauben fordert und mir Glaubensartikel vorschreibt, die Glaubensartikel der Gesetzlichkeit; er übt moralischen Einfluß, beherrscht meinen Geist, vertreibt mein Ich, um sich als „mein wahres Ich“ an dessen Stelle zu setzen, mit einem Worte, der Staat ist „heilig“; — der Verein dagegen ist meine eigne Schöpfung, mein Geschöpf, nicht heilig und übt nicht eine geistige Macht über meinen Geist aus so wenig wie irgendeine Assoziation, welcher Art sie auch sei. Wie ich nicht ein Sklave meiner Maximen sein mag, sondern sie ohne irgend welche Garantie meiner steten Kritik bloßstelle und gar keine Bürgschaft für ihren Bestand zulasse, so und noch weniger verpflichte ich mich für meine Zukunft dem Vereine und verschwöre ihm meine Seele (wie es beim Teufel heißt und beim Staate und aller geistigen Autorität wirklich der Fall ist), sondern ich bin und bleibe mir mehr als Staat, Kirche, Gott u. dergl., folglich auch unendlich mehr als der Verein.

Diejenigen, die ihr eigenes Wohl dauernd begründen und die Sorge darum sich durch Niemand entreißen lassen wollen, werden also — nach Zerstümmerung aller bestehenden Institutionen — ganz von selbst dazu geführt, sich mit Andern zu jenem Zwecke zu verbinden, d. h. einen Teil ihrer Freiheit zu opfern, aber nicht dem Wohle Aller, sondern ihrem eigenen. Dagegen wird eine Appellation an die aufopfernde Gesinnung und die selbstverleugnende Liebe der Menschen nicht mehr stattfinden: sie hat ihren verführerischen Schein verloren,

nachdem sie hinter einer Wirksamkeit von Jahrtausenden Nichts zurückgelassen als die heutige — Misere!

Wie wird nun über das Eigentum entschieden werden? Eigentum im Sinn der bürgerlichen Gesellschaftsordnung bedeutet: heiliges Eigentum, so daß ich also das Eigentum des Andern respektieren muß. Anders verhält sich die Sache nach der Auflösung von Staat und Gesellschaft. Von Deinem und Eurem Eigentum trete ich nicht scheu zurück, sondern sehe es stets als mein Eigentum an, woran ich Nichts zu „respektieren“ brauche. Tut doch desgleichen mit dem, was Ihr mein Eigentum nennt! Bei dieser Ansicht werden wir uns am leichtesten mit einander verständigen.

Wenn wir z. B. den Grundeigentümern den Grund und Boden nicht länger lassen, sondern uns zueignen wollen, so vereinigen wir uns zu diesem Zwecke, bilden einen Verein, der sich zum Eigentümer macht. Glückt es uns, so hören jene auf, Grundeigentümer zu sein. Und wie vom Boden, so können wir sie noch aus manchem andern Eigentum hinausjagen, um es zu unserm Eigentum zu machen, zum Eigentum der — Erobernden! Die Erobernden bilden eine Sozietät, die man sich so groß denken kann, daß sie nach und nach die ganze Menschheit umfaßt; aber auch die sogenannte Menschheit ist als solche nur ein Gedanke (also Spuk), — ihre Wirklichkeit sind die Einzelnen. Und diese Einzelnen werden als eine Gesamtmasse nicht weniger willkürlich mit dem Boden umgehn als ein vereinzelter Einzelner (also der „Eigentümer“ bürgerlichen Stils). Auch so bleibt mithin das Eigentum bestehen, und zwar auch als „ausschließlich“, indem die Menschheit, dieser große Verein, den Einzelnen von ihrem Eigentum ausschließt (ihm vielleicht nur ein Stück davon verpachtet usw).

So wirds auch werden. Dasjenige, woran Alle Anteil haben wollen, wird demjenigen Einzelnen entzogen werden, der es für sich allein haben will, es wird zu einem Gemeingut gemacht. Als an einem Gemeingut hat Jeder daran seinen Anteil, und dieser Anteil ist sein Eigentum. So ist ja auch in unsern alten Verhältnissen ein Haus, das fünf Erben gehört, ihr Gemeingut; der fünfte Teil des Ertrages aber ist eines Jeden Eigentum. Proudhon hätte (nach Stirners Meinung) seine pathetischen Tiraden gegen das Eigentum sparen können, wenn er einfach gesagt hätte: Es gibt einige Dinge, die nur Wenigen gehören, und auf die wir Übrigen von nun an Anspruch oder — Jagd machen wollen; laßt sie uns nehmen, weil man durchs Nehmen zum Eigentum kommt, und das für jetzt noch uns entzogene Eigentum auch nur durchs Nehmen an die Eigentümer gekommen ist; es wird sich besser nutzen lassen, wenn es in unser Aller Händen ist, als wenn die Wenigen darüber verfügen: assoziieren wir uns daher zu dem Zwecke dieses Raubes!

Was also ist mein Eigentum? Nichts als was in meiner Gewalt ist! Zu welchem Eigentum bin ich berechtigt? Zu jedem, zu dem ich mich — ermächtige. Das Eigentumsrecht gebe ich mir, indem ich mir Eigentum nehme oder mir die Macht des Eigentümers gebe.

Worüber man mir die Gewalt nicht zu entreißen vermag, das bleibt mein Eigentum; nun wohlan, so entscheide die Gewalt über das Eigentum, und ich will Alles von meiner Gewalt erwarten! Ziehe ich denn die Gewalt zurück, die ich Andern aus Unkunde über die Stärke meiner eignen Gewalt eingeräumt habe! Nehme ich Alles als Eigentum in Anspruch, was zu erreichen ich mich stark genug fühle und lasse ich mein wirkliches Eigentum so weit reichen, als ich zu nehmen mich berechtige d. h. ermächtige!

Hier muß der Egoismus entscheiden, nicht das Prinzip der Liebe (einschließlich der Gerechtigkeit, die ein Phänomen der Liebe ist); die Liebe kennt nur Opfer und fordert „Aufopferung“. Der Egoismus denkt nicht daran, etwas aufzuopfern, sich etwas zu vergeben; er entscheidet einfach: was ich brauche, muß ich haben und will ich mir verschaffen!

Gelangen somit die Menschen dahin, daß sie den Respekt vor dem Eigentum verlieren, so wird jeder Eigentum haben, — wie alle Sklaven freie Menschen werden, sobald sie den Herrn als Herrn nicht mehr achten. Vereine werden dann auch in dieser Sache die Mittel des Einzelnen multiplizieren und sein angefochtenes Recht sicherstellen. Auf diese Weise wird der besitzlose Pöbel durch den Egoismus ausgerottet sein, der ihm zuruft: Greife zu und nimm, was Du brauchst. Erst dann hört der Pöbel auf, Pöbel zu sein, wenn er zugreift; denn nur die Scheu des Zugreifens und die entsprechende Bestrafung desselben macht ihn zum Pöbel!

Die Gesellschaft will zwar haben, daß Jeder zu seinem Rechte komme, aber doch nur zu dem von der Gesellschaft sanktionierten, dem Gesellschaftsrechte, nicht wirklich zu seinem Rechte. Ich aber gebe oder nehme mir das Recht aus eigner Machtvollkommenheit, und gegen jede Übermacht bin ich der unbußfertigste Verbrecher. Eigner und Schöpfer meines Rechts, erkenne ich keine andere Rechtsquelle an als — mich, weder Gott, noch den Staat, noch die Natur, noch auch den Menschen selbst mit seinen „ewigen Menschenrechten“, weder göttliches noch menschliches Recht. Ist etwas mir recht, so ist es — recht. Möglich, daß es darum den Andern noch nicht recht ist; das ist ihre Sorge, nicht meine: sie mögen sich wehren. Und wäre etwas der ganzen Welt nicht recht, mir aber wäre es recht, d. h. ich wollte es, so früge ich nach der ganzen Welt Nichts. So macht es Jeder, der sich zu schätzen weiß!

Das Prinzip der Unverletzlichkeit des Eigentums ist aber nichts weiter als eine Konsequenz des Gesellschaftsrechts, ebenso wie der Begriff des Dieb-

stahls. Beides erkenne ich daher nicht an; denn für mich ist rechtmäßiges Eigentum eines Andern nur dasjenige, wovon mirs recht ist, daß es sein Eigentum sei. In dem Vermögen der Bankiers sehe ich so wenig rechtmäßiges Eigentum wie Napoleon in den Ländern der Könige: wir tragen keine Schen, es zu „erobern“, und sehen uns auch nach den Mitteln dazu um!

Ein Gesellschaftsrecht gibts also fürderhin nicht mehr, vielmehr leiten wir alle Rechte und alle Berechtigungen aus uns her: wir sind zu Allem berechtigt, dessen wir mächtig sind. An die Stelle des Gesellschaftsrechts tritt das vom Einzelnen geschaffene und anerkannte Recht, — oder richtiger, da die Einzelnen nicht isoliert leben können und wollen, sich vielmehr (wie wir gesehen) zu Vereinen zusammenschließen, das von den Vereinen geschaffene Recht. Dieses wird aber nirgendwo für heilig gehalten, sondern von den Individuen nur so lange respektiert, als es ihnen beliebt, Mitglieder der Vereine zu sein. Andere als Vereinsmitglieder aber gehorchen den Vereinen nur, soweit sie wider ihre Macht nicht ankommen können.

Wird nun unter diesen neuen Verhältnissen eine für die materiellen Bedürfnisse der Menschen ausreichende ökonomische Organisation zustande kommen? Ei, ganz gewiß, antwortet Stirner, diese wird sich gerade dann, wenn Jeder ausschließlich sein egoistisches Interesse zu Rate zieht, besonders erfolgreich gestalten lassen. Dann werden sich wirklich Alle ihrer Sache annehmen (was die Armen z. B. heute nicht tun) und sich über sie miteinander verständigen. Brot ist z. B. das Bedürfnis aller Einwohner einer Stadt; deshalb könnten sie leicht übereinkommen, eine öffentliche Bäckerei einzurichten. Die bestehende Konkurrenz aufheben heißt natürlich nicht so viel als die Zunft begünstigen. Der Unterschied ist dieser: in der Zunft ist das Backen usw. Sache der Zünftigen; in der Konkurrenz Sache der beliebig Wetteifernden; im egoistischen Verein Derer, die Gebackenes brauchen, also meine, Deine Sache, kurz Sache der Vereinten.

Wenn ich mich nicht um meine Sache bekümmre, so muß ich mit Dem vorlieb nehmen, was Andern mir zu gewähren beliebt. Brot zu haben, ist meine Sache, mein Wunsch und Begehren, und doch überläßt man Das den Bäckern, und hofft höchstens durch ihren Hader, ihr Rangablaufen, kurz ihre Konkurrenz einen Vorteil zu erlangen! Statt Dessen predigt Stirner: Was Jeder braucht, an dessen Herbeischaffung und Hervorbringung sollte sich auch Jeder beteiligen; es ist seine Sache, sein Eigentum, — nicht Eigentum der konkurrierenden Meister!

Stirner will also, daß die Millionen sich in Konsumvereinen organisieren, die zugleich, wo angängig, selber die Produktion der gewünschten Güter in die Hand nehmen: ein genialer Gedanke, der zuerst von ihm geäußert worden ist!

Sorgt Jeder auf diese Weise für sich, so wird Niemand zur Arbeitslosigkeit verdammt, Niemand arm sein. Jeder erhält das, was er an wirtschaftlichen Gütern braucht, durch den Verein sichergestellt, — wenn er nur im Verein selber genügend aufpaßt, daß sein Interesse stets Berücksichtigung finde!

Die Vereine werden natürlich Regeln aufstellen für das geordnete Zusammenwirken ihrer Mitglieder im Wirtschaftsprozesse: und hier gibt Stirner einige Andeutungen, wie er sich diese Regeln — die natürlich Nichts von Zwang enthalten, da ja Jeder durch Austritt aus dem Verein ihrer ledig werden kann! — denkt.

Die Organisation der Arbeit kann nur solche Arbeiten betreffen, die Andre für uns machen können, z. B. Schlachten, Ackern usw.; die übrigen Arbeiten bleiben egoistisch (d. h. werden nicht vereinsmäßig organisiert), weil z. B. Niemand an Deiner Statt Deine musikalischen Kompositionen anfertigen, Deine Malerentwürfe ausführen usw. kann: Raphaels Arbeiten kann Niemand ersetzen. Denn diese sind Arbeiten eines Einzigen, die nur dieser Einzige zu vollbringen vermag, — während jene anderen (zu organisierenden) Arbeiten „menschliche“ genannt zu werden verdienten, da das Eigene daran von geringem Belang ist, und so ziemlich jeder Mensch dazu abgerichtet werden kann.

Es ist daher immer fördersam, daß wir uns über die menschlichen Arbeiten einigen, damit sie nicht, wie unter der Konkurrenz, alle unsre Zeit und Mühe in Anspruch nehmen. Insoweit — gesteht selbst Stirner zu — wird der Kommunismus seine Früchte tragen. Man wird also durch praktische Vereinsorganisation die nötigen Güter ohne den großen Aufwand von Zeit und Kräften, wie es bisher erforderlich schien, gewinnen können. Das ist aber sehr wichtig, denn ich muß Zeit gewinnen, um meiner als des „Einzigen“ froh zu werden, nachdem ich als „Mensch“ das Meinige an Arbeiten (in dem vorhin angegebenen Sinne) geleistet habe!

Über die Art, wie der egoistische Verein mit dem Einzelnen, der für ihn schafft, abrechnet, macht Stirner noch die folgenden Angaben. Hat Jemand dem Verein eine besondere Arbeit geliefert, indem er sie nicht wie ein „gewöhnlicher Mensch“ leistete, sondern das Vermögen seiner Einzigkeit hineinlegte, so muß man ihn auch höher bezahlen als den gewöhnlichen Menschen. Hat ers euch zu Dank gemacht und wollt ihr diese dankenswerte Kraft des Einzigen euch erhalten, so werdet ihr ihn nicht wie einen bloßen Menschen bezahlen dürfen, der nur Menschliches verrichtet, sondern als einen, der Einziges vollbringt: „Tut mit eurer Arbeit doch desgleichen!“

Über meine Einzigkeit läßt sich keine allgemeine Taxe feststellen wie für das, was ich als „Mensch“ leiste. Nur über Arbeiten der letzten Art kann eine Taxe bestimmt werden. Setzt also immerhin eine allgemeine

Schätzung für menschliche Arbeiten auf, bringt aber eure Einzigkeit nicht um ihren Verdienst!

Menschliche oder allgemeine Bedürfnisse können durch große Vereine befriedigt werden; für einzige Bedürfnisse mußt Du Befriedigung erst suchen. Einen Freund und einen Freundschaftsdienst kann Dir der Verein nicht verschaffen. Und doch wirst Du alle Augenblicke eines solchen Dienstes bedürftig sein und bei den geringfügigsten Gelegenheiten Jemand brauchen, der Dir behilflich ist. Darum verlaß Dich nicht auf den Verein, sondern sieh' zu, daß Du habest, um die Erfüllung Deiner Wünsche zu — erkaufen.

Es wird auch in diesem Zustande in irgend einer Form „Geld“ geben müssen. Denn Geld ist nötig, um das Vermögen im Fluß zu halten und seinen Umsatz zu bewirken. Es kann Edelmetall sein, wie das alte Geld. „Wißt ihr ein besseres Tauschmittel, immerhin; doch wird es wieder ein „Geld“ sein“ (Stirner).

Natürlich ist eine Fürsorge für Dritte nicht ausgeschlossen, nur findet sie ausschließlich in Konsequenz freier Willensentschließung der Egoisten, nicht auf Grund eines Gesellschaftsrechts oder religiöser Gebote statt. „Wir gehen dann wohl so weit, daß wir den Krüppeln, Kranken und Alten einen angemessenen Preis dafür bezahlen, daß sie nicht aus Hunger und Not von uns scheiden; denn wollen wir, daß sie leben. so geziemt sich auch, daß wir die Erfüllung unseres Willens — erkaufen. Ich sage „erkaufen“, meine also kein elendes „Almosen“. Ihr Leben ist ja das Eigentum auch Derer, die nicht arbeiten können; wollen wir (gleichviel aus welchem Grunde), daß sie uns dies Leben nicht entziehen, so können wir das allein durch Kauf bewirken wollen; ja, wir werden vielleicht, etwa weil wir gern freundliche Gesichter um uns haben, sogar ihr Wohlleben wollen“ (Stirner).

Soviel über das Wirtschaftsleben in der von den egoistischen Vereinen organisierten Welt.

* * *

Sollen es die Eignen oder Einzigen mit einer Partei halten? Freilich können sie einer Partei beitreten, aber nur solange, als die Partei und der Eigene ein und dasselbe Ziel verfolgen. Heute vielleicht teile ich noch die Tendenz der Partei und morgen schon kann ich es nicht mehr und werde ihr untreu. Die Partei hat nichts Bindendes oder Verpflichtendes für mich, und ich respektiere sie nicht; gefällt sie mir nicht mehr, so feinde ich sie an. So bleibt die Partei für den Egoisten allezeit Nichts als eine Partie: er ist von der Partie, er nimmt teil.

Hieran knüpft sich die Einsicht, daß jedes Urteil, das ich über ein Objekt fälle, das Geschöpf meines Willens ist, und wiederum leitet mich jene Einsicht dahin, daß ich mich nicht an das Geschöpf, das Urteil, verliere, sondern der Schöpfer bleibe, der Urteilende, der stets von Neuem schafft. Alle Prädikate

von den Gegenständen sind meine Aussagen, meine Urteile, meine — Geschöpfe. Wollen sie sich losreißen von mir und etwas für sich sein oder gar mir imponieren so habe ich nichts Eiligeres zu tun, als sie in ihr Nichts, d. h. in mich, ihren Schöpfer, zurückzunehmen. Gott, Sittlichkeit usw. sind solche Geschöpfe, von denen ich mir nicht bloß erlauben muß, zu sagen, sie seien Wahrheiten, sondern auch, sie seien Täuschungen. Wie ich einmal ihr Dasein gewollt und dekretiert habe, so will ich auch ihr Nichtsein wollen dürfen. Ich darf nicht die Schwachheit haben, etwas Absolutes aus ihnen werden zu lassen, wodurch sie verewigt, als etwas „Heiliges“ hingestellt und meiner Macht entzogen würden.

Das Objekt macht uns in seiner heiligen Gestalt ebenso zu Besessenen wie — und das ist für die Lebensauffassung Stirners sehr wichtig — in seiner unheiligen Gestalt, als übersinnliches Objekt ebenso wie als sinnliches. Auf beide bezieht sich die Begierde oder Sucht und auf gleicher Stufe stehen Geldgier und — Sehnsucht nach dem Himmel. Als die Aufklärer die Leute für die sinnlich-materielle Welt gewinnen wollten, predigte Lavater die Sehnsucht nach dem Unsichtbaren. Rührung wollten die Einen hervorrufen, — Rührigkeit die Andern!

Stirner begnügt sich nicht mit der Gedankenfreiheit, d. h. der Freiheit, alle möglichen Gedanken zu haben; er will vielmehr sein eignes Denken haben. Eigen ist mir aber der Gedanke erst, wenn ich ihn jeden Augenblick in Todesgefahr zu bringen kein Bedenken trage. Mein eigen ist der Gedanke erst dann, wenn ich zwar ihn, er aber niemals mich unterjochen kann, nie mich fanatisiert, zum Werkzeug seiner Realisation macht. Das eigne Denken unterscheidet sich vom freien Denken ähnlich wie die eigne Sinnlichkeit, die ich nach Gefallen befriedige, von der freien, unbändigen, der ich erliege.

Man muß sich darüber klar sein: für mein Denken ist der Anfang nicht ein Gedanke, sondern — ich, und darum bin ich auch sein Ziel, wie denn sein ganzer Verlauf nur ein Verlauf meines Selbstgenusses ist. Keine Sache, kein sogenanntes „höchstes Interesse der Menschheit“ ist wert, daß ich ihr diene und um ihretwillen mich damit befasse; ihren Wert suche ich allein darin, ob sie mir um meinetwillen wert ist! Es existiert also keine Pflicht und kein Beruf für mich, mit Gedanken, Ideen, „Wahrheiten“ mich abzugeben.

Solange Du an die Wahrheit glaubst, glaubst Du nicht an Dich und bist ein — Sklave, ein religiöser Mensch. Du allein bist die Wahrheit oder vielmehr, Du bist mehr als die Wahrheit, die vor Dir gar Nichts ist. Du machst Dich an die Gedanken und Vorstellungen wie an die Erscheinungen der Dinge nur zu dem Zwecke, um sie Dir mundgerecht, genießbar und eigen zu machen, Du willst sie nur bewältigen und ihr Eigner werden, willst Dich in ihnen orientieren und zu Hause wissen, und befindest sie wahr oder siehst sie in ihrem wahren

Lichte dann, wenn sie Dir nicht mehr entschlüpfen können, keine ungepackte oder unbegriffene Stelle mehr haben oder wenn sie Dir recht, wenn sie Dein Eigentum sind.

Die Wahrheiten sind Material wie Kraut und Unkraut; ob Kraut oder Unkraut, darüber liegt die Entscheidung in mir. Mir sind die Gegenstände nur Material, das ich verbrauche. Wo ich hingreife, fasse ich eine Wahrheit, die ich mir zuriichte. Der Wahrheit einen Dienst zu leisten, ist nirgends meine Absicht; sie ist mir nur ein Nahrungsmittel für meinen denkenden Kopf, wie die Kartoffel für meinen verdauenden Magen, der Freund für mein geselliges Herz. So lange ich Lust und Kraft zu denken habe, dient mir jede Wahrheit nur dazu, sie nach meinem Vermögen zu verarbeiten. Für sich ist sie wertlos.

Wie ihr durch eure Tätigkeit unzählige Dinge herstellt, ja den Erdboden neugestaltet und überall Menschenwerke errichtet, so mögt ihr auch noch zahllose Wahrheiten durch euer Denken ermitteln, und wir wollen uns gern daran erfreuen. Wie ich mich jedoch nicht dazu hergeben mag, eure neuentdeckten Maschinen maschinenmäßig zu bedienen, sondern sie nur zu meinem Nutzen in Gang setzen helfe, so will ich auch eure Wahrheiten nur gebrauchen, ohne mich für ihre Forderungen gebrauchen zu lassen.

Von hier aus kommt Stirner zu den folgenden Schlüssen: Wie die Welt als Eigentum zu einem Material geworden ist, mit dem ich anfangs, was ich will, so muß auch der Geist als Eigentum zu einem Material herabsinken, vor dem ich keine heilige Scheu mehr trage. Zunächst werde ich dann nicht ferner vor einem Gedanken schauern, er erscheine so verwegen und „teuflich“ als er wolle, weil, wenn er mir zu unbequem und unbefriedigend zu werden droht, sein Ende in meiner Macht liegt; aber auch vor keiner Tat werde ich zurückbeben, weil ein Geist der Gottlosigkeit, Unsittlichkeit, Widerrechtlichkeit darin wohne. Kein Gedanke ist heilig, kein Gefühl, kein Glaube!

Und Stirner säumt nicht, aus dieser furchtbaren Lehre die Konsequenzen für das Verhalten des Individuums im sozialen Leben zu ziehen.

Das Individuum kennt keine Aufgabe und keinen Beruf, keine Pflicht und kein Ideal, kein Gewissen und keine Sünde! Eine Rücksicht auf Mitmenschen giebt's nicht für den Einzigen, — außer wo sie in seinem Interesse gelegen ist. Er scheut, wenn es ihm gut dünkt, weder vor dem Bruch mit dem Liebsten auf Erden — mit der Mutter, der Gattin, dem Freunde — noch vor dem Einbruch in fremdes Gut oder fremdes Leben zurück. Unter jener Voraussetzung schreitet auch der Einzige (wie Stirner ausdrücklich mitteilt) kalten Blutes zu Meineid, Mord und Blutschande¹⁾!

¹⁾ Da neuerdings verschiedene Versuche gemacht worden sind, Stirners Lehre als harmlosen Sozialismus hinzustellen, so zitiere ich eine der Stellen, worin er dem Einzigen das Recht zum Morde und zum

Man darf nun aber nicht glauben, daß in dem von Stirner postulierten Zustände der egoistischen Vereine, worin sich das Ich ausleben kann, wirklich fortwährend Scheußlichkeiten begangen werden würden. Es ist vielmehr die Meinung Stirners, daß sich neue Verkehrsregeln zwischen Individuum und Individuum ergeben würden, die — diktiert vom beiderseitigen Egoismus — ein Neben-einander-Leben und Zusammenleben ermöglichen würden, bei dem Niemand zu kurz kommen würde (genau so, wie sich aus der gegenseitigen Übereinkunft der Egoisten in wirtschaftlichen Dingen angeblich ebenfalls ein sehr erträglicher Zustand für Alle ergeben hat). Ein Beispiel. Heute predigt man das Prinzip, daß man stets die Wahrheit sagen müsse, aus moralischen Gründen. In Zukunft wird man für diese Regel den Eigennutz zur Basis machen: dann wird Jeder leicht begreifen, wie er das Vertrauen zu sich, das er bei Andern erwecken will, durch Lügen verscherze, und wie richtig sich der Satz erweise: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht und wenn er auch die Wahrheit spricht. Zu gleicher Zeit wird der Egoist jedoch auch fühlen, daß er nur demjenigen mit der Wahrheit entgegenzukommen habe, den er befugt, die Wahrheit zu hören. Und wie er Den, dem er das Recht nicht erteilt hat, belügen darf, so kann er auch, wo man in ihn eindringt, sein Wort zu bekräftigen, einen falschen Schwur leisten. „Es ist verächtlich, ein Vertrauen, das wir freiwillig hervorrufen, zu täuschen; aber Jeden, der uns durch einen Eid in seine Gewalt bekommen will, an der Erfolglosigkeit seiner zutrauenslosen List verbluten zu lassen, macht dem Egoismus keine Schande: hast Du mich binden wollen, so erfahre denn, daß ich Deine Bande zu sprengen weiß“ (Stirner).

Hieraus kann man schon erkennen, daß Stirner trotz seiner radikalen Immoralität die höheren Werte aus unsern Handlungen nicht verbannen will. Sehen wir näher zu.

Jeder handelt sich zu Liebe, wie es überhaupt Nichts gibt, was man nicht um seiner selbst willen täte, unter Andern auch Alles, was von Gottgläubigen zu Gottes Ehre geschieht. Stirner sucht nun, uns darüber aufzuklären, daß wir nur unser Interesse richtig verstehen sollen, wirklich unser Bestes ins Auge fassen und uns dabei weder von „fixen Ideen“ (wie Gott, Vaterland, Uneigennützigkeit etc.) noch von — Leidenschaften leiten lassen sollen. Der Kampf

Diebstahl zuspricht, wörtlich: „Ich leite alles Recht und alle Berechtigung aus mir her; ich bin zu Allem, berechtigt, dessen ich mächtig bin. Ich bin durch mich berechtigt zu morden, wenn ich mirs selbst verbiete, wenn ich selbst mich nicht vorm Morde als vor einem „Unrecht“ fürchte. Ich bin nur zu dem nicht berechtigt, was ich nicht mit freiem Mute tue, d. h. wozu ich mich nicht berechtige. Ist es mir recht, so ist es recht. . . . Wenn ihr den Genuß nehmt, so ist er euer Recht; schmachtet ihr hingegen nur darnach, ohne zuzugreifen, so bleibt er nach wie vor ein „wohlerworbenes Recht“ (Derer, die für den Genuß privilegiert sind. Er ist ihr Recht, wie er durch Zugreifen euer Recht würde.“

gegen die fixen Ideen durchzieht das ganze Stirnersche Werk und ist bereits oben genau dargestellt; dagegen ist die Wendung gegen die menschlichen Leidenschaften bisher nur kurz angedeutet worden. Wir müssen hier auf sie umso mehr eingehen, als sie (weil im „Einzigem“ nur selten vorkommend) von den Kritikern Stirners in der Regel übersehen wird.

Wer aus Liebe zu schnödem Gewinne handelt, — erklärt Stirner — tut das zwar seinetwegen; jedoch ist er, für den er den Gewinn sucht, ein Sklave des Gewinns, nicht erhaben über Gewinn, ist Einer, der dem Gewinn, dem Geldsack angehört, nicht sich, ist nicht sein eigen. Muß ein Mensch, den die Leidenschaft der Habgier beherrscht, nicht den Geboten dieser Herrin folgen, und wenn ihn einmal eine schwache Gutmütigkeit beschleicht, erscheint dies nicht eben nur als ein Ausnahmefall? Also ein Habgieriger ist kein Eigner, sondern ein Knecht, und er kann Nichts um seinetwillen tun, ohne es zugleich um seines Herrn willen zu tun, — gerade wie der Gottesfürchtige. Der Ehrgeizige, der vom Ehrgeiz fortgerissen wird und gegen jede Warnung, die ein ruhiger Augenblick in ihm erzeugt, taub bleibt, Der hat diese Leidenschaft zu einer Zwingherrin anwachsen lassen, wider die er jede Macht der Auflösung verloren gibt: er hat sich selbst aufgegeben, weil er sie nicht auflösen, mithin sich nicht aus ihr erlösen kann: er ist besessen!

Leidenschaften sollen uns darum nicht beherrschen, weil wir dann unsre Eigenheit aufgeben, — wohl aber können wir alle lebhaften Gefühle hegen, mit denen keine Opferung unseres Ichs, vermutlich aber stets ein höherer Selbstgenuß verbunden ist. Soll ich etwa an der Person des Andern keine lebendige Teilnahme haben, soll seine Freude und sein Wohl mir nicht am Herzen liegen, soll der Genuß, den ich ihm bereite, mir nicht über andre eigne Genüsse gehen? Im Gegenteil, unzählige Genüsse kann ich ihm mit Freuden opfern, Unzähliges kann ich mir zur Erhöhung seiner Lust versagen, und was mir ohne ihn das Teuerste wäre, das kann ich für ihn in die Schanze schlagen, mein Leben, meine Wohlfahrt, meine Freiheit. Es macht ja meine Lust und mein Glück aus, mich an seinem Glück und seiner Lust zu laben. Aber mich selbst opfre ich ihm nicht, sondern bleibe Egoist und — genieße ihn. Wenn ich ihm Alles opfre, was ich ohne die Liebe zu ihm behalten würde, so beweist das nichts weiter, als daß diese eine Leidenschaft in mir mächtiger ist als alle übrigen. Opfre ich aber einer Leidenschaft andre, so opfre ich darum noch nicht mich und opfre Nichts von dem, wodurch ich wahrhaft ich selber bin, nicht meinen eigentlichen Wert, meine Eigenheit.

Sehe ich den Geliebten leiden, so leide ich mit, und es läßt mir keine Ruhe, bis ich Alles versucht habe, um ihn zu trösten; sehe ich ihn froh, so werde auch ich über seine Freude froh. Daraus folgt nicht, daß mir dieselbe Sache Leiden oder Freude

verursacht, die in ihm diese Wirkung hervorruft, wie schon jeder körperliche Schmerz beweist, den ich nicht wie er fühle: ihn schmerzt sein Zahn, mich aber schmerzt sein Schmerz. Weil ich die kummervolle Falte auf der geliebten Stirn nicht ertragen kann, — also um meinetwillen — küsse ich sie weg. Liebte ich diesen Menschen nicht, so möchte er immerhin Falten ziehen, sie würden mich nicht kümmern, — ich verscheuche nur meinen Kummer!

Hat nun irgendwer ein Recht darauf, von mir geliebt zu werden? Eltern, Verwandte, Vaterland, Volk usw. behaupten, ein Recht auf meine Liebe zu haben. Sie sehen sie als ihr Eigentum an. Ich soll lieben. Aber die Liebe ist kein Gebot, sondern wie jedes meiner Gefühle, mein Eigentum. Erwerbt, d. h. erkaufte mein Eigentum, dann lasse ichs Euch ab. Ein Vaterland, eine Familie usw., die sich meine Liebe nicht zu erwerben wissen, brauche ich nicht zu lieben, und ich stelle den Kaufpreis meiner Liebe ganz nach meinem Gefallen.

Die eigennützige Liebe, wie Stirner sie predigt, steht weit von der uneigennützigen, mystischen oder romantischen ab. Lieben kann man alles Mögliche, nicht bloß Menschen, sondern überhaupt einen „Gegenstand“ (sein Vaterland z. B.). Blind und toll wird die Liebe dadurch, daß ein Müssen sie meiner Gewalt entzieht — wo also die Liebe zur Vernarrtheit wird —; romantisch wird die Liebe dadurch, daß ein Sollen in sie eintritt, d. h. daß der „Gegenstand“ mir heilig wird oder ich durch Pflicht, Gewissen, Eid an ihn gebunden werde. Nun ist der Gegenstand nicht mehr für mich, sondern ich bin für ihn da!

Mein eigen ist dagegen meine Liebe dann, wenn sie durchaus in einem egoistischen Interesse besteht, mithin der Gegenstand meiner Liebe wirklich mein Gegenstand oder mein Eigentum ist. Meinem Eigentum bin ich nichts schuldig und habe keine Pflicht gegen dasselbe, so wenig ich etwa eine Pflicht gegen mein Auge habe. Hüte ich es dennoch mit größter Sorgsamkeit, so geschieht das meinetwegen. Aber dem Egoisten ist nichts hoch genug, daß er sich davor demütigte, nichts so selbständig, daß er ihm zu Liebe lebte, nichts so heilig, daß er sich ihm opferte. „Die Liebe des Egoisten quillt aus dem Eigennutz, flutet im Bette des Eigennutzes und mündet wieder in den Eigennutz“ (Stirner).

Der Egoist braucht also durchaus nicht bloß sich allein zu „bedenken“. Im Gegenteil, ein Mensch, der all die Freuden nicht kennt und schmeckt, die aus der Teilnahme an Andern, d. h. daraus entspringen, daß man auch Andre „bedenkt“, wäre ein Mensch, der unzählige Genüsse entbehrte, also eine — arme Natur! Wer einen Menschen liebt, ist um diese Liebe reicher als ein Anderer, der keinen liebt; aber ein Gegensatz von Egoismus und Nicht-Egoismus ist darin keineswegs vorhanden, da beide nur ihrem Interesse folgen. Die Auster ist nicht

egoistischer als der Hund, der Mohr nicht egoistischer als der Deutsche, der Vandale, der Kunstwerke zerstört, für die er keinen Sinn hat, nicht egoistischer als der Kunsterkenner, der dieselben Kunstwerke mit größter Sorgfalt und Liebe pflegt, weil er Sinn und Interesse dafür hat.

Wenn man nun fragt: wird nicht bei dem zukünftigen Zusammenwirken der Menschen in den egoistischen Vereinen Jeder als Egoist auftreten und seinen Nutzen auf Kosten der Andern wollen? — so erwidert Stirner: Keiner wird auf Kosten der Andern sich mästen, weil — die Andern keine solchen Narren mehr sein wollen, ihn auf ihre Kosten leben zu lassen!

Jeder also wird in dem hier geschilderten Zustande die Welt und die Menschen benutzen. Wo mir die Welt in den Weg kommt — und sie kommt mir überall in den Weg —, da verzehre ich sie, um den Hunger meines Egoismus zu stillen. Du bist für mich nichts als — meine Speise, gleichwie auch ich von Dir verspeist und verbraucht werde. Wir haben zueinander nur Eine Beziehung, die der Brauchbarkeit. Schuldig sind wir einander Nichts! Auf diese Weise ist Jeder Eigner der Welt der Dinge und Eigner der Welt des Geistes!

VI.

Die Mittel zur Beseitigung des herrschenden Gewaltzustandes.

Der Aufrichtung der neuen Welt, wo jeder sich als Einzigen und die Welt als sein Eigentum weiß, stehn mächtige Hindernisse entgegen: einmal die überlieferten „fixen Ideen“ (wie Gott, Vaterland usw.), die den Geist der Individuen knebeln, und weiter die Gewalt, die die bestehenden Institutionen (wie Staat, Eigentum usw.) stützt, sobald die Individuen Miene machen, sie nicht anzuerkennen. Von den fixen Ideen kann die Befreiung unmittelbar durch die Reform des individuellen Bewußtseins geschehn: in diesem Falle „schleudert ein Aufspringen den Alp der religiösen Welt von der Brust und wirft ein aufwachzendes Juchhe! jahrelange Lasten ab“ (Stirner).

Dagegen wird die äußere Gewalt schwieriger zu beseitigen sein. Hier werden sich die heute geknechteten Individuen zusammentun müssen, um Alles, was entgegensteht, in Grund und Boden zu schlagen; wobei ihnen zu Hilfe

kommen muß, daß sie — deren egoistisches Bewußtsein von allen religiösen und moralischen Vorurteilen der alten Welt befreit ist — heiteren Mutes zu jedem Mittel greifen dürfen, das ihnen für ihren Zweck dienlich dünkt. Unter dem Drucke der heutigen Verhältnisse muß der offene Geist der Proletarier das starke Zornfeuer ansammeln, das dazu gehört, um die lastende Erdwucht einer erstarrten Gesellschaft zu durchbrechen und aus dem Stande der Erniedrigung heraus sich zu empören! Dieser Kampf gegen die herrschenden Mächte wird nicht von irgend welchen idealen Gesichtspunkten aus zu führen sein, sondern von egoistischen aus. Unser Eigennutz hat ein Interesse an der Befreiung der Welt, damit sie — unser Eigentum werde.

Erinnern wir uns daran, daß die Staaten nur solange dauern, als es einen herrschenden Willen gibt und dieser herrschende Wille von uns für gleichbedeutend mit dem eigenen Willen angesehen wird. Was helfen dem Staat seine Gesetze, wenn sie Keiner befolgt, was seine Befehle, wenn sich Niemand befehlen läßt? Wer, um zu bestehen, auf die Willenlosigkeit Anderer rechnen muß, der ist ein Machwerk dieser Andern, wie der Herr ein Machwerk des Dieners ist. Hört die Unterwürfigkeit auf, so ist um die Herrschaft geschehen!

Der besitzlose Pöbel existiert nur dadurch, daß er den Gesetzen gehorcht: nur die Scheu des Zugreifens und die entsprechende Bestrafung desselben macht ihn zum Pöbel. Nur daß das Zugreifen Verbrechen ist, nur diese Satzung schafft einen Pöbel, und daß dieser bleibt, was er ist, daran ist sowohl er schuld, weil er jene Satzung gelten läßt, als besonders diejenigen, welche fordern, daß sie respektiert werde. Man hat also die Parole auszugeben: Greift zu und nehmt, was Ihr braucht! Und so lange erkläre man den Krieg Aller gegen Alle, bis Staat und Gesellschaft aufgelöst und an ihre Stelle die egoistischen Vereine getreten sind.

Die Proletarier müssen sich klar darüber sein: Der Kampf gegen die herrschenden Mächte darf nicht bloß im Reiche der Gedanken geführt werden, der theoretische Kampf kann nicht den Sieg vollenden, — sondern es muß Gewalt angewendet werden. Nur der egoistische Kampf, der Kampf von Egoisten auf beiden Seiten, bringt Alles ins Klare!

Und wie sich Stürner diesen Klassenkampf organisiert denkt, durch Anwendung von Gewalt gegen Arbeitswillige, durch Generalstreik, durch Diebstahl und alle terroristischen Verbrechen, darüber geben die folgenden Sätze Auskunft.

Die Proletarier haben den Herren bisher gegeben, was der Kapitalisten — nicht ist; sie müssen nunmehr erklären: nun tut einmal euren Säckel auf, denn von jetzt an steigt unsre Ware ganz enorm im Preise. Was hast Du denn? „Ich habe ein Gut von 1000 Morgen.“ Und ich bin Dein Ackerknecht und werde Dir Deinen Acker fortan nur für 1 Taler Tagelohn bestellen. „Da nehme

ich einen Anderen.“ Du findest keinen, denn wir Ackerknechte tuns nicht mehr anders, und wenn einer sich meldet, der weniger nimmt, so hüte er sich vor uns.

Die Proletarier sollen sich assoziieren, Lohnforderungen stellen, gegen diejenigen, die sich um geringeren Lohn verdingen wollen, „Selbsthilfe“ üben und so schließlich dazu kommen, daß der Reiche künftig nicht mehr Einkommen habe als der gemeine Mann.

Die Arbeiter — schließt Stirner — haben die ungeheuerste Macht in den Händen, und wenn sie ihrer einmal recht inne würden und sie gebrauchten, so widerstände ihnen Nichts: sie dürften nur die Arbeit einstellen und das Gearbeitete als das Ihrige ansehen und genießen. Und daß es dazu einmal kommen wird, beweisen die bereits an verschiedenen Orten beginnenden Arbeiterunruhen. Der Staat beruht aber auf der Sklaverei der Arbeit, — wird die Arbeit frei, so ist der Staat verloren!

Es handelt sich hier nicht um eine politische oder soziale Revolution, die neue Institutionen an Stelle der alten setzen soll oder etwa (wie die Kommunisten wollen) alles Eigentum der Reichen zu Gunsten der „Gesellschaft“ konfiszieren soll, — sondern es handelt sich darum, daß die Individuen das fremde Eigentum in eignes verwandeln, daß sie sich gegen alle Institutionen empören, daß sie nicht die Aufrichtung irgend einer neuen sozialen oder politischen Verfassung erlauben, daß sie überhaupt sich nicht mehr einrichten lassen, sondern sich selbst als Egoisten einrichten. Kein Mittel, das diese Empörung siegreich machen kann, darf unversucht bleiben: „die Gewalt über Leben und Tod, die Kirche und Staat sich vorbehalten, ich nenne auch sie die — meinige“, erklärt Stirner ausdrücklich, zugleich ein Beispiel dafür erzählend, „daß meine Befriedigung über mein Verhältnis zu den Menschen entscheidet, und daß ich auch der Macht über Leben und Tod aus keiner Anwendung von Demut entsage!“

Unter solchen Umständen wird der Egoist zum — Verbrecher. Und Stirner preist ihn darum: „Ein eignes Ich kann nicht ablassen, ein Verbrecher zu sein, — die Schuld ist der Wert eines Menschen.“ Und weiter: „Im Verbrechen hat seit jeher der Egoist sich behauptet und das Heilige verspottet, — der Bruch des Heiligen kann allgemein werden: eine Revolution kehrt nicht wieder, aber ein gewaltiges, rücksichtsloses, schamloses, gewissenloses, stolzes Verbrechen, — grollt es nicht schon in fernen Donnern und siehst Du nicht, wie der Himmel ahnungsvoll schweigt und sich trübt?“

Freilich werden die — sei's vereinzelter, sei's vereinigt — Egoisten bei ihrer vor keinem Mittel zurückschreckenden Empörung manche bittere Stunde erleben. Stirner sieht voraus, daß sie vielleicht um ihre Ruhe und ihren Frieden gebracht werden, und daß sich möglicherweise die blutigsten Kriege und der Untergang vieler Generationen aus der Befolgung der von ihm verkündeten

egoistischen Prinzipien ergeben werden. „Ihr werdet vielleicht nur Kummer, Kampf und Tod davon haben, die Wenigsten werden daraus Freude ziehen.“ Aber Stirner — dem es übrigens ganz gleichgültig ist, welche Folgen sich aus der von ihm ausgestreuten Gedankensaat ergeben — ist doch im Grunde der Überzeugung, daß unsre Welt alt ist und ihr Stündlein geschlagen hat. Das konsequent durchgeführte Prinzip des Egoismus ist darum sicher, die Welt aus ihren Angeln heben und — erlösen zu können!

VII.

Zur Kritik von Stirners Sozialtheorie.

Der „Einzig und sein Eigentum“ ist das Werk eines großen, von der Autonomie des Individuums begeisterten Denkers. Obwohl Stirner nirgendwo das Wort „Anarchismus“ braucht, so enthält doch sein Buch die konsequenteste anarchistische Doktrin, die je in der Weltliteratur in Erscheinung getreten ist. Es gibt keine andre Theorie, die so radikal alle Schranken, die Denken und Wollen des Individuums einengen, beseitigt wissen will, wie die Lehre Stirners. Das Individuum, das einzig ist, wird als Ausgangs- und Zielpunkt alles Denkens, Fühlens und Hoffens proklamiert; es soll seine Bedürfnisse, soweit irgend möglich, befriedigen und sich zu diesem Zwecke zunächst von den Mächten, die seinen Geist fesseln, — den „fixen“ Ideen wie Gott, Menschheit, Vaterland, Moral usw. — befreien, dann aber auch die äußeren Gewalten, die die freie Tätigkeit des Einzelnen hemmen, in Stücke schlagen. An die Stelle von Staat und Gesellschaft, denen als Institutionen der Unterjochung der Individuen kein Existenzrecht zugestanden wird, treten „Vereine von Ich, deren jedes nur sich im Auge hat“ (Stirner). Die Autonomie der Einzelnen wird also nur soweit beschränkt, als diese selber vom Standpunkte ihres eignen Interesses aus sich dazu verstehn, indem sie sich durch Abschließung von Verträgen zu jener gegenseitigen Rücksichtnahme verpflichten, die zum Zusammenleben der Menschen notwendig ist. Darüber hinaus bleibt für jedes Individuum die einzige Schranke die — tatsächliche Ohnmacht.

* * *

Die Kritik wird diesen Ideen gegenüber zunächst die Frage aufwerfen: würde sich bei der Menschennatur, wie sie nun einmal ist, ein nach den Stirnerschen

Prinzipien eingerichtetes soziales Gebilde als lebensfähig erweisen? Sicherlich würden nun nach Auflösung aller Zwangsinstitutionen die Individuen nicht für sich leben, sondern allerhand Verbindungen untereinander eingehen, man würde Verträge schließen, und es würden sich sogar soziale Verkehrsregeln durchsetzen: aber alles Das würde keineswegs ausreichen, um die verschiedenartigen Bedürfnisse der Menschen auch nur im Entferntesten so zu befriedigen, wie das heute geschieht. Es gibt überdies gar zu viele Individuen, die undiszipliniert, gewalttätig, diebisch, überhaupt psychopathisch minderwertig sind, — und ihrem unheilvollen Wirken vermag der Staat ungleich besser entgegenzutreten als freie Vereine.

Und wie soll, wenn solche Vereine in ihre gegenseitigen Sphären hinübergreifen, die Schlichtung anders als durch Gewalt und Krieg erfolgen, — während heute doch wenigstens innerhalb einer Nation ein einheitlicher schiedsrichterlicher Wille hergestellt ist. Darum ist auch die gewichtige Tatsache, daß noch nirgendwo unter Kulturmenschen eine ähnliche anarchistische Ordnung verwirklicht worden ist, nur zu begreiflich.

Bei irgendwie komplizierten Sozialzuständen sind eben unter allen Umständen objektive Mächte nötig, damit ein Zusammenleben der Menschen möglich wird. Soziale Verkehrsregeln würden sich freilich entwickeln, — aber nicht Alle würden sie akzeptieren; und überdies würden die Einzelnen je nach ihrem Interesse jene Regeln verschieden auslegen. Heute zwingt der Staat Alle, die von ihm aufgestellten Normen und die Auslegung, die seine Organe ihnen geben, anzuerkennen. Fällt aber der Staat und jede ähnliche Institution fort, so tritt an die Stelle des öffentlichen Zwanges der — private! In Wirklichkeit würde darum die Aufhebung des Staates zur Proklamierung des Faustrechts führen. Umso mehr als auch Moral und Sitte aufgehoben sind und Jeder ausschließlich seinem Interesse folgen soll. Man male sich die Zustände aus, die entstehen würden, wenn Jeder sich für berechtigt hielte, einen Vertrag einfach deshalb zu brechen, weil seine Willensmeinung sich inzwischen geändert hat, — und wenn sich der geschädigte Interessent ausschließlich mittelst des Faustrechts Genugtuung verschaffen könnte! Ein solches „freies Spiel von Selbsthilfe oder Rache — sagt treffend Amira in seiner tief eindringenden Untersuchung über das „Wesen des Rechts“¹⁾ — würde die Ordnung nicht erhalten, sondern stürzen“.

Ganz unrichtig ist ferner die Annahme, daß alle Menschen sich von den bestehenden Institutionen, Staat, Gemeinde, Familie usw., auch wirklich zu befreien wünschen. Stirner beurteilt hier die andern Menschen nach sich: in Wahrheit wollen die meisten Menschen in Ruhe und Frieden leben, auch wenn sie dabei einen Teil ihrer „Eigenheit“ opfern müssen. Sie wollen nicht den fort-

1) Karl v. Amira, „Vom Wesen des Rechts“, S. 10.

währenden Kampf um die Selbstbehauptung auf sich nehmen. Jeder wünscht vielmehr, sich in seiner sozialen Gruppe auszuleben, wodurch ihm viel Nachdenken und Kampf mit sich und Andern erlassen wird. Die weitaus wenigsten Menschen wünschen, sich ihr Dasein in allen Lebensbeziehungen eigenartig zu gestalten; die meisten Menschen sind eben keine „Eigene“, sondern — Schablonenmenschen. „Das Leben der Masse — meint Eduard von Hartmann¹⁾ mit Recht — erschöpft sich in Familie, Berufsgenossenschaft, Gemeinde, Schule, Kirche und Staat, und nur Wenige besitzen überhaupt eine Eigenheit, die neben allem diesem zur Geltung zu kommen wünschte. Solche Durchschnittsmenschen werden sich also überhaupt nur in der Gesamtheit dieser Organisationen ausleben können und finden sich ohne dieselben in bodenlose Leere gestellt. Ihr Eigennutz gerade verlangt den Anschluß an alle diese Organisationen, wenn sie sich wohl fühlen sollen. Die Wenigen, die mehr Eigenes in sich haben, brauchen zwar einen gewissen Spielraum zu dessen Entfaltung, mögen aber doch auch den politisch-sozialen Untergrund nicht missen, sondern finden, daß die friedliche Grenzabsteckung der verschiedenen Lebensgebiete das ihnen Zuträglichste sei.“

Geradezu komisch berührt es, daß Stürner auch schon das Kind seiner Eigenheit überlassen will, — während doch gerade ein der staatlichen Institutionen entbehrender Sozialzustand zur Voraussetzung hätte, daß die Kinder ganz besonders sorgfältig erzogen und zur gegenseitigen Verträglichkeit angeleitet werden! —

Was vor Allem an dem Stürnerschen Werk auffällt, ist die unbedingte Vorherrschaft des abstrakt-deduktiven Kalküls: aus der „Leibhaftigkeit“ und Einzigkeit des Individuums werden Schlüsse über Schlüsse gezogen, — während die Notwendigkeiten der historischen Entwicklung und die Erfahrungstatsachen von Vergangenheit und Gegenwart kaum eines Blickes gewürdigt werden. Infolge davon bemerkt Stürner auch nicht, daß die Entwicklung von Kultur und Zivilisation und die Erhebung des Menschengeschlechts über die Tierheit zu einem sehr gewichtigen Teile auf der Ausbildung der Institution des Staates und von Moral und Sitte beruhen. Selbstverständlich spielen auch hier Gewalt und Unrecht eine große Rolle, — aber andererseits hat der menschliche Fortschritt nur durch Disziplinierung der Individuen stattfinden können, und hierfür ist die Autorität der Sitte und des Gesetzes notwendig gewesen. Die überkommenen moralischen und staatlichen Mächte erzwingen eben ein geordnetes Zusammenleben der Menschen und halten die Individuen zu Leistungen an, die in letzter Instanz zum großen Teile dem Fortschritt der Kultur dienen. Würde man den Individuen überlassen, sich auszuleben, ohne daß ein Zwang sie beeinflusste, — so würde die große Mehrheit sich nach Möglichkeit der Arbeit entziehen. Mit Recht sagt

1) Eduard v. Hartmann, „Ethische Studien“, S. 86.

Lexis in seiner klassischen Abhandlung über das „Wesen der Kultur“: „Es ist eine Ergänzung der Einzelwirkung durch organisierte Vereinigungen nötig, vor Allem durch die organisierte Kraft der Gesamtheit, die der Staat vertritt; — ohne Staat gibt es überhaupt keine Kultur“¹⁾).

Mit diesem Mangel an historischem Sinn hängt auch zusammen, daß Stirner die Bedeutung der Ideale und Illusionen, — die er geringschätzig als fixe Ideen bezeichnet — nicht einzusehen vermag. Ideale und Illusionen sind neben vielem Anderen nötig gewesen, damit die Menschheit ihren Gang gehe und vom Zustande der Unkultur zu der gegenwärtigen Stufe der Zivilisation, Macht und Freiheit gelange. Aus demselben Grunde bemerkt auch Stirner nicht, daß sein Vorschlag, eine Partei der Egoisten zu bilden, die die proletarischen Interessen rasch und kräftig durch rücksichtslose Gewalt fördern soll, keinen großen Erfolg haben könnte. Denn gerade vom Volke läßt sich in der Politik nur ein kleiner Teil durch nüchterne Auffassung von Welt und Leben leiten, — die große Masse muß durch Ideale zusammengehalten werden. Eine Bewegung, die sich gegen etwas Bestehendes richtet, muß, um die Einzelnen aus ihrer trägen Ruhe und Apathie zu reißen, an ihre Phantasie appellieren, ihr ein lockendes Bild vorkaukeln. Beschränkt sich dagegen die Bewegung darauf, den Leuten zu erklären: ihr könnt euch mit eurem Egoismus einrichten, wie ihr wollt, — ohne daß ein großes Ziel gezeigt wird: so wird eine solche Bewegung bald in sich zusammensinken müssen. Sie wird, anstatt zu wachsen, ihren Anhang immer mehr schwinden sehen, da ihr blasses und schwächliches Ideal nicht Attraktionskraft genug besitzt, um den trägen und egoistisch gesinnten Einzelmenschen zu vermögen, seine Ruhe hinzugeben und sich das Herz zu beschweren oder wohl gar Opfer zu bringen. Ideen, die bloß an die kühl wägende Vernunft sich richten, können daher keine Massenbewegung ins Leben rufen, sie prallen wirkungslos an der mit dem dreifachen Erz des Egoismus gepanzerten Menschenbrust ab.

Der Kitt, der eine Menge Menschen zu gemeinsamem Handeln verbindet und so aus der Masse der Einzelnen eine Einheit zustande bringt, — der elektrische Schlag, der die Trägheit des Individuums durchbricht, so daß es Ruhe und Gut, ja oft Freiheit und Blut dahin gibt, geht gerade von den von Stirner so sehr geschmähten Idealen aus²⁾. Indem Stirner es ablehnt, irgendwelche Ideale für die soziale Bewegung zu proklamieren, hat er seine Bestrebungen von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt. Die anarchistischen Parteien späterer Jahre haben (obwohl z. B. Bakunin, der Begründer der modernen anarchistischen Partei, Viel

1) Wilhelm Lexis, „Das Wesen der Kultur“ in der von Hinneberg herausgegebenen „Kultur der Gegenwart“, Bd. I, S. 5.

2) Vergl. G. Adlers „Bedeutung der Illusionen für Politik und soziales Leben“, 1904.

von Stirner übernommen hat) sich gerade in diesem Punkte von Stirner getrennt, indem sie von idealistischen Motiven ausgingen.

Übrigens läßt sich voraussagen, daß, wenn sich eine anarchistische Aktionspartei nach seinen Angaben bilden würde, die fortwährend Attentate, Diebstähle etc. unternähme, die Endwirkung nicht die Sprengung der bestehenden Gesellschaftsordnung, sondern eine furchtbare Reaktion, verbunden mit den Standgerichten der Militärdiktatur, sein würde!

Wie schwer die „Empörung“, die er predigt, faktisch durchzuführen ist, dafür ist der beste Beweis — sein eigener Lebensgang. So übel es ihm selber erging, der schließlich auf Alles, was das Leben angenehm macht, verzichten mußte, von Wohnung zu Wohnung gehetzt, mehrere Male in den Schuldurm gesperrt wurde; er wagte doch nur, gegen die bestehenden Gesetze zu — schreiben, nicht gegen sie zu handeln. Ein „aufjauchzendes Juchhe!“ genügt eben nicht, um über alle „Bedenklichkeiten“ dieser Welt hinwegzuhelfen, — da haben Andre doch noch ein gewichtiges Wörtchen mitzureden.

Vom Eigennutz sollen sich die Proletarier leiten lassen, lehrt Stirner. Der wird sie aber antreiben, nicht — ihren Kopf zu riskieren bei ihrem Sturm-
lauf gegen die bestehende Gewalt. Und der einzelne Proletarier kann gerade, wenn er sich vom Eigennutz leiten läßt, sein Geschäft damit machen, daß er sich gegen gute Bezahlung von den Gegnern der proletarischen Interessen anwerben läßt: als Streikbrecher oder als „Spitzel“.

Hier wie an so vielen andern Stellen seines Systems zeigt sich klar, daß Stirner von den Tatsachen der modernen sozialen und gar erst der technisch-industriellen Entwicklung keine Ahnung hat: der „Einzig und sein Eigentum“ ist durchgehends das Werk eines grübelnden Sozialphilosophen, nicht das eines Nationalökonomien und Sozialpolitikers.

Aber man darf daraus gegen Stirner keinen allzuschweren Vorwurf herleiten: denn er teilt diesen Mangel mit so vielen radikalen Autoren seiner Epoche, mit Feuerbach, Arnold Ruge, Bruno Bauer, wie mit Grün und den andern „philosophischen“ Sozialisten, die alle durch philosophische Spekulation die soziale Frage lösen zu können vermeinten. Eine Anschauung, die ihnen aus der deutschen idealistischen Philosophie überkommen war und die ein zähes Leben fristete, weil die politische Reaktion jener Tage keine Beteiligung der jungen Köpfe an der praktischen politischen und sozialen Arbeit zuließ.

Was aber an Stirner das Auszeichnende ist und ihm für immer einen Platz in der Weltliteratur sichert, Das ist, daß er in einem scharfsinnig geschriebenen und genialisch angelegten Buche energischer als jeder Andere das Prinzip der freien Individualität und des Rechts der Persönlichkeit auf die eigentümliche Entwicklung ihres Wesens betont und entschiedener als jeder Andere Protest gegen

alle Bestrebungen geistiger Dressur und Uniformierung eingelegt hat. Er hat auch zuerst durchschaut, daß die Kommunisten, trotzdem sie den Staat angeblich abzuschaffen wünschen, faktisch einen neuen Staat aufrichten wollen, der vielleicht die Einzelnen materiell besser stellen mag, sich dagegen sicher an der freien Selbstbestimmung der Individuen grauenvoller versündigen würde, als der Staat der Gegenwart! Und schließlich hat Stirner positiv zum ersten Male die tief sinnige (wenn auch utopische) Konstruktion eines streng von der Autonomie des Individuums ausgehenden sozialen Ideals entworfen. Und darum vermag ich Joël nicht beizustimmen, wenn er vom Werke Stirners urteilt: „Es ist kein Gedankenbau, es ist nur der große Brand aller Gedanken, daß von tausend Flammenzungen der Abendhimmel purpurn dasteht wie eine ewige Mahnung. — Das ist, was euch an Stirner erschauern macht, und am Ende bleibt ein Häufchen graue Asche. Denn die Flamme stirbt mit Dem, was sie verzehrt“!).

VIII.

Über die Wurzeln von Stirners Anarchismus.

In der Sozialtheorie Stirners sind zwei Bestandteile zu unterscheiden: die philosophische Grundlage des Systems und die originelle Konstruktion des sozialen Zusammenlebens der Individuen. In ihrem philosophischen Teil stellt die Doktrin Stirners den letzten Punkt jener Geistesentwicklung dar, die gegen die klassische deutsche Metaphysik gerichtet war. Gegen Hegel, der die Geschichte des Menschen durch die Entwicklung der „absoluten Idee“ (d. h. der Weltvernunft) bestimmte, hatte sich Feuerbach erhoben und in seinem „Wesen des Christentums“ (1841) gelehrt, daß der Mensch die Ideen schaffe, und daß speziell die höheren Wesen, die unsere religiöse Phantasie erschaffen habe, nur die phantastische Rückspiegung unsres eignen Wesens seien. Noch genauer läßt sich der Einfluß Feuerbachs auf Stirner, der zeitweilig sein Anhänger gewesen war, bestimmen, wenn wir sein System eingehender betrachten.

Feuerbach hatte erklärt: der Glaube an Gott, d. h. an die phantastische und himmlische Position des Menschen, führe im wirklichen Leben notwendig zur Negation des Menschen. Und er hatte weiter erklärt: wenn er Gott negiere, so solle das heißen, er negiere die Negation des Menschen und verlange die Be-

1) Karl Joël, „Stirner“ in der „Neuen Deutschen Rundschau“, 9. Jahrgang (1898), S. 1014.

schaftigung mit der sinnlichen, wirklichen, folglich notwendig auch politischen und sozialen Position des Menschen. Hier aber müsse man einsehen, daß der einzelne Mensch für sich nicht das Wesen des Menschen repräsentieren könne, da dieses vielmehr nur in der Gemeinschaft enthalten sei. Denn nicht der isolierte Mensch produziert die Ideen, sondern diese entspringen nur durch Mitteilung, aus der Konversation des Menschen mit dem Menschen. Zwei Menschen gehören, nach Feuerbach, zur Erzeugung eines Menschen, des geistigen so gut wie des physischen. Der Mensch soll seine Individualität ausleben, aber sich mit dem Nebenmenschen eins fühlen. Dies Prinzip soll sich auch in der Praxis bewähren. Der Mensch soll genießen, — aber nicht allein. Er soll lieben, d. h. Andern wohlwollen und wohlthun. Ohne Gegenstand ist der Mensch Nichts: es ist besser, auch den eitelsten, unwürdigsten Gegenstand mit Liebe zu umfassen, als sich lieblos in sein eigenes Selbst zu verschließen. „Es giebt nur Ein Böses, — ruft Feuerbach aus — es ist der Egoismus; und ein Gutes, — es ist die Liebe!“ Der Mensch ist dadurch Gegenstand der Liebe, daß er Selbstzweck, daß er ein vernunft- und liebefähiges Wesen ist. Die Liebe ist nichts Andres als die Betätigung, die Verwirklichung der Einheit der Gattung durch die Gesinnung. Die Gattung ist kein bloßer Gedanke; sie existiert im Gefühl, in der Gesinnung, in der Energie der Liebe, die Gattung ist es, die mir Liebe einflößt. Unser Ziel muß sein, den Menschen um des Menschen willen zu lieben, sich zur Liebe der Gattung zu erheben, zur universalen, dem Wesen der Gattung entsprechenden Liebe! So proklamiert Feuerbach die Liebe zum Menschen d. h. zur menschlichen Gattung, zur Menschheit als das neue Ideal, das an die Stelle der bisher geübten Liebe zu Gott treten soll.

An dieser Stelle setzt die Kritik Stirners — bei seiner Abwendung von Feuerbach — ein. „An dem Eingange der neuen Zeit — so charakterisiert Stirner selber seinen gegen Feuerbach gerichteten Standpunkt — steht der ‚Gottmensch‘. Wird sich an ihrem Ausgange nur der Gott am Gottmenschen verflüchtigen, und kann der Gottmensch wirklich sterben, wenn nur der Gott an ihm stirbt? Man hat an diese Frage nicht gedacht und fertig zu sein gemeint, als man das Werk der Aufklärung, die Überwindung des Gottes, in unseren Tagen zu einem siegreichen Ende führte; man hat nicht gemerkt, daß der Mensch den Gott getötet hat, um nun — ‚alleiniger Gott in der Höhe‘ zu werden. Das Jenseits außer Uns ist allerdings weggefeht, und das große Unternehmen der Aufklärer vollbracht; allein das Jenseits in Uns ist ein neuer Himmel geworden und ruft uns zu erneuten Himmelsstürmen auf: der Gott hat Platz machen müssen, aber nicht uns, sondern — dem Menschen. Wie mögt Ihr glauben, daß der Gottmensch gestorben sei, ehe an ihm außer dem Gott auch der Mensch gestorben ist?“ Stirner tut also, über Feuerbach hinaus, den Schritt, die „Mensch-

heit" als Ideal genau so zu verwerfen, wie Feuerbach die Gottheit verworfen hatte, — nämlich als Produkt menschlicher Phantasie, das zur Knechtung des Menschen benutzt würde! Wer hat hier auf Stirner Einfluß genommen? Unserer Ansicht nach: Proudhon.

Durch Proudhon war in die moderne proletarische Emanzipationsbewegung das Prinzip der Autonomie des Individuums eingedrungen (das natürlich schon vor Proudhon von einzelnen sozialistischen Autoren postuliert worden war¹⁾. In seinem Werk „Qu'est-ce que la propriété“ (1840), das ihn mit einem Schlage zum berühmtesten der damals lebenden sozialistischen Schriftsteller gemacht hatte, war zum ersten Male das Wort „Anarchie“, das bis dahin für identisch mit „Regellosigkeit“ und „Unordnung“ gegolten, zur Bezeichnung eines idealen Gesellschaftszustandes angewandt worden: die neue Ordnung, durch das leitende Prinzip der Herrschaftslosigkeit charakterisiert, sollte schon durch jenen Namen in Gegensatz zur bisherigen Weltgeschichte gestellt werden, deren wesentliche Merkmale angeblich Unterdrückung und Zwang waren. In Zukunft sollte der Mensch nur seiner Vernunft gehorchen, nicht aber irgend einer Autorität. Und von diesem Standpunkt aus hatte Proudhon sowohl die Monarchie, wie die Herrschaft der Majorität, die staatliche Organisation, das (die Besitzlosen unterdrückende und ausbeutende) Eigentum ebenso wie den Kommunismus bekämpft. Die zukünftige Ordnung sollte sich von selbst herstellen, indem die Individuen, frei ihrer Vernunft folgend, persönlichen Besitz durch Arbeit erwerben; die gegenseitige Verständigung und Hilfeleistung erfolgt durch freie Verträge und (erforderlichen Falls) durch Assoziationen, wobei stets Gerechtigkeit für alle Individuen und Gleichheit beim Austausch und bei der Bezahlung aller Leistungen die leitenden Prinzipien bilden. Man bemerkt sofort, daß im Hauptwerk Proudhons alle Keime zu den fundamentalen Anschauungen Stirners enthalten sind, — mit Ausnahme der Negation der Moral, worin Stirner von den andern Vertretern des Prinzips der individuellen Autonomie abweicht.

Proudhons Lehre fand in Deutschland beim Kreise der radikalen Junghegelianer ganz besonders lauten Beifall. So kam es, daß sich hier bald Philosophen fanden, die die Proudhonsche Lehre von der Autonomie des Individuums weiterbildeten, in einer Art freilich, daß dies Prinzip in eine idealistische Fratze verkehrt wurde. Die ersten Kundgebungen der fraglichen Art finden sich in zwei Abhandlungen von Moses Heß über „Philosophie der Tat“ und „Sozialismus und Kommunismus“, die in dem von Herwegh herausgegebenen Sammelbande

¹⁾ So besonders von Godwin. Vergl. Pierre Ramus, W. Godwin, der Theoretiker des kommunistischen Anarchismus, 1907, sowie Godwins „Eigentum“, deutsch von Bahrfeldt (Heft 2 der „Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik“, herausgegeben von G. Adler), 1904. — Über Proudhon vergl. das treffliche Werk K. Diehls „P. J. Proudhon, seine Lehre und sein Leben“, 3 Bde., 1888—1896.

„Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz“ (1843) veröffentlicht wurden. Das neue Lösungswort: Anarchie — heißt es darin — sei Negation aller Herrschaft im geistigen wie im sozialen Leben, also auch des Staates und der Kirche, — wie geartet sie immer sein mögen. Man müsse aber noch einen Schritt weiter gehen als Proudhon und erkennen, daß „die wahre Negation des Bestimmtwerdens von Außen die Selbstbestimmung von innen heraus sei!“ Das könnte Stirner geschrieben haben ebenso wie die Worte: „Der Wert der Anarchie besteht darin, daß das Individuum wieder auf sich selbst angewiesen wird, von sich ausgehen muß Wenn ich eine Macht außer oder über meinem Ich glaube, so bin ich von Außen beschränkt Ich kann im sozialen Leben mich selber bestimmen, in dieser oder jener bestimmten Weise tätig sein, ohne eine äußere Schranke meiner Tätigkeit anzuerkennen, — ohne einem Andern das Recht einzuräumen, mich zu beschränken.“

Von diesen Sätzen hat sich Stirner, der Heß wie Proudhon genau kannte, anregen lassen. Aber er hat dem Postulate der Anarchie eine andre Deutung gegeben, indem er aus dem Prinzip der Autonomie des Individuums rücksichtslos die letzten Konsequenzen zog und vor keiner Autorität Halt machte. Heß erkannte (ebenso wie Proudhon) die Grundsätze der Ethik an und wünschte, daß sich die Selbstbestimmung der Individuen nach ideal-altruistischen Motiven vollziehe, so daß sich als Endresultat der Einklang der Interessen Aller ergeben mußte. In diesem Punkt ist das System Stirners das gerade Widerspiel zu dem von Heß: während Heß an den Idealismus und alle Mächte der Sittlichkeit appelliert, will Stirner ausschließlich mit dem Egoismus rechnen, allem Begehren des Menschenherzens, aller individuellen Gewalttätigkeit freie Bahn schaffen und als einzige Schranke die tatsächliche Ohnmacht anerkennen!

Nachdem wir festgestellt haben, daß Stirner in den Grundlagen seiner Sozialphilosophie — in der Autonomie des Individuums, in der Abschaffung von Staat und Gesetz sowie in der Beseitigung alles obrigkeitlichen Zwanges — sich an Proudhon und Heß angeschlossen hat: wollen wir daran die Bemerkung knüpfen, daß wir nicht glauben, daß Stirner, trotz mancher äußerlichen Ähnlichkeiten in der Formulierung der fundamentalen Prinzipien, von Fichte beeinflusst worden ist. Wenn Fichte sagt: „Das Ich ist Alles“, so scheint dies mit Stirners Aufstellungen vollkommen zu harmonieren. Aber erstens spricht Fichte vom „absoluten“ Ich, dem Gattungs-Ich, während Stirner vom individuellen Ich, vom vergänglichen Ich spricht; und zweitens erklärt Stirner selber mit Recht im Gegensatz zu jenem Fichtischen Satze: „nicht das Ich ist Alles, sondern das Ich zerstört Alles, und nur das sich selbst auflösende Ich, das nie seiende Ich, das — endliche Ich ist wirklich Ich!“

Auch in den Ansichten, die Stirner über nationalökonomische Fragen äußert, zeigt sich die Beeinflussung durch Proudhon unverkennbar, — wenn es natürlich auch hier (ebenso wie bei den sozialphilosophischen Grundfragen) nicht an Abweichungen von der Theorie Proudhons fehlt.

Zunächst schließt sich Stirner schon in der Kritik der bestehenden Gesellschaft an Proudhon an. Dieser hatte erklärt, daß die heutige Ordnung auf einer Ausbeutung des Arbeiters durch den Eigentümer beruhe, weil der Lohn des Arbeiters immer geringer sei als die von ihm getane Leistung, — was in der Tatsache zum Ausdruck komme, daß die Arbeiter mit ihren Löhnen ihre eigenen Produkte nicht zurückkaufen könnten. So sei also der Eigentümer durch seine wirtschaftliche Übermacht in den Stand gesetzt, sich einen Teil des vom Arbeiter geschaffenen Produkts ohne Äquivalent anzueignen. Auf diese Weise „erntet der Eigentümer, wiewohl er nicht sät; verzehrt er, wiewohl er nicht produziert; genießt er, wiewohl er nicht arbeitet“ (Proudhon): das Eigentum gibt Veranlassung zum Diebstahl, der Eigentümer wird zum Dieb („La propriété c'est le vol“).

Im Kerne sagt Stirner dasselbe, wenn er erklärt: „Unter dem Regime des Bürgertums fallen die Arbeitenden stets den Besitzenden, also den Kapitalisten in die Hände. Es kann der Arbeiter seine Arbeit nicht verwerten nach dem Maße des Wertes, welchen sie für den Genießenden hat. Den größten Gewinn hat der Kapitalist davon . . . Die Klasse der Arbeiter bleibt, weil in dem, was sie wesentlich sind, ungeschützt, eine dem Staate, diesem Staate der Besitzenden, feindliche Macht. Ihr Prinzip, die Arbeit, ist nicht seinem Werte nach anerkannt: es wird ausgebeutet, eine Kriegsbeute der Besitzenden, der Feinde!“

Ist hier Stirner abhängig von Proudhon, so polemisiert er andererseits doch gegen seinen bekannten Ausspruch: Eigentum sei Diebstahl. „Proudhon — sagt Stirner — glaubt das Schlimmste vom Eigentum auszusagen, wenn er es einen Diebstahl nennt. Ganz abgesehen von der verfänglichen Frage, was gegen den Diebstahl Gegründetes einzuwenden wäre, fragen wir nur: ist der Begriff „Diebstahl“ überhaupt anders möglich, als wenn man den Begriff „Eigentum“ gelten läßt? Wie kann man stehlen, wenn nicht schon Eigentum vorhanden ist? Was Keinem gehört, kann nicht gestohlen werden: das Wasser, welches Einer aus dem Meere schöpft, stiehlt er nicht. Mithin ist nicht das Eigentum Diebstahl, sondern durch das Eigentum erst wird ein Diebstahl möglich.“ Das soll also besagen, daß Proudhon noch nicht radikal genug vorgeht, indem seiner Kritik das Prinzip zugrunde liegt, daß etwas durchs Recht „mein“ sein könne, — während Stirner alles Recht negiert: durch mich sollen die Güter mein werden! —

Eine weitere Beeinflussung durch Proudhon gibt sich in der von Stirner versuchten Konstruktion der sozialen Neuordnung kund. Proudhon hatte in seinem Werke über das „Eigentum“ vorgeschlagen, daß sich die Individuen zum

Zweck der Produktion assoziieren sollten und daß dann die Produkte, die in der gleichen Zeit mit dem gleichen Aufwande hergestellt werden, gegen einander ausgetauscht werden müßten. Alle Arbeiten, in welcher Branche sie auch geleistet sein mögen, gelten hier als gleich an Wert: eine Stunde Kohlengraben wird sich ebenso bezahlt machen wie eine Stunde Freskomalerei. Denn (nach Proudhon) entspricht die Verschiedenheit der Arbeitszweige nur der Verschiedenheit der menschlichen Fähigkeiten und wird ein Genie wie Beethoven bei gleicher Bezahlung seine Tagesarbeit immer lieber dem Studium der Musik widmen wollen als etwa der Landwirtschaft, so daß also ein höherer Preis gar nicht notwendig ist, um ihn zur Schaffung seiner göttlichen Melodien zu veranlassen. Verlangt aber doch Jemand mehr, so vernichtet die Gesellschaft seine Ansprüche einfach dadurch, daß sie nun seine Dienste zurückweist. Dann muß er sich, um zu leben, einer Arbeit widmen, zu der ihn die Natur nicht bestimmt hat, und alsbald wird der Mann von Genie seine Schwäche fühlen und nachgeben müssen. „Eine berühmte Sängerin, sagt Proudhon, soll 20 000 Rubel von der Kaiserin Katharina II. verlangt haben. Soviel gebe ich ja nicht meinen Feldmarschällen, sagte Katharina. — Lassen dann Eure Majestät, erwiderte die Sängerin, nur Ihre Feldmarschälle singen! Sprache Frankreich, mächtiger als Katharina II., zu Fräulein Rachel: Sie werden für 100 Louisdor spielen oder Wolle spinnen. — würde wohl die Tragödin vom Theater gehen? Sie würde alles Andere zuerst satt bekommen!“

Stirner konstruiert nun eine Wirtschaftsordnung, die auf der einen Seite sicherlich Manches von dem Ideale Proudhons entlehnt, anderseits aber von diesem dadurch in wesentlichen Stücken abweicht, daß sie das Prinzip der Autonomie der Individuen mit viel strengerer Konsequenz durchführt. So will Stirner durch Assoziationen Kauf und Produktion geregelt wissen (wobei ihm — 1844! — der geniale Gedanke einer nach fabrizierenden Konsumgenossenschaften gegliederten Gesellschaft kommt). Soweit es sich nun bei den Arbeiten, die hier von den Einzelnen für die Assoziationen zu leisten sind, um die durchschnittlichen Arbeiten handelt, zu denen „so ziemlich jeder Mensch“ (Stirner) abgerichtet werden kann, so werden die Assoziationen Taxen für solche durchschnittlichen Arbeiten aufstellen. Darin stimmt also Stirner mit Proudhon überein. Dagegen soll für originelle Arbeiten keine Vereinstaxe bestehen, sondern die Schöpfer solcher Arbeiten sollen sich mit den Assoziationen über die Preise einigen, zu denen sie ihnen ihre Produkte abtreten wollen. Auf diese Weise wird von Stirner die vollkommene Freiheit des Individuums, dem gegenüber (im Gegensatz zum Gesellschaftsideal Proudhons) keine Art von Zwang anwendbar ist, bei der Feststellung des Preises seiner Arbeiten und Leistungen gewahrt.

Auch bei der Angabe der Mittel zur Zertrümmerung von Staat und Gesellschaft und zur Herbeiführung der neuen Ordnung zieht Stirner — ohne Rück-

sicht auf irgendwelche geltenden Moralgesetze — alle Konsequenzen aus dem Prinzip der Souveränität der Individuen. Er proklamiert den mit allen Mitteln zu führenden Klassenkampf des Proletariats gegen die Staatsgewalt und die herrschende Bourgeoisie: Generalstreik, Diebstahl, terroristische Verbrechen aller Art. Die Idee, auch mit verbrecherischen (nicht bloß „revolutionären“) Mitteln dem Proletariat zum Siege zu verhelfen, war kurz vorher von Weitling in seinen (Stirner genau bekannten) „Garantien der Harmonie und Freiheit“ (1842) geäußert worden. Wenn — hatte er hier erklärt — die Regierenden die Prinzipien des Sozialismus zu ihrem eigenen Vorteil verdrehen (also Regierungs-Sozialismus treiben) sollten, so sei zur Vereitelung desselben nur ein einziges Mittel geeignet: das Verkünden einer Moral, die das blutige Schlachtfeld in den Straßen, in denen das Volk doch immer den Kürzeren zöge, in einen Guerillakrieg verwandle; einer Moral, die dem Kommunismus ganze Legionen Streiter zuführen würde, die er augenblicklich noch verabscheute: Und diese Moral müsse unter den großstädtischen Massen gelehrt werden, die dem grenzenlosesten Elend und der Verzweiflung preisgegeben seien. „Das Wort einmal ausgesprochen, so ist das Signal zu einer neuen Taktik gegeben, der unsre Feinde nun und nimmermehr gewachsen sein werden. Drückt man uns bis auf die Feder, so ist es unsere Pflicht, sie springen zu lassen, und sollte eine zwanzigjährige, fürchterliche Unordnung daraus entstehen. Jeder hilft sich, wie er kann“ (Weitling). Dies Mittel nahm bald Weitlings Phantasie so sehr gefangen, daß er schon Anfang 1843, ehe die befürchtete staatliche Sozialreform in Sicht war, bei zwei kommunistischen Parteifreunden anfragte, ob man nicht gemeinsam mit dem Diebsgesindel den Kampf gegen die bestehende Gesellschaft führen sollte. Jene beiden — es waren Dr. Hermann Ewerbeck und Karl Schapper — sprachen sich aber mit größter Entschiedenheit gegen diesen Plan aus, den dann Weitling — nachdem er das Törichte seiner Idee vom „stehenden Proletariat“ eingesehen hatte — fallen ließ.

Stirner nimmt nun den Gedanken in umfassender Form wieder auf. — aber bei ihm erscheint er nicht mehr als ein zufälliger Annex seines Systems wie bei Weitling, sondern vielmehr als die letzte Konsequenz seines fundamentalen Prinzips. Dieses postuliert die vollkommenste Souveränität des Individuums. Da aus ihm ohne Rücksicht auf bestehendes Recht, Moral und Sitte alle Folgerungen gezogen werden sollen, so muß schließlich Stirner dazu kommen, zur Wegräumung der die Selbstherrlichkeit des Individuums einengenden Gewalten die Notwendigkeit der individuellen Gewaltakte und der rohesten Selbsthilfe des Proletariats anzuerkennen.

So kommen wir zu dem Resultat, daß in der Frage der Taktik (d. h. der zum Sturze des Bestehenden dienlichen Mittel) Stirner prinzipiell in strengstem Gegensatz zu Proudhon steht: hier der Idealismus des Schwärmers, der alle

Erfolge von der Ausbreitung der Ideen der Gerechtigkeit und der Gleichheit erwartet, dort die Todfeindschaft gegen jedes ethische Prinzip. Und darum ist Stirner als der Stammvater jener moralinfreien anarchistischen Doktrin anzusehen, die alle Exzesse der Revolutionäre, alle Orgien der Individuen rechtfertigt und anpreist.

IX.

Stirners Lehre als die Sozialtheorie des Lumpenproletariats.

Es handelt sich schließlich noch darum festzustellen: welche soziale Klasse und Gesellschaftsschicht es ist, deren Interessen- und Ideenkreis in Stirners Werk ihren theoretischen Ausdruck gefunden und sich hier gleichsam zu einem System krystallisiert hat.

Fassen wir zum Zwecke dieser Feststellung die Lehren, die Stirner predigt, kurz zusammen: er will, daß das Individuum sich voll auslebe, daß es in seinem Denken und Handeln durch keinerlei Schranken von Staat, Recht, Gesetz, Religion und Sitte eingeengt werde, daß es keine Pflicht anerkenne und sich mit Niemand solidarisch fühle, daß es weder einen „Beruf“ zu haben, noch eine „Aufgabe“ zu erfüllen, noch überhaupt zu „arbeiten“ sich verpflichtet glaube, daß es sich aus Nichts ein Gewissen mache und vor keiner Sünde zurückbebe, daß es — wenns ihm gut dünke — kalten Blutes zu Diebstahl, Mord, Meineid, Blutschande schreite! Die einzige Schranke für das Individuum soll die tatsächliche Ohnmacht sein. Und den Proletariern, die von den herrschenden Gewalten, Staat und Kapitalismus, bedrückt sind, wird ausdrücklich empfohlen: zu Generalstreik nicht nur, sondern auch zu Diebstahl, Raub, Totschlag und allen Mitteln des Terrors gegen die herrschende Klasse sowohl wie gegen die „arbeitswilligen“ und den Befehlen des bestehenden Regiments unterwürfigen Elemente der dienenden Klasse zu greifen. Ist dann schließlich eine neue Ordnung hergestellt, bei der der Egoismus aller Einzelnen seine volle Befriedigung findet — soweit Das unter irdischen Verhältnissen überhaupt möglich —, so werden die Individuen das Leben auffassen, wie Lenaus „Drei Zigeuner“ (worauf Stirner ausdrücklich hinweist):

„An den Kleidern trugen die Drei
Löcher und bunte Flecken,
Aber sie boten trotzig frei
Spott den Erdengeschicken.“

Die arbeiten nur das Nötigste und zeigen im Übrigen dreifach, wie man das Leben

„verraucht, verschläft, vergeigt
Und es dreifach verachtet!“

Mit solchen Ansichten vermeinte Stirner die Interessen des Proletariats zu vertreten: ausdrücklich erklärte er, so, wie angegeben, würden die Proletarier handeln, wenn sie gelernt hätten, sich als Egoisten, als Masse von „Ich“ zu fühlen. Stirners Irrtum ist erklärlich, denn — er kannte nicht das Proletariat. Was er kannte, waren die Philister und die — Bohémiens, das gebildete Zigeunertum der Großstadt, unter dem er lebte und sich wohl fühlte. Das Proletariat hatte er sich nach dem Bilde des Zigeunertums konstruiert, und so kam er dazu, es zu verwechseln mit dem — Lumpenproletariat.

Der moderne Proletarier, d. h. der Lohnarbeiter, hat keineswegs das Lazzaroni-Ideal, dessen Schönheit Stirner verkündet; er strebt auch nicht dahin, sich, unbekümmert um staatliche, soziale und sittliche Mächte, „auszuleben“; er läßt sich auch nicht vom rohen Egoismus leiten, sondern er hat das volle Gefühl der Solidarität mit seinen Klassengenossen. Gerade die Proletarier wissen, daß sie, um die Hebung ihrer Klasse zu erreichen, an die Staatsgewalt appellieren und auf Anwendung von Mitteln roher Gewalt verzichten müssen. Sie wissen recht wohl, daß sie Moral und Sitte zu respektieren und eine „Aufgabe“ zu verfolgen haben, die unter den heutigen Kulturzuständen nur lauten kann: regelmäßige Arbeit für jeden Gesunden und als Äquivalent dafür ein menschenwürdiges Dasein für den Proletarier! In Wahrheit entwickelt also die Arbeiterbewegung gerade moralische Potenzen, und darum konnte Marx — genau zu der gleichen Zeit, wo Stirner sein Hauptwerk veröffentlichte — schreiben: „Man muß das Studium, die Wißbegierde, die sittliche Energie, den rastlosen Entwicklungstrieb der französischen und englischen Ouvriers kennen gelernt haben, um sich von dem menschlichen Adel dieser Bewegung eine Vorstellung machen zu können“.

Also: die Ansichten des Proletariats gibt die Stirnersche Lehre nun und nimmermehr wieder. Wohl aber sind hier die Ansichten des von Marx sog. Lumpenproletariats in ein geniales System gebracht.

Was ist das Lumpenproletariat? Nach der von Marx im „Kommunistischen Manifest“ gegebenen Definition: „Die passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft“. Es entsteht dadurch, das ein Teil der Arbeiter durch die Evolutionen des Kapitals (z. B. die damit zusammenhängende Arbeitslosigkeit) unter die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse herabsinkt. Diese dem Pauperismus verfallene Schicht des Proletariats, die sich des Lebens Notdurft auf die Dauer durch ehrliche Arbeit nicht zu sichern vermag, sinkt dann im ausichtslosen Kampfe um die Existenz moralisch und muß dadurch zusehends ver-

lumpen: so verlernt sie, sich auf ihrer Hände Arbeit zu verlassen, und lebt schließlich von Bettel, Landstreicherei, Verbrechen und Prostitution.

Die genaueste Zeichnung des Lumpenproletariats findet sich im „Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte“, wo Marx die Affilierten der bonapartistischen Bewegung folgendermaßen abkonterfeit: „Unter dem Vorwande, eine Wohltätigkeitsgesellschaft zu stiften, war das Pariser Proletariat in geheime Sektionen organisiert worden (1840): neben zerrütteten Roués mit zweideutigen Subsistenzmitteln, neben verkommenen und abenteuernden Ablegern der Bourgeoisie Vagabunden, entlassene Soldaten, entlassene Zuchthaussträflinge, entlaufene Galeerensklaven, Gauner, Gaukler, Lazzaroni, Taschendiebe, Taschenspieler, Spieler, Kuppler, Bordellhalter, Lastträger, Literaten, Orgeldreher, Lumpensammler, Scherenschleifer, Kesselflicker, Bettler, kurz, die ganze unbestimmte, aufgelöste, hin- und hergeworfene Masse, die die Franzosen *La Bohème* nennen.“

In dieser Welt der *Bohème* war Stirner heimisch (wie wir aus den Tatsachen ersehen, die Mackay in seiner — trotz aller Verhimmelung — sehr verdienstvollen Biographie Stirners mitteilt): und ihre Anschauungen haben in Stirners Werk einen klassischen Ausdruck gefunden, sind hier gewissermaßen zu einer Theorie sublimiert. Stirner hat den Versuch unternommen, das moralinfreie Leben der Lumpenproletarier zu rechtfertigen, aber nicht auf rohe Manier, sondern durch Entwicklung eines originellen und mit allen Bildungsmitteln der Zeit ausgerüsteten sozialphilosophischen Systems.

Diese Eigenart des Stirnerschen Systems tritt klar hervor, sobald man es mit dem von Marx vergleicht. Marx erkennt nicht durchweg die alte Moral an, — aber nirgendwo nimmt er Stellung gegen die Moral überhaupt. Er erklärt vielmehr: jede Wirtschaftsepoche produziere auch ihre eigne Moral. Darum hat er jederzeit die Versuche, dem Proletariat Attentate, Diebstahl und Verbrechen als geeignete Mittel des Emanzipationskampfes aufzureden, aufs Schärfste verdammt und sich mit aller Entschiedenheit dagegen ausgesprochen, daß die proletarische Bewegung auf den „Schinderhannes“-Standpunkt (wie er es nannte) heruntergebracht werde. Auch will Marx — trotz der „materialistischen“ Ausdeutung der Geschichte — keineswegs die „Ideale“ aus der sozialen Bewegung verbannen, vielmehr soll, nach seiner Auffassung, der Arbeiter ein Ideal haben, für das er lebt und streitet: den Sieg und die Herrschaft seiner Klasse! Und für den Lumpenproletarier ist eben, nach Marx, charakteristisch, daß er sich nicht mit seiner Klasse solidarisch fühlt, sondern ausschließlich sein individuelles Interesse ins Auge faßt.

Unsre Vergleichung der beiden Systeme hat also gelehrt, daß das Stirner-
sche die Interessen des Lumpenproletariats, das Marxische dagegen die des
arbeitenden Proletariats vertrat. Und daraus erklärt sich auch die Verschiedenheit
ihrer Bedeutung für die spätere soziale Politik und Geschichte. Indem Marx das
ausschließliche Klasseninteresse des Proletariats kultivierte und diesem in Gegen-
wart und Zukunft die Hauptrolle auf der Weltenbühne zuschrieb, lieferte er ihm
sein Dogma, sein Stichwort und das für aktive politische Handlungen großen
Stils nötige unverwüsthche Selbstvertrauen; und so hat seine Lehre die Arbeiter-
bataillone in nie geahntem Maße mobil gemacht und als Mittel zur Organisierung
des internationalen Proletariats eine weltgeschichtliche Bedeutung erlangt. Stirner
dagegen vermochte darum nicht zu wirken, weil er die Interessen der Lumpen-
proletarier vertrat, die bisher unfähig gewesen sind, sich zu organisieren und als
politisch handelnde Klasse auf der Weltenbühne zu erscheinen!

II.

Das Ende des Währungsstreits.

Von

Dr. Otto Arendt (Berlin),

Mitglied des deutschen Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses.

Es geschieht zumeist das Unerwartete. — Dieser Erfahrungssatz gilt nicht nur für die Politik, sondern auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Der menschliche Geist erwägt alle Möglichkeiten und Unmöglichkeiten und schließlich findet sich ein Ausgang der Dinge, den Niemand vorhersah.

Niemals ist das mehr zur Wahrheit geworden als bei dem Währungsstreit, der praktisch seinen Ausgang nahm vom Goldmangel und sein — wenigstens vorläufiges — Ende fand durch eine ungeahnte Steigerung der Goldproduktion. In dem Maße aber, wie die Währungsfrage an tatsächlicher politischer Bedeutung verliert und dem Streit der Parteien entrückt wird, in demselben Maße gewinnt sie an Interesse für die Wissenschaft. Es gibt hier eine Fülle von wissenschaftlichen Problemen, die noch der genauen Prüfung und Erforschung harren. Die jüngeren Nationalökonomten sollten sich die kritische Würdigung des Währungsstreits nicht entgehen lassen. Denn früher oder später wird auch das Unerwartete zum Ereignis werden, daß die Währungsfrage wieder in den Vordergrund der Tageskämpfe tritt.

Man muß in der Währungsfrage zunächst zwischen Theorie und Praxis scheiden, obwohl gerade hier eine starke Wechselwirkung zwischen beiden besteht. Aus der Theorie heraus wurde die Idee des Monometallismus geboren, aus der Praxis heraus die bimetallistische Reform auf das Schärfste bekämpft. Freilich standen in beiden Lagern praktische Interessen hinter den Theorien, denn diese allein hätten naturgemäß nicht zu einer politischen Parteibewegung führen können.

Eigenartig ist es, daß beide Währungslager ihre theoretische Begründung auf denselben Ort und auf denselben Anlaß zurückführen konnten. Es war das Paris Napoleons III., in welchem Chevalier und Wolowski die entgegengesetzten Lehren zu dem gleichen Ziel entwickelten. Beide wollten das französische Geldsystem zum Weltsystem erheben. Die Münzeinigung der Welt auf der Grundlage des Frankensystems war der gemeinsame Ausgangspunkt. Die Pariser Münzkonferenz von 1867 war zu diesem Zweck berufen. Hier erkannte man die Schwierigkeiten, die Münze überall einheitlich zu gestalten, und schlug zunächst die allseitige Einführung der Goldwährung, also die Währungs-Einheit vor. Zu jener Zeit stand man noch unter der Nachwirkung der kalifornisch-australischen

Goldfunde und der indischen Silbernot. Man wollte den Goldgebrauch ausdehnen, um eine Goldentwertung zu hindern, und den Silberbedarf einschränken, um der Silberenteuerung vorzubeugen.

Wolowski erhob hiergegen seine warnende Stimme. Er hatte erkannt, daß nicht die freie Nachfrage des Geldmarktes, sondern die Münzgesetze maßgebend für das Wertverhältnis der Edelmetalle geworden sind. Er sah die Möglichkeit einer Währungseinigung nur auf der Grundlage der französischen Doppelwährung.

In den Drucksachen der deutschen Silberkommission habe ich 1894 im Streite mit Ludwig Bamberger aktenmäßig die Vorgänge in Frankreich geschildert, die auf monetärem Gebiet dem Kriege von 1870 vorausgingen und in Deutschland falsch und tendenziös dahin ausgelegt wurden, als ob Frankreich damals im Begriffe stand, die Doppelwährung aufzugeben. Dieser Irrtum trug ja wesentlich mit dazu bei, daß wir im Milliardenrausch ohne genügende Prüfung den Schritt von der Silber- zur Goldwährung vornahmen.

Liest man die Schriften und Verhandlungen jener Zeit heute wieder durch, so staunt man über nichts mehr, als über das weitgehende Maß von Unwissenheit, welches in Deutschland allgemein über die Währungsfrage damals herrschte, — auch Bamberger, der vielbewunderte Fachmann hatte anfangs nur ganz oberflächliche Kenntnisse. Der einzige Mann im Reichstage, der wirklich den Kern der Sache begriffen hatte, der Schwabe Moritz Mohl, wurde als Sonderling ausgelacht, hatte er doch so komische Vorstellungen wie die, daß eine Silberentwertung infolge der Einführung der Goldwährung bevorstehe. — Die Silberentwertung kam aber doch und zwar schnell, gründlich und mit schweren wirtschaftlichen Schädigungen. Und was eben noch außer Mohl niemand vorausgesehen, war nun plötzlich ein selbstverständliches Naturereignis. Ja, man rühmte sich der Weisheit, mit der Deutschland der Entwertung des Silbers zuvorgekommen sei, für die alles in der Welt, nur nicht die deutsche Goldwährung verantwortlich gemacht wurde.

Aber die Silberentwertung, insbesondere die dadurch hervorgerufene Störung der Handelsbeziehungen zu Ostasien und Südamerika lenkte zuerst die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Währungsfrage. Cernuschi vertiefte die bimetalistische Theorie, indem er nachwies, daß nur die französische Doppelwährung bei den größten Schwankungen der Edelmetallproduktion und der Edelmetallnachfrage das Wertverhältnis von Gold und Silber von 1:15,5 aufrecht erhalten hatte. Vereinigten sich die großen Handelsnationen zu einer gemeinsamen Doppelwährung, so müßten alle Schwankungen des Wertverhältnisses dauernd ausgeschlossen sein, so daß beide Edelmetalle gleichsam zu einer Einheit, dem Bimetallismus verschmelzen.

Als ich im Herbst 1876 die Universität Freiburg aufsuchte, war Professor Lexis gerade dorthin berufen worden. Meine Neigungen lagen damals mehr auf theoretischem Gebiet, ich wollte eine Arbeit über die Werttheorie anfangen, da danke ich es Lexis, daß er mich, nachdem ich in sein Seminar eingetreten war, auf die Währungsfrage hinwies, indem er mir eine eben erschienene Schrift „La monnaie bimétallique“ von Henri Cernuschi zur Besprechung gab. Als wir fast 20 Jahre später zusammen in der deutschen Silberkommission saßen (1894), nahm ich einmal Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß Lexis es gewesen, der mich zu meinen Währungsstudien veranlaßte, damals machte Lexis den auch im stenographischen Bericht abgedruckten Zwischenruf „Zauberlehrling“. —

Die kleine Schrift von Cernuschi hatte mich in einer halben Stunde für den Bimetallismus gewonnen. Lexis, der Cernuschi nicht ernst nahm, war recht überrascht, als ich ihm das mitteilte. „Sie müssen andere Autoren lesen, dann werden Sie von Cernuschi zurückkommen“, sagte er mir, aber je mehr ich las, um so fester wurde ich in meiner Ansicht und um so klarer erkannte ich, mit wie schlechten Gründen die Gegenpartei focht.

Es war ein eigentümlicher Seminarunterricht, den ich damals bei Lexis hatte. Wir beiden waren allein und stritten uns oft mit solcher Lebhaftigkeit, daß wir das Abendessen vergaßen und zuweilen bis in den späten Abend hinein diskutierten. Besonders lebhaft wurden diese Auseinandersetzungen, als ich später im Winter 1880 mein Buch „Die vertragmäßige Doppelwährung“ begann. Damals erfuhr ich eine außerordentliche Förderung durch Lexis. Ich hatte immer die vollste Gewißheit, daß sich gegen meinen Standpunkt mit Recht nichts mehr geltend machen ließ, wenn ich über einen Punkt mit Lexis die Erörterungen beendet hatte. Bei Lexis fand sich ja gerade in der Währungsfrage die so seltene Vereinigung theoretischer und praktischer Kenntnisse. Dazu kam die geradezu staunenswerte Vielseitigkeit seines Wissens. Nicht selten hatte ich die Genugtuung, daß er mir nach solchen Diskussionen beim nächsten Zusammentreffen sagte: „Wenn Sie über diesen Punkt schreiben, erwähnen Sie doch das oder jenes Argument, das hiergegen angeführt wird, aber nicht zutrifft.“ Das waren zu meist Argumente, die er selbst mir gegenüber ins Gefecht geführt hatte.

Es war natürlich nicht mein Verdienst, und namentlich nicht mein besseres Wissen — man denke Lexis gegenüber! — wenn hier der so seltene Fall eintrat, daß ein Schüler seinen Lehrer bekehrte — es war dies nur ein Beweis für die Güte der Sache und für die Beweiskraft der Erfahrungen, die damals jeder Tag brachte. Nach der Bewegung der Silberpreise seit 1876 konnte nur noch die Parteipresse, aber nicht mehr die objektive Wissenschaft darüber zweifelhaft sein, daß die Silberentwertung nur und allein durch die Änderung der Münzgesetzgebung verursacht ist. Freilich hat Dr. Helfferich noch zwei Jahrzehnte

später in seinem großen Währungswerk den entgegengesetzten Standpunkt vertreten, allein ich glaube, daß ich durch meine Gegenschrift „Die Ursache der Silberentwertung“ (Berlin 1899) diesen Teil des Währungsstreits endgültig abgeschlossen habe. Hier handelt es sich ja nicht um Meinungen und Theorien, sondern um tatsächliche Vorgänge und über diese muß die Wissenschaft zu einheitlichen Anschauungen gelangen. Sowenig es gestattet ist, trotz der entgegengesetzten wissenschaftlichen Erkenntnis aus Parteigründen die Sonne sich um die Erde drehen zu lassen, so wenig darf die Tatsache verschleiert werden, daß die Störung des Wertverhältnisses zwischen Gold und Silber ohne die Änderung der Münzgesetze nicht eingetreten wäre. Was im Augenblick dann auf die Preisbewegung einwirkte, ist von sekundärer Bedeutung.

Die Silberfrage allein konnte indeß dem Währungsstreit die Bedeutung nicht geben, die er in den nächsten Jahrzehnten erlangt hat. Es bedurfte eines stärkeren Druckmittels und dieses war der Goldmangel. Im Jahre 1876 erschien die Schrift „Die Zukunft des Goldes“ von Eduard Süß. Süß, einer der Führer der österreichischen Liberalen, war zweifellos einer der angesehensten Vertreter der Geologie. Vom Standpunkt seiner Wissenschaft aus erklärte er das Gold nicht für geeignet, die alleinigen Gelddienste der Menschheit zu leisten. Gold, so lehrte Süß, findet sich nur in jungfräulichen Ländern, es wird rasch ausgebeutet, in der modernen Zeitengt sich der Kreis der Länder immer mehr ein, die noch unbekannt sind und überraschende Goldfunde liefern können. Nur Alluvialgold, das in der bekannten Welt im Verschwinden ist, liefert reiche Erträge; was der Bergbau ergibt, ist dagegen gering. Deshalb, so schloß Süß, wird „ein Jahrhundert früher oder später“ die Goldproduktion aufhören. Das Gold der Zukunft läßt nicht an die Zukunft des Goldes glauben.

Für einen Geologen sind Jahrhunderte kurze Zeitbegriffe, für den Politiker und Volkswirt sind sie unendlich lang. Aber was Süß als Geologe nicht übersah, war, daß nicht das Aufhören der Goldproduktion, sondern schon die Verringerung derselben zu den schwersten wirtschaftlichen Schädigungen führt. Das war der Punkt, wo ich einsetzte. Die Wirkung der Goldverteuerung war damals so unbekannt, daß Banberger aussprechen konnte, daß, wenn Gold teuer wird, also „die Treppe herauffällt“, die Finanzminister der Zukunft darüber froh sein würden. Die soziale Seite der Währungsfrage war es, die mich veranlaßte, in den Kampf um die Währung einzutreten. Zu den geologischen Gründen von Süß kamen, wenn ich so sagen darf, statistische Gründe, die damals für eine immer weitergehende Abnahme der Goldproduktion sprachen; hatte doch die Goldproduktion in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vor der Entdeckung der kalifornischen Goldschätze kaum 50 Mill. Mk. jährlich betragen — damals war jede Goldwährungsmöglichkeit ausgeschlossen. Nun kam ein Emporschnellen der Gold-

produktion auf etwa 750 Mill. Mk. Jahresproduktion. Aber um das Jahr 1880 betrug die Jahresproduktion bereits weniger als 400 Mill. Mk. Das war an sich viel zu wenig für eine Weltgoldwährung, aber immerhin noch außerordentlich viel gegenüber der Goldproduktion vor 1848. Überall war Abnahme eingetreten und nach Süß mußte diese Abnahme sich noch weiter steigern. Die Folgen des Goldmangels aber traten bereits zutage. Der Goldexport nach den Vereinigten Staaten setzte ein, entblößte die europäischen Banken von Gold und führte zu Diskontkriegen. „Das Zerren an der zu kurzen Golddecke, von der jeder einen Zipfel erwischen will und die für alle nicht reicht“, war das klassische Bild, mit welchem Fürst Bismarck so zutreffend die Lage schilderte. Überall machte sich ein allgemeiner Preisrückgang geltend und führte zu schweren Notständen der Industrie und der Landwirtschaft. „Überproduktion“, „ausländische Konkurrenz“ galten als Ursache, bis die Verteuerung des Geldes und die Valutadifferenzen als die wirklich ausschlaggebenden Momente erkannt wurden.

Noch fehlt ein wissenschaftliches Werk, das, wie Tooke's Geschichte der Preise, die so überaus interessante Einwirkung des Geldwerts auf die Preisentwicklung seit 1870 untersucht. Ich war kein Anhänger der Quantitätstheorie, als ich in den Währungsstreit eingriff, ich versuchte damals eine „indirekte Quantitätstheorie“ zu entwickeln. Aber die Entwicklung der Preise seit 1870 muß doch als eine Bestätigung der Quantitätstheorie angesehen werden. Erst die Periode des Rückgangs bis zum Tiefpunkt des Jahres 1896, dann Aufschwung, abermalige Senkung 1900 (Aufhören der Transvaal-Minen) und abermalige Steigerung seitdem.

Wenn man die Ausführungen über Überproduktion und Auslandskonkurrenz nachliest, so hätte der Preisrückgang heute noch stärker sein müssen als früher, die Produktion stieg weiter, der Wettbewerb der Länder verschärfte sich, aber die Preise steigen jetzt, wie sie früher gefallen sind. Damals aber betrug die jährliche Goldproduktion 350 Mill. Mk. und heute übersteigt sie 1600 Mill. Mk.

Auch in einem zweiten Punkt hat die jetzige Entwicklung den Beweis für die Richtigkeit der bimetallistischen Anschauungen erbracht. Wenn die Bimetallisten auf die übeln Folgen der Valutadifferenzen hinwiesen und dartaten, daß der Goldmangel nur die finanziell stärksten Länder befähige, die Goldwährung aufrecht zu erhalten, während die übrigen Staaten zu einem stets steigenden Goldagio gedrängt würden und durch die Unterbietung der Goldländer im Welthandel sich rächen — dann hieß es, das hänge nur mit den Finanzen der Staaten zusammen, es habe immer Länder mit Zettelwirtschaft gegeben — jetzt aber sehen wir, daß mit dem Goldmangel das Goldagio verschwunden ist und ein Land nach dem andern sich eine feste Valuta zu beschaffen vermochte.



Die größten Befürchtungen wurden wegen einer Ausdehnung der Silberproduktion gehegt, Silber sollte in solchen Massen vorhanden sein, daß es überhaupt nicht mehr zu Geldzwecken verwendbar wäre, es müsse überhaupt die Eigenschaft als Edelmetall einbüßen — all' das ist jetzt praktisch widerlegt. Seit langen Jahren ist die Silberproduktion stabil, das liegt nicht etwa an den niedrigen Silberpreisen, denn Silber ist zum großen Teil Nebenprodukt von Gold, Blei, Kupfer und müßte selbst produziert werden, wenn es wertlos wäre, es ist aber noch jetzt der Silberpreis so hoch im Verhältnis zum Preise anderer Metalle, daß von einer produktionseinschränkenden Wirkung der Silberentwertung nicht gesprochen werden kann. Die Furcht vor der „Silberüberschwemmung“ war demnach gegenstandslos.

Ebenso wenig begründet war die Furcht, daß Silber und Gold zusammen eine zu starke Vermehrung des Geldumlaufs darstellen und mithin eine ungesunde Preissteigerung hervorrufen müßten. Auch hier haben die Tatsachen den Gegenbeweis gebracht. Denn die Goldproduktion allein ist heute stärker als vor 20 Jahren die vereinigte Gold- und Silberproduktion. Der Bimetallismus hätte also damals nicht anders auf die Preisbewegung eingewirkt, als heute die vermehrte Goldproduktion, also eine allmähliche, volkswirtschaftlich durchaus wünschenswerte Preissteigerung, die unter allen Umständen in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung — man denke an das Verhältnis zwischen Schuldnern und Gläubigern — den Vorzug verdient, vor der Geldteuerung, also dem Fallen aller Preise, welche die Goldwährung bereits herbeigeführt hatte und in verstärktem Maße in Zukunft herbeizuführen drohte.

Vor einem Jahrzehnt war der Bimetallismus der praktischen Durchführung so nahegerückt, wie kaum damals geahnt wurde. Wäre er durchgeführt worden, so hätte, das kann heute niemand bestreiten, das vulgäre Argument, „wir werden unser schönes Gold verlieren und mit Silber überschwemmt werden“, sofort eine praktische Widerlegung gefunden. Denn die seitdem eingetretene ungeheure Produktionsvermehrung des Goldes hätte naturgemäß ein Verschwinden des Goldes aus dem Verkehr unmöglich gemacht und übrigens auch jede höhere Bewertung des Goldes (Goldagio) ausgeschlossen, dagegen zeigen die gegenwärtigen Diskontschwierigkeiten, daß auch die gesteigerte Goldproduktion noch nicht für die Entwicklung des Weltverkehrs ausreicht und daß daneben für ein vollgültiges, international verwendbares Silber recht gut Platz in den Banken wäre. Wie aber will man rückwärts blickend es angesichts der Tatsache, daß jetzt bei der ungeahnt großen Goldproduktion noch Goldmangel herrscht, verantworten, daß man einst bei 350 Mill. Mark und der Wahrscheinlichkeit eines weiteren Rückgangs der Goldproduktion mit soviel Fanatismus die Wiedereinsetzung des Silbers als Weltgeld durch eine internationale, vertragsmäßige

Doppelwährung bekämpft hat? Bei Beginn der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war es der Einfluß weniger Persönlichkeiten, die Deutschland hinderten, den durch die Suspension der deutschen Silberverkäufe (1879) beschrittenen Weg der Umkehr zum Silber fortzusetzen. Wenige von ihnen leben noch, aber diese müssen heut die Empfindung des Reiters über den Bodensee haben, wenn sie daran denken, welche furchtbare Verantwortung sie auf sich luden und wie die Dinge hätten kommen müssen, wenn die Steigerung der Goldproduktion nicht eingetreten wäre, an die damals niemand, auch keiner der Verfechter der Goldwährung gedacht hat!

Eine der hier in Betracht kommenden Persönlichkeiten hat mir ein Jahrzehnt später selbst unter vier Augen zugestanden, daß er um die Mitte der achtziger Jahre im Hinblick auf die Produktionsverhältnisse die dauernde Aufrechterhaltung der Goldwährung in Deutschland nicht mehr für möglich hielt.

Diese Vermehrung der Goldproduktion ist es allein gewesen, welche das Zustandekommen des Bimetallismus verhindert und übrigens auch zunächst unnötig gemacht hat. Denn die vermehrte Goldproduktion hat die wirtschaftlichen Übelstände beseitigt, die den politischen Kampf gegen die Goldwährung verursacht haben. Die sinkenden Preise und die Valutadifferenzen verschwanden, der Notstand in Landwirtschaft und Industrie nahm ein Ende. Statt „Not der Landwirtschaft“ ist heute „Fleischnot“ das Schlachtgeschrei — nur die Silberentwertung blieb. Aber die gesteigerte Goldproduktion ließ immer mehr Länder zu einer festen Goldvaluta gelangen, so daß auch die „Konkurrenz der Silberländer“ zurücktritt. Damit ist zugleich wieder eines der Hauptargumente der Goldpartei abgetan. Die Bimetallisten wurden als Verfechter der Silberinteressen, als Soldlinge der amerikanischen Silberminenbesitzer denunziert. Wäre das richtig gewesen, so hätte die Zunahme der Goldproduktion nicht das Ende des Währungskampfes bringen können, denn die Silberentwertung blieb davon unberührt.

Wie zumeist waren es gerade die entschiedensten Anhänger, welche am meisten dazu beitrugen, daß der so richtigen und volkswirtschaftlich nützlichen Bestrebung, das Silber neben dem Gold im Gelddienst zu behalten, der Erfolg versagt war. Ich kann mich nach dieser Richtung von Schuld frei sprechen, ich habe immer versucht zu vermitteln und das Erreichbare sicherzustellen. Aber die Theoretiker und die Extremen standen auch hier auf dem Standpunkt „Alles oder nichts“, daran scheiterte die Pariser Münzkonferenz von 1881. Während die deutsche Goldpresse mich damals in der ihr eigenen Liebenswürdigkeit als Soldling Cernuschis denunzierte, erklärte dieser mich als Verräter an der bimetalistischen Sache, weil ich gestützt auf die Erkenntnis der realen Verhältnisse Vermittlungsvorschläge machte („Die Restitution des Silbers“, Berlin 1881). Erst in den neunziger Jahren führte dann der sich verstärkende Preisdruck und die dadurch her-



vorgerufene wirtschaftliche Krisis zu einer wirklich aussichtsvollen Neubildung der bimetallistischen Bestrebungen.

Die Bimetallisten organisierten sich und erlangten überall politischen Einfluß, die Parlamente aller Großstaaten faßten bimetallistische Beschlüsse. Die Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten drehte sich 1896 um die Währungsfrage und der Ausgang des Kampfes zwischen Bryan und Mc. Kinley erregte die öffentliche Meinung der ganzen Welt.

Der Sieg Mc. Kinleys war keineswegs der Wendepunkt für die bimetallistische Bewegung, im Gegenteil die Stärke der Silberpartei ließ Mc. Kinley dahin streben, vor der nächsten Präsidentenwahl ein internationales Abkommen über die Wiedereinsetzung des Silbers herbeizuführen. Mc. Kinleys Freund, Senator Wolcott, kam damals nach Europa und erzielte eine Verständigung mit Frankreich. Jetzt sollte das Programm verwirklicht werden, das ich 1881 schon als durchführbar empfohlen hatte. Von Deutschland und England wurden nur die Zugeständnisse beansprucht, die beide Staaten bereits zugesagt hatten. Somit schien jetzt anfangs 1897 die praktische Durchführung des Bimetallismus gesichert; auf einer Besprechung in London, an der ich mich beteiligte, trat dieses Ergebnis zutage (Januar 1897). Niemand konnte ahnen, daß die englische Regierung, deren Leiter Balfour zu den ältesten und eifrigsten Führern der englischen Bimetallisten zählte, die im Unterhause feierlich gegebene Zusagen nicht halten würde. Und doch geschah das und merkwürdiger Weise war es Indien, das nach dieser Richtung den Ausschlag gab. Indien hatte eben seine Valuta den Schwankungen des Silberwerts entzogen und wollte jetzt die Rückkehr des alten Silberpreises nicht — an dieser Frage des Wertverhältnisses scheiterten die Verhandlungen.

Weder Indien noch die englische Regierung aber hätten es gewagt, die ihnen gebotene Hand zur Regelung der Silberfrage auszuschlagen, wenn nicht inzwischen die Zunahme der Goldproduktion die Goldsorgen verscheucht hätte.

Es geschieht immer das Unerwartete, aber nichts konnte so unerwartet sein wie die starke und ständige Steigerung der Goldproduktion. Sie ist ein Triumph der modernen Technik. Gerade der wachsende Goldmangel mußte dahin führen, daß alles aufgeboten wurde, die Goldproduktion zu vermehren. So warf sich denn die Technik auf die Verbesserung des Produktionsprozesses und es gelang, diesen nicht nur zu beschleunigen, sondern auch zu verbilligen. Arme Erze, die früher nicht abbauwürdig waren, wurden jetzt mit Nutzen ausgebeutet. Ohne die Fortschritte der modernen Technik wäre Transvaal nie zu seiner vollen Entfaltung gelangt. Aber auch das Suchen nach Gold verstärkte sich, die „letzten Reserven“ sind in Angriff genommen, die Goldproduktion geht mit

Kiesenschritten vorwärts, für den Augenblick weist sie großartige Leistungen auf — après nous le déluge.

Heute glaubt jeder über einen Süß lächeln zu können, die Goldwährung gilt als dauernd siegreich, die Bimetallisten sind „gänzlich geschlagen“.

Die Zeit wird kommen, nicht ein Jahrhundert früher oder später, wie Süß sagte, sondern ein Jahrzehnt früher oder später, wo die Goldproduktion und diesmal endgiltig sich vermindert und ihrer Erschöpfung entgegengeht. Die jetzige Entfaltung der Produktion beschleunigt naturgemäß diesen Zeitpunkt.

Schon mit dem Beginn der Abnahme der Goldproduktion aber werden die wirtschaftlichen Übelstände wieder hervortreten, welche Begleiterscheinungen der ersten Jahrzehnte der Goldwährung gewesen sind. Dann werden die alten Streitschriften wieder hervorgesucht werden und der Kampf um die Währung wird von neuem beginnen.

Ex ossibus ultor kann der Bimetallismus sagen, aus der Rüstkammer unsrer Kämpfe werden unsre Nachfolger den Nachweis leicht zu führen vermögen, daß dauernd die Verwendung des Silbers als gleichberechtigtes Geld neben dem Golde nicht entbehrt werden kann. Inzwischen aber sind auch bezüglich des Silbermünzumschlufs unsre Anschauungen geändert. Wir sehen, daß Frankreich nicht zum Schaden, sondern zum Nutzen seines Geldumschlufs Milliarden entwerteter Silbermünzen im Umlauf hat und gerade dadurch befähigt wurde, dem Lande dauernd niedrige Zinssätze zu bewahren. Gerade der jetzige Diskontkrieg bei einer so riesigen Goldproduktion zeigt, was uns bevorsteht, wenn es mit der Goldproduktion abwärts geht. Die gegenwärtige Zeit stellt mithin nichts dar, als eine Episode im Währungsstreit. Die Bimetallisten konnten die Waffen ruhen lassen, weil die schlimmen Folgen der Goldwährung mit Ausnahme der Silberentwertung durch die Zunahme der Goldproduktion verschwunden sind. Die wirtschaftliche Krisis, die sinkenden Preise, die Valuta-Differenzen sind zu Ende und es ist das durch das vermehrte Gold erreicht, was durch die Hinzunahme des Silbers zum Gold in Absicht war. Auch die Silberentwertung fällt wirtschaftlich nicht mehr so ins Gewicht, weil die Silberländer sich mehr und mehr Goldvaluten zu verschaffen vermochten und auch das ist interessant — mit der Steigerung aller Preise steigt auch Aschenbrödel Silber wieder, seit seinem tiefsten Fall ist es bereits um 50% im Wert gestiegen und steht heute höher als seit langen Jahren. Daß aber Silber, nachdem ihm eigentlich alle Münzstätten geschlossen sind, aus eigener Kraft, nur als Ware, nur im freien Spiel von Angebot und Nachfrage derartig im Preise steigen kann, ist nur möglich, wenn der Bedarf mindestens so groß ist, wie die Produktion. Dann aber sind die Befürchtungen, daß ungeheure Silbermassen unsern Verkehr überschwemmen können, gegenstandslos.

Im Verkehr kann Silber stets nur als Kleingeld umlaufen, zur Banknotendeckung aber ist es, sobald es internationale Geltung hat, trefflich geeignet und der Bedarf an Grundlagen für unser ins Riesenhafte steigende Kreditsysteme wird schließlich neben der zu schmalen Goldbasis die breite Silberbasis nicht dauernd entbehren können.

Die bimetallistische Theorie hat mit der Entwicklung der tatsächlichen Verhältnisse an sich nichts zu tun. Für die Wissenschaft in Deutschland kann der Satz, daß das Wertverhältnis zwischen Gold und Silber durch einen Vertrag der Haupthandelsnationen einschließlich Englands praktisch festgelegt werden kann, als unbestritten gelten. Ob er vor dem Monometallismus einen Vorzug verdient oder nicht, ist keine Frage der Theorie, sondern eine Frage der Praxis. Nur zwingende Gründe können die Regierungen und Völker veranlassen, an ihrem Geldwesen internationale Vereinbarungen anzuknüpfen. Seit der Zunahme der Goldproduktion liegen diese nicht mehr vor und deshalb haben die Bimetallisten ihre Bestrebungen eingestellt, nicht weil sie Unrecht hatten — das Gegenteil ist der Fall — sondern weil die Verhältnisse sich änderten. Diese veränderten Verhältnisse brachten den Sieg der Goldwährung, deren Anhänger und Verfechter mithin nicht das mindeste Verdienst an diesem Siege hatten — selbst nicht das Verdienst der Voraussicht, denn eine Steigerung der Goldproduktion, wie wir sie erleben, war nicht vorauszusehen und ist nicht vorausgesehen worden.

Bleibt die Goldproduktion aber nicht auf ihrer Höhe — und daß sie es bliebe ist undenkbar, dann kann auch der Sieg der Goldpartei kein dauernder sein. Die Geschichte zeigt, wie wechselnd die Anschauungen grade über Gold und Silber immer gewesen sind und wie oft beide Edelmetalle in der Höher-schätzung sich ablösen — so kann auch hier wieder schließlich das Unerwartetste zum Ereignis werden und die Zukunft doch noch dem Silber gehören.

III.

Wie Leibniz die Diskontierungsformel begründete.

Von

Prof. Dr. Ladislaus von Bortkiewicz (Berlin).

Als Leibniz in seiner *Meditatio juridico-mathematica de interusurio simplice*¹⁾ zur Bestimmung des Jetztwertes einer nach n Jahren fälligen Summe S die Formel

$$\left(\frac{v}{v+1}\right)^n S, \quad (1)$$

wo v den reziproken Wert des Zinsfußes bedeutet²⁾, als die einzig korrekte hinstellte und für den praktischen Gebrauch anempfahl, war sie bereits längst bekannt und gebräuchlich.

Diese Formel liegt z. B. den aus dem Jahre 1584 stammenden Zinstafeln von Simon Stevin zugrunde³⁾ und, um ein späteres sehr bekanntes Werk zu nennen, so sind in Johan de Witts Schrift über Leibrenten (1671) die einschlägigen Berechnungen mit Benutzung derselben Formel ausgeführt⁴⁾.

Es entspricht also der historischen Gerechtigkeit nicht, wenn man Formel (1) auf Leibniz zurückführt⁵⁾. Trotzdem ist seine obengenannte Abhandlung in mancher Beziehung bemerkenswert.

Leibniz beginnt damit, daß er zwei Annahmen juristischer Natur (suppo-

1) Zuerst veröffentlicht in *Acta Eruditorum*, Lipsiae, 1683, S. 425–432; abgedruckt in „Leibnizens mathematische Schriften“, herausgegeben von C. J. Gerhardt, VII, S. 125–132.

2) Wird der Zinsfuß prozentual durch p ausgedrückt, so ist $v = \frac{100}{p}$. Bei einem Zinsfuß von 5% hat man also $v = 20$. Leibniz nennt v *quota usuraria*.

3) Moritz Cantor, *Vorlesungen über Geschichte der Mathematik*. Bd. II, Leipzig 1892, S. 563–564. H. G. Zeuthen, *Geschichte der Mathematik im XVI. und XVII. Jahrhundert*. Leipzig 1903, S. 132.

4) Cantor, o. c. Bd. III, Leipzig 1894, S. 42–43. Dabei wurde Formel (1) von J. de Witt auch auf gebrochene Werte von n angewandt, während Leibniz sich auf den Fall eines ganzzahligen n beschränkt. Die Frage, wie bei gebrochenen n zu verfahren ist, entsteht übrigens nicht nur bei der Diskontierung, sondern auch bei der Aufzinsung und hat, sofern letztere in Betracht kommt, schon im 16. Jahrhundert die Mathematiker beschäftigt. So wird bei einem Zinsfuß von $p\%$ der Wert von 1 nach $2\frac{1}{2}$ Jahren von

Cardano nach der Formel $\left(1 + \frac{p}{100}\right)^3$, von Tartaglia aber nach der Formel $\left(1 + \frac{p}{100}\right)^2 \left(1 + \frac{1}{2} \frac{p}{100}\right)$ berechnet (M. Cantor, o. c. II, S. 478–479).

5) Das tut z. B. R. v. Maleszewski, *Theorie und Praxis der Pensionskassen*. St. Petersburg 1890 (russisch), I, S. 29.

sitiones ex jure assumtae) aufstellt, deren er sich zur Bestimmung des Diskonts (interusurium, vulgo Rabat, sive resegmentum anticipationis) bedienen wolle.

Annahme I besteht darin, daß derjenige, von welchem das geschuldete Geld vor der Zeit, wo es fällig wird, gefordert wird, seinerseits berechtigt ist zu fordern, daß ihm aus diesem Grunde für jedes künftige Jahr des dazwischen liegenden Zeitraums die gesetzlichen Zinsen gezahlt werden, wobei es irrelevant ist, ob das Geld, welches vorzeitig gezahlt wird, Kapital oder Zins ist. Denn jeder gezahlte Zins wird Kapital, und es wäre ungerecht, wenn der Schuldner, welcher die Zinsen vor der Zeit bezahlt, dafür keine Vergütung bzw. keine Zinsen von dem Gläubiger erhielte. Die Gewährung solch einer Vergütung habe mit der Berechnung von Zinsen für nicht rechtzeitig bezahlte Zinsen, mit dem sogenannten Anatocismus, nichts als den Namen gemein und verstoße gegen das Verbot des Anatocismus so wenig, daß es im Gegenteil auf eine Überschreitung der gesetzlichen Norm des Zinsfußes hinauslaufen würde, wenn der Gläubiger dafür, daß ihm die Zinsen vor dem Termin gezahlt werden, kein Äquivalent leisten wollte¹⁾.

Seine Annahme II faßt Leibniz in die Worte zusammen: „compensatio est quaedam solutio“ und erläutert diese Worte dahin, daß wenn jemand von dem Gelde, das er in Empfang nimmt, sich einen bestimmten Betrag in Abzug bringen läßt, dies so aufgefaßt wird, als ob er denselben Betrag zur selben Zeit gezahlt hätte.

Auf diese beiden Annahmen gestützt, geht Leibniz an die Bestimmung des Diskonts heran, und zwar zunächst für den Fall, wo die betreffende Summe, die er gleich 1 setzt, nach 1 Jahr fällig ist.

Zahlt der Schuldner die Summe 1 jetzt, statt, wie vereinbart war, nach 1 Jahr, so hat ihm dafür der Gläubiger nach Annahme I an Zinsen $\frac{1}{v}$ zu zahlen; jedoch müßte diese Zahlung erst nach 1 Jahr erfolgen. Soll aber, wie es im Wesen der Aufgabe liegt, daß Geschäft zwischen Gläubiger und Schuldner im gegebenen Zeitpunkt definitiv erledigt werden, und wird $\frac{1}{v}$ schon jetzt gezahlt

1) Leibniz sagt wörtlich: „Nec refert, utrum pecunia, quae ante tempus solvitur, sors sit, an usura. Omnis enim usura soluta fit sors; imo cum usurarum petitio per se odiosa sit, magis odiosa erit usurarum petitio ante tempus, et qui nihil eo nomine praestare volet, incidit in quandam usurariam pravitatem: revera enim plus usurae nomine exigit, quam legibus permissum est, quia tempore quoque plus petitur. Itaque usurae exactae ob usuras ante tempus praestitas, quae sortis naturam induere, non nisi vocabulum commune habent cum usuris usurarum non solutarum, quae legibus prohibentur: et tantum abest negotium in vetitum Anatocismum incidere, ut secus fieri regulariter in leges peccatum videatur: regulariter inquam, nam exceptiones ex natura negotii personarumque sumi possunt (de quibus alias) quae iudicii arbitrio permittuntur. Nobis autem in calculo inveniendum videtur, quod regulare exactumque est.“

oder, was nach Annahme II gleichbedeutend ist, von der Summe 1 in Abzug gebracht, so entsteht für den Schuldner die Verpflichtung, diese Vorausbezahlung zu vergüten. Die entsprechende Vergütung stellt sich auf $\frac{1}{v^2}$ und ist wiederum erst nach 1 Jahr zahlbar. Wird sie aber sofort entrichtet, so hat der Gläubiger dafür $\frac{1}{v^3}$ an Zinsen zu zahlen, usw. fort. Auf diese Weise ergibt sich als Jetztwert einer nach 1 Jahr fälligen Summe 1 die unendliche Reihe

$$1 - \frac{1}{v} + \frac{1}{v^2} - \frac{1}{v^3} + \frac{1}{v^4} - \frac{1}{v^5} + \dots \quad (2)$$

Daß diese unendliche Reihe gleich

$$\frac{v}{v+1} \quad (3)$$

ist, beweist Leibniz dadurch, daß jede der Größen (2) und (3), mit $v+1$ multipliziert, dieselbe GröÙe, d. h. v ergibt. Das v -fache der Reihe (2) ist nämlich

$$\frac{v}{v} - \frac{1}{1} + \frac{1}{v} - \frac{1}{v^2} + \frac{1}{v^3} - \frac{1}{v^4} + \dots \quad (4)$$

und wenn man, um das $(v+1)$ -fache der Reihe (2) zu erhalten, die Ausdrücke (2) und (4) zusammenaddiert, so findet man v^1 .

Zu demselben Resultat, welches durch Formel (3) ausgedrückt wird, könne man, führt Leibniz weiter aus, durch Aufstellung der Gleichung

$$Y + \frac{1}{v} Y = S \quad (5)$$

gelangen, wo S die nach 1 Jahr fällige Summe und Y den gesuchten Jetztwert dieser Summe darstellt. Aus (5) folgt

$$Y = \frac{v}{v+1} S \quad (6)$$

und bei $S=1$ erhält man für Y den Ausdruck (3).

Über das gegenseitige Verhältnis dieser beiden Beweismethoden äußert sich Leibniz wie folgt: „Licet autem haec via in hoc casu sit faciliior priore, tamen priorem magni momenti esse judico, quia exemplum praebet Analyseos memorabilis, ab Algebra in eo diversae, quod Algebra, ut in posteriore via patet, assumit quantitatem incognitam, tanquam cognitam, et inde regrediens, eamque cum cognitis aequans, valorem ejus quaerit. Prior vero Analysis per meras cognititas procedens, valorem incognitum directe obtinet. Quod magnum usum

1) Über die geschichtliche Entstehung der Summenformel einer unendlichen abnehmenden geometrischen Reihe siehe M. Cantor, Geschichte der Mathematik, III, S. 53–54.

habet, quando impossibile est obtineri valorem incognitae rationalem per Algebram, tunc enim ea nihilominus hac via obtineri potest per seriem infinitam."

Der Jetztwert einer nach 2 Jahren zahlbaren Summe 1 wird nach Leibniz durch die unendliche Reihe

$$\frac{1}{1} - \frac{2}{v} + \frac{3}{v^2} - \frac{4}{v^3} + \frac{5}{v^4} - \frac{6}{v^5} + \dots \quad (7)$$

dargestellt. Dieser Ausdruck wird in ganz ähnlicher Weise wie (2) abgeleitet.

Für die Vorausbezahlung von 1 hat der Gläubiger die Zinsen von 1 für 2 Jahre, also $\frac{2}{v}$, zu zahlen, und zwar $\frac{1}{v}$ am Schluß des 1. und $\frac{1}{v}$ am Schluß des 2. Jahres. Werden aber diese beiden Zinszahlungen in die Gegenwart verlegt, so hat der Schuldner als Entgelt dafür am Schluß des 1. Jahres für 1 Jahr die Zinsen von $\frac{2}{v}$, d. h. $\frac{2}{v^2}$, und am Schluß des 2. Jahres für dieses Jahr die Zinsen von $\frac{1}{v}$, d. h. $\frac{1}{v^2}$, also im ganzen $\frac{3}{v^2}$ zu leisten. Wenn nun letzterer Betrag sofort gezahlt wird, so entsteht für den Gläubiger die Verpflichtung, am Schluß des 1. Jahres die Zinsen von $\frac{3}{v^2}$ für dieses Jahr, d. h. $\frac{3}{v^3}$, und am Schluß des 2. Jahres die Zinsen von $\frac{1}{v^2}$ für dieses 2. Jahr, d. h. $\frac{1}{v^3}$, also im ganzen $\frac{4}{v^3}$ zu zahlen. Setzt man diese Berechnung ins unendliche fort, so wird sich die Reihe (7) ergeben.

Als Jetztwerte einer nach 3, 4, 5 usw. Jahren zahlbaren Summe 1 erhält man nach Leibniz die Reihen:

$$\frac{1}{1} - \frac{3}{v} + \frac{6}{v^2} - \frac{10}{v^3} + \frac{15}{v^4} - \dots \quad (8)$$

$$\frac{1}{1} - \frac{4}{v} + \frac{10}{v^2} - \frac{20}{v^3} + \frac{35}{v^4} - \dots \quad (9)$$

$$\frac{1}{1} - \frac{5}{v} + \frac{15}{v^2} - \frac{35}{v^3} + \frac{70}{v^4} - \dots \quad (10)$$

usw.,

in denen die Nenner und Vorzeichen dieselben sind wie in den Reihen (2) und (7) und als Zähler die figurierten oder kombinatorischen Zahlen der entsprechend höheren Klasse auftreten.

Dieser Satz, den Leibniz nicht beweist, dürfte aus folgendem Schema unmittelbar einleuchten. Das Schema gibt die Zinsbeträge an, welche nach obigem Rasonnement der Gläubiger und der Schuldner zu zahlen hätten, und zwar mit

Unterscheidung des Zahlungstermins, wobei durch das wechselnde Vorzeichen angedeutet wird, ob der Gläubiger (—) oder der Schuldner (+) zur Zahlung verpflichtet ist. Mit n ist die Zahl der Jahre, nach deren Ablauf die Summe 1 und mit m die Zahl der Jahre, nach deren Ablauf der betreffende Zinsbetrag zahlbar ist, bezeichnet. Man findet:

1) Bei $n = 1$.

$m = 1$	Summe
$-\frac{1}{v}$	$-\frac{1}{v}$
$+\frac{1}{v^2}$	$+\frac{1}{v^2}$
$-\frac{1}{v^3}$	$-\frac{1}{v^3}$
usw.	usw.

2) Bei $n = 2$.

$m = 1$	$m = 2$	Summe
$-\frac{1}{v}$	$-\frac{1}{v}$	$-\frac{2}{v}$
$+\frac{2}{v^2}$	$+\frac{1}{v^2}$	$+\frac{3}{v^2}$
$-\frac{3}{v^3}$	$-\frac{1}{v^3}$	$-\frac{4}{v^3}$
usw.	usw.	usw.

3) Bei $n = 3$.

$m = 1$	$m = 2$	$m = 3$	Summe
$-\frac{1}{v}$	$-\frac{1}{v}$	$-\frac{1}{v}$	$-\frac{3}{v}$
$+\frac{3}{v^2}$	$+\frac{2}{v^2}$	$+\frac{1}{v^2}$	$+\frac{6}{v^2}$
$-\frac{6}{v^3}$	$-\frac{3}{v^3}$	$-\frac{1}{v^3}$	$-\frac{10}{v^3}$
$+\frac{10}{v^4}$	$+\frac{4}{v^4}$	$+\frac{1}{v^4}$	$+\frac{15}{v^4}$
usw.	usw.	usw.	usw.

4) Bei $n = 4$.

$m = 1$	$m = 2$	$m = 3$	$m = 4$	Summe
$-\frac{1}{v}$	$-\frac{1}{v}$	$-\frac{1}{v}$	$-\frac{1}{v}$	$-\frac{4}{v}$
$+\frac{4}{v^2}$	$+\frac{3}{v^2}$	$+\frac{2}{v^2}$	$+\frac{1}{v^2}$	$+\frac{10}{v^2}$
$-\frac{10}{v^3}$	$-\frac{6}{v^3}$	$-\frac{3}{v^3}$	$-\frac{1}{v^3}$	$-\frac{20}{v^3}$
$+\frac{20}{v^4}$	$+\frac{10}{v^4}$	$+\frac{4}{v^4}$	$+\frac{1}{v^4}$	$+\frac{35}{v^4}$
usw.	usw.	usw.	usw.	usw.

Um nun für ein beliebiges n solch ein Schema aufzustellen, ist die Tafel der figurierten Zahlen ins Auge zu fassen. Schreibt man diese Tafel in der Form

$r \quad s$	1	2	3	4	5	
1	1	1	1	1	1	usw.
2	1	2	3	4	5	
3	1	3	6	10	15	
4	1	4	10	20	35	
5	1	5	15	35	70	
						usw.

so wird bekanntlich das $(s+1)^{\text{te}}$ Glied der $(r+1)^{\text{ten}}$ Zeile die Zahl der Kombinationen (ohne Wiederholungen) von $(r+s)$ Elementen zur r^{ten} Klasse angeben. Diese Zahl ist

$$\frac{(r+s)(r+s-1) \dots (s+1)}{1 \cdot 2 \dots r}, \text{ symbolisch } \binom{r+s}{r}.$$

oder durch Fakultäten ausgedrückt:

$$\frac{(r+s)!}{r! s!}.$$

Eine weitere Eigenschaft der figurierten Zahlen besteht darin, daß die Summe der ersten s Glieder einer bestimmten Zeile dem s^{ten} Glied der nächstfolgenden Zeile gleich ist¹⁾. Für die r^{te} Zeile läßt sich demnach die Formel aufstellen:

1) Zugleich ist die Summe der ersten r Glieder einer bestimmten Kolonne dem r^{ten} Glied der nächstfolgenden Kolonne gleich. Beide Formulierungen entsprechen derjenigen Anordnung der figurierten Zahlen, die im Text angenommen worden ist und die sich z. B. bei Tartaglia (Cantor, Geschichte, II, S. 480), Pascal (arithmetisches Dreieck), Leibniz (Mathem. Schriften, ed. Gerhardt, VII, S. 174) findet. Wenn man aber nach dem Vorgang Jakob Bernoullis in jeder Kolonne so viele Nullen der Eins voranstellt, als es der um 1 verminderten Ordnungsnummer der betreffenden Kolonne entspricht, so wird man sagen müssen: die Summe der ersten r Glieder einer bestimmten Kolonne ist dem $(r+1)^{\text{ten}}$ Glied der nächstfolgenden Kolonne gleich. Siehe J. Bernoulli, Ars conjectandi, deutsch von R. Haussner in Ostwalds Klassiker der exakten Wissenschaften, No. 107, Leipzig 1899, 2. Teil, S. 88 und 89: Die unter 4 angeführte Eigenschaft der figurierten Zahlen. Vgl. S. 112 und 155. Nebenbei bemerkt, trifft es nicht zu, wenn Haussner behauptet, daß „die multiplikative Entstehung“ der figurierten Zahlen zuerst von Pascal gegeben worden sei. In Wirklichkeit hatte schon ein Jahrhundert früher Tartaglia gewußt, daß das s^{te} Glied der r^{ten} Zeile in der Tafel der figurierten Zahlen durch $\frac{(r+s-2)!}{(r-1)! (s-1)!}$ dargestellt wird. Vgl. Cantor, Geschichte, II, S. 480, G. Libri, Histoire des sciences mathématiques en Italie, Paris 1838–1841, Bd. III, S. 158 und 362 und Zeuthen, Geschichte der Mathematik im 16. und 17. Jahrhundert, S. 166–169.

$$1 + r + \binom{r+1}{r-1} + \binom{r+2}{r-1} + \dots + \binom{r+s-2}{r-1} = \binom{r+s-1}{r}$$

Auf Grund dieser Formel werden die in Frage kommenden Zinsbeträge, nach der Zeit ihres Fälligwerdens geordnet, sich wie folgt darstellen:

$m = 1$	$m = 2$	$m = n-1$	$m = n$
$-\frac{1}{v}$	$-\frac{1}{v}$	$-\frac{1}{v}$	$-\frac{1}{v}$
$+n \frac{1}{v^2}$	$+(n-1) \frac{1}{v^2}$	$+2 \frac{1}{v^2}$	$+\frac{1}{v^2}$
$-\binom{n+1}{2} \frac{1}{v^3}$	$-\binom{n}{2} \frac{1}{v^3}$	$-3 \frac{1}{v^3}$	$-\frac{1}{v^3}$
$+\binom{n+2}{3} \frac{1}{v^4}$	$+\binom{n+1}{3} \frac{1}{v^4}$	$+4 \frac{1}{v^4}$	$+\frac{1}{v^4}$
usw.	usw.		usw.	usw.

Die Summierung dieser Zinsbeträge ergibt (wiederum auf Grund der erwähnten Formel) die unendliche Reihe

$$= n \frac{1}{v} + \binom{n+1}{2} \frac{1}{v^2} - \binom{n+2}{3} \frac{1}{v^3} + \binom{n+3}{4} \frac{1}{v^4} - \dots \quad (11)$$

und man braucht nur zu dieser Reihe 1 hinzuzusaddieren, um den Jetztwert einer nach n Jahren fälligen Summe 1 zu erhalten. Dieser Jetztwert ist also:

$$1 = n \frac{1}{v} + \frac{n(n+1)}{1 \cdot 2} \frac{1}{v^2} - \frac{n(n+1)(n+2)}{1 \cdot 2 \cdot 3} \frac{1}{v^3} + \frac{n(n+1)(n+2)(n+3)}{1 \cdot 2 \cdot 3 \cdot 4} \frac{1}{v^4} - \dots \quad (12)$$

Man sieht sofort ein, daß die Reihe (12) eine Zerlegung von $\left(1 + \frac{1}{v}\right)^{-n}$ oder, anders geschrieben, von $\left(\frac{v}{v+1}\right)^n$ nach dem binomischen Lehrsatz darstellt. Leibniz setzt auch demgemäß die Reihe (7) gleich $\left(\frac{v}{v+1}\right)^2$, die Reihe (8) gleich $\left(\frac{v}{v+1}\right)^3$, die Reihe (9) gleich $\left(\frac{v}{v+1}\right)^4$ usw.

In Bezug auf die Reihe (7) bemerkt Cantor¹⁾: „Die Summe der erhaltenen Reihe leitet Leibniz nicht ab; er sagt einfach, sie sei $\left(\frac{v}{v+1}\right)^2$.“ Leibniz war freilich, streng genommen, nicht berechtigt, die Erweiterung des binomischen Lehr-

1) A. a. O., III, S. 51.

satzes auf (ganzzahlige) negative Exponenten als bekannt vorauszusetzen¹⁾, aber es darf, wie mir scheint, nicht übersehen werden, daß dasselbe Verfahren, dessen er sich zur Summierung der Reihe (2) bedient hat, mit Erfolg auch auf die Reihen (7), (8) usw. angewandt werden kann. Bei der Reihe (7) hätte es sich darum gehandelt, zu zeigen, daß das $(v+1)$ fache dieser Reihe mit dem $(v+1)$ fachen von $\left(\frac{v}{v+1}\right)^2$ identisch ist, oder, was nur eine andere Ausdrucksform dieser Leibnizschen Beweismethode ist, man hätte erst das $(v+1)$ fache der gesuchten Summe der Reihe (7) zu bilden und den gefundenen Ausdruck durch $(v+1)$ zu dividieren.

Multipliziert man die Reihe (7) mit v , so erhält man

$$\frac{v}{1} - \frac{2}{1} + \frac{3}{v} - \frac{4}{v^2} + \frac{5}{v^3} - \frac{6}{v^4} + \dots$$

und durch Addition dieser Reihe mit der Reihe (7) ergibt sich:

$$\frac{v}{1} - \frac{1}{1} + \frac{1}{v} - \frac{1}{v^2} + \frac{1}{v^3} - \frac{1}{v^4} + \dots$$

oder

$$v \left(\frac{1}{1} - \frac{1}{v} + \frac{1}{v^2} - \frac{1}{v^3} + \frac{1}{v^4} - \frac{1}{v^5} + \dots \right).$$

Weil aber, wie früher bewiesen war, der eingeklammerte Ausdruck gleich

$\frac{v}{v+1}$ ist, so erhält man als $(v+1)$ fache Summe der Reihe (7) den Ausdruck $\frac{v^2}{v+1}$. Die gesuchte Summe selbst ist also gleich $\left(\frac{v}{v+1}\right)^2$.

In der nämlichen Weise ließen sich die Reihen (8), (9), (10) usw. summieren und wäre es zugleich ein Leichtes zu beweisen, daß wenn bei einem beliebigen k die Formel

$$1 - k \frac{1}{v} + \binom{k+1}{2} \frac{1}{v^2} - \binom{k+2}{3} \frac{1}{v^3} + \dots = \left(\frac{v}{v+1}\right)^k \quad (13)$$

zutrifft, für $k+1$ die Formel

$$1 - (k+1) \frac{1}{v} + \binom{k+2}{2} \frac{1}{v^2} - \binom{k+3}{3} \frac{1}{v^3} + \dots = \left(\frac{v}{v+1}\right)^{k+1} \quad (14)$$

gelten muß.

1) Die Behauptung (aber nicht der Beweis), daß die Binomialformel für alle Exponenten, ganze und gebrochene, positive und negative, gilt, findet sich zuerst bei Newton, nämlich in seinem durch Oldenburgs Vermittlung für Leibniz bestimmten Brief vom 13. VI. 1676. Siehe Leibnizens mathematische Schriften, ed. Gerhardt, I, S. 101. Vergl. H. G. Zeuthen, Geschichte der Mathematik im 16. und 17. Jahrhundert, Leipzig 1903, S. 362–363.

Das v -fache der unendlichen Reihe

$$1 - (k+1) \frac{1}{v} + \binom{k+2}{2} \frac{1}{v^2} - \binom{k+3}{3} \frac{1}{v^3} + \dots \quad (15)$$

ist nämlich

$$\frac{v}{1} - (k+1) + \binom{k+2}{2} \frac{1}{v} - \binom{k+3}{3} \frac{1}{v^2} + \dots \quad (16)$$

und auf Grund des für die figurierten Zahlen maßgebenden Bildungsgesetzes

$$\binom{r+s-2}{r-1} + \binom{r+s-2}{r} = \binom{r+s-1}{r},$$

welches besagt, daß die Summe des s^{ten} Gliedes der r^{ten} Kolumne und des $(s-1)^{\text{ten}}$ Gliedes der $(r+1)^{\text{ten}}$ Kolumne dem s^{ten} Glied der $(r+1)^{\text{ten}}$ Kolumne gleich ist, erhält man durch Addition der Reihen (15) und (16) die Reihe

$$\frac{v}{1} - k + \binom{k+1}{2} \frac{1}{v} - \binom{k+2}{3} \frac{1}{v^2} + \dots, \quad (17)$$

deren Summe nach Formel (13) durch $v \left(\frac{v}{v+1} \right)^k$ dargestellt wird. Die Reihe (17) ist aber das $(v+1)$ -fache der Reihe (15). Daher ist die Summe der Reihe (15) gleich $\left(\frac{v}{v+1} \right)^{k+1}$, q. e. d.

Leibniz hätte also ohne Mühe den Beweis liefern können, daß Formel (12) sich in $\left(\frac{v}{v+1} \right)^n$ verwandelt¹⁾.

Wie für den Fall, wo die zu diskontierende Summe nach 1 Jahr zahlbar ist, so gibt Leibniz auch für den allgemeinen Fall, wo sie nach n Jahren zahlbar ist, noch eine andere Ableitung ihres Jetztwertes neben derjenigen, die auf unendliche Reihen führt.

„Du seiest mir“, führt er aus, „z. B. Ende 1685 irgend eine Summe schuldig. Ich möchte nun wissen, welches gegenwärtig, Ende 1683, der Jetztwert dieser Summe ist. Ich frage darum zunächst, welches der Zukunftswert dieser nach 2 Jahren fälligen Summe nach 1 Jahr oder Ende 1684 ist. Dieser Zukunftswert wird nach einem früher bewiesenen Satze (siehe Formel [6]) gleich $\frac{2^0}{2^1}$ der

1) Nebenbei bemerkt, wäre damit die Berechtigung, den binomischen Lehrsatz auf ganzzahlige negative Exponenten anzuwenden, ganz allgemein dargetan, denn $(a+b)^{-n}$ kann dadurch, daß man $\frac{a}{b} = v$ oder $\frac{b}{a} = \frac{1}{v}$ setzt, immer auf die Form $a^{-n} \left(1 + \frac{1}{v} \right)^{-n}$ bzw. $b^{-n} \left(1 + \frac{1}{v} \right)^{-n}$ gebracht werden.

geschuldeten Summe sein (Leibniz setzt $v=20$), weil nur 1 Jahr dazwischen liegt. Also wenn du mir nach 2 Jahren Eins schuldig bist, so ist es für diese Art Rechnung dasselbe wie wenn du mir nach 1 Jahr $\frac{20}{21}$ schuldig sein würdest. Und andererseits, wenn du mir nach 1 Jahr $\frac{20}{21}$ schuldest, so ist es (wiederum auf Grund des vorher zitierten Satzes) so, als ob du mir jetzt $\frac{20}{21}$ dieses Betrags, oder $\frac{20}{21}$ von $\frac{20}{21}$, d. h. $\frac{400}{441}$, schulden würdest. Folglich wenn du mir nach 2 Jahren eine bestimmte Summe schuldig bist, so wird der Jetztwert $\frac{400}{441}$ dieser Summe ausmachen oder gleich sein dem Quadrat der Zahl $\frac{20}{21}$, als Bruchteil jener gleich 1 gesetzten Summe. Und in derselben Weise wird sich zeigen, daß der Jetztwert einer nach 3 Jahren geschuldeten Summe 1 gleich $\frac{20}{21}$ des Bruchteils $\frac{20}{21}$ von $\frac{20}{21}$ oder gleich dem Kubus der Zahl $\frac{20}{21}$, das ist $\frac{8000}{9261}$, sein wird. Und so weiter fort.“

Leibniz bemerkt dann, daß es sich bei dieser Betrachtung um nichts anderes handle als um die Anwendung des Axioms, daß zwei Größen, die einer dritten gleich sind, einander gleich sind; denn der jetzt zahlbare Betrag $\frac{400}{441}$ ist gleich dem nach 1 Jahr zahlbaren Betrag $\frac{20}{21}$ und letzterer ist gleich der nach 2 Jahren zahlbaren Summe 1. Daher ist auch diese Summe 1 gleich der sofort zahlbaren Summe $\frac{400}{441}$.

So gelangt Leibniz durch eine Art Rekursionsverfahren zu der allgemeinen Formel $\left(\frac{v}{v+1}\right)^n$. Es dürfte keine sehr glückliche Formulierung sein, wenn er in diesem Zusammenhange von einem Lemma spricht, welches lautet: „valor praesens valoris futuri est valor praesens ipsius summae“.

Will man zu der von Leibniz gegebenen Begründung der Diskontierungsformel Stellung nehmen, so hat man sich zuerst die nahe liegende Frage zu stellen: wozu der verhältnismäßig schwerfällige Apparat von Deduktionen und

Rechnungen, wenn die Sache mit einer einzigen ganz einfachen Gleichung erledigt werden kann?

Ist die nach n Jahren fällige Summe S und ihr Jetztwert X , so hat man

$$X \left(1 + \frac{1}{v}\right)^n = S \quad (18)$$

zu setzen, woraus sich unmittelbar

$$X = \left(\frac{v}{v+1}\right)^n S \quad (19)$$

ergibt.

Es wäre naiv zu glauben, daß diese Ableitung Leibniz nicht eingefallen sei¹⁾. Er hat sie vielmehr in der *Meditatio juridico-mathematica* mit Fleiß vermieden. Aus welchem Grunde denn?

1) In einer späteren Arbeit „*De redditibus ad vitam*“ (Leibnizens mathematische Schriften, ed. Gerhardt, Bd. VII, S. 137) macht Leibniz selbst von dieser Ableitung Gebrauch. Die genannte Arbeit ist, nebenbei bemerkt, gänzlich verfehlt, weil sie auf der irrthümlichen Voraussetzung beruht, daß der Jetztwert einer lebenslänglichen Leibrente gleich ist dem Jetztwert einer Zeitrente, deren Dauer der ferneren mittleren Lebensdauer des Leibrentenempfängers entspricht. Vergl. *Essay de quelques raisonnements nouveaux sur la vie humaine et sur le nombre des hommes*, in den Werken von Leibniz, herausgegeben von O. Kloppe, 1. Reihe, Bd. V, Hannover 1866, S. 330–331, wo dieselbe irrthümliche Voraussetzung wiederkehrt. Es ist um so auffälliger, daß sich dieser Fehler bei Leibniz findet, als er im genannten „*Essay*“ (S. 326) und auch in den „*Nouveaux Essais sur l'entendement humain*“ (Die philosophischen Schriften von Leibniz, ed. Gerhardt, V, S. 447) sich auf Johan de Witts Schrift über Leibrenten beruft, in welcher die Leibrentenwerte nach einer, wie es scheint, prinzipiell korrekten Methode berechnet werden. Ist a_x der Wert einer nachschüssigen Leibrente vom Jahresbetrag 1, die einem x -jährigen gewährt wird, und werden durch l_x die Zahlen der Überlebenden des Alters x (nach der Sterbetafel) und durch ϱ der Diskontierungsfaktor

(also $\frac{v}{v+1}$) bezeichnet, so hat man $a_x = \frac{1}{l_x} \cdot (l_{x+1} \varrho + l_{x+2} \varrho^2 + \dots + l_{x+m-1} \varrho^{m-1-x})$, wo m

das Alter bedeutet, bei welchem niemand mehr am Leben ist. Schreibt man d_x für die Differenz $l_{x-1} - l_x$, so hat man auch:

$$l_x a_x = \varrho l_{x+1} + (\varrho + \varrho^2) d_{x+2} + (\varrho + \varrho^2 + \varrho^3) d_{x+3} + \dots + (\varrho + \varrho^2 + \varrho^3 + \dots + \varrho^{m-1-x}) d_{m-1}.$$

Gerade diese Formel hat Johan de Witt vorgeschwebt. Ob er sich genau an dieselbe gehalten hat (ich sehe hierbei ganz davon ab, daß es sich bei ihm um halbjährig zahlbare Renten handelt), läßt sich aus der etwas unklaren und unpräzisen Darstellung Cantors (Geschichte der Mathematik, III, S. 45–48) nicht mit Sicherheit entnehmen. Zeuthen (a. a. O., S. 173) erwähnt De Witts Untersuchung über Leibrenten nur nebenbei und spricht in diesem Zusammenhang von der „wahrscheinlichen Lebensdauer“, welche in Wirklichkeit in jener Untersuchung sicherlich keine Rolle gespielt hat. Jedenfalls ist de Witts Schrift von dem prinzipiellen Fehler frei, den sich Leibniz bei der Berechnung der Leibrentenwerte hat zuschulden kommen lassen; offenbar war also Leibniz mit dem Inhalt dieser Schrift nur sehr unvollkommen vertraut. Es ist daher nicht ganz zutreffend, wenn L. Couturat (*La Logique de Leibniz d'après des documents inédits*, Paris 1901, S. 241) in Bezug auf Leibniz von einem Studium der Werke von J. de Witt spricht. Auch M. Cantor beurteilt den Leibnizischen Aufsatz *De redditibus ad vitam* nicht günstig. Er sagt (Geschichte, III, 2. Aufl., S. 55), eine Veröffentlichung dieses Aufsatzes nach Halley, also nach 1693, wäre unmöglich gewesen, „indem Leibniz noch den Standpunkt einnahm, die voraussichtliche Lebensdauer

Ob nicht in Folge einer gewissen Geringschätzung des algebraischen *modus procedendi* überhaupt, wie sie sich bei Leibniz verschiedentlich¹⁾ und insbesondere auch in dem oben zitierten *Passus* (S. 63—64) dokumentiert? Dort heißt es, daß die Ableitung der Formel $\frac{v}{v+1}$ mittelst Aufstellung einer unendlichen Reihe ein Beispiel dafür bietet, wie die Analysis im Gegensatz zur Algebra, welche unbekannte Größen wie bekannte behandelt, durch Operationen, die sie an lauter bekannten Größen vornimmt, den gesuchten Wert der Unbekannten direkt findet²⁾.

Man könnte auch meinen, daß, sofern die Diskontierung einer nach mehreren Jahren fälligen Summe in Frage kommt, es Leibniz daran gelegen hätte, zu zeigen, daß auch in diesem speziellen Fall die Kombinatorik gute Dienste leistet. War doch letztere das ureigenste Gebiet seines Könnens und Schaffens. Ohne viel Übertreibung könnte man sagen, daß sein ganzes mathematisches Denken, ja, zum Teil sein Denken überhaupt, an der Kombinatorik orientiert war³⁾.

Man würde aber fehlgehen, wollte man die Anlage und den ganzen Gang der Argumentation in der *Meditatio juridico-mathematica* aus der Vorliebe des

des Rentnehmers ohne jegliche Begründung nach Gutdünken anzunehmen und in Rechnung zu ziehen". Daß es aber von Leibniz falsch war, überhaupt die „voraussichtliche Lebensdauer“ zur Bestimmung der Leibrentenwerte heranzuziehen, sagt Cantor nicht!

1) Siehe Couturat a. a. O. S. 285—294.

2) Es braucht kaum eigens hervorgehoben zu werden, daß dieser Gegenüberstellung von Algebra und Analysis der engere Begriff der Algebra zugrunde liegt, demzufolge sie sich ausschließlich mit Auflösung von Gleichungen beschäftigt. Sonst versteht Leibniz unter Algebra einen viel weiteren Begriff. Ihr „*primarium officium*“ bestehe zwar in Auflösung von Gleichungen (*Nova Algebrae Promotio*, Gerhards Ausgabe, S. 158), aber an sich sei sie „*nihil aliud quam scientia numerorum indefinitorum seu generalium, et eundem plane modum procedendi habet quam arithmetica communis*“ (*De ortu, progressu et natura Algebrae*, ibidem, S. 203). In bezug auf die Gegenüberstellung von Algebra und Analysis in dem betreffenden *Passus* der *Meditatio juridico-mathematica* sei noch bemerkt, daß, vom Standpunkte der (Leibnizschen) Logik aus gesehen, die Ableitung der Diskontierungsformel durch Aufstellung einer unendlichen Reihe, also mit Hilfe der „Analysis“, eine synthetische Operation darstellt, während die Ableitung derselben Diskontierungsformel aus einer Gleichung, also mit Hilfe der „Algebra“, als analytische Operation zu charakterisieren wäre. Ist doch die Algebra für Leibniz eine Inkarnation der analytischen Methode, wie Couturat (a. a. O. S. 265 bis 273) sich ausdrückt. Siehe auch *De Synthesi et Analysisi universali seu Arte inveniendi et iudicandi* (Philosoph. Schriften von Leibniz, ed. Gerhardt, VII. Bd. Berlin 1890, besonders S. 296—297) und *Nouveaux Essais sur l'entendement humain* (dieselbe Ausgabe, V. Bd. Berlin 1882, S. 432).

3) Über die *Ars combinatoria* siehe z. B. *De ortu progressu et natura Algebrae*, S. 205. Vgl. Cantor, *Geschichte der Mathematik*, III, S. 107, 321 und Couturat a. a. O. Chap. VII und Appendice III. Insbesondere hat Leibniz die Kombinatorik für Probleme der Zahlentheorie, der Algebra, der Infinitesimalrechnung zu verwerten verstanden und es ist überraschend, daß er zur Weiterbildung derjenigen mathematischen Disziplin, die wohl am innigsten mit der Kombinatorik verbunden ist, nämlich der Wahrscheinlichkeitsrechnung, nichts beigetragen hat. Vgl. Cantor a. a. O. S. 338—342 und Couturat a. a. O. S. 244.

Verfassers für bestimmte Beweismethoden erklären. Was ihn davon abhielt, sich mit der üblichen und nächstliegenden Ableitung der Formel $\left(\frac{v}{v+1}\right)^n$ zufrieden zu geben, und ihn veranlaßte, gewissermaßen einen Umweg einzuschlagen, um zu derselben Formel zu gelangen, war vielmehr das Thema probandum selbst.

Wird nämlich diese Formel aus der Gleichung (18) gewonnen, so tritt der Zusammenhang der betreffenden Diskontierungsmethode mit dem Prinzip der Zinseszinsrechnung (oder des zusammengesetzten Zinses) deutlich zu Tage. Leibniz aber war gerade bestrebt, zu zeigen, daß die auf der Formel $\left(\frac{v}{v+1}\right)^n$ beruhende Diskontierungsmethode von dem Prinzip der Zinseszinsrechnung ganz und gar unabhängig sei¹⁾. Er sucht diese Auffassung gleich am Anfang seines Artikels dem Leser einzuschärfen (oben S. 62) und bringt sie auch in der Überschrift zum Ausdruck (*de interusurio simplice*). Am Schluß des Artikels stellt Leibniz eine besondere Arbeit über Leibrenten in Aussicht, wo, wie er bemerkt, „*interusurio composito locus est*“. In dieser Arbeit²⁾ hält er sich aber bei der Diskontierung künftiger Leibrentenbeträge an die nämliche Formel (19), so daß es völlig unklar bleibt, was er mit der Unterscheidung zwischen „einfachem“ und „zusammengesetztem“ Diskont gemeint haben mag, als er die *Meditatio juridico-mathematica* niederschrieb. Verständiger Weise kann diese Gegenüberstellung nur bedeuten, daß bei der Berechnung des Diskonts das eine Mal der einfache Zins, das andere Mal der zusammengesetzte Zins in Ansatz gebracht wird, und während die zweite Berechnungsweise auf die Formel (19) führt, ergibt sich bei der ersten Berechnungsweise:

$$X = \frac{v}{v+1+n} S, \quad (20)$$

und zwar aus der Gleichung:

$$S = \left(1 + n \frac{1}{v}\right) X.$$

Diesen so einfachen und unzweideutigen Sachverhalt zu verdunkeln, ist der Zweck des Verfassers der *Meditatio* gewesen. Denn die Formel (19) sollte gewissermaßen als konkurrenzlos aus der Betrachtung hervorgehen, während sie bei der üblichen Art und Weise, das Problem der Diskontierung zu behandeln, neben der Formel (20) auftritt.

1) Für den Fall $n = 1$ wendet Leibniz die übliche (algebraische) Beweismethode, wenn auch in zweiter Reihe, an, aber eben deshalb, weil hier der Ausdruck $1 + \frac{1}{v}$ nicht in eine höhere Potenz erhoben zu werden braucht, so daß das Prinzip der Zinseszinsrechnung nicht in Frage kommt.

2) Vgl. oben Fußnote 1 auf S. 71.

Das thema probandum in der Meditatio gipfelt also in der Behauptung, daß der Diskontierungsformel $\left(\frac{v}{v+1}\right)^n$ aus zwingenden Gründen, die mit dem spezifischen Prinzip des zusammengesetzten Zinses nichts gemein hätten, eine ausschließliche Berechtigung zukommt.

Es bedarf keines besonderen Scharfsinns, um nachzuweisen, daß es bloßer Schein ist, man könne, wie Leibniz glaubt (?), bei der Ableitung der Formel $\left(\frac{v}{v+1}\right)^n$ ohne das Prinzip des zusammengesetzten Zinses auskommen. In Wirklichkeit sind seine Annahme I (oben, S. 62), soweit sie den Zusatz enthält „*neq. refert, utrum pecunia, quae ante tempus solvitur, sors sit an usura*“, und seine Annahme II (oben, S. 62) nichts anderes als eine besondere Ausdrucksform jenes Prinzips.

Die Annahme I, zunächst ohne Zusatz betrachtet, stellt offenbar eine Umkehrung des Satzes dar, daß der Schuldner dem Gläubiger für jedes Jahr, für welches dieser ihm eine Geldsumme überläßt, Zinsen zu entrichten hat. Dieser Satz präjudiziert der Entscheidung der Frage nicht, ob beim Problem der Aufzinsung mit einfachem oder mit zusammengesetztem Zins gerechnet werden soll, ebenso wie die Annahme I ohne Zusatz den beiden Diskontierungsformeln (19) und (20) Raum gibt. Ergänzt man aber jenen Satz dahin, daß es nicht darauf ankommt, ob die überlassene Geldsumme Kapital oder Zins sei, und fügt man die Annahme II hinzu, so ergibt sich mit Notwendigkeit die Formel

$$\left(1 + \frac{1}{v}\right)^n \quad (21)$$

als Ausdruck des Betrags, auf welchen eine Summe 1 in n Jahren durch Zinsen anwächst.

Unterbleibt nämlich nach 1 Jahr die Zahlung der Zinsen $\left(\frac{1}{v}\right)$ seitens des Schuldners, so ist das auf Grund der Annahme II so zu betrachten, wie wenn vom Gläubiger dem Schuldner ein gleich großer Betrag $\left(\frac{1}{v}\right)$ vorgeschossen würde, und auf Grund des vorhin formulierten Satzes, von dem die Annahme I eine einfache Umkehrung darstellt, mit dem dazu gehörenden Zusatz, ergibt sich für den Schuldner am Schluß des zweiten Jahres, wenn seine Beziehungen zum Gläubiger gelöst werden sollen, die Verpflichtung, die Summe

$$1 + \frac{2}{v} + \frac{1}{v^2} = \left(1 + \frac{1}{v}\right)^2$$

zu entrichten. In ähnlicher Weise wird man die am Schluß des 3., 4. usw. und im allgemeinen am Schluß des n^{ten} Jahres geschuldete Summe, Kapital und Zinsen

zusammengerechnet, finden¹⁾. Es wird die Formel (21) herauskommen. Die entsprechende auf dem Prinzip des einfachen Zinses beruhende Formel, nämlich

$$1 + \frac{n}{v},$$

wäre auf diese Weise ausgeschaltet, genau so wie bei der Leibnizschen Beweisführung die Diskontierungsformel (20) nicht zum Vorschein kommt.

Dieses Ergebnis kann nicht überraschen, denn das Prinzip des einfachen Zinses verlangt, daß bei der Regelung der Beziehungen zwischen Gläubiger und Schuldner darauf geachtet wird, welche von den zur Verrechnung gelangenden Summen sich als Kapital oder Kapitalteile und welche sich als Zinsen darstellen. Wenn aber Leibniz (als Zusatz zu seiner Annahme I) die Regel aufstellt, daß es für die Rechnung nicht darauf ankommt, ob ein bezahlter Betrag Kapital oder Zins sei, und wenn er sich zugleich (durch seine Annahme II) die Möglichkeit verschafft, jeden nicht gezahlten Betrag als einen von der anderen Partei gezahlten in die Rechnung einzustellen, so ist es klar, daß er auf diese Weise die Bedingungen des Diskontierungsproblems von vornherein so gestaltet, daß die Anwendung des Prinzips des einfachen Zinses ausgeschlossen erscheint.

In Wirklichkeit bedient sich also Leibniz zur Ableitung der Diskontierungsformel des Prinzips des zusammengesetzten Zinses, aber in verschleierte Form, indem er nämlich Annahmen macht, die, wenn man genauer zusieht, dieses Prinzip involvieren.

Es könnte ein Zweifel darüber entstehen, ob dies auch bezüglich seines zweiten Beweises der Formel $\left(\frac{v}{v+1}\right)^n$ (oben S. 69—70) zutrifft. Denn im Laufe dieses Beweises macht Leibniz von den in Frage stehenden Annahmen (nämlich dem Zusatz zu Annahme I und der Annahme II) keinen ausdrücklichen Gebrauch, sondern beruft sich lediglich auf die Formel $\frac{v}{v+1}$, welche ja auch unter der Voraussetzung des einfachen Zinses ihre Gültigkeit behält.

Indessen legt Leibniz dieser Formel einen Sinn bei, den sie unter Zugrundelegung des Prinzips des einfachen Zinses nicht besitzt. Er konstruiert nämlich eine Größe X_m (valor futurus), deren Zahlung nach m Jahren, von der Gegenwart

1) Wenn man dabei die Verzinsung des Kapitals und diejenige der einzelnen Zinsbeträge getrennt in die Rechnung einstellt, so kommt man auf Reihen, die auf Grund einer gewissen Eigenschaft der figurierten Zahlen, welche in diesen Reihen als Koeffizienten auftreten, sich zu der Binominalreihe $1 + n \frac{1}{v} + \frac{n(n-1)}{1 \cdot 2} \frac{1}{v^2} + \dots + \frac{1}{v^n} = \left(1 + \frac{1}{v}\right)^n$ summieren lassen. Siehe H. Bleicher, Grundriß der Theorie der Zinsrechnung, Berlin 1888, S. 14—16.

an gerechnet, der Zahlung der Summe S nach n Jahren, von der Gegenwart an gerechnet, gleichwertig ist und hält sich ohne weiteres für berechtigt, auf Grund der Formel (6) zu setzen:

$$X_m = \frac{v}{v+1} X_{m+1}. \quad (22)$$

Auf dieser Formel beruht seine ganze Beweisführung.

In Wirklichkeit folgt aber Formel (22) aus Formel (6) nur unter bestimmten Voraussetzungen, welche, man möge sie so oder anders formulieren, auf das Prinzip des zusammengesetzten Zinses hinauslaufen. Rechnet man dagegen nach dem Prinzip des einfachen Zinses, so findet man die Formel

$$X_m = \frac{v+1}{v+m+1} X_{m+1}, \quad (23)$$

welche nur bei $m=0$ in Formel (22) übergeht.

Auch der zweite Leibnizsche Beweis der Formel $\left(\frac{v}{v+1}\right)^n$ beruht also indirekt auf dem Prinzip des zusammengesetzten Zinses.

Hiermit ist das *thema probandum* der *Meditatio juridico-mathematica* als widerlegt zu betrachten.

Von den Neueren, sofern sie überhaupt auf die Frage der Begründung der Diskontierungsformel $\left(\frac{v}{v+1}\right)^n$ eingehen, wird an die im Vorstehenden besprochene Abhandlung von Leibniz vielfach Anschluß gesucht. Dabei wird aber, ohne daß direkt gegen Leibniz Stellung genommen und ohne daß jemals auf das Sophistische seiner Argumentation hingewiesen würde, auf die für ihn gerade charakteristische Auffassung, daß es sich nämlich bei jener Formel keineswegs um eine Anwendung des Prinzips des zusammengesetzten Zinses handle, meist kein Nachdruck gelegt oder wird diese Auffassung sogar preisgegeben. Um so entschiedener bekennt man sich zu der Ansicht (welche in der Leibnizschen Darstellung sich als Folgerung aus jener Auffassung ergibt), daß die genannte Diskontierungsformel die einzig richtige sei.

So scheint Moritz Cantor, der die Leibnizsche Abhandlung rühmend hervorhebt und seine Darstellung als „klar und jeden Zweifel ausschließend“ bezeichnet¹⁾, nicht ganz damit einverstanden zu sein, daß die von Leibniz anempfohlene Diskontierungsformel den zusammengesetzten Zins nicht voraussetze. Das geht

¹⁾ Geschichte der Mathematik, III, S. 498.

schon daraus hervor, daß Cantor in seiner „Politischen Arithmetik“ die genannte Formel unter der Rubrik „Zusammengesetzter Zins“ zur Sprache bringt¹⁾. Aber diese unbewußte (?) Abweichung von Leibniz hindert Cantor nicht daran, rückhaltlos anzuerkennen, daß der in Frage stehenden Diskontierungsformel eine ausschließliche Berechtigung zukomme, und zwar mit der Motivierung, daß diese Formel die einzige sei, welche bei Anwendung auf verschiedene Aufgaben der „politischen Arithmetik“ zu widerspruchsslosen Ergebnissen führt. Demgegenüber fehle diese Eigenschaft der Formel (20), die deswegen nicht zu gebrauchen sei. Das versucht Cantor an den beiden folgenden Beispielen zu demonstrieren.

1. Beispiel. Jemand nimmt eine Schuld von 12 000 M. zum Jahreszins von 4 % auf. Am Ende des 1. Jahres zahlt er den Zins mit 480 M. und 3000 M. an der Schuld ab, so daß eine Restschuld von 9000 M. verbleibt. Am Ende des 2. Jahres zahlt der Schuldner den Zins mit 360 M. und wieder 3000 M. an der Schuld ab, so daß eine Restschuld von 6000 M. bleibt. Am Ende des 3. Jahres zahlt der Schuldner den Zins mit 240 M. und 3000 M. an der Schuld ab, so daß eine Restschuld von 3000 M. bleibt. Schließlich am Ende des 4. Jahres zahlt der Schuldner den Zins mit 120 M. und die letzten 3000 M. an der Schuld. Er ist schuldenfrei. Die Zahlungen waren mithin:

am Ende des 1. Jahres	3480 M.
„ „ „ 2. „	3360 „
„ „ „ 3. „	3240 „
„ „ „ 4. „	3120 „

wodurch eine Anfangsschuld von 12 000 M. mit 4 % Jahreszins sich als getilgt erweist.

Man müsse, meint Cantor, notwendigerweise die Bedingungen der Aufgabe auch umkehren und behaupten können, bei 4 % Jahreszins sei 12 000 M. der Barwert der vier Forderungen 3480 M. nach einem Jahre, 3360 M. nach 2 Jahren, 3240 M. nach 3 Jahren, 3120 nach 4 Jahren. Jede Diskontierung der

1) Politische Arithmetik oder die Arithmetik des täglichen Lebens. Leipzig 1898. S. 32 f. Nicht ganz im Einklang mit der Einfügung der Leibnizschen Diskontierungsformel in das Kapitel über den zusammengesetzten Zins stehen übrigens Cantors Bemerkungen zu der Polemik von Gottfried August Hoffmann gegen Leibniz (Cantor, Geschichte, III, S. 498—505). Hoffmann hatte zuerst das von Leibniz befürwortete Diskontierungsverfahren mißverstanden, aber als er auf seinen Irrtum von anderer Seite aufmerksam gemacht wurde, änderte dies nichts an seiner ablehnenden Haltung diesem Verfahren gegenüber. Hoffmann bezeichnete dasselbe als falsch, weil ungesetzlich. Leibniz verlange Zins von den Zinsen und dieses sei verboten, man möge sich wenden wie man wolle. Cantor erwähnt diesen Angriff Hoffmanns gegen Leibniz und nimmt für letzteren Partei (vgl. auch Polit. Arithm. S. 29). In Wirklichkeit hatte aber der „Rechtslizentiat“ Hoffmann ganz richtig eingesehen, daß die Leibnizsche Diskontierungsformel auf dem Prinzip der Zinseszinsrechnung beruht und daher gegen das Verbot des Anzinsismus verstößt.

vier Forderungen, welche nicht 12 000 M. als Barwert liefert, sei falsch, jede Diskontierung, welche zu diesem Barwerte führt, sei richtig.

Durch Anwendung der Formel (19) findet Cantor

$$\frac{3480}{1,04} + \frac{3360}{1,04^2} + \frac{3240}{1,04^3} + \frac{3120}{1,04^4} = 12\,000$$

und durch Anwendung der Formel (20) oder der mit ihr identischen Formel

$$X = \frac{100}{100 + np} S, \quad (24)$$

$$\text{wo } p = \frac{100}{v},$$

$$\frac{3480}{1,04} + \frac{3360}{1,08} + \frac{3240}{1,12} + \frac{3120}{1,16} = 12\,039,78.$$

Hieraus schließt er, daß die Diskontierung nach der zweiten Formel, mit- hin unter Zugrundelegung des Prinzips des einfachen Zinses, „falsch“ sei.

Demgegenüber ist folgendes zu bemerken. Formel (20) oder (24) setzt voraus, wie es aus der Art ihrer Ableitung folgt, daß die Summe S sich aus dem geschuldeten Kapital und den für die Dauer der n Jahre berechneten Zinsen von diesem Kapital zusammensetzt. Die genannte Formel bedeutet aber nicht, daß eine beliebig aus Kapital und Zinsen zusammengesetzte Summe S , die nach n Jahren fällig ist, einer sofort zahlbaren Summe $\frac{100}{100 + np} S$ gleichwertig sei. In dem allgemeinen Fall, wo S aus dem Kapital K und den Zinsen Z besteht, so daß $S = K + Z$, gilt vielmehr, dem Prinzip des einfachen Zinses zufolge, die Diskontierungsformel

$$X = S - \frac{np}{100} K, \quad (25)$$

Denn um der nach n Jahren zahlbaren Summe S gleichwertig zu sein, wird die sofort zahlbare Summe X so aus Kapital und Zinsen zusammengesetzt sein müssen, daß sie nach n Jahren an Kapital K und an Zinsen Z ergibt. Da nun eine Kapitalisierung von Zinsen ausgeschlossen ist, so wird X an Kapital ebensoviel wie S enthalten müssen, d. h. K . An Zinsen trägt in X der Betrag $X - K$ enthalten sein und, weil die Zinsen keine Zinsen tragen, findet man:

$$\frac{np}{100} K + (X - K) = S - K,$$

woraus die Formel (25) oder, was dasselbe ist,

$$X = \frac{100 - np}{100} K + Z \quad (26)$$

folgt.

Letztere Formel bringt deutlich zum Ausdruck, daß bei den Zinsbeträgen die *distantia temporis* keine Rolle spielt, was ja gerade für Berechnungen charakteristisch ist, welche auf dem Grundsatz des einfachen Zinses beruhen.

Nur wenn die Bedingung

$$Z = \frac{np}{100} K \quad (27)$$

erfüllt ist, d. h. wenn die nach n Jahren fällige Summe so viel an Zinsen enthält, als das in ihr enthaltene Kapital in n Jahren abwirft, geht Formel (25) bzw. (26) in Formel (24) über.

Wenn man aber

$$Z < \frac{np}{100} K$$

erhält, so bedeutet das, daß derjenige, welcher nach n Jahren eine Summe $S = K + Z$ zu beanspruchen hat, auch in folgender Weise zufriedengestellt werden könnte: es wird ihm sofort das Kapital K ausgezahlt und eine (unverzinsliche) Zinsschuld von $\left(\frac{np}{100} K - Z\right)$ aufgebürdet. Diese Schuld würde er nach n Jahren aus den Zinsen von K bezahlen können, wobei ihm ein Zinsrest von $\frac{np}{100} K - \left(\frac{np}{100} K - Z\right) = Z$ übrig bliebe.

Wendet man nun Formel (25) auf das Cantorsche Beispiel an, so findet man als Jetzwerte der vier in Frage stehenden Forderungen:

$$3480 - \frac{4}{100} 3000 = 3360 \text{ (statt } 3346,15),$$

$$3360 - \frac{8}{100} 3000 = 3120 \text{ („ } 3111,11),$$

$$3240 - \frac{12}{100} 3000 = 2880 \text{ („ } 2892,86),$$

$$3120 - \frac{16}{100} 3000 = 2640 \text{ („ } 2689,66),$$

$$\text{und in Summa } 12000 \text{ („ } 12039,78).$$

Der von Cantor konstatierte Widerspruch erklärt sich also daraus, daß er von der Formel (24) einen unzulässigen Gebrauch gemacht hat, keineswegs aber

daraus, daß die Diskontierung nach dem Prinzip des einfachen Zinses „gegen den Zwang mathematischer Beweisführung“ verstieße.

2. Beispiel. Zur Tilgung einer Schuld dienen die Abzahlungen (Zinsen einbegriffen) a_1, a_2, a_3 usw., die nach 1, 2, 3 usw. Jahren fällig sind. Man fragt nach dem mittleren Termin μ , zu welchem die ganze Summe

$$a_1 + a_2 + a_3 + \dots = \Sigma a$$

bezahlt werden soll, damit beide Zahlungsweisen als gleichwertig erscheinen.

In vielen Schriften wird nach Cantor die Antwort folgendermaßen erteilt: die Zahlungsverfahren sind gleichwertig, wenn der Schuldner bis zur Abtragung seiner Schuld gleichen Zinsertrag von den in seinem Besitze befindlichen Summen erzielt, wenn also die Bedingung

$$\sum \frac{mpa}{100} = \frac{\mu p}{100} \Sigma a \quad (28)$$

erfüllt ist. Die unter dem Summenzeichen stehende GröÙe m durchläuft alle Werte 1, 2, 3 usw., welche den verschiedenen Zahlungsterminen entsprechen. Aus (28) findet man:

$$\mu = \frac{\Sigma am}{\Sigma a}. \quad (29)$$

Eine andere Lösung bestehe darin, daß die nach dem einen und nach dem anderen Verfahren zu zahlenden Summen nach Formel (24) diskontiert und die auf diese Weise herauskommenden Barwerte einander gleichgesetzt werden. Man erhält:

$$\sum \frac{100a}{100 + mp} = \frac{100}{100 + \mu p} \Sigma a,$$

woraus

$$\mu = \frac{\sum \frac{am}{100 + mp}}{\sum \frac{a}{100 + mp}} \quad (30)$$

folgt.

Nach beiden Formeln (29) und (30) stellt sich die unbekannte μ als ein arithmetischer Durchschnitt aus den gegebenen m -Werten dar, nur daß dort die GröÙen a , hier die GröÙen $\frac{a}{100 + mp}$ als „Gewichte“ auftreten. Dabei ist das Resultat nach Formel (29) von dem Zinsfuß (p) unabhängig, während es nach Formel (30) einen Unterschied macht, ob man einen höheren oder niedrigeren Zinsfuß (p) in Anschlag bringt.

„Unmöglich können beide Ergebnisse richtig sein“, meint Cantor. „Wir haben daher alle Veranlassung, die Voraussetzungen des zweiten Ergebnisses,

denen man, schon weil sie p berücksichtigen, weniger Mißtrauen entgegenzubringen geneigt sein wird, etwas genauer zu prüfen. Wir werden in der Lage sein, bei dieser Prüfung namentlich einen Punkt schärfer ins Auge zu fassen, nämlich inwieweit die Diskontierung auf 100, welche bei der Verzinsung über den Zeitraum eines Jahres oder auch über einen kürzeren Zeitraum richtig ist, ebenso richtig bleiben kann, wenn wie in obigem Beispiele von einer Verzinsung über 2, 3, 4 Jahre die Rede ist¹⁾.

Mit diesen Worten bereitet der Verfasser der „Politischen Arithmetik“ den Leser auf die Betrachtung des „Zusammengesetzten Zinses“ vor und erweckt bei ihm den Eindruck, als ob das Prinzip des einfachen Zinses, welches der Diskontierung „auf 100“, d. h. nach der Formel (24), zugrunde liegt, bei langfristigen Operationen sich aus mathematischen bzw. logischen Gründen als unbrauchbar erweise.

In Wirklichkeit handelt es sich aber auch beim zweiten Cantorschen Beispiel darum, daß von dem Prinzip des einfachen Zinses eine verkehrte Anwendung gemacht wird; und zwar ist dies bei der von Cantor an erster Stelle angeführten Lösung der Fall. Es geht nämlich nicht an, die in Betracht kommenden Zinserträge durch die Formel $\frac{mpa}{100}$ auszudrücken, weil ja die Summen, die sich im Besitz des Schuldners befunden haben, nicht gleich a_1, a_2 usw., sondern gleich diesen Größen abzüglich der in ihnen enthaltenen Zinsen sind, zu deren Zahlung sich der Schuldner mit verpflichtet hat. Bei der zweiten Lösung derselben Aufgabe wird angenommen, daß eine (nach m Jahren zahlbare) Summe a an Kapital $\frac{100a}{100 + mp}$ und an Zinsen $\frac{amp}{100 + mp}$ enthält²⁾. Hält man sich auch bei der ersten Lösung an diese Annahme, so erhält man anstelle der Gleichung (28) die Gleichung:

$$\sum \frac{mpa}{100 + mp} = \frac{\mu p}{100} \sum \frac{100a}{100 + mp},$$

woraus Formel (30) folgt. Der Widerspruch, von welchem bei Cantor die Rede ist, wäre hiermit behoben.

In einer von der Cantorschen etwas abweichenden Weise leitet B. von Maleszewski³⁾ die Formel (29) ab, und zwar ebenfalls zu dem Zweck, um durch Vergleichung derselben mit Formel (30) zu zeigen, daß man sich bei der sogenannten „Terminrechnung“ in Widersprüche verwickelt, wenn man nach dem Prinzip des einfachen Zinses verfährt.

1) Politische Arithmetik, S. 32.

2) Die durch Formel (30) gelieferte Lösung gilt nur unter dieser Annahme. Vergl. unten S. 84–87.

3) Theorie und Praxis der Pensionskassen (russisch). St. Petersburg 1890. Bd. I. S. 37–40.

Er bestimmt μ das eine Mal in der Weise, daß er alle a -Zahlungen auf die Gegenwart bezieht (diskontiert), wodurch Formel (30) entsteht, das andere Mal so, daß er dieselben Zahlungen auf die Zukunft, nämlich auf den Zeitpunkt, in welchen die letzte Zahlung fällt, bezieht. Für diesen Zeitpunkt sei $m = n$. Auf diese Weise kommt v. Maleszewski zu der Gleichung:

$$\sum \frac{100 + (n-m)p}{100} a = \frac{100 + (n-\mu)p}{100} \Sigma a \quad (31)$$

und findet daraus

$$\mu = \frac{\Sigma am}{\Sigma a}.$$

Auch diese Ableitung ist vom Standpunkt des Prinzips des einfachen Zinses aus zu beanstanden.

Bedenkt man nämlich, wie dies bei Ableitung der Formel (30) angenommen wird, daß die Zusammensetzung jeder Zahlung a aus Kapital und Zinsen durch

$$a = \frac{100a}{100 + mp} + \frac{mpa}{100 + mp}$$

dargestellt wird, so wächst jedes a in $(n-m)$ Jahren (da die Zinsen keine Zinsen tragen!) auf

$$\frac{a \{ 100 + (n-m)p \}}{100 + mp} + \frac{mpa}{100 + mp}$$

oder auf

$$\frac{(100 + np)a}{100 + mp}$$

an. In analoger Weise wächst Σa in $(n-\mu)$ Jahren auf

$$\frac{(100 + np) \Sigma a}{100 + \mu p}$$

an. Die Gleichung (31) ist daher durch

$$\sum \frac{(100 + np)a}{100 + mp} = \frac{100 + np}{100 + \mu p} \Sigma a \quad (32)$$

zu ersetzen und man erhält

$$\mu = \frac{\sum \frac{am}{100 + mp}}{\sum \frac{a}{100 + mp}},$$

das heißt ein Ergebnis, das mit demjenigen vollständig übereinstimmt, zu welchem die Diskontierungsmethode führt.

v. Maleszewski war also auf Grund des von ihm festgestellten Sachverhalts ebensowenig wie Cantor zu der Behauptung berechtigt, daß unter Anwendung

der einfachen Zinsen das Resultat der Rechnung verschieden ausfalle, je nachdem man sich dieser oder jener Rechnungsmethode bedient. Alle Rechnungsmethoden, bei denen einfacher Zins in Anwendung gebracht wird, führen vielmehr zu ein und demselben Ergebnis, vorausgesetzt, daß man sie richtig handhabt und an der gegebenen Fragestellung festhält.

Ähnlich wie die beiden genannten Autoren sucht H. v. Kauffmann die Leibnizsche These von der ausschließlichen Berechtigung der Diskontierungsformel $\left(\frac{v}{v+1}\right)^n$ dadurch zu begründen, daß das Prinzip des einfachen Zinses keine folgerichtige Anwendung zulasse¹⁾.

Es sei A der Betrag einer Schuld, die nach n Jahren zurückgezahlt wird, wobei bis dahin am Schluß jedes Jahres $\frac{Ap}{100}$ an Zinsen zu entrichten ist. Kauffmann diskontiert die Summe A nach Formel (24), erhält auf diese Weise als Diskont die Größe

$$D = \frac{np}{100 + np} A, \quad (33)$$

und vergleicht diese Größe mit dem Barwert B der im gegebenen Fall zu zahlenden Zinsbeträge.

Ob nun die beiden Größen D und B übereinstimmen oder nicht, betrachtet v. Kauffmann als Prüfstein der Richtigkeit der angewandten Diskontierungsmethode. Nach Formel (24) erhält man aber

$$B = \sum \frac{p}{100 + np} A, \quad (34)$$

(wo in alle Werte 1, 2, 3 usw. bis n durchläuft), so daß

$$B > D. \quad (35)$$

Wie man sieht, schließt v. Kauffmann, erweist sich das Rechnen mit einfachem Zins als unrichtig, unlogisch und widerspruchsvoll.

Der wahre Sachverhalt ist aber der, daß die Ungleichung (35) einer unvorsichtigen Anwendung der Formel (24) ihre Entstehung verdankt. Wie oben dargetan, muß nämlich die durch Formel (27) ausgedrückte Bedingung erfüllt sein, damit nach Formel (24) gerechnet werden kann. Im gegebenen Fall sind

1) Grundlagen der Berechnungen bei Staatsanleihen (russisch), St. Petersburg 1891. In einem Anhang (S. 312—315) behandelt der Verfasser die Frage, warum bei allen langfristigen Operationen zusammengesetzter und nicht einfacher Zins den Berechnungen zugrunde gelegt wird, und beruft sich hierbei ausdrücklich auf Leibniz, dem er ganz kritiklos gegenübersteht.

aber die Summen, welche Kauffmann diskontiert, nicht so aus Kapital und Zinsen zusammengesetzt, wie es jener Bedingung entsprechen würde. Die Zahlung A besteht nämlich nur aus Kapital und die n Zahlungen $\frac{pA}{100}$ bestehen ausschließlich aus Zinsen. Folglich muß die Diskontierungsformel (25) benutzt werden und diese Formel ergibt:

$$D = A - \left(A - \frac{np}{100} A \right) = \frac{np}{100} A$$

und

$$B = n \frac{pA}{100}.$$

Der Widerspruch, den v. Kauffmann feststellen zu dürfen glaubte, ist also in Wirklichkeit gar nicht vorhanden¹⁾.

In den von Cantor, Maleszewski und Kauffmann herangezogenen Fällen hat es sich darum gehandelt, daß unter Zugrundelegung des Prinzips des einfachen Zinses für ein und dieselbe Aufgabe zwei verschiedene Lösungen, angeblich mit gleichem Recht, herauskommen und hat es sich beim näheren Zusehen jedesmal gezeigt, daß entweder eine jener Lösungen oder daß beide Lösungen (im Fall Kauffmann) auf einer Verletzung der Regeln beruhen, die für das Rechnen mit einfachem Zins maßgebend sind.

Es soll nunmehr ein Fall zur Sprache gebracht werden, wo das Prinzip des einfachen Zinses ohne Verletzung der betreffenden Regeln zu verschiedenen Lösungen führt, wo aber der Widerspruch auch nur ein scheinbarer ist, weil jede der konkurrierenden Lösungen, genauer betrachtet, einer verschiedenen Aufgabe entspricht.

Dieser Fall betrifft die Amortisation eines Kapitals K durch n gleiche Jahresleistungen oder Annuitäten a . Die Zusammensetzung der am Schluß des m^{ten} Jahres zu zahlenden Summe a aus Kapital und Zinsen sei durch

$$a = k_m + z_m$$

dargestellt. Der Zinsfuß sei p und man führe noch die Bezeichnung $1 + \frac{p}{100} = r$ ein.

1) v. Kauffmann sowie v. Maleszewski berufen sich zur Bekräftigung der Ansicht von der Unbrauchbarkeit des einfachen Zinses als Rechnungsprinzip auf C. v. Clausberg. Auch Cantor erwähnt ihn in seiner Geschichte der Math. III. S. 494--499. Clausberg nimmt zwar bei seinen Erörterungen über Diskontierung wiederholt auf Leibniz Bezug (Demonstrative Rechenkunst, 5. Aufl. Leipzig 1795. S. 1286, 1356), aber er bringt die Formel $\left(\frac{v}{v+1} \right)^n$ in einem „Von Interesse auf Interesse“ überschriebenen Kapitel, woraus zu ersehen ist, daß er die Leibnizsche Ansicht, diese Formel hätte mit der Zinseszinsrechnung nichts zu tun, nicht teilte. Und auch darüber, ob diese Formel unter allen Umständen den Vorzug verdient, spricht sich Clausberg mit einiger Vorsicht aus. Ebendasselbe, S. 1353-1354.

Die übliche Lösung dieser Aufgabe besteht darin, daß man

$$k_1 + \frac{p}{100} K = k_2 + \frac{p}{100} (K - k_1) = k_3 + \frac{p}{100} (K - k_1 - k_2) = \dots \quad (36)$$

setzt, woraus

$$k_2 = k_1 r, \quad k_3 = k_1 r^2 \text{ usw.}$$

folgt, und daß man ferner durch Einsetzung dieser Werte für k_2, k_3 usw. in die Gleichung

$$k_1 + k_2 + k_3 + \dots = K \quad (37)$$

zunächst k_1 und dann aus der Beziehung

$$a = k_1 + (r-1) K \quad (38)$$

a bestimmt. Es ergibt sich

$$a = \frac{(r-1) r^n}{r^n - 1} K \quad (39)$$

und

$$k_1 = \frac{a}{r^n}. \quad (40)$$

Es kann leicht gezeigt werden, daß der Barwert aller Abzahlungen (Zinsen einbegriffen) gleich K ist. Der Barwert jeder am Schluß des m^{ten} Jahres zahlbaren Summe a ist nach Formel (25)

$$a = \frac{mp}{100} k_m$$

oder

$$a = m(r-1) k_m$$

und als Barwert aller n Abzahlungen erhält man

$$na = (r-1) (k_1 + 2 k_2 + 3 k_3 + \dots + n k_n)$$

oder auch

$$na = (r-1) k_1 (1 + 2r + 3r^2 + \dots + nr^{n-1}).$$

Letztere Formel geht in

$$na + k_1 \left(\frac{r^n - 1}{r - 1} - nr^n \right),$$

dann, auf Grund von (40), in

$$na + \frac{a}{r^n} \left(\frac{r^n - 1}{r - 1} - nr^n \right)$$

und schließlich, auf Grund von (39), in

$$K$$

über.

Die Bestimmung der Unbekannten a nach Formel (39) entspricht durch-
aus dem Prinzip des einfachen Zinses. Daß man auf denselben Ausdruck für a
kommt, wenn man von der Gleichung

$$K = ar^{-1} + ar^{-2} + \dots + ar^{-n} \quad (41)$$

ausgeht, welche auf dem Prinzip des zusammengesetzten Zinses beruht, darf nicht
wunder nehmen, denn die Gleichungen (36) und die Gleichung (37), von denen
man bei der Lösung der Aufgabe nach dem Prinzip des einfachen Zinses aus-
gegangen ist, gelten sowohl beim einfachen wie beim zusammengesetzten Zins
und dies hat, sofern die Gleichungen (36) in Frage kommen, seinen Grund darin,
daß die Zinsen jeweils nur für 1 Jahr in Ansatz gebracht werden.

Würde man hingegen von der Gleichung

$$K = \frac{100a}{100+p} + \frac{100a}{100+2p} + \dots + \frac{100a}{100+np} \quad (42)$$

ausgehen, so erhielte man für a einen kleineren Wert als nach der Formel (41)
bzw. (39), weil

$$\frac{1}{1 + m \frac{p}{100}} > \left(1 + \frac{p}{100}\right)^m$$

oder

$$\frac{100}{100 + mp} > r^{-m}.$$

Der Gleichung (42) würden folgende Größenbeziehungen entsprechen:

$$k_1 + \frac{pk_1}{100} = k_2 + \frac{2pk_2}{100} = k_3 + \frac{3pk_3}{100} = \text{usw.},$$

woraus folgen würde:

$$k_2 = \frac{100+p}{100+2p} k_1, \quad k_3 = \frac{100+p}{100+3p} k_1 \text{ usw.}$$

Während also die erste Lösung die Größen k_m mit steigendem m immer
größer werden ließ, bilden diese Größen bei der zweiten Lösung eine abnehmende
Reihe. Und an Zinsen wird hier jedes Jahr so viel entrichtet, als auf den Kapital-
teil kommt, der in diesem Jahre zurückgezahlt wird und zwar für die ganze Zeit,
die, seit das Darlehen aufgenommen wurde, bis zum Moment der betreffenden
Zahlung verstrichen ist, während dort jeweils die Jahreszinsen von dem am An-
fang des betreffenden Jahres noch nicht getilgt gewesenen Rest der Kapitalschuld
gezahlt werden.

Es handelt sich also um zwei verschiedene Tilgungspläne, und daher
kommt es, daß für die Unbekannte a sich zwei verschiedene Werte ergeben.

Denn rechnet man mit einfachem Zins, so hängt der Wert einer in einem bestimmten Zeitpunkt zahlbaren Summe, wenn dieser Wert auf einen anderen (früheren oder späteren) Zeitpunkt bezogen wird, mit davon ab, wie sich die betreffende Summe aus Kapital und Zinsen zusammensetzt. Darum bleibt auch obige Tilgungsaufgabe unbestimmt, so lange über die Zusammensetzung der betreffenden Abzahlungen aus Kapital und Zinsen oder anders über den Tilgungsplan keine näheren Angaben gemacht werden.

Ähnlich verhält es sich z. B. in folgendem Fall: A hat von B 8400 M. auf 2 Jahre zu 5% geliehen bekommen. Am Ende des 1. Jahres zahlt A an B 420 M. Es fragt sich: wie viel hat A am Ende des 2. Jahres zu bezahlen, um ganz schuldenfrei zu sein?

Betrachtet man die gezahlten 420 M. als Zinsen, so lautet die Antwort: 8820 M. Wenn man aber die Zahlung von 420 M. als eine Rückzahlung von 400 M. Kapital mit 20 M. Zinsen ansieht, so findet man, daß am Schluß des 2. Jahres (bei einfachem Zins!) zu zahlen ist: die restierende Kapitalschuld von 8000 M. mit 10% Zinsen, also im ganzen 8800 M., d. h. um 20 M. weniger als im ersten Fall.

Also auch hier hätte man es mit zwei verschiedenen Lösungen zu tun. Dieses Ergebnis würde jedoch nicht in dem Sinne auszulegen sein, daß das Prinzip des einfachen Zinses Widersprüche involviert, sondern es würde nur besagen, daß das Prinzip des einfachen Zinses eine Auseinanderhaltung von Kapital und Zinsen sowohl bei der Lösung einer Aufgabe als bei ihrer Formulierung erfordert.

So sieht man, daß diejenigen Autoren, welche im Anschluß an Leibniz versucht haben, den Gebrauch des einfachen Zinses mit mathematischen Gründen zu bekämpfen, in einem grundsätzlichen Irrtum begriffen waren. Die Voraussetzungen und Konsequenzen des Prinzips des einfachen Zinses lassen sich sehr wohl rechnungsmäßig erfassen. Es muß nämlich die Möglichkeit gegeben sein, bei jeder zu verrechnenden Summe Kapital und Zinsen auseinanderzuhalten. Die Beträge, welche als Kapital, und diejenigen, welche als Zinsen auftreten, sind dann bei der Rechnung verschieden zu behandeln, und es darf insbesondere vermöge der Fiktion eines Rollenwechsels zwischen Gläubiger und Schuldner der Charakter einer Summe als Zinsen nicht verwischt werden. Verfährt man konsequent nach diesen Grundsätzen, so gelangt man immer zu eindeutigen Lösungen und vermeidet jene inneren Widersprüche, die der herrschenden Meinung als unüberwindlich erscheinen.

Die Anwendbarkeit eines Rechnungsprinzips ist noch keine Empfehlung für die Benutzung desselben in der Praxis. Wird die Frage gestellt, ob mit einfachem oder mit zusammengesetztem Zins gerechnet werden soll, so kann die Entscheidung dieser Frage offenbar nur davon abhängig gemacht werden, welches von beiden Rechnungsprinzipien den realen Verhältnissen, um die es sich hierbei handelt, entspricht.

Kommt für die Rechnung in einer konkreten Aufgabe irgend ein n -jähriger Zeitraum in Betracht, so würde es nur in dem Fall geboten erscheinen mit einfachem Zins zu rechnen, wenn die zur Bezahlung gelangenden Zinsbeträge nicht eher ihrerseits verzinslich angelegt werden könnten als bis jeweils die betreffenden n Jahre abgelaufen wären. Wo im Gegenteil in Bezug auf die Umwandlung von Zinsen in zinstragendes Kapital weder rechtliche noch faktische Einschränkungen bestehen, so daß solch eine Umwandlung während der betreffenden n Jahre stattfinden kann, da empfiehlt es sich naturgemäß den zusammengesetzten Zins den Berechnungen zugrunde zu legen, und zwar sowohl bei Aufzinsung wie bei Diskontierung („Abzinsung“) der in Betracht kommenden Geldsummen.

Wie verhält es sich damit in der Wirklichkeit? Wo die Grundsätze eines bankmäßigen Betriebs in Geltung sind, also z. B. auch bei der Lebensversicherung, wird niemals vor einer verzinslichen Anlegung von Summen, die dem Gläubiger oder dem Schuldner zufließen, aus dem Grunde Halt gemacht, weil diese Summen ihrer Provenienz nach möglicherweise als Zinsen charakterisiert werden müssen. Es ist unerfindlich, warum man die Zinsen sollte brach liegen lassen. Es fehlt jegliches Motiv für eine derartige Geschäftspraxis.

Darum muß auch die Theorie der betreffenden Kreditoperationen stets den zusammengesetzten Zins in Ansatz bringen und demgemäß die Diskontierung nach derjenigen Formel ausführen, die Leibniz für die einzig richtige hielt. Ihre Begründung findet aber die Anwendung dieser Formel nicht sowohl in dem Zwang mathematischer Beweisführung als vielmehr in gewissen wirtschaftlichen Voraussetzungen.

Die nämlichen Voraussetzungen rechtfertigen den Anatocismus. Ist doch dem Gläubiger, der die ausbedungenen Zinsen nicht rechtzeitig erhält, gerade deshalb ein Recht auf Entschädigung in Gestalt von Zinseszinsen einzuräumen, weil er sonst die Zinsen hätte kapitalisieren können.

Der Zusammenhang zwischen diesem Recht des Gläubigers und jener Diskontierungsformel ist so handgreiflich, daß man fast geneigt wäre, die bona fides von Leibniz, der ihn so entschieden in Abrede stellte, in Zweifel zu ziehen, wenn darüber nicht auch bei den Neueren, wie vorhin gezeigt worden ist, eine gewisse Unklarheit zu bestehen schiene.

Auch speziell in Lehrbüchern der Lebensversicherungsrechnung vermißt man meistens einen ausdrücklichen Hinweis darauf, daß die Berechtigung zur Anwendung des zusammengesetzten Zinses sich einfach auf die Geschäftspraxis des Versicherers gründet, welcher für alle in seinen Besitz gelangenden Summen ohne Ausscheidung derjenigen, die ihm als Zinsen zufließen, eine verzinsliche Anlage sucht und findet¹⁾.

Nun giebt es aber Versicherungspläne, bei denen der Versicherer gar nicht in die Lage kommt, die Zinsen, die die eingezahlten Versicherungsprämien abwerfen, verzinslich anzulegen, weil er mit diesen Zinsen die Auszahlungen, zu denen er auf Grund der abgeschlossenen Versicherungsverträge verpflichtet ist, bestreitet. Als ein Versicherungsplan dieser Art erscheint z. B. die Versicherung einer sofort beginnenden Leibrente. Und doch bedient man sich in diesen und ähnlichen Fällen der üblichen Diskontierungsmethode. Daß dies zulässig ist, geht aus folgender Betrachtung hervor.

Es seien a_0, a_1, a_2 usw. die Prämiensummen, welche von einer Gruppe von Versicherten am Anfang des 1., 2., 3. usw. Versicherungsjahres eingezahlt werden und b_1, b_2, b_3 usw. die Summen, welche an diese Gruppe bzw. anläßlich der in dieser Gruppe sich ereignenden Todesfälle am Ende des 1., 2., 3. usw. Versicherungsjahres von dem Versicherer ausgezahlt werden. Bezeichnet man noch mit R_1, R_2, R_3 usw. die Summen, die am Ende des 1., 2., 3. usw. Versicherungsjahres unter Berücksichtigung der genannten Ein- und Auszahlungen und der Verzinsung sich beim Versicherer ansammeln, so findet man:

$$\left. \begin{aligned} a_0 r - b_1 &= R_1 \\ (R_1 + a_1) r - b_2 &= R_2 \\ \cdot &\cdot \cdot \cdot \cdot \cdot \\ \cdot &\cdot \cdot \cdot \cdot \cdot \\ (R_{m-1} + a_{m-1}) r - b_m &= R_m \end{aligned} \right\} \quad (43)$$

1) Solch ein Hinweis findet sich z. B. bei René Poussin, *Traité élémentaire des assurances sur la vie*, Paris 1906, S. 156–157. Der Umstand, daß die Möglichkeit einer verzinslichen Anlage nicht bei jeder (beliebig kleinen) Geldsumme gegeben ist, sondern erst bei einem gewissen Minimalbetrag anfängt (vergl. darüber M. Cantor, *Politische Arithmetik*, S. 36–39 und A. L. Crelle, *Ueber den Unterschied zwischen theoretischen und praktischen Zinsrechnungen*, in seinem *Journal*, Bd. XLIX (1855), S. 349–366), kommt hierbei selbstverständlich gar nicht in Betracht. Denn der Einfluß dieses Umstandes ist angesichts des Umfanges der Operationen einer Versicherungsanstalt verschwindend klein. Ganz ohne praktische Bedeutung ist auch die vielfach ventilirte Frage, ob man bei Jahresbruchtheilen mit zusammengesetztem oder mit einfachem Zins rechnen soll. Vergl. Poterlin du Motel, *Théorie des assurances sur la vie*, Paris 1899, S. 84. Was aber die prinzipielle Berechtigung zur Anwendung der Zinseszinsrechnung auf Lebensversicherungsoperationen anlangt, so ist mir nur ein einziger Autor bekannt, der diese Berechtigung in Zweifel gezogen hat. Das ist Vilfredo Pareto, *Cours d'économie politique*. Lausanne 1896, I, S. 340–343. Vergl. meine Bemerkungen darüber in *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung usw.* 22. Jahrgang (1898), S. 100–101.

Nach dem Vorstehenden sind die Formeln (46) und (47) auch dann anwendbar, wenn nach Maßgabe der Bedingungen des betreffenden Versicherungsplanes keine Zinseszinsen zustande kommen¹⁾. Würde man in solchen Fällen die Ein- und Auszahlungen nach dem Prinzip des einfachen Zinses diskontieren, so käme man zu demselben Resultat, d. h. zu denselben Werten von R_m (also zu denselben Prämien und Prämienreserven) wie bei Anwendung der üblichen (Leibnizschen) Diskontierungsmethode, aber die Rechnung würde sich komplizierter gestalten.

Man hätte als den diskontierten Wert jeder Einzahlung a_k nach Formel (26)

$$\frac{100 - kp}{100} a_k, \quad (48)$$

weil die Summen a_k keine Zinsen enthalten.

Jede Auszahlung b_k enthält an Zinsen

$$\frac{p}{100} (R_{k-1} + a_{k-1})$$

und an Kapital

$$b_k - \frac{p}{100} (R_{k-1} + a_{k-1}).$$

Nach Formel (25) ist also der Jetztwert von b_k durch

$$b_k - \frac{kp}{100} \left\{ b_k - \frac{p}{100} (R_{k-1} + a_{k-1}) \right\} \quad (49)$$

dargestellt.

Der Jetztwert aller m Einzahlungen, vermindert um den Jetztwert aller m Auszahlungen, läßt sich daher so ausdrücken:

$$\sum_0^{m-1} \frac{100 - kp}{100} a_k - \sum_1^m b_k + \sum_1^m \frac{kp}{100} \left\{ b_k - \frac{p}{100} (R_{k-1} + a_{k-1}) \right\}. \quad (50)$$

Diese Formel muß in

$$\frac{100 - mp}{100} R_m \quad (51)$$

übergehen, weil ja R_m im gegebenen Fall nur aus Kapital besteht und daher in Formel (26) $K = R_m$ und $Z = 0$ zu setzen ist.

1) Der Sachverhalt ist also demjenigen durchaus analog, welcher oben bei der Tilgung einer Schuld durch gleichbleibende Abzahlungen festgestellt worden ist.

Um zu beweisen, daß die Ausdrücke (50) und (51) einander gleich sind ersetze man zunächst in (50)

$$b_k - \frac{p}{100} (R_{k-1} + a_{k-1})$$

auf Grund von (43) durch

$$a_{k-1} + R_{k-1} - R_k,$$

wobei zu beachten ist, daß $R_0 = 0$. Man erhält dann für den Ausdruck (50)

$$\sum_0^{m-1} a_k - \sum_1^m b_k + \frac{p}{100} \sum_1^m k(a_{k-1} - a_k) + \frac{mp}{100} a_m + \frac{p}{100} \sum_1^m k(R_{k-1} - R_k)$$

oder

$$\sum_0^{m-1} a_k - \sum_1^m b_k + \frac{p}{100} \sum_1^{m-1} a_k + \frac{p}{100} \sum_1^{m-1} R_k - \frac{mp}{100} R_m. \quad (52)$$

Andererseits findet man aus (43) durch Summierung

$$r \sum_0^{m-1} a_k + r \sum_1^{m-1} R_k - \sum_1^m b_k = \sum_1^{m-1} R_k + R_m$$

oder

$$\sum_0^{m-1} a_k - \sum_1^m b_k + \frac{p}{100} \sum_1^{m-1} a_k + \frac{p}{100} \sum_1^{m-1} R_k = R_m. \quad (53)$$

Der Ausdruck (50) geht also in der Tat auf Grund der Formeln (52) und (53) in (51) über.

Das trifft zu unabhängig davon, ob die Ungleichung (44) erfüllt ist oder nicht. Aber wenn sie nicht erfüllt ist, dann läßt sich nicht mehr behaupten, daß Formel (50) den nach dem Prinzip des einfachen Zinses berechneten Jetztwert des Überschusses der Einzahlungen über die Auszahlungen liefert. Die beiden Diskontierungsformeln (19) und (25) führen somit zu identischen Ergebnissen nur unter der Bedingung, daß dem Charakter des betreffenden Versicherungsplanes zufolge keine Veranlassung besteht, die Zinsen, welche die eingezahlten Prämien abwerfen, zu kapitalisieren. Was also zur Anwendung der Diskontierungsformel (19) in allen Fällen berechtigt, ist nicht die Tatsache, daß eine Kapitalisierung solcher Zinsen immer stattfindet, sondern der Umstand, daß sie niemals unterbleibt, wenn sich ein Überschuß der Jahreszinsen über die jährlichen Auszahlungen herausstellt. Und der Vorteil, den die ausnahmslose Anwendbarkeit und Anwendung der Diskontierungsformel (19) bietet, besteht mit darin, daß man sich bei der Berechnung der Prämien und Prämienreserven die Frage gar nicht zu

stellen braucht, ob und zu welchem Teil die Auszahlungen des Versicherers jeweils durch die Zinsen der angesammelten Fonds oder durch die früheren oder laufenden Einzahlungen der Versicherten gedeckt werden.

Aber wenn diese Frage für die Berechnung der Prämien und Prämienreserven nicht in Betracht kommt, so ist sie an sich nicht irrelevant. Sie spielt eine Rolle insbesondere bei der Untersuchung des Einflusses, den etwaige Abweichungen des wirklichen Zinsfußes von dem rechnungsmäßigen Zinsfuß auf die finanzielle Lage einer Lebensversicherungsanstalt ausüben.

Da sind namentlich die beiden folgenden Fälle auseinander zu halten: entweder reichen die laufenden Prämienzahlungen samt den Zinsen, die die Prämienreserve abwirft, hin, um die fälligen Auszahlungen zu decken und ergeben darüber hinaus einen Überschuß, oder sie bleiben hinter den Auszahlungen zurück.

Um diese beiden Fälle mathematisch genauer zu charakterisieren, ist die übliche Auffassungsweise, die auch dem Schema (43) zugrunde liegt und unter anderem darin besteht, daß eine am Anfang eines Versicherungsjahres eingezahlte Prämiensumme (a_k) jeweils ein Jahr lang Zinsen trägt, ehe sie zur Deckung der Verpflichtungen des Versicherers mit herangezogen wird, dahin zu modifizieren, daß diese Summe zur Deckung der Auszahlungen (b_k), die auf das Ende des Vorjahres fallen, verwendet werden kann¹⁾. Dementsprechend bilde man die Ausdrücke

$$\left. \begin{aligned} a_0 r + a_1 - b_1 &= R'_1 \\ R'_1 r + a_2 - b_2 &= R'_2 \\ \cdot &\cdot \cdot \cdot \cdot \cdot \cdot \\ R'_{m-2} r + a_{m-1} - b_{m-1} &= R'_{m-1} \\ R'_{m-1} r + a_m - b_m &= R'_m \end{aligned} \right\} \quad (54)$$

Man hat

$$R'_k = R_k + a_k. \quad (55)$$

Dem ersten der in Frage stehenden Fälle wird dann die Ungleichung

$$a_m + \frac{p}{100} R'_{m-1} > b_m \quad (56)$$

oder

$$R'_m > R'_{m-1},$$

dem zweiten Fall die Ungleichung

$$a_m + \frac{p}{100} R'_{m-1} < b_m \quad (57)$$

oder

$$R'_m < R'_{m-1}$$

entsprechen.

¹⁾ Durch diese Modifikation dürfte eine bessere Annäherung an die Praxis erreicht werden.

Solange die Beziehung (56) statthat, sucht der Versicherer die sich bei ihm durch Neueinzahlungen von Prämien und durch Verzinsung der Prämienreserve ansammelnden Summen, sofern sie von den Auszahlungen nicht absorbiert werden, zu einem möglichst hohen Zinsfuß anzulegen. Ein Sinken des Zinsfußes bedeutet in diesem Fall für den Versicherer einen Nachteil.

Ist aber die Ungleichung (57) erfüllt, so ist der Versicherer nur daran interessiert, daß die von ihm früher ausgeliehenen Summen sich zu dem ausbezahlenden Satz weiter verzinsen, oder anders, daß keine Rückzahlung bzw. Konversion dieser geschuldeten Summen erfolgt. Ein Sinken des wirklichen Zinsfußes wird hier dem Versicherer sogar von Vorteil sein können, sofern dadurch die Werte, in denen die betreffenden Kapitalien angelegt sind, in die Höhe getrieben werden und der Versicherer, um seinen Verpflichtungen gegenüber den Versicherten nachzukommen, diese Werte zu realisieren veranlaßt sein wird.

Ein näheres Eingehen auf diese Verhältnisse, die, nebenbei bemerkt, in den Lehrbüchern der Lebensversicherungsrechnung meist gar nicht berührt werden¹⁾, würde in dieser Studie nicht am Platze sein. Es sei nur gestattet, für einen bestimmten Versicherungsplan, nämlich die lebenslängliche Kapitalversicherung auf Todesfall mit lebenslänglicher Prämienzahlung, zu zeigen, wie sich die Länge des Zeitraums bestimmt, nach dessen Ablauf der Versicherer für die Prämien, die ihm neu zufließen, und die Zinsen, die die Prämienreserve abwirft, keine verzinsliche Anlage mehr zu suchen hat, sondern dazu übergeht, die Prämienreserve selbst zur Deckung seiner Verpflichtungen anzugreifen.

Unter R'_m ist dann die am Schluß des m^{ten} Versicherungsjahres vorhandene Gruppenprämienreserve, vermehrt um die Prämien, die am Anfang des $(m+1)^{\text{ten}}$ Jahres gezahlt werden, zu verstehen.

Bezeichnet man in der üblichen Weise die Zahl der Überlebenden des Alters x mit l_x , die Prämie mit P_x und die (Individual-)Prämienreserve nach m Jahren mit V_{x+m} , so hat man:

$$R'_m = l_{x+m} V_{x+m} + l_{x+m} P_x$$

und die Ungleichung (57) nimmt folgende Gestalt an:

1) Einige Andeutungen finden sich bei R. Poussin, a. a. O., S. 145–146 und 421. Bei der Erörterung des Einflusses, den ein Zurückgehen des Zinsfußes auf die finanzielle Lage einer Versicherungsanstalt ausübt, verläßt Poussin den Standpunkt der isolierten Betrachtung einer Gruppe von Versicherten, die gleichzeitig in die Versicherung eingetreten sind, und wirft verschiedene Gruppen zusammen. Ich dagegen nehme im Text auf das Ineinandergreifen der verschiedenen Gruppen keine Rücksicht und sehr daher von dem Nachschub von Versicherten, als einem Umstand, den sich der Versicherer zunutze machen kann, um dem Einfluß eines gesunkenen Zinsfußes entgegenzuwirken, gänzlich ab. Poussin weist auch darauf hin, daß die Frage von der Bedeutung, welche eine Änderung des wirklichen Zinsfußes für eine Versicherungsanstalt hat, mit der Frage der Bewertung ihrer Aktiva aufs engste zusammenhängt.

$$l_{x+m} P_x + \frac{P}{100} (l_{x+m-1} V_{x+m-1} + l_{x+m-1} P_x) < l_{x+m-1} - l_{x+m}. \quad (58)$$

Dabei wird angenommen, daß die Versicherungssumme gleich 1 ist. Führt man die Sterbenswahrscheinlichkeit

$$q_{x+m-1} = \frac{l_{x+m-1} - l_{x+m}}{l_{x+m-1}}$$

ein, so geht (58) in

$$(1 - q_{x+m-1}) P_x + \frac{P}{100} (V_{x+m-1} + P_x) < q_{x+m-1} \quad (59)$$

über, woraus

$$q_{x+m-1} > \frac{P_x r + \frac{P}{100} V_{x+m-1}}{1 + P_x} \quad (60)$$

folgt.

Hat also die Sterbenswahrscheinlichkeit eine Höhe erreicht, bei welcher die Ungleichung (60) erfüllt ist, so wird am Schluß des gegebenen Versicherungsjahres keine Anlage mehr für neue Kapitalien gesucht, sondern es wird die Prämienreserve der betreffenden Gruppe von Versicherten für die Deckung der fälligen Sterbefallzahlungen mit herangezogen.

Ein Zahlenbeispiel möge dies illustrieren. Bei $x = 35$, d. h. wenn die Versicherten beim Abschluß der Versicherung 35 Jahre alt sind, erhält man unter Zugrundelegung der Sterblichkeitstafel der 23 deutschen Versicherungsgesellschaften für beide Geschlechter (M u. W I) und eines Zinsfußes von $3\frac{1}{2}\%$, $m = 28$. Das heißt: am Ende des 28. Versicherungsjahres würde es zum erstenmal seit Beginn der Versicherung nötig werden, die Prämienreserve anzugreifen, um die Versicherungssummen auszuzahlen.

Der Wert 28 für m ergibt sich aus der Ungleichung (60). Man hat $q_{67} = 0,04042$ und findet

$$\frac{P_{35} r + \frac{P}{100} V_{35+27}}{1 + P_{35}} = \frac{0,022628 \cdot 1,035 + 0,035 \cdot 0,458013}{1 + 0,022628} = 0,03857.$$

Zu Beginn des 28. Versicherungsjahres wird sich die Gruppenprämienreserve $l_{67} V_{35+27}$ angesammelt haben. Es tritt an Prämienzahlungen die Summe $l_{67} P_{35}$ hinzu. Die am Ende des 28. Versicherungsjahres fälligen Zinsen belaufen sich auf

$$\frac{P}{100} l_{67} (V_{35+27} + P_{35}) = 0,035 \cdot 51878 (0,458013 + 0,022628) = 873.$$

In demselben Zeitpunkt werden Prämien im Gesamtbetrage von

$$l_{63} P_{35} = 49781 \cdot 0,022628 = 1126$$

eingezahlt. Der Summe

$$873 + 1126 = 1999$$

wird als Gesamtwert der Versicherungssummen, die anlässlich der im 28. Versicherungsjahre stattgefundenen Sterbefälle auszuzahlen sind¹⁾, die Summe

$$l_{62} - l_{63} = 2097$$

gegenüberstehen. Es ergibt sich also in der Tat für das Ende des 28. Versicherungsjahres ein Restbetrag von 98, der durch die Zinsen und die neu hinzutretenden Prämien nicht gedeckt werden könnte, so daß von diesem Zeitpunkt an zur Auszahlung der fälligen Versicherungssummen die Prämienreserve würde erhalten müssen.

1) Es wird wie gewöhnlich angenommen, daß die Auszahlungen am Ende des betreffenden Versicherungsjahres erfolgen.

IV.

Die Einkommensteuer
in der englischen Finanz-Politik und -Literatur
bis zu William Pitts Tode.

Von

Prof. Dr. Alfred Manes (Berlin).

Einleitung.

1. Bedeutung des Themas ¹⁾.

Die aus dem Inland bezogenen Einnahmen des britischen Reiches in dem Finanzjahr 1905/06 belaufen sich auf 109 502 575 £ oder, um die Summe in deutschem Gelde auszudrücken, auf annähernd 2,20 Milliarden M. Nicht weniger als 31 350 000 £, also über 627 Millionen M. oder etwa $\frac{1}{3}$ dieser Einnahmen, gewann die Staatskasse Großbritanniens aus der als Income Tax bezeichneten Steuergruppe ²⁾.

Diese Tatsache allein würde schon das Studium der englischen Einkommenbesteuerung rechtfertigen.

Allein auch eine Menge historischer Gründe geben Anlaß, die Income Tax näher zu betrachten. Sie verschaffte dem englischen Staate die materielle Grundlage, aus den Kriegen mit dem revolutionären Frankreich und mit Napoleon ebenso als Sieger hervorzugehen, wie die enorme Last des Krimkrieges und des Burenkrieges zu ertragen. Wie sie für Pitt das Instrument war, seine auswärtige Politik glänzend durchzuführen, so war sie für Peel das Mittel, mit dem er seine Handelspolitik durchsetzen konnte, welche Englands Vorherrschaft für Jahrzehnte

1) Einer Anregung des Herrn Geh. Regierungsrats Professor Dr. Gustav Cohn in Göttingen folgte ich, als ich vor 5 Jahren den Entschluß faßte, eine Untersuchung über den bisher noch nicht ermittelten Ursprung der Einkommensteuer William Pitts anzustellen. Die Aufgabe, deren Lösung an der Hand der englischen Quellen bräusichtigt war, schien eng begrenzt und verhältnismäßig einfach. Aber je tiefer ich eindrang in die Geschichte des englischen Finanzwesens und der Finanzschriften, desto mehr wuchs die Erkenntnis, daß ich hier ein Gebiet betreten hatte, das bisher fast gänzlich unberührt geblieben war, und das bei liebevoller Behandlung, freilich unter erheblichen Schwierigkeiten, reiche Ausbeute für die Finanzwissenschaft versprach. Aus dem auf einige Wochen berechneten Studium der englischen Quellen wurden viele Monate eifriger, wiederholter Forschung in den Londoner Bibliotheken und Archiven, in denen sich mir eine große Anzahl unbekannter Schriften und unveröffentlichter Manuskripte erschlossen. Der Ursprung des modernen Steuergedankens ließ sich nicht feststellen ohne Zurückgehen einerseits auf die älteste Steuer-geschichte, andererseits auf die Geschichte der englischen Finanzliteratur: ein bisher noch in keiner Sprache ausreichend behandeltes Thema. — Die an dieser Stelle zum Abdruck gelangte Darstellung bildet lediglich ein einleitendes Kapitel meines in Vorbereitung begriffenen umfangreichen Werkes über die Einkommensteuer in den wichtigsten Staaten.

2) Finance Accounts of the United Kingdom of Great Britain and Ireland for the financial year ended 31st March 1906. London 1906. S. 8.

bewirkte. Ein Disraeli und ein Gladstone waren mit vielen Tausenden ihrer Landsleute energische Gegner dieser Steuer und haben ihren Fortbestand dennoch unter der Wucht der Verhältnisse mit beredten Worten während ihrer Ministerien fordern müssen. Dreimal bereits, 1852, 1861 und 1906 haben auch gründliche Enketen die Income Tax zum Gegenstand gehabt.

Abgesehen von diesen historischen Tatsachen kommen weitere in Frage, welche unserem Thema eine gewisse Aktualität verschaffen. Fast alljährlich bildet nämlich die Income Tax die Veranlassung zu langen Debatten im Parlamente, und die Reform der Steuer, die schon so häufig gefordert worden ist, scheint nun endlich wenigstens hinsichtlich einiger Punkte zu erfolgen¹⁾.

2. Kritik der bisherigen Literatur und Plan der Darstellung.

Wirft man einen Blick auf die bisherige Behandlung der englischen Einkommenbesteuerung in der Literatur, so fehlt nicht nur eine die Income Tax erörternde wissenschaftliche Monographie in englischer, sondern auch in deutscher und in französischer Sprache. Nur ein umfangreiches russisches Werk ist ihr gewidmet, dem jedoch zufolge der Sprache, in der es abgefaßt ist, eine große Bedeutung nicht beigelegt werden kann.

Was die englische Literatur anbetrifft, so kommt hier zunächst das Werk von Sinclair²⁾ in Betracht, dem Finanzhistoriker der Zeit Pitts. Sinclair war Pitts Gegner, insbesondere auch des Steuerpolitikers Pitt, und so kann es nicht Wunder nehmen, daß er in seinem dreibändigen Werk wiederholt auf die Pittsche Income Tax zu sprechen kommt.

Von englischen Werken des 19. Jahrhunderts sind nur anzuführen: Northcote³⁾, der die parlamentarische Geschichte der Einkommenbesteuerung in seinem, den Zeitraum 1840—1860 behandelnden Buch, in lebhaften Farben schildert, und das Buch des jetzigen Generalpostmeisters Buxton⁴⁾, der eine übersichtliche Darstellung der englischen Finanzentwicklung und somit auch der Einkommenbesteuerung in England bis zum Jahre 1885 bietet.

Dowell⁵⁾, der Autor des jetzigen Hauptwerks, gibt eine lose Aneinanderreihung von Daten, einen oft nur dürftigen Auszug aus einer Anzahl Gesetze

1) Die Ergebnisse der letzten Enquete lassen dies erkennen, wenn sie auch erst zum Teil gedruckt vorliegen, im Report from the Select Committee on Income Tax, London 1906.

2) The history of the public revenue of the British Empire, 3. Aufl., London 1803, 3 Bände.

3) Twenty years of financial policy. A summary of the chief financial measures passed between 1842 and 1861, London 1862.

4) Finance and politics; an historical study, 1783—1885, 2 Bde., London 1888.

5) History of taxes and taxation in England, 1. Aufl., 4 Bde., London 1884; 2. Aufl., 4 Bde., London 1888.

fast ohne jede Rücksicht auf die Literatur. Es ist das Werk eines Praktikers ohne theoretische Kenntnisse, wertvoll höchstens zur oberflächlichen Orientierung, aber mit großer Vorsicht zu benutzen, da die Quellen oft nur mangelhaft beachtet sind. Die Rücksicht auf die historischen Zeitereignisse tritt in ihm recht weit in den Hintergrund. Die Systematik ist sehr anfechtbar. Dowell zeigt auch kein Verständnis für das Werden, kein Verständnis für die Bedeutung der Einkommensteuer ¹⁾.

Wagner ²⁾ meint zwar, daß wir in der Literatur der Steuergeschichte „auch umfassende z. T. ausgezeichnete Arbeiten haben, wie z. B. . . . jetzt aus jüngster Zeit Dowells History“. Allein Wagner hat für die Darstellung der englischen Verhältnisse die Quellen nicht eingesehen. Sachgemäßer erscheinen die Kritiken, welche einige Engländer über Dowell fällen. So sagt z. B. Seligman ³⁾ von Dowell: The statements of Dowell are very incomplete and partly inexact. Und das Urteil Rogers ⁴⁾ lautet: in which work with great accuracy as to the special details before him, there are introduced some of the most amazingly incorrect statements as to social history in England which I have ever encountered.

Diesen letzten Urteilen wird man sich nur ganz anschließen können. Besonders zu tadeln an Dowell ist auch die souveräne Verachtung, welche er dem Ausland zollt.

Dagegen ist zu beachten: Cunningham ⁵⁾. Dieser gibt wiederholt finanzhistorische Schilderungen und benutzt eine große Anzahl finanz-historischer Schriften; aber der Umfang des Werkes erlaubt dem in Deutschland noch viel zu wenig beachteten Autor nicht, tiefer einzudringen in die Materie, der er vielleicht mehr als ein sonst lebender englischer Nationalökonom Aufmerksamkeit schenkt. Dankbar ist hier im Gegensatz zu vielen andern englischen Werken die Zuverlässigkeit literarischer Angaben zu begrüßen.

Der Einzige, der die englischen Pamphlete mit finanzwissenschaftlichem Inhalt einer gründlichen Durchsicht gewürdigt hat, ist Seligman ⁶⁾. Er hat den Grundstein zu einer englischen Finanzgeschichte gelegt. Eine vortreffliche, wenn auch nicht ganz vollständige Bibliographie findet sich bei ihm. Seligman ver-

1) Bezeichnend für Dowells geringe theoretischen Kenntnisse und sein mangelhaftes historisches Verständnis ist, daß er in seinem andern Werke, einem bereits in fünf Auflagen erschienenen Kommentar zum Income Tax Gesetz (London 1902, 5. Aufl.), wo er auch die Geschichte der Vermögens- und Einkommensteuern gibt, die Personalsteuern mit sechs Zeilen abtut.

2) Finanzwissenschaft, Bd. III, S. 15.

3) *Progressive taxation in theory and practice*. Newyork 1894, S. 31 Note 1.

4) *The industrial and commercial history of England*. London 1892, S. 424.

5) *The growth of English industry and commerce in modern times*. London 1892. S. 61 ff., 210 ff., 390 ff., 545 ff.

6) *The shifting and incidence of taxation*, 1899, 2. Aufl.

eint aufs glücklichste deutschen Forscherfleiß und Sinn für das Historische mit amerikanischem Weitblick ¹⁾).

Was bietet nun die deutsche Literatur?

Es kommt hier nur ein Werk in Betracht: das Buch von Vocke ²⁾. Vocke ist weit erhaben über alle Engländer, insbesondere über Dowell, indem er stets den Zusammenhang der Steuern mit den politischen Verhältnissen betont. Aber oft finden sich doch mehr geistreiche Glossen, als erschöpfende Darstellungen des positiven Materials. Als ein großer Mangel ist das Fehlen der Quellenangaben anzusehen; dazu kommt, daß Vockes Werk nur bis zum Jahre 1866 reicht.

Es ist eigentlich erstaunlich, daß man, als die Einkommensteuer von aktuellstem Interesse für Deutschland, insbesondere auch Preußen war, trotz zahlreicher gelehrter Arbeiten keine Untersuchung über den eigentlichen Ursprung der Einkommensteuer angestellt hat ³⁾. Wer sich später noch eingehender mit der Einkommensteuer abgab, ging entweder nur nebenbei und gänzlich unzureichend auf die Zeit vor Smith ein [Meyer ⁴⁾] oder aber ließ die englische Literatur überhaupt fast aus dem Spiele [Neumann ⁵⁾].

Wie wenig häufig die Pittsche Income Tax Beachtung fand, zeigt insbesondere das Werk Steins ⁶⁾. Stein spricht nur von der Income Tax, die die Quellen besteuert, gedenkt aber der Pitts gar nicht besonders.

Am bekanntesten ist heute Adolf Wagners Darstellung. Allein sie beschränkt sich im wesentlichen auf einen Auszug aus Dowell. Und selbst eines Adolf Wagners finanzwissenschaftlichen Genie kann keine ausreichende Darstellung eines Gegenstandes geben, wenn das Werk eines Dowell die Grundlage derselben bildet.

Weit mehr Beachtung verdient das erwähnte russische Werk von Ozeroff ⁷⁾. Allein auch die Darstellung Ozeroffs ist für die erste Epoche der Einkommen-

1) Vergl. über die Literatur auch die folgenden Kapitel. Eine kurze Darstellung der Income Tax, welche Beachtung verdient, ist von Bower in Palgraves Dictionary. Neuere und neueste englische Autoren beschäftigen sich zu sehr mit der „pure theory of taxation“, als daß sie für praktische Steuerfragen oder auch nur für Steuergeschichte Zeit übrig hätten. Gegen diese pure theory, welche oft nichts anderes ist, als mathematische Spielerei, vgl. Seligman, *Progressive taxation* S. 149.

2) Geschichte der Steuern des britischen Reichs. Leipzig 1866. Eine Neuauflage und Fortführung dieses verdienstlichen Werks, welche schon Adolf Wagner empfiehlt, ist um so wünschenswerter, als auch Dowell nur bis 1885 geht und schon lange vergriffen ist.

3) Vergl. insbes. Helds erwähntes Werk.

4) Die Prinzipien der gerechten Besteuerung in der neueren Finanzwissenschaft, 1884.

5) *Progressive Einkommensteuer*, 1874.

6) *Finanzwissenschaft*, Bd. III, S. 418.

7) *Die Income Tax in England. Die ökonomischen und sozialen Bedingungen ihres Bestehens.* Moskau 1898. (In russischer Sprache.)

besteuerung bis 1816, wie für ihren literarischen Ursprung, unzureichend, so beachtenswert sie für die Zeit seit 1842 sein mag.

Simkhowitsch¹⁾ hat eine treffliche Kritik Ozeroffs gegeben, welcher fast in allen Punkten beizustimmen ist.

Ozeroff versucht zu zeigen, „wie eine jede einzelne englische Steuer auf den „egoistischen“ Einfluß dieser oder jener Interessentenklasse zurückzuführen ist und von diesem Standpunkte aus (dem des Klassenkampfes) analysiert der Verfasser die scheinbar geringsten technischen Details . . .“ „Der Standpunkt, den er einnimmt, ist der genetische und nicht der systematische. Und das wäre vollständig berechtigt, wenn das Werk nichts weiter sein wollte als eine Geschichte. Da dies aber nicht der Fall ist, läßt bei jeder systematischen Erwägung, bei jeder Frage nach Recht und Billigkeit die Klassenkampftheorie gänzlich im Stich.“

Was die französische Literatur anbelangt, so sind zwar eine ganze Reihe guter Bücher über die Besteuerung des Einkommens vorhanden, doch wird in allen diesen Werken die englische Income Tax, insbesondere was den historischen Teil betrifft, nur mehr oder minder unvollständig, meist in der Art behandelt, daß die Autoren sich auf eine systematische Übersicht des bestehenden Gesetzes beschränken. Fast alle verfolgen dabei den Zweck, die Income Tax nicht um ihrer selbst willen zu studieren, sondern um die Frage nach ihrer Einfuhrbarkeit für Frankreich — oft in bejahendem Sinn — zu lösen.

Die bisher betrachtete Literatur ergab nur wenig Ausbeute. Fragt man aber nun gar nach einer Geschichte der Finanzliteratur, soweit sie für das hier behandelte Thema von Bedeutung ist, so ist die Ausbeute noch weit geringer.

Adolf Wagner sagt bereits:

„Eine eigentliche umfassende Literaturgeschichte der Finanzwissenschaft fehlt. Man ist auf die allgemeine Literaturgeschichte der politischen Ökonomie, welche freilich die Finanzliteratur oft nur sehr nebenbei, mitunter gar nicht berührt, und auf die kurzen Abrisse und Bibliographien der systematischen Werke der Finanzwissenschaft angewiesen.“

Als einer der Gründe für die bisherige Vernachlässigung dieses Gebiets darf wohl die übergroße Masse von statistischem und legislativem Material, das noch der wissenschaftlichen Verarbeitung harret, „diese durch seine Überfülle erschwert, unverarbeitet aber nicht immer genügend brauchbar für Schlussfolgerungen ist“²⁾, angesehen werden.

—

1) In den Conradschen Jahrbüchern 1899, 3. Folge, Bd. XVII, S. 554 f.

2) Es mag bemerkt werden, daß die in russischer Sprache erschienenen, hier erwähnten Werke erst auf dem Umwege privater Übersetzung ins französische benutzt wurden.

3) Wagner I, S. 45.



Was Northcote für die Zeit von 1840—60 sagt, gilt für die ganze Geschichte der Einkommensteuer.

The fortunes of the income tax, its origin, the change, which has taken place in its character, and the work, which has been done by its aid, give a kind of dramatic unity to this period, which would alone be sufficient to make the study of it interesting.

England gilt heute wie vor vielen Dezennten zahlreichen deutschen Nationalökonomien als das klassische Musterland für Deutschland. Ist es auch das Vorbild für die Finanzen? Ist auch sein Steuersystem für uns vorbildlich? Man wird diese Frage ohne weiteres verneinen können. Die englische Income Tax gilt seit Vocke als ein Ertragssteuersystem, und neuestens meint Fuisting, schon das Alter der Steuer bedinge ihre Minderwertigkeit, bringe es mit sich, daß sie den modernen Anforderungen nicht entspreche. Diese Auffassung ist in England nur sehr vereinzelt vertreten. Weder bei Männern der Wissenschaft noch der Praxis pflegt man diese Ansicht anzutreffen. Man ist in England vielmehr durchweg von der Vorzüglichkeit der Income Tax durchdrungen, und wenn sie auch in weiten Kreisen nicht sehr beliebt ist, so denkt man ebensowenig an ihre Beseitigung, wie — von wenigen Ausnahmen abgesehen — an erhebliche Reformen derselben. Man ist zufrieden, wenn der jährlich vom Parlament genehmigte Prozentsatz ein normaler ist, zahlt aber auch mehr oder minder willig den übennormalen, wenn ein dem Land gewinnbringendes kostspieliges Unternehmen durchzuführen ist. Das finanzielle Ergebnis ist ein glänzendes. Das muß auch derjenige zugeben, der die Income Tax als unmodern ansieht.

Diese Betrachtung fordert einen Vergleich mit Englands Recht heraus. Auch hier sind alte Gesetze, deren Zeitgemäßheit nur von wenigen deutschen Theoretikern anerkannt wird. Und doch findet man allgemeine Zufriedenheit mit dem Recht in England, trotz der Mißstände, die man nicht verkennt.

Der konservative Charakterzug des Engländers kann das Verständnis solcher Erscheinung erleichtern, aber nicht völlig erklären. Das kann nur der Mangel eines umfangreichen Studiums der Verhältnisse des Auslands und das Fehlen eines energischen und reformkundigen Staatsmannes vom Schlag eines Pitt, Peel oder Gladstone. Die gute Finanzlage auch unter den weniger guten Gesetzen und die dadurch hervorgerufene Verbesserungsmüdigkeit: das sind Momente, welchen eine große Bedeutung beizumessen ist.

Wenn als die beste Steuer für ein Land diejenige erscheint, welche sich darstellt als ein Produkt aus Geschichte, Volkscharakter und Steuerertrag, dann ist Englands Steuer so gut für England, wie sie schlecht wäre für Deutschland oder einen andern Staat. —

Die Probleme, welche hier zu lösen sind, sind vorzugsweise wirtschaftshistorische. Der Zusammenhang der einzelnen Steuern, über deren Verhältnis zueinander noch keine Klarheit herrscht, ist festzustellen, die Wirkung der Theorie auf die Praxis zu untersuchen, und die Beeinflussung Englands durch andere Länder aufzudecken.

3. Zur Begriffsbestimmung.

„Wir müssen mit der Bemerkung beginnen, daß wir in der Steuerlehre der klaren Begriffsbestimmung der Einkommensteuer überhaupt noch entbehren.“ Diese Worte Steins dürften auch heute volle Geltung haben. Denn der Begriff der Einkommensteuer ist durchaus kein einheitlicher. Die verschiedensten Steuersysteme werden gleichmäßig als Einkommensteuer bezeichnet, so verschieden sie in ihren Grundsätzen wie in ihren Einzelheiten beschaffen sein mögen. Dazu kommt, daß Theorie und Praxis nicht immer mit ihren Benennungen übereinstimmen. So nennt diese oft Vermögenssteuer, was jene als Einkommensteuer bezeichnet, und umgekehrt.

Die Ursachen für diese Unklarheiten in der Begriffsbestimmung der Einkommensteuer liegen auf der Hand. Sie ergeben sich schon aus dem schwankenden und vieldeutigen Gebrauch des Wortes „Einkommen“. Für England insbesondere kommt aber die prinzipienlose Verschiedenheit in der Bezeichnung nahe verwandter Gesetze in der Praxis hinzu. Es gibt englische Gesetze, die sich nicht als Einkommensteuergesetze bezeichnen, es aber ihrem Wesen nach sind, während andere sich Einkommensteuergesetze nennen, die viel weniger deren Charakter besitzen.

Gneist, und im Anschluß an ihn Wagner, sprechen von englischen Einkommensteuern bei den Steuergesetzen des frühesten Mittelalters, durch die das wirkliche Einkommen nie allgemein getroffen wird, wo also spezielle Einkommensteuern vorhanden sind. Demgegenüber reden sie, wie andere, auch dann von Einkommensteuergesetzen, wenn diese nur mehr oder minder indirekt das Einkommen treffen.

Hauptsächlich scheinen die Unklarheiten auf der nicht genügenden Auseinanderhaltung des rohen und des reinen Einkommens zu beruhen.

Allein auf den Begriff des Einkommens einzugehen, mit dem sich so gelehrte Abhandlungen, wie die von Neumann, Meyer, insbesondere auch Schanz abgemüht haben, ohne aber wirklich einen Erfolg aufweisen zu können, kann um so weniger die Aufgabe dieser Arbeit sein, als nicht über die Einkommensteuer im allgemeinen, insbesondere auch nicht über die deutsche Einkommen-

besteuerung, sondern lediglich über die Englands berichtet werden soll. Was aber die englischen Steuergesetze als Einkommen bezeichnen und treffen, das ergibt sich nur aus der eingehenden historischen Betrachtung derselben.

Eine Gefahr, welche bei historischen Rückblicken, die sich über viele Jahrhunderte erstrecken, unvermeidlich ist, wenn man systematisieren will, wird hier nicht unterschätzt. Entweder man faßt die Begriffe sehr scharf und kann sie dann natürlich auf Erscheinungen einer viel früheren Wirtschaftsperiode nicht anwenden, so daß man etwa das Vorhandensein von Einkommensteuern in früheren Jahrhunderten überhaupt verneinen müßte, falls man nur die heutige Einkommensteuer allein als solche ansieht, oder man faßt die Begriffe zu weit und ist dann leicht geneigt, alles, was irgendwie einer neueren Erscheinung ähnelt, als eine solche anzusehen.

Dazu kommt, daß im Grunde genommen, wie schon wiederholt, u. a. von Parieu und Held betont wurde, schließlich jede Steuer eine Einkommensteuer ist, deren Name daher sehr unglücklich gewählt wurde, und daß, was man damit bezeichnen will, besser Gesamteinkommensteuer genannt würde.

Es wurde schon erwähnt, daß die Bezeichnungsweise der englischen Einkommensteuergesetze prinzipienlos eine ebenso wechselnde wie unzutreffende gewesen ist, indem man die Gesetze bald als *income tax*, bald als *property tax*, bald als *property and income tax* bezeichnete. Parieu bemerkt zu dem Namen *property tax* mit Recht, daß er *paraît résider plutôt dans une négligence que dans une équivoque de la langue anglaise*. Noch schärfer wird diese Bezeichnung in der *Edinburgh Review* (1853) als *misnomer* gegeißelt¹⁾.

Wie aber immer die englischen Gesetze die Einkommensteuer Englands nennen mögen, so entspricht die englische Einkommensteuer dennoch, abgesehen von derjenigen Pitts, welche sich nur als eine Episode von ganz kurzer Dauer darstellt, die hier aber allein näher betrachtet werden soll, durchaus nicht den modernen deutschen Vorstellungen einer Einkommensteuer. Die heutige englische *Income Tax* ist vielmehr zu charakterisieren als eine indirekte Art der Besteuerung des Einkommens durch ein Ertragssteuersystem, wenn auch bei einzelnen Gruppen der Charakter der Steuer als eine Einkommensteuer in deutschem Sinne mehr oder minder zum Durchbruch gelangt; sie ist ein System von 5 Steuern, von denen keine weder reine Ertrags-, noch reine Einkommensteuer

1) Es wäre vielleicht richtiger gewesen, um es zu vermeiden, falsche Vorstellungen zu erwecken, statt von einer Einkommenbesteuerung in England von der *Income Tax* zu reden. Allein auch dies hätte seine Mißlichkeiten gehabt, und es ist nach den kurzen Andeutungen, welche wir bereits über den Charakter der englischen Einkommenbesteuerung hier gemacht haben, wohl nicht mehr anzunehmen, daß die gewählte Bezeichnung zu Irrtümern Anlaß gibt.

ist¹⁾. Treffend charakterisiert Seligman²⁾ die herrschende englische Steuer als eine combination of taxes on the separate ingredients of income³⁾.

Die vorliegende Abhandlung hat sich aber nunmehr ausschließlich mit der Besteuerung zu befassen, die vor Pitts Income Tax vorhanden war, und mit der Pittschen Steuer selbst.

1) Was die Steuerpraxis als Reineinkommen bezeichnet, — Einkommen unter Abzug der Lebensversicherungsprämie, gewisser Schuldzinsen etc. — muß einen besonderen Namen erhalten, Beachtenswert ist der Vorschlag, es „steuerbares Einkommen“ zu nennen.

2) The shifting and incidence of taxation. New-York 1899, S. 307.

3) Zur Terminologie der Income Tax sei schließlich noch folgendes bemerkt: Die Income Tax wird in den Accounts unter Inland-Revenue, und zwar unter Taxes zusammen mit der Steuer auf bewohnte Häuser und der Landsteuer gebucht, während die Erbschaftssteuer unter Stamps figurirt. Die Bezeichnung Inland-Revenue steht im Gegensatz zu Customs. Die die Steuer regelnden Gesetze heißen jetzt: Customs and Inland-Revenue Acts.

I. Vor Pitts Income Tax.

A. Steuergeschichte.

1. Allgemeines.

Die historische Betrachtung der englischen Einkommenbesteuerung soll nicht Selbstzweck sein. Finanzwissenschaft ist mehr als Geschichte. Die geschichtliche Darstellung soll hier das Mittel sein, zu zeigen, wie die Grundgedanken der Einkommensteuern Pitts und Peels schon vor Jahrhunderten, ja fast vor einem Jahrtausend in den Steuergesetzen des britischen Reiches enthalten waren; zwar nicht alle in demselben Gesetz und nicht alle in der Ausbildung, wie sie erst eine veränderte Wirtschaftsordnung ermöglicht hat; aber doch im allgemeinen sowohl, wie auch in vielen Einzelheiten in solcher Reinheit, daß man manchmal geneigt ist, recht gering zu denken von den Fortschritten, welche die Steuergesetzgebung in ihren Grundzügen — nicht die Steuertechnik und -Verwaltung — im Laufe vieler Jahrhunderte genommen hat.

Wer eine Geschichte der Einkommenbesteuerung überhaupt, nicht der eines einzelnen modernen Landes schreiben wollte, müßte auch das Altertum betrachten, und er könnte allerlei interessante Parallelen ziehen zwischen den Steuergesetzen der griechischen Stadtstaaten oder denen der Römer und modernen Steuereinrichtungen.

In einer Abhandlung über die Geschichte der Einkommenbesteuerung Englands ist für diese antiquarischen Erörterungen so wenig Platz, wie für die Steuern des ersten Jahrtausends nach Christi Geburt, teilweise schon deshalb nicht, weil es am sichtbaren Zusammenhang zwischen den Steuern der vorchristlichen Zeit und Englands Steuerentwicklung fehlt, teils auch, weil unsere Kenntnis von diesem Entwicklungsgang zu ungenügend ist.

Wie die englischen Steuergesetzgeber Ende des achtzehnten Jahrhunderts beinahe völlig im Unklaren darüber waren, was für Steuern ihre Vorfahren gehabt hatten, wie Schriften über Steuerwesen, die nur einige Dezennien alt waren, einfach völlig verloren gingen, so hat man erst recht die Steuern des Altertums fast gänzlich ignoriert. Wo in Finanzschriften vereinzelt die Rede auf sie kommt,

zeigt sich durchweg eine so lückenreiche, mangelhafte Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse, daß schon deshalb die Erwähnung der antiken Steuern ohne praktischen Wert bleiben muß. —

Zwei Momente müssen ergründet werden, um ein Bild vom Entwicklungsgang der Einkommensteuer, ihrem Ursprung und ihrem Werden aus diesen Wurzeln, zu geben:

1. Aufkommen der Besteuerung des Subjekts statt des Objekts,
 - a) mit Rücksicht auf Pitts Steuer: das Zusammenfassen aller Einkommensteuerarten in eine Steuer,
 - b) mit Rücksicht auf die heutige Peelsche Steuer: die Zerlegung in Schedules innerhalb des einen Gesetzes.
 2. Der Ursprung der Theorie und ihre Ausgestaltung.
- Dabei ist zu verfolgen:
1. Wie aus der Besteuerung der einen und ursprünglich einzigen Steuerquelle, des Bodenertrags, durch Zutritt von mehr und mehr Steuerquellen eine verzweigte Besteuerung der verschiedenen Ertragsarten wird;
 2. wie das in der Kopfsteuer beginnende, in der Klassensteuer ausgebildete Bestreben, die Person in den Mittelpunkt der Besteuerung zu stellen, sich dahin verfeinert, daß
 3. beide Prinzipien zusammentreffen in dem Bestreben:
 - a) die Person als solche zu erfassen, und zwar
 - b) mit der Gesamtheit ihrer einzelnen Einkommensteile, ihrem Gesamteinkommen.

Gerade Englands Steuergeschichte ist von mehr als lokalem Interesse, gibt vielleicht das genaueste, typische Bild des Werdegangs der Steuerentwicklung — welche in England früher als in Deutschland und Frankreich erfolgte — und ihrer Abhängigkeit von der Rechtsverfassung, wie überhaupt gerade im Steuerwesen aufs deutlichste eine Abhängigkeit der Wirtschaft von dem Rechtszustand zu konstatieren ist. Wie so viele andere Erscheinungen des Wirtschaftslebens in ihrer Reinheit gerade in der insularen Abgeschlossenheit des englischen Volkes sich entwickelt haben, so ist auch das stufenweise Werden der modernen Besteuerung, der Einkommenbesteuerung, hier besonders klar und deutlich zu verfolgen¹⁾. Freilich ohne Rückschlag verläuft diese Entwicklung

1) Die Bedeutung der Steuergeschichte nach einer anderen Seite hin wird von Kautz richtig gewürdigt, indem er sagt, daß sie „keine zusammenhanglose Menge und zufälliges Aggregat von Ansichten und Meinungen, sondern ein natürliches, gesetzmäßig fortschreitendes Erzeugnis und Ergebnis der allgemeinen Zeit- und Völkerentwicklung, des geistigen und gesellschaftlichen Fortschrittes ist“. Theorie und Geschichte der Nationalökonomie 1858 60.

Auch bei Lorenz v. Stein klingt ebenso wie bei Gustav Cohn und Adolf Wagner immer

nicht, und es sei schon an dieser Stelle vorausgeschickt, daß hier die Auffassung vertreten wird: der Höhepunkt der Entwicklung in der Einkommenbesteuerung fällt mit ihrer Einführung durch Pitt zusammen. Die Steuer in ihrer Form von 1803 bis 1815 und von 1817 bis heute ist — theoretisch betrachtet — ein gewaltiger Rückschritt, ein Rückfall in mittelalterliche Subsidienbewilligung, in Ertragsbesteuerung, so glänzend sich auch das praktische Ergebnis vom fiskalischen Standpunkte aus gestalten mag.

Die geschichtliche Betrachtung der englischen Steuern ist um so notwendiger, als unsere bisherige Auffassung ihrer Entwicklung in manchen Stücken einer Revision bedarf. In erster Linie muß man den Beginn einer wirklichen Einkommensteuer viel früher ansetzen, als es gewöhnlich geschieht, nämlich bereits in die Kreuzzugszeit verlegen.

Vor 1166 hatte England nur Grundsteuern, die entweder als allgemeine und wirkliche Steuern erscheinen, oder als spezielle steuerähnliche Lehen- und Domanialabgaben.

Das Geldbedürfnis der kreuzzugshustigen Päpste bringt von Italien her den Gedanken der Besteuerung auch anderer Vermögensstücke als des Grundbesitzes, auch anderer Erträge, anderer Einkommenseile, als der aus dem Ackerbau, ins Land. Und in dem Augenblick, in welchem die Erkenntnis durchdringt, daß ein steuerbares Vermögen, steuerbare Erträge vorhanden sind, welche von der Besteuerung bisher noch nicht getroffen waren, da sie sich nicht als Grundbesitz, nicht als Grundertrag darstellten, erstelt die Subjektbesteuerung — nicht als ein Produkt weiser Gedankenarbeit, sondern unbeeinflußt durch gelehrte Erörterungen, einfach als die natürliche Folge, aus dem Bestreben, alle Erträge, welche ein Individuum hat, zur Besteuerung heranzuziehen. Daß man dabei zwischen Vermögen, Ertrag und Einkommen keine scharfen Grenzen zog, daß man in einem und demselben Steuergesetz Auflagen anordnete, welche man heute einzeln als Vermögens-, Ertrags- und spezielle Einkommensteuern bezeichnet, ist sehr natürlich. Hierdurch darf man sich aber nicht abhalten lassen, in den Kreuzzugssteuern Einkommensteuern zu erkennen, wirkliche Einkommensteuern, wie sie in Pitts Gesetz enthalten waren, oder wie sie heute in Preußen herrschen, zu sehen, daß unsere moderne Einkommensteuer nichts anderes ist, als Rückkehr zur vernunftgemäßen, auch dem theoretisch ungebildeten Naturmenschen als die natürliche Steuer erscheinende Abgabeart.

wieder die Überzeugung durch, „daß eine befriedigende Steuertheorie nicht anders begründet werden kann, als im Zusammenhang mit den allgemeinen staats- und rechtsphilosophischen Anschauungen, daß die Frage nach dem Steuerprinzip an die Frage nach der Gerechtigkeit in der Besteuerung, diese Frage wieder an das Problem der Gerechtigkeit im Gesellschaftsleben überhaupt geknüpft werden muß.“ Cohn in *Conrads Jahrbüchern* 1880, Bd. XXXV, S. 211.

Die Vermengung von Vermögen-, Ertrag- und spezieller Einkommensteuer im gleichen Gesetz ist bekanntlich ein Charakteristikum der heutigen englischen Income Tax. Und wer den Kreuzzugssteuern und den ihnen verwandten nachfolgenden Subjektsteuern die Bezeichnung Einkommensteuer nimmt, müßte erst recht der heutigen Income Tax diesen Namen absprechen.

Die historische Betrachtung soll ein doppeltes zeigen: das Werden des modernen Steuergedankens fast ohne Beeinflussung durch eine Theorie oder durch eine streng wissenschaftliche Literatur, lediglich im Drang der Finanzbedürfnisse, meist der Finanznöte, und das Auftauchen wie die Durchführung einer Besteuerung nach der Steuerfähigkeit, in progressiven Sätzen, mit Selbsteinschätzung, unter Beachtung von Existenzminimum und anderer so gern als modern gerühmter Maßregeln; und zwar soll einerseits das Werden der Pittschen Steuer schrittweise verfolgt werden, andererseits das des Schedulesystems Addingtons.

Es sei hierbei alles übergangen, was für die Entwicklung der Einkommensteuer ohne Belang ist. Es soll vielmehr auf die Momente besonderes Gewicht gelegt werden, aus welchen sich etwas für das eigentliche Thema ergibt.

Die Beschreibung dieser Entwicklung ist deshalb eine äußerst schwierige, weil die verschiedenen Zweige der Objekt- und Subjektsteuern kein regelmäßiges Wachsen aufweisen und sich häufig so sehr vermengen, daß es kaum möglich ist zu sagen, welcher einzelnen Gruppe gerade die betreffende Steuer angehört. Dasselbe gilt für die Mobilien- und Immobiliensteuern.

Will man hier eine strenge Systematik durchführen, so muß die Erkenntnis des historischen Werdens unbedingt darunter leiden, weil es dann nicht möglich ist zu zeigen, wie gerade die Subjektbesteuerung immer wieder mitten in die Objektsteuern hineingerät, unvermittelt und plötzlich, bis schließlich eine Vereinigung der Objekt- und Subjektsteuern erfolgt, woraus Pitts Income Tax hervorgeht, um bald mittelalterlichen, mit einem modernen Mantel aufgeputzten Formen wieder zu weichen — ein Sinnbild englischen Wirtschaftslebens, analog dem des Rechtslebens und dem des Staatslebens: alte, veraltete Formen mit einem recht durchsichtigen neuen Anstrich.

Es ist noch ein Wort über die Methode vor auszuschicken. Eine strenge Systematik ist deshalb mit Absicht vermieden worden, weil jede Systematik, die unsere heutigen festen Begriffe auf Erscheinungen einer weit abliegenden Vorzeit anwenden will, diesen Erscheinungen Gewalt antun muß.

Wie schon erwähnt, ist es eine gerade der englischen Steuerentwicklung charakteristische Eigentümlichkeit, den Subjekt- und Einkommensteuergedanken

in Gesetzen zu beherbergen, welche nach strenger deutscher Systematik gar nicht oder nur ganz beschränkt, als Subjektsteuern zu bezeichnen sind¹⁾.

Mit dem Fortschreiten einzelner Steuergesetze gelangt oft der eine Steuerzweig in den anderen. Dies darzustellen ist nicht möglich, wenn nur systematisch geschildert wird. Gerade das Ineinandergreifen ist von Interesse. Wenn von streng systematischer Trennung der Objekt- und Subjektsteuern abgesehen werden muß, so gilt das Gleiche für die Durchführung der Scheidung in Mobilien- und Grundsteuern und für die Zerlegung der Steuern für Laien und Klerus. Hier soll nur die Ausbreitung des Einkommensteuergedankens aufgedeckt werden. Ob Geistliche oder Weltliche von der Steuer betroffen werden, erscheint nicht so bedeutend, um deshalb die historische Aufzählung zu verlassen und eine rein systematische Betrachtung an ihre Stelle zu setzen. Die vorliegende Abhandlung will kein Lehrbuch sein.

Die indirekten Abgaben befördern den Einkommensteuergedanken direkt zwar nicht. Immerhin haben sie, ebenso wie die Staatsschulden, einen mittelbaren Einfluß auf ihn ausgeübt, insofern man, als sich indirekte Steuern und Staatsschulden nicht mehr empfahlen, an die direkten Steuern mehr als früher dachte.

2. Landsteuern des Lehensstaates.

Die Steuern des Lehensstaates ruhen naturgemäß auf dem Land, und die erste Landsteuer, von welcher wir sichere Kunde haben, ist das Dänengeld²⁾. Dessen Entstehung als allgemeine Staatssteuer wird verschieden erzählt³⁾. Mag es eine Umlage, die von den Königen erhoben wurde, um die dänischen Seeräuber zu bekämpfen, oder ein Tribut gewesen sein, den man den Dänen entrichtete, fest steht jedenfalls die Art der Steuer. Sie war eine aus Lokalsteuern

1) Conrad, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2. Aufl., 3. Bd., S. 381 irrt wohl, wenn er die Einkommensteuer allein aus der Kopfsteuer hervorgehend erachtet. Zwei Zweige verbinden sich vielmehr: die Erfassung des Subjekts durch die Idee der Kopfsteuer und die Erfassung aller Ertragsarten durch die allgemeine Ertragssteuer. Auch bedarf der enge Zusammenhang mit dem Staatsschuldenwesen der Beachtung.

Vgl. Conrad gegenüber Cohn, Finanzwissenschaft, S. 452:

„Die früheren Stufen der Subjektsteuern sind bezeichnet durch die Unklarheit ihrer Stellung (Realsteuern), welcher schiefes und unentwickeltes Vorstellen von dem Wesen vieler Steuerarten und teils das wirkliche Bedürfnis eines unentwickelten Steuerwesens entspricht.“

„Aber jede Kopfsteuer treibt in einer fortschreitenden Gesellschaft zur Entfaltung.“ Cohn, an gleichen Ort.

2) „Perhaps the earliest general tax levied in money.“ Nicholsons, Principles of political economy 1901, Bd. III, S. 260.

3) Vergl. Madox The history and antiquities of the Exchequer. Vol. II. Dialogus, Lib. I, Cap. XI, 2. Aufl. 1769. Statutum est, ut de singulis hidis regni jure quodam perpetuo duo solidi argenti solverentur (S. 392). — Cunningham, History of taxes, 3. Aufl. 1778, S. 5. — Round: Danegeld and the finance of Domesday in den Domesday studies, herausgegeben von Dove 1898, Vol. I, S. 72 ff.

hervorgegangene Steuer auf das ganze kultivierte Land, nach dem Umfang des Landbesitzes erhoben, welcher seinem größten Teile nach in Hufen zerfiel. Die Hufe war mit 1—9 Schillingen belastet. Schon vor den normannischen Königen, 991, als allgemeine Steuer eingeführt, verschwindet diese erste Landsteuer als besonderer Posten nach 1163 aus den Schatzlisten, ist aber sicher noch länger erhoben und mit anderen Eingängen gebucht worden¹⁾. Der Ertrag schwankte zwischen 10 000 und 72 000 £.

Nicht so alt wie das Dänengeld und als eine Ergänzung desselben eingeführt zur Besteuerung des nicht in Hufen eingeteilten Landes, erscheint seit 1085 das Pfluggeld [*Carucage*?]. Auch diese Landsteuer wurde nach Umfang des Landbesitzes erhoben. Ein Pflugland war, wie die Hufe, ein Landmaß und entsprach der Hufe ungefähr, indem man als Einheit ein Stück Land nahm, welches mit acht Ochsen in einem Frühjahr umgepflügt werden konnte. Unter König Richard wurden 1194 2 sh. für jedes Pflugland erhoben; 1198 nach einer neuen, durch vereidigte, königliche Kommissare vorgenommenen Vermessung und Registrierung 5 sh.²⁾. Die letzte Erhebung scheint 1225 stattgefunden zu haben. Es ist Grund vorhanden zu vermuten, daß die Veranlagung und Erhebung schwierig und der Ertrag nur gering war. Lediglich der Ackerbau hatte die Steuern zu zahlen. Bewegliche Güter wurden von der Steuer nicht betroffen.

Beobachtet man schon im Rahmen der ersten Landsteuer, dem Dänengeld, daß kriegerische Ereignisse ihre Ursache waren, so tritt dieselbe Erscheinung bei dem seit 1159 erhobenen Schildgeld [*Skutagium*?] hervor. Die Kriegszüge nach dem Kontinent waren den englischen Feudalen recht unbequem, und sie erhielten die Erlaubnis, die Verpflichtung der Heeresfolge für 40 Tage abzulösen durch eine neue, wieder nach Ausdehnung des Landbesitzes erhobene Steuer. Als Einheit legte man ein Stück Land zugrunde, dessen Jahresertrag zum Unterhalt eines Ritters ausreichte, d. h. 20 £ Wert hatte. Die Raten waren verschieden hoch. Der Ertrag wird einmal auf 180 000 £ angegeben. Zum letztenmal wurde dieses Schildgeld anscheinend 1386 erhoben.

Das Schildgeld zeigt besonders deutlich die enge Verknüpfung der inneren, namentlich der Heerespolitik, mit der Finanzpolitik.

1) Möglich ist es auch, daß dieses Danegeld unter der Bezeichnung *hidagium* später verbucht wurde. Vgl. z. B. Patentrolle Heinrich III, S. 56 für 1217.

2) S. auch Freeman: *The history of the Norman conquest* 1876, Vol. V, S. 4. — Taylor: *The ploughland and the plough in Dove's Domesday Studies*, Vol. I, S. 143 ff.

3) *Chronica Rogeri de Hoveden*, Ausg. von Stubbs 1876, Vol. IV, S. 46/47. Neuestens (1901) Publikationen des Record Office: *Patent Rolls of the reign of Henry III*, Vol. I, 1216—1225.

4) *Historiae Angliae scriptores decem* 1562. — Gervasil *Chronica* S. 1381. Ferner Patentrollen Heinrich III, S. 125 etc.

1213 verweigerten die Feudalen seine Bezahlung, ein Umstand, der wesentlich zur Beschleunigung der Krisis der alten Lehensverfassung beitrug, und die Unterschreibung der Magna Charta¹⁾ durch den König jedenfalls nicht aufhielt.

„Kein Schildgeld oder Hilfgeld soll im Königreich erhoben werden, ohne durch den allgemeinen Landesrat gebilligt zu sein, ausgenommen zwecks Loskaufs des Königs, für die Beförderung eines erstgeborenen Sohnes zum Ritter und zur Ausstattung seiner ältesten Tochter.“ So hieß es in der Charta.

Aber schon 1217 wurde der Klausel beigefügt: „Das Schildgeld soll in Zukunft weiter erhoben werden, wie es in der Zeit König Heinrichs erhoben zu werden pflegte.“

Hierdurch wurde das Schildgeld aus einer Lehensabgabe zu einer verfassungsmäßig bewilligten Steuer und so bestand es tatsächlich über 100 Jahre weiter.

Die Zahler der vierten hier zu erwähnenden Abgabe, des Tallagiums²⁾, waren die königlichen Hintersassen, die Domänenbauern, die Städte, soweit sie auf Domänialboden errichtet worden waren, und die Juden. Wohl schon zur Zeit des Dänengeldes erhoben, nehmen diese Domänensteuern erst im letzten Drittel des 12. Jahrhunderts eine wichtige Stelle ein. Auch sie wurden, so wenig wie eine andere Steuer seinerzeit, dauernd erhoben, sondern nur, wenn der König für einen Kriegszug Geld bedurfte.

Dieses Tallagium hat sich aus einer reinen Grundsteuer schon früh zu einer allgemeinen Steuer entwickelt, die auch die bewegliche Habe einschloß³⁾.

Bevor man daher näher auf diese Steuer eingeht, muß man die Besteuerung der Mobilien in ihrem Beginn betrachten.

Es sei noch bemerkt, daß es neben diesen vier Steuern keine weiteren eigentlichen Steuern, sondern nur noch Dienstleistungen auf Grund des Lehnverhältnisses gab.

Mit dem Beginne der Kreuzzüge ändert sich jedoch die Steuerverfassung.

1) Siehe Gneist, Englische Verfassungsgeschichte 1882, § 17.

2) Patentrellie Heint. III. Die Erhebung für 1217, S. 170 f.

3) Gegenüber Adolf Wagner, Bd. IV, 3 S. 163 muß hier folgendes bemerkt werden:

Die Tallagen werden von Wagner nicht als eigentliche Steuern betrachtet, vielmehr als außerordentliche Abgaben steuerartigen Charakters, als besondere Leistung der Domänialbevölkerung (S. 164). Ohne den rechtlichen Charakter zu verkennen, glaube ich doch keinen Fehler zu begehen, wenn ich auch diese Abgabe gleich dem Schildgeld wie die anderen behandle. Bei dem ausgedehnten Domänialbesitz war diese Abgabe von entscheidender Wichtigkeit. Wenn Wagner S. 165 a. a. O. diese Steuern als „im Prinzip Quotensteuer vom beweglichen Vermögen“ bezeichnet, so ist dies unbedingt unrichtig, wie die Quellen zeigen. S. 169 nennt Wagner übrigens dieselben Steuern spezielle Grundsteuern.

3. Steuern in der Kreuzzugszeit.

Die Zeit der Kreuzzüge mit den päpstlichen Steuern, welche in zahlreichen europäischen Staaten auf Roms Bitte erhoben wurden, haben England die erste ausgebildete Mobiliarsteuer und Subjektsteuer gebracht¹⁾.

Diese Kreuzzugs-Mobiliarsteuer von 1166 erscheint so wichtig, daß ihr Wortlaut, wie ihn Gervasius²⁾ mitteilt, hier abgedruckt werden möge:

Statui ut unus quisque de terris meis, de omni mobili, quod habet, sive sit aurum sive argentum absque lapidibus, sive animalia, sive nummi, sive quicquid sit absque vestibis incisis, et de redditibus similiter, det hoc anno de unaquaque libra duos denarios; deinde quattuor sequentibus annis de singulis libris singulos denarios. Hoc quoque faciat de culturis et vineis, ita quod non computetur sumptus et constamentum earum. Hoc etiam de debitis, de quibus recipiendis certitudinem habent. Hoc faciant archiepiscopi, episcopi, abbates, qui regale habent, et clerici, comites, barones, vavasores, milites, cives, burgenses, rustici. Omnis homo domum habens et non valorem librae det unum denarium. Homo non habens valorem librae et tamen aliquod officium agens det unum denarium . . .

Hier tritt ganz deutlich die Besteuerung eines Subjekts hervor, und zwar nach dem Wert des Mobiliarvermögens, nach den Einnahmen aus Grund und Boden und nach sonstigen Einkünften, insbesondere nach Amtseinkommen. Dabei sind ausstehende Forderungen beachtet, ob sie aber etwa als Vermögen angesehen werden, ist zweifelhaft.

Das war eine Einkommensteuer so gut wie sie die damalige Zeit nur liefern konnte, wenn man bedenkt, daß ein Einkommenbegriff fehlte. Es sind hier die Anfänge eines Existenzminimums³⁾ ebenso wie die einer Graduation vorhanden.

Noch interessanter ist die 1188 erhobene Kreuzzugssteuer, deren Wortlaut ebenfalls auszugsweise mitgeteilt sei. Die in diesem Jahre erhobene Steuer ist der bekannte Saladin tenth. Er wurde als Zehntel vom beweglichen Vermögen erhoben⁴⁾. Nicholson hat die Bedeutung der Steuer nicht überschätzt, wenn er von ihr sagt, daß sie shows in many respects the rudiments of the modern income tax⁵⁾.

1) Ein rudimentärer Anfang von Mobiliarsteuern ist vielleicht in dem Herdgeld (Fumage) zu sehen. Vergl. Dowell, History, Vol. I, S. 90. Die Steuer wird von Freeman nicht erwähnt.

2) The historical works of Gervase of Canterbury. Ausgabe von Stubbs 1879, Vol. I, S. 198.

3) Nach Cohn, Finanzwissenschaft, S. 273, ist das Existenzminimum etwas Modernes. Das dürfte kaum zutreffen.

4) Rerum Britannicarum medii aevi scriptores chronica magistri Rogeri de Hoveden. Ausg. II, Stubbs, 1869, Vol. VII, S. 335.

5) Bd. III, S. 260. Auch Sinclair, Vol. I, S. 88.

Das Gesetz von 1188 schreibt vor:

Unus quisque decimum reddituum et mobilium suorum in elemosynam dabit hoc anno exceptis armis et suis et vestibus militum . . .

Die Einsammlung der Steuern geschah in den einzelnen Parochien. Hatte nach Ansicht des Klerus ein Steuerpflichtiger weniger als den befohlenen Teil angegeben, so griff ein Einschätzungsverfahren Platz. Si aliquis juxta conscientiam illorum minus dederit, quam debuerit, eligentur de parochia quattuor vel sex viri legitimi qui jurati dicant quantitatem illam quam ille debuisset dixisse.

Was ist dies anders als eine Mobiliarvermögenssteuer in Verbindung mit einer Einkommensteuer¹⁾?

Nach dem Muster dieses Saladinszehnt wurden Ende des 12. Jahrhunderts und zu Beginn des 13. Jahrhunderts eine ganze Reihe von Steuern erhoben, freilich nicht alle als staatliche, sondern größtenteils als kirchliche. Was den Saladinszehnt anbelangt, so bezeichnet Adolf Gottlob²⁾, welcher eine ebenso gründliche wie wenig beachtete Studie über die päpstliche Kreuzzugssteuer des 13. Jahrhunderts veröffentlicht hat, die Saladinssteuer als „eine trotz mannigfachen, kirchlichen Beigeschmacks staatliche Steuer.“

Den Zehnten des Jahres 1188 und die folgenden charakterisiert Gottlob treffend folgendermaßen:

„Der Saladinszehnt wurde von allen Einkünften und der beweglichen Habe erhoben; bei der Steuer des Jahres 1200, und so mit wenigen Ausnahmen auch bei den folgenden kirchlichen Besteuerungen, ist die Mobiliarsteuer fortgefallen und nur die Einkommensteuer geblieben. Die Selbsteinschätzung hat hier wie dort gegolten.“

Vocke³⁾ sieht den Saladinszehnt als einen „Zehnten, aber nicht vom Ertrage, sondern vom beweglichen Vermögen an.“ Diese Auffassung kann nicht richtig sein. Die Steuer war unbedingt entwickelter als ein gewöhnlicher Zehnte, denn sie erstreckte sich auch auf den Grundbesitz. Wenn Vocke aus dem hohen Ertrag schließt, „daß dieser Zehnte vom Vermögen selbst erhoben wurde, weil in viel späterer Zeit die Ertragssteuer viel geringere Summen einbrachte,“ so ist das kaum ein schlüssiger Beweis.

Die Begeisterung für die Kreuzzüge und die Erhebung durch kirchliche Beamte wird die Höhe des Ertragnisses zum großen Teil bewirkt haben.

1) Als Beleg, daß man tatsächlich die Einkommensteuer auf die Kreuzzugszeit zurückdatiert, mag hier eine Stelle aus dem Financial Reform Almanac der Financial Reform-Association von 1900, S. 127 angeführt werden:

The Income Tax in one form or another has long been a great source of revenue in this country. In reality it may be said to date back to the Saladin tenth of 1168.

2) Die päpstlichen Kreuzzugssteuern des 13. Jahrhunderts. Heiligenstadt 1892.

3) S. 484.

Daß diese Steuern wirkliche Einkommensteuern waren, dafür ist die theoretische Möglichkeit durchaus vorhanden. Eine Vermögenssteuer waren dieselben nur insoweit, als die Mobilien in Betracht kamen. Aber da glattweg alle Einkünfte zu versteuern waren, und das Individuum vollkommen in den Vordergrund bei der Besteuerung trat, kann man die Abgaben nicht als Ertragssteuern bezeichnen. Daß die Steuern freilich bei der recht naiven Erhebungsweise nicht wie Einkommensteuern mit entwickeltem Verfahren wirken konnten, ist selbstverständlich, wie überhaupt stets zwischen Gesetzeswortlaut und tatsächlichem Erfolge große Unterschiede bestehen. Treffend führt einmal Gustav Cohn aus: „Die großen Wahrheiten des Staatslebens sind einfach: ihre Verwirklichung ist schwer. Das neue Zeitalter, welches jetzt am Ende seines ersten Jahrhunderts steht, kann auch im Steuerwesen keine neuen Entdeckungen machen, deren Neuheit über das technische Detail hinausgeht. In den großen Grundgedanken und ihren Gegensätzen wiederholt sich immer wieder das längst Bekannte. Die Schwierigkeiten, auf welche die dem unbefangenen Sinne selbstverständliche Art der Besteuerung stößt, sind den ersten Anfängen einer finanzwirtschaftlichen Erkenntnis eben so deutlich geworden, wie der Gegenwart. Der Fortschritt liegt weit überwiegend auf dem praktischen Gebiete . . .“

Zweifelsohne haben die Kreuzzugssteuern der Päpste den Steuergedanken in England sehr gefördert. Wenn hier der Mobiliarbesitz auch noch nicht so ausgebildet gewesen sein mag, wie in Italien oder anderen europäischen Ländern, wo die Städteentwicklung schneller und umfangreicher erfolgt ist, als im britischen Inselreich, so mußte doch der Ertrag, den der Saladinsehzehnt brachte — er wird auf 130 000 £ angegeben — dem König eine gleiche oder ähnliche Besteuerungsart recht nahe legen. Wie erwähnt, fand der Saladinsehzehnt viele Nachfolger; und es wird auch berichtet, 1250 habe König Heinrich die Kreuznahme nur in Szene gesetzt, um Grund zu solchen Steuern zu haben. Er hat sich auch tatsächlich an dem damaligen Kreuzzuge nicht beteiligt, und die von ihm für den heiligen Zweck erhobenen Mittel wurden ihm teilweise abgenommen¹⁾.

4. Tallagium der späteren Zeit. Fünfzehnte.

Es wäre merkwürdig gewesen, hätten die Kreuzzugssteuern, deren Ertrag ja nicht für staatliche Zwecke bestimmt war, und deren Erhebung zufolge ihres Zweckes auch mehr oder minder in den Händen von kirchlichen Beamten lag, nicht zu anderen, für staatliche Zwecke bestimmten, von königlichen Beamten er-

1) Gottlob, s. S. 53 u. 56.

hohen Steuern Veranlassung gegeben, die von den Kreuzzugssteuern den Umfang und die Ausnutzung anderer Quellen als des Grundbesitzes adoptierten.

Das Problem, welches zu lösen war, betraf lediglich die Verwaltungsorganisation. Der Steuergedanke selbst war, für diese frühe Zeit kaum verbesserungsfähig, in voller Reinheit und bis zu seinen äußersten Konsequenzen in den Kreuzzugssteuern gegeben. Auch der gute Wille, die neuen Steuern zu zahlen, war vorhanden; denn die aufblühenden Städte waren gerne bereit, sich mehr Selbständigkeit zu verschaffen, als sie bisher gehabt hatten; — und das einzige Mittel hierzu war Steuerzahlung.

Zunächst bot das Tallagium ein geeignetes Mittel, auch das Mobiliarvermögen zu erfassen.

Schon oben wurde das Tallagium als eine Lehensabgabe auf den Grundbesitz erwähnt. Der König hatte das Recht mit dieser Lehensabgabe bis zu $\frac{1}{10}$ des Ertrages sich anzueignen. Mit dem allmählich an Bedeutung gewinnenden Mobiliarbesitz wurden auch die beweglichen Güter in diese Steuer eingeschlossen. Ein Patent von 1294 zeigt dies deutlich. Von großer Wichtigkeit war, daß hierbei die Steuerfähigkeit zur Berücksichtigung gelangte.

In dem genannten Patent Edw. I. heißt es:

De tallagio assidendo in civitatibus burgis et dominiis suis per Angliam. Et ideo vobis mandamus quod sine dilacione accedatis ad civitates, burgos et dominia praedicta ad dictum tallagium, secundum facultatem tenentium . . . assidendum . . . et quod divitibus nos deferatur nec pauperes nimis in hac parte graventur . . .

Die Veranlagung geschah durch eidliche Selbsteinschätzung. Besondere Beachtung verdient der Ausdruck *secundum facultatem*, dessen erstes Vorkommen man bisher viel später ansetzte.

Unter Heinrich III., besonders aber unter Eduard I., kam die päpstliche Idee zu voller Entfaltung, auch die Mobilien und andere Quellen zu besteuern; aber man brauchte 100 Jahre, bis das Steuerverfahren eine feste Form annahm.

Offenbar noch unter Einwirkung der alten Sondersteuern auf die Domanialbevölkerung wurde, nach anfänglicher gleicher Behandlung, ein für Stadt und Land verschiedenes Steuersystem eingeführt, das bald nur die Mobilien, bald das gesamte Vermögen ohne jede Ausnahme, abgesehen von bestimmten Befreiungen, belastete.

Ein aliquoter Teil des Wertes wurde als Steuerfuß von Fall zu Fall bestimmt. Jedesmal hatten die Stadt- und Domanialbauern einen höheren Satz

1) Nach Seligman, welcher das offizielle Werk *The local taxes of the United Kingdom published under the direction of the Poor Law Commissioner 1896* Sp. 8 zitiert, findet sich die Besteuerung „juxta facultatem“ zuerst in Stat. 43 Eliz. chap. 2 sec. 1. Dies ist, wie oben gezeigt, unzutreffend.

zu zahlen, als die gewöhnliche Landbevölkerung. Die Quoten wechselten von $\frac{1}{40}$ bis zu $\frac{1}{4}$. Da sie später aber in der Regel $\frac{1}{12}$ und $\frac{1}{10}$ betrugen, bezeichnet man diese Abgaben allgemein als Fünfzehnten und Zehnten¹⁾.

Durch Berufung regelmäßiger Vertreter der Städte in das Parlament verschaffte Eduard den neuen Steuern eine volkstümliche Grundlage und schuf sich gleichzeitig hiermit eine sicher fließende Einnahmequelle, da Klerus und Adel stets bereit waren, die neuen Steuern, welche den dritten Stand, die Städte, in erster Linie trafen, zu bewilligen.

Bei der Steuer von 1207 erhob man:

Per totam Angliam tertiam decimam partem ex omnibus mobilibus et rebus tam de laicis quam viris aliis, ecclesiasticis et praelatis²⁾.

Hier findet sich also noch gleiche Behandlung für Stadt und Land. Weiter heißt es:

Concessum est quod quilibet laicus homo totius Angliae de cujus-cumque feodo sit, qui habet in Anglia redditus et catalla, det nobis in auxilium de unaquoque mercata redditus sui annualis XII denarios; et de unaquoque mercata cujuslibet catalli mobilis . . . XII denarios et sic secundum plus et minus . . .³⁾.

Dowell charakterisiert diese Steuern gut, indem er sagt:

The grants sometimes included rent from land and sometimes were limited to particular descriptions of moveables; but generally speaking these taxes were levied outside the towns upon the cattle and crops of the landowners, and in towns upon the capital value of stock in trade and chattels.

Jedenfalls war kein einheitliches Schema vorhanden.

Vocke spricht hingegen sicherlich unrichtig von den $\frac{1}{15}$ und $\frac{1}{10}$ als von „Steuern des beweglichen Vermögens“.

Insbesondere zeigt sich dies bei der 1294 und 1297 dem Klerus auferlegten Steuer, welches nach Geheiß des Papstes die Hälfte, bzw. ein Drittel der Einkünfte dem Könige zu geben hatte⁴⁾. Es ist doch unmöglich, daß der

1) Zahlreiche Beispiele 1201, 1203, 1207, 1225, 1232, 1237, 1275, 1276, 1283, 1290, 1294, 1295, 1297 bei Mathäus Westmonast in seinen Flores historiarum, Ausgabe von Luard 1890, und in den Annales Monastici, Vol. II, desgl. von Luard 1865 herausgegeben. Neuestens: Patent Rolls Heinr. III (Publikation des Record Office). Ferner Parl. Rotuli.

2) Flores historiarum Mathäus Parisiensis II, S. 133. Ed. Luard, 1890.

3) Thomas Rymer, Foedera 1816, Vol. I, S. 96.

4) Medietatem omnium bonorum suorum tam temporalium quam spiritualium. Siehe die Quellenzitate bei Stubbs II, 137 N. 2.

Stubbs 151. Hier wurden nur die temporalia, nicht die spiritualia, die tithes and oblations erfaßt, aber jeder Kleriker konnte statt dessen $\frac{1}{3}$ des gesamten Einkommens versteuern.

Hoveden III, 222 führt z. B. an: Vocavit monuit et petivit ut quartam partem reddituum suorum ad perfecti regis liberationem conferrent.

Stubbs I, 648 bemerkt: It was a quarter of their revenues not a direct tax upon their land. Er sieht hier den Beginn des Principis personal property and income zu besteuern.



Klerus etwa $\frac{1}{2}$ oder $\frac{1}{3}$ seines ganzen Vermögens dem Könige auszuliefern hatte. Omnia bona wurden versteuert: Immobilien und Mobilien mit ihren Erträgen. Also hat Vocke unrecht, wenn er behauptet, die Mobiliarertragssteuer sei erst ganz spät entstanden; sie scheint vielmehr sehr früh vorhanden gewesen, später aber wieder aufgegeben worden zu sein, weil man sie nicht ergiebig genug zu gestalten vermochte.

Über den Gang der damaligen Steuererhebung ist man aufs genaueste unterrichtet. Jeder Teil des Hauses war peinlichst zu durchsuchen, jeder Ochse, jede Kuh, jedes Kalb, jedes Schaf, jeder Quarter Getreide, der Ladenvorrat jedes kleinen Gewerbetreibenden, jedes Schusters und Webers, ihr Hausgerät, ihr Bargeld, alles mußte unter Eid geschätzt und angegeben werden. Der Wert wurde in eine Liste eingetragen. Eine Abschrift dieser Liste erhielten die Kommissare. Diese zogen von Ort zu Ort und hielten eine Revision ab. Wo sich Unterschätzungen oder Unterschlagungen herausstellten, wurden dieselben streng geahndet¹⁾.

Ausgenommen von der Veranlagung war eine große Anzahl Gegenstände.

1. Auf dem Lande blieben frei:

Die Rüstungen, Reitpferde, Juwelen, Kleider der Ritter und ihrer Frauen, die Geräte von Gold, Silber und Erz.

2. In den Städten, Burgen und Marktplätzen:

Ein Anzug für jeden Mann und ein Kleid für seine Ehefrau, die Betten, ein Ring und eine Schnalle von Gold oder Silber, ein seidener Gürtel für den gewöhnlichen Gebrauch und ein gewöhnliches Trinkgerät.

3. In den Städten und auf dem Lande:

Die Güter jeder Person, welche unter dem Gesamtwert von 5 £ blieben.

Die bei den einzelnen Steuern befreiten Gegenstände waren nicht immer die nämlichen.

Im Zusammenhang hiermit erwähnenswert ist eine aus dem Jahre 1237 stammende Vorschrift, über die Freiheit des Existenzminimums, der eine ähnliche bereits 1232 vorausgegangen war: *Nullus autem pauper homo, vel mulier, aliquid ad hoc conferet nisi habeat in bonis plus quam quadraginta denarios*²⁾.

Als 1275 eine Steuer ohne solche Befreiung erhoben wurde, war das Volk mit dieser *inaudito more ad unguem taxata*³⁾ sehr unzufrieden; und 1276 wurden daher sogleich Vermögen bis 15 £ befreit. 1283 waren es solche bis zu 6 £ 8 d.

1) Parl. Rot. I, 239; II, 228, 243.

2) Rymer, *Foedera conventiones, litterae etc.*, 1816, Vol. I, S. 232.

3) *Annales Monastici* II, S. 386.

Adolf Wagner sagt von diesen Steuern, daß sie „wenn auch nicht nominell, so doch reell ein Einkommensteuersystem darstellen“¹⁾.

Das gilt freilich nur mit der Beschränkung auf eine große Anzahl der Fünfzehnten und Zehnten. Nicht alle waren so weitgehend. Manche, z. B. die der Jahre 1203 und 1225 fielen nur auf die Mobilien; aber schon die zum Loskauf von Richard Löwenherz 1193 eingesammelte Steuer war eine vollkommeneren Einkommensteuer gewesen.

Wenn man bedenkt, daß zu dem beweglichen Vermögen in damaliger Zeit das Vieh, das landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebskapital und alle Erträge gerechnet wurden, so zeigt schon dieser Umstand deutlich, daß eine Bezeichnung der Steuer lediglich als Vermögenssteuer viel zu eng wäre.

Der Begriff *personal estate* ist seit jeher ein juristischer, kein wirtschaftlicher gewesen. Es ist gänzlich falsch, diesen etwa mit dem Mobilienvermögen nach deutscher Terminologie identifizieren zu wollen, wie das allenthalben geschieht.

Denn unter *personal estate* versteht der Engländer:

1. Alle Mobilien in unserem deutschen Sinne, goods;
2. dazu chattels (*personal*), landwirtschaftliches Betriebskapital, Vieh, Erntevorräte, Futter, Mist. Diese Sachen sind nach deutscher Auffassung Pertinenzen eines Immobilienbesitzes, mithin Immobilien;
3. zählt der Engländer namentlich die chattels *real* zu dem *personal estate*, das sind alle Immobilien, insbesondere auch Häuser, die auf eine begrenzte Zeit, seien es 99 oder 999 Jahre vergeben sind (*leases*).

Die weiteren zum *personal estate* gehörigen Objekte können übergangen werden.

Eine Besteuerung des *personal estate* umfaßt also, wenn man statt der englischen die deutsche Terminologie verwendet, außer der Mobilien- eine höchst beträchtliche Immobiliensteuer. So gibt das Verstehen des englischen Rechts den Schlüssel, wie gerade in England so früh allgemeine Einkommensteuern sich entwickelten; so zeigt sich die große Bedeutung der Rechtszustände für das Wirtschaftsleben wieder einmal in klarem Lichte.

Es liegt hier eine eigentümliche Kombination von Vermögen-, Ertrags- und Einkommensteuer vor, wie sie auch bei der modernen *Income Tax* vorhanden ist.

Die beiden Formen der Mobilien- und Immobiliensteuern, die aliquote Ratenbesteuerung und das Tallagium, verschwinden mit den Jahren 1332–34.

Von diesem Termine an begegnet man einer neuen Steuerart, welche fast 300 Jahre in Kraft geblieben ist, — bis 1628 —, nämlich der in eine Repartitionssteuer verwandelten Quotitätssteuer der Fünfzehnten und Zehnten.

1) S. 169.

Da Übergriffe der Steuerbeamten bei der Erhebung vorgekommen waren, wurde, um dergleichen zu vermeiden, das feste Steuersoll, über das hinaus die Steuern nicht aufzuerlegen waren, normiert, und ein für allemal auf das Ergebnis einer neuen Veranlagung des Jahres 1332 fixiert, ohne daß man immer diese Summe, welche 38 oder 39 000 £ sein sollte, erzielte. War der Bedarf ein größerer, so wurden mehrere Fünfzehnte und Zehnte umgelegt, — bis zum achtfachen bei Gelegenheit des Untergangs der Armada; war der Bedarf ein geringerer, so begnügte man sich mit einem Teile, der Hälfte oder einem Viertel der Fünfzehnten und Zehnten.

Alle Versuche, diese Steuer von 1334 durch eine andere zu ersetzen, scheiterten. Das Verfahren erlitt nur insoweit eine Veränderung, als jetzt eine feste Summe für jede Gemeinde fixiert wurde, deren Umlegung innerhalb derselben vor sich ging. Die Tätigkeit der Assessoren wurde also von einer staatlichen zu einer lokalen.

5. Kopfsteuer und Einkommensteuer 1435—1450.

Der Einfluß der päpstlichen Steuer auf die englischen Staatssteuern zeigt sich in einer weiteren Steuergruppe: in den Kopfsteuern. Freilich waren diese nichts Neues, aber sie wurden doch durch jene erheblich gefördert.

Auch hier hat man wiederholt den Fehler gemacht, indem man sich auf die oberflächliche Darstellung von Dowell verließ, wichtige Erscheinungen zu überspringen, so insbesondere die Kopfsteuern, welche in den Städten erhoben wurden¹⁾. Von diesen weiß man freilich nur, daß sie 1196 in London zu einem Aufstande führten, den William Fitz-Osbert „ein alter Kreuzfahrer und offenbar ein heißblütiger Politiker“ hervorrief. Er stellte es als ein Unrecht hin, daß die Steuern in London nach den Köpfen erhoben wurden, und jeder Mann, ob arm oder reich, denselben Betrag zu leisten hatte. Es sei richtiger, daß jeder Mann im Verhältnis zu seinem Reichtum steuere²⁾.

Diese Gedanken wurden, wie erwähnt, Ende des 12. Jahrhunderts vertreten.

1) Es war üblich, den Betrag eines Tallagiuns vor einem Kreuzzug mit den Städten zu vereinbaren. Leisteten diese eine Pauschalsumme, so war es ihre Sache, sie umzulegen. Bei Verweigerung derselben wurden die Bürger bis zu $\frac{1}{10}$ besteuert.

Siehe Hoveden, IV, 5.

Vergl. Stubbs, I, 571, 657.

2) *Orta est dissensio inter cives Londonarum. Frequentius enim solit-propter regis captionem et alia accidentia imponebantur ei auxilia non modica, et divites prompis parentes nolebant ut pauperes solverent universa. Quod cum quidam legis peritus, vide licet Willelmus cum Barba, filius Osberti, videret, zelo justitie et acuitatis accensus, factus est pauperum advocatus; volens quod unusquisque, tam dives quam pauper, secundum mobilia et facultates suas daret ad universa civitatis negotia.* Stubbs, Bd. III, S. 5.

Das Auftauchen der Kopfsteuer legt es nahe, ihre Bedeutung für die Fortbildung des Einkommensteuergedankens zu betrachten.

Ein einwandfreies Urteil über ihre Rolle zu fällen, ist aber nicht leicht, denn eine doppelte Auffassung ihres Wesens ist möglich.

Die eine wird durch die Worte Gustav Colins verdeutlicht: „Die Verstümmelung des Prinzips der Leistungskraft zum Kopfsteuersystem, Proportionalsteuersystem, ist die richtige Erhaltung des Prinzips, getrübt durch die sittliche Unfertigkeit für die Gemeinschaftsidee des heutigen Staatslebens¹⁾.“

Daneben findet sich die Auffassung der Kopfsteuern als des direkten Gegensatzes zur Einkommensteuer, wobei darauf Gewicht gelegt wird, daß die Kopfsteuern völlig absehen von dem finanziellen Werte der Person²⁾.

Welcher Auffassung man auch beitrifft, man muß immerhin der Erscheinung einen großen Wert beilegen, daß die Person des Steuerpflichtigen in den Vordergrund gerückt wird.

Die Kopfsteuern bilden aber nur eines von zwei Elementen, die zusammen wirken müssen, um die Einkommensteuer zu schaffen. Die Kopfsteuer bringt die Person in den Vordergrund; hinzutreten muß die Vermögenssteuer, damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit entsprechende Beachtung findet.

Abgesehen von der rein lokalen Kopfsteuer, die auch in anderen Städten erhoben worden sein mag, trifft man eine staatliche Kopfsteuer zuerst im Jahre 1223 an, und zwar als eine Kreuzzugs- und Klassensteuer.

1223 wurde unter Heinrich III. eine Polltax erhoben, so daß die erste Polltax (Klassensteuer) früher als Dowell angibt, vorhanden war.

Hoc anno concessit rex Henricus de tota Anglia per consilium domini Stephani Contuariæ archiepiscopi et aliorum magnatum terræ, in subsidium Terræ Sanctæ adquirendæ, de quolibet comite III marcas, de quolibet barone I marcam, de quolibet milite XII denarios, de quolibet libere homine I denarium, de quolibet homine habente catallum ad valentiam dimidiæ maræ I denarium. Sed consessio ista parum aut nihil profuit quia cito postea contradictum est, et ad affectum minime perductum³⁾.

1) Le prototype de l'impôt sur le revenu général n'est pas une autre chose que la capitation qui est devenue la capitation graduelle qui a été transformée en impôt des classes. Say, *Solution*, I, 34.

2) Vocke (Grundzüge der Finanzwissenschaft, 1894, S. 348) meint: „Die Erkenntnis, daß die Steuer nach der Leistungsfähigkeit bemessen werden müsse, ist eigentlich so alt als die Steuer selbst und deren Nichtbeachtung bei Kopfsteuern, Standes-, Klassen- und dergleichen Steuern ist doch nur unberechtigte Verzerrung. Aber die Erkenntnis von dem besten Ausdruck der Leistungsfähigkeit ist nicht ebenso alt. Zuerst wurde derselbe im Vermögen gesucht, weil es noch an der Würdigung der persönlichen Tätigkeit der Arbeit fehlte. Mit dem Aufdämmern von deren Erkenntnis beginnt auch die Verschiebung des Steuermaßes vom Vermögen zum Einkommen, teils unmittelbar, teils durch die Zwischenstufe des Ertrages. Jenes findet sich nämlich in der Berücksichtigung des Einkommens bei Klassensteuer, dieses durch Besteuerung der Renten, des Gewerbe- und Arbeitsertrages neben Vermögenssteuer!“

3) *Annales Monastici*, Vol. II, *Annales monasterii de Walverleia*, S. 296, v. Luard, 1865.

Dann hört man mehr als anderthalb Jahrhunderte lang nichts mehr über Kopfsteuern.

Erst die Jahre 1378—1383 bringen eine neue Episode für diese.

1377 genehmigte das Parlament eine Steuer von 4 d a prendre des Biens de chescune persone de meisme le Roialme, si bien Masles comme Femmeles, outre l'age de XIV. ans. Exceptes tant seulement verrois Mendinantz sans fraude.

1379 wurde eine nach Klassen abgestufte Kopfsteuer erhoben. Vocke sagt von dieser Steuer mit Recht: „man umging die rücksichtslose Einförmigkeit der Kopfsteuer durch eine vielgliedrige Klassifizierung.“ Mit 10 £ beginnend, welche der Herzog von Lanchester zahlte, ging die Steuer herab bis auf 4 d, welche für jede, nicht in einer höheren Stufe untergebrachte Person zu zahlen war. Man hatte auf 50 000 £ Ertrag gerechnet. Das Ergebnis blieb aber unter der Hälfte des erwarteten Ertrages zurück. Es betrug nicht mehr als 22 000 £. Die Folge war, daß weitere Zehnte und Fünfzehnte verlangt und genehmigt wurden. Im folgenden Jahre, 1380, genehmigte das Parlament, da der König in einer so prekären Lage war, daß er nach Versetzung seiner Kronjuwelen 160 000 £ verlangen mußte, die feste Summe von 100 000 £, welche durch eine Kopfsteuer aufgebracht und zur Schuldentilgung verwendet werden sollte. Diese Kopfsteuer war die Ursache der Revolte von 1381. Wer über 15 Jahre alt war, mußte die Kopfsteuer entrichten de quel estat on condicion qu'ils soient und weiter hieß es chescune laye persone soit chargez owelment selonc son afferant. Seit 1380 findet man auch Kopfsteuern auf die Fremden, welche von den Fünfzehnten und Zehnten nicht getroffen wurden.

Der Aufstand des Jahres 1381 war so ernst und unter dem enormen Druck der Kopfsteuer so berechtigt, daß man zunächst von weiteren Kopfsteuern absehen mußte. So blieben diese lediglich eine Episode und bildeten einen Versuch, zu den Fünfzehnten und Zehnten eine hohe Ergänzung zu schaffen, ein Versuch, der freilich wenig Erfolg hatte und nur eine Art von vielen Experimenten darstellt.

Von den anderen Steuerarten dieser Zeit interessieren die 1427 erhobenen Abgaben, welche sich als die Verbindung einer Haus- mit einer Familiensteuer darstellen. Ein Krieg mit Frankreich war die Ursache. Diese Abgaben wurden auf dem Lande wie in den Städten erhoben, und zwar der Art, daß alle Haushaltungsvorstände nach der Zahl der Personen, welche ihren Haushalt bildeten, Beiträge zu leisten hatten. Die Steuer ist deshalb von Bedeutung für die Entwicklung zur künftigen Einkommensteuer, weil man hier zum ersten Male die Verbindung zwischen Personal- und Aufwandsteuern, wenn auch in rohester Form, findet und so einen interessanten Vorläufer des späteren triple assessment antrifft.

Viel moderner mutet die Steuer an, die 1435 als Zuschlag zu zahlreichen anderen Steuern erhoben wurde, und die Rogers¹⁾ als erste Einkommensteuer ansieht. Die Veranlassung war ein besonders starker Finanzbedarf für einen Kriegszug nach Frankreich, der die Eroberungen, welche England Heinrich V. verdankte, dem Reiche erhalten sollte.

Die Steuer von 1435 ist in ihrem Wortlaut zweifelsohne das Muster aller folgenden Einkommensteuern.

Als „progressive Einkommensteuer vom Ertrage der Grundbesitzungen, Renten und Bedienstungen“, hat Vocke diese Steuer bezeichnet.

Der besonders charakteristische Gesetzestext dieser Steuer von 1435 im ursprünglichen Wortlaute aus den Parlamentsrollen²⁾ heißt folgendermaßen: Every person seisd of Maners, Landes, Tenements, Rentes, Annuitees, Offices or of any othier Possessions temporell as of Frehold in Ingeland, to his owen propre use, or of any othir persone or persones to his use, of the yerely value of C s overe the reprises and charges, paye unto yow our sovereign Lord, for the defense aforseyd II s VI d and so for every hole XX s VI d; assendyng fro an C s: aforsaid unto the yerely value of an C Li overe the charges and reprises. And that every persone seisd of Maners, Landes, Tenements, Rentes, Annuitees, Offices, or any othier Possessions temporell, to his owen propre use, or any othir persone or persones to his use as of Freehold, of the yerely value of CCC s and more overe the said C Li in the saide land, pay unto you for ye seide XX s VIII d; and so for every whole XX s VIII d, assendyng fro an C Li ofere said unto the yerely value of CCCC Li overe the reprises and charges etc.

Von 5—100 £ wurde also 6 d aufs £ = $2\frac{1}{2}\%$ gezahlt.

„ 100—400 „ „ 8 „ „ = $3\frac{1}{3}\%$ „

„ 400 und mehr wurden 2 sh „ „ = 10% „

Unter 5 £ blieb frei.

Das Jahr 1450 brachte eine ähnliche, aber noch verschärfte Steuer. Zugefügt waren den einzelnen aufgezählten Einkommensarten hier fees profitos or commoditees temporels. Vocke irrt niithin, wenn er von einer einfachen Wiederholung der Steuer von 1435 spricht.

Wie die Kreuzzugssteuer für das 12. Jahrhundert, so sind diese beiden Personalsteuern für das 16. Jahrhundert Einkommensteuern, wie man sie sich vollkommener für diese Zeit kaum denken kann. In ihnen zeigt sich wieder ein Höhepunkt in der Steuerentwicklung.

1) Six centuries of works and wages, 1890, S. 308.09. Siehe auch Rogers: The economic interpretation of history, S. 130.

2) Bd. IV, S. 486, No. 12.

6. Subsidien.

Die erweiterte Berufsgliederung und die dadurch möglichen neuen Einkommensarten mußten auch auf die Fünfzehnten und Zehnten ihren Einfluß geltend machen, zumal die Bedürfnisse der Staatskasse sich ebenfalls erweiterten. Aus einer Reihe von Versuchen ist daher ersichtlich, wie man sich bemüht, durch Zuschläge auf die den Fünfzehnten und Zehnten zu Grunde liegenden Quellen den alten Rahmen zu sprengen.

Solche Experimente beobachtet man 1371, 1403 und 1411, ohne daß sie einen anderen Erfolg hatten, als daß man lebhaft gegen sie protestierte.

Das Ergebnis war schließlich, daß sich eine neue Steuer bildete. Die Gesetze der Jahre 1472, 1488 und 1496 sind als deren Vorläufer anzusehen, indem hier versucht wurde, mit schwankenden Sätzen das bewegliche und unbewegliche Vermögen und eine ganze Reihe Einkommensquellen zu erfassen. Das sind die Subsidien in engerem Sinne¹⁾.

Bei diesen Subsidien trifft man auf eine merkwürdige, nicht leicht erklärliche, von Vocke ganz übersehene, von Dowell ebenfalls nicht gehörig beachtete, auch von Wagner nicht hervorgehobene Erscheinung, daß hier nämlich Mobilien und Immobilien nicht kumulativ, sondern alternativ besteuert wurden. Nicht „et et“, sondern „aut aut“ sagten die Gesetze in Bezug auf diese beiden Gruppen der Steuer-Objekte. In einem Gesetz, Statutes of the Real, Bd. III, S. 950 wird vorgeschrieben: „The beste of all to be taken for the king, and not to be charged for bothe or double charged for any of them.“

Wenn man nun behauptet hat, daß die eigentliche Kopfsteuer Heinrich VIII. 1513 auf der Bahn zur Personalbesteuerung einen großen Fortschritt bedeutete, so hat man einen großen Irrtum begangen.

Die Behauptung wäre richtig, fände sich in den Gesetzen nicht die ganz eigentümliche, eben erwähnte Bestimmung, welche einen exorbitanten plötzlichen und kaum verständlichen Rückschritt bedeutet, nämlich, daß, wer für Mobilien zu zahlen hat, nicht für Immobilien und sonstiges Einkommen Steuer entrichten muß, und umgekehrt. Diese merkwürdige Bestimmung bleibt in den Gesetzen bis zur Monatsanlage. Verzeihen kann man den Rückschritt, wenn auch nicht erklären, dadurch vielleicht, daß die Subsidien als Ergänzungssteuern eingeführt wurden, während als Hauptsteuern die Fünfzehnten und Zehnten anzusehen sind.

Es scheinen über die Subsidien wenig klare Ansichten verbreitet zu sein. So erwähnt Vocke eine Steuer des Jahres 1543 als Einkommensteuer, während Dowell diese als gewöhnliche Subsidie behandelt, nämlich gar nicht besonders

¹⁾ In den Statutes of the Realm sind nicht alle Subsidien Gesetze enthalten. (Siehe die Vorrede dortselbst.) Zu Hilfe zu nehmen sind das Journal of the House of Commons und die Rotuli Parliamentorum.

bespricht. Auch Wagner macht darauf aufmerksam, daß die verschiedenen Autoren nicht einig sind über Einzelheiten, und daß das Verhältnis der Fünfzehnten und Zehnten zu den Subsidien einer Aufklärung bedarf. Völlige Klarheit wird man freilich erst dann erhalten, wenn eine gründliche historische Darstellung der Lokalbesteuerung gegeben worden sein wird. Das eine dürfte aber schon aus dem mitgeteilten Text ersichtlich sein, daß gewisse Objekte doppelt getroffen wurden.

Wagner meint, die Fünfzehnten und Zehnten seien Einkommensteuern, die Subsidien überwiegend Grundsteuern, andererseits seien die Subsidien aber teilweise auch Einkommensteuern gewesen. Gneist ist der Ansicht, der Ausdruck Subsidie sei unter *Maria terminus technicus* für Grundsteuer geworden. Eine Grundsteuer kann man die Subsidie aber nicht nennen; sie war eben so gut eine Mobiliarsteuer. Wäre nicht die wiederholt hervorgehobene Bestimmung gewesen, daß, wer in einer Schedule besteuert wird, in der zweiten frei ist, so hätte man hier allerdings eine höchst beachtenswerte Einkommensteuer.

Daß die Subsidien-Gesetze ohne ein festes Schema in Einzelheiten waren und in der verschiedensten Weise voneinander abwichen, wird Vockes Irrtum veranlaßt haben; und so mag die verschiedene Auffassungsweise darin ihre Erklärung finden, daß der eine Autor dieses, der andere jenes Subsidien-Gesetz ins Auge gefaßt hat.

Doch scheint das Gesetz 26 Hen. VIII. c. 19. vom Jahre 1524 über das Verhältnis der Fünfzehnten und Zehnten zu den Subsidien einigen Aufschluß zu geben. Nach diesem wird, wie in früheren Gesetzen, die Erhebung eines Fünfzehnten und Zehnten zusammen mit einer Subsidie angeordnet. Bei dem Fünfzehnten und Zehnten wird einfach Bezug genommen auf die frühere Praxis. Was früher durch diese besteuert wurde, soll es jetzt auch werden, so heisst es im Gesetz. Dann wird fortgefahren: da der Ertrag der Fünfzehnten und Zehnten zu gering zu sein pflegt, wird eine Subsidie gewährt, und zwar 12 d pro 1 £ für Immobilien der Einheimischen und das Doppelte für Fremde; derselbe Satz gilt für goods, beide aber nur, wenn sie über 20 £ Wert haben. Auch die Korporationen zahlten das Doppelte des Betrages der Einheimischen.

Diese Gesetzesbestimmung hat Madox offenbar im Auge, wenn er sagt, daß Fünfzehnte und Zehnte zusammen erhoben wurden, weil der Wert der Güter gewachsen war, und die Fünfzehnten nicht dem wahren Wert der Güter entsprachen.

Das Schicksal dieser Subsidien war übrigens, wie vorweg bemerkt sein mag, wie das der Fünfzehnten und Zehnten: sie wurden aus Quoten- zu Repartitionssteuern. Das Fixum der Repartitionssteuer wird dann als Simplum aufgefaßt und mehrere Simpla werden erhoben.

Wegen der herrschenden Unklarheit über die Subsidien wird im Folgenden gegeben:

1. ein kurzer Überblick über ihre allgemeinen Grundsätze,
2. zwei Subsidien in ihren Einzelheiten, eine von 1514, die andere von 1543. Daran schliesst sich die Darstellung der mit einer Subsidie verbundenen Rangsteuer von 1513.

Die einzelnen Gesetze der Tudors stimmen, wie erwähnt, im Wortlaut nicht überein. Fasst man sie zusammen und zählt das allen Charakteristische auf, so ergibt sich ungefähr folgendes Bild.

Regelmässig findet man 2 Klassen von besteuerten Personen:

1. landowners, besteuert nach dem Einkommen aus Land, in terris;
2. Personen, besteuert nach ihren Mobilien, in bonis.

Dazu kommen

3. zuweilen Personen, die nicht unter 1 und 2 fielen, und welche durch eine polltax getroffen wurden.

Der fixierte Betrag war 4 sh pro £ für die erste Gruppe und 2 sh 8 d für die zweite Gruppe.

Der Text einer general subsidie, und zwar derjenige der ersten in den Statuten abgedruckten aus dem Jahre 1513 (5 Hen. VIII c. XVII.), lautet folgendermaßen:

Off every persone born under des kynges obeysaunce which at tyme of the assessyng of the seyd subsidie shall be of the age of XV years or above takyng no wages nether profettes for wages havyng no goodes Catelles londes, tenementis neither other substaunce, whereby in such manner as folowith he ought mought or shuld be taxed at hyer or gretter somme, IV d.

Off every persone born under kynges obeysaunce takyng wages or other profettes for wages by the yere to the yerely value of XX s or above or often that rate under the value of XI. s and havyng no other substaunce whereby the same persone shuld or ought to be sett according to this acte at hyer or gretter somme, VI d. And so for every XX s that any persone born under the kynges obeysaunce takyth for wages or other profettis for wages, by the yere which only by this acte ought to be sett for his wages or salary, VI d.

Off every persone born under the kynges obeysaunce for every pound in coyn and the value of every pound that any such person hath in plate, household stocks of merchandize or other goods or chattels moveable . . . so that the same substance of such person extend to the value of XII s or above, VI d.

Off every persone born under the kynges obeysaunce for every pound yerely that the same persone, or any other to his use hath in fee simple, fee taille, time of lyfe, time of years, excusyon by ward, by copy of courtroll, or at will, in any land tenementis, rentys services, herditamentes, annuyties, fees, corodies

or other yerely profette, so that the same extend to the value of XX s or above . . . VI d.

Ausgenommen waren nur Bettler, Almosenempfänger und Kinder unter 15 Jahren.

Fremde hatten stets doppelte Steuersätze zu entrichten.

Über die Steuer des Jahres 1543 gibt die folgende Tabelle Auskunft. Es waren pro £ zu zahlen:

a) Für Mobilien.

Stufen	Einheimische	Fremde	Korporationen
1—5 £	4 d = $1\frac{1}{2}\%$	8 d = 3%	8 d = 3%
5—10 £	8 d = $3\frac{1}{2}\%$	1 sh 4 d = 6%	1 sh 4 d = 6%
10—20 £	1 sh 4 d = 6%	2 sh 8 d = 12%	2 sh 8 d = 12%
20 £ und mehr	2 sh = 10%	4 sh = 20%	4 sh = 20%

b) Für Immobilien.

Stufen	Einheimische	Fremde	Korporationen
1—5 £	8 d = 3%	1 sh 4 d = 6%	1 sh 4 d = 6%
5—10 £	1 sh 4 d = 10%	2 sh 8 d = 12%	2 sh 8 d = 12%
10—20 £	2 sh = 10%	4 sh = 20%	4 sh = 20%
20 £ und mehr	3 sh = 15%	6 sh = 30%	6 sh = 30%

Fremde, welche nicht unter das Schema fielen, hatten 4 d Kopfsteuer zu entrichten. Die Zahlungen waren auf 3 Jahre verteilt; im 1. Jahr waren $\frac{1}{4}$, im 2. Jahre $\frac{1}{4}$, im 3. Jahre $\frac{1}{4}$ der Steuern zu entrichten. Man findet also eine Progression von $1\frac{1}{2}$ bis 15% .

Diese Steuer von 1543 hat Dowell überhaupt nicht erwähnt, während Vocke sie unrichtig registriert.

Man kann allerdings im Zweifel sein, ob diese eigentümliche Steuer nur eine Subsidie war, oder als eine wirkliche Einkommensteuer zu betrachten ist. Doch dürfte Vocke unrecht haben, die Steuer von 1543 als eine besondere Einkommensteuer hervorzuheben, denn sie ist nichts anderes als eine der zahlreichen Subsidien. So finden sich z. B. bei den Subsidien von 1514 und 1523 ganz analoge Bestimmungen. Immerhin ist die Subsidie von 1543 so entwickelt, namentlich in Bezug auf die Progression, daß sie als ausgebildetstes Beispiel der Subsidien anzuführen war.

Nach dieser Schilderung der Subsidien wird sich auch die Klassensteuer von 1513 besser verstehen lassen, nämlich als ein Konglomerat von Kopf-

steuer und Subsidie. Auch sie enthält den Grundsatz der alternativen Erfassung von Mobilien und Immobilien, zwei Steuerarten: 1. Fünfzehnten und Zehnten, und 2. eine Klassensteuer, eine progressive Einkommensteuer. Aber es war ausdrücklich bestimmt that no person, that is rated for lands, tenements or other royal possessions, be set or taxed for this good and chattells moveable neither contrary, and so like for wages and other profits.

Die Klassensteuer begann mit 6 £ 13 s 4 d. für einen Herzog und ging herab bis auf 1 £ für Grundbesitzer mit mehr als 800 sh. Renten. Außer dem unbeweglichen Vermögen wurden die Einkommen aus Ämtern besonders erwähnt. Dann folgten die Einkommen aus beweglichem Vermögen, bei welchem die Steuersätze bei einem Einkommen von 800 sh. und darüber mit 4 s 4 d begannen, und herabgingen bis auf 12 d bei einem Einkommen von mindestens 2 £.

Besonders beachtenswert ist der Umstand, daß auch die Löhne eine Rolle in dieser Steuer spielen. Das Gesetz zählt auf labourours, journeymen, artificers, handicraft-men, and servants, as well men, as women above the said age of 15 years taking wages or other profits for wages, und zwar betrug die Steuersätze bei Löhnen unter 1 £ 4 d. bei Löhnen von 1—2 £ 6 d und bei Löhnen von 2 £ und mehr 12 d. Ausgenommen waren nur Bettler. Ausländer zahlten die doppelten Sätze.

Ein gedrucktes Beispiel eines Commonwealth assessment findet sich in der Collection of Acts and Ordinances of general use made in the Parliament 1640—1656 von Henry Scobell, 1658 erschienen. Hier ist ein Assessment upon England at the Rate of Sixty thousand Pounds by the Moneth, for three Moneth, 1656, Cap. 12. Nachdem die zu erhebende Summe fixiert und auf die einzelnen Landesgebiete verteilt ist, heißt es weiter:

And for the more equal and right proportioning the general sums before mentioned be it further enacted . . . that the several sums of money . . . shall be taxed and assessed by a pound rate on the several divisions, hundreds, ridings, lathes, wapentakes and parishes in the respective counties, cities, towns and places above said for all and every their lands, tenements, hereditaments, annuities, rents, profits, parks, warrens, goods, chattels, stocks, merchandizes, offices, or any other real or personal estate whatever, according to the value thereof; that is to say, so much upon every twenty shilling rent or yearly value of land and real estate, and so much upon money, stocks or other personal estates, by an equal rate (whereby every twenty pounds in money, stocks or other personal estate, shall bear the like charge, as shall be laid upon every twenty shilling yearly rent, or yearly value of land) as will raise the monthly sum or sums charged upon the respective counties, cities, towns and place above said.

Aus den Bestimmungen des Gesetzes sei noch angeführt, daß Leute, welche wegen der Revolution fortzuziehen beschlossen hatten, doppelt zu veranlagten waren. Den für die Erhebung eingesetzten Kommissären war Vollmacht erteilt, falls notwendig, aus Gründen der Billigkeit von der £-Rate abzusehen und nach Gutdünken anders zu veranlagten. Hospitäler waren ebenso wie die Mitglieder von Kollegs frei. Dowell nennt das Commonwealth assessment: in fact . . . a property tax, supplying the link of connection between the subsidy of the Tudors and earlier Stuarts and the property tax of William III.

Die Geistlichkeit, die, wie der oben erwähnte Wortlaut zeigt, nicht von der Subsidiensteuer betroffen wurde, wurde durch eine ebenfalls als Subsidies bezeichnete Abgabe seit 1735 besteuert, die vom Parlament bestätigt und auf Grund besonderer Bewilligung ihrer Vertreter Konvokation genannt wurde. Aller Ertrag aus den Pfründen war zu versteuern, und zwar in der Regel mit 4 sh aufs £. Doch verstand es die Geistlichkeit, die Mängel der Gesetze auszunutzen.

Vocke bemüht sich nachzuweisen, daß diese Subsidien sich nicht als Ertragssteuern für das bewegliche Vermögen darstellen, sondern als Vermögenssteuern. Er ist der Ansicht, es sei nicht denkbar, daß Jahrhunderte später die Landtaxe auf die Besteuerung des Vermögens zurückgegriffen hätte, wenn der Fortschritt zur Ertragsbesteuerung schon gemacht und durch langjährige Übung festgewurzelt gewesen wäre. Wenn man aber bedenkt, daß sogar Einkommen aus Löhnen von den Kopfsteuern getroffen wurden, so ist das nicht zu verwundern. Auch wurden die Gewerbetreibenden 1488 besteuert, für taking any profit, especially by way of buying, selling uttering¹⁾.

Das weitere Schicksal der Subsidien gestaltete sich, wie schon kurz angedeutet, analog dem der Fünfzehnten und Zehnten. Zunächst erhob man mehrere Subsidien, da sich bedeutende Ausfälle geltend machten²⁾. Der Normalbetrag der Steuer war etwa 120 000 £, wie er sich 1565 zeigte. Aber ein Dezennium später war er auf etwa 70 000 £ zurückgegangen. Der Schatzkanzler meinte schon 1575 im House of Commons, es könnte keinem unbekannt sein, daß die Subsidiensteuern überaus günstig seien für Unterschlagungen, da viel weniger in die Kasse käme, als vom Gesetz bestimmt sei, „a matter now drawn to be so usual, that it is hard to be reformed.“ Auch Walter Raleigh klagt im Parlament lebhaft darüber, daß manche nicht ein Hundertstel des steuerpflichtigen Betrages zahlten.

1) Parl. Rot. VII, 421.

2) Über die Ursachen der Ausfälle finden sich folgende Angaben. Dowell I, S. 150/56 sieht sie in den lächerlich geringen Veranlagungen. Vgl. dazu Parl. Hist. I, S. 918 ff. (1601). Hier meint Cecil: neither pot nor pan, nor dish nor spoon should be spared when danger is at our elbows, 919. Und Walter Raleigh sagt S. 1601 a. a. O.: „Die mit 30 und 40 £ im Steuerbuch stehenden Estates sind nicht der 100. Teil des Reichtums.“

Aus den Quotensteuern waren schon 1488 Repartitionssteuern geworden.

Häufig werden, wie erwähnt, durch die gleiche Acte Subsidien zusammen mit Fünfzehnten und Zehnten angeordnet. Einige Beispiele seien angeführt. Unter Elisabeth finden sich acht Fünfzehnte und vierfache Subsidien. 1640 werden, um einen Betrag von 600000 £ zu erhalten, 12 Subsidien gefordert. 1641 erhob man 6 Subsidien, um einen Betrag von 420000 £ zu erhalten. Der Ertrag einer Subsidie war also auf 50—70000 £ zurückgegangen.

Mit dem Fall des Königshauses war es auch mit der Herrschaft der Subsidien ziemlich zu Ende. Ihre vorübergehende Auferstehung 1663 und 1673 waren nur noch Ausläufer.

Um das Eingehen der Subsidienbeträge zu beschleunigen, hat man 1640 wieder eine Kopfsteuer erhoben, welche aber wenig bemerkenswertes aufweist¹⁾).

Blickt man auf die bisherige Entwicklung zurück, so treten zwei Höhepunkte in den Vordergrund, der eine gebildet von den hochentwickelten Kreuzzugssteuern, der andere durch die Steuern der Jahre 1435 und 1450. Die Subsidien dagegen bedeuten einen Rückschritt. Das Auftreten der Kopfsteuern war zu sporadisch, um von dauerndem Einfluß zu sein.

7. Steuern seit Cromwell: Monatsanlage und Landsteuer.

Das lange Parlament, die Republik, hatte nicht mehr, wie früher der König, Rücksicht zu nehmen auf Klerus und Adel, und brauchte diesem keinen geringeren Bruchteil an Steuern aufzuerlegen (Fünfzehnten) als den anderen (Zehnten).

So wurde der eigentliche Anlaß, zwei Steuerarten zu erheben, Subsidien sowie Fünfzehnten und Zehnten, beseitigt. Im monthly assessment sieht man gewissermaßen beide Steuerarten vereint, wenn die Subsidien später auch noch einzeln neben ihm erhoben werden.

Die Republik lernte aus der Geschichte.

1) Um das Bild des englischen Steuerwesens zu vervollkommen, sei noch der eigentümlichen Natursubsidien gedacht, welche als poundage erhoben wurden.

2) Gardiner, *History of England* (1603—1642), 10 Bände. London 1883. Vol. V, S. 200 Anm. 1

The comparison sometimes made between the incidence of a subsidy and that of our present income tax is altogether misleading. As for the land was concerned a subsidy, was a tax upon rental, which would often be little more than nominal, the chief proofing being made by the fines levied as the leases fell in, which would not be touched by the subsidy. The gradual decrease of subsidies in value was generally attributed at the time to the collusion of the collectors. Is it possible that there was also a practice of increasing the fines at the expense of rental?

Die von Cromwell als Repartitionssteuern auferlegten Abgaben antizipierten gewissermaßen die Entwicklung, welche sie als Quotitätssteuern genommen hätten.

Bei ihnen kamen auch die Fehler, welche sich im Laufe der Zeit bei ihren Vorgängern ergeben hatten, nämlich die Unverhältnismäßigkeit zwischen der Belastung der Mobilien und Immobilien, zum Fortfall. An die Stelle von „aut aut“ tritt das „et et“. Beide Steuerobjekte werden nun in kumulativer Weise getroffen, und es hört der Mißstand auf, daß derjenige, für welchen die Besteuerung seiner Mobilien günstiger war als die seiner Immobilien, den Steuerbeamten die Besteuerung des ihm angenehmeren Steuerobjektes nahe zu legen sucht.

Durch die monatliche Erhebung wurde auch eine weit schnellere und sichere Einnahme, als bei der in früherer Zeit beliebten Verteilung auf Jahre, erzielt.

Nach einer allgemeinen Schätzung wurde für jede Grafschaft oder Stadt ein Steuerfixum bestimmt. Der Schätzung lag der höchste durch eine Subsidie erzielte Ertrag der Grafschaft zugrunde. Für die auf sie gelegte Summe war die Stadt oder die Gemeinde verantwortlich. Die Erhebung war ihr in jeder Weise überlassen.

Die Monatsanlagen lieferten einen durchschnittlichen Jahresertrag von 1 000 000 £ und zeigten erhebliche Schwankungen zwischen 6 und 120 000 £.

Übrigens wurden, wie Gardiner¹⁾ nachweist, für die Republik und für den König nebeneinander Subsidien und Monatsanlagen sowie andere Steuern erhoben, größtenteils aber nicht im ganzen Lande, sondern in einzelnen Teilen, oft nur in einzelnen Staaten. Die Finanzverhältnisse während der Revolutionsjahre sind gänzlich unübersichtlich und beruhen meist auf zerstreuter, nicht sehr zuverlässiger, handschriftlicher Überlieferung.

In den Jahren 1660–1688 kehren noch ein paar mal die Subsidien wieder, aber auch Monatsanlagen werden erhoben. Von der in dieser Zeit erhobenen Kopfsteuer soll noch gesprochen werden.

Von besonderem Interesse ist die 1670 erhobene Steuer 22/23. Car. II. Kap. 3, welche folgende Sätze normierte: Es waren zu zahlen:

- 1 sh vom Boden und von der Bergwerksrente,
- 2 „ von Besoldungen,
- 6 „ vom Mobiliarvermögen,
- 15 „ vom Kapital der Bankiers und Staatsgläubiger, wenn diese mehr als 6% Zinsen bezogen.

Mit dem Jahre 1688, dem Regierungsantritt von Wilhelm und Maria, beginnt die Ära der als Landsteuer bezeichneten Steuergesetze.

1) History of the Great Civil War, 1642–49, 4 Bände, 1893.

Es entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen, wenn der Beginn der übrigens noch heute vorhandenen Steuer, erst in das Jahr 1692 verlegt wird; denn schon das Gesetz 1. Will. & Mar. cap. 20 enthält beinahe wörtlich den Text, wie ihn alle folgenden Landsteuergesetze zeigen.

In den Jahren 1688—91 ist diese sogenannte Landsteuer (von Vocke als *aïd* bezeichnet, ein kaum empfehlenswerter Name, da auch die Subsidien diesen Namen tragen) neben den Monatsanlagen wiederholt erhoben worden.

Von 1692—1697 hat die Landsteuer allein die Herrschaft.

1698 erfolgt endlich ihre Umwandlung in eine Repartitionssteuer, in welcher Form keine Änderungen bis heute eingetreten sind.

Bevor aber diese Entwicklung näher besprochen wird, erscheint es zweckmäßig, die Episode der Kopfsteuer zwischen 1660 und 1698 in Kürze zu erledigen, um die ununterbrochene Entwicklung der Landsteuer im Zusammenhange betrachten zu können.

Die Kopfsteuern wurden in den Jahren 1660, 1666, 1677, 1688, 1689, 1691, 1693, 1695, 1696 und 1698 erhoben und weisen in ihren Einzelheiten eine Fülle von verschiedenen, untereinander abweichenden Bestimmungen auf. Es würde viel zu weit führen, jeder einzelnen Steuer hier eine besondere Betrachtung zu widmen. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Sätze, nach Rang oder Beschäftigungsart abgestuft, bald eine geringere, bald eine größere Höhe zeigten, daß die Existenz-Minima verschieden geregelt waren. Ebenso läßt sich eine große Abwechslung in der Aufzählung einzelner Berufsklassen oder Rangstufen konstatieren.

Besonders hervorzuheben sind folgende Punkte.

In der Steuer von 1660 findet man zum zweitenmale eine Verquickung der reinen Personal- mit einer Aufwandssteuer, indem hier festgestellt ist, daß jeder Equipagenbesitzer für jedes Fuhrwerk und jedes Paar Pferde 10 s zu zahlen hat. Bei der Steuer von 1666 ist u. a. den kaufmännischen Angestellten bei der Besteuerung gestattet, $\frac{1}{3}$ des Gehaltes bei der Veranlagung in Abzug zu bringen. Ferner ist hier bestimmt, daß bei einer Weigerung der Dienstboten ihre Steuern zu bezahlen, deren Herrschaften sie zu zahlen haben, welchen das Recht eingeräumt wird, die Steuern alsdann den Dienstboten am Lohn abzuziehen. Man findet hier als eine besondere Steuergruppe die Juristen und Ärzte angeführt. 1677 trifft man die beachtenswerte Bestimmung an, daß Personen, welche mehr als vier Kinder haben, oder keine 50 £ Vermögen besitzen, für Kinder unter 16 Jahren keine Kopfsteuer zu entrichten haben. 1688 wird eine Kapitalrentensteuer, wie sie schon 1670 auf der Tagesordnung gestanden hatte, durchgeführt, dadurch daß die Mitglieder der Ost-Indien Compagnie nach dem Betrag ihrer Shares zur Besteuerung herangezogen wurden. Dabei ist als besonders wichtig

zu beachten, daß die Erhebung an der Quelle stattfand, indem die Zahlung durch die Gouverneure der Kompagnie geleistet und von diesen auf die an die Aktionäre zu verteilenden Dividenden verrechnet wurden. Eine weitere Kapitalrentensteuer wurde 1692 in größerem Umfange erhoben, ohne dann Nachfolge zu finden. Die Steuer von 1695 war eine Junggesellensteuer nach dem Muster von Holland. Das Gesetz von 1696 schließlich enthält die Festsetzung einer Land- und Kopfsteuer zusammen.

Die Frage, ob diese Kopfsteuern in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts einen Fortschritt für die Besteuerung in dem hier gemeinten Sinn brachten, muß verneint werden.

Die Landsteuern, deren Entwicklung nunmehr erörtert werden soll, sind nach Vocke aus den monthly assessments und aids zusammengeschmolzen. Adolf Wagner bezeichnet die Monatsanlage als eine direkte Vermögens- und Einkommensteuer unter umfassender Einbeziehung von Besoldungen. Es ist zunächst festzustellen, was von den letzten monthly assessments getroffen wurde.

Die monthly assessments finden sich auch nach Ende der Republik unter Wilhelm und Maria und werden 1688, 1690 und 1691 erhoben, in den beiden letzten Jahren in Höhe von 1 651 702 £. Daneben kommen auch Aids vor. Nach dem Wortlaut des Gesetzes wurde von dem Monthly assessment getroffen all lands, tenements, hereditaments, annuities, rent-charges, and other rents, parks, warrens, goods, chattels, stocks, merchandizes, offices, tolls, profits and all other estates both real or personal.

Dieselben Objekte wurden aber auch von der als aid bezeichneten Abgabe erfaßt. Der Unterschied zwischen beiden Steuern war wohl nur der, daß die eine eine Quotitäts-, die andere eine Repartitionssteuer war.

Aids wurden beispielsweise 1688 und 89 erhoben. Von 1692 an herrschen sie allein, und man hat, wie erwähnt, von hier ab den Beginn der Landsteuer datiert. In diesem Jahre wurde eine neue Veranlagung vorgenommen, welche man auch im Jahre 1697, wie noch gezeigt werden wird, beibehielt.

Das Ergebnis der Steuern in der Form von 1692 war immer geringer geworden. Es betrug 1692 1 922 712 £ bei einer 4 sh Rate.

1693	betrug	es	10 000 £	weniger als 1692.
1694	"	"	53 000 £	"
1695	"	"	123 000 £	"
1696	"	"	73 000 £	"

Im Jahre 1697 nahm die Land Tax ihre moderne Gestalt an. Der Anlaß ist leicht ersichtlich; es war der Rückgang im Steuerergebnis. Man wollte sich jetzt eine sichere Einnahme verschaffen.

Die Gesetze bedienten sich eines Repartitionssteuersystems. Das Parlament setzte den Betrag fest, welchen eine Schillingrate einbringen müsse, nämlich $\frac{1}{3}$ Million £ (494 676 £). Unter Zugrundelegung des Erträgnisses von 1694 wurde für jeden Landesteil, Grafschaft, Stadt usw., ein Fixum bestimmt. Der Landesteil war für die Zahlung verantwortlich. Er verteilte die Steuern auf die einzelnen Kirchspiele.

Die Steuern wurden überall in drei Gruppen erhoben:

1. vom personal property,
2. vom Amtseinkommen,
3. vom Land.

Die Steuerquote für die erste und zweite Gruppe war vom Gesetz bestimmt. Die dritte Gruppe brachte die Differenz zwischen dem Steuersoll und dem Erträgnis aus der ersten und zweiten Gruppe auf. Je weniger von den Mobilienvermögen und dem Amtseinkommen einging, desto mehr hatte das Land zu zahlen. Nach den vorgekommenen Änderungen wurden die Individuen jährlich neu veranlagt.

Die Einzelheiten der Land Tax selbst darzustellen, dürfte nicht erforderlich sein, ist sie doch an *impost old in substance, new in form*¹⁾.

Die Wende des 18. Jahrhunderts brachte ein Projekt und ein Gesetz, das kurz betrachtet werden muß, ehe man zum 18. Jahrhundert selbst übergeht. Das interessante Projekt ist nur in handschriftlicher Form erhalten und bisher noch nicht veröffentlicht. Es findet sich in *State Correspondence between England and the Netherlands 1697, transcribed from the archives at the Hague* (Brit. Mus. Mskr. Nr. 17 677).

Secrete Dépêche van de Nederlandsche Gezanten in Engeland aan de Staaten Generaal der Vereenigde Nederlanden 1697.

Der Gesandte M. l'Hermitage schreibt am 4. Januar 1697:

Hauts et Puissans Seigneurs!

La rapport des Resolutions qui avoient éte prises dans la comité, fut fait mardy dans la chambre des communes et fut approuvé de la maniere suivante.

1. Que pour lever le subsid, accordé au roy pour l'année 1697 un droit seroit levé sur toute personne selon la juste valeur de ses bien reels et personnels tant en fond de terre qu'argent, mis dans le commerce, revenus des offices, pensions, professions, et emplois.

2. Que toute personne excepte celles, qui sont l'aumoniers payeront un sol. par semaine pendant un an.

1) Macaulay, History of England, 1858. Vol. IV, S. 314.

3. Que les serviteurs et servantes que recoivent depuis 4 £ de gages jusques à 8 payeront outre le droit d'un sol. un fardin par £ de leurs gages, ce qui est le quart d'un sol. par semaine.

4. Que les serviteurs qui recevront depuis 8 jusqu'à 16 £ payeront par semaine un demy-sol. par £ de leur gages, outre le sol. commun à toute personne.

5. Que les serviteurs, que recoivent au dela de 16 £ payeront par semaine un sol par £ de leurs gages, par depuis le droit d'un sol.

6. Que toute personne qui recevra des pensions, salaires, ou autres payements annuels, qui ne sera pas établi sur les terres, payera outre le sol. par semaine un autre sol. par £.

7. Que tous ceux, qui auront des profits d'office emplois ou professions ou revenues autrement établis, payeront par semaine un sol. par £ outre le sol. commun à tout le monde.

8. Qu'on payera un fardin par £ de tout l'argent qu'on aura et ce par mois outre le sol. par semaine.

9. Qu'on payera par mois un demy sol par £ de tout le fond qu'on aura dans le commerce outre le sol. par semaine.

10. Qu'on leva sur toute sorte de personnes 12 sol. par mois pour chaque 100 £ de bien fond sur les terres.

11. Que les enfans en desous de 16 ans des personnes qui payeront seulement un sol. par semaine, seront déchargés de ce droit.

12. Que 3 shellins par £ sera mis sur les revenus des terres, maisons et héritages.

Il fus ordonner de en porter un bil pour estre converty en acte, mais comme il s'est fait divers changemens du project qu'il s'estait fait la dessus, il se pourra faire qu'on y ajoutera ou diminuera encore quelque chose, toutes les affaires nouvelles ayant plus besoins de circonspection que d'autres, par ce qu'il se pourrait faire qu'elles ne reponderaient pas a l'attente qu'on en aurait, et l'intention du parlement estant. que le subside soit tout levé cette année, et que le roy promptement de l'argent, c'est ce qui demandera dans cette l'affaire l'examen de ceux qui s'en fait un soin particulier.

d.d. 1. Febr. heißt es, nachdem die Vorlage zum zweiten Male gelesen worden war:

Le bil de la capitation est d'une si grande longueur et l'on y a tant ajouté et diminué, que la chambre des communes en a encore fait ces jours icy la principale occupation sans en venir a bout.

Am 5. Februar 1697 heißt es:

La chambre des communes a enfin parachevé le bil de la capitation, et il fut ordonné samedy qu'il serait mis en net; mais elle y a fait de si grands

changements que ce n'est plus le même projet qu'il avait paru au commencement si considerable, que tous en avaient été éblouis . . . on a bien vu, qu'il était impossible de suivre ce plan et de l'exécuter.

Das Ergebnis war: Creditbilletts, Accise und dazu nur 3 Millionen durch neue Steuern! Dies hielt man für zweckentsprechender. Vor diesem Projekt findet man zwar auch die Absicht der Besteuerung aller Einkommen, aber nur aller Arten zusammen, und zwar in der Weise, daß den Assessoren die einzelne Veranlagung überlassen war. Dadurch trat eine Verflüchtung des mobilen Einkommen hinter das immobile ein.

1698 enthält zum ersten Male der Gesetzentwurf selbst das, was früher den Assessoren überlassen worden war. Man sieht hier die Schedules im embryonalen Zustande. Aber dies Projekt ist offenbar geradeso vergessen worden, wie die Pamphlete des 17. Jahrhunderts. Es ist höchst bedauerlich, daß die englische Parlamentsgeschichte vieler Jahrhunderte nur in schmalen Bruchstücken auf uns gekommen ist. Zweifelsohne könnte man sonst ähnliche interessante Gesetzentwürfe finden.

In den folgenden Jahren wurden, wie das Journal des englischen Abgeordnetenhaus zeigt, verschiedene Anträge eingebracht und Resolutionen gefaßt, um eine Art Einkommensteuer zustande zu bringen, welche in dem mitgetheilten Projekte des Jahres 1698 erwähnt war. Das Ergebnis waren die Steuern des Jahres 1702 unter der Königin Anna.

Dowell hat im Gegensatz zu Vocke diese Steuern gar nicht beachtet. Auch Sinclair spricht merkwürdigerweise nicht von ihnen, sondern erwähnt lediglich Versuche, eine ähnliche Steuer einzuführen. Hieraus ist auch der Irrtum Dowells zu erklären, der die Kopfsteuer von 1698 als die letzte bezeichnet. Das ist falsch; Dowell hat die Steuer des Jahres 1702 überschen.

Das Steuergesetz des Jahres 1702 enthält:

1. Eine Land Tax nach altem Muster.
2. Eine Kopfsteuer.
3. Eine Gewerbesteuer.
4. Eine Kapitalrentensteuer¹⁾.

1) Bezüglich der Besteuerung der Funds ist folgendes zu bemerken: Als die Fundhalter 1698 in der Weise besteuert worden waren, daß die Aktionäre der Ostindischen Kompagnie 5 £, die der Afrika-Kompagnie 1 £, die der Hudson-Bai-Kompagnie 5 £ zu zahlen hatten, war die Folge a caution to the public creditor: no man is more easily alarmed than the man about to lend his money.

Addison bemerkt im Spectator: „That fair virgin, public credit, has the most delicate and susceptible constitution.“ Danach wurde in den Loanbills ein Proviso eingeführt, daß Regierungsannuitäten should be clear of all taxes and duties whatsoever. Ferner wurde in der Land Tax, wo es geheißen hatte: „annuities payable out of the public revenue“ stets gesagt: „annuities or yearly payments by any act or acts

Auf die Land Tax ist schon hingewiesen worden. Es mag genügen, die übrigen Steuern kurz zu erläutern.

Zunächst hatten 50 sh für je 100 £ alle einzelnen Personen und Vereinigungen zu zahlen: using or exercising any trade, mystery, occupation or business merchandizing, shopkeeping or other buying or selling für alle Waren . . . Weiter bestimmte das Gesetz die Bezahlung von 3 d pro £ für alle Personen having any debts whatsoever owing to them an interest, within this realm or without, or belonging to or in trust for them, whether the same be owing upon mortgages, judgements, statutes, merchant or of the staple, recognizances, hands-bills, obligatory or other specialities or upon any notes or bills or any other securities for money at interest. Für Einkünfte aus Staatspapieren waren 4 sh pro £ zu zahlen, für fee or salary or any perquisites, allowances, poundage, gratuities, rewards, emoluments, income or profits als Beamte, Richter etc. 1 sh pro £¹⁾. Alle Juristen, Prediger, Lehrer, Mediziner usw. zahlten 4 sh pro £.

Schließlich hatten alle Personen, auch die bereits von den anderen Steuern betroffenen, eine Kopfsteuer in Höhe von 4 sh zu zahlen, ausgenommen waren nur Almosenempfänger nebst ihren Kindern unter 16 Jahren, die Armen, die auch keine Kirchengelder zu entrichten hatten, nebst ihren Kindern unter 16 Jahren, ferner die Kinder von Tagelöhnern und häusliche Dienstboten. Endlich die Kinder aller Personen, welche mehr als 4 Kinder oder keine 50 £ Einkommen hatten.

Was die Landsteuer betrifft, so läßt sich sagen, daß eine genügende Erklärung, wie schließlich ihr Erträgnis nur einige Schillinge werden konnte, wo es doch Tausende von £ sein sollten, bis heute noch nicht gegeben worden ist.

Im englischen Report heißt es: How the duty on personal estate was levied, or what was its proportion in the quotas, we have no means of knowing; All that we know is that in Mr. Pitts time it had dwindled nearly to nothing; and that the tax annually voted under the name of landtax had become a land-tax in reality. It seems almost incredible that year after year an Act should have been passed containing the most minute directions for the assessment of personal estate, that year after year assessors should have sworn to carry those directions into effect — and yet that nothing which could be called an assessment should have been made.

of parliament specially exempted from the payment of taxes or aids.“ Pitt war eifrigst auch unter Addison bedacht, daß diese fair virgine public credit nicht verletzt werde.

1) Es mag hier eine kurze Zusammenstellung der Besoldungssteuern gegeben werden. Soweit ersichtlich, wurde die erste 1404 erhoben, die zweite während der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, zusammen mit den allgemeinen Steuern. Zum dritten Male kam man auf Besoldungssteuern in den Jahren 1720, 1725, 1758. Im letztgenannten Jahr mußte von allen Gehältern über 100 £ 1 sh. gezahlt werden. Die Zensiten hatten die Gehälter anzugeben.

Bei einer Veranlagung in einem Teil von London waren im Jahre 1799 für Personaleinkommen 227 £, für Einkommen aus Land dagegen 29964 £ festgesetzt. 1823 war aber das gesamte Ergebnis der ganzen Land Tax 5416 £ 10 sh. bei einer 1% igen Besteuerung des Kapitalwertes des persönlichen Eigentums in England¹⁾.

In dem gleichen Bericht wird die Vermutung ausgesprochen, daß die auf dem personal property liegende Taxe eine feste Last wurde und daß bei Verziehen oder Tod oder sonstigen Unbeitreibbarkeiten die betreffende Summe auf das Land abgewälzt wurde,

Die Geschichte der Land Tax von 1698—1798 läßt sich kurz erzählen: Die Steuer bleibt unverändert. Nur wechselt die Rate.

1702: 4 sh.	1730: 2 sh.	1756 66: 4 sh.
1713: 2 sh.	1731: 1 sh.	1767 70: 3 sh.
1716: 4 sh.	1732: 1 sh.	1771: 4 sh.
1717 21: 3 sh.	1733: 2 sh.	1772 75: 3 sh.
1722: 2 sh.	1740 49: 4 sh.	1776 97: 4 sh.
1727: 4 sh.	1750 52: 3 sh.	
1728 29: 3 sh.	1753 55: 2 sh.	

Die Schwankungen in der Quotenliste entsprechen denen zwischen Krieg und Frieden und haben nichts auffälliges. Wohl aber kann man darüber verwundert sein, daß während dieser 100 Jahre die jährlich schlechter werdende Steuer nicht reformiert wurde. Eine andere Erklärung als die, daß das Gesetz der Trägheit in der englischen Finanzpolitik wie im allgemeinen, so ganz besonders in der des 18. Jahrhunderts seine Herrschaft ausübte, kann man kaum geben. Auch findet sich, soweit zu sehen ist, nirgendwo eine Äußerung über diese immerhin auffällige Erscheinung.

Erst Pitt suchte der alten Steuer ein Ziel zu setzen, und mit diesem Versuch aufs engste verknüpft ist die Einführung der Income Tax durch ihn.

1) Aus der Veranlagung von Londoner Stadtteilen seien noch folgende Zahlen mitgeteilt.

Das Ergebnis 1693 bei einer 4 s Aid betrug 34 057 £.

Die Quoten für 1698/99 betrugen 25 542 £ 19 s ³/₄ d.

Demgegenüber wurde 1799 erzielt:

	£	sh.	d
aus Land etc.	29 964	15	¹ / ₂
aus Personal property . .	227	15	5
aus Offices	2 320	2	4 ¹ / ₂
	32 512	12	10

8. Das 18. Jahrhundert.

Das ganze 18. Jahrhundert stand unter dem Zeichen der indirekten Steuern. Kein hier zu beachtender Fortschritt der direkten Besteuerung, kein Ansatz zu einer Einkommensteuer, keine Fortsetzung der alten, der Einkommensteuer günstig gesinnten Praxis¹⁾.

Wie es Ende des 18. Jahrhunderts mit der Besteuerung aussah, sagt drastisch ein Poem aus jener Zeit.

Should foreigners staring at English taxation,
Ask why we still reckon ourselves a free nation,
We'll tell them we pay for the light of the sun;
For a horse with a saddle, to trot or to run;
For writing our names; for the flash of a gun;
For the flame of a candle to cheer the dark night;
For the hole in the house, if it let in the light;
For births, weddings, and deaths; for our selling and buying —
Though some think 'tis hard to pay three pence for dying;
And some poor folks cry out: These are Pharaoh-like tricks,
To take such unmerciful tale of our bricks.
How great in financing our statesmen have been,
From our ribbons, our shoes, and our hats may be seen.
On this side and that, in the air, on the ground,
By Act upon Act now so firmly we're bound,
One would think there's not room one new impost to put,
From the crown of the head to the sole of the foot;
Like Jod, thus John Bull his condition deplores,
Very patient, indeed, and all covered with sores.

Wenigstens mittelbar wichtig für die Idee der Einkommensteuer waren die Staatsschulden des 18. Jahrhunderts.

Die englischen Staatsschulden begannen mit dem Jahre 1692²⁾, sind also ein Kind der Revolution, ein Kind der Zeit, wo von außen Ludwig XIV. und von innen die eigenen Bürger an dem Staatsgefüge rüttelten; kein Akt der Überlegung, der Freiwilligkeit, sondern der bitteren Not war damals die Aufnahme von Staatsschulden; aber von um so größerem Vorteil waren sie für die weitere englische Entwicklung; freilich auf der anderen Seite griff man oft zum Schuldenmachen, ohne daß Notwendigkeit dazu vorlag. Und so hat doch in gewisser Beziehung die Schuldenpolitik Englands seiner Finanzentwicklung wieder sehr geschadet.

1) Nur die Literatur ist wichtig. Vgl. Abschnitt B.

2) Die Parlamentskommission, welche im Dezember 1692 zwecks Beratung über die Mittel und Wege der Geldbeschaffung tagte, wurde von Somers geleitet. Der Antrag, eine Anleihebill vorzulegen, stammte von Montague. Die 3. Lesung fand am 20. Januar 1693 statt. Vergl. Commons Journal und Statut 4 William and Maria Cap. 3.

B. Geschichte der Steuerliteratur.

1. Allgemeines.

Man hat behauptet, daß es in England eine Finanzwissenschaft im deutschen Sinne nicht gibt. Und das ist bis zu einem gewissen Grade auch richtig. Aber es ist nicht absolut richtig. Indem man von dieser vorgefaßten Meinung ausging, hat man es unterlassen, die rudimentären Bestandteile zusammenzutragen, die zerstreut sind in zahllosen Pamphleten, Adressen, Parlamentsreden und Zeitungsnotizen, und die, in ihrer Gesamtheit betrachtet, charakteristische Schlaglichter werfen auf manchen Finanzgeist, der in Voraussetzung einer kommenden Praxis ausgebildete theoretische Erörterungen gegeben hat, die vergessen sind und noch ihrer Ausgrabung harren¹⁾. Aber „gerade auf dem Gebiet des Finanzwesens ist die ältere Litteratur von größerer Bedeutung, als in den übrigen Zweigen der Volkswirtschaftslehre. Ja, man kann sagen, daß der zur Herrschaft gelangende Smithianismus speziell die Entwicklung der Finanzwissenschaft vorübergehend eher zum Stillstand gebracht, als gefördert hat.“ Diese Worte Robert Meyers²⁾ sind nur allzu berechtigt. Beherzigt man sie und hält gründlich Umschau in der älteren Finanzlitteratur Englands, so findet man auch eine ganze Anzahl Bausteine zu dem Fundament des Gebäudes, das früher oder später einmal als englische Finanzwissenschaft erstehen wird.

Denn wenn England auch bis heute noch keine systematische Finanzwissenschaft produziert hat, und Deutschland mit seiner Wissenschaft von den Finanzen England weit überragt, so ist es dennoch ein großes Unrecht, die zahlreichen Erzeugnisse einfach ignorieren zu wollen, die, mögen sie auch noch so unsystematisch, ja größtenteils noch so ungelehrt erscheinen, immerhin eine Fülle von Gedanken enthalten, die fortgeführt und in die Praxis übertragen, einen unheilvollen oder glänzenden Einfluß ausgeübt haben auf die Steuer- und Finanzpolitik nicht nur des Britischen Reiches.

Die deutsche Finanzwissenschaft hat kein Recht, wie es z. B. Lorenz von Stein getan hat, Englands Finanzschriften als eine quantité négligeable zu behandeln. Ein unscheinbares Pamphlet hat gerade hier schon mehr Wirkung gehabt, als dickleibige Materialsammlungen gelehrtester Autoren. Gerade der Umstand, daß Pitt in seinen epochemachenden finanzpolitischen Maßregeln Adam Smith nicht gefolgt, wohl aber den Chimären eines Price nachgegangen ist, gibt zu denken.

1) Auch Kautz erwähnt nur wenige Schriften. Allein selbst diese sind durchaus nicht die bedeutendsten.

2) In dessen Prinzipien der gerechten Besteuerung. Berlin 1884, S. 1.

Den Grund, daß England im 17. und 18. Jahrhundert „so wenig wie jetzt eine selbständige Finanzwissenschaft hat entwickeln können“ sieht Lorenz von Stein darin, daß das „auf die Bewilligung der einzelnen Steuern für einzelne Verwaltungsaufgaben mit mehr oder weniger Bestimmtheit basierte gesamte Finanzwesen, sich immer nur in dem Kreise solcher einzelnen finanziellen Fragen bewegte, und die Bewilligungen selber, wie die Zwecke desselben, stets an die jährliche Anerkennung durch das Parlament gebunden waren.“ . . . „So entstand — fährt Stein fort —, weder das Verständnis der Einheit des Finanzwesens, noch das seines Verhältnisses zur Volkswirtschaft“. . . . „Auf keinem Gebiete des staatlichen Wesens stehen sich England und der Kontinent fremder gegenüber, als gerade hier“ und daß nur „langsam und stückweise erst mit dem 19. Jahrhundert die Wechselwirkung zwischen beiden eintritt, auch hier ein gemeinschaftliches europäisches Leben über den beschränkten Gesichtskreis der einzelnen Völkerindividualität erhebend“, ist Steins Ansicht¹⁾.

Für Stein gibt es überhaupt keine finanzwissenschaftlichen Schriften vor Adam Smith, so gering er dessen finanzwissenschaftliche Leistung an sich auch veranschlagt. Aber er erkennt andererseits nicht, daß England durch die Praxis ohne die Theorie mehr geleistet hat, als andere Staaten mit der Theorie und Praxis zusammen.

Man wird dieser von Stein vertretenen Anschauung kaum beitreten können. Ein Urteil über die Steuerliteratur vor Smith konnte sich Stein deshalb nicht erlauben, weil er die Quellen so wenig wie andere, welche über Englands Steuerwesen vor Smith abfällig geurteilt haben, kannte. Nur Roscher, Hasbach und Seligman machen eine Ausnahme. Wenn aber nach Adam Smith die englischen finanzwissenschaftlichen Schriften an Zahl und Inhalt hinter den deutschen erheblich zurückstehen, so liegt die Veranlassung hierfür²⁾ wohl in der auf dem Gebiete der Finanzwissenschaft im Verhältnis zu seinen anderen Leistungen weniger bedeutende Leistung Adam Smiths, welche zu übertreffen man sich bis heute in England nicht bemüht hat, da man noch immer Adam Smith als den Meister ansieht, über den hinauszustreben man in finanzwissenschaftlichen Dingen nicht Zutrauen genug zu haben scheint.

Für das hier behandelte Thema hat Smith überhaupt nichts Positives geleistet; denn bei der Einführung der Einkommensteuer kam es weniger auf die Konstruktion eines wissenschaftlichen Systems an, als auf die Erkenntnis ihrer Zweckmäßigkeit überhaupt; und so erklärt sich auch, warum hier auf Finanz-

1) Finanzwissenschaft, Bd. I, S. 137.

2) The literature of taxation in the English language is meagre, and an American literature on this subject can scarcely be said existing. — Ely. Taxation in american states and cities 1888.

schriften eingegangen wird, auf welche die Kritik Anwendung finden kann, die Laspeyres¹⁾ den holländischen Finanzschriften des 17. Jahrhunderts zu teil werden läßt. Er sagt: „Wie die Steuereinrichtung selbst eine mehr zufällige als wissenschaftlich überlegte war, so auch das meiste von Literatur darüber. Die Beurteilung erstreckte sich immer nur auf eine, oder sehr wenige eng miteinander verbundene Steuerarten. Daß man ein Urteil über die Güte der Steuer nur aus einer Gesamtbetrachtung aller Steuern in einem Lande sich aneignen könne, fällt wenigen ein.“

Weit entfernt davon das Verhältnis einer einzelnen Steuer zu dem gesamten Steuersystem eines Landes zu unterschätzen, eine Lehre, welche seit langem Gemeingut der Nationalökonomie ist, mag doch betont werden, daß, bevor man sich ein solches Gesamturteil über den Wert oder Unwert einer Steuer auf Grund der Gesamtbetrachtung aller Steuern erlauben kann, man doch wohl nicht Unrecht tut, zunächst einmal eine wichtige Steuer isoliert zu betrachten.

Auch die isolierte Betrachtung erfordert Mühe genug und ist für jede einzelne Steuer erforderlich, ehe man es wagen kann, an eine Gesamtbetrachtung aller Steuern zu gehen.

Wie Englands auswärtige Kriege seine Steuereentwicklung schufen, so fällt in die Zeit des Bürgerkrieges das Entstehen der Steuerliteratur. Vor Cromwell kann von irgendwelchen beachtenswerten literarischen Erscheinungen über das Steuerwesen nicht gesprochen werden. Insbesondere kann von einer Ausbeute englischer Schriften für die hier allein zu behandelnde Steuerart, die Einkommensteuer, nicht die Rede sein. Vor dieser Zeit liegen nur Schriften, die für das Staats- und Verwaltungsrecht von Bedeutung sind.

Erst die Verbreitung der indirekten Steuern, der Accise, und der bald danach entstehenden Staatsschuld, haben den äußeren Anlaß gegeben, daß sich Schriftsteller mit Steuerfragen im allgemeinen beschäftigt haben, daß man Erwägungen anstellte darüber, was man bisher für Steuern gehabt und ob sie zweckentsprechend gewesen wären; ob insonderheit die augenblickliche Steuerverfassung gerecht oder verbesserungsfähig wäre. Die Übelstände der Land Tax sind das dritte äußere Moment, an welches sich die Steuerschriften anschließen.

2. Vorbereitung bezw. Gegner; Akzisestreit.

Der Name des Philosophen Hobbes ist derjenige, welcher hier an die Schwelle der Einkommensteuerliteratur gestellt wird. Nicht als ob sich bei ihm irgendwie eine direkt auf die Einkommensteuer abzielende Erörterung fände.

¹⁾ Geschichte der volkswirtschaftlichen Anschauungen der Niederländer und ihrer Literatur zur Zeit der Republik. Leipzig 1863, S. 239.

Im Gegenteil: seine Lehre war dem hier interessierenden Gedanken feindlich gesinnt. Aber die Bedeutung eines Hobbes für die Geisteswissenschaft, nicht nur seines Zeitalters, ist so groß, daß viele Schriften nicht gewürdigt werden könnten, wollte man den Einfluß des Philosophen ganz überspringen. Gerade die Negierung der Besteuerung des Einkommens durch ihn hat höchstwahrscheinlich andere zum Nachdenken herausgefordert und deren Schriften angeregt.

In seiner 1642 erschienenen Schrift *De Cive*¹⁾ gibt Hobbes folgende Abhandlung über die Steuer, welche hier angeführt wird, nicht etwa weil der von ihm vertretenen Meinung Originalität zuzuschreiben wäre, sondern weil Hobbes' scharf formulierte Ansichten als die damals und auch schon vorher herrschenden anzusehen sind.²⁾

Hobbes warnt vor zu hohen Steuern, weil sonst ein Aufstand der Bevölkerung droht. Er fordert eine gleichmäßige Gestaltung der Steuer, eine gleichmässige Verteilung, weil diese zur Erhaltung des Friedens beitrage. Die Steuern der Bürger sind ihm der Preis für den erkämpften Frieden, und es ist deshalb nur billig, daß alle, die an diesem Frieden in gleicher Weise teilnehmen, auch gleiche Beiträge leisten. Ihm ist es ein Naturgesetz, daß die Herrscher die Abgaben gleich verteilen. Von besonderer Wichtigkeit ist die Forderung Hobbes, daß die Steuern nach dem, was jeder verbraucht, nicht nach dem, was jeder besitzt, bemessen werden müssen. Unter der Gleichheit ist indessen hier nicht die Gleichheit des Vermögens — so führt er im einzelnen aus — sondern der Last zu verstehen, d. h. die verhältnismäßige Gleichheit zwischen Last und Vorteil. Denn wenn auch alle den Frieden gleich genießen, so sind doch die Vorteile des Friedens nicht für alle die gleichen: der eine erwirbt mehr, der andere weniger; der eine verzehrt mehr, der andere weniger. Es fragt sich daher: sollen die Bürger zu den öffentlichen Ausgaben nach Verhältnis ihres Erwerbs oder ihres Verbrauchs beitragen? d. h. sollen die Bürger die Steuern nach Verhältnis ihres Vermögens tragen, oder sollen diese an der Menge der von ihnen verbrauchten Gegenstände gemessen werden? Wenn die Steuern nach Verhältnis des Vermögens entrichtet werden, so besitzen doch die, welche gleiches gewonnen haben, noch nicht ein gleiches Vermögen, indem der eine das Erworbene sparsam bewahrt, während der andere es in Luxusdingen vergeudet. Obgleich daher beide die Wohltaten des Friedens gleich genießen, tragen sie doch nicht gleich zu den Lasten bei. Werden dagegen die Steuern von den

1) Deutsch 1873 von v. Kirchheim.

2) Über die Literatur vor Hobbes in Deutschland und Frankreich, insbesondere über Bodinus, Obrecht, Besold, Klock u. a. siehe Meyer, *Prinzipien der gerechten Besteuerung*, S. 4-7.

Lexis-Festschrift.

Gegenständen erhoben, so zahlt jeder in der natürlichen Weise bei der Verzehrung des Seinigen den dem Staate schuldigen Teil nach Verhältnis dessen, nicht was er besitzt, sondern dessen, was er durch die Vorteile des Staates besessen hat, gerade dadurch, daß er das Seinige verzehrt. Es ist also klar, daß die erstere Art der Steuererhebung gegen die Billigkeit und also auch gegen die Pflichten der Herrscher verstößt, während die letztere Art mit der Vernunft, also auch mit ihren Pflichten übereinstimmt ¹⁾ 2).

Dieselbe warme Verteidigung der indirekten Abgaben, der Akzise, findet man bei einem Schriftsteller einer ganz anderen Richtung, bei Petty.

Statistik und Geschichte kommen aber bei Petty wenigstens zu ihrem Rechte, und was er darüber sagt, ist richtiger, als sein Eintreten für die Akzise ³⁾.

Auch Petty mißt den Reichtum eines Mannes an dem, was er ißt, trinkt, genießt. Deshalb soll jedermann Steuern zahlen im Verhältnis zu dem Vorteil, den er durch und während des öffentlichen Friedens genießt. Die einzelnen Nahrungsmittel sollen besteuert werden. Die Vorteile der Akzise sieht er in der natürlichen Gerechtigkeit, daß jeder zahlt according to what he actually enjoyeth; weiterhin in ihrem hohen Ertrage und in der Vermeidung einer doppelten Besteuerung desselben Gegenstandes durch dieselben Personen. Charakteristisch ist sein Hinweis auf Holland ⁴⁾ 5).

Diesem Eintreten Hobbes, Pettys und anderer für die Akzise stehen natürlich zahlreiche Gegner gegenüber.

Die Schrift Lesers: Ein Akzisestreit in England ⁶⁾ orientiert gut über

1) Vgl. Kap. XII, XIII, S. 154, 164 etc.

2) Über Hobbes vgl. W. Graham, *English political philosophy from Hobbes to Maine*, 1899, S. 1 ff.

3) *A discours of taxes and contributions*. London 1689.

4) Sehr beachtenswert sind die allgemeineren Auseinandersetzungen Pettys über die Wege der Besteuerung. Landvermögenssteuer, Landertragssteuer und Haussteuer finden bei ihm kritische Würdigung, und was er über die Kopfsteuern sagt, darf auch heute noch als richtig angesehen werden. Er meint, die bisherigen Kopfsteuern have been wonderfully confused. Er unterscheidet simple poll-money upon every head of all mankind alike, welche er als very unequal bezeichnet. Denn wer am meisten Kinder habe, zahle am meisten, und das Ergebnis sei, daß, je ärmer man sei, man desto härter von der Steuer betroffen werde. Die zweite Gruppe der Kopfsteuern bezeichnet er als poll-money upon every head, but distinguished by tithes of honour without any kind of office or faculty, und diese Steuern erscheinen ihm much more equal.

5) Über Pettys Stellung in der Geschichte der Nationalökonomie siehe Hülls Aufsatz im *Quarterly Journal of Economics*. Boston 1900, Vol. XIV, S. 307 ff.

Hier heißt es S. 325: „Not before Adam Smith perhaps can another discussion of the subject be found so thorough and so well balanced as is Petty's.“ — Siehe auch W. L. Bevan: *Sir William Petty, a study in English economic literature*. Baltimore 1894.

6) Heidelberg 1879. Erwähnt mag werden, daß die von Leser S. 47/49 mit dem Erscheinungsjahr 1733 angeführte Schrift *Excise anatomized and trade epidemized etc.* bereits 1649 erschienen ist.

die hier einschlägige Literatur. Leider beachtet Leser aber in erster Linie nur den Kampf gegen die Akzise, weniger die positiven Vorschläge.

Die Land Tax gab Anlaß zu der beachtenswerten Schrift des Marquis of Halifax vom Jahre 1693 ¹⁾.

Dieser konstatiert hier, daß man in England früher u. a. folgende Steuerregeln beobachtet habe.

1. Keine Steuern auf allgemein notwendige Dinge, vielmehr auf überflüssige;
2. kein Druck auf die einheimischen commodities and manufactures, materials or other things relative hereto;
3. Vermeidung von Steuern auf Dinge, von denen das Volk keinen Nutzen hatte; dafür Besteuerung des Handels, des Ackerbaus oder anderer gewinnbringender Tätigkeit;
4. man vermied neue und fremde Taxen; wurden sie ausnahmsweise eingeführt, dann geschah dies nicht ohne Beratschlagung mit den Steuerzahlern; und dennoch waren Rebellionen die häufige Folge;
5. man nahm große Rücksicht auf die verschiedenen Rangklassen;
6. man belastete das Geldkapital und das persönliche Eigentum, welches nicht im Handel Verwendung fand, doppelt durch die Besteuerung des Landes und des Handels;
7. Gleichheit in der Besteuerung war ein Hauptgrundsatz.

Aus den weiteren Erörterungen des Marquis of Halifax sei hervorgehoben, daß er die Steuerfreiheit der Arbeiter — abgesehen von den Kopfsteuern — besonders betont und den Umstand hervorhebt, daß man die Steuererhebung stets so einzurichten bestrebt war, daß sie mit möglichst geringen Beschwerden behaftet war, rather a moral equality than a mathematical one.

Halifax befürwortet nach einer beachtenswerten Kritik der Land Tax und Poll Tax die Reform der Landsteuer unter anderem durch Besteuerung nach dem Ertrage, nicht nach dem Vermögen, da ein Haus oder Stück Land eine Last sein könne, ohne etwas einzubringen. Er ist kein Gegner der Kopfsteuer im Prinzip, sondern nur für eine energische Reform derselben.

Auch Davenant ²⁾, wie Petty ein Statistiker, stellt Forderungen auf, welche für die Steuerverwaltung von Vorteil wären. Davenants Schriften ³⁾ sind be-

1) An essay upon taxes, calculated for the present juncture of affairs in England, 1693. Neu- druck in der Collection of scarce and valuable tracts. 2. Aufl., Vol. XI. London 1814.

2) „Ein ebenso gebildeter wie geistreicher Mann“ von Roscher a. a. O. S. 108 genannt.

3) An essay upon ways and means of supplying the war, 1695. Discourses on the public revenue and on the trade of England, 1698. Gesamtausgabe seiner Werke in 5 Bänden 1771 von Ch. Whitworth.

sonders beachtenswert, weil hier die merkantilistische Auffassung deutlich zutage tritt, und ferner, weil das Staatsschuldenwesen in Betracht gezogen wird. Auch dieser Autor empfiehlt die Akzise als das beste Abgabesystem und bekämpft die Kopfsteuern, weil sie vervierfacht nur die Hälfte mehr gebracht hätten. Er ist gegen die Staatsschulden, weil sie den Zins erhöhen und dadurch dem Handel schaden.

Davenant ist ein Hauptvertreter jener Richtung in der englischen Steuerliteratur, welche in Holland das Musterland, in dem holländischen das ideale Steuersystem sieht. Mit Nachdruck führt er an, daß die holländische Bevölkerung ein Drittel des Nationaleinkommens an Steuern entrichtet, daß aber dessen ungeachtet der Reichtum des Volkes in jedem Jahre gewachsen sei, which must chiefly proceed from the equality they observe in laying their taxes; for equal taxes put all people upon an equal foot of trade and upon an equal foot of living und fährt Davenant fort: The eight pennies raised upon the annual income or expence of England, would have maintained the war a great while, on the foot of 5 millions a year, if the burthen had been put upon all degrees of men with geometrical proportion; for in all probability an equal land tax and moderate duties upon the whole consumption would have produced such a sum. Dann hätte England jetzt keine Schulden, meint der Autor.

Stets kommt Davenant auf das Nationaleinkommen zurück. Dennoch findet sich kein Durchringen zur wirklichen Besteuerung des Einkommens, sondern nur eine unsystematische Menge von Steuern wird von ihm gefordert. Dies wird wahrscheinlich veranlaßt durch die Handelsbilanztheorie, denn: Tis true, land may be hurt, but cannot be destroyed by taxes; but trade and manufactures may be so overloaded with duties, as in process of time to be in a manner lost.

Als das beste erscheint ihm eine mixed aid, consisting of a charge upon land, a poll and some new duties upon our home-consumption of commodities, foreign and domestics.

Wie Hobbes für die Frage: direkte oder indirekte Steuern maßgebend wird, so hat Locke¹⁾ nachhaltigen Einfluß auf die Frage nach der Abwälzung ausgeübt, insbesondere aber zuerst den Gedanken einer einzigen Landsteuer ausgesprochen.

Alle Steuern müssen auf die Landlords fallen, warum — so fragt er — soll man dann nicht gleich alle Steuern von den Landlords erheben?

1) Considerations of the lowering of interest in Bd. V seiner 1823 in 11. Auflage neu aufgelegten Werke.

Es sind eigentümliche Gegensätze, die sich bei den zahlreichen Pamphletisten, welche bezüglich der Finanzen Vorschläge machen, finden. Bald wird nur eine einzige Steuer als das beste gepriesen — und eine solche wird von den verschiedenen Autoren für die verschiedensten Objekte empfohlen — bald wird ein ganzer Katalog von Steuern gefordert.

Eine weitere Eigentümlichkeit ist, daß ein Autor meist nichts von dem anderen weiß, oder dies wenigstens nicht zeigt.

Der Charakter der ganzen Pamphletliteratur erhellt schon daraus, daß die überwiegende Mehrzahl der Schriften den leitenden Finanzpolitikern gewidmet wird. Ihre Zahl ist Legion; Vollständigkeit in ihrer Aufzählung ist ausgeschlossen und mit Leser kann man sagen: „Da die Kenntnis und gründliche Durchforschung aller Schriften, von denen es denkbar wäre, daß sie eine Ausbeute ergeben, an die Unmöglichkeit grenzt, so wird es in vielen Punkten mehr oder minder Sache des Zufalls sein, ob eine glückliche Hand aus der Fülle des Materials gerade das Bedeutende und Maßgebende herausgreift. Deshalb scheint es mir von Wert zu sein, wenn wenigstens jeder, der über eine erhebliche Frage aus der Geschichte der Nationalökonomie durch vollkommenere Hilfsmittel oder veränderte Betrachtungsweise neue Aufschlüsse gewonnen zu haben glaubt, dieselben der Öffentlichkeit unterbreitet¹⁾.“

Wie auf die Beeinflussung Englands durch Holland²⁾ in Bezug auf die Akzise hingewiesen werden mußte, so ist des nachhaltigen Einflusses zu gedenken, welchen Frankreich durch die Schriften Vaubans bezüglich einer einzigen Landsteuer auf England ausgeübt hat. Mag auch die ursprüngliche Idee vom Engländer Locke ausgegangen sein, erst auf dem Umwege über Frankreich wurde sie häufig Gegenstand der Betrachtung seitens anderer englischer Schriftsteller.

Man hat in der Regel bei der so häufig erörterten „einzigen Steuer“ ausschließlich oder doch vorzugsweise die französische Literatur beachtet. Es erscheint unter diesen Umständen nicht unzuweckmäßig, auf einige wenig oder garnicht bekannte Schriften aufmerksam zu machen. Die erste englische Übersetzung der Schrift Vaubans rührt aus dem Jahre 1708 her und erschien in zweiter Auflage 1711 unter dem Titel: *An essay for a general tax or a projekt for a royal tythe*.

1) Untersuchungen zur Geschichte der Nationalökonomie, Jena 1881.

2) Der Hauptvertreter des Zusammenhangs mit Holland war Sir William Temple (1628—1700), besonders in seinen *Observations upon the united Provinces of the Netherlands*, 1672. — Roschers Überschrift „Die Nachahmung der niederländischen Handelsblüte“ läßt sich durchaus analog auf die der „Steuerblüte“ anwenden.

Eine ganz eigentümliche Veröffentlichung nennt sich *Census Catholicus* or a project of a tax, which will be as large and extensive as a general excise, yet not so difficult in settling nor so changeable in the management; being exactly proportioned to the abilities of the rich, the necessities of the poor, but hardly to be perceived by anybody. With some brief remark on a book, entitled an essay for a general tax or a project for a royal tythe, written by the famous monsieur Vauban.

Die Schrift ist dem Parlament gewidmet und als Privatdruck hergestellt (1711). Es wird in ihr der Wunsch ausgesprochen, daß man die Royal Tythe auch in Großbritannien einführen möge, allein der Verfasser meint, es seien viele Punkte von Vauban nicht beachtet, welche zu erheblichen Schwierigkeiten Veranlassung gäben und schlägt als einzige Steuer eine allgemeine Umsatzsteuer in Form einer Stempelquittungsteuer vor.

Eine andere single tax befürwortet Richardson. In seinem anonymen Essay on the causes of the decline of the foreign trade 1744 verlangt er als einzige Steuer eine Lizenzabgabe für alle Luxusartikel.

Die Forderung einer einzigen Steuer auf Häuser findet sich vornehmlich vertreten in der Schrift von Matthew Decker: *Serious considerations on the several high duties which the nation in general (as well as it's trade in particular) labours under; with a proposal for preventing the running of goods discharging the trader from any search, and raising all the public supplies by one single tax.* 7. Aufl. 1759 (1. Aufl. 1742).

Die gleiche Steuer verlangt Francis Dobbs in der Abhandlung *Thoughts on the present mode of taxation in Great Britain*, 1784.

Eine eigentümliche Verquickung zwischen einziger und Einkommensteuer findet sich in einem Manuskripte von Dr. Price, einem Autor, der noch des öfteren zu erwähnen sein wird. Es wurde von dem mit der Regierung in enger Föhlung stehenden Verfasser dem Minister Shelbourne Anfang der siebziger Jahre eingereicht und führt den Titel: *A sketch of proposals for discharging the public debts securing public liberty and preserving the state*¹⁾. Unter Bezugnahme auf die Vaubansche einzige Steuer fordert Price a pound rate (like the land tax) on all incomes, wobei er meint: The income of the kingdom arising from land, labour, trade, employments, the funds etc., can scarcely be less than a hundred million the year; one tenth therefore of everyones income would raise the necessary revenue. . . . Secondly a poll-tax. . . . Thirdly a tax upon Houses. . . .

1) Bd. CXVII, Landsdowne Manuskriptsammlung.

3. Die ersten Apostel der Einkommensteuer.

Nach den bisher erwähnten, wohl als Gegner, nicht als Vorläufer zu betrachtenden Autoren, erscheinen die ersten Apostel einer Einkommenbesteuerung im Anschluß an die Erörterungen über die beste Deckung der allmählich anwachsenden Staatsschulden. Es sind Archibald Hutchison und James Gould.

Im Jahre 1714 hatte Hutchison eine Eingabe an den König gerichtet, mit dem Inhalt, die für die nötigen Ausgaben erforderlichen Gelder within the year zu erheben. Er meinte, um einen Bankerott des Staates zu vermeiden, sei es unbedingt notwendig, in der Zukunft die erforderlichen Abgaben innerhalb des Jahres zu erheben, für welches sie erforderlich seien, um all dem Mißgeschick zu begegnen, welches in den letzten 12 Jahren nur allzu deutlich zufolge des Borgsystems, der Anhäufung der Staatsschulden, zutage getreten sei. Aber nicht genug damit, auf diese Weise für die zukünftigen Staatsausgaben zu sorgen, geht Hutchison in seinen Forderungen weiter und verlangt die Übertragung der bereits bestehenden öffentlichen Schuld auf die einzelnen Individuen in genauer Proportion, sodaß jeder im Verhältnis die Last für sich trägt, die er jetzt zusammen mit allen anderen teilt. Auf diese Weise, so glaubt er, werden die Staatsschulden bezahlt von allen Einwohnern Großbritanniens in the most equal and just proportions which can be made.

Es mag hier vorgreifend bemerkt werden, daß Hutchisons Plan, der zur Zeit seines Aufkommens nur sehr geringe Beachtung fand, nach 200 Jahren neu auflebte. Damals, 1833, nannte ihn Pebrer one of the best and least difficult measures of this nature ever proposed. Bekanntter ist die Vertretung desselben Gedankens noch später durch Ricardo.

Nicht weniger beachtenswert als Hutchisons Schrift ist eine kleine Abhandlung von James Gould aus dem Jahre 1726. Man findet hier eine recht gründliche Untersuchung der Wirkungen der Staatsschulden, insbesondere des sinking fund, welche an dieser Stelle jedoch weniger interessieren. Hier ist die Ansicht Gould's von Bedeutung, daß die gegenwärtigen Steuern nach Bezahlung der Staatsschulden überhaupt fortfallen könnten. Diese Behauptung führt den Schriftsteller zur Betrachtung der einzelnen Steuern und dabei gibt er folgenden Gedanken Ausdruck:

Die Steuern, welche auf dem Konsum liegen, werden von den Konsumenten getragen. Jeder von diesen zahlt freiwillig entsprechend seinen Ausgaben. Contributions in this manner generally made by the inhabitants of a country in proportion to their expence, will be likewise made in near proportion to the real value of the property of the same inhabitants.

Gould verkennt die möglichen Ungerechtigkeiten dieser Steuern durchaus nicht, welche sich zeigen können, wenn jemand mehr oder weniger ausgibt, als dem Verhältnis zu seinem Einkommen entspricht, aber er meint: such a tax on our expences appears the more eligible . . . und fügt hinzu: a tax proportioned to the expences . . . will collect a proportion of the income . . .

Man begegnet hier also ganz deutlich Erwägungen über die, wenn auch nur mittelbare, Erfassung des Einkommens durch die Besteuerung.

In der von Sinclair gegebenen Literaturübersicht findet sich mit dem Erscheinungsjahr 1738 eine Schrift: An enquiry into the causes of the increase and miseries of the poor with a proposal for raising the annual supplies by a tax on the income. Leider ist trotz aller Nachforschungen in einer großen Zahl der vorzüglichsten Bibliotheken Englands keine Spur dieser Schrift zu entdecken gewesen. Allein der Titel sagt bereits deutlich, daß der Autor dieser Schrift, welcher ebenfalls unbekannt ist, tatsächlich an eine Einkommensteuer gedacht haben muß. Bemerkenswert ist der Zusammenhang einer Einkommensteuer mit der Armenpflege, während die meisten anderen Schriften im Zusammenhang mit der Finanznot standen.

Dies gilt insbesondere von einer ganzen Reihe von Schriften, die 1746 und in den folgenden Jahren erschienen, welche in nur loser Verbindung mit dem hier erörterten Thema stehen und daher nicht berücksichtigt werden können. Sie behandeln alle die Landsteuer und die Staatsschulden; die Reformen, welche sie vorschlagen, liegen aber weitab von der Einkommenbesteuerung.

Von hervorragender Bedeutung für das hier behandelte Thema ist aus dieser Zeit nur eine kleine, soweit man sieht, völlig unbekannt gebliebene oder vergessene Schrift, welche den Titel trägt: An essay on the inequality of our present taxes, particularly the land-taxes and on the means to raise, by an equal easy taxation, the necessary supplies within the year, 1746.

In diesem Pamphlet findet sich eine treffliche Kritik der Landsteuer. Der Verfasser erkennt und geißelt es aufs schärfste, daß nur das Land diese Steuer bezahlt, das persönliche Eigentum aber fast frei ausgeht. I verily believe that at this day, there is not a personal estate in England that pays a shilling towards it. Er führt eine ganze Reihe von Beispielen an, wo nur 3 d oder andere verschwindend kleine Summen statt 4 sh bezahlt werden. Auch die Zölle und andere Abgaben findet er ungerecht und ungleich verteilt; und schließlich macht er folgenden Vorschlag:

In the stead of all our present taxes I would propose, that one tax of 2 sh in the £ should be laid upon the annual income of . . . families, except manufacturers and labourers earning under 40 £ a year, who should be taxed in the following manner.

Bei einem Einkommen von 20—30 £ sollen gezahlt werden 20 sh, ausgenommen soll ein Vater von drei Kindern unter 12 Jahren sein. Wer 30—40 £ hat, soll 50 sh zahlen; ein Vater mit drei Kindern unter 12 Jahren, welcher ein solches Einkommen hat, soll 20 sh zahlen.

Da der Verfasser das Einkommen aus der Bebauung des Landes für halb so groß ansieht, als dasjenige aus den Renten, so will er die Pächter nur mit 12 d pro £ besteuert wissen.

Höchst beachtenswert ist der Gedankengang, welcher den Autor zu einer Einkommenbesteuerung führt. Er sagt: Die Ausgaben der Nation übersteigen jetzt ihr Einkommen. Bei angemessener Besteuerung würde die Skala sich zum Vorteil der Nation ändern. Statt der Ausgaben soll das jährliche Einkommen besteuert werden, und dieses ist all that the whole body of our people get or receive from land, trade, arts, manufacturers labour or any other way whatsoever.

Wenn das jährliche Nationaleinkommen den Ausgaben gleich ist, sind Anleihen unnötig, and if by our present method of taxing we pay but ten $\frac{1}{10}$ more than we need (and we certainly pay much more) and if thereby we occasion an expence beyond our income, the saving of that money by an equal taxation, as it would render our contracting any new debts unnecessary, so it would enable us to carry on the war till our enemies should be compelled to be for peace.

Es mögen auch die interessanten Berechnungen des Autors mitgeteilt werden. Er schätzt die Einwohnerzahl von

England	auf	8 200 000 Pers., mit Renten in Höhe von 22 000 000 £ und Ausgaben in Höhe von 65 600 000 £
Schottland	„	1 600 000 „ „ „ „ „ „ 3 600 000 „ „ „ „ „ 8 000 000 „
Irland	„	2 700 000 „ „ „ „ „ „ 5 600 000 „ „ „ „ „ 12 000 000 „
<hr/>		
Sa. 12 500 000 Pers., mit Renten in Höhe von 30 600 000 £ und Ausgaben in Höhe von 85 600 000 £		

Die Anzahl der Familien schätzt der Verfasser auf 1 500 000, wovon er 600 000 für so arm hält, daß sie von jeder Steuer befreit werden müssen. Mithin müssen die übrig bleibenden 900 000 die Steuer tragen, und das sind diejenigen Familien, von welchen oben die Rede war. Er will auch Lohnangestellte besteuern, und zwar nach dem Jahreslohn mit 12 d pro £. Eine erhöhte Steuer will er für Junggesellen zur Beförderung der Heiraten und eine solche für Privatleute zur Beförderung des Handels und der Industrie eingeführt wissen. Er stellt im einzelnen folgendes Schema auf:

Personenzahl	Berufsgruppe	Einkommen	Steuerertrag
250 000	Owners of lands and buildings	22 000 000	2 200 000
	do, as occupiers of half the lands	4 500 000	450 000
250 000	Farmers of the other half	4 500 000	450 000
60 000	Handicrafts earning 50 £ or upwards	3 000 000	300 000
70 000	Desgl. 30 or upwards	2 100 000	125 000
90 000	Desgl. 20 „ „	1 800 000	90 000
70 000	Retailing Shopkeepers at 50 £ each	3 500 000	350 000
3 000	Eminent merchants	1 800 000	180 000
12 000	Lesser merchants	3 600 000	360 000
30 000	Owners, officers, Traders at sea	3 000 000	300 000
25 000	Married men	2 500 000	250 000
12 000	Officers, place-men, pensioners etc.	2 400 000	240 000
10 000	Lawyers of all sorts	2 000 000	200 000
18 000	In liberal arts and sciences	1 800 000	180 000
600 000	Labourers and poor men	6 000 000	—
1 500 000	Usual profits not reached by the tax	1 100 000	—
	Sa.	65 600 000	
	Servants and journeymen-bachelors		500 000
	Additional duty about		300 000
	Excise to be continued about		1 500 000
	For Scotland	8 650 000	675 000
			8 700 000

Interessant sind ferner die Pläne, welche der unbekannte Verfasser über die Erhebung der Steuern äußert.

Alljährlich soll eine Versammlung in jeder Pfarrgemeinde stattfinden, woselbst alle house-keepers, tenants, farmers, masters bei Vermeidung von Strafe zu erscheinen haben. Er fordert die Angabe der Einkommen in Schriftstücken, teils direkt, für die housekeepers teils auch indirekt, indem die Farmer die Einkommen der Landlords anzugeben haben, die Herrschaften die Einkommen der Dienstboten und der Mieter. Die Kommission soll in derselben Weise ernannt werden, wie diejenige für die Landtax. Die Aufbewahrung und Anfertigung genauer Listen in der Kirche mit dem Inhalt, daß die Einkommen einen bestimmten Betrag im vergangenen Jahre nicht überschreiten, wird verlangt. Die church-wardens erhalten zur Hilfe für die Erhebung den officer of the excise ihres Distrikts beigeordnet. Besondere Vorschläge finden sich für Ermittlung und Besteuerung des Einkommens der Ärzte und Mitglieder von Gesellschaften.

As a tax of this sort has never yet, that I knew of, been offer'd to the public in the manner this is proposed; I grant there may be deficiencies in it which cannot be discovered till a trial be made, meint der Verfasser.

Der Einwand sei möglich, die Macht der Kommission sei zu groß. Aber es sei zu bedenken, daß sie nur einmal im Jahre, vielleicht nur einmal im Leben den Steuerzahler trifft. Der ehrliche Mann wird hierin keine Schwierigkeit finden und der Schwindler kann nicht hart genug betroffen werden ¹⁾.

Allmählich scheint der Gedanke der Besteuerung des Einkommens statt der Ausgaben weiter durchgedrungen zu sein; denn auch in der 1751 erschienenen Schrift von Gordon über *The History of our national debts and taxes from the year 1688 to the year 1751*, welche im übrigen nur ein geistloser Auszug aus Parlamentsakten mit meist wörtlichem Abdruck ist, findet sich folgende Stelle: *Nothing is more equitable than that every man should contribute to the expence necessary for his protection in proportion to his free annual income, let that income arise from whence it will* ²⁾.

Auch der Gedanke Hutchisons war nicht untergegangen. In den Manuskripten der Lansdowne-Sammlung findet man, herrührend von Dr. Johnson, eine Abhandlung mit der Bezeichnung „*On the National debt*“, enthaltend einen Vorschlag der Schuldentilgung durch Abgabe eines bestimmten Betrages of every mans work, to be delivered at the church door in a coffer and without any charge or trouble to the Governor or State upon oath, of whether by an assessment in every district in the Kingdom, it matters not.

Eine ausführliche theoretische Begründung folgt dieser Erörterung ³⁾.

4. Rückschlag.

Hume, Steuart, Smith, Price.

Wieder ist es ein Philosoph, dessen Schriften die Geschichte des Einkommensteuergedankens beeinflussen. Wie aber Hobbes durch seine Theorie, wenn auch nur mittelbar, jenen Gedanken fördert, so hat Hume einen großen Rückschlag herbeigeführt. Er hält insbesondere in seinen *Essays and treatises on several subjects*, 1752 geschrieben, 1788 erschienen, für die besten Steuern die-

1) Von dem Weiblich des unbekannten Verfassers zeugt auch der Umstand, der wohl nirgendwo sonst vor dieser Zeit beachtet wurde, daß er hervorhebt, es sei ganz eigentümlich, wie man sich daran gewöhnt hat, die allgemeine Steuer nur als Landtax anzusehen. Nur von ihrem Nachteil für das Land ist stets die Rede, fast nie von den übrigen Teilen des Gesetzes.

2) Im Register fehlt income wie income tax. Daher wohl übersehen bisher.

3) Von indirektem Einfluß auf die Beförderung des Einkommensteuergedankens sind einige Schriften gewesen, in welchen die Landtax bekämpft wird oder die Schädlichkeit der Staatsschulden nachgewiesen werden soll.

jenigen auf Konsumtibilien, besonders auf Luxusgegenstände, weil diese Steuern am wenigsten gefühlt werden und gewissermaßen als durchaus freiwillige Abgaben erscheinen¹⁾. In seinem *Public Credit* bekämpft er Hutchisons Vorschläge der Verteilung der Staatsschulden auf die einzelnen Staatsbürger aufs lebhafteste.

Antagonisten von geringerer Bedeutung waren Francis Hutchison und Postlethwayt. Von ersterem sei angeführt die Schrift: *A system of moral philosophy*, 1755 erschienen, wo wieder die Luxussteuer als Ideal bezeichnet ist, von letzterem: *Great Britain's true system* (1757), wherein is clearly shown the necessity of raising the supplies to carry a war within the year, ein umfangreiches Werk von 500 Seiten.

Postlethwayt bekämpft die Schuldenpolitik und empfiehlt die Erhebung jährlicher Steuern, aber als die erstrebenswerteste Steuerart stellt er eine allgemeine poll-tax hin.

Weit mehr Beachtung verdient James Stuart. Sein bekanntes Hauptwerk führt den Titel: *An enquiry into the principles of political economy being an essay on the science of domestic policy in free nations*. 2 Bände, 1767. Im 5. Buch des II. Bandes findet sich unter der Überschrift „Taxes“ eine ebenso ausführliche wie durch zahlreiche Wiederholungen und mangelhafte Systematisierung schwer verständliche und ermüdende Erörterung über das gesamte Steuerwesen.

Die wirklichen Ansichten Stuarts sind hier nur schwer herauszuschälen. Aus seiner wirren Disposition, aus den auseinandergerissenen aber zusammengehörigen Betrachtungen, welche teilweise wichtige Probleme zum ersten Male mit Geistesschärfe behandeln, ist nur schwer die eigentliche Lehre Stuarts zu ergründen. Fest steht, daß er, mag er sich selbst auch darüber vielleicht nicht klar gewesen sein, der Einkommenbesteuerung viel näher stand als der Mann, welcher am meisten von ihm gelernt und der ihn vollkommen in den Schatten gestellt hat: Adam Smith:

Stuart unterscheidet in ganz eigentümlicher Schematisierung:

1. Proportionale Steuern;
2. kumulative oder arbiträre Steuern²⁾;
3. Personalsteuern, welche in persönlicher Dienstleistung bestehen.

1) Vgl. Klemme, Die volkswirtschaftlichen Anschauungen Humes, Jena 1900.

2) Definition Stuarts: A cumulative tax is the accumulation of that return which every individual who enjoy any superfluity, owes daily to the state, for the advantages he receives by living in the society. I call taxes arbitrary impositions, and I call them also cumulative, because the reason, given by the statesmen when imposing them is, that it is just every one should pay a general tax, for the support of the state, in proportion to his abilities.

Die letzteren scheiden für diese Betrachtung überhaupt aus; hier interessieren nur die beiden ersten.

Als Hauptgrundsatz der Besteuerung stellt Steuart den Satz auf, daß durch alle Abgaben nur das wirkliche Einkommen getroffen werden darf, nicht aber das Kapital. Als beste Methode zur Vermeidung der Besteuerung des Kapitals erscheint ihm die Besteuerung des Verbrauchs der Konsumenten, da diese nach ihm die Steuern des Staates abwälzen können. An den in England bestehenden kumulativen Taxen, der Landsteuer, der Fenstersteuer, den Armensteuern hat er vor allem die von ihm angenommene Wirkung zu tadeln, daß sie nicht abgewälzt werden könnten, und daß sie, weil am Ende des Jahres erhoben, auf die ärmeren Klassen besonders ungünstig wirkten, da diese keine Rücklage zu machen pflegten.

Sehr wichtig ist die von Steuart vielleicht deutlicher als von irgend einem anderen Autor vor ihm formulierte Forderung der Freiheit des Existenzminimums. Hier meint er: I am always at the greatest pains to point out, that nothing can be the object of taxation, except that is over and above the physical necessary of every one.

An vielen Stellen, wo Steuart von der Besteuerung des Einkommens redet, drückt er sich höchst undeutlich aus, so daß man sich durchaus nicht darüber klar wird, ob er an eine Einkommensteuer oder nur an Ertragsbesteuerung denkt. Jedenfalls verdienen aber seine Ausführungen über die Besteuerung einzelner Einkommensarten Beachtung. Er setzt, was vor ihm kaum mit gleicher Schärfe geschehen ist, die Wirkungen auseinander, welche sich in verschiedener Weise geltend machen, wenn man die einzelnen Einkommensarten in gleicher Weise durch denselben Steuersatz treffen will.

Von Bedeutung ist ferner Steuarts Kritik der Vaubanschen Steuerpläne. The Marechals principal point in view was agreeable to the standing maxim in France, to make everyone contribute according to his income. Very right, as far as it is possible, without employing imaginary equality. I call it imaginary, because in the execution it will be found that nobody will really pay what he ought, except, these, whose income cannot be concealed.

Diese Erwägungen führen ihn dazu, in der Vaubanschen Steuer zwar eine gute Absicht, aber eine schlechte Wirkung zu erkennen, insofern die theoretisch gleiche Besteuerung in der Praxis zu großen Ungleichheiten führt.

Kann Steuart nach allem auch nicht als Befürworter einer allgemeinen Einkommensteuer bezeichnet werden, so steht er einer partiellen Einkommensteuer, d. h. der Besteuerung gewisser Einkommensarten, doch weit näher als Smith.

Daß Steuart irgendwelchen Einfluß auf die praktische Finanzpolitik Englands gehabt hätte, läßt sich nicht sagen.

Häufig an Steuarts Darstellung erinnert Mortimer in: *The elements of commerce, politics and finances, in three treatises on these important subjects, 1780.* Bei Mortimer findet man eine Einteilung der Steuer in solche raised on possession und solche raised on consumption. Die erstere hält er für gut, da sie auf die Reichen falle, die anderen fallen jedoch auf die niederen Klassen, wie er annimmt, und sind für den Handel unbrauchbar. Er spricht sich gegen die Konsumsteuer und für die Luxussteuer aus, ohne irgendwie der Einkommenbesteuerung Erwähnung zu tun.

Sehr eigentümlich ist es, daß in dem Lande, in welchem man sich auch heute noch nicht über die Lehren des Meisters Adam Smith hinauszugehen getraut, in welchem der Einfluß dieses großen Nationalökonomens ein so nachdrücklicher war, die Verkenning und Befehdung der Einkommenbesteuerung durch ihn, einen nur so geringen Einfluß gehabt hat. Wenn Raumer sagt: „Einige glauben, Britannien sei groß geworden durch Befolgung von Adam Smiths Grundsätzen; andere trotz und im Widerspruche mit dessen Grundsätzen. Beide haben wohl recht und unrecht . . .“, so gilt für die Finanz- und Steuerblüte am Ende des 18. Jahrhunderts jedenfalls das Urteil der „anderen“.

Mag Adam Smith Vater der Steuerreform genannt werden, Vater des Steuersystems war er nicht. Um so höher ist es Pitt anzurechnen, daß er das Gute von Smith nahm, aber an Stelle der unzeitgemäßen Theorien von Smith besseres setzte. Das Verdienst von Adam Smith auf dem Gebiete praktischer Finanzpolitik besteht höchstens darin, daß er sich gegen die Staatsschulden aussprach.

Roscher meint, die Lektüre der Pamphlete des 17. und 18. Jahrhunderts führten dazu zu erkennen, wie wenig originell Smith war. Roscher hat diesen Satz aber nicht auf die Finanzwissenschaft insbesondere bezogen. Er hat auch nicht die Literatur des 18. Jahrhunderts genügend beachtet, sonst hätte er diesem Gedanken noch viel schärferen Ausdruck verliehen. In der Tat zeigt sich, daß Smith nicht nur keinen neuen Gedanken in die Finanzwissenschaft gebracht hat, sondern daß er auch Vorgänger hatte, welche weit bedeutenderes geleistet haben. Ganz besonders gilt dies für die englische Einkommensteuerpolitik.

Auch das Urteil Hasbachs in seiner eingehenden Studie über Smith gelangt zu ähnlichem Ergebnis.

Obwohl v. Stein dem Verhältnis von Einkommen und Steuern bis ins 19. Jahrhundert (Buch III, S. 413 ff.) ein eigenes Kapitel widmet, erwähnt er von den Engländern nur Smith, dem er das Verdienst zuschreibt, den Gedanken der französischen Physiokraten von der Besteuerung des *produit net*, die nur das Grundeigentum betraf, auf alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens ausgedehnt und in

diesem Sinne die Allgemeinheit und Gleichheit der Steuern für alle, die überhaupt Einkommen besitzen, gefördert zu haben.

Smith führt das Nachdenken über das Steuerwesen durch das fünfte Buch seines *Wealth of Nations* ein, aber fast ohne Spur von wissenschaftlich-systematischen Kategorien, ohne Unterscheidung von direkten und indirekten Steuern und noch ohne Ahnung von dem Gedanken einer Einkommensteuer.

Unter den Finanzschriftstellern der achtziger Jahre, welche sich gegen die Einkommensteuer oder wenigstens nicht für dieselbe aussprechen, wäre noch Price zu erwähnen, obwohl er oben als Beförderer der Einkommensteuer hervorgehoben wurde. Diese Richtung haben seine anderen Schriften nicht. Er ist vielmehr als Antagonist derselben zu betrachten, da er durch seine Lehre vom *Sinking Fund* das Schuldenwesen eifrigst beförderte.

5. Der Sieg des Gedankens seit 1779.

Die Schriften, in welchen sich die Verfechtung des Einkommensteuer-gedankens findet, treten bis zu Beginn des vorletzten Jahrzehnts des 18. Jahrhunderts, wie gezeigt wurde, nur höchst sporadisch auf. Erst von dieser Zeit an beginnt eine fortgesetzte Behandlung der Einkommensteuer in der Literatur.

An der Schwelle dieser Literatur steht die Schrift von William Pulteney: *Consideration on the present state of public affairs, and the means of raising the necessary supplies.* 1779.¹⁾

Pulteney bekämpft hier die Schuldenpolitik, welche er für jeden Staat als eine calamity of the most ruinous kind bezeichnet, und er fordert: call upon the individual of the kingdom for a direct aid, equal to the public occasions. This aid may be given by every person's paying a certain rate or proportion of his real capital or income.

Beachtenswert sind aus Pulteney's Schrift fernerhin folgende Stellen. Er fragt nach der besten Erhebungsweise der Steuer und meint zunächst, bevor man sich mit den verwaltungsrechtlichen Einzelheiten befasse, müsse die allgemeine Überzeugung von der Notwendigkeit der Einkommensteuer zum Durchbruch gelangen, im ganzen Volke müsse Stimmung dafür vorhanden sein. Bei einer national-patriotischen Aufopferung, wie sie das Beispiel Hollands zeige, kämen

1) Die ganz eigentümliche Erscheinung, daß die finanzwissenschaftliche Literatur selbst in England so unbekannt geblieben ist, gilt insbesondere auch für die Literatur über das Schuldenwesen. Ld. Overstone hat in 100 Exemplaren durch Mc. Culloch die wichtigsten neu drucken lassen. (London 1857.) In der Vorrede sagt Mc. Culloch: „They are for the most part so scarce that, for a lengthened period, they have been known only to a few curious inquirers.“

die technischen Details erst in zweiter Linie in Frage. Einzelheiten gibt er nicht an, er meint: „Ist die Generalidee gebilligt, dann werden bessere Leute die Verwaltung regeln können.“

Sehr zu beachten ist eine kleine Schrift des bekannten William Eden aus dem Jahre 1780: *Four Letters to the Earl of Carlisle*. Im dritten Brief, welcher über Staatsschulden, öffentlichen Kredit und die Mittel der Deckung des Staatsbedarfs handelt, nimmt Eden Bezug auf den „von einigen Leuten gemachten Vorschlag, das Anleihesystem zu verlassen und dagegen den Bürgern eine Steuer aufzuerlegen, welche in ihrem Gesamtbetrage dem Staatsbedarf gleichkommt, that aid to be proportional either to real capital or to income“. Er meint, diese Gedanken seien mit Achtung zu behandeln, aber der Erfolg sei zweifelhaft. Die betreffenden Autoren stimmten nicht überein, ob sie vom Kapital oder vom Einkommen die Steuern erheben lassen sollten, aber darin herrsche bei allen Übereinstimmung, that there is a certain quantum of property within the island, a certain proportion of which amounts to a certain sum, which will be a very convenient assistance, if parliament can contrive to get it. Vorgänger gebe es allerdings in Holland und Hamburg; dies seien jedoch zu kleine Gebiete, als daß man aus den Erfahrungen dort Schlüsse für England ziehen dürfte. Auch den Vorschlag, welchen 1720 Hutchison im Parlament gemacht hat, kennt er; allein seiner Ansicht nach sind Luxussteuern das beste. Es wird zu zeigen sein, daß Eden einige Jahre später anderer Ansicht war, und gerade deshalb hatte es Interesse, seine Schrift von 1780 hier zu erwähnen.

Wie Eden, so scheint auch der, freilich häufiger auf anderem Gebiete gewürdigte Arthur Young einen Wechsel in seiner Auffassung von der Einkommensteuer durchgemacht zu haben. Wenn F. I. Stevenson von Young sagt:¹⁾ Few writers are more frequently quoted than Arthur Young; few are less generally read, so hat er nicht nur hierin recht, sondern hätte auch hinzufügen können: Wenige werden falscher beurteilt. Man kennt in der Regel nur die Reise- und landwirtschaftlichen Werke Youngs, und selbst wenn man seine politische Arithmetik erwähnt findet, so ist stets — was durchaus unverständlich ist — nur vom ersten Teil die Rede. Der zweite Teil dieses Werkes hat, soweit man sieht, überhaupt kaum jemals Beachtung gefunden; und doch hätte es gerade dieser verdient. Weder bei Held, noch bei Kautz, ebensowenig bei Mac Culloch, oder Mohr, weder in seiner Autobiographie noch im Handwörterbuch der Staatswissenschaften hat man die Einkommensteuerforderungen Arthur Youngs beachtet, welche sich im zweiten Teil seines Werkes finden. Das ist ein um so größerer Fehler, als hier Young im direkten Gegensatz zu seinen früheren Lehren den

1) Westminster Review 1893, S. 109 120.

Gedanken der Einkommensteuer vertritt, und ein um so weniger verzeihliches Versehen, als gerade sein Einfluß auf diejenigen Staatsmänner Englands, welche die praktische Steuerpolitik schufen, vom nachdrücklichsten Einflusse war.

In dem im Britischen Museum aufbewahrten literarischen Nachlasse Arthur Youngs findet sich eine starke Korrespondenz zwischen Young und dem Finanzgeist Pitts, George Rose, sowie mit Pitt selbst. Man ersieht daraus, wie aus Mitteilungen an anderen Stellen, daß Young einen hervorragend wirksamen Einfluß auf Pitt wiederholt ausgeübt hat¹⁾.

Young hatte sich bereits im ersten Teil seiner politischen Arithmetik, 1774, eingehend mit den Steuern befaßt, da deren Last, mit welcher sie auf das Land drückten, ihm, dem Agrarforscher, bei seinen Reisen in Frankreich auf-fallen mußte. Besonders beschäftigte ihn der Plan der Physiokraten, eine einzige Steuer, und zwar auf das Land einzuführen. Er bekämpft diese Idee aufs eifrigste und tritt lebhaft für Besteuerung des Konsums ein, the fairest and most equal and the last burthensome, wie er sie nennt. Er lobt daran die oft gepriesene Freiwilligkeit, welche hier zum Ausdruck gelange, während er an den Steuern auf das Eigentum, worunter er insbesondere Land- und Haussteuer versteht, den Zwang zu tadeln hat, mit welchem sie von dem Besitzer bezahlt werden müssen, not because he consumes, but because he possesses; the one is a proof he is able to pay, the other no proof of all it. No idea of their own but which is borrowed from English writers, from Locke, Decker etc. They agree to it for the same reasons as are advanced by our writers, particularly the capital principle, that all taxes fall ultimately on the land. That the maxim is false and founded on nothing but absurdity, has been very clearly and elaborately proved by Sir James Steuart.

Weit mehr noch interessiert hier die Steuertheorie Youngs, zu welcher er im zweiten Teil dieses Werkes sich durchgerungen hat. Dieser führt den Untertitel: *Containing considerations on the means of raising the supplies within the year. Occasioned by Mr. Pulteneys Pamphlet on that subject.* erschienen London 1779.

1) Vergl. in der Nationalbiographie den Artikel „Young“ von Henry H. Huges und die Autobiographie von Betham-Edwards 1898 S. 137.

Betr. Youngs Einfluß auf die Steuer Pitts vergl. S. 28 der Schrift: *Strong reasons for the continuance of the property tax 1814.* Bills have been repeatedly brought into parliament, under the special recommendation of the Board of Agriculture. Schätzungen Youngs auch von Pitt in Parlamentsreden wiederholt erwähnt.

Vergl. die Manuskripte der Korrespondenz zwischen Young und Rose Vol. 35, 126, Fol. 280, 283, 284, 286 betr. Bitte um Auskunft über statistische Zollverhältnisse Englands.

Vol. 35, 127, Fol. 263, 264, 298, 304, 307

„ 35, 128, „ 5.

Young und Pitt, Vol. 35, 127, Fol. 285, 370

Leute-Festschrift.

Welcher Wechsel in dem Gedankengang Youngs inzwischen eingetreten war, erhellt aus den einleitenden Worten. Schon vor 50 Jahren, so meint Young, seien die meisten Autoren gegen die Aufnahme von Schulden gewesen und für Steuern. Aber von Davenant bis Hume und Postlethwayt seien alle diese Autoren von den Beamten als visionary speculatistes betrachtet worden. Allein die Zeit dränge, und bald werde man jetzt notgedrungen die Summen Jahr für Jahr erheben müssen, wozu frühere Minister too idle or too indifferent gewesen seien. Bei der Betrachtung, welche Steuer Anwendung finden könne, meint er, no tax regulated by the value of the year would be productive unless on income. Gegenüber Pulteneys Vorschlag der Besteuerung von property macht er den Vorschlag der Besteuerung von income. Denn income in the present times is out off all proportion more valuable than property, which yields it. The largest solid property may exist in lands, without the possibility of converting the smallest part of it into money, but with immense loss. Den Kredit Englands, welcher als von unbegrenzter Elastizität bezeichnet worden sei, hält Young für allzu straff angespannt. An seine Stelle will er die Einkommensteuer setzen.

Es mag hier aus den Berechnungen Youngs einiges mitgeteilt sein.

Den Ertrag der Steuer im Jahre 1774 schätzt er auf 13 Millionen £, das gesamte Nationaleinkommen auf 110 Millionen. Mithin seien die Steuern gleich 12 % dieses Einkommens. Er meint, daß diese 110 Millionen Einkommen durchaus hinreichen, den erforderlichen Steuerbedarf zu tragen, welchen er in einen dauernden von 13 Millionen £ und einen vorübergehenden von 8 Millionen £ einteilt. Zur Tragung dieser 8 Millionen £, also nur zur Deckung des außerordentlichen Bedarfs, will Young eine 7prozentige Steuer auf das clear income eingeführt wissen.

Young bezeichnet eine solche Steuer als the fairest and most equal tax und hält ihre Einführung in England für durchaus möglich. Er tritt, im Gegensatz zur Geheimhaltung der Steuerveranlagung in Holland, lebhaft für eine vollkommene Öffentlichkeit der Steuerregister ein, wovon er sich große Vorteile verspricht. Nur bei dieser Öffentlichkeit hält er die Steuer für ertragreich, bei einer Geheimhaltung erscheint ihr Ergebnis ihm zweifelhaft. Er will sogleich bei Einführung der Steuer festgesetzt wissen, daß ein etwaiges Defizit durch andere Steuern zu decken sei.

Der gewaltige Umschwung in der Anschauung Youngs muß auf die Beeinflussung durch die Schrift Pulteneys, dann aber besonders auf die in der Finanznot Englands immer stärker und allgemeiner zum Ausdruck gelangende Einsicht der Schädlichkeit und Unmöglichkeit einer weiteren Anspannung des Staatskredits zurückgeführt werden.

Young hat diese Ansicht über die üblen Wirkungen des öffentlichen Kredits auch später beibehalten.¹⁾

So führt an einer Stelle Young aus: „Möchten doch alle Regenten die Wirkungen des öffentlichen Kredits erwägen, welchen die Bankiers und Agio-teurs mit Herrn Necker an ihrer Spitze bis in den Himmel erhoben haben. Ein System, das nie in einem Lande eingeführt war, ohne dessen Wohlstand zu stören oder gar zu vernichten . . ., das vielleicht bald Englands Macht zu vernichten und die Konstitution über den Haufen zu werfen droht.“ Demgegenüber lobt er Friedrich II., der allein sein Preußen von Schuldenlast gerettet hätte.

In unmittelbarem Anschluß an die Schrift Youngs wurde der Gedanke der Deckung des Staatsbedarfs statt durch Anleihen durch Steuern Jahr für Jahr auch im Parlament von Lord North erörtert²⁾. Dieser meinte:

Though it might not be thought necessary or proper in the future prosecution of it to continue borrowing and funding, means might be derived for raising the necessary supplies within the year. Such a plan, would be productive of many benefits, nay singular advantages. It would tend to raise the value of the funds already in being; it would raise the people at large to the most vigorous exertions; it would fully restore public credit. I do not pretend to determine exactly, whether such a plan is, or is not, practicable. I think that there is nothing very difficult in it, if there is a full confidence in government. Holland, has done it; and I could conceive no reason why Great Britain might not do what any other nation has done, or might not set the example, though no such plan has been adopted before. It is true, that great sacrifices must be made, and many gratifications given up; but, if the measure should become necessary, that consideration ought and I believed would give way.

Wenn auch der Gedanke der Deckung des Staatsbedarfs durch jährliche Steuern in zahlreichen Schriften zum Ausdruck kam, so forderte man doch nicht überall zu diesem Zwecke eine Einkommensteuer. Als Beispiel sei nur eine Schrift angeführt: *Lucubrations on ways and means*, humbly adressed to the Right Honorable Lord North. By John Berkenhout, 1780. Der Verfasser hält die Erhebung von Taxes within the year für besser als Anleihen. Im Krieg siege die bessere Finanzpolitik; daher sei die Einführung von Steuern nötig.

Wie man Anfang der 80er Jahre auch bereits Erörterungen darüber anstellte, ob nicht vielleicht statt einer proportionalen eine progressive Taxe ein-

1) Arthur Youngs Reisen durch Frankreich und einen Teil von Italien in den Jahren 1787 bis 1790. Aus dem Englischen. Mit einigen Anmerkungen begleitet von E. A. W. Zimmermann. Berlin 1793, 2 Bände. Bd. II. Von den Abgaben in Frankreich. S. 391. Die Betrachtung der Finanzen Ludwigs XVI.

2) *Parl. Hist.*, Vol. XX. S. 159.

zuführen sei, zeigt das in damaliger Zeit überaus verbreitete Werk: William Haley, *Moral philosophy* I, S. 405, 406. 10. Auflage, 1794. (1. Auflage Anfang der 80er Jahre), von einem Autor „*mibi magnus Apollo in politicis*“ genannt.

A tax constructed with a view to the general conveniency of subsistence, ought to rise upon the different classes of the community in a much higher ratio, than the simple proportion of their incomes. Nicht was man hat, sondern was man „can spare“ ist zu beachten.¹⁾

Auch an Gegnern der in der Luft schwebenden Einkommenbesteuerung fehlte es nicht. So bekämpft z. B. Francis Blake, Lordmayor von London, 1788 in seinen *Political tracts* die Zwangssteuer und den Vorschlag, die öffentliche Schuld abzuwälzen auf the great body of proprietors of the known and visible income of Great Britain.²⁾

Von 1797 ab ist die Zahl der Schriften, in welchen die Einkommensteuer gefordert wird, überaus groß. Alle aufzufinden wird wohl kaum gelingen sein, aber jedenfalls sind wichtige nicht vergessen worden.

G. S. Keith fordert in seiner Schrift: *An impartial and comprehensive view of the present state of Great Britain* nach einer Kritik der herrschenden Verhältnisse: a direct tax of sixpence in time of peace and of a shilling in time of war shall be paid out of every twenty shillings of yearly rent of land or houses, interest of money, profit in trade, value of labour, or other yearly income, belonging to every person residing in Britain, or having property in it. $\frac{1}{4}$ jährliche Zahlungen sollen in der Kirche geleistet werden. Every person shall give an account of his yearly income, and thus tax himself. Bei Weigerung soll Einschätzung durch drei Kommissare stattfinden, die von den Einwohnern zu wählen sind.

Interessant ist der weitere Vorschlag Keiths, daß, wenn jemand zur Verdeckung seiner schlechten Lage sich zu hoch versteuert, die hierdurch getäuschten Gläubiger das Geld, welches zu viel erhoben ist, zurückverlangen können. Wer sich zu niedrig versteuert, soll den zehnfachen Betrag als Strafe zahlen. Eine Ablösung der indirekten Steuern soll möglich sein dadurch, daß die Pfarrgemeinde

1) Ozeroff führt ein Manuskript von Richardson an, in welchem 1782 eine Einkommensteuer gefordert sein soll. Ozeroff hat sich hier täuschen lassen durch das ungenaue Register der Manuskriptensammlung: *Fifth Report of the royal commission on historical manuscripts*, Part. I, 1876, S. 256. In der Privatsammlung des Marquis of Lansdowne, Vol. 166 befindet sich ein Manuskript von Richardson, das allerdings den Titel trägt: *Proposed Income Tax 1782*, tatsächlich findet sich hier aber nur ein etwas modifizierter mangelhafter Auszug aus einer alten poll-tax vor.

2) Der Vorschlag einer Besteuerung der proprietors nach ihren abilities, verbunden mit einem patriotischen Aufruf findet sich in: *Two letters addressed to a British merchant*, zweite Auflage, 1796. Irgendwelche Einzelheiten gibt der Verfasser allerdings nicht an.

statt der indirekten Abgaben Zuschlag zu den Einkommensteuern zahlt. Den Ertrag der Steuer schätzt Keith auf 3 Millionen £ im Frieden, 6 Millionen £ im Krieg.

Nicht alle diejenigen, welche sich mit dem Problem der Einkommensteuer befaßten, werden ihre Gedanken schriftlich niedergelegt haben; zahlreiche aber, welche darüber schrieben, nahmen von einer Veröffentlichung Abstand.

Einen Beweis hierfür bieten interessante Manuskripte Warren Hastings, welche sich im Britischen Museum befinden. Das eine, welches die Überschrift trägt: *Scheme for a proportionate assessment of taxes* scheint geschrieben zu sein, während die Einkommensteuer im Parlament in Verhandlung stand. Es enthält eine scharfe Kritik des triple assessment, weil bei diesem die Ausgaben eine Rolle in der Steuerveranlagung spielen. Hastings verwirft dieses Prinzip durchaus und verlangt, *the principles professed by the present bill may be reduced to this one, viz. a tax upon income, to the ability of the party paying his quota of it*. Er stellt auch eine Steuerskala auf, nach welcher eine Progression von $\frac{1}{2}\%$ bei 100 £ bis zu $37\frac{1}{2}\%$ bei 100 000 £ Einkommen stattfinden soll.¹⁾

Ein weiteres Manuskript²⁾, das im Januar 1807 verfaßt wurde, trägt die Überschrift: *Observations on the tax on income as its effects annuitants*. Hier heißt es: *assessed taxes and income-tax appears to be the same tax in substance, though under different modification. This tax may be defined as a sum levied from every subject of the state, upon property beyond a certain amount, estimated by the income which he derived from it in the proceeding year, at a certain proportionate rate upon every hundred pounds, of which his income was constituted; and this is exacted from him, as his separate contribution to the means necessary to the defence of the whole nation in a period of peculiar exigency*. Es folgt dann ein Vorschlag zur besseren Besteuerung der Annuitäten³⁾.

Eingehende Erörterungen über die Wirkungen nicht nur einer Einkommensteuer gibt Francis Adams, 1798 in: *Plan for raising the taxes impartially and almost free of expence in war and in peace for paying off the national debt*.

Er hatte schon im Frühling 1797 seinen Plan, den Staatsbedarf während der Kriegszeit durch Besteuerung des Einkommens zu decken, an Pitt eingesandt, aber mit Dank zurückgehalten und dem Bemerken, die praktische Ausführbarkeit seines Planes werde bezweifelt. Er vertritt eine proportionale Besteuerung, indem er die Steuer als Versicherungsprämie auffaßt. Ausgehend von dem Grundsatz

1) Bd. 29 233, Bl. 126, Bd. 29 234, Bl. 143.

2) Bd. 29 234, Bl. 106 ff.

3) Desgl. auch Bd. 29 234, Bl. 148: *Observations on the tax of income*.

the revenue of a country ought to depend of the real wealth of a nation, not of the use of that wealth, fordert er auch die Besteuerung von occasional income, ebenso wie der funds. Das triple assessment findet durchaus nicht seinen Beifall.

Wie im Frühjahr 1797 Adams an Pitt eine Eingabe richtete, in welcher er den Vorschlag einer Einkommensteuer ihm unterbreitete, so geschah dies auch von anderen Autoren. Keiner hat sich auf diese Tat mehr eingeblendet als der Bischof Richard Watson of Landoff. Sein Selbstlob, daß er Entdecker der später von Pitt eingeführten Besteuerung gewesen sei und daher als ein gar nicht groß genug anzuschender Finanzgeist zu gelten habe, hat eine Reihe von Schriftstellern veranlaßt, diesem Bischof auch wirklich eine Rolle in der Entwicklung der englischen Steuerpolitik zuzuweisen.

In seinen selbstgeschriebenen und von seinem Sohne 1817—18 veröffentlichten *Anecdotes of the life of Richard Watson* erklärt er, am 7. April 1797 einen Brief an Pitt geschrieben zu haben, welcher probably suggested to him the principles of a new system of finance — the raising the supplies within the year. Aber alles, was er in bezug auf diese Steuer in jenem Brief mitteilt, ist folgendes:

Let an act of parliament be passed calling for a twentieth or an other requisite part of every man's property, whether it consists in land, or houses, or money vested in funds, or lent on mortgage or bond, in stocks, in trade, in castle, goods, chattels of every kind. Paupers alone should be exempted from this contribution, which being just in its principle, and general in its operation, would be abundantly productive.

Er ist gerade ein Gegner der Einkommensteuer und bekämpft diese ebenso wie das triple assessment, weil sie principally falling wholly on the higher classes, which are never numerous in any country.

As to the difficulty of coming at every's man property a mathematical precision cannot be expected in such a business, nor it is obtained at present, in the mode of assessing income, though the inquisition into it is sufficiently oppressive and disgusting, and such as a free nation tolerates from no principle but from a regard still remaining for the constitution. I hope that the increasing pressure of taxation may never alienate that regard.¹⁾

Denselben Gedanken einer Vermögens- statt einer Einkommensteuer findet man in der Schrift: *Hints towards an improved system of taxation*, extending to all persons in exact proportion to their property, and without any kind of in-

1) Vergl. darüber, daß Watson kein tadelloser Charakter war, *Critical examination of Bishop Watson's anecdotes*. London 1818, S. 59.

vestigation or disclosure of their circumstances. London 1798, 40 Seiten anonym, nach Stanhope von Bischof Watson.

Die darin angegebenen Vorschläge wurden am 12. Dezember 1797 an Pitt gesandt, blieben aber ohne jede Antwort; sie finden sich weiter in: An adress to the people of Great Britain. By R. Watson, Lord Bishop of Landoff, London 1798.

Die Schuld einer Nation ist Schuld eines jeden Angehörigen derselben im Verhältnis zu dessen Vermögen, so heißt es hier. Bei verhältnismäßiger Beteiligung an der Schuldenteilung ist dann keiner reicher oder ärmer, da reich und arm nur relative Begriffe sind. Die Schichtung der Gesellschaft bleibt dieselbe. Dies Prinzip würde sein: by the universal rule of taxation in every country could the property of individual be exactly ascertained.

Aus alledem ist zu schließen, daß Stanhope, Pitts meist zitierter Biograph, irrt, wenn er in Watson einen Beförderer der Pittschen Ideen sieht.

Ein Steuererfinder, welcher mit Watson wetteifern konnte, scheint der Franzose Vertaul gewesen zu sein. In seiner ins Englische übersetzten Schrift: Outlines of an adress on the discovery in finance of a fixed measure, by means of which taxes may be raised, translated from the french of Vertaul, 1798, tadelt er das triple assessment und erklärt, nur eine einzige Steuer könnte Englands Heil begründen, er habe sie erfunden und seine Entdeckungen niedergelegt in seinem Werke: Debts of nations. Sein Plan war $\frac{1}{10}$ der Einkommensteuer zu erhalten mit einer fixed measure, by which every individual will be made to pay the tax on income without constraint, without any inquisitorial or vexatious process whatever, and without having it in power to erase the payment. Worin diese fixed measure besteht, bleibt aber Geheimnis.

Ein anderer anonymen Autor, als welcher wohl Benjamin Bell anzusehen ist, erklärt ebenfalls, schon lange den Gedanken einer Einkommensteuer gehabt und Pitt in seiner Schrift: Three essays on taxation of income with remarks on the late act of the parliament on that subject unterbreitet zu haben. Er wünscht ein assessment of income, nicht aber des Vermögens. Having long been convinced that taxes on articles of consumption had been carried much to far, and being of opinion that nothing but an equal assessment of income could afford those supplies which government appears to require, he was thereby the more readily induced to offer these communications than otherwise he might have been.

Er will eine Einkommensteuer auch deshalb, weil durch die leichte Möglichkeit der Erhöhung der Quote eine sehr praktische Elastizität gegeben sei. Für die Erhebung der Steuer will der Verfasser entsprechend den Masters in Schottland und der Einrichtung in Holland Assessoren aus der Mitte jeder Bevölkerungsklasse wählen lassen, welche nach Pfarrbezirken einzuteilen

ist. Diese Assessoren schätzen die Leute ein; es gibt also keine Selbstdeklaration. Durch die Einrichtung der Assessoren werde die Nachforschung vermieden.

Gleichwie sich sieben Städte um den Vorzug streiten, Homers Geburtsort zu sein, so streiten sich Dutzende englischer Pamphletisten, die Väter der Einkommensteuer Pitts zu sein. Eine Anzahl derselben wurde schon genannt, von anderen muß noch erzählt werden, nicht weil diese wertvolle wissenschaftliche Erörterungen gegeben haben, sondern weil man daraus erkennt, wie allgemein der Einkommensteuergedanke erwogen wurde.

Zu denen, welche zum ersten Male den Vorschlag einer Einkommensteuer gemacht haben wollen, rechnet sich auch George Edwards. 1803 veröffentlichte dieser: *Reasons why a true or genuine system of public and private welfare, adopted to the present crisis and drawn up after great labour and reflection should be laid before Parliament etc.*

Seite 14 gibt er an, unter dem Titel: *An attempt to rectify public affairs and promote prosperity* 2 Bände veröffentlicht zu haben, in denen er neben vielen anderen Dingen behauptet, er habe the income tax first proposed.

Schließlich sei auf eine Schrift hingewiesen, in der sich die später näher zu erörternde Verquickung zwischen Zwangsanleihe und Steuer findet.

Es ist die Schrift von H. M. Bird: *Proposals for paying off the whole of the present debt and for reducing taxes immediately*, 1799. Der Verfasser macht hierin Vorschläge für das Inland und faßt eine Art Enteignung, eine Zwangsanleihe ohne Rückzahlung, ferner einmalige Hergabe eines Teils des Vermögens, zur Deckung aller Schulden ins Auge. Zur Feststellung des Vermögens sieht er zwangsweise Erklärung vor und findet Ähnlichkeiten in seinem und Pitts Projekt.

Das Buch ist publiziert nach dem Herauskommen von Pitts Plan, aber vorher geschrieben. Die Gedanken lagen eben auf der Straße. Auch Bird bezieht sich auf ein vor 18 Jahren verfaßtes Pamphlet, das ihm Anregung gegeben habe.

Wirft man noch einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des Gedankens, an Stelle der Staatsschulden taxes within the year, und zwar insbesondere Einkommensteuer zu erheben, so ist an erster Stelle Petty zu erwähnen. Ihm folgt Davenant 1698. Er stellt das Nationaleinkommen in den Vordergrund und betont, auf Petty fußend, daß Statistik eine wichtige Grundlage der Besteuerung bilden müsse. Aber noch kein Durchringen zur Einkommensteuer findet man bei ihm, sondern eine Menge von Steuern verschiedener Art will er eingeführt wissen. Einen Schritt weiter bringt Hutchison 1721 die Einkommensteueridee, indem er die Staatsschuld durch Umlegung auf die Einzelnen zahlen will.

Der Anonymus von 1746 gibt dann zum ersten Male einen vollkommen entwickelten Plan einer Einkommensteuer, demgegenüber die Schrift von Gordon

1751 nur einen geringen Fortschritt bedeutet. Diese Entwicklung wird von Steuart und Mortimer aufgehalten. Einen großen Rückschlag erleidet sie durch Hume und Smith Ende der 70er Jahre.

Pulteney und Eden äußern sich kritisch zur Frage der Einkommensteuer und regen die Diskussion von Neuem an. Als Förderer des Gedankens trifft man dann auf Arthur Young, der u. a. bei Keith Unterstützung findet. Von Anfang der 90er Jahre an wird das Thema allgemeiner erörtert, die Einkommensteuer häufiger gefordert, bis endlich George Rose ihr Bahn bricht.

II. Pitt und seine Income Tax.

1. Die Finanzpolitik Pitts vor 1797.

Die finanzpolitische Tätigkeit Pitts zerfällt in zwei große, nicht nur äußerlich durch den Beginn der französischen Revolutionskriege mit England getrennte Teile. Auch innerlich ist die Pittsche Finanzpolitik der Friedensjahre naturgemäß durchaus verschieden von derjenigen der Kriegsjahre.

Am 28. Mai 1759 geboren, gelang es Pitt bereits mit Beginn des Jahres 1781 in das Unterhaus als Abgeordneter einzuziehen, 1½ Jahre später, am 10. Juli 1782 wird Pitt Chancellor of the Exchequer.

Sofort greift ein scharfes Regiment Platz. Der junge Finanzminister sucht mit energischen Maßregeln die großen Mißstände zu beseitigen, welche unter den Beamten des Finanzministeriums herrschen. Er verbietet die Annahme von Geschenken, welche eine überaus große Einkommensquelle für die Beamten der Steuer- und Zollverwaltung gewesen zu sein scheinen; er gibt eine neue Regelung der Zivilliste und trifft eine ganze Reihe anderer höchst zweckmäßiger Verwaltungsreformen in seinem Ressort.

Was die Tätigkeit Pitts auf dem Gebiete des Steuerwesens anbelangt, so wird diese eröffnet mit einer Reduktion der Teesteuer, welche in der bekannten Commutation Act enthalten sind. Allein trotz dieser Herabsetzung einer Konsumtionssteuer offenbart sich bereits aufs deutlichste der Pitt der späteren Jahre. Eine Reihe von Steuern schlägt er sogleich in seinem ersten Budget vor, welche naturgemäß insbesondere auf die verschiedensten Verbrauchsgegenstände fielen. Daneben spielen Stempelsteuern und Lizenzen eine große Rolle.

Eine neue Steuer folgte während der Friedenszeit der anderen. Die Steuern Pitts während dieser ersten Periode seiner Finanzverwaltung erinnern an die schlimmsten Zeiten Hollands Ende des 17. Jahrhunderts, von denen der englische Gesandte Temple in seinen *Observations upon the united provinces*

1672 Kap. 7 berichtet: Wer in Holland einen Fisch esse, müsse dabei 30 verschiedene Steuern bezahlen.

Es würde zu weit führen, alle die zahlreichen verschiedenen Steuerarten, welche jedes Jahr neu ungeändert wurden, hier anzuführen. Hingewiesen werden muß in diesem Zusammenhang jedoch auf den 1786 abgeschlossenen Handelsvertrag mit Frankreich, den bekannten Edenvertrag, welchen man in England als Pitts Vertrag bezeichnet.

Im Zusammenhang hiermit steht zweifelsohne die Consolidation-Act des Jahres 1787, ein Ergebnis der Lehre von Adam Smith, in der zahlreiche Zoll- und Akziseabgaben eine wesentliche Vereinfachung erhielten. Pitt errichtete einen Consolidated Fund, in den der Ertrag einer bestimmten Gruppe von Abgaben zu fließen hatte, und welcher die eigentliche Grundlage des so berichtigt gewordenen Pittschen Sinking Fund war.

1786 hatte eine parlamentarische Kommission ihre Untersuchungen über die gewöhnlichen Einnahmen und Ausgaben des Staates mit dem Ergebnis abgeschlossen, daß in Friedenszeiten 1 Mill. Überschuß zu erwarten sei. Dieser Umstand und die Schriften von Dr. Price, welcher einen großen Einfluß auf Pitt ausübte, veranlaßten Pitt zur Einsetzung einer vom Parlament genehmigten Schuldentilgungskommission¹⁾. Dieser Kommission wurden drei Einkommensquellen eröffnet. Erstens waren ihr jährlich 1 Mill. £ aus dem National-Einkommen zu überweisen. Zweitens wurden alle erlöschenden, lebenslänglichen oder begrenzten Annuitäten als dauernde Annuitäten erneuert und auf den Namen der Kommission gestellt. Die jährliche Summe von 1 Mill. £ dienten ebenso wie die Bezüge der Kommission aus den auf sie gestellten Annuitäten dazu, Staatsanleihen anzukaufen. Als dritte Quelle dienten die angekauften Anleihepapiere; denn auch diese wurden auf die Kommission überschrieben, und die daraus empfangenen Zinsen waren zwecks Ankaufs weiterer Papiere anzulegen.

Sobald das aus diesen drei Quellen stammende Einkommen der Kommission — der Sinking Fund — die Summe von 4 Mill. £ erreicht hätte, sollte der Dividendenbezug aus den angekauften Papieren aufhören und diese selbst beseitigt wie auch alle Annuitätenzahlung beendet werden.

Nach 6 Jahren, 1792 und 1793, erhielt dieser Sinking Fund eine dreifache Verstärkung, nämlich einen jährlichen festen Zuschlag von 200 000 £ aus den

1) Der erste Sinking-Fund findet sich schon 1716. Die Idee scheint entnommen zu sein einer Broschüre des Direktors der Bank of England, Gould, die 1726 unter dem Titel erschien: *An Essay on the Public Debts of this Kingdom*. Die Schrift ist deshalb von Bedeutung, weil der später für Englands Schuldenpolitik so verhängnisvoll gewordene Dr. Price hier einen Vorgänger fand; denn Gould suchte den Beweis dafür zu erbringen, daß 1 £ zu 4 % Zinseszins angelegt in 105 Jahren auf 1575 Millionen angewachsen sei.

laufenden Staatseinnahmen, ferner einen jährlichen Zuschlag in Höhe der jeweils von der Kommission erreichten Ersparnis durch verminderte Zinsauszahlungen und schließlich wurde bestimmt, daß aus dem Ertrag aller künftigen Anleihen 1% der Kommission zur Verfügung zu stellen sei¹⁾.

In der Zeit bis zum Ausbruch des Krieges, also von 1786—1792, hatte die Kommission etwa für 10 Mill. £ 3%ige Anleihen, welche also 300 000 £ Zinsen jährlich einbrachten, aufgekauft. Hiernach betrugen die britischen Staatsschulden 1793 etwa 229 Mill. £ fundiert und 10 Mill. £ unfundiert.

Die Anfangsjahre des letzten Dezenniums des 18. Jahrhunderts waren von finanzpolitischen wie allgemein wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus gesehen, recht vorteilhaft für England. Pitt konnte dank der guten Finanzlage eine ganze Reihe von Steuern beseitigen bzw. auf dem alten Standpunkt belassen. Am 17. Februar 1792 gab er, verlockt durch die über Erwartungen gute Finanzlage, der Meinung Ausdruck, „daß zweifelsohne niemals in der Geschichte Englands eine Zeit gewesen sei, in welcher, nach der allgemeinen europäischen Lage zu urteilen, man mit größerer Zuversicht 15 Friedensjahre erwarten könne“. Auch andere Politiker waren dieser Ansicht, und froh schaute man in die Zukunft in der festen Zuversicht, daß man in den künftigen fetten Jahren die Nationalschuld reduzieren, zahlreiche Steuern beseitigen und so die allgemeine Wohlfahrt des Landes aufs beste fördern könne.

Es war einer der großen Irrtümer, wie man sie in der Auffassung von Englands Finanzministern nur allzuoft findet. Man hatte die Rechnung ohne Frankreich gemacht, wo die Revolutionskriege begannen.

Großbritannien hatte 1797 etwa 237 $\frac{1}{2}$ Mill. £ Staatsschulden, für welche jährlich etwa 9 $\frac{1}{3}$ Mill. £ Zinsen und Annuitäten zu zahlen waren. An Ausgaben hatte man für die Civilverwaltung 200 000 £, für Heer und Marine etwa 6 $\frac{1}{2}$ Mill. £ zu verzeichnen. Demgegenüber stand eine Einnahme aus Steuern in Höhe von etwa 17 $\frac{1}{4}$ Mill. £.

1) Price richtete 1771 und 1774 seinen „Appeal to the Public on the Subject of the National Debt“, worin er die Gedanken Goults mit noch größerer Schärfe vertrat. Seine Schrift machte durch die Sicherheit der kühnen Behauptungen einen großen Eindruck, zumal er rein mathematisch recht hatte. Aber ein mathematisch richtiger Beweis wird wertlos, wenn man ihn als Prophezeiung für eine künftige Wirtschaftsentwicklung verwenden will. So ging es auch mit Prices Lieblingssatz, daß 1 Penny zur Zeit von Christi Geburt auf Zinseszins angelegt im Jahre 1770 zu einer so enormen Summe angewachsen sei, daß man 150 Millionen Erdkugeln aus reinem Golde dafür machen könne. (Price in der Ausgabe von Mac Cullocks *Scarce tracts* S. 325/326.)

Einer so bestechenden Darlegung gegenüber vermochten die Gegner von Price wenig auszurichten. Vergl. Wimpsey: *Extracts from a tract entitled patriotism up to date, 1772, and Considerations on the annual million bill 1787 and on the real and imaginary properties of a sinking fund.*

Erst 1813 gelang Hamilton in seiner *Inquiry into the rise of the national debt* der Nachweis, daß durch Pitts Sinking Fund keine Abnahme, sondern eine Erhöhung der Schuld eingetreten sei.

Im voraus mag bemerkt werden, daß der Krieg, welchen England nunmehr mit Frankreich zu führen hatte, 831 $\frac{1}{2}$ Mill. £ kostete, beinahe das dreifache aller früher von England geführten Kriege. Wenn Dowells Berechnung zugrunde gelegt wird, so sind folgende Kriegskosten von England zu tragen gewesen:

im Kriege gegen Irland und Frankreich (1688—97)	32 643 764 £
im spanischen Erbfolgekrieg (1702—13)	50 684 956 „
im österreichischen Erbfolgekrieg (1739—48)	43 655 192 „
im siebenjährigen Krieg (1756—63)	82 623 738 „
im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (1776—85)	97 599 496 „
	<hr/> 307 207 146 £

Die Kosten dieser Kriege zusammen betrugen also 307 207 146 £.

Von den 831 Millionen £, welche die französischen Revolutionskriege England kosteten, wurden 622 Millionen durch Erhöhung der Nationalschuld gedeckt.

Die Jahre 1793/97 bringen eine Steigerung der bestehenden Steuern und eine Vermehrung um so zahlreiche und so verschiedene neue Steuerarten neben der gewaltigen Erhöhung der Staatsschulden, wie man es wohl nie für möglich gehalten hätte. Dabei hatte England nicht nur die gewöhnlichen Kriegskosten zu zahlen, sondern auch noch Subsidien, u. a. an Preußen zu entrichten, und mit Geld-, Kredit- und Bankkrisen zu kämpfen. Wenn in der Zeit einer solchen harten Bedrängnis große Fehler seitens eines Finanzministeriums gemacht werden, so kann man diese, so schwerwiegend sie auch sein mögen, verstehen und entschuldigen. Aber man darf nicht, wie es vielfach blindlings geschehen ist, in Verückung vor dem Genie eines Pitt selbst in seinen Fehlern seine Größe sehen, seine Fehler als Vorzüge preisen wollen.

England mußte viele Millionen Leihgeld durch die verfehlten Maßregeln Pitts zahlen. Aber es war zur Entrichtung eines Leihgelds imstande, mögen auch noch bis heute die Ausläufer der Fehler Pitts in dem Betrag der Staatsschuld vorhanden sein.

Es dürfte hier genügen, eine kurze Aufzählung der von Pitt während der Kriegsjahre 1793—1797 erhöhten bzw. neu eingeführten Steuern zu geben.

- | | |
|-------|--|
| 1793. | 1. Erhöhung der Land Tax. |
| | 2. Perpetualisierung der Zuschläge auf die assessed taxes und Spirituosen. |
| 1794. | 3. Desgl. auf Rum, Foreign Brandy und Zucker und weiterer Zuschlag auf alle Spirituosen. |
| | 4. Zuschlag auf Hausbaumaterialien: Glas, Schiefer, Ziegel, Steine, Marmor usw. (statt der Handschuhsteuer und Registersteuer für Geburten etc. von 1785 bzw. 1783). |
| | 5. Steuern auf legal professions. |
| | 6. Erhöhung der Papiersteuer. |
| 1795. | 7. Wein- und Spirituosensteuer erhöht. |
| | 8. Teesteuer erhöht. |

- 9. Kaffee- und Kokosnüsse-Steuer erhöht.
- 10. Perrücken- und Haarpudersteuer modifiziert erhöht.
- 11. Seeversicherungsteuer.
- 12. Stempelsteuer erhöht.
- 1796. 13. Zuschlag zu den assessed taxes.
- 14. Luxuspferdesteuer verdoppelt.
- 15. Industripferdesteuer.
- 16. Tabaksteuer.
- 17. Weinsteuer erhöht, auch für britische Weine.
- 18. Hundesteuer.
- 19. Hütsteuer erhöht.
- 20. Erbschaftsteuer erweitert.
- 21. Reduktion der Zuckerexportprämie.
- 1797. 22. Wagensteuer erhöht. Desgl. Tee-, Zuckersteuer.
- 23. Uhrensteuer.
- 24. Zeitungs-, Kalendersteuer.
- 25. Feuerversicherungsteuer.
- 26. Kaufkontraktsteuer.
- 27. Erhöhung der Häuser, Bedienten- und Pferdesteuer.
(Unberührt geblieben waren nur die Steuern auf Seife, Kerzen, Leder, Salz. Diese waren aber schon sehr hoch gewesen.) 1798 folgte dann das triple assessment.
Trotzdem zeigt das folgende Jahr weitere Erhöhungen.
- 1798. 28. Teesteuer erhöht.
- 29. Salzsteuer verdoppelt.
- 30. Convoy tax eingeführt.
- 31. Wappensteuer.
- 32. Landtax-Reform.

Der Zustand 1797/98 ist derartig, daß der Ertrag der Landtax bei weitem nicht ausreicht. Eine Erhöhung derselben war aber, nachdem sie einmal auf dem als natürliche Grenze angenommenen Satz von 4 sh. angelangt war, ausgeschlossen; selbst wenn sie stattgefunden hätte, wäre sie ergebnislos gewesen.

Daneben bestanden weitere Steuern, sowohl direkte wie indirekte. Die Aufzählung der von Pitt in den Jahren 1793—98 neu eingeführten oder abgeänderten dürfte genügen, um ein Bild von der weiten Ausdehnung der Besteuerung und ihrer Reformbedürftigkeit zu geben.

Neben den Steuern war die Staatsschuld zu einer gewaltigen Last angewachsen.

Die Zeit von 1790 bis zu Pitts Verwaltung im Jahre 1797/98 hatte also keinerlei Verbesserungen gebracht. Hatte Pitt die Finanzen in reformbedürftigen Zuständen übernommen, so war ihr Zustand im Jahre 1797/98 noch weit reformbedürftiger. Die Hoffnungen, welche die Lage in den Jahren 1790/93 erweckt hatte, waren zerstoben, und Pitt sah sich gezwungen, eine elementare Änderung des herrschenden Steuersystems auf irgend eine Weise herbei zu führen, sollte England nicht dem Staatsbankerott entzuegengehen.

Ergebnis der permanenten Steuern in £ (abgerundet). (Nach Rose.)

Jahr	Betrag
1785	12 105 000
1786	11 867 000
1787	12 923 000
1788	13 008 000
1789	13 433 000
1790	14 073 000
1791	14 132 000
1792	14 284 000
1793	13 941 000
1794	13 858 000
1795	13 557 000
1796	14 292 000
1797	13 332 000
1798	14 275 000

2. Aus den Akten des Finanzministeriums Pitt.

Der Weg zur eigentlichen Einkommenbesteuerung ging über das triple assessment, jene eigentümliche Vereinigung von Ausgabe- und Einkommenbesteuerung.

Es wurde im vorhergehenden an zahlreichen Stellen gezeigt, wie immer wieder auf der einen Seite der Gedanke einer Besteuerung nach den Ausgaben, auf der anderen Seite nach den Einnahmen durchdringt. Im triple assessment gelangten beide Forderungen zur Durchführung und daher keine vollständig zu ihrem Rechte.

Wie es einen eigentümlichen Reiz bietet, die Vorgeschichte eines Kunstwerkes, welches man bewundert, kennen zu lernen, zu ermitteln, wo der Meister die Anregung zu seinem Schaffen erhalten hat, und einen Blick zu werfen in die Werkstatt des Meisters, so entbehrt es nicht des Interesses die hier zu erörternde Income Tax werden zu sehen. Woher die Anregung zu ihr genommen wurde, ist im vorgehenden zu zeigen versucht worden; jetzt bleibt nur noch Lösung der Aufgabe, die Ausführung in ihren einzelnen Stadien zu verfolgen.

Hierzu ist die Möglichkeit dadurch geboten, daß im Londoner Staatsarchiv die Akten des Finanzministeriums Pitt wohlgeordnet vorhanden sind, so erscheint es angebracht im folgenden wenigstens kurz die wesentlichen Ergebnisse der Durchforschung dieser Dokumente mitzuteilen.

Zunächst muß die Vorgeschichte des triple assessment betrachtet werden¹⁾.

¹⁾ Dieses selbst wird im folgenden Abschnitt dargestellt.

Dessen Grundgedanke scheint zum erstenmal in einer 1756 erschienenen Schrift von Francis Fauquier: *An essay on ways and means for raising money* enthalten zu sein.

Hier wird eine capitation tax nach den Ausgaben verlangt, beginnend mit einer Kopfsteuer von 1 sh und steigend bis zu 800 £ Steuer bei einer Jahresausgabe von 10 000 £¹⁾.

Der erste Entwurf eines triple assessment, welcher sich in den Pittschen Akten befindet, rührt vom 11. Oktober 1797 her. Es heißt darin:

The idea often discussed of raising the whole sum within the year seems impracticable, especially is it impossible to find any mode that would be acquiesced in, of ascertaining and collecting a proportional contribution on property of every description, as well that which is hoarded as that which is spent. The great practical objection of such a contribution is the impossibility of ascertaining property without degree of inquisition which would be generally individious and perhaps often particularly in the base of persons of trade, seriously mischievous and from the complicated state of their accounts very difficult to be executed. In theory such a contribution seems at first sight the most reasonable, but perhaps it may be doubted, whether even in theory, calculating with a view to the permanent resources of a country for a long series of time, expenditure is not so fair and effectual a standard of contribution as income or property But whatever may be thought of the theory, it is sufficient to observe that the practical objections to an investigation of property and income make such a measure imprudent if not impracticable. There remains therefore no other option . . . but to take the best criterion which can be found of expenditures. Das aber sei am besten bei Zugrundelegung der Hausmiete zu ermitteln; und nun folgen die Grundzüge des triple assessment²⁾.

Was nach dem triple assessment im einzelnen besteuert wurde, ist jetzt nicht zu erörtern und wird erst im folgenden zu schildern sein.

Hier bedarf es nur der Erwähnung des Umstandes, daß die Erwartungen, welche Pitt auf diese Steuer gesetzt hatte, sich durchaus nicht erfüllten, und man bald im Finanzministerium einsah, daß der im Kriege mit dem revolutionären Frankreich so außerordentlich gesteigerte Staatsbedarf andere einschneidendere Finanzmaßregeln erforderlich mache.

Zwei Aktenstücke gaben Aufschluß über diese Erkenntnis und weitere Reformpläne. Insbesondere zeigt ein im Juli 1798 verfaßtes Schriftstück eines

1) Zu dieser Schrift vergleiche J. M. (Joseph Massie?), *Observations upon Mr. Fauquiers essay*.

2) Anonymus, *Financial Schemes 1797--1803*, 42¹⁾, Seiten d. d. 11. Oktober 1797. Es ist zweifelhaft, ob es sich um ein privates oder ein offizielles Schriftstück handelt.

Regierungsbeamten den deutlichen Übergang zur wirklichen Einkommenbesteuerung. In dem Manuskript¹⁾ heißt es:

The assessment under the act of the last session of Parliament to be made the basis for continuing a general contribution in the next year: but in order to correct the abuses and evasions which had been practised and to render the plan more comprehensive, it is proposed to enable the Commissioners more effectually to ascertain the amount of income in cases of applications for abatement and likewise to enable them to charge persons beyond that sum assessed upon them when it shall amount to less than $\frac{1}{10}$ th of their income, as well as to charge any persons having incomes who may not be included in the assessment: for that purpose it is proposed that a precise and a definitive mode should be prescribed for ascertaining income whether from land in different ways, from interest of money, from property in the funds-employments, pensions or allowances, for which purpose the following heads principally require consideration.

U. a. findet sich hier der Vorschlag, daß alle Hausbewohner Einkommen-deklarationen an die Assessoren zu geben haben, desgleichen andere Censiten auf Aufforderung. Dasselbe wird auch gefordert für persönliches Vermögen except that the particulars should be sealed up.

Ein weiteres Manuskript²⁾ rührt offenbar ebenfalls von einem Regierungsbeamten her; der deutliche Übergang zur Einkommensteuer ist auch hier wahrzunehmen.

Der Autor meint: die Ergebnisse des triple assessment hätten die erhoffte Wirkung nicht gebracht und er setzt daher seinen Plan auseinander.

The object of the following heads is to form a plan for assessing every person to a certain proportion of his income, and for that purpose to consider the present expenditure as far as it is disclosed by the payments to assessed taxes as the original criterion of income on the principle of the late act with power in commissioners properly elected and under the tie of secrecy where that is thought necessary of inquiring into the circumstances of the party and thereby enabling those commissioners to form a judgement whereby to surcharge the party in a larger amount than any given multiple of assessed taxes will reach . . .

Prinzipiell soll eine zehnprozentige Einkommensteuer erhoben werden. Nachlässe sollen nur durch die Assessoren bei spezieller Prüfung des Einzelfalles genehmigt werden.

Die Aufhebung des triple assessment-Gesetzes wird energisch verlangt:

1) Chatham Ms. Vol. 273. Schemes Finance vom Juli 1798. Heads of plan of finance, 16 Quartseiten.

2) Chatham Ms. Vol. 273. 32 Folioseiten, alle beschrieben, mit vielen Randbemerkungen in anderer Schrift, vom 6. September 1798.

LEGIS-Festschrift.

It seems necessary to repeal the whole of the late act: such repeal has to take place from and after the time appointed for payment of the 6th installment, reserving the powers necessary to collect all arrears due to that period. Secondly that there shall be paid annually for the term specified in the act by every person and body politic having any annual income in Great Britain in whatever manner the same may arise, an aid contribution according to the amount of annual income to be ascertained in the proportion and in the manner expressed in the act.

Thirdly that to effect this purpose every person shall be assessed in a certain proportion to the amount of his assessed taxes between april 1798 and april 1799. (Also noch das Prinzip des triple assessment.)

A shedule be annexed to the act showing each source of income which is to be made the subject of assessment: which shedule also contains all the rules by which each description of income is to be estimated and the deductions to be allowed but of each such description of income. . . .

Es folgen lange Ausführungen über Appellationen und das Verfahren hierbei, ferner wird weitgehendste Macht für die Beamten zur Feststellung der Einkommensverhältnisse verlangt. Dann folgen die Schedules. Es liegt hier also noch keine reine Einkommensteuer vor, sondern nur eine Verbesserung des alten Prinzips, das Einkommen nach den Ausgaben und ähnlichem zu bemessen und den Beamten größere Macht zu geben.

Daß man sich aber auch bereits vor Einführung des triple assessment mit einer richtigen Einkommensteuer beschäftigte, zeigt ein Manuskript vom 21. Dezember 1797¹⁾. Hier heißt es:

The purpose of this system is to form into a gradation of classes the incomes or estates of this country and to affix the rate of contribution the exigencies of the state in such a way as to bear an equal burden upon all who contribute. To effect this, it is inexpedient now to proportion the sums of contribution not in their comparative relationship to each other, but as to what shall remain to the contributor after the contribution be deducted. For if, for instance 10% were rated indiscriminately upon every man's fortune, the of 100 £ income, paying $\frac{1}{10}$ would have only 90 £ remaining, but the of 10000 £ income would, after the deduction of $\frac{1}{10}$ have 9000 £ remaining. Instead of 10 sh. 19% be the rate of his contribution, an addition of 900 £ would thence administer to the state's necessity and still there would remain to him a fortune of 8100 £. In this statement of this case who at such a time would not concur in allowing such a rate of proportion? though it should make this reduction of his fortune. For we are not now at the period in which liberality alone is the

1) Chatham Ms. Vol. 279. Income Tax calculations etc. 16 Seiten Großfolio. „Taxation Calculation of Rates to be paid according to every Persons Income.“ 21. Dezember 1797.

virtue to exercise, we are at the point when either a sacrifice must be made of some such affectual proposition of fortune in order to protect the whole, or we may contend in vain against devastation and rapine. It is not pretended by the compilers of these rates that they are exactly such as should be made; they are only laid down as a practical groundwork for better superstructure. In the deliberations as to this the subsequent tables will empower every person to make the application of the rate to his own income and bring the subject in a comparative point of view immediately as it shall regard himself and then will also furnish the ready means of estimate as to the produce of rated contribution.

Es kommen nunmehr auf 8 Seiten die genauen Tabellen, deren Prinzip der auf der 1. Seite mitgeteilten Tabelle entspricht. Diese Tabelle auf der 1. Seite lautet:

Income	Rate per Centum	Amount of Rate	Remainder of Income	Class
100	1	1	99	1
200	2	4	196	2
300	2	6	294	
400	3	12	388	3
500	3	15	485	
600	4	24	576	4
700	4	28	672	
800	5	40	760	5
900	5	45	855	
1 000	6	60	940	6
1 100	6	66	1 034	
1 200	7	84	1 116	7
1 300	7	91	1 209	
1 400	8	112	1 488	8
1 500	8	120	1 380	
1 600	9	144	1 456	9
1 700	9	153	1 547	
1 800	10	180	1 620	10
1 900	10	190	1 710	
2 000	11	220	1 780	11
3 000	12	360	2 640	12
4 000	13	530	3 480	13
5 000	14	700	4 300	14
6 000	15	900	5 100	15
7 000	16	1 200	5 880	16
8 000	17	1 360	6 640	17
9 000	18	1 620	7 380	18
10 000	19	1 900	8 100	19
20 000	20	4 000	16 000	20
30 000	21	6 300	23 900	21
40 000	22	8 800	31 200	22
50 000	23	11 500	38 500	23
60 000	24	14 400	45 600	24

Nach den üblen Erfahrungen mit dem triple assessment kam das Finanzministerium zurück auf den ihm schon wiederholt unterbreiteten Vorschlag der direkten Erfassung des Einkommens. Eine deutliche Vorstellung der allmählichen Entwicklung dieses Planes erhält man, wenn man zunächst das Manuskript vom 23. November 1798 betrachtet.

Dieses rührt von Nicolas Jichlings, einem Steuerbeamten, her und ist an Kapitän J. Chatham, seinen Vorgesetzten im Customhouse gerichtet¹⁾.

Aus dem Briefe geht hervor, daß Chatham Pitt einen früheren Plan unterbreitet hatte, und vermutlich auf dessen Anregung hin forderte Chatham nähere Details. Darauf folgt ein Plan for levying a tax upon income; applicable also to a tax on property itself. Income ist hier definiert als: merely what a person annually requires without regarding his expences; property on the contrary devotes what a man is worth after the deduction of those expences; property might in this sense be more aptly termed capital. To tax property and income is to make each person contribute according to his ability; it is therefore the most obvious and equitable mode of taxation. Accordingly we find it very much practised in early times. . . . But then were disadvantages attending this mode; to make a just assessment was matter of difficulty, and the amount of the tax was to apparent, to remedy these evils custom, excise etc. were devised. There is besides something of voluntariness in the payment of such imposts, for the individual has it in his power to regulate his consumption of the article taxed. The feelings of mankind being thus consulted it may be easily imagined by taxes like those . . . have excluded these of the former class. Als Steuer für gewöhnliche Zeiten sei dies gut, meint der Autor. Aber jetzt herrsche eine Krisis. Never was there a more urgent necessity for every one to contribute according to his power, and for property to show itself worthy of the protections it seeks. The reasonableness then of recurring to the obvious and original practice of imposing a tax on income property cannot be denied; but whether it were better to do this on both, or on one only, is a question for the consideration of the higher powers. Der Autor denkt an eine Einkommensteuer, obwohl hervorragende Männer erklärt haben, it to be next to impracticable. Er führt die Stellen von Edens Brief an Carlisle und aus Necker L'administration des finances I, Kapitel VII an.

Sowohl eidliche Selbsteinschätzung, als auch Veranlagung durch Kommissare, wie sie bisher in verschiedenen Ländern üblich gewesen sei, seien nicht vollkommen. Daher verlangt er die Verbindung beider: That each individual should be called upon to assess or class himself in a certain latitudinary scale of income; and that this gross assessment should be approximated to the actual income by a subsequent assessment to be made by a jury of his neighbours.

1) Chatham Mss. 273. 26 Seiten Folio vom 23. November 1798 mit Bl. d. d. 29. Nov. 1798.

Der Verfasser geht nun ins Detail:

Gedruckte Formulare, auf die hin später ein Eid zu leisten ist, daß das Einkommen eine gewisse Summe nicht übersteigt, sind auszufüllen. Die Formulare enthalten eine declaration of the income within the past year, or, if thought proper, on the average of the last three years, not the precise amount but so as to show in what plan in the scale he ist to be arranged. Ferner wird gewünscht eine Kommission für die verschiedenen Distrikte — gentlemen of great respectability in order to give weight to their proceedings, — jury of assessment or adjusting assessors, Prüfung der Deklaration durch die jury, whose office it should be to take into considerations the circumstances of each individual especially attending to his expenditure, and to make an report of what sum ought to be added to, or subtracted from, the sum at which he stands self-assessed. Dann solle eine Herabsetzung, aber nur um höchstens eine Stufe, stattfinden können. Dadurch glaubt der Verfasser jeden Falscheid zu vermeiden. Die Ursache, so meint er, kann keine disclosure genannt werden, da nur das ungefähre Einkommen bekannt wird, wie man es in der Nachbarschaft im allgemeinen schon kannte.

A near valuation of income without seeking to establish a certainty is the most likely to answer the wishes of Government and to be palatable to the public (nämlich hinsichtlich des Kredits). Credit will go on as usual, because the precise point at which it ough to stop, will remain, as before, a matter of conjecture and uncertainty, which everyone will determine for himself.

Der Einwand, daß manche Personen zu viel zahlen, kann nach Ansicht des Autors auch bei jeder anderen Steuer erhoben werden.

Die entgegengesetzten Interessen von Staat und Steuerzahler glaubt der Verfasser am besten in seinem Plan vereint.

(Tabelle s. p. 86.)

Einen Monat später war bereits der erste offizielle Vorentwurf der Income Tax vorhanden, der seiner historischen Wichtigkeit halber im Anhang wörtlich zum Abdruck gebracht wird¹⁾

1) Man scheint das Erfinden von Steuern in der Zeit Pitts gewerbs- und gewohnheitsmäßig betrieben zu haben, denn in den durchgesehenen Akten finden sich viele hundert Eingaben an Pitt, welche Steuervorschläge enthalten. Es gab überhaupt keinen Gegenstand, dessen Besteuerung nicht vorgeschlagen wurde. Von den Kanarienvögeln bis zu den Damenhüten wurde alles als günstig für Besteuerung bezeichnet. Hausschellen, Blumen, Bücher, Pakete, Senf und die verschiedensten Toilettengegenstände der Damen wurden von phantasiebegabten Leuten als geeignete Steuerobjekte angesehen. Man kann beinahe meinen, es habe ein öffentliches Preisausschreiben stattgefunden für die originellsten Steuerideen und es scheint auch, daß wenigstens etwas Ähnliches in dieser Zeit üblich war, denn zahlreiche Briefschreiber verlangten in ihren Elaboraten zur Belohnung für ihre Steuererfindungen Beschäftigung im Staatsdienst, ein Geschenk oder, wie es in einem Schreiben heißt, any gratification used on such occasions. Bankiers und Bischöfe, Schiffer und Kaufleute, Beamte jeder Art wetteiferten miteinander, Pitt ihre Steuerpläne zu unterbreiten.

One of the following sums is to be entered in the declaration of the party	Assessment to be made upon the sum considered in the declaration of the party	Lowest sum to which the said assessment can be reduced by the own
60	—	—
100	80	60
150	125	100
200	175	150
300	250	200
500	400	300
800	650	500
1200	1000	800
1700	1450	1200
2300	2000	1700
3000	2650	2300
3800	3400	3000
4700	4250	3800
5700	5200	4700
6800	6250	5700
8000	7400	6800
9300	8650	8000
etc.	etc.	etc.

(Spalte 4 „Rate of duty“ unausgefüllt.)

3. 1797/98. Triple assessment.

Was Pitts Zeit vorausging an Entwicklung des Gedankens der Einkommenbesteuerung in der Praxis und in der Literatur Englands, sowie seine eigne Finanzpolitik während seines Ministeriums bis Mitte der neunziger Jahre dürfte hinreichend aufgeklärt sein, um nunmehr der Einführung seiner Income Tax näher zu treten und die politischen Maßregeln, welche diese vorbereiteten, zu betrachten.

Vergegenwärtigt man sich noch einmal kurz den Zustand Englands im Jahre 1797, die Staatsschuld, seinen der Income Tax um ein Jahr vorausgehenden Versuch der Vereinigung des alten Systems der Aufwandsteuern mit dem in der Literatur nunmehr zur Herrschaft gelangten Petition der Erfassung des Einkommens, wie sie sich in dem sog. triple assessment darstellt, und der Ablösung der Landtax, so hat man alle wesentlichen Momente für die Einführung des triple assessment.

Hauptförderer der Finanzreform Pitts war die Höhe der bestehenden Staatsschuld. Hierfür ist der kompetenteste Berichterstatter Rose; und im An-

schluß an ihn soll versucht werden, den Stand des öffentlichen Kredits während der in Betracht kommenden Zeit zu schildern¹⁾. Es sei vorausgeschickt, daß im Jahre 1694 die Höhe der Staatsschuld sich auf $6\frac{3}{4}$ Millionen £, die des Jahres 1793 auf 239 Mill. £ belief, während die Militärausgaben 1702 1 300 000 £ und 1792 6 250 000 £ umfaßten. Im amerikanischen Kriege waren navy and victualing bills ohne Zahlungsfrist ausgegeben worden, der Diskont daher ein hoher. Das Agio betrug 12–14 £ %, am Ende des amerikanischen Krieges 16–20 £ %. 1792 war der al pari Stand erreicht, Ende 1793 hingegen wieder ein Agio von 9 und 10 £ %, Anfang 1794 sogar von 11 £ % vorhanden. Um ernste Verluste für das Publikum zu vermeiden, wurde im April 1794 eine Akte erlassen, die vorschrieb, daß Bills der erwähnten Art inkl. Zinsen innerhalb von 15 Monaten bezahlt werden mußten. Das hatte zeitweilig die erwünschte Wirkung, daß das Agio fiel. Es betrug im Mai 1794 $1\frac{1}{2}$ %, fluktuierte 1795/1796 zwischen $1\frac{3}{4}$ % und $4\frac{1}{8}$ %, betrug aber im August und September 1796 bereits wieder 14 und 15 £ % trotz der sicher in Aussicht stehenden Zahlung. Daher erschien eine neue Akte am 31. Dezember 1796 — die Fundierung der Bills auf 11 595 000 £ enthaltend — to provide that all navy and victualing bills should be issued payable in 90 days. — Der Kurs der 3prozentigen Anleihe, welche Anfang 1791 al pari gestanden hatte, war Ende 1792 auf 76 £, Anfang 1796 auf 70, Anfang 1797 auf $55\frac{1}{3}$, Ende Mai 1797 auf $47\frac{7}{8}$ gesunken, also 7 oder 8 £ niedriger als im amerikanischen Kriege, ungeachtet des inzwischen eingeführten Sinking Fund.

Bei diesem höchst entmutigenden Stande des öffentlichen Kredits wurde, wie Rose erzählt, im Sommer 1797 der Entschluß gefaßt, eine beträchtliche Summe within the year zu erheben. The measure was untried to any extent, whatever the urgent case of the country had been. It is not surprising therefore, that a variety of difficulties should present themselves in whatever shape it was proposed to effect it. Nach langer Überlegung wurde es — wie Rose aus-

1) „So unermellich der Aufwand erscheint, den Groß-Britannien zur Fortsetzung des Krieges gemacht, so mag er dennoch in keinem größeren Verhältnisse zu seinen Hilfsquellen stehen, als die Anstrengungen der Kontinentalstaaten, zumal wenn man erwägt, was diese, die der Reihe nach der Schauplatz verheerender Kriege geworden sind, allein schon dadurch gelitten haben. In dem ökonomischen Zustand der Nation fand aber die britische Regierung ein Hilfsmittel, das anderen Nationen nicht in gleichem Grade zu Gebote steht.“ „Es ist in der That merkwürdig zu beobachten, daß der Wert der britischen Ausfuhr, welcher als ungefährer Maßstab der Gewerbe- und Handelstätigkeit gelten kann, seit 1793 stets in vollkommen gleichem Verhältnis zur Staatsschuld beharrte. Diese bemerkenswerte Erscheinung läßt sich nur dadurch erklären, daß ungeachtet der fortschreitenden Ausdehnung der Industrieanstalten aller Art und der darauf geschehenen Verwendung von Kapitalien, dennoch ein jährlicher bedeutender Überschuß von neuen Kapitalien entstand, welche der Regierung geborgt werden konnten, und hierauf beruht auch das Anleihen-system als auf einer wesentlichen Bedingung seiner Anwendbarkeit.“

Nebenius: Bemerkungen über den Zustand Groß-Britanniens, 1818. Seite 33/35.

führt — für höchst angebracht gehalten to charge upon everyone in proportion to the payment on assessed taxes. Danach erscheint der trostlose Zustand der Staatsschuld als ein wesentlicher Förderer der Einkommensteuer.

Ein weiteres Moment, wie schon v. Stein erkannte, war der consolidated fund¹⁾. In ihm liefen „alle Steuern, ob sie nun rationell oder nicht rationell sind, zu einem Ganzen zusammen, und so entsteht hier die allerdings nur noch formelle, aber dennoch hochwichtige Einheit aller Steuerarten, welche von Anfang an die Folge hat, daß man keine einzelne Steuer ohne die Berücksichtigung der andern ändern konnte: ein Satz, welcher die Aufhebung der Unzahl von Verzehrungs- und Genußsteuern zur Herstellung der Income Tax mit ihrem jährlich zu bewilligenden Steuerfuß zur notwendigen Folge haben mußte“. Diese Consolidationsakte, welcher 1660 bereits ein Versuch vorangegangen war²⁾ enthielt übrigens trotz ihrer Vereinfachung immer noch 1290 Artikel, welche einem Eingangszoll unterworfen waren. Der Gedanke des Freihandels war ein drittes Moment, welches zwar nicht bestimmend auf die Finanzpolitik Pitts³⁾ einwirkte, welches hier aber interessiert. Eine eigentümliche Parallele herrschte dabei zwischen Pitt und Peel. Wenn der Gedanke des Freihandels unter Pitt keinen größeren Umfang annahm und nicht in die Wirklichkeit umgesetzt wurde, so liegt die Ursache hierfür wohl hauptsächlich in den kriegeerischen Verhältnissen. Daß aber Pitt tatsächlich an die Einführung des Freihandels dachte, dafür liegt ein Zeugnis Lord Grenvilles⁴⁾ vor. Schließlich bedarf an dieser Stelle die Landtax-Redemption der Erwähnung, denn die Income Tax wurde eingeführt einmal wegen des Versagens des triple assessment und dann nicht zuletzt wegen der Notwendigkeit des Ersatzes der Landtax. Der Gedanke einer Ablösung der Landtax ist Pitt, wie uns Sinclair mitteilt, durch ein Pamphlet gegeben worden. In den Chatham-Manuskripten findet sich eine Korrespondenz Pitts über das Projekt des Verkaufs der Landtax aus dem Jahre 1797/98, und man kann aus dieser Sammlung ersehen, daß Pitt eingehende Erhebungen über

1) Consolidation of the customs duties, to 27, G. O. III, c. 18. Von der Schuldenpolitik meint Nebenius a. a. O., S. 42: „Dasselbe System auf kontinentale Staaten angewandt, würde deren Ruin herbeiführen haben. Aber die enormen Hilfsquellen Englands erlaubten die Schuldenpolitik.“

2) 12 Ch. II. c. 4.

3) Mongredien und Gibbins, History of the freetrade movement in England, 2. Auflage, 1897, Seite 4 ff.

4) Letter of the late Sir G. C. Lewis to Earl Stanhope in Financial Reform Association. Flugblatt: Authorities for free trade and direct function,

„Lord Grenville told my father that Pitt had formed a plan for abolishing all Custom Duties; and that he would have carried it into effect if the war of the French Revolution had not broken out.“

den Zustand der Landsteuer durch die Steuerkommissare im Jahre 1797 veranstaltet hat.

Es muß diese auch heute noch nicht vollkommen durchgeführte eigentümliche Maßregel mit einigen Worten besprochen werden. Den besten Aufschluß über sie gibt wohl Pitt selbst. Am 2. April 1798 setzte er dem House of Commons seinen Plan auseinander. Der Plan war einfach der, die etwa 2 000 000 £ jährlich ergebende Landtax dadurch aus der Welt zu schaffen ohne Verlust für den Fiskus, daß man sie mit 2 100 000 £ abzulösen versuchte. Dabei ging man von der Auffassung aus, daß die Landtax eine feste Last geworden war. Die Regierung war bereit, die Landtax ablösen¹⁾ zu lassen gegen Ankauf von so vielen ihrer 3 %igen Anleihepapieren, daß deren Dividenden den Betrag der Landtax um $\frac{1}{10}$ übertrafen. Nach 20 Jahren sollte dann — nach dem Regierungsplan — die Steuer abgelöst sein. Die Ablösung war freiwillig, so daß Enttäuschungen nicht ausblieben. 1798 und 1799 wurden zwar 435 885 £ der Landtax abgelöst (Kurs: 56 durchschnittlich), im Jahre darauf aber nur 40 418 £. Hauptgrund war das Steigen des Kurses der Konsols ($63\frac{5}{8}$ um 1800). Dennoch blieb der Ablösungsmodus im wesentlichen bis 1853 unverändert und wurde dann reduziert. 1884–85 belief sich der Rest der nicht abgelösten Landtax auf 1 044 858 £. Zuletzt hat Hicks-Beach noch eine Reform versucht.

Waren dies die Ursachen der Steuerreform, so sei nunmehr die Darstellung derselben versucht. Der Plan des triple assessment war der folgende²⁾:

1. Personen, die veranlagt sind zu Steuern auf männliche Dienstboten, Wagen, Luxuspferde, haben folgende Zuschläge zu leisten:

bei einem bisherigen Steuersatz unter	25 £	das 3 fache
„ „ „ „ „	30 £	„ 3 $\frac{1}{2}$ fache
„ „ „ „ „	40 £	„ 4 fache
„ „ „ „ „	50 £	„ 4 $\frac{1}{2}$ fache
„ „ „ „ „	von mehr als 50 £	„ 5 fache.

2. Personen, welche zur Steuer auf Häuser, Fenster, Hunde oder Uhren veranlagt waren, hatten, wenn die bisherige Steuer über 1 £ betrug, $\frac{1}{4}$ bis zum 5 fachen der alten Steuer an Zuschlägen zu dieser je nach der Höhe der alten Steuer zu zahlen.

1) Von den zahlreichen Pamphleten, die zur Landtax erschienen sind, mögen nur folgende erwähnt werden: „Redemption and Sale of the Land Tax, 1799“, in der eine beachtenswerte Kritik enthalten ist, ferner: „Observations upon the act for the redemption of the Land Tax, o. J., Fr. 148, Egd., die eine gute Erläuterung bringt. Ebenso: „Instruction for the use of the commissioners appointed by his Majesty for the sale of the Land Tax, 1798, by the Tax Office.

2) 38 Geo III c., 16 (12. I. 1898).

3. Haus- oder Ladenbesitzer, welche nach den bisherigen Steuern über 3 £ an Haussteuern zu zahlen hatten, mußten im Verhältnis zur Höhe des bisherigen Satzes $\frac{1}{10}$ bis zum doppelten Betrag an Zuschlägen entrichten.

4. Einkommen unter 60 £ waren überhaupt frei.

5. Die gesamte Steuerleistung jedes Steuerpflichtigen, welcher über 60 £ Einkommen hatte, sollte nach einer für die verschiedenen Einkommenstufen aufgestellten Tabelle bestimmte Sätze nicht überschreiten derart, daß 10% der höchste Steuersatz war, welcher bei einem Einkommen von 200 £ erreicht wurde.

Äußerlich stellen sich diese Steuern mithin als eine Abgabe dar, welche nach Höhe des Einkommens in degressiver Weise erhoben wurde, wobei jedoch dieses Einkommen nicht direkt, sondern mittelbar durch Erfassung derjenigen Gegenstände, für welche es ausgegeben wurde, getroffen werden sollte. Eine Reihe von Einzelheiten sind bei dieser Steuer nicht ohne Interesse. So wurden Abzüge gewährt für Personen, welche mehr als 4 Kinder unter 21 Jahren hatten, und zwar bei 5, 6 oder 7 Kindern 10%, bei 8 oder 9 Kindern 15%, bei 10 und mehr 20% des Betrages der Zuschlagsrate. Hospitaler waren steuerfrei, ebenso eine ganze Anzahl von Personen, deren Aufführung im einzelnen sich nicht lohnt.

Als Pitt am 24. November 1797 die Einführung der Steuern im Parlament vertrat, rühmte er ihnen nach: die Möglichkeit ihrer großen Ausdehnung, ihre Regulation as fairly and equally as possible, das Fehlen eines Zwanges zu Nachforschungen, die Möglichkeit der Freilassung der Armen. Er meinte: No scheme can be practically carried into execution, in any financial arrangement, much more in such a one, as the present, with such perfect dispositions as to guard against every possible inconvenience and to render every individual application unexceptionable. Mit dem triple assessment wollte Pitt die steuerfähigen Bürger treffen according to their ability. Die gegenwärtige Lage erheischte außerordentliche Mittel, vor allem Vermeidung weiterer Staatsschulden bei Deckung des Staatsbedarfs. Pitts Plan war, so führte er aus, zu erfassen, was zu erfassen möglich war, und zu übergehen, was zu übergehen möglich war. Als großen Vorteil der Steuer rühmt er den Umstand, daß keine neue Verwaltungsorganisation nötig sei, sondern daß die alten geschulten Beamten, welche bisher in der Verwaltung der assessed taxes tätig waren auch die neue Steuer ohne jede erhebliche Änderung ihrer Funktion verwalten könnten. Einen nicht zu unterschätzenden wesentlichen Vorteil des triple assessment sah Pitt in dem Umstand, daß die Steuern im Verhältnis zu dem Verbrauch des vergangenen, nicht des laufenden Jahres zu zahlen waren. Hierdurch sei Gewähr für den richtigen Maßstab der Besteuerung gegeben. Denn bei Bemessung der Ausgaben des Vorjahres habe kein Steuerzahler etwa mit Rücksicht auf die zu zahlenden Steuern seine Ausgaben eingeschränkt, während eine solche Einschränkung für den Fall zu erwarten ge-

wesen sei, daß als Maßstab für die Steuerleistung die Ausgaben des laufenden Jahres zugrunde gelegt worden wären. Eine erzieherische Wirkung habe die Steuer insofern, als sie die Steuerzahler dazu veranlasse, falls sie etwa zu viel verbraucht hätten, sich künftig einzuschränken.

Was die Einwendungen gegen diese neue Steuer betrifft, so gab es eigentlich keinen Vorwurf, welcher ihr nicht gemacht wurde. Der eine tadelte an ihr, sie sei eine Vermögenssteuer, der andere, sie sei eine Einkommensteuer, der dritte, sie sei keines von beiden. Pitt nannte sie a tax on income, on the visible criterion¹⁾ of the assessed taxes. Nach ihm war sie keine Vermögenssteuer, weil er kein Mittel hatte, das Vermögen festzustellen. Für berechtigt hielt Pitt lediglich den Vorwurf, daß die Steuer nur das Einkommen treffe, das in den Ausgaben stecke. Eine andere Möglichkeit hielt er aber nicht für vorhanden, ohne zu einer höchst verwerflichen Aufdeckung der Vermögensverhältnisse des einzelnen zu kommen. Er erklärte, der vorgelegte Plan sei zwar im Grunde unvollkommen, aber das beste, was er hätte finden können. Sein Ideal war freilich eine allgemeine Vermögenssteuer gewesen. Allein, wie Rose erzählt²⁾, erschien für die Deckung des Staatsbedarfes within the year eine Besteuerung des Vermögens utterly impracticable. Ein Jurist und ein Mathematiker hätten nach Roses Ansicht in jedem einzelnen Falle das Steuerobjekt feststellen müssen, und er meint auch, die Hintergehungen, welche alsdann stattgefunden hätten, wären so ungeheure geworden, daß der Ertrag der Steuer ein minimaler geblieben wäre.

Es braucht hier nicht eingegangen zu werden auf die fast nur von Parteileidenschaft diktierten Angriffe gegen Pitts Steuerplan, den man als revolutionäre Maßregel im Lager der Gegner bezeichnete, als eine Robespierian Requisition, als inquisitorische Maßregel. Man wird denselben Angriffen begegnen, wenn man die Parlamentsdebatten über die Einkommensteuer bespricht. Lesenswert sind aber die Parlamentsreden, welche im Anschluß an den Pittschen Steuervorschlag gehalten wurden; denn sie weisen immerhin manchen wertvollen Gedanken auf und zeigen doch, welche Fülle ökonomischer Kenntnisse in diesem englischen Parlamente vertreten war, freilich nur allzu oft neben oberflächlichster Halbbildung. Erwähnt mag noch werden, daß mehrere Redner die Steuer verglichen mit dem in Frankreich in den neunziger Jahren üblichen Zwangsanleihsystem und teilweise die französische Maßregel für weniger revolutionär hielten als das Gesetz Pitts. Über die Steuer hat ihr eigener Förderer Rose gesagt: The inequality however of the assessment (exclusive of that occasioned by evasion) and still more of the contribution was evident; but the principle of raising a large part of the supply

1) Dieses visible criterion spielt eine große Rolle. Deshalb z. B. Fenstersteuer.

2) A brief examination into the increase of revenue, commerce and manufactures of Great Britain from 1792 to 1799. Siehe auch The speech of the Right Honorable George Rose on the 12, 2, 1815.

within the year was established, and a measure was effected, which had been frequently contemplated by theorists in political economy with all that partiality to which its effects, in various points of view, seemed reasonably to entitle it; but they had scarcely ventured to hope for its actual adoption in a country already burdened so heavily as ours, where it might be supposed fatal to the popularity of a minister who should propose it, and adverse to the immediate interest of the people whom it was to affect it has been adopted however still more effectually in the present session by the tax on income.

Das Urteil über dieses triple assessment kann allerdings nur höchst ungünstig lauten. Ein einziger guter Gedanke war darin enthalten: daß die Steuern nach dem Einkommen bemessen werden müßten; allein dieser Gedanke war auch nicht im entferntesten zum tatsächlichen Ausdruck gelangt. Im Gegenteil: so viel Mal die alten Steuerraten erhöht wurden, so viel Mal vermehrte sich die Ungerechtigkeit und die volkswirtschaftliche Schädlichkeit der an sich schon höchst anfechtbaren assessed taxes¹⁾. Pitt hat ihren Ertrag auf 8 000 000 £ geschätzt; das Ergebnis war 4 500 000 £. Gerade in der Steuergeschichte ist der Erfolg der höchste Richter. Dieser finanzielle Mißerfolg ist die schärfste Verurteilung, welche dem Pittschen triple assessment zuteil werden konnte. Als Ursache für den Mißerfolg gibt George Rose an, die Belastung sei zu ungleich gewesen, viele der Zahlungsfähigsten, der besten Steuerobjekte seien durch die Maschen des Gesetzes ganz durchgeschlüpft, andere hätten in viel zu geringen Proportionen Steuern gezahlt²⁾. Welch erniedrigendes Gefühl mußte es für Pitt sein, daß er den Bedarf für seinen Staat decken mußte mittels freiwilliger Sammlungen, welche unter patriotischen Bürgern auf sein Ansuchen veranstaltet wurden. So hatte das loyale und großmütig denkende Bürgertum erhebliche Beträge zu opfern für die Masse gewissenloser Steuerhinterziehungen, deren Hauptursache aber das schlechte Gesetz war, welches Pitts Namen trägt. Freilich kam ihm die günstige Handelslage Englands ebenfalls sehr zugute, so daß er immerhin 7 von den 8 Mill. £ erhielt.

4. Entstehung des Income Tax-Gesetzes.

Wie oben gezeigt, war Pitt zur Erkenntnis gelangt, es müsse mit dem Prinzip der Staatsschulden zwecks Deckung des Staatsbedarfs gebrochen werden,

1) Wie die Steuerlast der alten assessed taxes bereits auf einzelnen Personen lastete, darüber vergleiche Betham-Edwards Autobiographie of Arthur Young. London 1898, Seite 213. Derselbe Arthur Young, welcher wahrscheinlich Pitt auf den Gedanken der Einkommensteuer gebracht hat, erklärt hier sich außer Stande, die hohen assessed taxes zu zahlen, ohne sich für immer der Möglichkeit zu berauben, seine Schulden zu decken.

2) Rede im House of Commons, 20. II. 1815.

und hatte, um den Staatsbedarf within the year zu decken, das triple assessment eingeführt. Nach dem Scheitern dieses Finanzprojektes hieß es eine Quelle finden, welche reichlicher floß als das triple assessment.

Es ist auch schon hervorgehoben, daß der Plan einer wirklichen Einkommensteuer dem Pittschen Finanzministerium wiederholt unterbreitet worden war und das Ministerium bereits vor Einführung des triple assessment eingehend beschäftigt hatte¹⁾. Das im Anhang zum ersten Male veröffentlichte Manuskript aus den Akten des Finanzministeriums zeigt, wie weit man Ende 1798 im Ministerium gekommen war. Der dort mitgeteilte Entwurf wurde erweitert und umgearbeitet und im Dezember konnte Pitt die Income Tax dem Parlamente vorlegen.

Bevor aber die Parlamentsgeschichte des Gesetzes erörtert wird, mag es angebracht sein festzustellen, ob wirtschaftlich-soziale oder nur rein fiskalische Gründe die Einführung bewirkt haben. Es ist schade, daß Ozeroff sich bei weitem nicht so ausführlich über die Pittsche Steuer geäußert hat, wie über die Einkommensteuer von 1842; denn es hätte nicht des lebhaftesten Interesses entbehrt, wenn dieser genaue Kenner englischer Steuerverhältnisse auch die Frage beantwortet hätte, die er bei der Steuer von 1842 gestellt hat, und welche lautet: Wie muß die ökonomische Struktur beschaffen sein, damit eine Einkommensteuer eingeführt und ständiger Bestandteil des Budgets werden kann? Einige Stichproben aus Einleitung und Schluß seines Werkes zeigen die Auffassung Ozeroffs. „Die Entwicklungsstufe der Bevölkerung bedingt das technische System der Besteuerung; derselbe Faktor, der eine bestimmte Gruppierung der sozialen Kräfte bewirkt hat, zwingt zur Einkommensteuer und macht sie zu einer beständigen und proportionellen Einheit des Steuersystems.“ — „Die Erfahrung des Okzidents lehrt, daß die Einkommensteuer nicht willkürlich eingeführt worden, sondern das organische Ergebnis des gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ist. Der Kampf gegen ihre Einführung ist vergeblich.“ Ozeroff erklärt die Pittsche Einkommensteuer nicht als aus sozialen Gründen entstanden. Nur fiskalische Verlegenheitsgründe haben sie — so meint er S. 74 — bedingt. „Die Einkommensteuer wurde bedingt durch die Unmöglichkeit für das Finanzministerium, durch andere Mittel Geld zu bekommen. Aber sie beruhte nicht auf einer durch die Verschiedenheit der sozialen Kräfte geschaffenen Grundlage; keine Klasse war besonders an dieser Steuerform interessiert, und daraus

1) Rose: A direct tax on income was next adverted to; but it was then thought liable to many objections. Recourse was therefore had to the measure of a charge varying according to the amount of the assessed taxes, paid by persons in different situations, as likely to afford though not a certain, yet a tolerable fair criterion of the income of individuals, to which their expenditure was supposed in general to be proportioned.

erklärt es sich auch, daß sie kein dauerndes Glied des englischen Steuersystems wurde. Sobald die Notwendigkeit vorbei war, wurde sie aus dem Steuersystem entfernt."

Say¹⁾ faßt sein Urteil über die Gründe der Einführung der Pittschen Steuer dahin zusammen: Le caractère du premier impôt n'est donc pas économique, il est purement fiscal. Und an einer anderen Stelle führt er aus: L'impôt sur le revenu est né en Angleterre dans des conditions et dans des circonstances politiques spéciales; il a été aboli dans d'autres circonstances politiques, et c'est également par suite de circonstances politiques d'un caractère particulier qu'il a été rétabli²⁾.

Was blieb denn Pitt auch übrig, als das Versäumte nachzuholen und seine Hoffnungen auf die Income Tax zu setzen? Daß ihn hierbei ökonomische Rücksichten nicht leiteten, geht u. a. daraus hervor, daß die Befreiung der niedrigen Einkommen keinem anderen Umstand entsprang, als der Bemühung, sich, wie Say ausführt, aus einer administrativen Verlegenheit zu ziehen, weil es unmöglich war, die Unmenge der kleinen Einkommen der Steuerliste einzuverleiben und weil die Erhebung der geringen Abgaben aus den kleinen Einkommen im Verhältnis zu dem Ertrage viel zu kostspielig gewesen wäre und ein negatives Ergebnis geliefert hätte. Von einem Gedanken der Abwälzung der Last auf die Begüterten oder von sonstigen heute so naheliegenden Gesichtspunkten war keine Rede. Die Frage, ob die früheren Steuern des britischen Reichs Pitt zur Einführung seiner Steuern veranlaßt haben, ob er irgend eine frühere Steuer als Muster genommen hat, kann auf Grund der hier vorgenommenen archivalischen Forschungen verneint werden. Aber hinsichtlich der Verwaltungsorganisation sind zweifelsohne eine ganze Reihe von Einrichtungen vorbildlich gewesen, beispielsweise die Verwaltungsorganisation der Landtax (Ozeroff, S. 84). Es bleibt noch die Frage zu beantworten, ob die Einkommensteuer von 1798 die Fortbildung der Assessed taxes oder vielmehr des Triple assessment gewesen ist. Vocke und Dowell haben sich hierzu geäußert. Nach ihnen stellt sich die Income Tax dar als ein Zurückgreifen auf die frühere Entwicklungsstufe, welche ein Jahrhundert lang verlassen worden war. Dowell spricht von revert to the old national principles of a rate und Gneist drückt denselben Gedanken in seinem Self-Government (S. 560) dahin aus: „Es war das alte System der Subsidien in ver-

1) Say: Les solutions démocratiques de la question des impôts, 2. Bd., 1886, Bd. II, 16. Conf., Seite 69 ff.

2) Vergl. dazu Ehebergs Widerspruch im Handwörterbuch der Staatswissenschaften unter Finanzen.

jüngster und zeitgemäßer Gestalt zurückgekehrt.“ Ganz anderer Auffassung ist Ozeroff, dem man sich in dieser Frage wird anschließen dürfen.

Am 3. Dezember 1798 legte Pitt dem House of Commons den Stand der Finanzen in einer Rede dar, welche wohl zu den berühmtesten der Finanzreden gehört, die in einem Parlamente jemals gehalten worden sind.

Er verlangte für die Flotte	13 642 000 £
für das Heer	8 840 000 „
für besondere Ausgaben	3 200 000 „
für Unvorhergesehenes	1 000 000 „

Insgesamt verlangte er nicht weniger als 29 272 000 £ für das nächste Jahr, welcher Summe an regulären Einnahmen nur 6 150 000 £ gegenüberstanden. Der große Rest mußte durch neue Steuern oder Anleihen beschafft werden.

Pitt erklärte von dem im Vorjahre aufgestellten Grundsatz der möglichsten Verringerung der Anleihen nicht abweichen zu können, mithin auf eine neue Steuer angewiesen zu sein; er habe sich nach den Einwendungen und Erfahrungen des Vorjahres auf Maßregeln besonnen, welche eine gleichmäßigere und gerechtere Besteuerung ermöglichten und die insbesondere zur Erfassung der Einkommen führten, welche durch das Triple assessment nicht getroffen worden seien. So schlecht das Ergebnis der vorjährigen Steuer gewesen sei, so habe sie ihm doch den Beweis geliefert, daß die Deckung des Staatsbedarfs within the year das richtige und das Prinzip, das Einkommen als Kriterium einer Steuer anzunehmen, das beste sei. Er wolle aber den Umweg vermeiden, das Einkommen durch Besteuerung der Ausgaben zu erfassen, wie er es im Vorjahre mittelst des triple assessment versucht habe. Er bezeichnet es als seinen neuen Plan, a general tax to post upon all the leading branches of income. Pitt setzt dann dem Parlamente die Einzelheiten des Entwurfs auseinander, insbesondere das Veranlagungs- und Selbsteinschätzungsverfahren, und hofft auf Grund seines neuen Steuerentwurfs einen Ertrag von 10 000 000 £ erzielen zu können¹⁾.

Von den Einwendungen, welche der neue Steuervorschlag Pitts im Parlament hervorrief, interessieren hier nicht sowohl die rein politischen Charakters, sondern lediglich die finanzpolitischer Natur. Die Hauptvorwürfe dieser Art, welche seit 1798 der Income tax bis heute wieder und immer wieder gemacht wurden, sind:

Ungerechtigkeit der gleichen Besteuerung, insbesondere von fundiertem und unfundiertem Einkommen;

die Ungleichheit der Belastung zufolge des Mangels einer höheren Progression;

1) Anmerkung s. S. 192.

volkswirtschaftliche Nachteile durch Besteuerung gerade der Fleißigsten, welcher Umstand eine Auswanderung der Steuerkräftigsten herbeizuführen geeignet sei;

Ungerechtigkeit der Besteuerung der Staatspapiere;

Gefahr der endlosen Erhöhungen der Steuerquote zufolge ihrer zu großen Elastizität;

die Indiskretion, welche den Steuerzahlern gegenüber zufolge der Selbstdeklaration geübt werde;

1) Schätzung des Einkommens von Großbritannien von Pitt (aus Roses Schrift).

	Annual Mill £	Reduktion für unter 60 £ bezw. unter 200, die nur $\frac{1}{20}$ zahlen	Taxable income
Landlords Rent 40 000 000 kultivierte Acres, eingeschätzt zu 12 sh 6 d per Acre	25	$\frac{1}{10}=5$	20
Tenants Profits zu $\frac{1}{4}$	19	$\frac{7}{10}=13$	6
Tythes	5	$\frac{1}{2}=1$	4
Mines, Navigation, Timber	3		3
Houses	6	$\frac{1}{10}=1$	5
Professions	2		2
Proportion for Scotland	5		5
Income from possession beyond Sea	5		5
Interest on funds after deducting foreign property and sums issued to commissioners as sinking fund and interest of capital redeemed	15	$\frac{1}{10}=3$	12
Profit on foreign trade, suppose 5 £ $\frac{0}{10}$ on 80 000 000 £*) equitable insured	12		12
Desgl. hometrade on 15 £ $\frac{0}{10}$	18		18
Other trade	10		10
	125		102

*) Wirklich waren es aber 95 000 000 £.

	Import in £	Export in £
1785	15 948 000	16 086 000
1786	15 768 000	16 300 000
1787	17 804 000	16 869 000
1788	18 027 000	17 473 000
1789	17 821 000	19 340 000
1790	19 130 000	20 120 000
1791	19 669 000	22 731 000
1792	19 659 000	24 904 000
1793	19 256 000	20 390 000
1794	22 288 000	26 734 000
1795	22 736 000	27 312 000
1796	23 187 000	30 518 000
1797	21 013 000	28 917 000
1798	25 654 000	33 800 000

das Prinzip des Zwanges der Beitragsleistung an Stelle der bei einer Ausgabebesteuerung herrschenden Freiwilligkeit der Leistung.

In glänzender Rede¹⁾ nimmt Pitt seine Income Tax gegen alle Vorwürfe²⁾ in Schutz. Er hebt hervor, daß sie weit mehr Vermögen umfasse als die Steuer des Vorjahres, daher verteile sich die Last gleichmäßiger auf mehr Schultern. Absolute Gleichheit könne keine Steuer bringen; denn die soziale Verschiedenheit ließe sich nicht beseitigen. Nicht darum könne es sich handeln, ob die Income Tax die gerechteste Steuer sei, sondern nur, ob sie so gerecht als möglich sei. Und das müsse bejaht werden.

Aus Pitts überzeugender Rede ist zu erkennen, daß es sich für ihn um Sein oder Nichtsein handelt, und nur allzu richtig bemerkt ein Autor wenige Jahre später: It never should be forgotten that at the period when the income tax was first introduced as every other experiment of finance had been tried³⁾.

Von Pitt selbst ist nichts über die Herkunft des Planes gesagt worden. Es war nicht Pitts Art, über seine Pläne sich in Briefen auszusprechen. His statesmanlike caution in writing is very remarkable. He never expatiates upon passing events; he never reveals his intentions even to his most intimate friend. He never trusts his opinions to the perfidies of the post-office; but is always contriving the most convenient means of personal intercourse, when any measure is to be discussed⁴⁾.

1) Held hat charakteristischer Weise Pitts Rede in Übersetzung mitgeteilt.

2) A common council holden in the chambers of the Guildhall of the city of London on Wednesday the 19th day of December 1798. Chatam Manusk., Vol. 279. Resolutions of the Lord Mayor, Alderman and Common Council of the city of London, December 1798. Resolved: that is the opinion of this court the bill now pending in parliament by which it is proposed, to tax the precarious fluctuating income arising from the labour and industry of persons of trade, professions in the proportion as the permanent annual proceeding from land and funded property, is most partial, cruel, oppressive. That the bill proposed establishes an inquisitorial power unknown in this country inconsistent with the principles of the British constitution and repugnant to the feelings of Englishmen.

Was man im englischen Parlament gegen die Einkommensteuer sagte, hatte man 100 Jahre vorher schon in Holland gegen die Vermögenssteuer vorgebracht. Laspeyres, 220, 221, zitiert:

„Die Steuer ruiniere die Steuerkraft, sie führe zum Meineid, die Veröffentlichung des Vermögensstandes schade dem Kaufmann, auch könne dieser sein Vermögen schlecht berechnen.“ Nach Grotius, Annales, Seite 34 und 42.

Vergl. auch Malet du Par im British Mercury, Vol. I, 1799, S. 758.

3) Brief memories of the R. Hon. Henry Addingtons administration, 1802, S. 69.

4) Aus: The diaries and correspondence of the Right Hon. George Rose, ed. by L. V. Harcourt 1860, Vol. I, S. 3.

Aus der Zeit von Pitts erstem Ministerium ist kein Tagebuch von Rose vorhanden, auch keine Autobiographie, wie wir sie für sein späteres Leben besitzen. Ebenda S. 6.

Die mündliche Unterredung erhält aus den Tagebüchern Castlereaghs, der verschiedentlich berichtet, daß Pitt mit ihm über die Einkommensteuer gesprochen.

5. Die Folgen des Gesetzes¹⁾.

Auf 10 000 000 £ hatte Pitt den Ertrag seiner Income Tax nach dem ursprünglichen von ihm vorgeschlagenen Entwurf geschätzt. Nach den vielen, teils erheblichen Änderungen, welche das fertige Gesetz dem Entwurf gegenüber aufwies, hatte er seine Schätzung auf 7 500 000 £ reduziert. Als er in seiner Budgetrede am 24. Februar 1800 die Ergebnisse des verflossenen Finanzjahres mitteilte, konnte der Minister aber nur von einem Ertrage von 6 200 000 £ berichten. Den bei der Steuer ausgefallenen Restbetrag hatte er durch Exchequer Bills gedeckt. Der Mißerfolg des Gesetzes von 1799 ist mit Ozeroff zu erklären u. a. aus folgenden vier Mängeln:

1. Aus der nicht spezifizierten, sondern vielmehr nur allgemein zusammenfassenden Deklarationspflicht, welche die Quellen des Einkommens nicht im einzelnen aufzudecken vorschrieb.
2. Aus sonstigen Mängeln der Deklaration, die zwar den Abzug der Schulden gestattete, es aber unterließ, nach dem Gläubiger zu fragen, wie auch sonst notwendige Vorsichtsmaßregeln zu treffen, die heute üblich sind, damals von Pitt nicht vorgesehen wurden.
3. Aus dem Fehlen der erforderlichen Kontrolle durch indirekte Deklaration.
4. Aus der zu großen Kompliziertheit der Vorschriften.

Den, wenn auch gegenüber dem Ausfalle bei dem triple assessment weniger erheblichen, so doch immerhin recht beträchtlichen Ausfall der Steuer suchte Pitt durch die Neuheit des Experimentes zu entschuldigen. Die neuen Steuern, ihre neuen Grundsätze und insbesondere die Neuheit in der Verwaltung: das waren drei Ursachen, welche einen verhältnismäßig geringen Ertrag erklärlich erscheinen ließen. Nicht sowohl der geringe Ertrag der Steuer, als vielmehr der wenig weitgehende Blick Pitts, in seinem Vorschläge diese Momente nicht genügend zu beachten, fordert Tadel heraus. Auch Pitt sah ein, daß hierin sein Vorschlag fehlerhaft gewesen sei, und gab der Überzeugung Ausdruck, daß bereits das nächste Jahr den vollveranschlagten Ertrag der Steuern liefern werde.

In Pitts Rede vom 3. XII. 1898. (Parl. History 34, Seite 14) heißt es: Full twenty years ago this was said by a writer, who was also a member of this house, and who in a work he wrote expressly recommended the very principle which I have submitted to the committee this day. Das ist nicht Young; vielleicht Pulteney? Ferner nimmt Pitt Bezug auf Youngs Schrift 1774. *Parlamentsverhandlungen über Income Tax* III, 347, 653. Ein gutes Referat findet sich in Gifford, *History of political life, of Pitt, 1809.*

1) Die Erörterung des Gesetzes selbst muß — schon aus räumlichen Gründen — dem künftigen Werk vorbehalten bleiben, wo eine Gegenüberstellung der Pittschen und der Einkommensteuer Addingtons gegeben wird; die Darstellung erübrigt sich an dieser Stelle wohl auch mit Rücksicht auf den Anhang.

Es war freilich ganz natürlich, daß sich bei der praktischen Durchführung des Gesetzes auch Fehler gezeigt hatten, welche eine bloß theoretische Betrachtung nicht ans Tageslicht hatte bringen können. Auch hier mußte man Erfahrungen sammeln und auf Grund dieser erforderliche Verbesserungen treffen. Welche Aufnahme fand nun die Pittsche Budgetrede im Parlament? Ein Wort Pitts war es, das nicht nur der Opposition vom ersten Jahre der Income Tax an beinahe bis zum heutigen Tage immer wieder Anlaß zu Angriffen auf die Steuer gab. Pitt hatte die Income Tax gefordert als eine War Tax, und die Auffassung vieler ging nun dahin, daß eine War Tax mit Aufhören des Krieges ebenfalls aufhören müsse. Das war ganz logisch: allein was vermag die Logik der Notwendigkeit der Deckung des Staatsbedarfs und einer mit Überzeugung vorgetragenen begeisternden Rede eines Pitt gegenüber!)?

Pitt forderte die Steuer auch für das Jahr 1800/01 trotz bereits erfolgtem Friedensschluß, um die Schuldzinsen mit dem Ertrage der Steuer tilgen zu können. Nur ein Pitt konnte sich zu einer solchen Forderung erlauben; und nur die glänzende allgemeine Lage Englands ermöglichte ihm die Durchführung dieses Vorhabens. Man verzeh ihm den Minderertrag, weil die Finanzen im übrigen äußerst befriedigend erschienen. Die Opposition, welche er 1800 fand, war gegenüber 1799 eine so geringe, daß man versucht ist zu glauben, die Parlamentsdebatten dieses Jahres seien nur in Bruchstücken auf uns gekommen. Vor allem mußte man sich im Parlamente doch sagen, daß Schuldzinsen nicht in einem Jahre sämtlich bezahlt werden könnten, die Einkommensteuer mithin den Charakter als Kriegssteuer, als Ausnahmezustand für den Augenblick der Gefahr einbüßen und eine dauernde Einrichtung zu werden die beste Aussicht habe. Wenn man dies auch einige Jahre später allgemein einsah, im Jahre 1800 war man, wenige Ausnahmen unbeachtet, von einer Kurzsichtigkeit, welche erstaunlich ist.

1) Als ein interessantes Zeitbild, wie unpopulär die Einkommensteuer war, sei hier eine Zeitungsanzeige vom 1. Juli 1799 aus den Londoner „Times“ angeführt:

Diminution of the tax on income. As the exigencies of the times require more than usual exertions in persons of every rank, to enable them to bear the taxes the wisdom of the legislature has imposed, economy in articles of dress can be no small requisite. Any plan that unites cheapness, elegance and superior workmanship, should, we imagine, claim the notice and the patronage of the public. George Erown, Taylor, Habit-maker and Mercer, No. 64 Sun-street, Bishopgate Withort, solicits the favors of the public on the above principles at the understated prices.

A lady cloth riding habit £ 4,14.6.

A superfine cloth coat £ 2.12 and so on,

Pantaloons, children dresses and every other article in the trade at the very lowest cash prices.

Für Pitt sprach allerdings — und er verstand es meisterhaft, diesen Umstand zu nutzen — das Aufblühen der Wirtschaftslage Englands gegen des Jahrhunderts Ende. „Man hat die Vernichtung unseres Handels, unseres Vermögens durch die Income Tax prophezeit und die Erfahrungen der letzten drei Jahre lehren das gerade Gegenteil“, so führte Pitt aus; allerdings, darüber wird sich auch Pitt klar gewesen sein, daß seine Steuer, ein so hervorragendes Gesetz es auch gewesen sein mag, die Wirtschaftslage Englands, das Steigen des Imports und Exports wohl kaum veranlaßt hatte. Aber auch im 18. Jahrhundert verstand man, die zeitlich und unabhängig nebeneinander herlaufenden Tatsachen in einen Kausalzusammenhang, wenn es zweckmäßig erschien, auch unter Verwechslung von Ursache und Wirkung, zu bringen. Pitt konnte weiter darauf hinweisen, daß seine Steuer im Gegensatz zu einer Konsumbesteuerung den Preis der Lebensmittel nicht in die Höhe treibe, daß, wenn etwa, wie man fürchtete, eine Geldentwertung zufolge der Steuer eintrete, hierin eine nur höchst willkommene Folge seiner Maßregel zu erblicken sei. Alles in allem erklärt er seine Income Tax als a measure superior in its nature to any system of finance that had been adopted in this country, in point of prudence, policy and justice as well as of efficacy.

Ungeachtet dieses günstigen Urteils schlug Pitt auf Grund der beim Finanzministerium eingegangenen Berichte der Steuerkommissäre eine ganze Reihe Gesetzesreformen vor. Unter anderem eine schärfere Heranziehung der Kaufleute durch Beseitigung der besonderen kaufmännischen Kommissäre, also ihre Besteuerung in gleicher Weise wie die aller anderen Personen.

Das Ergebnis der Income Tax im Jahre 1799/1800 hatte Pitt Vorsicht gelehrt und er veranschlagte den Ertrag der Steuer für das Jahr 1800/01 auf nur 7 000 000 £. Und was war das Ergebnis dieses Jahres? Statt 7 ergab die Steuer 6 Mill. £, und wieder mußten Exchequer Bills im Betrage von 1 000 000 £ aushelfen. Das noch schlechtere Ergebnis dieses Jahres gegenüber dem Vorjahre ist nicht recht erklärlich und dürfte seinen Grund in dem noch zu geringen Vertrautsein der Steuerverwaltungs-Beamten mit den neuen Steuergesetzen haben. Leider war es Pitt nicht vergönnt, selbst gut zu machen, was an seiner Steuer verbesserungsbedürftig war; er schied bereits 1802 aus dem Amte.

6. Literatur zur Pittschen Steuer bis 1801.

Bei der schweren Zugänglichkeit der Literatur und dem Mangel einer Bibliographie der Einkommenbesteuerung dürfte es angebracht sein, die Schriften,

welche im Anschluß an die Income Tax erschienen sind, anzuführen¹⁾. Wiederholt Erwähnung gefunden hat bereits die klare Schrift von George Rose: *A brief examination into the increase of revenue, commerce and manufactures of Great Britain from 1792 to 1799*, 6. ed. 1799. Diese Schrift wird noch bei der Betrachtung der französischen Finanzen in dieser Zeit heranzuziehen sein.

Eine Kritik der Income Tax findet man in mehreren Schriften. Erwähnt sei zunächst: *Thoughts on taxation in the course of which the policy of a tax on income is impartially investigated*. London 1798. Von der Frage ausgehend, ob Anleihen oder Steuern bessere Mittel zur Deckung des Staatsbedarfs sind, sucht der Verfasser hier den Nachweis zu bringen, daß das Vermögen Englands sich in kurzer Zeit vervierfacht hat. Hierdurch bedingt sei ein Wachsen des Volkseinkommens. Dabei unterscheidet er ein reales Wachsen der Produktion im Lande und ein nominelles durch Steigen der Preise. In England glaubt er beide Ursachen konstatieren zu können. Weiter behandelt der Verfasser die Steuerabwälzung und vertritt die Anschauung, daß alle Steuern auf die Konsumenten fallen. Wenn er sich auch im wesentlichen mit der Pittschen Income Tax, welche er als *a fair and eligible mode in point of principle* bezeichnet, einverstanden erklärt, so hat er doch zwei Mängel ihr vorzuwerfen, den einen — vollauf berechtigten — daß Pitt mit diesem Plane nicht bereits früher bei Beginn des Krieges hervorgetreten ist; ferner, daß die Progression nicht eine weitergehende ist, endlich, daß die Steuererhebung eine Inquisition in sich schließt, die verwerflich sei. Diese und andere Mängel hindern ihn aber nicht, ihre Vorteile an-

1) Als volkstümliche Ausgaben des Gesetzes, ohne weitere Bedeutung, sind die folgenden vier Schriften zu nennen:

Duty on income. A complet abstract of the act of parliament passed January 10th 1799, 4. Ed., York, 1799.

Tax on income. An abstract of the alterations and amendements in the act . . . London, 1799, 4. Ed. *The new schedule as corrected and altered by the act for having income*. London, 1799.

Observations upon the amended act for having income. London, 1799.

Als eine recht gute systematische Bearbeitung des Gesetzes ist anzuführen:

The substance of the income act in a methodic arrangement of all its clauses etc. By Steward Kyd. 1799.

Ebenso findet man einen guten Kommentar in den *Observations upon the act for taxing income*, London, 1799, und hier wird die beachtenswerte Auffassung vertreten, daß die Income Tax lediglich Fortsetzung und Verbesserung des *triple assessment* ist. Beide Steuern wollten das Einkommen treffen: das *Assessment*, indem es das Einkommen nach den Ausgaben maß, während die *income tax* direkt vorgeht. Bei beiden war auch das leitende politische Motiv dasselbe, nämlich Beschaffung von Mitteln zur Fortsetzung des Krieges. Den ganzen Unterschied sieht der anonyme Autor in der durch die direkte Erfassung des Einkommens möglichen größeren Gerechtigkeit der Besteuerung.

Gute Aufklärung über das, was nach dem Gesetze als Einkommen zu versteuern war, gibt the *court of conscience for Britons Guide containing rules and instructions for making the declaration before the commissioners for the tax on all income*. 1799.

zuerkennen. Beachtenswert sind seine Erörterungen über die prinzipiellen Vorzüge einer Einkommen- vor einer Vermögensteuer. Weiterhin bedarf der Hervorhebung seine Forderung, daß die Kaufleute in gleicher Weise besteuert werden sollen, wie Leute mit Einkommen aus fundiertem Vermögen. Denn der Kaufmann schulde sein Glück am meisten von allen Kreisen der Bevölkerung den öffentlichen Zuständen. Der Kaufmann pflege auch nicht über seine Verhältnisse zu leben, so daß er weniger von der Konsumbesteuerung betroffen werde, wie Rentner, welche über ihr Einkommen häufig zu leben pflegen. Auch gäbe gerade der Krieg Gelegenheit zu guten kaufmännischen Spekulationen. Wolle man hiergegen einwenden, daß nicht alle Unternehmungen günstig ablaufen, so sei zu beachten, daß ja doch stets das jährliche Einkommen getroffen werde. Für die Kaufleute sei die Aufdeckung der Einkommensverhältnisse auch weniger schlimm als für andere Steuerpflichtige. Denn das Einkommen sei noch lange kein sicheres Zeichen für die Kreditwürdigkeit, insbesondere da ein großes Kapital oft nur ein kleines, ein kleines Kapital aber oft ein großes Einkommen ergäbe. Eine Aufdeckung der Einkommensverhältnisse sei jedenfalls einer solchen der Vermögensverhältnisse vorzuziehen. Aber der Verfasser betrachtet doch als obersten Grundsatz der Besteuerung in einem freien Lande optionality der Steuern, und ist daher ein Anhänger von Stempelsteuern, Lizenzen und Luxussteuern. Beachtenswert ist seine Forderung einer Wehrsteuer für Personen, welche keine persönliche Militärdienstpflicht zu erfüllen haben.

Eine Kritik des Steuergesetzes findet sich in: *Observations on the produce of the income tax and on its proportion to the whole income of Great Britain, 1799.* G. H. Beeke. Der Verfasser erklärt, er sei der Ansicht gewesen, der Ertrag der Steuer werde über den Voranschlag hinausgehen. Er vermutet, daß das Einkommen in England teils bedeutend niedriger, teils bedeutend höher sei als alle bisherigen Schätzungen ergäben, daß das Erträgnis der Steuer in einem nur geringen Verhältnis zu dem tatsächlichen Einkommen stehe. An der Hand statistischen Materials gibt er eine eingehende Begründung dieser Ansicht. Interessant ist eine Gegenüberstellung der Schätzungen Pitts und Beekes:

In Mill. £	Einkommen	Abzüge	Steuerbares Einkommen (zu 10 %/s)
Schätzung Pitts	125	23	102
Schätzung Beekes	113	43	70

Ähnliche Aussetzungen macht William Friend in seinen *Principles of Taxations, 1799*. Er vertritt den später häufig wiederholten Grundsatz, daß nach der Besteuerung das Verhältnis der Besteuernten zueinander in gleichem Maße vorhanden sein müsse wie vorher. Nur dann erscheint ihm eine Steuer gut, wenn die Erhöhung des Steuerfußes proportional ist der Erhöhung des Steuer-

ergebnisses. Er vertritt die Freigebung des Existenzminimums und ist ein Anhänger der progressiven Besteuerung, die er als Magna Charta der Besteuerung bezeichnet. Völlig vernachlässigt hat seiner Meinung nach Pitt die Berücksichtigung des richtigen Verhältnisses zwischen Einkommen aus unproduktivem Kapital, aus produktivem Kapital und aus persönlichem Fleiß.

Es sei gestattet, eine kleine Schrift aus dem Jahre 1799 zu erwähnen, welche zwar als Travestie verfaßt, dennoch aber beachtenswert ist durch die Beispiele, welche in ihr für die einzelnen Steuerausfälle enthalten sind. Sie heißt: *Extract from an account of certain persons in London who cannot pay their income tax.*

In einer Schrift: *Observation on the income act; particularly as it relates to the occupiers of land*, 1801, erklärt Francis Newbery, Mitglied einer Appellationskommission, er halte es auf Grund seiner Erfahrung für unmöglich, die Einkommen wirklich anzugeben, während dies für die Ausgaben viel eher möglich sei. Er vertritt die Forderung, daß der abgeschätzte Jahresertrag eines Grundstückes vermehrt um einen Zuschlag von 10% des einen gewissen Preis der Produkte übersteigenden Betrages, als steuerbares Einkommen gelte.

Sinclair, der bekannteste Finanzhistoriker der Pittschen Periode, war Pitts politischer Gegner. Allein das Studium seines dreibändigen Werkes bringt den Leser doch zur Überzeugung, daß es nicht allein politische Motive waren, welche ihn zum energischen Gegner der Pittschen Steuerpolitik machten. Sinclair betrachtet die Steuer als eine Art Zwangsanleihe und meint, daß, wenn überhaupt die Zeitlage noch Zwangsanleihen notwendig mache, man zu einer richtigen Anleihe greifen müsse, nicht aber zu einer Besteuerung. Mit Rücksicht auf die weniger bemittelten Bevölkerungsklassen sei es vorzuziehen, eine Anleihe auszugeben, als eine Steuerkontribution zu verlangen; denn die Steuern müßten auch von unbemittelten getragen werden, während die für die Anleihe erforderlichen Beträge und auch die Steuerbeträge für die Einkünfte aus den Anleihen nur von den Begüterten aufgebracht würden.

Die Income Tax nennt er eine obnoxious burden, die aller Wahrscheinlichkeit nach nie wieder kommen werde. Denn sobald der Krieg zu Ende war, machte sich überall eine nervöse Ängstlichkeit dahin geltend, man müßte diese außergewöhnlich unwillig empfundene Last dauernd behalten.

Aus allen Teilen des Landes trafen Petitionen ein, die mit Nachdruck die Beseitigung der Income Tax forderten und Pitts Nachfolger gab dem Ansturm nach und kehrte, kurzsichtig genug, zu den alten Mitteln zurück, anstatt die Mängel der Income Tax zu beseitigen und England die gerechteste Steuer zu geben, wie sie Pitt für sein Land eingeführt hatte.

Ganz besonders charakteristisch dafür, wie verhaßt dem Engländer die Income Tax war, ist der Umstand, daß Sinclair in der ersten Auflage seines Werkes, die 1785 erschien, sagt: „Was immer Lobredner vergangener Zeiten anführen mögen, so ergibt sich doch für jeden unparteiischen Betrachter unwiderleglich, daß unsere Vorfahren allen Anlaß hatten, unzufrieden zu sein hinsichtlich ihrer politischen Stellung, was die Besteuerung betrifft; und vielleicht ist die jetzige Zeitepoche in dieser Beziehung sowohl wie in vielen anderen eine derartige, daß es eine Lust ist, darin zu leben und wie in der Geschichte unseres Vaterlandes noch keine Zeitepoche vorgekommen ist; die Zunahme der Besteuerung, die wir jetzt haben, wird vollkommen ausgeglichen durch die Zunahme unseres Handels, durch die Verbesserung jedes Wissenszweiges, wie der Künste, durch die große Zunahme unseres Reichtums, durch unsere Sicherheit und unsere Freiheit.“ Aber in der dritten Auflage, die nach der Pittschen Income Tax erschien, fügt Sinclair auf S. 58 in einer Anmerkung hinzu: „Ich bitte den Leser, zu beachten, daß diese Stelle meines Buches ursprünglich im Jahre 1785 verfaßt worden ist. Seit dieser Zeit haben aber wesentliche Änderungen Platz gegriffen. Wir haben mehrere Gesetze bekommen, durch welche die Freiheiten des britischen Volkes wenigstens vorübergehend in unglücklichster Weise verringert worden sind. Die Besteuerung des Einkommens in der Art und Weise, wie sie uns auferlegt worden ist und das System einer mit Gewalt herbeigeführten Indiskretion (compulsive disclosure) haben die Rechte aller Besitzenden ganz bedeutend betroffen. Unser Reichtum hat zwar wohl eine Vermehrung erfahren, aber durch die Grundsätze der Finanzpolitik, die jetzt herrscht, ist der Besitz weit weniger gesichert als in vergangenen Zeiten zufolge der Habsucht der Minister; denn wenn durch diese gewaltsame Indiskretion ein Zehntel des Einkommens für die Fortsetzung eines Krieges weggenommen werden kann, so kann auf dieselbe Weise nach denselben Grundsätzen ein Fünftel oder die Hälfte oder irgend ein anderer Bruchteil für irgend einen künftigen Zweck verlangt werden.“

7. Allgemeine Charakteristik Pitts.

Nicht allein der Parteien Haß und Gunst ist die Ursache der so verschiedenen Auffassung der Pittschen Finanzpolitik; denn auch in den Werken vieler, über den Parteien stehenden Autoren findet man eine durchaus verschiedene Beurteilung seiner Maßregeln. Einige Beispiele mögen das beweisen. Während, um nur Neuere zu erwähnen, Bagehot¹⁾ Pitt als eines der größten Finanzgenies

1) Works, Ausg. 1889, Bd. III, S. 154.

preist, bezeichnet ihn Rogers¹⁾ als denjenigen Schüler Adam Smiths, welcher mehr als viele andere die Lehren des Meisters mißbraucht hat. Pitts finance was a disastrous reversal of Adam Smiths maxims, even during 9 years of peace, it was to become worse and worse during the 22 years of the war, into which he plunged the country.

„Die Pittsche Finanzpolitik hat sich tatsächlich auf drei Kapitalirrtümern aufgebaut, auf dem Irrtum, daß der Tilgungsfonds einer Wüschelrute gleiche mit der magische Wirkungen sich erzielen ließen; dem anderen Irrtum, daß der im Jahre 1793 begonnene Krieg nur kurze Zeit währen könne und man deshalb keine Gefahr laufe, die Kriegskosten durch Anleihen zu decken; dem dritten endlich, daß die anfänglich unterlassene allerdings unbequeme Anspannung der Steuerschraube nicht zu einer später um vieles schärferen Anspannung führen müsse, ohne welche die Zinsen der aufgenommenen riesigen Anleihen nicht hereinzubringen waren.“ Mit gutem Recht hat darum ein berühmter französischer Ökonomiker über Pitts Finanzpolitik das Urteil gefällt: Pitt hat England mehr Schaden gebracht als die Verschwendung Calonnes Frankreich geschadet hat²⁾.

Dieses Urteil zeigt, worin die Ursache der verschiedenen Beurteilungen liegt. Der eine Autor hat mehr seine Friedens-, der andere mehr seine Kriegsfinanzpolitik ins Auge gefaßt, dieser mehr seine Schulden-, jener mehr seine Steuerpolitik. Bald hat man Pitt darnach gemessen, inwieweit er originelle Finanzgedanken entwickelt hat³⁾; bald darnach, inwieweit er Adam Smiths Schüler gewesen und dessen Lehren in die Praxis umzusetzen sich bemüht hat⁴⁾.

Wollte man so einseitig verfahren, wie die Mehrzahl der Autoren, welche sich ein Urteil über Pitt gestattet haben, so müßte ihm als demjenigen, welcher die Einkommenbesteuerung an der Schwelle des vorletzten Jahrhunderts in Europa eingeführt hat, das höchste Lob erteilt werden. Aber dieses Urteil wäre nur ein einseitiges; denn wenn hier auch in erster Linie die Einkommensteuer ins Auge gefaßt wird, so dürfen dennoch nicht die geradezu unglaublichen Rechenfehler überschen werden, die Pitt in unverzeihlicher Kurzsichtigkeit, verleitet durch die Sophistereien eines Dr. Price mit seinem Sinking Fund begangen und durch die er sein Vaterland um Millionen geschädigt hat, zu deren Deckung

1) The economical interpretation of history 1880, S. 470.

2) Pitt a été plus fatal à l'Angleterre que la dilapidation de Calonne ne l'avait été à la France. Say, Cours complet d'économie politique. Paris 1840, 2. Aufl., Kap. 14, S. 452. Abus des emprunts par subscription.

3) Als Originaldenker preist ihn sein Biograph Gifford. History of the political life of Pitt, 1809, Bd. III, S. 781.

4) Als stark beeinflusst durch Smith bezeichnet ihn Cunningham, The growth of English industry in modern times, 1892, S. 437, 545 ff., bes. 549 und Salomon, Pitts neuester Biograph, S. 206 f.

noch die Geschlechter nach seinem Tode jahrzehntelang Abgaben zu entrichten hatten. So muß das Gesamturteil über Pitt ein anderes sein, als über den Pitt, welcher England die Einkommensteuer gab.

Man muß aber auch an Pitt als Steuerpolitiker einen verschiedenen Maßstab anlegen, je nachdem man ihn vom theoretischen oder auch vom deutschen, und vom praktischen oder auch vom englischen Standpunkt aus betrachtet. Vom theoretischen Standpunkte aus gesehen, bildet die Steuer Pitts den Höhepunkt der Entwicklung einer Einkommenbesteuerung. Er hatte keine Ertrags-, sondern eine wirkliche Einkommensteuer ins Auge gefaßt, und das Gesetz, welches er England gab, war ein einheitliches; aber das Gesetz, welches der ersten Income Tax folgte, gab den Grundsatz der einheitlichen Einkommenbesteuerung bereits auf und fiel wenigstens teilweise zurück in die Ertragsbesteuerung. Daß Pitt sich weniger durch eigene originelle Gedanken, als durch Übersetzung von solchen anderer in die Praxis, oder durch Kopieren ausländischer Muster, oder durch Fortsetzung begonnener Entwicklungen ausgezeichnet hat, wird man nicht leugnen können; aber das soll kein Vorwurf sein, denn ein Finanzminister muß kein origineller Denker, muß kein Forscher sein. Er erfüllt seine Aufgaben, wenn er die Finanzen des Staates leitet und fördert; mögen die Gedanken, auf welchen diese Förderung beruht alte oder neue, eigene oder fremde sein. Deshalb kann dadurch jedenfalls das Urteil über Pitt keine Beeinträchtigung erfahren, daß der Nachweis erbracht wird, gerade sein bedeutendstes Werk, die Income Tax, sei durchaus nicht seinem eigenen Kopfe entsprungen, er habe zu ihr gewissermaßen in Verzweiflung nur gegriffen, weil er nichts besseres wußte, weil er nach Erschöpfung aller anderen Mittel keinen anderen Weg einzuschlagen vermochte.

Aber was trotz dieses Mangels an Originalität an Pitt imponieren muß, ist, daß er ohne Bedenken trotz seiner, wie aus zahlreichen Beispielen nachgewiesen werden kann, hohen Verehrung und Wertschätzung der Lehren von Adam Smith gerade hier seinem Meister nicht gefolgt, sondern ihm untreu geworden ist und ihn übertroffen hat. Dieses sein Verhältnis zu Smith ist leider noch niemals eingehender untersucht worden, so häufig auch Autoren diese Frage berührt haben. Gustav Cohn¹⁾ nennt Pitt den größten Schüler des Adam Smith unter den praktischen Staatsmännern, der jedoch gerade hinsichtlich der Einkommensteuer über der Lehrer weit hinausgegangen sei. Schmoller²⁾ drückt dasselbe etwas drastischer aus, indem er sagt: „In England war man zu praktisch, um sich an solche Gelehrtenweisheit zu kehren.“

1) Finanzwissenschaft, S. 386.

2) Epochen, in seinen Jahrbüchern, 1877.

Mit der hier vertretenen Auffassung, daß die Steuerlehre von Adam Smith Pitt sehr wenig oder überhaupt nicht beeinflußt hat, stimmt offenbar auch Seligman¹⁾ überein. Auf dem Kontinent, so meint er, habe Smith den Anstoß zur theoretischen Finanzwissenschaft gegeben, in England selbst aber habe stets diese theoretische Wissenschaft eine nur untergeordnete Rolle gespielt, und es sei immer eine Sache der reinen staatsmännischen Praxis gewesen, Finanzpolitik zu treiben (S. 390).

In England haben Steuerprobleme niemals das Volk in größerem Maßstabe in Aufregung versetzt und die Lösung von Steuerfragen wurde ganz ruhig dem praktischen Gemeinschaftssinn der englischen Staatsmänner überlassen.

Das hier abgegebene Urteil über Pitt kann auch nicht beeinflußt werden durch die neuste, gründlichste Biographie Pitts²⁾. Es liegt auf der Hand, daß ein Biograph, selbst ohne daß er es will, durch die fortgesetzte Beschäftigung mit derselben Persönlichkeit eine gewisse Virtuosität darin erlangt, gerade die Lichtseiten herauszufinden und zu schildern, die Schattenseiten aber weniger hervorzuheben. Andererseits muß zugegeben werden, daß die Finanzmaßnahmen eines Staatsmannes dem ganz anders erscheinen, der sein ganzes Leben und seine ganze Wirksamkeit kennt, und in dessen Schilderung die Darstellung finanzpolitischer Maßregeln nur eine kleine Episode ist, als demjenigen, der die Finanzgeschichte mehrerer Jahrhunderte hindurch verfolgt, und für den das Wirken eines einzelnen Staatsmannes nur Episode ist. Es kommt hinzu, daß Salomon im ersten Bande seiner Darstellung nur die Friedensjahre behandelt und die Finanzmaßregeln Pitts nicht von dem Gesichtspunkte aus beurteilt, ob und wie sie für den darauffolgenden Kriegszustand von Vorteil oder Nachteil waren. Freilich ist es möglich, daß der Verfasser in dem noch fehlenden Bande die Pittsche Schuldenpolitik nochmals prüfen und dann ein weniger günstiges Urteil fällen wird.

8. Das Verhältnis zu den Steuern der französischen Revolution und den Steuern der Niederlande.

Es bleibt noch die Frage zu lösen, inwieweit die Besteuerung des Auslandes einen Einfluß auf die Einführung der Income Tax ausgeübt hat.

Die Frage der Beeinflussung Englands durch ausländische Steuergesetze und Schriften wurde im Vorhergehenden schon wiederholt kurz berührt. Es zeigte sich, daß die Kreuzzugssteuern der Päpste von maßgebendem Einfluß auf die englischen Steuern des 12. und 13. Jahrhunderts waren, daß die holländische

1) Essays on Taxation, New York, 1895.

2) Felix Salomon, William Pitt der Jüngere, B. I, 1906, 2. Teil, S. 179–193; 378–381. Tilgungsfonds S. 179, 183–202.

Akzise das Muster für die gleiche englische Einrichtung abgab und daß auch einzelne Erscheinungen der französischen Steuergesetzgebung des 18. Jahrhunderts nach England übernommen worden sind. Für den Einfluß der französischen Steuerliteratur auf England ist charakteristisch, daß während der Gedanken einer Income Single Tax aus England stammte, er doch erst auf dem Umwege über Frankreich, nämlich durch Vauban, zur Verbreitung in England gelangte.

Lenken schon diese der Zeit Pitts weit vorangehenden historischen Tatsachen den Blick insbesondere auf Holland und Frankreich, so kommen in der Periode, in welcher Pitt lebte, noch andere Erscheinungen hinzu, welche es als der Mühe wert erscheinen lassen, der oben gestellten Frage näher zu treten. Was Dühring bereits 1871 aussprach, daß die Einwirkung der französischen Revolution auf das Steuerwesen anderer Länder überhaupt noch nicht oder wenigstens nicht ausreichend untersucht worden ist, gilt auch heute noch. Dühring meint: „Im Gange des wirtschaftlichen Wissensgebietes ist nämlich die französische Revolution ein so entscheidendes Ereignis, daß man die Kluft zwischen dem, was ihr voranging und dem, was ihr nachfolgte, nicht leicht zu weit veranschlagen wird“¹⁾. Freilich macht sich gegenüber der Revolution in Frankreich die Reaktion in England geltend, wo die Ideen und Tatsachen, welche beispielsweise in den Untersuchungen eines Malthus enthalten waren, äußerst begünstigt wurden. Man sollte daher nicht vergessen, „daß die weiteren Schicksale der ökonomischen Theorie teils von der Revolution genährt, teils von der Reaktion beschattet worden sind“. Diesen Umstand hat man nicht immer genügend beachtet. So versucht des Freiherrn von Stein trefflicher Biograph, Max Lehmann, in einem Aufsatz in den Preußischen Jahrbüchern²⁾, welcher von dem Ursprung der preußischen Einkommensteuer handelt, den Nachweis zu erbringen, daß diese Steuern unter dem Einfluß der französischen Revolution entstanden sind, — was zweifelsohne zugegeben ist — gibt aber an derselben Stelle dem Gedanken Ausdruck, auch die englischen Einkommensteuern, die William Pitt 1798 eingeführt habe, seien in ihrem Ursprung auf französische Revolutionsideen zurückzuführen.

Es wäre allerdings eine eigentümliche Ironie der europäischen Steuer- geschichte, wenn Frankreich das Land wäre, welches zwar die Idee der modernen progressiven Einkommensteuer hervorgebracht, dennoch aber bis heute selbst das unmodernste Steuersystem aufzuweisen hat, während andere Länder, insbesondere England und Preußen, die französischen Ideen zur Ausführung gebracht, dauernd behalten hätten und sich des modernen Steuersystems auf Grund französischer Revolutionsideen bis heute im Gegensatz zum Geburtslande dieser Ge-

1) Kritische Geschichte 1871, S. 139.

2) Band 103 (1901), S. 1—37.

danken erfreuen könnten. Nur angedeutet hat M. Lehmann diesen Gedanken. In der Tat dürfte es auch eher die Aufgabe des Nationalökonomens sein, als die des Historikers, dieser interessanten Erscheinung nachzuspüren. Es ist sehr verlockend und naheliegend für den Kenner der französischen Revolution die Einkommensteuer als ihr entspringend anzunehmen. Für den deutschen Nationalökonom, der über die soziale Entwicklung seines Vaterlandes hinaus nach England blickt, wäre es aber geradezu erstaunlich, wenn nicht die Wurzeln der Einkommensteuer in England selbst lägen. Man muß doch stets beachten, daß auch die französische Revolution durchaus nicht nur ganz neue, originelle Gedanken zeigt, sondern daß sie zum großen Teil bereits früher vorhandene kühne Gedanken in die Tat umsetzt.

Die französische Steuergeschichte der Revolutionszeit ist erst neuerdings durch die ausführlichen Arbeiten Stourms bekannt geworden¹⁾. Ein Blick in dieses Werk läßt eine wirkliche Ähnlichkeit zwischen französischer und englischer Besteuerung im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts tatsächlich zu Tage treten. Aber auch abgesehen von der Arbeit Stourms geht schon aus mehreren um 1800 erschienenen Schriften deutlich hervor, daß man jedenfalls die gleichzeitige Finanzpolitik Englands mit lebhaftem Interesse verfolgte. Vor allem ist es von großer Bedeutung, daß der „Finanzgeist“ Pitts, George Rose, die französische Finanzpolitik der Revolutionszeit wiederholt erwähnt. In seiner vorzüglichen Schrift: *A brief examination into the increase of the revenue, commerce and manufacture of Great Britain from 1792 to 1799*, 6. Ed., 1799, führt Rose den Bericht eines französischen Ministers zur Rechtfertigung gegen den Vorwurf an, daß die englische Einkommensteuer nicht progressiv genug gestaltet worden sei. Als Beweis für die üblen Folgen einer zu starken Progression führt er die französischen Zwangsanleihen an und bringt im Zusammenhange hiermit die Übersetzung des französischen Ministerberichtes²⁾. Daß auch Pitt selbst die französischen

1) Eine Berücksichtigung der Forschungen Stourms habe ich nur bei Seligman gefunden, dem literaturkundigsten Finanzhistoriker. S. dessen *Progressive Taxation*, S. 28. Er beachtet aber nur die Steuer von 1791 und spricht S. 29 von Vorschlägen Babeoufs und Cambons, übersieht aber die progressive Zwangsanleihe, obgleich ihm die holländischen von 1796 und 1798 nicht entgangen sind.

2) Vergl. auch Morningtons Rede, 1794, über die französische Zwangsanleihe gegenüber Frankreich, erwähnt bei Londers: *A letter on the present measures of finance*, 1798. Es heißt darin:

The constitution requires, that taxes should be laid in proportion to the powers of each individual. This is the only just and reasonable mode of taxation; a truth which can be mathematically demonstrated. By the adoption of the progressive system on the contrary, insurmountable difficulties are thrown in the way of industry and the improvement of property; the stagnation of labour resulting from it reduces the poor, whom it is meant to spare to the almost indigence. Report of St. Horrent, Moniteur Oktober 10. 1799.

An anderer Stelle dieser Schrift heißt es:

The excessive rise of a progression is in effect an arbitrary revelling of situations acquired by honourable service, by useful talents, and by meritorious industry; and that in a country of so much productive

Zwangsanleihen der neunziger Jahre sehr genau studiert hat, erhellt aus einem Briefe Pitts an die Bank von England im Jahre 1796, in welchem er die Absicht, eine Zwangsanleihe nach französischem Muster einzuführen, ausspricht.

Sinclair¹⁾, welcher diese Mitteilungen über den Pittschen Brief macht, behandelt ebenfalls die Zwangsanleihen in Frankreich und gibt Veranlassung, einen Vergleich zwischen englischer und französischer Finanzpolitik während der Pittschen Zeit anzustellen.

Wie waren diese französischen Zwangsanleihen, von welchen wiederholt gesprochen wurde, gestaltet, daß man einen Vergleich ziehen kann zwischen ihnen und der Income Tax Pitts? Zu den ersten Maßregeln, welche 1789 bei Beginn der französischen Revolution getroffen wurden, gehört die Abschaffung und Ächtung der direkten Steuern. Bekanntlich wird die Belastung der unteren Volksklassen mit direkten Steuern am Vorabend der französischen Revolution als eine ihrer Hauptursachen bezeichnet. Bald aber sahen die leitenden Revolutionäre selbst ein, daß sie ohne direkte Steuern nicht auskommen konnten und so kamen sie notgedrungen auf diese zurück. Zwar führte man diese Steuern nicht unter demselben Namen wieder ein, sondern als Anleihen. Im Grunde genommen waren diese nichts anderes als maßlos verschärfte direkte Steuern, welche freilich beinahe als Konfiskation bezeichnet werden konnten.

Die erste derartige Zwangsanleihe wurde durch das Gesetz vom 20. Mai 1793 eingeführt. Cambon wird als „Inventeur“ dieser Finanzmaßregel bezeichnet und als ein Hauptagitator für sie ist Danton anzusehen (entsprechend der von ihm aufgestellten Forderung, die Reichen zu unterdrücken). In dem Gesetz stand: *Il sera fait un emprunt forcé sur tous les citoyens riches. Le comité des finances présentera incessamment le mode d'exécution.* Dazu erging ein Dekret vom 22. Juni 1793, welches von Real ausgearbeitet worden war und in dem sich eine Definition der Reichen findet. Drei Klassen von Einkommen werden unterschieden: *nécessaires revenus*, welche nicht getroffen wurden, *abondants revenus*, welche mit hohem progressiven Satze belegt wurden, und *superflus revenus*. Das notwendige Einkommen wurde für Familienväter oder Witwen mit Kindern auf 3000 Frcs., für Jungesellen oder Witwen ohne Kinder auf 1500 Frcs. fixiert. Das Maximum, welches man gestattete, betrug 20 000 bezw. 10 000 Frcs. Was darüber hinaus ging, galt als überflüssig, dem Staate verfallen. Weitere Dekrete folgten mit wechselnden Grundsätzen. Beachtenswert ist, daß immer wieder hervor-

labour as ours, an inordinate tax on the wealthy, suddenly imposed, would take from the lower classes, whom the superfluity of wealth employs, that subsistence and comfort which are bestowed by it. S. 35/36. The disastrous system of a progressive taxation (so ill-disguised under the application of a forced loan) has been attended with painful consequences. (Report of the Minister of Finance to the French Consuls.)

1) Sinclair, Bd. II, S. 202.

gehoben wird, insbesondere von Ramel, daß man nichts wolle, als eine Anleihe, keine Kontribution. Aber es war nicht immer von einer Anleihe die Rede. Vielmehr hieß es zum Beispiel in einem Dekret vom 18. März il sera établi un impôt gradué et progressif; und in einer Rede wurde ausgeführt: il s'agissait donc en réalité d'une taxe et non d'un emprunt; denn es wurden ja für die Anleihe keine Zinsen bezahlt ¹⁾.

Dieser Zwangsanleihe folgte eine andere, welche zweifelsohne einen einkommensteuerartigen Charakter trug, unter dem Direktorium im Jahre IV der Republik am 15. Frimaire und hier findet man ein Projet d'ouvrir un emprunt forcé de 600 millions valeur métallique, qui sera reçu par les riches. Dazu kommt ein Gesetz vom 10. Dezember 1795 (19. frim. IV) „un appel de fonds en forme d'emprunt“. Schließlich wird 1799 diese Maßregel wiederholt. Davon gibt das Gesetz vom 10. Messidor VII. (28. Juni 1899) und vom 19. Thermide VII. (6. August 1899) Kunde.

Die Ähnlichkeit zwischen einer französischen Zwangsanleihe und der englischen Income Tax zeigt sich insbesondere in den SelbstdeklARATIONEN, der Einführung eines Existenzminimums, der Abzüge für Kinder, der Trennung der einzelnen Arten des Einkommens. Freilich, was man als revolutionäre Neuerungen ansehen könnte, war auch schon lange vor der Revolution in Frankreich wiederholt vorgekommen, so die Selbsteinschätzung in der Ordonnanz von 1653 wie in dem Gesetz von 1710 ²⁾, eine Art Einkommensteuer, wie man sie im vingtième von 1149 wie in der Kopfsteuer von 1695 trifft. Auch die im Jahre 1700 übliche Besteuerung des Eigentums nach reinem Einkommen darf nicht außer Acht gelassen werden ³⁾. Schließlich sei noch aufmerksam gemacht auf die von Mirabeau 1760 in seiner *Théorie de l'impôt* geforderte Einkommensteuer, durch welche er 75 000 000 Frcs. zu gewinnen hoffte.

Es muß auch hervorgehoben werden, daß 1816 das Projekt einer wirklichen Einkommensteuer in Frankreich auftauchte. Dieses stammt von Ganilh und heißt: *General reflections on the financial situation in 1816* (übersetzt aus dem Französischen Paris 1816). Hier findet sich das Projekt einer Einkommensteuer für Frankreich ausgearbeitet. Gedacht wird an eine Besteuerung bis 33 ¹/₃ % bei Einkommen über 100 000 Frcs., Familien mit unter 1000 Frcs. bleiben steuerfrei.

1) 1. Décret relatif à l'emprunt forcé du 2. Septembre 1793. Collection générale des décrets rendus par le Comité national Septembre 1793, S. 16/21.

2. Instruction sur l'emprunt forcé adopté par le Comité national du 7. Septembre. (Desgl. S. 50/76.).

2) Vergl. die Quellenstellen bei Oncken, Meyer und Seligman. Auch Say unterrichtet (Bd. II, Kap. 5) über die Revolutionssteuern.

3) Vergl. Wehnert, Geist der französischen Finanz-Verwaltung 1812, S. 23.

Dabei sollen zahlen:

100 000—50 000 Fracs.	$\frac{1}{4}$	} des Einkommens als Steuer.
50 000—25 000 „	$\frac{1}{5}$	
25 000—10 000 „	$\frac{1}{6}$	
10 000— 5 000 „	$\frac{1}{2}$	
5 000— 1 000 „	$\frac{1}{8}$	

Über die Verhältnisse Hollands gibt gute Auskunft: E. van Voorthuysen, De directe belastingen inzonderheid die op de inkomsten, Teil II, S. 190.

Der Verfasser betrachtet die 1542 erhobene Steuer als erste Einkommensteuer. In dem Gesetz dieses Jahres war angeordnet: „de heffing van eenen tienden penning van de inkomsten van alle vaste goederen, renten, bosschen, beemden, enz. en van de jaarlijksche winst der kooplieden. Nur teilweise ist dies jedoch zugegeben; teilweise war die Steuer Vermögenssteuer. Die weiteren einkommensteuerähnlichen Erscheinungen, insbesondere 1772 bis 1779, interessieren hier nicht, eher schon die 1795 eröffnete freiwillige Anleihe von $5\frac{1}{2}\%$, der eine Zwangsanleihe von 6% folgt, vor allem aber die Steuer des Jahres 1796, die eine richtige progressive Einkommensteuer darstellt, bei der Einkommen unter 300 Gld. frei sind. Die Einkommen über 300 Gulden sind in 15 Klassen eingeteilt, die höchste wird bei 25 000 Gulden Einkommen erreicht. Die Steuer steigt von 3% bis auf $37\frac{1}{2}\%$. Verschiedene ähnliche Steuermaßregeln finden sich in verschiedenen Provinzen, in Seeland, Friesland, Utrecht etc. 1797 wurden 8% vom Einkommen als Zwangsanleihe bei einer Verzinsung von 3% erhoben. Hier war also eine wirkliche Anleihe vorhanden. Unter 300 Gld. blieben frei. Für jedes Kind war ein Abzug von 50 Gld. gestattet. Für das Einkommen war der Durchschnitt der letzten drei Jahre zugrunde zu legen. Das Verfahren beruhte auf Selbsteinschätzung. Das Ergebnis war aber ein sehr schlechtes. Daher wurden 1798 Mittel zur Erzielung besserer Erträge erwogen, und u. a. festgesetzt, daß, wenn durch Abzug der Kinderquote das Einkommen auf unter 300 Gld. falle, dennoch eine Besteuerung stattzufinden habe. Dazu wurde bestimmt, daß unter Einkommen zu verstehen sei: al wat onzuiver werd genoten, en niet, nadat men daarvan het vertier hat afgetrokken. Auch eine Verlängerung der Einzahlungsfrist wurde verfügt. In den Beratungen wurde u. a. von van de Kastele das Einkommen als der sicherste Maßstab des Vermögens angesehen. Aber die Regierung müsse sich einer vollen Geheimhaltung befleißigen. Von anderer Seite wurde eine Vereinigung der Besteuerung von Einkommen und Vermögen vorgeschlagen. Alle Konsumtionssteuern sollte man abschaffen¹⁾.

1) Über die Beratungen in der „Nationale Vergadering aan het vaststellen eener Constitutie voor de Vereenigde end Onverleide Bataafsche Republiek.“ Vergl. Dagerhaal der handelingen van de Nationale Vergadering etc.

1798 heist es in den Beschlüssen über die Steuern: Omtrend alle belastingen, zoo gewoone als buitengewoone, hetzij die gelegd worden op bezittingen, of op inkomsten en bekende verteeringen, werd zoo veel mooglyk gezorgd, aan den eenen kant, dat ieder zig, opregt en ter goeder trouwe, van zynen pligt kwyte, en, aan de andere zyde, dat noodlose openbaarmaakingen van iemands bezittingen en inkomsten worden voorgekomen. . . .

Aus dem Verfahren ist hervorzuheben, daß die Veranlagung von den Zensiten selbst besorgt wird, an welche die schriftliche Aufforderung ergeht, nach bestem Wissen und Gewissen die Formulare, welche sie beedigen müssen, auszufüllen. Diese Billets werden in geschlossenen Briefen zurückgesandt. Statt der Namen setzen die Kommissare Zahlen auf die Billets, um die Geheimhaltung möglichst aufrecht zu erhalten. Die Billets der Vorjahre werden verbrannt. Werden die Angaben nicht für gut befunden, so müssen die Zensiten sich näher erklären und werden, wenn schuldig befunden, mit dem Dreifachen bestraft. Wenn nicht Erklärung in der vorgeschriebenen Zeit erfolgt, so wird doppelte Belastung verfügt. Trotz schwerer Strafen, wie Androhung von Konfiskation, Ehrloserklärung und trotz Eid sind aber die Klagen, daß viele pflichtvergessen gehandelt haben, häufig. Es folgen dann noch einige ähnliche Anleihen. So wurden untern 22. September 1798 5 % des jährlichen Einkommens mit Befreiung der Einkommen unter 600 Gldn. erhoben; am 30. November 1798 4 % bei Einkommen von 300 Gldn. beginnend und bis 10 % von 600 Gldn. ab steigend. Die weiteren Anleihen, welche bis 1804 erhoben wurden, interessieren hier nicht mehr.

Hiernach kann man Parieu nur zustimmen, wenn er meint:

Au milieu du tableau varié que présente l'histoire des contributions publiques chez les diverses nations de l'Europe il existe un pays dont les annales offrent, peut-être plus que partout ailleurs, une sorte de résumé des modes d'imposition unites dans nos sociétés modernes. Auch sind wohl sicher, wie Parieu meint, die allgemeinen Vermögenssteuern des 17. Jahrhunderts, teils in der Form der Zwangsanleihe, vorbildlich gewesen für die französischen Revolutionsmaßregeln.

Niederländische Autoren scheinen im allgemeinen nicht näher auf die Einkommensteuer eingegangen zu sein, ebenso wenig wie sich ein bedeutendes holländisches Buch näher darüber ausläßt. Auch Voorthuijsen geht nur bis Smith zurück und führt meist deutsche und englische Autoren an. Er spricht von den hoogst verschillende en uiteenloopende gevoelens, welk daaromtrent ge-koesterd worden und meint: der Satz onbekend maakt onbemind gelte hier nicht; denn das Lob der Einkommensteuer werde da gesungen, wo sie unbekannt sei.

Wenn man beobachtet, daß Frankreich und Holland Zwangsanleihen mit Einkommensteuercharakter aufnahmen, England aber zur Einkommensteuer, berechnet auf Kriegszeit zwecks Schuldendeckung, greift, so fragt es sich, worin der

Unterschied zwischen diesen beiden Erhebungen besteht und ob sie nicht vielleicht dasselbe sind unter verschiedenen Namen? Hierüber äußert sich höchst charakteristisch der Gentz'sche *Essai sur l'état actuel de l'administration des finances et de la richesse nationale de la Grande Bretagne*. London, 1800.

Es heißt dort (S. 164): Mehrere Stimmen hatten eine Steuer (tel que l'emprunt forcé en France) verlangt, aber die Regierung war zu klug, eine Maßregel anzunehmen, welche von einer revolutionären Regierung als gerecht angesehen wird. Man nahm eine progression décroissante; au lieu de la rendre progressivement pesante sur les riches, on se contenta de l'avoir rendue progressivement légère pour les pauvres. Die Einkommensteuer ist nicht nur ein Mittel für den Augenblick, das Anwachsen der Schuld zu hindern, sondern ist auch ein sehr wirksamer Amortisierungsfonds. Pitts Plan sei gewesen, sie nach dem Kriege so lange fortzusetzen, bis die Schulden bezahlt seien. Charakteristisch ist, daß Gentz die Einkommensteuer als eine Maßregel der Schuldentilgung behandelt, ein Standpunkt, auf dem übrigens auch ein bedeutendes neueres amerikanisches Werk steht¹⁾.

Durch Gentz ist wohl die erste nähere Kunde über die Income Tax nach Deutschland gekommen. Aber neben wertvollen Beobachtungen in diesem Gentz'schen Werke finden sich zahlreiche Irrtümer, so hält er den Sinking Fund für äußerst wirksam und Anleihen für das beste System für Beschaffung von Geld.

Versucht man nunmehr, die zu Anfang dieses Kapitels gestellte Frage zu beantworten, so gelangt man zu folgendem Ergebnis: Zweifelsohne waren Pitt und Rose die Finanzvorgänge in Frankreich und Holland bekannt. Sie haben auch gleiche Pläne erwogen und waren nahe daran, sie auszuführen. Die Anleihen sind aber von ihnen kaum als Einkommensteuern betrachtet werden; jedenfalls ist das Triple assessment in keiner Weise durch das Ausland beeinflusst worden. Das ausländische Beispiel hätte gerade abschreckend wirken müssen und hat es wahrscheinlich auch getan. Die englische Einkommensteuer ist eine organische Weiterentwicklung des triple assessment-Prinzips: dem Einkommen eine Stelle in den Steuergesetzen einzuräumen. Überhaupt wird allgemein Frankreichs Einfluß auf England weit überschätzt. Man darf nicht glauben, daß der Nationalcharakter der Engländer demjenigen der Deutschen einer noch nicht lange vergangenen Zeit gleicht. Der Engländer nimmt aus Stolz ein ausländisches Beispiel nicht an, so gut es auch sein mag. Daher erscheint der Satz Lehmanns, daß die französische Revolution die lebendige Kraft im Menschen und die tote der Güter zu einem wuchernden Kapital umschuf, für das hier erörterte spezielle Thema nicht richtig.

1) Adams, *Public debts*, London 1888.

Anhang.

Der erste Entwurf zu einem Einkommensteuergesetz im Pittschen Finanzministerium, mit Noten von Pitt.

Chatham Papers. 2nd Series. Vol. 279.

(Aus dem Record-Office in London.)

Heads of a Plan for a Contribution¹⁾.

September 1798 mit Noten vom 29. Oktober 1798.

We the Commons being desirous to [grant to your Majesty a farther aid and] contribution for the prosecution of the war, [by the means of an equal burden to be borne by certain classes of your Majesty's subjects for a short and limited period] and taking notice that the provisions made for the like purpose by an Act of the last session of Parliament intituled: "An Act for granting to His Majesty an Aid and Contribution for the Prosecution of the War" have in sundry instances been greatly evaded, and that many persons are not charged [by the said Act] in a just proportion to their means of contributing to the public service, [equally with others having similar incomes] beseech your Majesty that it may be enacted, &c. &c. &c. that so much of the said Act as the several rates, duties and sums of money thereby imposed may be, is hereby repealed, as after mentioned (saving as to arrears).

And we do hereby resolve to give and grant to your Majesty the following Rates and Duties, that is to say:

Upon all [see the separate annexed Paper marked A]. income of every person resident [suppose A to be resident in England without English property, but with a large Irish estate, is he to pay the $\frac{1}{3}$ of that estate] in Great Britain, and upon all income belonging to His Majesty's subjects [of

Will it not be advisable to divide persons subjected to this tax into classes and to apply specific provisions to each class?

Paper
marked
A.

1. Class. Persons residing in Great Britain whose income arises there. This class is clearly within the principles of the bill, and may be reached either in person or property.

2^d Class. Persons residing in Great Britain whose income arises partly from thence and partly from other countries.

3rd Class. Persons residing in England whose income wholly arises from other countries.

Under these 2 classes will be included those Irish proprietors who reside in England; and who

1) Das Original, wahrscheinlich unter George Roses Einfluß verfaßt, ist auf halbseitig beschriebenen Folioblättern niedergelegt. Am Rande befinden sich in anderer Schrift als der des Entwurfes Noten in roter Tinte. Diese sind hier in Klammern eingefügt. Von Pitts Hand befinden sich mit A, B, C und D bezeichnete Blätter bei der Akte, die hier am Schlusse mitgeteilt werden.

Paper
marked

Great Britain] although not resident in Great Britain [Suppose A to possess £ 500 a year in England and £ 4500 in the East or West Indies or Ireland, and to be resident abroad, is he to pay £ 500 a year or £ 4500] whether the same shall arise from lands, tenements or hereditaments of any kind, or from any annuities, interest of money or any species of personal property or other property whatever; or from any profession, office, employment, trade or vocation, if the whole amount of such income estimated according to the Rules, and with the deductions herein after mentioned shall amount to £ 60 per annum and under £ 65 a sum not exceeding $\frac{1}{10}$ part of the same¹).

A.

will perhaps attack the principle of the Bill, on the ground that it violates a fundamental principle of taxation that protection and taxation should be reciprocal; that it is the Irish Government that protects the landed property of Ireland; that if the Irish proprietors are taxed, it should be for the immediate benefit of Ireland &c.

4th Class. Persons not resident in England whose income wholly arises from thence. This class can only be reached through receivers, trustees &c.

5th Class. Persons not residing in England who have an income arising partly from thence, and partly from foreign property or from professions &c. in foreign countries — as in the case of British subjects resident at Petersburg as merchants &c.

6th Class. British subjects, holding places of profit, under the crown, India Company, or otherwise paid from England; resident abroad. Ambassadors-Civil Establishments in E. and W. Indies-military-servants of the East India Company &c.

In the 3 last classes no personal examination can take place. Where the income is paid from England, they may be reached through receivers &c. but not, when the income arises abroad. If the India Company's servants are subjected to the tax, will it not be advisable to receive their tax from the company, who may make the reduction from the salaries? And in Great Britain should not all bank and other corporations who pay salaries to others that would subject them to the tax, be allowed (or obliged) to pay the 10th of such salaries exceed £ 200 and to deduct it from the salary, should not corporations and others deliver in schedules of the salaries they pay to others? This would facilitate discoveries.

7th Class. Persons residing in the British Dependencies — (East and West Indies, America &c.) whose income arises wholly abroad. This class, a very extensive one, falls wholly within the principles of just taxation.

See Adam Smith's arguments on the *applicability* of Land Taxes Stamp duties, Customs, and Excise to America and West Indies 3001, p. 441.

A tax on income would raise at least 2 millions a year from India.

Would it not be manifest injustice to limit the tax to those having income abroad, only because they have such property here as would oblige them to divulge the amount of their whole income? Thus a judge receiving £ 100 a year from England and £ 6000 a year from Bengal would pay £ 610 tax whilst another judge in Bengal, having no property in England would be wholly exempted.

1) Objected to this part of the Bill the difficulty of fixing an estimate of income within £ 5, and the number of fractional sums which such a mode of charging would produce. To remedy this it is proposed to make fewer classes and take a fixed sum in each class.

Sums from 60 to 100 £ 1.

„ 100 „ 150 „ 2.

„ 150 „ 200 „ 3.

or if these degrees were thought too distant and the sum too small to take each class upon a rise of £ 20. From 60 to 80 £ 1. From 80 to 100 £ 1.10.0. From 100 to 120 £ 2.15.0 and from thence to £ 200 taking the medium of each of the classes of four in the nearest even sum, as in the last instance $\frac{1}{31}$ is the mean of the proportions from 100 to 120 and it amounts to £ 2.14.0 and a small fraction.

It is supposed that by this scheme a larger sum would be raised with less trouble and yet the lowest and most numerous classes sufficiently favoured.

Or not less than £	65	but under £	70	a sum not exceeding	$\frac{1}{8}$	part of the same
.. .. .	70	75	$\frac{1}{8}$
.. .. .	75	80	$\frac{1}{8}$
.. .. .	80	85	$\frac{1}{8}$
.. .. .	85	90	$\frac{1}{8}$
.. .. .	90	95	$\frac{1}{8}$
.. .. .	95	100	$\frac{1}{8}$
.. .. .	100	105	$\frac{1}{8}$
.. .. .	105	110	$\frac{1}{8}$
.. .. .	110	115	$\frac{1}{8}$
.. .. .	115	120	$\frac{1}{8}$
.. .. .	120	125	$\frac{1}{8}$
.. .. .	125	130	$\frac{1}{8}$
.. .. .	130	135	$\frac{1}{8}$
.. .. .	135	140	$\frac{1}{8}$
.. .. .	140	145	$\frac{1}{8}$
.. .. .	145	150	$\frac{1}{8}$
.. .. .	150	155	$\frac{1}{8}$
.. .. .	155	160	$\frac{1}{8}$
.. .. .	160	165	$\frac{1}{8}$
.. .. .	165	170	$\frac{1}{8}$
.. .. .	170	175	$\frac{1}{8}$
.. .. .	175	180	$\frac{1}{8}$
.. .. .	180	185	$\frac{1}{8}$
.. .. .	185	190	$\frac{1}{8}$
.. .. .	190	195	$\frac{1}{8}$
.. .. .	195	200	$\frac{1}{8}$

And if the same shall amount to £ 200 a year, and upwards, a sum not exceeding $\frac{1}{8}$ part of the same.

And be it enacted, that commissioners shall be elected [would it not be better to postpone this election of commissioners till after the return to be made to the present requiring individuals to state the proposed amount of their contribution; and that then both the electors and elected should be from persons purporting in those returns (which are to be exposed on the church doors, or in the vestry room) not to pay less within the district than £ 20 a year in the several districts of counties by possessing within [possessing within the district, the phrase seems to be rather indefinite and exceptionable; a man may have an immense property, and be greatly interested in the choice of good commissioners, and yet possess little within the district¹⁾] the same £ . . . ann and in cities sc. by persons worth £ . . .

And be it enacted that on or before the parochial assessors shall leave with every householder within the several parishes [and with every person occupying chambers in universities, colleges, and other public establishments or buildings] a notice in writing requiring such householder to deliver within . . . days to such assessors an account in writing of all inmates of such householder [not being menial servants or children without income except what is received from the parents] and of every persons [resident or] not resident in Great Britain, or not of the age of twenty one years [is it in general easy or practicable to state or even to recollect trusteeship] having property in Great Britain and for whom such householder [or any inmate of such householder] is a trustee agent or receiver, and also to deliver within . . . days either a statement of the sum which such householder [and every inmate whose name shall be stated in such return] is ready to contribute as being not less than $\frac{1}{8}$ of [their respective] annual income[s] or an account of [the] income [of every such householder and inmate] according to the printed form in the

1) Clauses for regulating the mode of elections. Qualifications of commissioners etc.

schedule marked A. properly filled up [is there a sufficient clause for trustees to contribute from the income of minors and as to money in the Accountant Generals hands]. And the said assessors upon receiving accounts of such persons as aforesaid for whom any person is trustee, agent or receiver shall deliver like notices to every such trustee [is the trustee to pay for the minor and how will this be when the trustee is out of the kingdom] agent and receiver on behalf of his principal and that on the . . . day of . . . 1799 and on every . . . day of . . . during the continuance of this Act like notices shall be given and that on the . . . day of . . . 1799 and on every . . . day of . . . during the continuance of this Act every householder and inmate in possession of income to the amount of £ 60 a year and upwards or trustee agent or receiver for any person not resident in Great Britain or under the age of twenty one years possessing the like income shall deliver to the Tax Office Surveyors or persons appointed (as provided by the Act of last [recite here the title of the Act] session requiring notices either a statement of the sum which such person is ready to contribute as not being less than $\frac{1}{10}$ of his [how does this apply to minors, and to persons for whom others are trustees &c.] annual income or an account according to the printed form in the schedule marked A. with the blanks properly filled up, which statements or accounts respectively shall be transmitted to the clerks to the Commissioners, to be laid before them at their first meeting.) [The householder or inmate if liable to be assessed in two parishes or more, should be required also to declare in what parish he means to be rated; and in that parish only he ought to be capable of being a Commissioner or an elector of Commissioners.]

And in order that all persons may have notice to deliver such statements or accounts as aforesaid, be it enacted that general notices to the effect aforesaid shall be placed on the door of the church or chapel of every parish or place . . . days at the least before the time required for delivering such statements or accounts as aforesaid and such general notice shall be deemed sufficient notice to all persons resident within such parish or place notwithstanding such notices as herein before directed shall not be actually left at the house of every householder or at the place of residence of every inmate within such parish or place.

[Is this clause now necessary? why should not the keepers of lodgings be rated according to their income on the same principles and in the same manner as the other classes?]

And be it further enacted that every person who shall occupy any dwelling house usually let out by such person to lodgers or with the purpose of usually so letting out the same or any dwelling house part thereof is occupied and used by the same person as a shop¹⁾ and who shall be entitled to the benefit of any exemption or abatement under the former Act shall continue to be assessed under the provisions of the former Act.

And be it enacted that the Commissioners within each district shall within [The Commissioners (as in the Act of Queen Anne) should have a power to act in subdivisions of not less than 2 or 3] . . . days from receiving such statements or accounts cause an abstract thereof containing the names of the parties classed alphabetically with the sums proposed to be contributed by them respectively, to be prepared²⁾ and published within the said district. [Why publish only in the district? A person principally known in London but having a dwelling house in some distant obscure parish might have great inducements to deliver in his account in the latter.]

[At any rate the contribution of persons liable to pay in more districts than one should be certified to each district and published there.]

And be it enacted that the Commissioners at any subsequent meeting (not less than . . . days after the first) if satisfied with the said statements and if no application shall be made for revising [these words much too indefinite] them as herein after mentioned shall issue their warrants to the several collectors to collect the sums due by each person accordingly by six instalments [on the several days herein after mentioned] with the like provisions for prompt payment at the bank as provided in the Act of last session [recite the

1) This should be confined to the charge for the shop or the house occupied with it, otherwise opulent shopkeepers, bankers &c. would avail themselves of it. Would the limitation of £ 200 a year income do?

2) Notice on church doors.

title] but in any instance in which they shall not be satisfied therewith or in which any person resident in the district and charged by virtue of this Act shall apply suggesting¹⁾ [too indefinite] that he has reason to believe that the sum set against the name of any person is less than $\frac{1}{8}$ of his income the Commissioners shall direct a precept in the form marked (. . .) to the party requiring him or her to give in a schedule notice of the particulars of income and deductions according to the form marked C. which schedule the party shall return to the said Commissioners within . . . under the penalty of £ . . . unless he or she shall prefer returning the same to any other set of Commissioners in another district within which he or she shall have a place of ordinary residence, in the latter case a certificate to be sent to the former Commissioners. The Commissioners on receiving such schedules shall if satisfied with the same, issue their warrants for collection as before, if not they shall be at liberty to summon the parties before them or any other persons who they shall judge capable of giving them information²⁾ and to examine them upon oath touching the items or particulars mentioned in such schedules, or on such other points as they shall think necessary for ascertaining the due proportions which such persons ought to pay.

And be it enacted that it shall be lawful for persons so summoned by the Commissioners to decline when they shall think proper to answer any questions which may be put to them by the Commissioners, but that all persons consenting to be examined [shall be examined upon oath, and if such persons] shall make untrue answers to such questions as shall be put to them shall be deemed guilty of perjury and shall be subject to pains and penalties accordingly.

And be it enacted that after such examination or in case of persons declining to be examined the Commissioners shall determine in what sums such persons ought to be charged, and shall issue their warrants for collection accordingly within unless notice of appeal shall be given.

Provided always that persons giving such notices shall be at liberty to appeal to Commissioners to be appointed in manner and form to be settled [Should they be elected for each district; or for the county, or by a delegation of one Commissioner from the Commissioners of each district?] such Commissioners of Appeal to have the like powers of examining on oath as in the former case but not to be at liberty to relieve from any surcharge in case the parties shall refuse to answer such questions or produce such documents as the Commissioners shall judge necessary to enable them to ascertain the true sum in which they ought to be charged.

And be it enacted that the Commissioners for forming the assessments and the Commissioners of Appeal shall take an oath for the due and impartial execution of the trust committed to them³⁾, and that they will not disclose any of the items or particulars contained in any schedule of income, or the answers given by any persons who shall be examined respecting the same [This would be a very hard exception in the case of a prosecution for perjury evidently malicious] except in cases where it shall be necessary to disclose the same [for the purpose of instituting] prosecutions for perjury.

And be it further enacted that any income arising from any profession, trade, office or employment shall be estimated either according to the actual produce thereof in the year immediately preceding such estimate or by an average of the produce in the three years immediately preceding at the option of the person to be charged in respect thereof.

1) Restraining the information to persons as here described? Much useful information might perhaps be had from persons not resident in the district.

2) Should not provision be made (in the case of Commissioners not being satisfied) for the production of the schedule, as the delivery of that in the former part of the Bill is optional?

3) If the particulars of property are disclosed only to the Commissioners the security against frauds will not be effectual as if the surveyor had a right to examine the same under a similar Oath of Secrecy. It is thought to be strictly necessary for the success of the measure that in all cases of appeal by the party charged there should be an open disclosure. [I incline strongly to the opinion here expressed by the Lord Chancellor.]

And be it enacted that it shall not be lawful for any person engaged in any trade or manufacture in filling up the schedule of their income, or in otherwise computing their income arising from such trade or manufacture to make any deduction therefrom on account of any sum employed as capital or of interest of the capital by them employed therein unless where they are bound to pay interest for the same and if any such interest shall be payable to any partner in trade in respect of any capital used in such trade or any sum of money advanced for the use of such trade such interest shall be deemed part of the income of the person to whom the same shall be payable nor for any sum expended by them in the course of any one year [is not this both loose and inaccurate?] either for buildings or repairs or improvements of premises occupied for the purpose of such trade or manufacture or for the supply or repairs or alterations of any implements, utensils or articles employed for the purpose of such trade or manufacture¹⁾ beyond the amount of the sum usually expended for such purposes according to an average of years preceding the year to which such computation shall relate. [For other particulars see the annexed Papers marked B. C. & D.]

Schedule A.

I, A. B. do declare that my annual income doth not exceed £ the same being computed according to the Provisions of an Act made &c. &c. after making such deductions only as ought to be made thereof according to the said Act.

[In cases of a new accession of income, how is it to be ascertained? It cannot by retrospection.]

B.

Schedule of Income as Owner of Lands &c., &c., &c.

No.	Description of Property out of which Income arises	Annual value
1	Lands occupied by me as owner [There should be some more sufficient mode of estimating houses valued by the owners, who are too often disposed to consider the sum at which they are rated as a fair standard. In many parishes houses worth £ 100 a year are rated only at 20 because they are in the hands of the owner, and yet if the owner under this schedule should consider rate them at £ 100, he will bring upon himself a surcharge from the parish.]	0 0 0
2	Houses occupied by me as owner	0 0 0
3	Lands in occupation of tenants at Rack Rent	0 0 0
4	Lands demised in consideration of a Fine } Am ^t of Fines rec ^d for years	0 0 0
	paid and rent reserved } Am ^t of Rent	0 0 0
5	Lands demised in consideration of a Fine without } Am ^t of Fines rec ^d for years	0 0 0
	any rent reserved or a nominal rent only }	

1) Nor for any person to make other deductions from their income than such as are enumerated in the Schedule.

Clauses as in the Act of the last session for relief of persons whose income in the course of any year may fall short of their declaration and such other Clauses in that Act as relates to appeals—clauses of appropriation on the same principle as in the Act of the last year. Provision for minors, corporations &c. [and also for abatements for the number of children as in the former Act].

B. cont^d.

No.	Description of Property out of which Income arises	Annual value		
6	Houses demised to tenants at a Rack Rent	0	0	0
7	Houses demised to tenants in consideration of a Fine and a rent reserved	0	0	0
8	Houses demised to tenants in consideration of a Fine without rent or a nominal rent only	0	0	0
9	Houses used as shops or let out in part or wholly to lodgers occupied by the owners	0	0	0
10	Tithes reserved in kind (amount of receipts for years)	0	0	0
11	Profits of manors, woods, mines &c. being profits of uncertain annual amount } Am ^t of Rec ^t for years	0	0	0
Total amount of annual Value				

Witness my hand this day of 179 .

Memorandum: the property described lies in the several parishes and counties of

NB. If the property lies in different places the memorandum must be filled up.

C.

Schedule of Income of Tenants.

No.	Description of Property Rented	Annual value		
1	Lands demised to them at Rack Rents	0	0	0
2	Lands demised to them in consideration of a Fine whether with or without a rent reserved	0	0	0
3	Tithes demised to them	0	0	0
4	Manors, woods, mines &c. being profits of uncertain amount	0	0	0
Total amount of annual value		0	0	0

Witness my hand this day of 179 .

Memorandum: the property lies in the several parishes and counties of

D.

Schedule of Income arising from Personal Property and from Professions, Trades and Vocations.

No.	Description of Property	Annual value		
1	From Profession, Office employment, Trade or Vocation specifying the nature of such Profession, Office Employment, Trade or Vocation and declaring whether the income arising therefrom is estimated by the produce of the immediate preceding year or by an average of the produce of the three immediate preceding years	0	0	0

D. count^d.

No.	Description of Property	Annual value		
2	From Annuities, Interest of Money, Dividends in the Funds, Rent Charge and other payments including income of the wife [when a large proportion of the income is absolutely secured to the wife, should not her trustees rather than her husband be liable?] living with the husband though secured to her separate use.	0	0	0
Total Annual Value		0	0	0

Witness my hand this day of 179 .

E.

Schedule of Income arising out of Great Britain.

No.	Description of Property	Annual value		
1	From Foreign possessions	0	0	0
2	From Money arising from Foreign Securities	0	0	0
3	From Capital employed in Foreign Trade	0	0	0
Total Amount of Annual Value		0	0	0

Witness my hand this day of 179 .

Memorandum. The property from which the above annual value proceeds lies in . . .

Paper marked B.

- Should there not be a clause, enabling persons, as last year, to pay into the bank, as I intend to do, without any trouble to myself, or profit to the collectors?
- Would it not be better known? more easily paid and collected, if the assess^t or declaration, should be made in each particular county or division in which the property lies? For what ground can any Commissioner have, either at Latham, or Hounslow, to estimate and charge the estates of Lord Lonsdale or the Duke of Northumberland in Westmoreland, Northumberland or Cornwall?
- Suppose the Duke of B. or any great possessor of land, should decline to answer questions, what rule will the Commissioners in any particular district adopt to charge him? And in which district shall the Commissioners act? Can two or three sets of Commissioners in different countries be assessing the same person (so refusing to answer) at the same time? And which shall be adopted?
- What is the holder of an Office to do, in the case I should have been in, if this had happened last year, instead of this? I had actually resigned half of my official profits. I could not compute my income on the receipt of the former year, because I knew that I had lost $\frac{1}{2}$ of it; much less on an average of 3 years. There is no permission to make this deduction, which will operate in similar cases of estates and other income, as well as of offices.
- Suppose Mr. Hoare or Mr. Child, or any great merchant, or Lord Lonsdale, or Mr. Beckford, should deliver in no schedule, and decline answering any questions, who is to ascertain the

amount of their income? And when ascertained by a set of Commissioners in Middlesex or Wiltshire, "that Lord Lonsdale has £ 20 000 per annum in Cumberland, or that Mr. Beckford has £ 90 000 per annum in Jamaica", how are they to issue their warrants of collection? And, when issued, how are they to be executed? Will the colliers in Cumberland obey the Commissioners of Middlesex? If this is so, does it not show the preference of county or district declarations?

6. It appears particularly difficult, where the property is out of the kingdom, at sea, as merchandize, in Ireland, in the West Indies, and perhaps as property within the realm, equal to $\frac{1}{50}$ of the income.
7. If there was a sufficient energy and public spirit in individuals, to assist Government in the execution of such a plan, it is certainly the fairest and best of all modes of imposing burdens for the public service. But if difficulties are thrown in the way, either from avarice, or from disaffection, or any other cause, the execution of the scheme will be very lame, inefficient, and attended (as that of last year was) with much gross perjury.

Paper marked C.

1. Description of income to be charged.
2. Classes of income according to amount and proportion of tax.
3. Appointment and qualification of Commissioners.
4. Description of trustees and agents &c.
5. Distinction for lodgers and shopkeepers.
6. Publication of list of sums returned. Whether first assessment to be by the parties or assessors. Appointment of inspector to whom it is to be committed.
7. Revision of assessment to be at the discretion of the Commissioners, or on application of Off. of Govt, or of third persons. In case of revision power to inspector to require information from surveyors of districts, parochial assessors, and production of Parliamentary Rates.
8. Schedule to be called for by officer to be appointed or by Commissioners.
9. In case of surcharge (after return of schedule) Commissioners to receive all information tendered by parties or by inspectors, and to examine all persons, except persons confidentially employed — not to compel production of books &c.
10. Schedule and examinations to be secret (except on prosecutions for perjury).
11. Commissioners to confirm reject or amend surcharge.
12. Appeal. To whom? On what evidence. Costs.
13. Schedule of income and rules for deductions. Mode of assessing personal property in London, Jersey.
14. Sums finally assessed to be made public or only remain on record and whether any provision can or ought to be made for concealing it. Exception for shopkeepers under £ 200 per annum rated less than to house[holders] and to houses &c. Provision respecting land in different districts.

Paper marked D.

Some minutes corrected from the Act of Queen Anne 1. 15.

- § 5. All salaries to pay 1/— in the pound.
- § 6. Professions to pay 4/— in the pound.
- § 9. The oath to charge the same duties "according to the best skill and judgement, and not to spare any person for favour or affection, nor to aggrieve any person of hatred or ill will."
- § 11. Commissioners may summon persons to be examined, and inform themselves on oath of any omissions or under-assessments.
- § 14. 15. 4^d in the pound may be retained for the collectors, 2^d in the pound for the Receivers General, 1^d for the Receivers Clerks. (Note. This was 7^d in the pound, exclusive of the

salaries or allowances to the Commissioners. In so large a measure as that now prepared would not 3^d in the pound (£ 100,000) be sufficient for the whole?)

- § 16. Persons refusing to pay to be committed to goal.
 - § 18. Persons not householders to be taxed where they reside, and persons out of the realm to be rated in the country where they last resided.
 - § 19. Persons who by fraud shall escape being taxed, to be doubly taxed.
 - § 21. The assessors to be assessed.
 - § 22. The East India Company, bank and companies of merchants to be assessed (and also corporations).
 - § 27. Penalties on neglect, or refusal to give the specifications required.
 - § 31. Masters or guardians to pay the duties for persons beyond sea and minors having money at interest.
 - § 36. The Commissioners after a certain time to examine whether all the sums assessed have been duly levied.
 - § 37. In case of any controversy concerning the assessment of any Commissioner, he is to withdraw till it is decided.
 - § 39. Fellows of colleges exempted. (This is certainly not right to be adopted.)
 - § 42. Schedules of defaulters.
 - § 62. The act not to extend to Prince George of Denmark. Should the branches of the Royal Family be exempted in the proposed measure?
-

V.

Die Lösung der deutschen Frage im Jahre 1866 und die Arbeiterbewegung.

Von

Dr. Gustav Mayer (Heidelberg).

Große Persönlichkeiten, die mit neuen, scharfkantigen Forderungen in der politischen Arena auftreten, werden leicht auf die im Staate bestehenden Parteiverhältnisse einen umbildenden, einen zersetzenden Einfluß ausüben. Denn die von ihnen jetzt mit Wucht in die Diskussion geschleuderten Gedanken hatten zu den Zeiten, als die vorhandenen Parteien sich bildeten, noch nicht mitgesprochen; nun übertönen sie auf einmal mit lauter Stimme alle anderen bisher den Tag beherrschenden Meinungsgegensätze; Klassen, Berufe und Männer, die bisher ähnlichen Sinnes gewesen, sehen sich geschieden, und neue Konstellationen gruppieren Führer und Massen auf neue Weise.

Jene Parteizersplitterung, die es heute im Deutschen Reiche dem Kanzler so schwer macht, eine leidlich homogene Reichstagsmehrheit zu finden, war zu Anfang der sechziger Jahre im Königreich Preußen noch unbekannt. Es gab damals eigentlich nur zwei Parteien, die Fortschrittler, die über die Majorität im Abgeordnetenhaus verfügten, und die konservative Minderheit. Erst die Arbeiteragitation Lassalles und die deutsche Politik Bismarcks brachten der bis dahin verhältnismäßig einfachen Problemstellung in den inneren Meinungskämpfen jene Vielspältigkeit, die während der seither verflossenen Jahrzehnte noch um vieles zugenommen hat.

Von dem Zusammenhang zwischen dem deutschen Einheitsstreben und der erwachenden Klassenbewegung der Arbeiterschaft soll auf den folgenden Blättern die Rede sein. Beide Bewegungen waren nach dem schnell gelöschten Aufflammen der Jahre 1848 und 49, während der traurigen fünfziger Jahre, von außen angesehen, nicht von der Stelle gerückt; hoffnungslos verfahren erschien die eine, vergessen und verschollen war die andere. Am 24. September 1862 erhielt Otto v. Bismarck den interimistischen Vorsitz im preußischen Staatsministerium, am 8. Oktober wurde er endgültig zum Ministerpräsidenten ernannt. Ein halbes Jahr später, am 1. März 1863, erließ Ferdinand Lassalle sein „Offenes Antwortschreiben an das Central-Comité zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeitercongresses in Leipzig“, mit dem seine kurze, aber folgenreiche Agitation für die Begründung einer besonderen deutschen Arbeiterpartei begann. So verschiedenwertig manchem Leser diese beiden Wirkungsanfänge erscheinen mögen, unter dem Gesichtswinkel ihrer Bedeutsamkeit für die Umgestaltung des deutschen Parteilebens darf man sie in Parallele stellen.

Heute, wo das deutsche Reich festgefügt dasteht, wo die nationalen Bestrebungen des Volkes im wesentlichen gesättigt sind, gefällt es nicht selten unserer Sozialdemokratie, mit einer gewissen internationalen oder sagen wir kosmopolitischen Blasiertheit auf die Regungen eines starken nationalen Gefühls und patriotischer Wallungen herabzublicken. In den Tagen deutscher Ohnmacht und Zerrissenheit standen die Arbeiter und ihre Führer sehr anders zur nationalen Frage.

Als das Schicksalsjahr 1866 heraufzog, hatte sich die sozialdemokratische Partei, die heute besteht, noch nicht zusammengefunden, und gerade die Verschiedenheit ihrer Auffassungen über die Wege zur deutschen Einigung sollte jene politischen Gruppen, welche sich dann 1875 in Gotha verschmolzen, noch Jahre hindurch von einander feindlich getrennt halten.

Im Jahre 1866 gab es in Deutschland nur eine politische Arbeiterpartei. Das war die Partei Lassalles. Ihr Gründer hatte sie im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein straff zentralistisch organisiert, und sie verfügte, wie wir sehen werden, in der deutschen Frage über ein klares, knappes und den politischen Zeitumständen angepaßtes Programm. Ihre Anhängerschaft wohnte hauptsächlich im Königreich Preußen, hier besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und in Schlesien, aber auch in Sachsen und Hamburg hatte der Verein Boden gefaßt, während im Süden und Südwesten Deutschlands nur vereinzelte Gemeinden bestanden.

Auf einer zurückgebliebenen Stufe politischer Entwicklung als die Lassalleaner verharrten damals noch die den sogenannten Vereinstag beschickenden sehr zahlreichen deutschen Arbeitervereine. Die Mehrzahl dieser Vereine sah die geistige Bildung des einzelnen Arbeiters als die Hauptaufgabe ihrer Bestrebungen an, daneben widmete man sich der Besprechung seiner materiellen Interessen, während die Politik noch gänzlich zurückstand. Auf dem ersten Vereinstage in Frankfurt im Juni 1863 hatte Sonnemann sogar Statuten vorgeschlagen, die bestimmten, daß bei den alljährlichen Zusammenkünften der Delegierten alles beraten werden sollte, was die Arbeiterinteressen berührte „mit Ausnahme von Politik und Religion“. Diese Einschränkung wurde nun zwar auf den Wunsch der Mehrheit der Versammlung gestrichen, aber dennoch war von der Aufstellung eines gemeinsamen politischen Programms, wodurch diese lose Verbindung von Vereinen erst eine Partei geworden wäre, niemals ernstlich die Rede. Auf sozialem Gebiete verband die führenden Persönlichkeiten die Ansicht, daß die Selbsthilfe der Arbeiter neben der von Lassalle empfohlenen Staatshilfe zum mindesten nicht zurücktreten dürfe, viel weiter ging auch hier die Übereinstimmung nicht. Wir werden sehen, daß Gegensätze innerhalb des „Vereinstages“ früh hervortraten und sich um so mehr verschärften, je näher einerseits die Entscheidung in der deutschen Frage rückte und je stärker andererseits innerhalb der Arbeiterbewegung die politi-

sche Strömung wurde. Vorläufig freilich hatten die Idee des Klassengegensatzes und ihre politische Anwendung, die schließlich den „Vereinstag“ in die Luft sprengten, im Rahmen dieser Organisation noch keinen beträchtlichen Anhang. Zwar war Liebknecht, der Paulus des deutschen Kommunismus, 1862 aus langem Exil in die Heimat zurückgekehrt, und hatte hier mit erstaunlicher Zielbewußtheit¹⁾ seine Maulwurfsarbeit sowohl beim Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein wie bei den den Vereinstag besichtigenden Arbeitervereinen begonnen. Aber für die Öffentlichkeit hielt er mit der Propaganda für die Internationale vorläufig noch hinter dem Berge und auch die Krisis von 1866 beurteilte er keineswegs mit der über die nationalen Vorurteile der bürgerlichen Epoche hinausgewachsenen lässigen Kühle, zu der sich Karl Marx hindurchgearbeitet hatte. Irgend welchen deutlich merkbaren direkten Einfluß auf die deutsche Arbeiterschaft hatte die „internationale“ Weltauffassung im Jahre 1866 noch nicht erlangt. Die „Partei“ bestand damals wirklich, wie Bernhard Becker, der Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins spottete, eigentlich nur aus Marx selbst, seinem „Sekretär“ Engels und seinem „Agenten“ Liebknecht. Und nur Liebknecht befand sich von ihnen auf deutschem Boden. Auch das seit Anfang 1866 erscheinende „Centralorgan der Sektionsgruppe deutscher Sprache der internationalen Arbeiterassociation“, welches den bezeichnenden Namen „Der Verbote“ führte, wurde von dem alten Freischarenoberst Johann Philipp Becker auf Schweizer Boden herausgegeben. Und dennoch sollte es dieser kleinen Schar stark überzeugter Persönlichkeiten nach Verlauf weniger Jahre gelingen, jener beiden großen Organisationen: des Vereinstages deutscher Arbeitervereine und des allgemeinen deutschen Arbeitervereins Herr zu werden und die deutsche Arbeiterbewegung auf völlig neue Wege zu leiten!

Den Gegenstand unserer Darstellung bildet nur ein streng abgegrenztes Stoffgebiet aus der verschlungenen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den sechziger Jahren. Wir wollen untersuchen, wie sich die Arbeiter und ihre Wortführer zu den Ereignissen verhielten, die den Grundstein des heutigen deutschen

1) Vergl. Liebknecht, „Bericht über Deutschland“ in dem „Hochverratsprozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. Mai 1872“, Berlin 1894. Hier sagt er u. a. „Daß innerhalb des allgemeinen deutschen Arbeitervereins nicht zu wirken war, hatte ich bald begriffen. Eine so stramm zentralisierte, in einer Person gipfelnde Organisation läßt keine Reform zu, ebensowenig wie, um Kleines mit Großem zu vergleichen, das Empire Bonapartes, das Preußen Bismarcks. Hier gibt es keine Reform, nur Revolution. Solche Organisationen können nicht umgestaltet, sie müssen zerbrochen werden. Im Herbst des Jahres 1864 war in London die internationale Arbeiterorganisation begründet worden. Sofort stand in mir und meinen Freunden der Entschluß fest, die deutsche Arbeiterbewegung auf den Boden der Internationalen hinüberzuleiten, deren Programm und Organisation jede Möglichkeit des Mißbrauchs zu politischen und persönlichen Zwecken ausschließt. Zu jener Zeit bestanden in Deutschland außerhalb des deutschen Arbeitervereins eine Anzahl von Arbeitervereinen, die noch teilweise unter dem Einfluß Schultze-Deitichs waren, aber sich dabei doch schon zu emanzipieren begannen. Diese Vereine zu gewinnen war unser nächstes Ziel.“

Lexis Festschrift.

Reiches legten, jenes nationalen Rahmens, in dem die „internationale“ Arbeiterbewegung ihre gewaltigsten Erfolge erzielt hat!

Will in moderner Zeit eine Bewegung in weite Kreise hinein ihre Ansichten und ihre Forderungen tragen, so bedarf sie der Presse und der Parlamentstribüne. Diese beiden Hauptquellen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung waren bei Lassalles Lebzeiten der entstehenden Arbeiterbewegung noch verschlossen. Zwar erschien in Hamburg ein Blättchen, „Der Nordstern“, das die Ideen Lassalles vertreten wollte, aber sein Inhalt besagte nicht viel, denn es wurde nicht eben talentvoll redigiert. Die Unentbehrlichkeit eines eigenen Preßorgans war natürlich Lassalle nicht entgangen. Gerade in den letzten Monaten seines Lebens hatte er sich mit der Ausfüllung dieser Lücke seiner Agitation beschäftigt, aber das Erscheinen der ersten Nummer des von ihm vorbereiteten Blattes erlebte er nicht mehr. Zwei seiner Anhänger, der damals noch mit Glücksgütern gesegnete J. B. von Hofstetten und Dr. J. B. von Schweitzer waren von ihm dazu bestimmt, den Verlag und die Redaktion des Organs des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu übernehmen. Ursprünglich sollten sie den Hamburger „Nordstern“ käuflich an sich bringen¹⁾. Aber Lassalle sah ein, daß ein Blatt, das jetzt in großem Stil wirken wollte, in der Hauptstadt Preußens erscheinen mußte. So veranlaßte er die beiden adligen Sozialdemokraten, die wegen ihres „von“ bei der fortschrittlichen Presse viel Spott ernteten, nach Berlin überzusiedeln und sich in Preußen naturalisieren zu lassen. Die erste Nummer des „Socialdemokrat, Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ erschien am 15. Dezember 1864²⁾.

Die deutsche Politik dieses Vereins und seines Organs läßt sich richtig nur beurteilen, wenn man zuvor Lassalles Stellung zu den in der deutschen Frage enthaltenen Problemen betrachtet hat. Wurde doch in den ersten Jahren nach dem plötzlichen Tode des Begründers der Partei von den Massen und deshalb auch von den Führern mit seinem Andenken ein überschwänglicher, oftmals in Sentimentalität und Buchstabengläubigkeit ausartender Kultus getrieben, der nicht mit Unrecht den Spott eines Karl Marx weckte. Damals gehörte beinahe Mut dazu, wie Schweitzer es im Socialdemokrat tat, darauf hinzuweisen, daß man Lassalles Äußerungen nicht sklavisch befolgen dürfe, sondern sie mit den sich verändernden Zeitläuften in Einklang zu bringen habe. So laut die deutsche Sozialdemokratie

1) Bernhard Becker in seiner Rede im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein in Hamburg vom 22. März 1865. Abgedruckt im Socialdemokrat vom 26. März.

2) Schon im Jahre 1860, also längst vor Beginn seiner Agitation, beschäftigte Lassalle der Plan, in Berlin eine Zeitung zu gründen. Er fragte bei Marx und Engels an, ob sie sich nach der zu erwartenden Amnestie an der Herausgabe des Blattes beteiligen und nach Berlin übersiedeln wollten. Vergl. den Brief Lassalles an Marx vom 11. März 1860, in Briefe von Ferdinand Lassalle an Karl Marx und Friedrich Engels 1849—1862. Stuttgart 1902.

seither mit dem Hammer philosophierte, so gründlich ihre Geschichtsphilosophie sich mühte, den oft bestimmenden Einfluß großer Persönlichkeiten abzuschwächen, ihre eigene Anhängerschaft hat von Anfang an solchen Theorien nicht zur Liebe gelebt, stets haben die Massen auf die Worte der Meister geschworen von den sechziger Jahren bis in die Gegenwart, und wenn man dem deutschen Volke überhaupt eine übertriebene Autoritätsgläubigkeit vorgeworfen hat, so gebührt der Arbeiterbewegung, auch nachdem diese das internationale Gewand überzog, ihr gut gemessener Anteil daran.

Es wäre selbstverständlich verfehlt, wollte man bei einer Charakteristik der Stellung der Arbeiterschaft und ihrer Führer zur deutschen Frage dem Begriff der Vaterlandsliebe allein den spezifischen Inhalt geben, der eine Zustimmung zu jener monarchischen und kleindeutschen Lösung forderte, wie sie in den Jahren 1866 und 70 zustande gekommen ist. Wir sehen vielmehr ein Zeichen von Lassalles patriotischem Empfinden darin, daß er im September 1860 ganz in Übereinstimmung mit dem Radikalismus Freiligrathscher Nuance an Marx schreibt: „Die Machtstellung des deutschen Volkes wird schon kommen, und es ist vielleicht keiner, der es ernster und weitfassender mit ihr nimmt als ich! Aber sie wird und kann erst kommen, wenn wir eine volksmäßige Regierung haben, nicht unter unseren — Dynastien. Die Machtstellung des deutschen Volkes und die Machtstellung der deutschen Dynastien sind für mich zwei himmelweit verschiedene Dinge.“ Doch es ist hier weniger unsere Aufgabe, Politikern in ihre intime Gefühlswelt zu folgen, als jene ihrer Äußerungen zu beurteilen, die für die Wirkung auf die Öffentlichkeit berechnet waren und sich mit den damals für die Lösung der deutschen Frage in Betracht kommenden konkreten Kräften beschäftigten. Gerade bei Lassalle, in dessen Seele neben dem objektiven Blick des Gelehrten das überwältigende Bedürfnis nach starkem Einfluß auf die Gestaltung der Geschehnisse lebte, müßte man, wenn es auf die Herausdestillierung seiner innersten Gesinnung ankäme, zwischen dem, was er dachte, und dem, was er zu sagen für richtig befand, unterscheiden. Man hat es seither häufig versucht, schon Rodbertus wußte und sprach es aus, daß es einen exoterischen und einen esoterischen Lassalle gab.

Lassalles Standpunkt in der deutschen Frage läßt sich kurz dahin präzisieren, daß er Großdeutscher und Unitarier war. Mit vollem Recht durfte er Rodbertus gegenüber aussprechen: „Ich habe in meinem Leben kein Wort geschrieben, das der kleindeutschen Partei zugute käme, betrachte sie als das Produkt der bloßen Furcht vor: Ernst, Krieg, Revolution, Republik, und als ein gutes Stück Nationalverrat“¹⁾. Wenn Lassalle im Jahre 1859, als Österreich von

1) Brief vom 2. Mai 1863, in Briefe von Ferdinand Lassalle an Carl Rodbertus-Jagetzow. Berlin 1878.

Süden her durch Franzosen und Italiener bedrängt wurde, Preußen zu einer gewalt-samen Beseitigung des Dualismus aufforderte¹⁾, so wollte er damit nicht die deutschen Provinzen Österreichs aus dem neuen Deutschland hinausweisen. Als die Ursache jenes „beklagenswerten Dualismus“ der allein es zu keinem einheitlichen Deutsch-land kommen ließe, sah er die selbständige Weltstellung an, die Österreich, gestützt auf seine außerdeutschen Besitzungen, einnahm. Und der Zer-störung dieses Österreich galt sein lebhaftes Wünschen. Österreich, meinte er, müsse seinen außerdeutschen Besitz verlieren, denn mit seinen dann noch ver-bleibenden 12,9 Millionen Einwohnern — Böhmen eingerechnet — wäre es in eine deutsche Provinz verwandelt und Preußen nicht mehr gewachsen.

Sodann war Lassalle ein entschiedener Gegner des Föderativstaats und überzeugter Anhänger eines deutschen Einheitsstaats. Er betonte dies sowohl privatim dem Föderalisten Rodbertus gegenüber²⁾, wie in seinen öffent-lichen Schriften: „Die Föderation ist eben das, wovon wir herkommen, das, was unsere bisherige Geschichte ausmacht, das, was wir in allen Formen erschöpft haben, das, was aufzuheben ist, wenn wir einer glorreichen nationalen Zukunft fähig sein sollen“³⁾. Neben dem großen Gegensatz von Föderation und Volks-einheit sinkt für diesen Republikaner sogar der Gegensatz zwischen Monarchie und Republik, zu einem „relativ unbedeutenden“ herab. Er glaubt, „daß selbst diejenigen, welche ein erbliches, monarchisches, einiges deutsches Kaisertum mit gänzlicher Kassarung der fünf und dreißig Untersouveränitäten wollen, und sei es auch mit allen Schnörkeln, Quasten und Sentimentalitäten der Burschenschaftzeit, doch immer noch auf einer viel höheren Stufe der Intelligenz und politischen Wahrheit stehen, als unsere Förderativrepublikaner“⁴⁾. Im Winter 1862 auf 63 formulierte Lassalle seine Vorstellung von der deutschen Zukunft mit den klaren Worten: „Großdeutschland moins les dynasties“.

Ein Grundbegriff in Lassalles Gedankenwelt, den immer neu zu fazettieren er nicht müde wurde, und der aus dem Begrifflichen zum Triebe erlöst einen Hauptzug seines Wesens ausmachte, war die Revolution. Zweifellos hätte es den Wünschen Lassalles entsprochen, wenn die von der Nation und auch von ihm selbst heiß ersehnte deutsche Einheit als ein Kind der Revolution zur Welt gekommen wäre. Wenn er 1859 die preußische Regierung auffordert, in Öster-reich einzurücken, das Kaisertum zu proklamieren oder wenigstens die Truppen

1) (Lassalle), *Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens*. Eine Stimme aus der Demokratie, Berlin 1859. Nur die 1500 Exemplare der 1. Aufl., die in 10 Tagen vergriffen war, erschienen anonym.

2) Brief vom 8. Mai 1863.

3) Fichtes politisches Vermächtnis, verfaßt 1860, zuerst abgedruckt in Walesrodes demokratischen Studien.

4) Fichtes politisches Vermächtnis, a. a. O.

zur Eroberung der 1849 schmachlich preisgegebenen Elbherzogtümer gegen Dänemark zu führen, so tut er dieses eingestandenermaßen nur, weil er sicher weiß, daß der Prinzregent, dem damals noch kein Bismarck zur Seite stand, ein „zögernder und unentschlüssener Mensch“¹⁾, so kühne Politik nicht wagen werde. Er tut es hoffend, daß die Monarchie bei diesem Anlaß endgiltig ihre Unfähigkeit zur Befriedigung des „zu allen Poren der Nation ausbrechenden nationalen Dranges dartun werde“²⁾. Und dann im folgenden Jahre, als Garibaldi den Siegeszug durch Süditalien ausführte, da jubelte Lassalle, weil nun die Völker den Eindruck erhielten, daß wirklich nationale Erfolge nur die revolutionäre Partei als solche erlangte³⁾!“

Aber in der Politik kommt es selten auf die Wünsche des Einzelnen an. Lassalle besaß einen wohl vorübergehend durch die Wallungen seines stürmischen Temperaments getrüben aber immer bald wieder sich aufhellenden scharfen Blick für die Wirklichkeit der Dinge, er scheute sich nicht, das, was war und das, was zum Sein strebte, auszusprechen, selbst wenn es sich mit einer Entwicklung, wie er sie hoffte, nicht im Einklang befand. Durch die Beziehungen der Gräfin Hatzfeldt war ihr vertrauter Freund über diplomatische Vorgänge in der Regel gut unterrichtet, und diese Kenntnis beeinflußte natürlich seine Ansichten über die Wege, auf denen die Einheit Deutschlands zustande kommen könnte. An verschiedenen Stellen in seinen Reden und Schriften hat er durchblicken lassen, daß er von äußeren Verwickelungen und sogar von einem unglücklichen Kriege der preußischen Regierung — er unterschied scharf zwischen Kabinetts- und Volkskriegen — für die Sache des Volks und für die Einheit Deutschlands Vorteile erwarte.

Solange im preußischen Verfassungskonflikt die Zaghaftigkeit der Fortschrittspartei und ihre unbedingte Furcht vor der Revolution noch nicht endgültig feststand, konnte Lassalles Hoffnung auf das Herannahen einer solchen nicht einmal als zu sanguinisch gelten. Von seinem Standpunkte aus handelte er deshalb anfangs nur richtig, wenn er eifrig ins Feuer bließ, um einen Brand zu entfachen, für den der Zündstoff vorhanden war. Der Hohenzollernschen Dynastie brachte dieser Revolutionär, obgleich er für ihre geschichtliche Eigenart gelegentlich Verständnis zeigt, feindliche Gesinnungen entgegen und im „offenen Antwortschreiben“ sprach er sich mit großer Entschiedenheit gegen die preußische Spitze aus. Wenn ihn dann später die Enttäuschung über das langsame Fortschreiten seiner eigenen Bewegung, das Versagen der Fortschrittspartei und nicht zuletzt die zielbewußte Stärke Bismarcks bewogen, sich diesem zu nähern, und wenn er zuletzt gar von

1) Brief an Marx vom 11. September 1860.

2) Der italienische Krieg etc., a. a. O.

3) Brief an Marx, 11. September 1860.

der Möglichkeit eines Volkskönigtums in Preußen sprach, so folgte er dabei nur taktischen Motiven. Daß Lassalle seinen republikanischen Überzeugungen untreu geworden wäre, wagten selbst seine ernsthaften Gegner nicht zu behaupten. Aber wie sollte unter einem Ministerium Bismarck ein Lassalle länger auf die Revolution warten? Wollte er in absehbarer Zeit Resultate erzielen, so mußte er die Bahn der Kompromisse betreten. Deshalb ist auch fast mit Sicherheit anzunehmen, daß er gegen allgemeines Stimmrecht und gegen Zugeständnisse auf sozialem Gebiet im Jahre 1866 die deutsche Politik Bismarcks unterstützt haben würde. Seine Ronsdorfer Rede vom 22. Mai und seine Frankfurter vom 3. Juli 1864 zeigen ihn schon auf diesem Wege.

Nach Lassalles Tode schwang sich Schweitzer, als Redakteur des Sozialdemokrat, bald zu der einflußreichsten Persönlichkeit innerhalb der Partei empor. Er war in der deutschen Politik durchaus bestrebt, Lassalles Pläne fortzuführen und so getreu im Sinne des Meisters zu wirken, als wenn dieser nur außer Landes gegangen wäre.

Den ersten Anlaß, zu einer Stellungnahme bot ihm hierbei Schleswig-Holstein. Der größte Teil der fortschrittlichen Presse, einschließlich der radikalen Volkszeitung, trat für die Erbansprüche des Herzogs Friedrich von Augustenburg ein, während auf der anderen Seite Bismarck im geheimen die Erwerbung des wichtigen Küstenlandes für Preußen ins Auge gefaßt hatte. Lassalle war nur durch den Tod verhindert worden, in dieser Angelegenheit einen „großen, sehr großen, vielleicht tatsächlich wichtigen Coup“ zu schlagen¹⁾. In einer großen Volksversammlung in Hamburg, die auf den 25. September angesetzt war, wollte er eine Resolution beschließen lassen des Inhalts, daß Bismarck verpflichtet sei, auch gegen den Willen Österreichs und der übrigen deutschen Staaten die Herzogtümer Preußen einzuverleiben. Bismarcks Wünsche mußten Lassalle bekannt sein. Es war seine Absicht, auf jenen einen möglicherweise nicht widerwillig empfundenen Druck auszuüben, um den unvermeidlichen Bruch mit Österreich zu beschleunigen. Kam es zu diesem Kriege, so glaubte Lassalle der Oktroyierung des allgemeinen Stimmrechts in Preußen gewiß zu sein. Dies wäre von ihm als ein gewaltiger Erfolg seiner Agitation ausposaunt worden. Man darf annehmen, daß Bernhard Becker, Lassalles wenig bedeutender Nachfolger im Präsidium des Vereins und vielleicht auch Schweitzer durch die Gräfin Hatzfeldt von der Absicht des Toten, auf solche Weise „einen Druck auf die Verhältnisse auszuüben“, unterrichtet waren. Aber bei ihrem weit geringeren Einfluß auf die Arbeitermassen handelten sie nur verständig, wenn sie jetzt von einer offenen Unterstützung von Bismarcks

1) Brief Lassalles vom 27. Juli 1864 an die Gräfin Hatzfeldt. Vergl. Eduard Bernstein, Lassalle und seine Bedeutung für die Sozialdemokratie, Einleitung zur Gesamtausgabe von Lassalles Reden und Schriften, Berlin 1892, S. 174, und H. Oncken, Lassalle, Stuttgart 1904, S. 414 ff.

Schleswig-Holsteinscher Politik absahen. Sie hielten sich lieber an den Geist jener Resolution, die Lassalle vor Ausbruch des dänischen Krieges, im Dezember 1863, abgefaßt hatte. Diese betonte, daß eine Einigung Deutschlands auf unitarischer Grundlage die Schleswig-Holsteinsche Frage von selbst beseitigen würde, daß die Fortschrittler und Nationalvereiner Schleswig-Holstein nur benutzen wollten, um die Aufmerksamkeit von einem inneren Konflikt abzulenken, dem sie nicht gewachsen seien, und daß das Volk sich durch nichts von seinen gewaltigen zentralen Aufgaben abziehen lassen dürfe.

In einer der ersten Nummern¹⁾ des Sozialdemokrat wird in Bezug auf die Herzogtümer die Rechtsfrage aufgeworfen, um gleich wieder beiseite geschoben zu werden. „Wir würden uns schämen bis ins innerste Herz“, heißt es dort, „wenn wir auch nur eine Sekunde kostbarer Zeit verschwendet hätten, um die elenden Pergamente und die vermoderten Familientraktate zu prüfen.“ Behielt Preußen wirklich das Land, so fände das der Sozialdemokrat vom spezifisch preußischen Standpunkte aus sehr erklärlich. Vom deutschen²⁾ Standpunkt aus aber habe Preußen in den Herzogtümern nichts zu fordern. Die Sozialdemokratie könne weder die Annexion billigen, durch welche der Dualismus, „dieser Krebschaden Deutschlands“, nur eine neue Stärkung erhielte, noch vermöge sie durch Unterstützung des Augustenburgers der Kleinstaaterei Vorschub zu leisten. Die fortschrittliche Majorität des Abgeordnetenhauses habe, wenn sie preußisch³⁾ sein wolle, durch ihre Geldverweigerung einen Hochverrat an der Zukunft des preußischen Staates begangen. Denn für das vorhandene historisch gewordene Preußen sei die Frage der Erwerbung Schleswig-Holsteins von tiefgehender Wichtigkeit: „Bismarck und die Seinen stehen fest auf dem Boden preußischer Vergangenheit, wir und die Unseren fußen auf dem Boden deutscher Zukunft — die deutsche Fortschrittspartei in Preußen aber, ohne Vergangenheit und ohne Zukunft, steht auf gar keinem Boden“.

In der scharfen Ausnutzung der Unsicherheit, die sich damals bei der ihrer Zersetzung entgegengehenden Fortschrittspartei immer deutlicher bemerkbar machte, erwies sich Schweitzer als ein gelehriger Schüler des Lassalle von 1863 und 64. Er wird nicht müde, die Unfähigkeit der Bourgeoisie, die jetzt für ihn mit der Fortschrittspartei identisch ist, darzutun, und ihre Hilflosigkeit in der

1) vom 21. Dezember 1864.

2) Sozialdemokrat, 23. Juni 1865.

3) In seiner Broschüre „Zur deutschen Frage“ vom Jahre 1862 hatte Schweitzer noch unterschieden zwischen den „jämmerlichen Mittelparteien“, die im Bewußtsein des Volkes gerichtet seien, und der deutschen Fortschrittspartei, die, wenn sie wirklich ihrem Namen Ehre machen und nicht den Interessen des spezifisch preußischen Staates dienen wolle, die schlummernde Nationalbewegung zu neuem Leben erwecken könne. Die „männlich feste und konsequente Haltung der Kreuzzeitung“ wurde von Schweitzer schon damals den „superklug-langweiligen Organen“ ihrer Gegner rühmend gegenüber gestellt.

deutschen Frage zu verspotten. Sie könne, so schreibt er, für die Einheit zwar große Worte machen, aber sie vermöge nicht über den preußischen, österreichischen oder bayerischen Partikularismus hinauszukommen. Die Bourgeoisie habe von Anfang an nicht den Mut gehabt, in dem Einheitsstreben sich rückhaltslos und ganz auf den Boden der Nation zu stellen und jeden Partikularismus von sich zu stoßen. Besonders der Nationalverein habe der preußischen Politik geschmeichelt¹⁾. Den Ereignissen machtlos gegenüberstehen, vor jeder vollendeten Tatsache sich beugen, ohne innere Widerstandskraft sich dem Gang der Dinge fügen, dabei fortwährend viel von Staatsweisheit und Berücksichtigung der realen Verhältnisse reden — das sei die beliebte Realpolitik der impotenten Bourgeoisie²⁾. Mache die preußische Regierung dem Fortschrittlerum nur eine kleine Konzession, so werde dieses anbetend vor ihr niederfallen, denn es sei zu kraftlos, um der vom Grafen Bismarck vertretenen großpreußischen Richtung nachhaltigen Widerstand entgegenzusetzen³⁾. Die deutsche Bourgeoisie als solche sei politisch tot. Die wenigen im Bürgertum noch vorhandenen guten Elemente, für sich allein machtlos, sollten deshalb, wenn sie sich eine Mitwirkung an den Geschicken des Vaterlandes zu sichern wünschten, der jungen, tatkräftigen Arbeiterpartei beitreten⁴⁾.

Während er so bei der deutschen Fortschrittspartei nur die schlechten Seiten hervorhebt, hat Schweitzer für die Ziele von Bismarcks deutscher Politik ein an Begeisterung streifendes wohlwollendes Verständnis. Das zeigt seine Artikelserie über das Ministerium Bismarck, die in den Monaten Januar bis März 1865 im Socialdemokrat⁵⁾ erschien. Bei der Schwierigkeit, den recht selten gewordenen Socialdemokrat selbst einzusehen, und da auch Rudolf Meyers „Emanzipationskampf“, der einen guten Auszug enthält, zur Zeit vergriffen ist, so möge hier eine ausführliche Inhaltsangabe jener folgenreichen Aufsätze stehen. Der Verfasser geht davon aus, daß in Bismarck „eine außergewöhnliche Erscheinung“ vor die Welt getreten ist. Er schreibt „Ein konservatives, ein hochkonservatives Ministerium und doch aus zwanzig Kabinetten der Ruf: das Bundesrecht ist bedroht, die Legitimität wird verletzt, die Gewalt wird proklamiert! Ein reaktionäres, ein „die Volksrechte zertretendes“ Ministerium und doch allgemeines Geschrei über radikales Renegatentum, über Pflege destruktiver Elemente!

1) Socialdemokrat, 29. Oktober 1865.

2) Ebenda 1. November 1865.

3) Ebenda 15. November 1865.

4) Ebenda, 1. November 1865.

5) 8., 27. Januar, 5., 17., 19. Februar und 1. März; vgl. dazu u. a. Mehring, Geschichte der deutschen Socialdemokratie, 3. Aufl., Bd. III, S. 191 ff. Es ist bisher, soweit wir sehen, noch nicht darauf hingewiesen worden, daß jene Partien dieser Artikelserie, die sich auf das historische Preußen beziehen und dessen Wesenheit erklären, bereits, meist sogar mit denselben Worten, in Schweitzers 1863 erschienenen Broschüre „Die österreichische Spitze“ stehen.

Ein konservatives, ein streng royalistisches Ministerium und doch die offiziellen Notenschreiber der Kabinete in gleicher Aufregung und Entrüstung wie die liberalen Leitartikelschreiber der Zeitungen! „Parlamentarismus oder Cäsarismus!“ schrien die Liberalen. Aber Parlamentarismus hieß Regiment der Mittelmäßigkeit, machtloses Gerede, während Cäsarismus doch wenigstens kühne Initiative, bewältigende Tat bedeute. Man rufe „Schmach den Renegaten, die jetzt der Reaktion dienen!“ Sonderbar sei es aber doch, daß diese radikalen Renegaten nicht zu Pfordten und Beust, zu Schmerling und Mensdorf, sondern gerade zu Bismarck liefen! Hierauf gibt Schweitzer eine Skizze der preußisch-brandenburgischen Geschichte, die erkennen läßt, wie erstaunlich gut sich dieser Süddeutsche in die eigentümliche Gefühlswelt des Hohenzollernstaats hineingefunden hat. Seinen Ausgangspunkt bildet hierbei die oppositionelle Stellung Preußens gegen Kaiser und Reich¹⁾, auf die auch Lassalle hingewiesen hatte, als er in seiner Schrift über Lessing in Friedrich dem Großen den Revolutionär verherrlichte, der die Mumiendecke von dem Leichnam des deutschen Reichs gerissen. Preußen ist in Schweitzers Augen das, was es ist, durch seine Dynastie geworden. In einem Staat mit so eigentümlicher Geschichte mußte sich, das sah er ein, ein „besonders hartnäckiger, weil besonders berechtigter und vernünftig begründeter Partikularismus“ entwickeln. Diese Bevölkerung mußte eine vorwiegend royalistische sein, hier mußte der Royalismus eine „wohlbegründete politische Anschauungsweise und Richtung“ darstellen. Am Ende sprach Schweitzer die historische Aufgabe dieses „rein deutschen preußischen Großstaates“ aus: „Dadurch, daß dieser Staat inmitten des vielfach geteilten Deutschlands in ansehnlicher Größe dasteht und ohne auf anderen Elementen zu beruhen, von der Gesamtbevölkerung dieses Landes einen Teil befaßt, welcher viel zu groß ist, um als unselbständig gelten zu können und viel zu klein, um die Gesamtheit durch den natürlichen Druck entschiedener realer Übermacht beherrschen zu können, so stellte sich ein Zustand heraus, der das offenbare Gepräge des Unfertigen, einer noch nicht abgeschlossenen geschichtlichen Entwicklung an sich trägt.“ Preußens verzweifelt durchbrochene Territorialgestalt, das erkannte Schweitzer, hatte die Tendenz in sich, in konsequenter Fortsetzung seiner seitherigen Geschichte sich weiter in demselben Lande und durch dieselbe Be-

1) Für das nun folgende vergl. J. B. v. Schweitzer, „Die österreichische Spitze“. Ein Beitrag zur Besprechung der nationalen Frage, Leipzig 1863, S. 19—33. Wenig neues zu Schweitzers Bismarckaufassung bringt seine Biographie Bismarcks in den Ergänzungsblättern des Biographischen Instituts in Hildburghausen vom Jahre 1865, die uns freilich nur in einem ausführlichen Auszug der Koburger Allg. Deutschen Arbeiterzeitung vom 6. August 1865 zugänglich ist. Hier betont Schweitzer, daß Bismarcks Wort: „Man muß diesen Konflikt nicht zu tragisch nehmen“, der Schlüssel „für die ganze bisherige Haltung der Regierung“ sei.

völkerungsart zu vergrößern, aus denen es — „in einer Art revolutionärer Weise“ — sich bis zu seiner jetzigen Wesenheit erweitert hatte.

Aus solcher ihm schon früher gekommenen Geschichtserkenntnis zieht der sozialdemokratische Führer nun jetzt die Folgerung, daß ein wahrhaft preußisches konservatives Ministerium nicht lediglich die stupide Aufrechterhaltung des gerade Vorhandenen beabsichtigen könne, daß es aber auch der ihm von der preußischen Geschichte auferlegten äußeren Politik nicht den inneren Charakter des Staates zu opfern imstande sei, wie die liberale Partei dies anstrebte, indem sie den Schwerpunkt der Macht von der Krone hinweg in das Abgeordnetenhaus verlegen wollte!

Soweit war Schweitzer in seinem zweiten Bismarckartikel gelangt, nach dessen Erscheinen Marx und Engels ihre Beziehungen zu dem Blatte kündigten und Liebknecht aus der Redaktion ausschied, der er bisher angehört hatte. Doch Schweitzers Betrachtungen gingen deshalb ruhig weiter: Ihm steht fest, daß Bismarck mit seiner schleswig-holsteinischen Anexionspolitik nur die glorreichsten Traditionen preußischer Geschichte aus langem Schlummer wecke. Eine „bedeutende, aber eine verhängnisvolle Politik“ nennt er den Weg, den Preußen jetzt unter seinem kühnen Minister ging. Denn, so fährt er begründend fort, eine preußische Regierung, die in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts deutsches Land zu annektieren beginnt, eine preußische Regierung, die angesichts der offenkundigen, von Kaisern, Königen und Fürsten feierlich proklamierten Unhaltbarkeit der politischen Verfassung Deutschlands die friedericianische Politik wieder aufnimmt, kann nicht stille stehen nach kleinem Siege — weiter muß sie auf der betretenen Bahn — vorwärts, wenn nötig „mit Blut und Eisen“. Ein Minister, der an die stolzen Traditionen eines historisch erwachsenen Staates anknüpfend dann vor entscheidender Tat feige zurückbebt, verfiere unrettbar den zürnenden Manen des großen Friedrich und dem Gelächter der Zeitgenossen. Die Fortschrittspartei rase, weil jetzt ein antiliberales Ministerium ohne ihre Mitwirkung mit der „preußischen Spitze“ ernst mache. Aber sie sei machtlos, weil sie immer nur preußische und niemals deutsche Politik getrieben habe. Der Bundestag, der Fürstentag, Österreich hätten ebenfalls versagt; denn in der deutschen Frage könne nur Initiative helfen und gerade diese hätte ihnen gefehlt. So habe Preußen wirklich eine Mission in Deutschland zu erfüllen, aber diese Mission sei keine preußische, sondern eine deutsche. Das Preußentum sei der Feind des Deutschtums, aber es sei auch der Feind der bestehenden Gewalten Deutschlands. Wohl habe die deutsche Nation ein ewiges Fundament, aber die deutschen Fürstenthümer müßten wanken, sobald Preußen sich erinnerte, daß Friedrich der Große sein König war. Und Schweitzer schließt: „Dies also ist unser wichtigstes Resultat: der Bundestag, Österreich, die Mittel- und Kleinstaaten sind schlechthin ohnmächtig der deutschen

Frage gegenüber — im guten wie im schlimmen. Aktionsfähig in Deutschland sind nur noch zwei Faktoren: Preußen und die Nation. Preußische Bajonette oder deutsche Proletarierfäuste — wir sehen kein Drittes.“

Der Apologet Schweitzers unter den sozialdemokratischen Historikern, Franz Mehring, rühmt mit vollem Recht an diesen in den Kreisen der Partei früher arg verurteilten Artikeln die Klarheit des politischen Blicks und das eindringende Verständnis für die wirkliche Lage der Dinge. „Dennoch“, fügt er hinzu¹⁾, „war an Schweitzers Bismarckartikeln etwas nicht in der Ordnung. So recht er darin hatte, daß der preußische Partikularismus ein besonderes Ding sei, das nach seinen historischen Ursprungs- und Daseinsbedingungen begriffen sein wolle, so schilderte er das eigentümliche Wesen dieser Bedingungen doch mit einer Lebendigkeit, die manchmal einer Verherrlichung zum Verwechseln ähnlich sah.“ Schweitzer mußte wissen, daß er in den beiden einflußreichen Parteihäuptern in London zwei gefährliche Gegner besaß, die nur höchst widerwillig die Schöpfung Lassalles unterstützten und auf die erste Gelegenheit lauerten, um diese „Sekte“ zu beseitigen und die deutsche Arbeiterbewegung ganz und gar in ihre Hände zu bekommen. Jetzt hatte er unvorsichtigerweise seine schon vor zwei Jahren gewonnenen Erkenntnisse über das Wesen des preußischen Staates aus der damals wohl kaum beachteten Broschüre in diese aller Welt zugängliche Tageszeitung übernommen und, was das Schlimmste war, er hatte noch obendrein der ihn seit kurzem beherrschenden ästhetischen Bewunderung für den leitenden Minister Preußens auf eine Weise Ausdruck verliehen, die bei seinen Feinden den Anschein erwecken mußte, daß er die Arbeiterbewegung borussifizieren wolle!

Der damals erst wenig über dreißig Jahre alte Dr. jur. J. B. v. Schweitzer entstammte einer Familie, die erst nach der Mitte des 18. Jahrhunderts aus dem Tessin oder einem der südlichen, italienisch sprechenden Täler Graubündens in Frankfurt a. M. eingewandert war²⁾. Als Agitator wie als Journalist hoch begabt, mit scharfem Blick für Zeitverhältnisse, gerissen in praktischen Fragen³⁾ und sehr ehrgeizig⁴⁾ war Schweitzer im Privatleben eine ziemlich stark dekadente und, milde ausgedrückt, wenig rangierte Persönlichkeit. Mit der politischen Sache, der er sein Talent weihte, fühlte sich dieser raffinierte Kulturmensch, der zugleich ein geschickter

1) Mehring a. a. O., Bd. III, S. 195.

2) Diese Mitteilung verdanke ich dem Schweizer Historiker Herrn Theodor Curti in Frankfurt. Vergl. auch Dietz, Frankfurter Bürgerbuch, S. 86. Für biographische Daten über Schweitzer vgl. E. Jäger, Der moderne Sozialismus, Berlin 1873 a. a. O. Ein Artikel der Allgemeinen Deutschen Biographie über Schweitzer soll in Vorbereitung sein.

3) Vergl. J. B. v. Hoffstätten, Mein Verhältnis zu Herrn v. Schweitzer und zum Sozialdemokraten, Berlin 1869.

4) In Bezug auf die Charakteristik Schweitzers findet man einige treffende Bemerkungen in Mehrings vor seinem Übertritt zur Sozialdemokratie verfaßten Schrift: Zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Magdeburg 1877.

und später auch erfolgreicher Bühnenschriftsteller war, keineswegs so unlöslich verknüpft, wie etwa seine robusteren Gegner Liebknecht und Bebel. Gleich vielen Menschen seines Schlages, denen nicht die mächtige Eigenwilligkeit starker innerer Nötigung Schranken setzt, verstand er es glänzend, sich in bedeutende Individuen, mochten es Staaten oder Einzelne sein, hineinzufühlen und von ihnen in kluger Weise zu lernen. Als Politiker unterlag er gleichzeitig dem stärksten Einfluß der beiden bedeutendsten staatsmännischen Größen, die er erlebte, Lassalles und Bismarcks. Aber es sei ausdrücklich betont, daß dieser Einfluß Bismarcks in unseren Augen nur geistiger Natur war, und daß die hartnäckige Behauptung der Gegner, der oft in Geldschwierigkeiten lebende v. Schweitzer sei ein bezahltes Werkzeug des preußischen Ministerpräsidenten gewesen, bisher gänzlich unbewiesen geblieben ist.

Mit der deutschen Frage hatte sich Schweitzer frühzeitig befaßt. In dem Broschürenjahre par excellence 1859 veröffentlichte er über dieses Thema zwei kleine Schriften¹⁾ und empfahl darin eine Politik, die von jener, die sein späterer Meister Lassalle damals anriet, stracks das Gegenteil forderte: Nicht nur, daß er es als die Aufgabe des deutschen Bundes und Preußens ansah, Österreich gegen Frankreich und Italien zu Hilfe zu kommen, er verlangte sogar von der demokratischen Partei, daß sie darauf verzichte, Österreichs Verlegenheit zur Durchsetzung von Reformen auszunutzen²⁾. Die inneren Parteifragen sollten ruhen, so fordert er, bis Napoleon besiegt sei. Ein „mangelhafter Rechtszustand“, wie ihn der Wiener Kongreß in Italien und Deutschland hergestellt hatte, erschien dem damals noch nicht in Lassalles Schule über das Verhältnis von Macht und Recht belehrten Frankfurter Juristen immer noch besser, als die Herrschaft der Gewalt. Österreichs Sache sah er noch an als „die Sache des europäischen Rechts und der europäischen Ordnung“, als „die Sache der Kultur und Humanität“ und vor allem als „die nationale Sache deutscher Ehre und deutscher Unabhängigkeit“. Zwei Jahre später, als er seine Broschüre „Zur deutschen Frage“³⁾ veröffentlichte, hatten Schweitzers Ideen bereits eine bemerkenswerte Entwicklung durchgemacht. Zwar beklagte der begeisterte Großdeutsche noch immer, daß die Deutschen ihre österreichischen Brüder beim Kampfe gegen den Bonapartismus im Stiche gelassen hatten. Aber seine demokratischen Ansichten treten nun schon entschiedener in den Vordergrund und er erklärt sich, vielleicht überzeugt durch Lassalles Broschüre

1) (Schweitzer), anonym, Österreichs Sache ist Deutschlands Sache. April 1859. (Verlagsort nicht angegeben.) Schweitzer, Widerlegung von Karl Vogts Studien zur gegenwärtigen Lage Europas. Frankfurt 1859. Seiner Broschüre: Der einzige Weg zur Einheit. Ein Beitrag zur Besprechung der nationalen Frage. Frankfurt 1860 vermochte ich bisher nicht habhaft zu werden.

2) Was u. a. Karl Vogt verlangt hatte in seinen Studien zur gegenwärtigen Lage Europas. Genf und Bern 1859.

3) J. B. v. Schweitzer, Zur deutschen Frage. Frankfurt a. M. 1862.

über den italienischen Krieg, damit einverstanden, daß die erste günstige Weltlage benutzt werden müsse, um die deutsche Einheit herzustellen, schlimmstenfalls selbst durch einen „Generalkrach“, bei dem die „Mazzinis aller Länder sich die Hände reichen“. Scharf Partei ergreift der Frankfurter Advokat gegen die großpreußische Hohenzollernsche Hauspolitik, Doppelzüngigkeit und tatenarme Treulosigkeit wirft er ihr vor; sogar der Bundestag als „einzige politisch bestehende Einheitsbehörde“ erscheint ihm im Vergleich mit ihr erhaltenswert. Die Sache der Einheit und der Nation, so ruft er aus, würden sich niemals in das Berliner Königsschloß verirren, bei denjenigen Schichten des Volkes, welchen die Tatkraft in bewegten und entscheidenden Zeiten eigen sei, würden preußische Hegemoniegeleüste keinen Anklang finden! Die Massen seien vom gothaischen Geiste nicht infiziert. Schweitzers positive Forderung angesichts des ihm vorläufig unlösbar erscheinenden Dualismus lautete im Anschluß an ein damals von Karl Blind im Nordstern veröffentlichtes Flugblatt: Weglassung der Frage nach der Führerschaft und Agitation aller Demokraten für ein deutsches Parlament! Vermag aber auch dieses die deutsche Frage nicht vorwärts zu bringen, „dann ist uns überhaupt nicht zu helfen, dann sind wir eine große Nation unsterblicher Esel!“ Zu solchem Ergebnis gelangte Schweizer in jenem Jahre 1862 als Bismarck in Preußen zur Regierung kam.

Auch bei der Niederschrift seiner nächsten wohl zu Anfang 1863 verfaßten Broschüre war ihm die Bedeutung Bismarcks noch nicht aufgegangen, betont er doch die Halbheit und Ängstlichkeit der preußischen Politik „im Guten wie im Schlimmen“ während ihm Österreichs Auftreten viel kraftvoller erscheint. Den Inhalt dieser gehaltvollsten Broschüre Schweitzers über die nationale Frage können wir hier nur kurz skizzieren. Schon ihr Titel: „Die österreichische Spitze“¹⁾ zeigt uns das Ergebnis, zu dem sie gelangt. Schweizer war ein zu konsequenter Denker, um sich bei dem unbefriedigenden Abschluß seiner vorigen Schrift lange aufzuhalten. Der Forderung Solons, daß es unehrenhaft sei, bei tiefen Gegensätzen im Vaterlande nicht entschieden Partei zu ergreifen, hätte er zugestimmt. Er unterschätzte nicht die Stärke der nationalen Bewegung. Selbst bekannte er sich jetzt offen zur demokratisch-republikanischen Partei, aber die Möglichkeit einer gewaltsamen Lösung der deutschen Frage von unten her läßt er hier vorerst außerhalb seiner Erwägungen. Diese beschränken sich vielmehr darauf, die kleindeutsche und die großdeutsche Partei auf meisterhafte Weise zu analysieren, die Zukunftseventualitäten zu prüfen und die preußische und die österreichische Hegemonie mit ihren Vorzügen und Nachteilen aneinander abzuwägen. Ihn selbst oeherrschte noch vorwiegend das Verlangen nach dem großen Siebzigmillionen-

¹⁾ J. B. v. Schweizer, Die österreichische Spitze. Ein Beitrag zur Besprechung der nationalen Frage. Leipzig 1863.

reiche. Dieses aber wäre nimmer durch die „seit jeher separatistische“ preußische Dynastie, weit eher durch das mit dem großdeutschen Ideal eng verwachsene Habsburgische Haus zu erreichen. Wohl findet er es vom demokratischen Standpunkt aus schlimm, daß man gezwungen sei, zwischen zwei Übeln zu wählen, auch dürfe man die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß in einem günstigen Augenblicke unter entsprechender Weltlage die Nation selbst das Werk der Einheit und Freiheit vollbringen werde, aber „unter der Voraussetzung des Nichteintretens einer solchen Bewegung“ müsse man einem neuen großen deutschen Reiche mit österreichischer Spitze den Vorzug geben. Ein Sieg Preußens führte im günstigsten Falle zu zwei großen feindlichen Nachbarreichen mit unausrottbarer Rivalität, während Österreichs Sieg zum wenigsten die Integrität des Reiches bedeute. Vorläufig sei die rührige kleindeutsche Partei, zumal da sie über ein zwar mißgestaltetes, aber positives Programm verfüge, ungleich besser organisiert als die großdeutsche. Es sei hohe Zeit, daß hierin eine Änderung eintrete, dies könne aber niemals durch schwächliche Bundesreformvorschläge, sondern nur erreicht werden, wenn man offen die Fahne des deutschen Kaiserreichs mit österreichischer Spitze aufpflanze!

Im Frühling 1863 begann Lassalles Agitation zur Errichtung einer von der Fortschrittspartei losgelösten selbständigen Arbeiterpartei. Die Notwendigkeit einer solchen hatte Schweitzer schon im Frühling 1862 im Frankfurter Arbeiterbildungsverein betont¹⁾. Kein Wunder, daß er Lassalles Auftreten mit Freuden begrüßte und sich dem größeren Gesinnungsgenossen gern anschloß, dessen Gedankengänge auf seine eigene Art, die Dinge anzusehen, einen mächtigen Einfluß gewannen. Nach seinem Eintritt in die von Lassalle ausgehende Bewegung hielt Schweitzer im Oktober 1863 im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein in Leipzig einen Vortrag über „die Partei des Fortschritts als Trägerin des Stillstands“. Schon hier begegnen wir jener in den Bismarckartikeln hervortretenden realistischen Auffassung der wirklichen Machtverhältnisse im damaligen Deutschland, die Schweitzer vor den meisten demokratischen und volksparteiichen Politikern jener Tage einschließlich Liebknecht und Bebel auszeichnete. „In der Politik“, heißt es bereits in diesem Vortrag, ähnlich wie am Schluß der Bismarckartikel, „gibt es, wenn es ernst wird, nur zwei Dinge, die Bajonette des Militärs und die Fäuste des Volkes.“ Als es zweieinhalb Jahre später wirklich ernst wurde, da mußte Schweitzer einsehen, daß selbst die „Fäuste des Volkes“ neben den „Bajonetten des Militärs“ kein Machtfaktor waren, und daß allein die Bajonette der Truppen den deutschen Dualismus beseitigten.

Schweitzer hatte sich, wie wir erkannten, in seinen Bismarckartikeln im Stil vergriffen. Es kommt bei journalistischen Neulingen häufig vor, daß sie

1) Vergl. Geschichte der Frankfurter Zeitung 1856 bis 1906, Frankfurt a. M., p. 76.

nicht unterscheiden zwischen den lebhaften Eindrücken des Einzelmenschen und den genau zu wägenden, weil auf Wirkung abzielenden und leicht mißverstandenen Äußerungen des Publizisten. Keinen weitergehenden Vorwurf hatte er sich zu machen. Ihm entging nicht, daß seine Unvorsichtigkeit Marx und Engels nur den gern ergriffenen Anlaß bot, um mit dem Socialdemokrat zu brechen, daß ein dauerndes Bündnis zwischen ihnen und ihm als dem Fortsetzer der Lassalleschen Tradition auch ohnedies nicht möglich gewesen wäre. So ließ sich Schweitzer jetzt durch den Sturm, den der beiden Londoner und Liebknechts Rücktritt im Verein hervorrief, in seiner Auffassung der deutschen Frage nicht beirren. Nur zog er aus den unerfreulichen Vorgängen die für seine Taktik heilsame Lehre, daß er, wenn er Herr der Partei bleiben wollte, künftig sein Verständnis für Bismarck und Preußen in einer einem Sozialdemokraten angemessenen kühleren Stilisierung zum Ausdruck bringen mußte. Durch die Wirren, die der erwähnte Abfall der Oberhäupter des Kommunismus im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein erregte, steuerte Schweitzer den Socialdemokrat mit unleugbarem Geschick. In den Spalten des Blattes nannte er Marx einen guten Theoretiker, der nach dem verhängnisvollen deutschen Vorurteile sich einbilde, er müsse auch ein guter Praktiker sein. Aber die Erfahrungen von 1848 hätten gezeigt, wohin Professorenpolitik führe. Ihm stellte er Lassalle gegenüber. Der sei ein Politiker im vollen Sinne des Wortes gewesen; der war nicht der Mann fruchtbarer Abstraktionen, kein schriftstellerischer Doktrinar, sondern der Mann der frischen lebendigen Tat. Lassalles Nachfolger, so kündigte er an, werden in seinen Spuren wandeln und die von ihm gegründete Partei mit fester Hand und eisernem Willen durch die großen Stürme der Zeit wie durch die kleinen Intriguen persönlicher Überhebung glücklich hindurchführen! ¹⁾ 2)

Seit der gemeinsamen Besetzung der Herzogtümer durch die beiden deutschen Großstaaten und den Reibungen, die sich als Folge hiervon naturgemäß einstellten, dämmerte immer es weiteren Kreisen auf, daß die Lösung der deutschen Frage keinen längeren Aufschub mehr vertrug. Die Notwendigkeit eines deutschen Bürgerkrieges in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts einzusehen, wurde nicht wenigen Patrioten schwer, und so tauchten

1) Socialdemokrat, 3. 8. März, 14. April 1865.

2) Während J. Ph. Becker, Herwegh und Rüstow, die neben Marx, Engels und Moses Heß in der ersten Nummer des Socialdemokrat als hervorragende Mitarbeiter bezeichnet waren, sich jetzt ebenfalls von dem Blatte lossagten, nahm Moses Heß, der Pariser Korrespondent, für Schweitzer Partei: „Daß ein Herr aus London, der es bei Lebzeiten Lassalles fürs Klügste hielt, weder für noch gegen ihn aufzutreten, nach dem Tode dieses Parteichefs aus bekannten „internationalen“ Gründen der Lassalleschen Partei und ihrem Organ den Hof machte, dann aber, als er sich in seinen Erwartungen getäuscht sah, mit seinem Sekretär und Generalstab ohne Armee wieder zum Rückzug blies, ist für mich kein Grund, dieser lächerlichen Demonstration zu folgen.“ Socialdemokrat, 19. März 1865.

noch immer wieder Vorschläge für eine friedliche Auseinandersetzung auf. Die meisten davon entstanden in bürgerlich-demokratischen Kreisen jener deutschen Länder, die, weder zu Preußen noch zu Österreich gehörend, wenn es zu einem Kriege kam, in keinem Falle etwas zu gewinnen hatten. Für Schweitzer war es solchen Vorschlägen gegenüber nicht immer leicht, den Sozialdemokrat stets die richtigen Argumente aussprechen zu lassen. Er und seine Partei durften den großdeutschen Überzeugungen, für welche ganz besonders die Demokraten des Südens mit Begeisterung eintraten, nicht untreu werden. Aber noch weniger konnte die Sozialdemokratie bei ihrer streng unitarischen und kleinstaatfeindlichen Tradition sich mit einer Triasidee befreunden, auf die u. a. Ludwig Pfaus Vorschläge im Stuttgarter „Beobachter“ hinausliefen, wenn er auch selbst die Konföderation der Mittel- und Kleinstaaten, die er empfahl, nur als einen Ausgangspunkt für eine engere Einigung angesehen haben wollte. Unter den demokratischen Stimmen aus Süddeutschland war Schweitzer die der Neuen Frankfurter Zeitung noch am sympathischsten, weil diese vom radikalen Standpunkte aus den großstaatlichen Partikularismus bekämpfte, ohne darum in den mittel- und kleinstaatlichen zu verfallen. Durch die Ereignisse nun einmal zur Wahl gezwungen zwischen dem Partikularismus der großdeutschen Kleinstaaterei und des kleindeutschen Großstaats, trug Schweitzer jetzt keine Bedenken mehr, dem Partikularismus des Großstaats die größere Berechtigung zuzuerkennen. Preußen galt ihm jenem „Staatsgewurstel“ gegenüber doch wenigstens als eine aktionsfähige Macht! Dennoch erklärte er sich nicht bereit, von seinen großdeutschen Forderungen auch nur das geringste nachzulassen: „Nicht ein Dorf, nicht ein Meierhof, nicht die kleinste Hütte im fernsten Winkel darf uns fehlen“ hieß es im Sozialdemokrat¹⁾ vom 5. April 1865. Aber von einer Anknüpfung an Einheitsideale, die Frankfurt zum Zentralpunkt hatten, wollte dieser Frankfurter jetzt, im Sommer 1865, nichts mehr wissen. Es gehöre, so meinte er, die ganze Borniertheit des kleinstaatlichen Philisteriums dazu, glauben zu können, man vermöge von Baden, Frankfurt a. M. oder gar von Coburg aus, große Politik zu machen. Nur Berlin oder Wien würden die künftigen Hauptstädte Deutschlands sein²⁾, nur von diesen beiden Plätzen aus sei Volkspolitik zu treiben. Wie die Dinge stehen sei trotz des in Preußen herrschenden Systems Berlin an Einfluß in Deutschland Wien weit voraus³⁾, dennoch werde wohl aus Gründen, „die vor

1) In „Die österreichische Spitze“ von 1863 hatte es geheißen: „Wenn dem künftigen deutschen Reiche (sei es eine Republik oder ein Kaisertum) auch nur ein einziges Dorf des jetzigen deutschen Bundesgebiets fehlt, so ist dies ein nationaler Skandal. Die kleinste Hütte im fernsten Dorf, wo deutsche Zunge klingt, hat das heilige Recht auf den Schutz der Gesamtheit etc.“

2) Sozialdemokrat, 8. und 11. August 1865.

3) Vergl. „Die österreichische Spitze“, S. 83 und a. a. O.

den Augen der Berliner Polizei schwerlich Gnade fänden“, schließlich Wien die Hauptstadt Deutschlands werden.

Inzwischen war die Kriegsgefahr näher gerückt. Eine internationale Konferenz, die aber nicht zustande kam, sollte sie beschwören. Mit Recht betonte Schweitzer, daß nur nach einem europäischen Kriege ein derartiger diplomatischer Versuch einen vernünftigen Zweck haben könne. Fragen wie die deutsche würden nicht in bequemen Konferenzzimmern, sondern auf Barrikaden und Schlachtfeldern gelöst¹⁾. Die Gasteiner Konvention kam den Friedenshoffnungen noch einmal zu Hilfe. „Gastein ist für Österreich kein Olmütz geworden, aber ein Olmützchen, dem das Olmütz nachfolgen kann“, so faßte der Socialdemokrat sein Urteil zusammen. Die Erwerbung Kiels gab Preußen einen wichtigen Stützpunkt für seine Seemacht, während die Besitzergreifung von Lauenburg einen Präzedenzfall für weitere Annexionen schuf. Den wichtigsten Grund aber, weshalb Gastein als ein Sieg der preußischen über die österreichische Staatskunst zu betrachten war, sah Schweitzer darin, daß Österreich nun nicht nur in die Defensive, sondern in eine absolute Handlungslosigkeit gedrängt wurde. Preußens deutsche Ziele, meinte er, wären faßbare, während Österreich ohne leitende Idee „von der Hand in den Mund“ lebte²⁾.

Obleich die Sprache, die der Socialdemokrat der preußischen Regierung gegenüber führte, garnicht sehr scharf war, so unterlag das Blatt doch fortwährenden Konfiskationen. Im November 1865 wurde Schweitzer wegen Preßvergehens zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, wozu sich im Januar 1866 eine weitere Verurteilung zu vier Monaten gesellte. Mehrere Versuche, auf ärztliche Zeugnisse hin seine Freilassung zu erreichen, blieben vergeblich, erst im Mai 1866 kam es auf ein Gutachten des Physikus zu einer „vorläufigen“ Haftentlassung³⁾. Während Schweitzers Haft leitete J. B. von Hoffstetten den Socialdemokrat nicht eben ungeschickt, aber doch mit mehr Zurückhaltung und ohne jene Schweitzers Artikel auszeichnende durchdringend klare Darlegung der jeweiligen Situation. Wenn das Blatt sich jetzt auch offen zu der Ansicht bekannte, daß ohne „Blut und Eisen“ die deutsche Einheit nicht herzustellen sei, weshalb für die Nation als solche, soweit sie die Einheit wirklich wolle, der Krieg kein Unglück bedeutete,

1) Socialdemokrat, 13. Juli 1865.

2) Ebenda, 24. und 25. August.

3) Als Schweitzer im Juni in Leipzig weilte, brachte das demokratische Deutsche Wochenblatt in Mannheim eine Leipziger Korrespondenz, deren Verfasser Lichnecht selbst oder eine ihm nahestehende Persönlichkeit war. Dort wird Schweitzer als Verräter „aus Feigheit oder für Geld“ behandelt, der nach seiner „aus Gesundheitsrücksichten“ erfolgten Haftentlassung dem Herrn von Bismarck nach Kräften in die Hände arbeite. Wir haben schon betont, daß für eine so vernichtende Beschuldigung weder ein faktischer noch ein hinreichender psychologischer Beweis jemals beigebracht worden ist. Ob Bebel, wie er ankündigt, in den Memoiren, an denen er arbeitet, diesen Beweis beibringen wird, muß abgewartet werden.

so hielt es doch damals selbst die Lage noch nicht für so ernst, wie sie in Wirklichkeit war¹⁾. Daß der deutsche Augiastall sich nicht mehr durch Resolutionen reinigen ließe, das hätten, so meinte eine Korrespondenz aus Hagen vom 1. April 1866, mittlerweile auch Liberale und Nationalvereiner begreifen können; bloß Dummheit vermöge anzunehmen, daß Bismarck derartige Kundgebungen noch berücksichtige. Ohne Krieg oder ohne Volksbewegung sei ein einiges Deutschland nicht zu erlangen. Der Arbeiterstand in seiner Gesamtheit könne im Gegensatz zur Bourgeoisie aus einem Kriege nur Vorteil ziehen. Freilich müßte mit dem Ringen um die Einheit auch der Kampf um Freiheit und Gleichheit verbunden werden. Würde selbst der deutsche Kampf von zwei reaktionären Regierungen angefangen, zu Ende führen würden sie ihn nicht!

Gleich nach der Wiedererlangung seiner Freiheit beschäftigte sich Schweitzer im Sozialdemokrat mit der Stellungnahme der Arbeiterpartei angesichts des heran nahenden Entscheidungskampfes zwischen Preußen und Österreich. Es geschah dies in einer „Habsburg, Hohenzollern und die deutsche Demokratie“ überschriebenen Artikelserie²⁾. Ihr Verfasser gab sich keiner Illusion über die Grundnatur der beiden Mächte hin, die als die einzigen um die Beherrschung Deutschlands stritten. „Preußischer Absolutismus“ und „österreichische Konkordatswirtschaft“ hießen sie für ihn. Beider Wesenheit wird von neuem geprüft: Preußen, wird betont, ist das Besitztum einer Herrscherfamilie. Ein liberales Preußen gibt es nicht und kann es nicht geben. Besteht für Deutschland wirklich kein Ausweg, als ein großes Preußen zu werden, so ist es gleich, ob der unverhüllte oder der von der Fortschrittspartei erstrebte verhüllte Absolutismus dies Werk beginnt. Denn die Wut dieser preußischen Fortschrittspartei stamme nicht etwa aus den Entrüstungen darüber, daß um unberechtigter Ansprüche willen, dem Vaterlande der Bürgerkrieg drohe, sondern nur aus dem ohnmächtigen Neide, daß ein Bismarck und Roon tun, was so unendlich gern ein Schultze und ein Twisten getan hätten. Noch weniger Illusionen dürfe man sich über die österreichische Regierung machen. Das Vermächtnis der Habsburger an die Lothringer sei der Kampf gegen die Geistesfreiheit, gegen die europäische Zivilisation. Vom Hause Lothringen kamen die Knechtung Deutschlands durch Meternich, die erste Niederwerfung der Einheits- und Freiheitssache im Jahre 1848 und die Knechtung Italiens. Österreich sei der Hort der Vielstaaterie, des Bundestages und der ganzen Erbärmlichkeit der deutschen Zustände. Nur um der Ohnmacht und Zerrissenheit Deutschlands willen, die sie erhalten wollten, stünden jene Mittel- und Kleinstaaten zum Hause Habsburg. Aber aus dem Ergebnis „Weder Habsburg noch Hohenzollern“ zieht

1) Sozialdemokrat, 10. Februar, 6. März, 27. Mai 1866.

2) Vergl. besonders Sozialdemokrat vom 18. und 20. Mai.

Schweitzer nun nicht, wie etwa das bürgerlich-demokratische Deutsche Wochenblatt in Mannheim, den Schluß, daß die Demokratie sich angesichts der heraufziehenden Krisis zu einem passiven Geschehenlassen resignieren müsse. Er, als echter Politiker, erklärt sich vielmehr für eine kräftige Ausnutzung der Situation. Im richtigen Moment nimmt er jetzt die Tradition seines Meisters Lassalle auf und ermahnt die Partei, im Vertrauen auf die Gunst der Umstände, nun endlich den letzten Sturm auf das allgemeine gleiche Stimmrecht zu beginnen!

Bereits im Februar war in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ein, wie wir durch Lothar Bucher¹⁾ wissen, von Bismarck selbst verfaßter Artikel erschienen, der das allgemeine gleiche Stimmrecht in die Luft malte, und am 9. April hatte Preußen beim Bunde die Einberufung eines aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgehenden Reformparlaments beantragt. Durch Lassalle wußten seine Getreuen längst, daß und weshalb der Ministerpräsident für dieses Zugeständnis an die Arbeitermassen bei passender Gelegenheit zu haben sein werde. So nimmt es nicht wunder, daß Schweitzer in der Verfolgung seines Themas „Habsburg, Hohenzollern und die deutsche Demokratie“ die wahren Gedanken Bismarcks wiedergab, indem er behauptete, daß dieser in richtiger Schätzung von Österreichs Stärke den Kaiserstaat nicht nur mit Armeen, sondern auch mit Ideen bekämpfen müsse²⁾; Nicht aus freiem Willen, sondern gezwungen durch die Lage der Dinge, beantrage Bismarck ein deutsches Parlament, hervorgegangen aus allgemeinem Wahlrecht. „Man gibt uns eine Waffe in die Hand“ ruft Schweitzer aus. „Sollen wir aus Mißtrauen in die eigene Kraft sie zurückweisen? oder aus Furcht, uns für volksfeindliche Pläne mißbrauchen zu lassen? Wir müssen uns beteiligen und wählen. Wir wählen weder weil, noch obgleich Bismarck dieses Parlament beruft, sondern weil wir tatenloses Zusehen verurteilen und weil nur wir, die Arbeiterpartei, zu verhindern vermögen, daß der feige Bourgeoisliberalismus neuerdings die Sache des Volkes an die Macht-haber verrät!

Das allgemeine Stimmrecht gehörte in Lassalles Augen zu den sozialen Forderungen der Arbeiterpartei, wie der Stiel zu der Axt. Ohne dieses, hatte er an Rodbertus geschrieben, könne man eine philosophische Schule oder auch eine religiöse Sekte sein, aber niemals eine politische Partei³⁾. In zahllosen Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins war es als das erste und wichtigste Zugeständnis bezeichnet worden, das die Arbeiterschaft sich erkämpfen mußte. „Die damals stärkste der freiheitlichen Künste“ nannte es Bismarck viel

1) Vergl. die subaltern abgefaßte, aber wegen ihres Materials nicht zu übergehende Biographie Buchers: Poschinger, Ein Achtundvierziger. Berlin 1890 bis 1894. Bd. III.

2) Ähnlich Bismarck selbst, Gedanken und Erinnerungen. Bd. II, S. 58.

3) Briefe an Rodbertus, S. 50.

später in seinen Erinnerungen. Es ist ein großes Verdienst Schweitzers, daß er zu einer Zeit, wo Marx und Liebknecht von der parlamentarischen Betätigung der Sozialdemokratie noch gering dachten, an der Lassalleschen Auffassung festhielt und in Übereinstimmung mit dem Präsidium des Vereins eine starke Agitation entfaltete, deren Aufgabe es sein sollte, die preußische Regierung zu zwingen, mit diesem vorerst nur in einem Bundesreformprojekt vorgeschlagenen Wahlrecht wirklich ernst zu machen. Auch wies der Sozialdemokrat von vornherein darauf hin, daß ein allgemeines gleiches und direktes Wahlrecht ohne geheime Abstimmung nur „ein großer Schwindel“ wäre. Endlich darf Schweizer auch dieses nicht vergessen werden, daß er nach Errichtung des Norddeutschen Bundes, als die Einführung des allgemeinen Wahlrechts feststand, wenn auch erfolglos und ohne die richtige Unterstützung zu finden, unter großer Energie und mit glücklichen Wendungen im Ausdruck für die Unentbehrlichkeit von Diäten eintrat¹⁾.

Nur langsam bekehrte sich indessen die Fortschrittspartei zum allgemeinen Stimmrecht; so bot sie dem sozialdemokratischen Organe breite Angriffsflächen. Schultze-Delitzsch und die Volkszeitung waren noch ziemlich die ersten führenden Mächte jener Partei, welche die Notwendigkeit einsahen, mit Rücksicht auf die Erhaltung der Arbeitermassen bei ihren Fahnen, jeder Zweideutigkeit ein Ende zu machen und sich unumwunden zu dieser demokratischen Grundforderung zu bekennen. Schwere Zerwürfnisse innerhalb des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, auf die wir hier nicht einzugehen brauchen, brachten im Frühling 1866 die Schöpfung Lassalles dem Verfall nahe und lähmten auch die Redaktion des Sozialdemokrat, obgleich dieses Blatt seit Anfang 1866 sich offiziell nicht mehr Organ des Vereins nannte. Sobald aber auf der Delegiertenversammlung in Leipzig mit der Erwählung Perls zum Präsidenten die Einigkeit im Verein endlich wieder hergestellt war, beschloß man sofort ein energisches, einheitliches und der Lage der Dinge scharf angepaßtes Vorgehen. Hierbei sollte nach einem in Leipzig angenommenen Beschluß ein besonderer Nachdruck darauf gelegt werden, daß ein deutsches Parlament nach allgemeinem Stimmrecht einzuberufen sei. Die sofortige Einführung des gleichen Wahlmodus sollte außerdem auch für die preußische Kammer verlangt werden, denn, habe man es für diese erreicht, so müßten die kleineren Einzelstaaten wohl oder übel dem Beispiel des „ausschlaggebenden Staates des deutschen Nordens“²⁾ folgen.

Aber die nächsten Wochen gehörten nicht den Resolutionen und Versammlungen: der deutsche Krieg war ausgebrochen, und die Kanonen hatten

1) Vergl. besonders Sozialdemokrat 19. September und 23. Dezember 1866. Die Notwendigkeit parlamentarischer Betätigung der Sozialdemokratie wird besonders in einem Artikel vom 30. September betont.

2) Die Ereignisse haben den umgekehrten Weg eingeschlagen, die kleineren Staaten sind auf diesem Gebiete Preußen vorangegangen.

das Wort. „Preußische Bajonette oder deutsche Proletarierfäuste!“ so hatte Herr v. Schweitzer vor einem Jahre ausgerufen. Jetzt mußte er wohl oder übel eingestehen, daß die Zeit, wo die Proletarierfäuste deutsche Geschichte zu machen imstande wären, 1866 noch nicht gekommen war. Gäbe es in Deutschland eine starke radikale Partei, die seit Jahrzehnten gefestigt wäre, so ließ er sich in Leipzig am Vorabend der Generalversammlung vernehmen, so hätte vielleicht das Volk sich gegen den Bruderkrieg erheben können. Aber die Bourgeoisie in Wien sei österreichisch-liberal, in Berlin preußisch-liberal, in München bayrisch-liberal und nirgends deutsch-radikal. Die Arbeiterpartei aber sei zu jung und könne nichts ändern! So wären jetzt nur zwei streitende Teile von entscheidendem Gewicht vorhanden: Preußen und Österreich! Von ihnen habe die preußische Regierung mit Konzessionen an die Sozialdemokratie begonnen, gelinge es, sie auf diesem Wege noch weiter zu treiben, dann wollte Schweitzer die Arbeiterschaft das ihrige tun lassen, damit der Sieg bei den Fahnen Bismarcks und Garibaldis bleibe¹⁾.

Aber die Söhne der Arbeiterklasse, die unter des Königs Fahnen in Böhmen fochten, enthoben Herrn von Schweitzer und seine Partei solcher Mühe, sie taten am dritten Juli „das Ihrige“ und die Österreicher wurden vernichtend geschlagen. Drei Erzherzöge waren verwundet worden. Da faßte der Sozialdemokrat sein Urteil über den großen Tag lapidar in den Satz zusammen: „Die Zeit, wo österreichische Erzherzöge für Deutschland bluteten, ist vorüber.“ Sehr willkommen war es offenbar Herrn von Schweitzer, daß der österreichische Kaiser jetzt die Vermittelung Napoleons III. nachsuchte. So konnte sein Blatt mit offenem Visier auf die Seite des Siegers treten: „Von dem Augenblick an, wo Österreich mit Frankreich Hand in Hand geht, von diesem Augenblick an ist kein Unterschied mehr zwischen der Sache Preußens und der Sache Deutschlands!“²⁾. Schweitzer befand sich keineswegs vereinzelt, als er in diesem Moment die Gefahr eines französischen Krieges nahe sah. Er richtete die Taktik seines Blattes auf diese Eventualität ein: wurde Preußen von Frankreich bedroht, so bedurfte die Regierung einer großen Volksbewegung durch ganz Deutschland. Dafür durfte aber auch das Volk von der Regierung die Sicherstellung seiner „ewigen und unveräußerlichen Rechte“ verlangen, insbesondere die Einführung des allgemeinen Stimmrechts! Nur der Armee, welche die Schlacht bei Königgrätz gewonnen, und nur, wenn sie getragen würde von dem erwachten Volksgeist deutscher Nation, traute Schweitzer die Kraft zu, den Franzosen ein neues Waterloo zu bereiten. In diesen Tagen nationaler Begeisterung machte auch wieder einmal

1) „Die gegenwärtige Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.“ Abgedruckt im Sozialdemokrat vom 19. Juni.

2) Sozialdemokrat, 8. Juli 1866.

der Sozialdemokrat kein Hehl aus seiner Bewunderung für Preußens „organisatorische Kraft“ und seine „fest gegründete Macht!“

Aber der Kriegslärm zog vorüber. Jetzt erst konnte ernsthaft von der Neugestaltung des Vaterlandes die Rede sein, und da war die Zeit für Versammlungen und Resolutionen wiedergekommen. Nun wurde die auf der Leipziger Generalversammlung beschlossene Agitation für das allgemeine Stimmrecht mit vollstem Nachdruck in Szene gesetzt. In der ersten Juliwoche wurden in den schlesischen Weberdistrikten Versammlungen abgehalten. Am 14. Juli fand in Braunschweig eine große Volksversammlung statt, die das allgemeine gleiche Stimmrecht für Staat und Gemeinde, ein deutsches Parlament auf Grund dieses Wahlrechts und ein „einiges freies Deutschland“ forderte. An dem gleichen Tage bezeichnete es ein ebenfalls vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein einberufener Arbeitertag in Hamburg als die Pflicht des deutschen Volkes, Preußen augenblicklich mit allen Mitteln zu unterstützen, in Erwägung, daß die nationale Einheit und ein deutsches Parlament auf der Grundlage unbeschränkter Wahl nur durch Preußen zu erreichen seien. In der zweiten Hälfte des Monats hielten die mittel- und süddeutschen Gemeinden Versammlungen ab. So wurden die Braunschweiger Resolutionen am 24. Juli von einer Volksversammlung in Chemnitz und mit einer geringfügigen Änderung am 6. August von einem mittel- und süddeutschen Arbeitertag in Leipzig angenommen. Etwas anders in der Form lautete, unter Berücksichtigung lokaler Gefühle, die Resolution, der am 28. Juli auf einer Versammlung des Vereins in Frankfurt a. M. zugestimmt wurde. Hier hieß es: 1. In Erwägung, daß die materielle Lage des deutschen Arbeiterstandes im allgemeinen eine unzureichende, und daß diesem Übelstande in keiner Beziehung bisher Abhilfe verschafft wurde, indem noch nie eine entsprechende Vertretung dieses Standes in den gesetzgebenden Körpern zugelassen wurde infolge des in Deutschland herrschenden Klassenwahlsystems und Census; 2. in Erwägung, daß in unserem Jahrhundert es möglich war, einen Krieg Deutscher gegen Deutsche heraufzubeschwören, welcher seinen Grund hat in dem Mangel einer Gesamtvertretung der deutschen Nation etc. 3. in Erwägung, daß diesen Übelständen in politischer wie sozialer Beziehung gründlich abgeholfen werden muß, verlangen wir ein Parlament von Gesamtdeutschland zur Schaffung einer dauernden Grundlage unseres Vaterlandes durch das als einzig richtig erkannte Mittel des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlrechts. Schließlich wird noch die Hoffnung ausgedrückt, daß aus dem überstandenen Kampfe die Einheit hervorgehen müsse, und es wird protestiert gegen etwaige Versuche, das Vaterland zu spalten!

Die Lassallesche Partei war von Anbeginn an Anhängerin eines zentralisierten Einheitsstaats und Gegnerin der Viel- und Kleinstaaterlei gewesen. Dieser Tradition

entsprach es, daß das Organ dieser revolutionären Partei jetzt offen für die Bismarcksche Annexionspolitik eintrat und nur dem einzuberufenden deutschen Parlament das letzte Wort in der Angelegenheit vorbehalten wollte. „Das preußische Volk“, heißt es in einem Artikel des Socialdemokrat vom 11. Juli „ist ganz entschieden gegen die Wiederaufrichtung der vakant gewordenen Fürstenthümer. Und wir denken, daß auch das deutsche Volk, soweit es nicht zum Troß jener Fürsten gehört, nichts dagegen haben wird.“ Die demokratische Rheinische Zeitung klagte in diesen Tagen, daß das Volk sich nicht reif gezeigt hätte, seine Geschichte in die eigenen Hände zu nehmen, daß ihm die Selbstbestimmungskraft gefehlt hätte, die zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechts erforderlich gewesen wäre. Schweitzer druckte wohl diese Klage ab, die einer sozialdemokratischen Betrachtungsweise der Ereignisse sehr berechtigt erscheinen mußte, doch machte er sie sich keineswegs nachdrücklich zu eigen und einige Tage später schrieb er ganz gelassen und getröstet: „Je weniger Kraft der Selbstbestimmung einem Volke inne wohnt, um so ruhiger und geschäftiger ergeht sich die Phantasie in den Vorstellungen über die Veränderungen, welche die Machthaber mit Land und Volk vorzunehmen hätten!“. Hatte auch Schweitzer schon vor dem Kriege innerlich kaum daran gezweifelt, daß die Proletarierfäuste die deutsche Frage nicht entscheiden würden, so mußte er jetzt, nach dem schnellen Siege der preußischen Waffen, die letzte Hoffnung auf eine revolutionäre Wendung der Dinge aus seinen Berechnungen ausschalten. Und wirklich konnte, unter den nun eingetretenen Verhältnissen, die junge Arbeiterpartei kaum einen anderen Weg gehen, als ihn Schweitzer ihr wies. Sie mußte sich jetzt mehr denn jemals zuvor, ein möglichst Macht vortäuschendes, bedeutendes und zielbewußtes Aussehen geben, um die Regierung zu verhindern, bei der Einführung des allgemeinen Stimmrechts auf halbem Wege stehen zu bleiben. Einigkeit in den Arbeiterreihen tat vor allem not. Der Socialdemokrat mahnte: „Reicht Euch bei Zeiten im ganzen deutschen Vaterlande die Hände zu gemeinsamem Wirken, denkt bei Zeiten daran, wie Eure Interessen bei der Neugestaltung des deutschen Vaterlandes Vertretung finden“.

Aber das nationalpolitische Interesse der Arbeiterpartei beschränkte sich jetzt nicht auf die Wahlrechtsfrage. Auch in dem Kampf der Ansichten über die staatsrechtliche Regelung sowie über die Grenzen des neuen zentralisierteren Deutschlands erhob Schweitzer seine Stimme und forderte, daß sogleich zum mindesten eine wirklich einheitliche Zusammenfassung des ganzen nicht-österreichischen Deutschlands erfolgen müsse. Der Idee eines Bundesstaats zeigte er sich abgeneigt, von einem Bundesstaat mit nur einem großen Staate befürchtete

1) Socialdemokrat, 3. August.

er sämtliche Nachteile des Einheitsstaats ohne seine Vorteile. Die Zentralgewalt hätte dabei alle Macht in Händen, während die Volkskraft zerklüftet bliebe¹⁾. Mit den Bedingungen des Nikolsburger Friedens fand sich Schweitzer nur schwer ab, obgleich er ihn nicht, wie andere Demokraten, mit großdeutschem Pessimismus beurteilte. Das Deutschland, wie es aus diesem Frieden hervorging, war nicht das Deutschland der Mainlinie. Das sah er ein²⁾. Der Nikolsburger Frieden bedeutete in seinen Augen den Ausbau des Friedens von Hubertusburg: damals wurde Preußen eine deutsche Großmacht; jetzt sei es die deutsche Großmacht geworden. Der deutsche Süden werde hinfort ein Nebenland sein, mit dem beständigen Hang, sich mit dem Hauptland zu vereinigen.

Obgleich er also von diesen Friedensbedingungen keine dauernde Zerteilung des außerösterreichischen Deutschlands befürchtete, so glaubte Schweitzer dennoch die preußische Regierung tadeln zu müssen, weil sie nur Stückwerk zustande gebracht hätte. Ihm war klar, daß die Nation hierbei nicht stille stehen dürfe, daß sie nicht erlahmen dürfe in ihrem tief berechtigten Streben nach absoluter nationaler Einheit!

In einer Artikelserie, die unter dem Titel „Unser Parteiprogramm“ Ende November zu erscheinen begann, faßte Schweitzer die Ergebnisse des schicksalsreichen Jahres 1866 und die Aufgaben, die aus den veränderten Verhältnissen der Arbeiterpartei erwachsen, noch einmal scharf zusammen³⁾. Er stellte fest, daß politische Ereignisse, zwar nicht die sozialen Ziele einer Partei, wohl aber ihre politische Taktik ändern können. Die deutsche Nation habe gezeigt, daß sie nicht die Kraft besaß, selbständig ihre nationale Einheit zu begründen, Preußens Machthaber hätten ihr den gemeinsamen Schwerpunkt gegeben, nach dem sie verlangt hatte. Deutschland gravitiere fürder um Preußen. Solange der Dualismus bestand, habe die wirklich radikale Partei einen außerhalb der Hohenzollern-Habsburgischen Rivalität liegenden Standpunkt eingenommen, sie wollte den Dualismus durch ein drittes Element, die Revolution⁴⁾ überwinden. Nun es anders gekommen, müsse man mit den Ereignissen rechnen. Zwar habe Preußen nicht um der deutschen Einheit willen den Krieg geführt, sondern für die Stärkung und Befestigung das spezifischen Preußentums. Aber um so mehr sei es jetzt Sache der Nation, die preußische Regierung auf der Bahn der deutschen Einheitsbewegung vorwärts zu stoßen. Die nationale Aufgabe der Zukunft könne nicht darin bestehen, auf die Wiederherstellung des Dualismus oder gar auf das

1) Sozialdemokrat, 14. Dezember 1866.

2) Ebenda, 1. August 1866.

3) Ebenda, 30. November, 2., 5., 7., 12., 14. Dezember.

4) Vergl. hierzu auch den konfiszierten Artikel „Mit Blut und Eisen“ im Sozialdemokrat vom 20. Juli des Jahres.

Übergewicht des noch reaktionärerem Österreich hinzuarbeiten, wie es die süddeutschen Partikularisten und Ultramontanen wollten. Vielmehr müsse man Berlin als das Machtzentrum Deutschlands hinnehmen und hinfort auf dieses Zentrum einzuwirken suchen. Genüge der preußischen Regierung der Norddeutsche Bund, der Nation könne er nicht genügen! „Nicht nur die süddeutschen Staaten, auch Deutsch-Österreich gehört zu uns.“ Die deutsche Demokratie müsse festhalten an der vollen Forderung eines das ganze Deutschland umfassenden Einheitsstaates. Auch der Süden müsse die Notwendigkeit dieser Entwicklung begreifen und ihr zustimmen. Weil aber die maßgebenden Kreise Preußens konservativ seien und nur ein großes Preußen wollen, so dürfe die Arbeiterpartei nie aus dem Auge verlieren, daß sie nicht einer freiheitlichen Volksregierung gegenübersteht: „Darum bleibe“, so schließen diese Artikel, „unbeirrt von trügerischen Lobpreisungen der Machthaber in uns wach und rege jenes Palladium aller echten Volksparteien, das demokratische Mißtrauen!“

* * *

Wir wissen, daß der Einfluß des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sich im wesentlichen auf die politisch fortgeschrittensten Elemente der Arbeiterschaft des Königreichs Preußen beschränkte. Aber selbst hier blieben noch kompakte Massen dem Banner der Fortschrittspartei treu. Dies lag, so meinte eine westfälische Korrespondenz im Socialdemokrat, an der „Urteilslosigkeit und mangelnden Bildung der Arbeiter“, an ihrer Ehrfurcht vor „höherer Bildung und vor Gedrucktem“ sowie an der Kampfesgemeinschaft gegen den reaktionären Feudalstaat, die sie damals mit den Liberalen verband. Auch daß die Arbeiter angesichts der großen Jugend ihres politischen Lebens sich der eigenen Kraft noch nicht voll bewußt geworden seien, hebt jene Zuschrift hervor. Besonders die Arbeiterschaft der Hauptstadt hielt noch zum Fortschritt. Selbst Lassalle war es nicht gelungen, hier eine Bresche zu legen. Der Verfassungskonflikt hatte sich seinen Bemühungen ungünstig erwiesen, Schultze-Delitzsch und in seinem Gefolge die kleinen Größen der Bezirksvereine blieben vorerst noch die Helden der Berlinischen Volkspopularität. Auch als die deutsche Krisis akut wurde, als namhafte Führer der auseinanderfallenden Fortschrittspartei sich zu Bismarcks großpreußischer Politik bekehrten, erfolgte kein Bruch zwischen Fortschritt und Arbeiterschaft. Die weitaus bedeutendste Organisation der hauptstädtischen Arbeiter, der Berliner Arbeiterverein, gehörte dem Vereinstage deutscher Arbeitervereine¹⁾ an. Diesen Verband darf man sich nun keineswegs als eine

1) Wir entnehmen die meisten der auf den Vereinstag bezüglichen Daten der Monographie Erich Eycks, *Der Vereinstag deutscher Arbeitervereine 1863—1868*. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin 1904.

geschlossene politische Partei denken, wie es der von Lassalle streng zentralistisch ersonnene und einexerzierte Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war. Man verfügte infolge der schlechten Finanzlage nicht einmal über ein richtiges Vereinsorgan¹⁾. Auf dem ersten Vereinstage bei der Statutenberatung hatte, wie schon erwähnt wurde, Leopold Sonnemann es versucht, die Politik gänzlich aus der Interessensphäre des Verbandes auszuschließen. Als Motiv hatte er angegeben, daß er fürchte, man würde dann die Bildung des Arbeiterstandes und die Pflege der materiellen Interessen vernachlässigen. Wenn nun auch die Mehrheit diese Beschränkung nicht zugestand, so blieb es in der Folge doch Grundsatz, daß wohl die einzelnen Mitglieder der Vereine, aber nicht der Vereinstag als solcher sich zu politischen Parteiprinzipien zu bekennen hätten. Es war in der Tat nur auf solche Weise möglich, diese Übergangsformation einige Jahre hindurch bei leidlicher Einigkeit am Leben zu erhalten. Auf den alljährlich stattfindenden Kongressen beschäftigte man sich in gründlicher Weise mit sozialpolitischen Problemen, mancher wertvolle Baustein wurde herbeigeschafft, aber die Frage, die in jenen sechziger Jahren die Gemüter aller Deutschen am leidenschaftlichsten erregte, die Zukunft des Vaterlandes, wagte man nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Zwar behauptete Sonnemann²⁾ im Frühling 1866, daß im Gegensatz zu den verschiedenen liberalen Parteien, bei denen im Augenblick große Zerfahrenheit herrsche, der Arbeiterstand im Norden wie im Süden, im Osten wie im Westen die Lage übereinstimmend beurteile. Aber wir werden bald sehen, daß diese Ansicht, die schon im April, als sie ausgesprochen wurde, nicht zutraf, nach der Entscheidung vom 3. Juli sich erst recht als irrig herausstellte. Eine große Arbeiterversammlung in Berlin unter dem Vorsitz des Mitglieds des Vereinstagsausschusses Fritz Bandow hatte damals Resolutionen gefaßt, mit denen sich nach Sonnemanns Meinung auch jeder süd-deutsche Arbeiter einverstanden erklären konnte, wie denn in der Tat einige Tage später eine Arbeiterversammlung in Hanau einen ganz ähnlichen Beschluß annahm. Diese Resolutionen der bedeutendsten Organisation der Berliner Arbeiterschaft lauteten in ihren Hauptpunkten folgendermaßen: „Ein Krieg zwischen Preußen und Österreich ist ein nationales Unglück und kann nur die Verstümmelung Deutschlands durch fremde Einmischung sowie die gänzliche Vernichtung des Volkswohlstandes auf lange Zeit zur Folge haben. Preußen hat durch seine Regierung die Sympathien des deutschen Volkes verloren. Nur ein freisinniges, verantwortliches Ministerium ist unter Wiederherstellung der ver-

1) Die Koburger Allg. Arbeiterzeitung kann nicht als ein solches betrachtet werden. Sie äußert sich über ihr Verhältnis zum Vereinstag u. a. in den Nummern vom 2. und 30. April und 14. Mai 1865.

2) „Aus den Arbeitervereinen“ im Aprilheft von Die Arbeit, Organ für die sozialen Reformbestrebungen, herausgegeben von Eduard Pfeffer, Druck und Verlag der Frankfurter Sozietätsdruckerei in Frankfurt a. M.

fassungsmäßigen Rechte des Landes imstande, dieselben wieder zu gewinnen und nur ein solches wird für eine Bundesreform auf freisinniger Grundlage allgemeines Vertrauen finden. Die deutsche Frage ist nur zu lösen durch ein deutsches Parlament, welches nach Gewährleistung der in der Reichsverfassung vom 28. März 1849 festgestellten Grundrechte des deutschen Volkes durch freie Wahlen mit allgemeinem gleichen Stimmrecht in geheimer Abstimmung gebildet ist. Die Umwandlung der stehenden Heere zu Volksheeren ist allein geeignet, die Volksrechte dauernd zu wahren und Kabinettskriege unmöglich zu machen. Alle Deutschen, die nicht staatliche Sonderinteressen, sondern die Einheit und Größe des gemeinsamen Vaterlandes anstreben, reichen sich im Geiste die Hand!“ Nicht das mindeste Klassengefühl tönt uns aus diesen Resolutionen entgegen, die ebenso gut jeder fortschrittliche Bezirksverein hätte fassen können. Aus einer ganz anderen Welt kommen die Gedanken, die damals gleichzeitig Schweizer im Socialdemokrat ausführte!

Als der nahe Ausbruch des Krieges nicht mehr zweifelhaft war, sah der ständige Ausschuß des Vereinstages deutscher Arbeitervereine endlich ein, daß die Selbsterhaltungspflicht des Verbandes es erheischte, den Mitgliedern wenigstens irgendwelche Richtlinien an die Hand zu geben. So trat denn am 10. Juni in Mannheim¹⁾ der Ausschuß zu einer Sitzung zusammen, um „angesichts der Lage des Vaterlandes auch über die Frage zu beraten, wie sich die Arbeitervereine gegenüber der gegenwärtigen Krisis zu verhalten haben“. Über den Verlauf dieser anscheinend vertraulichen Beratungen liegt uns nur ein Bericht des Socialdemokrat vom 17. Juni vor, der aber nicht unglaublich klingt²⁾. Man sprach sich, wie das Berliner Blatt behauptet, gegen „eine Revolution auf den Barrikaden“ aus. Was den Arbeitern jetzt nützte — notabene es war der Juni des Jahres 1866 — das wäre eine „geistige Revolution“. Man forderte die Einberufung eines deutschen Parlaments auf der Grundlage der Reichsverfassung — das schlug auch Bismarck vor, man verlangte die Schaffung eines Volksheeres als „Parlamentsheer“ — verstand man darunter eine Milizarmee, so hatte gerade kurz vorher Friedrich Engels die Unmöglichkeit dieses Systems, „sei an der Regierung welche Partei da wolle“, für ein Land mit exponierten Grenzen schlagend dargetan³⁾. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wurde in einem gar vorsichtig abgefaßten Aktenstück, das grell von der scharfen Sprache der wirklichen Geschehnisse abstach, den Arbeitervereinen mitgeteilt⁴⁾. Es enthielt von dem, was

1) Eyck erwähnt nichts von dieser Ausschusssitzung.

2) Leider war es mir nicht möglich, den von F. A. Lange in Duisburg herausgegebenen „Boten vom Niederrhein“ für diese Arbeit zu benutzen, dessen letzte Nummer am 29. Juni erschien. Mehring erwähnt, daß in der Mannheimer Ausschusssitzung eine „preußenfeindliche“ Minderheit vorhanden gewesen sei.

3) Friedrich Engels, Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, Hamburg 1865.

4) Abgedruckt in „Die Arbeit“, Juni 1866 und im Deutschen Wochenblatt vom 24. Juni.

es enthalten mußte, eigentlich gar nichts: es empfahl lediglich die Agitation für die Durchführung der „allgemeinen Wehrpflicht“, so nannte sich vor der Öffentlichkeit, was im Beratungszimmer „Gründung eines Volksheers“ und „Bildung eines Parlamentsheers“ geheißen hatte. Außerdem enthielt dieses Schriftstück die Aufforderung an die Vereine wie an die Einzelnen, sich der „vor kurzem gegründeten deutschen Volkspartei“ anzuschließen. Jedem Exemplar dieses Aufrufs war das „vorläufige Programm der Volkspartei“ beigelegt, dessen Inhalt¹⁾ wir gleich kennen lernen werden.

Von der Gründungsgeschichte der Volkspartei kann an dieser Stelle nur insoweit die Rede sein, als sie unser Thema unmittelbar berührt. Die meisten hervorragenden Persönlichkeiten des Vereinstages gehörten der ausgesprochen demokratischen Richtung an und hegten, angesichts der Lauheit der Gothaer und Fortschrittler den demokratischen Zeitforderungen gegenüber, wohl von Anfang an die Absicht, neben die sozialen Bestrebungen des Vereinstages eine politische Partei zu setzen, welche die der Fortschrittspartei entfremdeten radikalen Elemente in ganz Deutschland sammeln sollte. Friedrich Albert Lange, Sonnemann, Eckardt, Büchner dachten an eine große „demokratische Partei“, die Bürger und Arbeiter zu umfassen hätte²⁾. Aber die Ungunst der Zeitumstände, die in nationaler wie in sozialer Hinsicht auf eine scharfe Scheidung des nicht Zusammengehörenden drängten, sollten diesem im Keime groß ausgedachten Plane von Anfang an das Wachstum verkümmern.

Im September 1865 waren im Anschluß an den jährlichen Vereinstag deutscher Arbeitervereine einige vierzig nichtpreußischer demokratischer Politiker in Darmstadt zu einer Besprechung zusammengekommen, auf der sofort partikularistische Bestrebungen in den Vordergrund traten. In dieser Voraussicht war Lange ferngeblieben, aber selbst Sonnemann war nicht erschienen; von der hier befürworteten Konföderation der Mittel- und Kleinstaaten³⁾ konnte sich die Neue Frankfurter Zeitung kein Heil versprechen. Ludwig Büchner und Ludwig Eckardt vertraten in Darmstadt den Gedanken einer „Verschmelzung mit der sozialen Demokratie des deutschen Nordens“. Dies wäre, wie sie anscheinend ernsthaft meinten, schon dadurch zu erreichen gewesen, daß man sich gnädig entschlossen hätte, „die Verbesserung der Lage der arbeitenden und armen Klassen durch

1) Abgedruckt u. a. im Deutschen Wochenblatt vom 3. Juni 1866.

2) Vergl. Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 77 ff. und 159 ff., O. A. Ellissen, Friedrich Albert Lange, Leipzig 1891, besonders S. 143 ff., sowie die Jahrgänge 1865 und 1866 des in Mannheim erschienenen, von Dr. Ludwig Eckardt herausgegebenen Deutschen Wochenblatts, des offiziellen „Organs der deutschen Volkspartei“.

3) Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 159.

soziale Reformen“ als Programmpunkt aufzunehmen¹⁾. Aber selbst dazu kam es vorerst noch nicht. Über die deutsche Frage heißt es in dem „provisorischen Programm“: „Keine preußische, keine österreichische Spitze; föderative Verbindung der gesamten unter sich gleich berechtigten deutschen Staaten und Stämme, mit einer über den Einzelregierungen stehenden Bundesgewalt und Nationalvertretung“. Als Kommentar für diese sich nicht durch Klarheit auszeichnende Formulierung darf man die Rede ansehen, mit der Dr. Ludwig Eckardt die Darmstädter Konferenz eröffnete, und die unter dem Titel: „Ein geschichtlicher Rückblick auf die Parteientwicklung“ an der Spitze des Deutschen Wochenblatts vom 24. September abgedruckt ist. Hier heißt es in nicht eben mustergültigem Deutsch: „Zwei Ideen sind heute an die Spitze getreten, und ist ihre Vertretung gerade die Aufgabe der neugesammelten Demokratie, der deutschen Volkspartei: der Gedanke der Freiheit und der Gedanke der Föderation. Beide finden ihren gesammelten Ausdruck, wenn wir für den Fall, daß die Gründung eines echten Bundesstaats mit den Fürsten durch diese selbst unmöglich gemacht wird, dem drohenden Einheitsstaate gegenüber als das Endziel der deutschen Bewegung klar und ehrlich eine föderative Republik, eine deutsche Eidgenossenschaft aufstellen.“ Über die Zwischenstationen, welche das Heute mit jenem Ideal zu vermitteln hätten, wollten die Herren in Darmstadt sich „nicht zu speziell aussprechen“ und sich auch nicht „durch Programme binden“²⁾.

Diese merkwürdige Programmscheu einer neuen Partei in Bezug auf die brennendste Frage der Epoche zeigte sich noch deutlicher auf ihrer nächstfolgenden Versammlung in Bamberg. Hier wurde am zweiten Weihnachtstage 1865 eine Resolution gefaßt, Lieder ohne Worte, die erst wieder nach der Lektüre von Eckardts Neujahrsartikel im Deutschen Wochenblatt einen festeren Sinn erraten lassen. Diese Resolution lautete: „In Erwägung, daß die demokratischen Grundsätze des Rechtes der Selbstbestimmung, der Selbstregierung des Volkes und einer nur auf dem Wege der Freiheit zu erringenden nationalen Einigung unter uns selbstverständlich sind, gehen wir über die Frage eines Programms zur Zeit zur Tagesordnung über“. Das „Aktionsprogramm“ der Partei in der deutschen Frage entwickelt der erwähnte Neujahrsartikel: Wer auf die gegenwärtige Lage einwirken wolle, heißt es dort, sei sofort dazu genötigt, dieser

1) Vergl. Eckardt im Deutschen Wochenblatt vom 24. September und Büchner ebendort 1. Oktober. Schon in seiner Besprechung von Langes Arbeiterfrage im Deutschen Wochenblatt vom 9. April 1865 trat L. Büchner für eine Versöhnung der Lassalleaner mit den „Arbeitervereinen“ ein.

2) Das in Darmstadt vereinbarte vorläufige Programm der Volkspartei in bezug auf die deutsche Frage kritisierte der Sozialdemokrat vom 26. September 1865: „Bedenkt man denn nicht, daß die Weltgeschichte nicht in Württemberg und in Nassau gemacht wird, daß es vor allem gilt, das Volk in Österreich und in Preußen zu gewinnen und daß dieses Volk mit Recht sich von allem abwenden würde, was nach Kleinstaaterei rieche?“

es enthalten mußte, eigentlich gar nichts: es empfahl lediglich für die Durchführung der „allgemeinen Wehrpflicht“, so nannte Öffentlichkeit, was im Beratungszimmer „Gründung eines Volksheeres eines Parlamentsheeres“ geheißen hätte. Außerdem enthielt diese Aufforderung an die Vereine wie an die Einzelnen, sich der „gründeten deutschen Volkspartei“ anzuschließen. Jedem Exkurs war das „vorläufige Programm der Volkspartei“ (Inhalt!) wir gleich kennen lernen werden.

Von der Gründungsgeschichte der Volkspartei ist nur insoweit die Rede sein, als sie unser Thema unmittelbar hervorstechenden Persönlichkeiten des Vereinstages gehörte, demokratischen Richtung an und hegten, angesichts der Laufen Fortschrittler den demokratischen Zeitforderungen gegenüber an die Absicht, neben die sozialen Bestrebungen des Vereins Partei zu setzen, welche die der Fortschrittspartei entfremdete Elemente in ganz Deutschland sammeln sollte. Friedrich Albertmann, Eckardt, Büchner dachten an eine große „deutsche Bürger und Arbeiter zu umfassen hätte“). Aber die Union, die in nationaler wie in sozialer Hinsicht auf eine schau Zusammengehörenden drängten, sollten diesem im Keime von Anfang an das Wachstum verkümmern.

Im September 1865 waren im Anschluß an die deutschen Arbeitervereine einige vierzig nichtpreussische Arbeiter in Darmstadt zu einer Besprechung zusammengekommen, die die partikularistische Bestrebungen in den Vordergrund aussicht war lange ferngeblieben, aber selbst Sonnemann, der hier befürworteten Konföderation der Mittel- und Kleinen Neue Frankfurter Zeitung kein Heil versprechen. Lu Albertmann vertraten in Darmstadt den Gedanken einer „Neue Demokratie des deutschen Nordens“. Dies wäre, wie sie meinten, schon dadurch zu erreichen gewesen, daß man hätte, „die Verbesserung der Lage der arbeitenden

der
nicht
die
wartet
alten
dachte,
landes,
immer
Freiheit
eine
lebt uns

1) Abgehandelt in d. Deutschen Wochenblatt vom 3.

2) Vergl. Geschichte der Frankfurter Zeitung S. 77 ff.

Albert Lange, Leipzig 1881, besonders S. 145 ff., sowie die Jahresschriften, von Dr. Ludwig Eckardt herausgegebenen Deutschen deutschen Volksvereine.

3) Geschichte der Frankfurter Zeitung S. 134.

— Anschluß.

...lger in der Wüste,
 ...arcks, während die
 ...assalles zu eigen ge-
 ...h unter den Fahnen
 ...„Zirkus“ in Frank-
 ...nlung abgehalten, zu
 ...te einen Ausschuß zur
 ...partei ein. Bebel saß
 ...rf, der, wie wir schon
 ...seinen Mitgliedern zu-
 ...en Frage des Tages in
 ...ndpunkte aus erklärte er
 ...preußische Regierung,
 ...angspolitik bedrohe: gegen
 ...lands geboten, Neutralität
 ...gen die Vergrößerungssucht
 ...eines Sieges an der Seite
 ...genossen im Kampfe gegen
 ...Politik verfolgen und ihren
 ...amentarische Mitwirkung des
 ...Milizsystems wird „vor allen
 ...schrieb: „Es muß ein eigenes
 ...Truppen völlig unabhängiges
 ...die Ausführung eines solchen
 ...ob seine Redakteure bereit ge-
 ...dem Boden gestampft, gegen die
 ...wei Tage vor Königgrätz, schrieb
 ...Artikel, der allgemeine Volks-
 ...land sind ohne übermäßige Kraft-
 ...stellen und zu unterhalten. . . .
 ...arrer nimmt sich ein etwas früherer
 ...eine Haushaltung sei ohne Waffe,
 ...ur sämtliche Arbeiter. . . . Jeder
 ...dafür in Gottesnamen einen Monat
 ...die Schlacht bei Königgrätz blieb
 ...nsichten dieser Schreibtischstrategen.

deutsches Volksheer als einziger Retter des Vater-

Gegenwart Rechnung zu tragen und Kompromisse einzugehen. „Das wollen wir gerade vermeiden. Das besorgen die Gothaer besser als wir. Wir erkennen die Aufgabe einer deutschen demokratischen Partei in der kühnen Aufstellung und zähen Festhaltung des Prinzips. Besser ist es, die Fahne einzurollen, als sie zu beflecken, besser, die Zukunft ins Auge zu fassen, als sich in einer faulen Gegenwart abzunutzen.“

Aber die Ereignisse des Jahres 1866 duldeten keine vorsichtige Neutralität. Sie zwangen schließlich auch die neue Volkspartei, offen Farbe zu bekennen und denen, die es noch nicht wußten, zu verraten, welches Geistes Kind sie wäre. Wir hatten gesehen, daß diese partikularistischen Doktrinäre das große Deutschland ohne Rücksicht auf seine geschichtliche Vergangenheit am liebsten in eine republikanische Eidgenossenschaft nach dem Vorbild der Schweiz verwandelt hätten. „Unser Unglück“, so meinten sie, „sind nicht die kleinen, sondern die großen Staaten. Wären wir nach Stämmen geordnet, etwa 40 Staaten oder Kantone von annähernd gleicher Größe, wir wären längst einig“¹⁾. Auch das „Deutsche Wochenblatt“ und seine Hintermänner sahen das drohende Gewitter heranziehen. Anfänglich waren sie vorurteilslos genug, um anzuerkennen, daß für die Sache der Freiheit, die ihnen mehr am Herzen lag als die deutsche Einheit, der Sieg Österreichs verhängnisvoller sein müßte als ein Erfolg Preußens. „Wir können uns nur kompromittieren und nicht retten“, jammerte das Blatt verzweiflungsvoll²⁾. „Die einzige Rettung wäre eine Revolution zu Wien und Berlin. Wir sind nicht die Kinder, sie zu hoffen.“

Die „hegemonistischen Bestrebungen“ erschienen dem Kantönligeist der Eckardt und Genossen als ein „Anachronismus“, der dem Geiste der Zeit nicht standhalten werde³⁾. Aber auf der anderen Seite mußten sie zugeben, daß die mächtige Volksbewegung, die sie angesichts eines Bruderkrieges erwartet hatten, sich nicht einstellte. In tiefer Enttäuschung fragten damals diese alten Achtundvierziger: „Wo bist Du, Jugend der vierziger Jahre, die an nichts dachte, am wenigsten an sich selbst, als an den Glanz und die Freiheit des Vaterlandes, wo bist Du heute? . . . Uns alten Achtundvierzigern allein, die wir, immer vereinzelter stehend, allein noch in Deutschland für die volle wahre Freiheit kämpfen, bricht fast das Herz, wenn wir uns so oft ohne Nachwuchs, ohne eine opfermutige Jugend sehen. Jünglinge heran! ist daher unser Ruf. Gebt uns die Jugend und wir geben Euch Deutschland“⁴⁾!

1) Deutsches Wochenblatt, 19. Februar 1865. „Keine Annexion aber noch weniger ein Anschluß“.

2) Ebenda, 1. April 1866, „Ein Parlament“.

3) Ebenda, 8. April, „Ausgehalten!“

4) Ebenda, 8. April, Politische Übersicht.

Aber die deutsche Jugend hörte nicht auf diese Prediger in der Wüste, war sie bürgerlichen Ursprungs, so stand sie im Lager Bismarcks, während die Intelligenz unter den Proletariersöhnen sich längst das Wort Lassalles zu eigen gemacht hatte, daß eine neue Demokratie geschichtlich nur noch unter den Fahnen der Arbeiterpartei entstehen könne. Am 20. Mai wurde im „Zirkus“ in Frankfurt a. M. eine große demokratische Volksversammlung abgehalten, zu deren Einberufern jetzt auch Sonnemann gehörte. Sie setzte einen Ausschuß zur Abfassung eines vorläufigen Programms der neuen Volkspartei ein. Bebel saß in der Redaktionskommission. Dieser Programmentwurf, der, wie wir schon sahen, vom Vereinstage deutscher Arbeitervereine allen seinen Mitgliedern zugestellt wurde, ließ sich nun endlich zu der brennenden Frage des Tages in deutlicherer Sprache vernehmen. Vom „föderativen“ Standpunkte aus erklärte er sich in den entschiedensten Ausdrücken gegen die preußische Regierung, die den Frieden Deutschlands durch ihre Vergewaltigungspolitik bedrohe: gegen diesen Frevel sei der bewaffnete Widerstand Deutschlands geboten, Neutralität wäre Feigheit oder Verrat. Aber der Widerstand gegen die Vergrößerungssucht Preußens werde nur dann erfolgreich, die Gefahr eines Sieges an der Seite Österreichs nur dann beseitigt sein, wenn die Bundesgenossen im Kampfe gegen Preußen keine dynastische, sondern eine nationale Politik verfolgen und ihren Bund auf die volle Wehrkraft sowie auf die parlamentarische Mitwirkung des Volkes stützen. Die gesetzliche Einführung des Milizsystems wird „vor allen Stücken“ verlangt. Das Deutsche Wochenblatt schrieb: „Es muß ein eigenes selbständiges und von der Leitung der stehenden Truppen völlig unabhängiges Volksheer geschaffen werden“¹⁾. Wie es sich die Ausführung eines solchen Projektes vorstellte, blieb sein Geheimnis, ebenso, ob seine Redakteure bereit gewesen wären, diese Armee, nachdem sie sie aus dem Boden gestampft, gegen die Truppen Moltkes zu führen. Noch am 1. Juli, zwei Tage vor Königgrätz, schrieb dieses offizielle Organ der Volkspartei in einem Artikel, der allgemeine Volksbewaffnung forderte: „Süd- und Mitteldeutschland sind ohne übermäßige Kraftanstrengung imstande, eine Million Krieger zu stellen und zu unterhalten. . . . Wir sind Herren der Situation!“ Noch bizarrer nimmt sich ein etwas früherer Artikel des Deutschen Wochenblatt aus²⁾: „Keine Haushaltung sei ohne Waffe, keine Fabrik ohne Gewehre und Picken für sämtliche Arbeiter. . . . Jeder Jüngling bewaffne sich selbst und verzichte dafür in Gottesnamen einen Monat auf Bier und Glimmstengel!“ Aber selbst die Schlacht bei Königgrätz blieb zuerst ohne Einfluß auf die militärischen Ansichten dieser Schreibtischstrategen.

1) Deutsches Wochenblatt, 26. Mai 1866, „Ein deutsches Volksheer als einziger Retter des Vaterlandes“ von W. Streubel, Frankfurt.

2) „Krieg oder Friede“, 13. Mai 1866.

Ein Aufruf des provisorischen Ausschusses der Volkspartei „an das deutsche Volk“ vom 21. Juli forderte, noch weiter unentwegt „die Volksbewaffnung im ausgedehntesten Maße zu betreiben“. Den Inhalt dieses hochtönenden Schriftstücks¹⁾ wiederzugeben, verlohnt um so weniger, als die Ereignisse schon bei seinem Bekanntwerden über dasselbe hinweggegangen waren. In Nikolsburg hatten Österreich und Preußen den „ehrvollen Frieden“ vereinbart, den der von den Herren Kolb und Röckel unterzeichnete Aufruf für eine „gleißnerische Parole der Gegner“ erklärte, dem sie als Lösungswort den „ehrlichen Krieg“ gegenüberstellten!

Es war gewiß gesinnungstüchtig, wenn sich diese bürgerlichen Demokraten an jenen unbedingten, aber wegen ihrer Weite so leeren Idealen berauschten, die das Naturrecht in den vorhergehenden Jahrhunderten proklamiert hatte. Bei Privatleuten wäre ihre durch keine geschichtliche Erfahrung getrübt starre Auffassung von Freiheit, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit harmlos und ehrenwert erschienen, aber die Politik hat mit der Wirklichkeit zu tun, und Politiker, welche die Wirklichkeit ignorieren, welche, ohne jede Macht, allein mit rollendem Pathos dem ehernen Rad der Ereignisse in die Speichen greifen wollen, machen sich lächerlich.

Solche Verkennung des Wesens der Politik in wildbewegter Zeit war charakteristisch für die Enge des Gesichtskreises in dem großstadtlosen und kleinstaatreichen Deutschland jener Tage. Sie bestätigte das Urteil eines Friedrich Engels, der damals die schon von Lassalle bitter beklagte kleinbürgerliche Natur der deutschen Bourgeoisie im Vergleich mit der englischen und französischen feststellte. Wie schnell sich aber auch Deutsche, wenn sie in größere staatliche Verhältnisse kamen, als sie die Heimat vor 1866 bot, einen weiteren politischen Blick erwarben, das zeigt eine Adresse, die im Herbst 1866 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in New-York an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein in Deutschland richtete. Die deutschen Arbeiter jenseits des Meeres bedauerten darin wohl, daß die Freiheit im Innern noch nicht erkämpft wurde, aber dennoch nannten sie mit Recht die Vorteile unberechenbare, die ein „wenn auch vorerst ohne Freiheit geeinigtes Deutschland für das deutsche Volk haben müßte“. In Bismarck sahen sie den Mann, der nach dem Satze: „nur der Druck erzeugt Gegendruck“ bestimmt sei, in Deutschland Republikaner zu züchten wie Jefferson Davis in Amerika Abolitionisten züchtete²⁾. —

August Bebel, dem wir bereits als einem Mitglied des ständigen Ausschusses des Vereinstages deutscher Arbeitervereine und als einem Mitbegründer der deutschen Volkspartei begegneten, zählte 1866 erst 26 Jahre. Er lebte als

1) Abgedruckt u. a. im Deutschen Wochenblatt vom 29. Juli 1866.

2) Abgedruckt im Socialdemokrat vom 7. November 1866.

Drechslermeister in Leipzig und war dort Vorsitzender des Arbeiterbildungsvereins und des hauptsächlich auf seine Anregung geschaffenen Gauverbandes der sächsischen Arbeitervereine. Er selbst war bis 1865 nichts weniger als ein ausgesprochener Sozialist gewesen¹⁾. Sah er auch schon ein, daß die von Schultze-Delitzsch gepredigte Selbsthilfe nicht ausreichte, um die soziale Not zu beseitigen, so hinderte ihn diese Erkenntnis bis dahin nicht, noch immer mit Respekt zu den Größen der Fortschrittspartei aufzublicken und die Lassalleaner, „die damals einzige sozialistische Partei Deutschlands“, wie er sie später selbst nannte, eifrig zu befehlen. Ihm kam die Götzendämmerung erst durch die Bekanntschaft mit Wilhelm Liebknecht, der, aus Berlin ausgewiesen, im August 1865 nach Leipzig übersiedelte und vielleicht hat das Bündnis dieser beiden Männer mehr als irgend ein anderer Faktor der deutschen Arbeiterbewegung in den nächsten Jahrzehnten ihr eigentümliches Gepräge verliehen.

Innerhalb der Kreise der sächsischen Demokraten zählte Bebel zu den heftigsten Gegnern des preußischen Konfliktministers. Aber in dem alten Freischärler Liebknecht hatte Bismarck einen noch weit erbitterteren Feind. Je dunkler sich jetzt die Wolken am deutschen Himmel zusammenzogen, eine um so heftigere antipreußische Agitation entfalteten diese beiden Männer in dem von der Kriegsgefahr zunächst bedrohten Königreich Sachsen. Noch am 28. April hatte eine von Lassalleanern und Bildungsvereinslern gemeinsam abgehaltene Arbeiterversammlung in Dresden sich zwar für allgemeines gleiches Stimmrecht, für ein deutsches Parlament, für Volksbewaffnung und Revolution ausgesprochen, aber die Frage: mit oder gegen Preußen? bei Seite gelassen. Als aber jetzt die Leipziger Bürgerschaft unter Führung der städtischen Behörden vom sächsischen Ministerium die sofortige Abrüstung verlangte, benutzten Liebknecht und seine Gesinnungsgenossen diesen Preußen freundlichen Schritt der Bourgeoisie, um offen die Parole „gegen Preußen!“ auszugeben!²⁾. Dies geschah auf einer zum 8. Mai ins Leipziger Odeon von dem Vorstand des Arbeiterbildungsvereins, dem Bebel und Professor Roßmässler angehörten, im Bunde mit der Leipziger Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins einberufenen Volksversammlung. Ihren Verlauf schildert der wohl sicher von Liebknecht verfaßte Bericht im Deutschen Wochenblatt vom 13. Mai der ihn ein „Totengericht über die Gothaer“ nennt. An diesem Abend hielt Liebknecht eine bedeutsame Rede: Nachdem die Gothaer lange insgeheim mit Bismarck geliebäugelt, so führte er aus, haben sie

1) Bebel spricht von seiner Entwicklung zum Sozialismus in seiner Erklärung für die Leipziger Geschworenen. Vgl. Der Hochverratsprozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872, Berlin 1894, S. 720 f., sowie in seinen Erinnerungen an Liebknecht in „Der wahre Jakob“ vom 28. August 1900. Vergl. auch seine Broschüre „Unsere Ziele“, 12. Aufl. Berlin 1906.

2) Mehring, Bd. III, S. 242.

sich ihm jetzt offen in die Arme geworfen. Das sei ganz konsequent von ihnen, da sie die preußische Spitze wollten. Aber die preußische Spitze sei durch die erste preußische Kugel, die 1849 gegen die Verteidiger des Parlaments losgefeuert wurde, von der Reichsverfassung abgeschossen worden. In den Jahren 1848 und 1849 hätten sich nicht etwa die Kleinstaaten als Hindernis der Befreiung und Einigung Deutschlands erwiesen, in ihnen sei überall das Volk Meister geworden. Die Preußen seien es gewesen, die siegreiche Volksbewegungen niedergeschlagen, die Dresdener, Badener und Pfälzer zusammenkartätscht hätten, die Preußen und immer die Preußen! Die Gothaer behaupteten, Preußen sei liberal und Österreich reaktionär mit seiner Pfaffenwirtschaft. Aber man könne sehr zweifelhaft darüber sein, wo die Volksverdummung systematischer betrieben werde: im katholisch-jesuitischen Österreich oder im protestantisch-jesuitischen Preußen. Wie das deutsche Volk von Österreich nichts zu hoffen habe, so habe es auch von Preußen nichts zu hoffen, das 1849 noch mehr zur Unterdrückung des Volkes getan habe als Österreich. Die preußische Spitze, das sollten die Gothaer einsehen, würde den Bürgerkrieg und die Allianz mit Frankreich, also Landesverrat bedeuten. Ein deutscher Bürgerkrieg müsse zum Verlust von Land an Frankreich führen. Das Bündnis mit Italien sei offenkundig. Aber das „liberale Königreich Italien“ sei eine Gothaer Lüge. Künftige, nicht gothaische Geschichtsschreiber würden Cavour, den Verschacherer italienischen Bodens, den Minderer Italiens und Mehrer Piemonts, als Landesverräter mit dem Brandmal der Schande versehen. Wenn die Gothaer Cavour verherrlichen und nach dem deutschen Cavour schreien, so begehen sie Landesverrat. Den Gothaern verdanke Bismarck seine Diktatur und Deutschland seine heutige Krisis. Die Losung des Volkes sei nicht Preußen oder Österreich, sondern weder Preußen noch Österreich! Es gelte die Gründung einer Zentralgewalt, die auf das souveräne Volk, und ein das souveräne Volk vertretendes Parlament sich stütze, das die Macht habe, alle dynastischen Sonderbestrebungen im Keime zu ersticken. Das Wechselbalg, das Bismarck dem Volk als Parlament unterschieben wolle, müsse jeder Patriot mit Verachtung zurückstoßen. Im Schatten von Hunderttausenden von Fürstenbajonetten, inmitten des Kriegsgetöses könne ein Volksparlament nicht tagen. In dieser Parlamentsposse mitspielen, heiße, den Bürgerkrieg beschönigen und den Landesverrat sanktionieren!

Nach dieser Rede Liebknechts beantragte Bebel im Namen des Arbeiterbildungsvereins die folgenden Resolutionen, die angenommen wurden: 1. Die gegenwärtige drohende Lage Deutschlands ist durch die Haltung der preußischen Regierung in der Schleswig-Holsteinschen Frage provoziert, zugleich aber auch die natürliche Folge der Bestrebungen des Nationalvereins und der Gothaer für die preußische Spitze. 2. Eine direkte oder indirekte Unterstützung dieser un-

deutschen Politik betrachten wir als eine Schädigung der deutschen Interessen. 3. Die nationalen und freiheitlichen Interessen des deutschen Volkes können nur gewahrt werden durch ein aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgegangenes konstituierendes Parlament, unterstützt durch allgemeine Volkswehr. 4. Wir erwarten, daß das deutsche Volk nur solche Männer zu seinen Vertretern wählt, die jede erbliche Zentralgewalt verwerfen. 5. Wir erwarten, daß im Fall eines Bruderkrieges, der nur dazu dienen kann, Deutschland zu schwächen und deutsches Land in fremde Hände zu spielen, das deutsche Volk sich wie ein Mann erhebe, um mit den Waffen in der Hand sein Eigentum und seine Ehre zu verteidigen.

Heute lächle man über dieses Unterfangen einer Volksbewaffnung und eines Volkskrieges gegen Bismarck, meinte Bebel 34 Jahre später, damals aber habe der Antrag der Situation entsprochen und sei bitter ernst gestellt worden!

Daß der Antrag damals bitter ernst gestellt wurde, daran ist nicht zu zweifeln, ob er aber der Situation entsprach, darüber darf der Nachlebende nur mit Vorsicht urteilen. Bebel hatte den Programmentwurf der Volkspartei unterzeichnet, seine der Odeonversammlung vorgeschlagenen Thesen entsprachen ihrem Inhalt nach im wesentlichen diesem Entwurfe. Den Berliner Boden, auf dem er am ehesten über die realen Machtfaktoren sich hätte belehren können, kannte Bebel damals nicht. So fehlten ihm die Mittel, die Stärke des Bismarckschen Spiels zu beurteilen. Einen so schnellen Siegeszug, wie ihn die Preußen bald darauf antraten, vermochte kaum jemand vorauszuahnen. Die Annahme galt deshalb nicht als phantastisch, daß ein lauges, unentschiedenes Hin- und Herspielen des Krieges vielleicht doch die revolutionäre Strömung in den Hauptstädten in Bewegung setzen könnte. Daraus, daß ein Feuerkopf, wie der junge Bebel, die Hingabe und den Opfersinn der stumpfen Masse überschätzte, wird ihm niemand einen Vorwurf machen, auch daraus nicht, daß ihm, dem temperamentvollen Autodidakten, jenes tiefere Verständnis für die Notwendigkeiten des historischen Prozesses fehlte, der bald danach auf Böhmens Schlachtfeldern seinen Abschluß fand.

Während Bebels antipreußische Gesinnung hauptsächlich nur den reaktionären Ministern des Verfassungskonflikts galt, wurzelte in des vierzigjährigen Liebknichts Seele der Haß gegen Preußen ungleich tiefer. Hatte er nicht als zweiundzwanzigjähriger Jüngling gegen den jetzigen König im Felde gestanden und seine begeisterte Hingebung für die Sache der Reichsverfassung mit 13 Jahren Elend im Exil büßen müssen? Nur wenn man hieran denkt, begreift man, weshalb es Liebknicht in den folgenden Jahren so bitter schwer wurde, die Ent-

scheidung des Jahres 1866 als eine endgültige hinzunehmen¹⁾, weshalb er im Norddeutschen Bunde trotz der Erlangung des allgemeinen Stimmrechts der parlamentarischen Betätigung der Arbeiterschaft vorerst keine wirkliche Bedeutung einräumen wollte²⁾.

Einige Wochen nach der Versammlung im Odeon trat Liebknecht in der bedeutendsten Fabrikstadt Sachsens, in Chemnitz, als Redner auf. Dort bestand die übergroße Mehrzahl seiner Hörer aus Fabrikarbeitern, und man merkte es seiner Rede an. Es war zu Anfang Juni, als noch aus vielen Städten Preußens dem König Wilhelm Friedensadressen zugehen, als noch besonders in den kleineren deutschen Staaten mancher patriotische Idealist auf eine Vermeidung des Bruderkrieges hoffte. Vor allem in den Händen der Arbeiter, rief Liebknecht aus, ruhen die Geschicke Deutschlands, ruhe die Zukunft der Demokratie! Eines sei nötig, um den Krieg zu vereiteln: das Volk müsse sich organisieren! In jeder Stadt müßten die Arbeiter sich organisieren! Nach diesen Worten, die uns in solchem Zusammenhang vorgebracht heute wie Phrasen klingen müssen, und von deren Erfolg wohl auch Liebknecht damals nicht gerade den Frieden erwartete, brachte der Redner geschickt die „Befreiung der Arbeiterklasse“ mit der „Rettung des Vaterlandes“ in einen schwer aufzulösenden Zusammenhang. Er ermahnte seine Hörer, aufmerksam den Bestrebungen der internationalen Arbeiterorganisation zu folgen. Ähnliche Reden hielt er in den nächsten Tagen an zahlreichen anderen Plätzen des sächsischen Industriegebiets. Wie er es verstand, hier zugleich für sein „zwiefaches Ideal“ das freie und einige Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes³⁾ einzutreten, das zeigen am besten die Resolutionen⁴⁾, die er als Forderungen der Volkspartei überall votieren ließ, und die schon mit starkem Nachdruck neben die deutsche Frage die soziale Frage setzten.

Nun brach der Krieg wirklich aus, und die Preußen besetzten das Königreich Sachsen, ohne Widerstand zu finden, denn die sächsische Armee hatte sich in Böhmen mit den Österreichern vereinigt. Gerade jetzt gelang es Liebknecht zum ersten Male, eine Zeitung ganz in seine Hände zu bekommen. Es war dies längst sein glühender Wunsch gewesen. Die „Mitteldeutsche Volkszeitung“ stand

1) Noch im Jahre 1868 schreibt er in dem von ihm redigierten Demokratischen Wochenblatt, Nr. 94: „Es gibt nur einen Weg, der zur Versöhnung Preußens mit Österreich und dem übrigen Deutschland führt: vollkommene Annullierung des seit 1866 Geschehenen, Auflösung des Norddeutschen Sonderbundes, Berufung eines deutschen Parlaments etc.“ Man vergleiche auch seine Reden im Norddeutschen Reichstage.

2) Vergl. u. a. Liebknecht, Über die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Reichstag. Leipzig 1869.

3) Liebknechts Worte vor dem Leipziger Schwurgericht. Vergl. Hochverratsprozeß etc., S. 77. „Für dieses Doppelziel habe ich nach besten Kräften gekämpft und für dieses Doppelziel werde ich kämpfen, so lange noch ein Hauch in mir ist. Das will die Pflicht!“

4) Abgedruckt im Deutschen Wochenblatt vom 17. Juni 1866.

wegen Abonnentenschwindsucht vor dem Untergang, und Liebknecht, obgleich er selbst mittellos war, nahm sie dem Drucker ab. Hier begann er nun sofort, wie Bebel humorvoll erzählt, mit einer solchen Vehemenz gegen die preußische Okkupation loszuhamern, als wäre nicht der preußische Zivilgouverneur in Dresden, sondern er der politische Herr in Sachsen. Die Folge war, daß bereits am dritten oder vierten Tage das Blatt einem Verbot zum Opfer fiel. „Liebknecht war wütend,“ berichtet Bebel, „aber ich atmete auf, denn wir wären in die schrecklichste Verlegenheit gekommen, sobald uns der selbst gänzlich mittellose Drucker die erste Rechnung zur Zahlung präsentiert hätte!“).

Aber was bedeutete eine solche Enttäuschung für Liebknechts „unverbesserlichen Optimismus“? Schon einige Wochen später, im August 1866 gelang es seinem rastlosen Tätigkeitsdrang, den Keim für jene von ihm herbeigewünschte Arbeiterpartei zu legen, der es nach harten Kämpfen gelingen sollte, der aus spezifisch deutschen Verhältnissen geborenen und mit ihnen eng verwachsenen Lassalleanischen Partei die Führung zu entwinden und die deutsche Arbeiterbewegung auf den Boden der Internationale hinüberzuleiten. Diese „Demokratische Partei in Sachsen“ enthielt freilich vorerst noch zahlreiche bürgerlich-demokratische Elemente und sah sich selbst als einen Flügel der deutschen Volkspartei an. Hielt sie doch mit dieser am großdeutschen Ideal fest, das jetzt in der Praxis fast immer in Partikularismus und Preußenhaß umschlug. Zumal Sachsens Eintritt in den Norddeutschen Bund, wurde als eine erzwungene Vergewaltigung bekämpft. Aber die Entwicklung der Dinge trieb die von Liebknecht und Bebel beherrschte Partei in schnellem Tempo in das offene sozialistische Fahrwasser. Die Auseinanderentwicklung der bürgerlichen und der sozialen Demokratie gehört nicht mehr in den Zusammenhang dieser Darstellung³⁾. Mit dem Januar des Jahres 1868 erhielt die Internationale auf deutschem Boden in dem von Liebknecht, mit scharf antipreußischer Tendenz, redigierten Demokratischen Wochenblatt ein verbekräftigtes Organ, das dem Schweitzerischen Sozialdemokraten, den es grimmig befehdete, in den Arbeiterkreisen Konkurrenz machte. Und schon im folgenden Jahre gelang ein großer Coup: nachdem Liebknecht und Bebel im September 1868 auf dem Nürnberger Vereinstage⁴⁾

1) Bebel, Erinnerungen an Liebknecht im „Wahren Jakob“ vom 28. August 1900. Die Mitteldeutsche Volkszeitung besitzt selbst das Archiv der sozialdemokratischen Partei nicht, dem wir im übrigen für die freundliche Überlassung von Material zu Dank verpflichtet sind.

2) Liebknechts „unverbesserlichen Optimismus, namentlich bei allen Dingen, wo er selbst ein Händchen im Spiel hat“, schildert mit liebevoller Derbheit Friedrich Engels in einem Brief an Sorge vom 3. März 1887. Vergl. Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Ph. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an F. A. Sorge etc., Stuttgart 1906, S. 256.

3) Vergl. hierzu vorläufig das von mir verfaßte Kapitel „Volkspartei und Arbeiterpartei“ in der Geschichte der Frankfurter Zeitung, p. 168.

4) Vergl. u. a. die Darstellung bei Eyck a. a. O.

den Vereinstag deutscher Arbeitervereine gesprengt und sich selbst der Führung der Arbeitervereinsbewegung bemächtigt hatten, vollzogen sie 1869 auf dem denkwürdigen Eisenacher Kongreß¹⁾ den offenen Bruch mit der Volkspartei und riefen die sozialdemokratische Partei Deutschlands ins Leben, die sich offen zur Internationale bekannte. — —

Der Ausgangspunkt der Gedankenwelt der Internationale ist das Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeiterschaft aller Kulturländer, deren enger Zusammenschluß ihre Hauptforderung ausmacht! Die von Karl Marx verfaßten und auf dem ersten Kongreß der Internationale vom September 1866 angenommenen Statuten nennen die ökonomische Emanzipation der arbeitenden Klassen das große Ziel, welchem jede politische Bewegung als bloßes Hilfsmittel sich unterordnen sollte. Doch wäre es nicht richtig zu behaupten, daß die Internationale ausdrücklich Gleichgiltigkeit gegen das politisch-nationale Ideal empfiehlt oder, daß sie dieses für veraltet erklärt. Friedrich Engels blieb keineswegs indifferent als ihm 1859 eine Gefahr vorzuliegen schien, daß seine rheinische Heimat französisches Land werden könnte²⁾. Aber auf Gebieten, wo die Möglichkeit vorhanden ist, daß Wertungen mit einander in Konflikt geraten, muß man, zum mindesten theoretisch, ein Ideal als das höchste anerkennen. Dieses höchste Ideal ist nun freilich in den Augen von Karl Marx und seinen Jüngern und Gefolgsleuten nicht die Zusammengehörigkeit aller Bürger eines Staates, sondern die Zusammengehörigkeit der Proletarier aller Länder. Durch die seither erfolgte Verbreitung dieser Auffassung wurde ein früher nicht mitwirkender Faktor dem gefühlsmäßigen Denken der Menschheit eingefügt, der auf dem Webstuhl der Zeit ganz neue Garne einzog. Die Kreuzung jenes vordringenden neuen Ideales mit dem fortwirkenden nationalen Ideale wird sich in der künftigen Geschichte der Völker bedeutsam fühlbar machen.

Unsere Aufgabe bleibt es hier nur, zu prüfen, wie sich die Ereignisse des entscheidenden Jahres unserer nationalen Geschichte in der Auffassung der damaligen deutschen Wortführer der Internationale spiegelten. Als wichtigste Quelle hierfür dient der von Johann Philipp Becker herausgegebene „Vorbote“. Diese in Genf, also nicht auf deutschem Boden, erscheinende Monatschrift, hatte sich vor keiner Konfiskation zu fürchten, wenn sie deutsche Verhältnisse mit derbem Freimut besprach, und von dieser größeren Freiheit machte der Herausgeber, der selbst der Verfasser sämtlicher Leitartikel war, ausgiebigen Gebrauch³⁾. Nun verhielt sich der alte Becker den nationalen Aufgaben der

1) Für die Verhandlungen vergl. u. a. das Demokratische Wochenblatt.

2) Engels, Savoyen, Nizza und der Rhein. Berlin 1860.

3) Der alte Freischarenoberst aus dem Aufstande von 1849 war der Internationale sofort bei ihrer Gründung beigetreten. Als Herausgeber des deutschen Organs des jungen Bundes fand er einen

Völker gegenüber keineswegs ablehnend, denn diese müßten erst „bereinigt“ sein, meinte er, bevor die sozialen ihre Erfüllung erhalten könnten¹⁾. Vieles, was andere Nationen an notwendigen Vorbedingungen einer besseren sozialen Zukunft schon besäßen, fehlte auch in seinen Augen den Deutschen noch, vor allem die Staatseinheit. Was deren Herbeiführung am meisten erschwere, sei der Dualismus von Preußen und Österreich. Erst dessen Überwindung werde das deutsche Volk zu einer Nation machen. In dem Streben nach diesem Ziele, führte Becker aus, habe die Bourgeoisie sich an die Spitze gestellt und das Volk ins Schlepptau genommen. Aber leider habe diese deutsche Bourgeoisie, wie eine sechsunddreißigjährige Erfahrung ihn lehre, gleich jeder anderen, ihr häusliches Schäflein ins Trockene gebracht und sei hierdurch zu ruhesüchtig geworden. Nun mache ihr Mangel an leitendem Gemeininteresse und rechter Opferwilligkeit sie zu keiner geschichtlichen Tat mehr fähig. So möchte sie die Herstellung deutscher Reichseinheit gern einer der beiden Großmächte überlassen und sich neben der Kapitalvermehrungsfreiheit bloß die Freiheit des Blindkuhspiels des Konstitutionalismus vorbehalten. Wohl sehe auch die Bourgeoisie ein, daß Fürstentum und Volkstum unversöhnliche Gegensätze seien, da sie aber wisse, daß sie nicht das Volk ist, sondern daß sie in dessen Namen nur für das eigene Wohl spricht, so finde sie es vom Standpunkt ihrer Klasseninteressen keineswegs inkonsequent, sondern klug und weise, d. h. praktisch, sich je nach den Umständen dem Fürstentum gegenüber recht versönlich zu gebärden. Dennoch aber werde und müsse Deutschland einig, groß und frei erstehen. Mit allen Völkern im Bruderbunde werde es die ewigen Menschenrechte der formellen Fiktion entkleiden und zur tatsächlichen Durchführung bringen! Deshalb müßten die Anhänger der Internationale nicht bloß (!) aus nationalen, sondern aus internationalen-menschheitlichen Gründen die deutsche Freiheit und durch die Freiheit die Einheit herzustellen trachten!²⁾

Deutschlands Zerstückelung, so nimmt der Vorbote im April 1866³⁾ seine Märzerwägungen wieder auf, sei ein internationales Unglück, an dem der ganze Weltteil kränkle, auf Deutschlands Ohnmacht spekuliere aller Despotismus, der innere und auswärtige, der kirchliche und staatliche. Ohne das eine freie Deutschland fehle Europa die Herzkammer zu kräftigem Pulsschlage durch alle Gliedmaßen der großen Völkerfamilie. Wie aber könne Deutschland

„systematisch kosmopolitisch kommunistischen Wirkungskreis“, der ihn als ideale Tätigkeit befriedigte, ihn aber auch zwang, da seine redaktionelle Arbeit nicht honoriert wurde, mit seiner Familie „wie ein Proletarier“ zu leben. Vergl. Briefe von J. Ph. Becker etc. an F. A. Sorge etc., S. 1. Stuttgart 1906.

1) Vorbote, Organ der Internationalen Arbeiterassoziation, Monatschrift, redigiert von Johann Ph. Becker, 1. Jahrg., Nr. 2, Februar 1866, „Zur Klärung unserer Aufgabe“.

2) Ebenda, März 1866, „Zur Klärung unserer Aufgabe“, II.

3) Ebenda, „Zur Klärung unserer Aufgabe“, III.

die ihm zukommende Stellung im Rate der Völker erhalten? Ein Vorgehen der Hohenzollern oder der Habsburger bedeute die Entfesselung eines europäischen Krieges und würde dem Ausland neuen Länderraub und frische Lorbeerkränze bei dem blutigen Streite deutscher Mächte erwerben. Denn dann würden wahrscheinlich die kleinen Fürsten, die Religion und Nationalität wie Stiefel wechseln, das Ausland herbeirufen. Ein Krieg gegen die Entstehung eines deutschen Kaisertums wäre in ganz Europa populär. Was aber wird die große deutsche Nation bei einem deutschen Bruderkriege tun? Welche Partei wird ihre Führung übernehmen? Becker wirft den bisher tonangebenden Parteien vor, daß sie den deutschen Völkerschaften weder die nötige Bewaffnung und Organisation, noch die rechte Gesinnung und Stimmung zu einer eigentlich rettenden Tat verschafft hätten. Wohl habe man auf Schützen-, Sing- und Turnfesten viel von der Großmacht der öffentlichen Meinung gesprochen und von dem Fünfundvierzigmillionenvolke, das sich wie ein Mann erheben werde. Doch der politische Verstand und das patriotische Gemüt der Gothaer und der ganzen auf monarchischen Konstitutionalismus versessenen Bourgeoisie reiche nicht über ihren Geldsackzipfel hinaus und deshalb erhebe sie schon ein klägliches Zetergeschrei, wenn der Arbeiterklasse das allgemeine Stimmrecht verliehen werden solle, oder wenn die „preußische Spitze“ sich einmal anschicke, wirklich spitzig vorzugehen. Allen Gruppen der Bourgeoisie, einschließlich der in der Bildung begriffenen demokratischen Volkspartei, die zu spät erscheine, spricht Becker die Fähigkeit ab, das Riesenwerk deutscher Freiheit und Einheit zu vollbringen und die äußeren Gefahren zu bewältigen, die damit verbunden wären.

Nur eine Partei erscheint ihm imstande, das Werk der Einigung zu vollbringen: das nach Erlösung seufzende Volk, „das Volk, dem die Sintflut der Entbehnung über den Hals wogt, das lieber wagt als untergeht, aber lieber stirbt als länger leidet, das nur Jammer und Elend zu verlieren, aber eine ganze Welt zu gewinnen hat“. Die Geschichte wolle, so meint Becker, daß kein Wilhelm, kein Franz Josef dies Riesenwerk vollende! Feilich angesichts der damaligen Lage Deutschlands kommen auch dem Vorboten Zweifel an der Verwirklichungsmöglichkeit seiner optimistischen Hoffnungen, und er klagt dann über den „kecken Minister, der als Affe Cavour seinen König zum Äffchen Tamerlans“ machen wolle, der den Volkswillen ignoriere und der Großmacht der öffentlichen Meinung ungestraft ins Gesicht schlage! Würde dieser Bismark seinem folgsamen König das schwarz-rot-goldne Banner rechtzeitig in die Hand geschoben und darauf geschrieben haben: „kein Preußen und kein Österreich mehr!“, so hätte er die Nation zur Riesenkraft elektrisieren, die inneren Schranken niederwerfen und die äußeren Feinde in Schach halten können. Nun aber müsse dieses absolutistische Königtum über kurz oder lang an seiner Volksmißachtung sterben. Die Trost-

kuchen und Befriedigungsspillen, die der edle Graf jetzt in elfter Stunde dem Spießbürgertum mit dem deutschen Parlament und der Arbeiterklasse mit dem allgemeinen Stimmrecht hinwerfe, könnten nur noch Knechtsseelen rühren. Was nicht durch das Volk geschehe, geschehe auch nicht für das Volk. Hätte nur dieses deutsche Volk weniger Untertanenbewußtsein und mehr Unabhängigkeitsgefühl, es müßte jetzt längst unter Waffen sein und die Urheber des Krieges und alles Nationalunglück verjagt haben¹⁾! Als aber jetzt die Kriegsgefahr ganz nahe rückte, entfaltete der alte Becker offen die rote Fahne der Revolution: falls Preußen und Italien Österreich rasch besiegen, werde Deutschland der Haupttummelplatz eines furchtbaren Kieges werden, denn Napoleon ziehe dann dem Habsburger zu Hilfe: „Dagegen gibt es jetzt nur ein Heilmittel, nur ein Gegengift — die Revolution! Sie ist der Friede unter den Völkern und der Krieg gegen die Tyrannen! Wer nicht lieber für die Freiheit stirbt als in der Knechtschaft lebt, nicht lieber alle Glieder vom Leibe verliert als das Vaterland nur einen Zoll verstümmeln läßt, nicht in Kampfeswehen und Wundenschmerz „es lebe Deutschland!“ ruft, der ist kein deutscher Mann. Es gibt nur ein Erlösungsmittel, nur einen Staat und eine Kirche — die Republik!“

Schon am 15. Mai hatte der Wehrausschuß der deutschen Abteilung des Zentralkomitees der Internationale einen Aufruf zur allgemeinen Volksbewaffnung erlassen. Für den alten Insurgentenobersten waren Worte wie „Revolution“ und „Volksbewaffnung“ nicht papierene Phrasen wie damals im Munde manches Demokraten in der Heimat. Er nahm es mit ihnen bitter ernst und im Vorboten vom Juli erteilte er bereits militärische Ratschläge. Es ist da die Rede von der Bewaffnung, Instruktion und Führung rasch zusammengeraffter Mannschaften. Davon verstand der alte Becker etwas.

Aber „aus eigener Erfahrung“ wußte er auch, daß die preußischen Zündnadelgewehre „keinen Talisman“ in sich trugen. Königgrätz überraschte ihn nicht. Von seinem Standpunkte aus war es ihm ziemlich gleichgültig, ob Preußen oder Österreich siegte²⁾. Nur, meinte er, wären in einem geschlagenen Preußen die Aussichten auf eine Revolution größere gewesen. Jetzt aber wählte Becker Europa „dank dem Minister von Blut und Eisen“ an der Schwelle eines allgemeinen Krieges, den in seinen Augen nur noch eine europäische Revolution verhindern konnte! Die Lehren des neuesten Ganges der Geschichte faßte Becker in acht Sätze zusammen, einer davon betont die Unfähigkeit der Kleinstaaterie zu gesundem, selbständigem Leben. Ein anderer spricht jene schmerzlichste Lehre aus, welche 1866 der deutschen Demokratie erteilte, „daß einem Volke zur Erfüllung

1) Vorbote, Mai 1866, „Zur Tagesfrage“.

2) Ebenda, Juni 1866, „Zur Kriegsfrage“.

3) Ebenda, Juli 1866, „Zur Kriegsfrage“.

seiner Aufgabe die Erkenntnis des Freiheitsprinzips nicht allein ausreicht, sondern daß hierzu auch das allgemeine Verständnis über Mittel und Wege, ein Gesamtwille zu einer Gesamttat, Organisation und allgemeine Bewaffnung gehört". Schließlich betonte der deutsche Wortführer der Internationale noch eine Wahrheit, die seit der völligen Entfaltung des Kapitalismus längst Gemeingut geworden ist, nämlich, daß selbst bei lokalisierten Kriegen alle Völker zur Zeche beizusteuern hätten. Deshalb, meinte er, seien sie darauf hingewiesen, dem Unterdrückungsbund der Fürsten den Befreiungsbund der Völker entgegen zu setzen!

Der ganze Zorn und Spott Beckers galt jetzt der „Sippe jener fortschrittlichen Erfolgsanbeter“, die noch gestern auf das „preußische Raubgesindel“ geschmäht hatten und heute vor dem „herrlichen Kriegsheere“ auf den Knien lagen, die an einem Tage „vom Selbstbestimmungsrecht der Völker flunkerten“ und sich am nächsten der „landesfürstlichen Gnade zu Füßen“ legten! In seiner geraden und ehrlichen Art verlangte Becker „ungetrübte und unvermischte Prinzipienhaftigkeit“; nur sie allein, „kein monarchisch-konstitutioneller Grundsatzmischmasch“ könne ein Volk zum Bewußtsein seiner selbst und seiner Aufgabe bringen. Ihn widerte es an, daß man mit dem Bruderblut, das „pour le roi de Prusse“ vergossen wurde, die hergebrachte Romantik trieb, während man von Entrüstung über den Krieg, diesen „Raubmord im Großen“, nichts wissen wollte. Wenn aber der reichen Stadt Frankfurt eine Kontribution aufgelegt werde, dann gerate die „zivilisierte“ Welt für gefährdete Taler in die tiefste sittliche Entrüstung! Würde das Junkerkönigtum diese geraubten Millionen nicht zum Schmieden neuer Ketten, sondern für gemeinnützige Zwecke verwenden, so müßte man ihm zurufen, frisch dabei fortzufahren, denn die Frucht gemeinsamer Arbeit käme auf diesem Wege der Gesamtheit wieder zu. Es sei ganz gut, daß die Geldsäcke einstweilen von Gottesgnadentum ans Hergeben gewöhnt werden, so könnten sie nicht mehr gar zu sehr erschrecken, wenn eines Tages die Revolution um einen „Zehrpennig“ an ihre Türen poche!¹⁾

Becker billigte es, daß Preußen, dessen Liebe zu Deutschland er mit der des Wolfs zum Schafe vergleicht, nach dem Kriege sofort Süddeutschland in seine Einflußsphäre zu ziehen suchte. Auf das „schachernde und geldschnappende süddeutsche Bürgertum“ ist er gar schlecht zu sprechen und von dem von den süddeutschen Demokraten nach dem Kriege herbeigesehnten Südbunde²⁾ will er gar nichts wissen, der würde nur der „gemütliche Tummelplatz geistiger

1) Daß besonders auch die Annexionen der sozialistischen Lehre vom Eigentum einen viel benutzten Propagandastoff lieferten, wird niemanden verwundern.

2) Vergl. über den Südbund und seine Aussichtslosigkeit neuerdings Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten, Stuttgart und Leipzig 1906, Bd. I, S. 344, 421, 427.

Mittelmäßigkeit werden“. Becker wünschte vielmehr, daß Preußen fortfahre, die „widerhaarigen Elemente bis zum Zerplatzen zu verschlingen, damit die Einheit des Despotismus die Einheit revolutionärer Wirksamkeit herstellte, deren Ziel die Republik sein müßte“¹⁾. — —

Ein einziges Juligewitter hatte genügt, um den Staaten Deutschlands neue Grenzen, dem Streben der Stämme und Volksklassen neue Ziele, dem politischen Fühlen und Denken der Einzelnen und der Parteien neue Inhalte zu geben. Das Deutschland des Wiener Kongresses und des Frankfurter Bundestages, das Deutschland der schwarz-rot-goldenen Revolution war plötzlich wie weggeweht, und den Kultus der Barrikadenhelden hatte in weiten Schichten des Volkes der Kultus Bismarcks und Moltkes abgelöst. In der Politik gibt es Gegenwart nur wo auch Zukunft leuchtet. Ein Volk, das sich einer ausreichenden staatlichen Gegenwart bis dahin nicht erfreuen durfte, erblickte plötzlich in erreichbarer Nähe das seit Jahrhunderten herbeigeträumte einige und starke Vaterland. Aber dieses Vaterland hatten ihm Männer gezimmert, die es bisher als seine ärgsten Feinde gehaßt hatte. Sie hatten vollendet, was der Demokratie, obgleich sie weit früher als die Junker für Deutschlands Einheit gestritten und ihr Blut vergossen, nicht geglückt war.

Nicht nur Österreich, auch die deutsche Demokratie war bei Königgrätz auf lange Jahre hinaus unterlegen. Ihre Machtlosigkeit war vor aller Welt dargetan; ihre Resolutionen hatten den Kanonen, ihre auf das Papier geträumten Milizen den wirklichen Heeren gegenüber versagt. Die Revolution, nach der sie gerufen hatten, war ausgeblieben.

Wären nur wenigstens jetzt, wo nach der Entscheidung auf dem Schlachtfelde das allgemeine Stimmrecht zum ersten Male in Deutschland das Wort erhielt, die demokratischen Elemente im Norddeutschen Bunde in festgeschlossenen Reihen an die Wahlurnen getreten! Aber die Bildung der großen politisch-demokratischen Partei war inzwischen völlig aussichtslos geworden! Die Massen des Bürgertums, durch die Erfolge Bismarcks berauscht und ganz erfüllt von den nationalen Gefühlen des Tages, hatten mit verschwindenden Ausnahmen jedes Interesse an einer noch weitergehenden Demokratisierung der Verfassungsformen verloren. Die durch die Gemeinsamkeit der politischen Wünsche bisher noch zurückgedrängten sozialen Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Arbeiterstand verschärften sich mit der schnell zunehmenden großkapitalistischen und großindustriellen Entwicklung, und endlich tat sich innerhalb der Arbeiterschaft selbst, die doch den Kern jeder demokratischen Parteigruppierung hätte bilden müssen, gerade jetzt eine tiefe Kluft auf, die ihren

1) Vorbote, August 1866, „Zur Lage“.

Grund in den letzten politischen Ereignissen hatte. Während der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, der, wie wir bereits wissen, in der Verfassung des Norddeutschen Bundes wenigstens den Keim zu einer verbesserungsfähigen Staatsgestaltung sah, sich prinzipiell zur Mitarbeit entschloß, bekämpften die Volkspartei in Sachsen und ihr Anhang „das dem preußischen Militarismus gelungene Werk“ bis aufs Messer und wiesen „jeden Kompromiß mit den herrschenden reaktionären Gewalten“¹⁾ zurück. Weshalb aber bei diesem Jahre hindurch andauernden Duell zweier feindlicher taktischen Auffassungen, die sich in den Persönlichkeiten Schweitzers und Liebknechts verkörperten, das radikale Element schließlich siegte, weshalb der erste Versuch, die Sozialdemokratie zu positiver Mitarbeit im entstehenden deutschen Reiche heranzuziehen, scheiterte, das gehört nicht mehr in den Rahmen des hier von uns behandelten Themas.

1) Ausdrücke Liebknechts im Hochverratsprozeß etc. a. a. O.

VI.

Der Zusammenhang zwischen römischem und deutschem Bergbau.

Von

Prof. Dr. Clamor Neuburg (Erlangen).

In den letzten Jahrzehnten ist den Überlieferungen, welche uns Kunde von der Entwicklung des deutschen Bergbaus und seinen Einrichtungen geben, eine größere Aufmerksamkeit gewidmet worden. Sicher mit Recht, denn sie bieten sowohl dem Rechts- wie dem Wirtschaftshistoriker eine Fülle von dankbaren Aufgaben, deren Lösung nicht nur unsere Kenntnisse über die Zustände vergangener Zeiten vermehren, sondern uns auch erwünschten Aufschluß darüber geben würde, wie so manche Schwierigkeiten zu beseitigen wären, die sich in unserm heutigen Wirtschaftsleben, besonders auch bei dem jetzigen Bergbau zeigen. Freilich sind die bisher erzielten Erfolge nach beiden Richtungen nicht allzu bedeutend, trotzdem die Menge der Beweismittel während der letzten Zeit infolge sorgfältigerer Durchforschung der Quellen nicht wenig vermehrt ist.

Immerhin ist doch über manchen Punkt eine größere Klarheit erzielt und sind falsche Ansichten, die bisher allgemein verbreitet waren, als solche erkannt und berichtet. Hierzu gehört vor allem die zeitweilig weit verbreitete Ansicht, daß der deutsche Bergbau, dessen große Blüte schon im frühen Mittelalter unzweifelhaft feststand, gewissermaßen durch fremden Einfluß sich zu dieser entwickelt habe. Besonders wohl dadurch bewogen, daß eine Anzahl der ältesten und wichtigsten Urkunden bergrechtlichen Inhalts in den südöstlichen Grenzgebieten (Böhmen und Ungarn) niedergeschrieben ist, nahm man an, daß in diesen Gegenden der Bergbau sich schon sehr frühzeitig entwickelt habe und daß weiter die dortigen Bergleute slawischer Herkunft gewissermaßen die Lehrer der deutschen gewesen seien¹⁾. Die Hirngespinnste dieser Art sind ja längst widerlegt und zwar mittelst des wohl durchschlagendsten Beweismittels, daß aus den wichtigsten und wohl auch ältesten der fraglichen Aufzeichnungen, den beiden lateinischen Iglauer Bergrechten — von denen das ältere 1249 niedergeschrieben ist — sich mit voller Klarheit das Umgekehrte als richtig herausstellt. Der Iglauer Bergbau verdankt seine Blüte den deutschen Bergleuten, welche dorthin gezogen waren, es ergibt sich dies unwiderleglich daraus, daß in den lateinischen Urkunden eine Anzahl bergtechnischer Bezeichnungen sich deutsch ausgedrückt findet. Die Tatsache,

1) Als Vertreter dieser Anschauung sei hier nur angeführt J. P. Reinhard, *De vera metallifodinarum circa montem Piniferum Origine* 1770. Es wird von ihm in gänzlich haltloser Weise behauptet, der Bergbau am Fichtelgebirge sei von den bei der Völkerwanderung eingedrungenen Slawen begonnen.

daß wir es hier mit einer Kolonisation in fremdem Lande zu tun haben, erklärt auch die Aufzeichnung der Rechtssätze, die im eigenen Lande überflüssig war.

Einer besonderen Erwähnung bedarf es übrigens noch, daß auch in Gegenden mit ausschließlich romanischer Bevölkerung eine solche Bergwerkskolonisation resp. wenigstens eine Übertragung der in Deutschland entstandenen Rechtssätze stattgefunden hat. Die Trientiner Urkunden von 1208 und später, sowie das Bergrecht von Massa (Toskana) aus dem Jahre 1294¹⁾ liefern den Beweis hierfür. In ersteren ist ein Teil der namentlich angeführten Bergleute unzweifelhaft deutscher Herkunft und in beiden lateinisch niedergeschriebenen Urkunden sind ähnlich wie in den Iglauer Rechten für die technischen Bezeichnungen vielfach deutsche Worte eingesetzt.

Die zuletzt angeführte Tatsache mußte deshalb besonders hervorgehoben werden, weil sie uns zeigt, daß schon in jenen Zeiten der Bergbaubetrieb in Deutschland auf einer Stufe der Vollkommenheit angelangt war, die in den sonst unzweifelhaft damals wirtschaftlich weiter vorgeschrittenen romanischen Ländern nicht erreicht wurde und es erklärlich machte, daß man nicht nur im Osten, sondern auch im Süden deutsche Lehrmeister, Leiter und Arbeiter heranzuziehen bestrebt war. Diese Überlegenheit des deutschen Bergbaus ist entschieden auffallend und scheinbar schwer zu erklären, da Deutschland doch sicher nur in bescheidenem Umfang, als die romanischen Länder Italien und Frankreich, das Erbe der wirtschaftlichen und technischen Errungenschaften des Altertums, speziell der Römer übernommen hatte, und eine selbständige Entwicklung vor der Berührung mit den letzteren, wie wir auch später noch sehen werden, wenig wahrscheinlich ist.

Es bleibt demnach nur die Annahme übrig, daß in Deutschland infolge besonders günstiger Umstände, gerade beim Bergbau jenes Erbe der Römer in reichem Umfang als in anderen Ländern bewahrt werden konnte. Gegenüber Italien läßt sich das ohne weiteres als wahrscheinlich bezeichnen, da dasselbe schon im Altertum²⁾ als erzaum betrachtet wird und in ihm von jeher der Bergbau nur eine sehr geringe Bedeutung hatte. Hier fehlten also die wichtigsten Voraussetzungen, welche eine Fortdauer der römischen Überlieferungen hätten ermöglichen können. Anders liegen wohl die Verhältnisse in Gallien, das ja auch für unsere Frage in Betracht kommen könnte; allein hier haben wir zu berücksichtigen, daß dasselbe während des größten Teiles der für unsere Frage besonders

1) Siehe Codex Wangianus in Fontes Rerum Austriacarum, Bd. V. Ein älterer, weniger guter Abdruck findet sich bei J. v. Sperges Tyrolische Bergwerksgeschichte, 1765. Das Recht von Massa findet sich im Archivio Storico Italiano, Bd. VIII, 1850.

2) C. Neuburg, Untersuchungen zur Geschichte des römischen Bergbaus. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. LVI, 1900, S. 47 f.

wichtigen Merowinger- und Karolingerzeit mit Deutschland unter einer Herrschaft stand. Wir haben infolgedessen wohl auch beide Länder hier für diese Zeiten, und es sind die entscheidenden, als zusammengehörig zu betrachten.

Die eben hervorgehobenen Tatsachen lassen es, von anderen direkten Beweisen abgesehen, unzweifelhaft erscheinen, daß schon im frühen Mittelalter der Bergbau in Deutschland sich in einem sehr blühenden Zustande befand, der nur dann in genügender Weise erklärt werden kann, wenn wir annehmen, daß hier die rechtlichen Schöpfungen und technischen Erfahrungen einer früheren Zeit, eben der Völker des Altertums, bewahrt sind. Eine gewisse innere Wahrscheinlichkeit für diese Annahme ist jedenfalls vorhanden und es ist nur die Frage, ob auch direkte Beweise sich finden lassen.

Solche könnte man zunächst darin suchen, daß die rechtlichen Grundlagen des Bergbaus, seiner Einrichtungen usw. uns einen Zusammenhang erkennen ließen. Allein bei dem Versuch eines Nachweises in dieser Richtung wird zunächst nur eine wesentliche Verschiedenheit festzustellen sein. Der deutsche Bergmann, meist auch der älteren Zeit, ist ein freier Mann, der mit dem Eigentümer oder Besitzer der Gruben über die gegenseitigen Rechte und Pflichten verhandelt, wie wir aus den Trientiner Aufzeichnungen und den noch etwas älteren Ordnungen der Äbte von Admont für ein Bergwerk am Zessen bei Friesach¹⁾ klar ersehen. Beim Bergbau der Römer haben wohl gleichfalls freie oder halbfreie Bergarbeiter nicht gefehlt, ja sie haben zu gewissen Zeiten und in einzelnen Provinzen des weiten Reiches, z. B. in Dakien und in den Werken des nördlichen Teiles der Balkanhalbinsel wohl zum mindesten durchaus überwogen, aber daneben kommen doch noch andere Kategorien, Sklaven, Strafgefangene usw. in großen Mengen in Betracht²⁾.

Auch bei der Benutzung eines anderen wichtigen Beweismittels, der Gleichartigkeit bergrechtlicher Bestimmungen, wird man zum mindesten große Vorsicht beobachten müssen, es ist ja hier unzweifelhaft manches zu finden, was auf einen Zusammenhang hinweist, vor allem die Grundlage des Bergwerkseigentums, das Bergregal, ist in dem römischen und dem deutschen Bergrechte in gleicher Weise zu finden, wenn auch hierüber noch Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind³⁾. Allein es ist hier eine Scheidung unter dem Beweismaterial vorzunehmen und nur das der älteren Zeit, vor der Rezeption des römischen Rechtes, angehörige als unbedingt beweis-

1) Siehe Urkundenbuch des Herzogtums Steiermark von J. Zahn, Bd. I, No. 655 von ca. 1185, No. 679 von 1186, Bd. II No. 55 von 1202. Die betreffenden Urkunden finden sich auch in P. J. Wichner, Geschichte des Benediktinerstiftes Admont, Bd. II unter No. 81, 75 und 107, zum Teil freilich mit etwas abweichender Datierung.

2) Neuburg, Untersuchungen, a. a. O. S. 272 f. Die Bergarbeiter der Römer.

3) Neuburg, Untersuchungen, a. a. O. S. 48 f. Bergregal und Bergbaufreiheit bei den Römern.

kräftig anzusehen. Bei manchem der einer späteren Zeit angehörigen Rechte ist der Einfluß der Rezeption in jeder Richtung so deutlich zu bemerken, daß die Entscheidung, ob es sich um altüberlieferte oder neuzeipte Sätze handelt, nicht ohne weiteres möglich ist. Besonders zu nennen in dieser Beziehung sind die „Constitutiones Juris Metallici Wenceslai II. (Jus Regale Montanorum) von ca. 1295¹⁾. Jedenfalls werden bereits die Aufzeichnungen aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts nur nach sorgfältiger Prüfung für Beweise dieser Art zu verwenden sein und der also verbleibende Rest ist ein sehr kleiner.

So vielfach nämlich noch Quellen erhalten sind, die uns über die ältere Zeit des deutschen Bergbaus Auskunft geben, so spärlich fließen dieselben doch für die älteste Zeit. Während wir uns über die Entwicklung fast jedes einigermaßen bedeutenden Bergwerks aus der Zeit nach 1300 durch zahlreiche Urkunden und sonstige Nachrichten fast vollständige Klarheit verschaffen können, ist die Überlieferung schon für die Zeit von etwa 1100—1300 eine ziemlich dürftige, wenigstens wenn wir die nicht sicher gestellten Nachrichten und Erfindungen, darf man wohl sagen, späterer Chronisten und eine bestimmte Tendenz verfolgender Autoren, wie richtig, unberücksichtigt lassen. Für die Zeit vor 1100 gar haben wir nur vereinzelt irgendeine Kunde darüber, daß hier oder dort Bergbau getrieben oder Salz gewonnen wurde, und nicht selten können wir zu der Überzeugung davon nur durch indirekte Schlüsse kommen, die wir auf Grund der auf ganz andere Dinge sich beziehenden Nachricht machen.

Es trägt dies jedenfalls die Hauptschuld daran, daß über die wichtigsten Fragen in bezug auf die Entwicklung des Bergbaus und seiner rechtlichen Grundlagen noch heute eine so große Meinungsverschiedenheit vorhanden ist. Die Dürftigkeit der gleichzeitigen Nachrichten nötigte dazu Schlüsse aus Nachrichten oder Einrichtungen zu ziehen, welche einer weit späteren Zeit angehören und daß dabei leicht Fehlschlüsse vorkamen, zumal wenn die veränderten Zeitverhältnisse nicht gehörig berücksichtigt wurden, kann uns kaum Wunder nehmen. Verschlummert sind dann die Irrtümer vielfach noch dadurch, daß man die, wenn auch nicht gerade reichhaltigen, aber doch immerhin manche wichtigen Schlüsse zulassenden Nachrichten über den Bergbau des Altertums, besonders der Römer,

1) Abgedruckt bei A. Zycha, Das böhmische Bergrecht des Mittelalters, 1900, Bd. II, S. 40 f. sowie bei Peithner von Lichtenfels, Versuch über die natürliche und politische Geschichte der böhmisch-mährischen Bergwerke, 1780; ferner in F. A. Schmidt, Chronologisch-systematische Sammlung der Berggesetze, I, 1 1832 und H. Jireček, Cod. jur., Boh. I, 1867. Leider ist auch die neueste Ausgabe von Zycha nur mit großer Vorsicht zu gebrauchen. Siehe hierüber meine Besprechungen usw. in No. 16, 19 u. 21 des Literarischen Centralblattes 1901 und die Besprechung von B. Bretholz in den Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung XXIII, 1902. Indessen ist aber auch von den anderen Ausgaben in bezug auf Zuverlässigkeit nicht allzuviel Lobendes zu sagen.

nicht immer in genügender Weise berücksichtigt und ihrer vollen Bedeutung nach erkannt hat.

Erstere Unterlassung ließ sich freilich scheinbar dadurch rechtfertigen, daß ein jeder Zusammenhang zwischen dem umfangreichen Bergbau zu fehlen schien, der unzweifelhaft im Römerreiche, besonders zu Beginn der Kaiserzeit, aber auch früher und ebenso in der letzten Zeit seines Bestehens betrieben ist, und jenem, der in Deutschland schon im frühen Mittelalter reiche Schätze zutage förderte. Es ist für uns jetzt wahrscheinlich, daß diese Annahme eine irrtümliche war. Erklären läßt sie sich aber vor allem dadurch, daß auch über die Art und Weise des römischen Bergbaus falsche Ansichten verbreitet waren, auf Grund derer man es als sicher annehmen mußte, daß er die Stürme der Völkerwanderung und den Untergang des Reiches höchstens vereinzelt in traurigen Resten dort überdauern konnte, wo die heftigen Erschütterungen, welche mit beiden Ereignissen verbunden waren, ihre verheerenden Wirkungen weniger stark geltend machten. Bei einer solchen Sachlage hätten natürlich sowohl die technischen Erfahrungen, die das Altertum nach und nach gesammelt hatte, als auch die Rechtsbildungen desselben nur in geringem Umfange und sehr allmählich auf Umwegen einen Einfluß auf die Gestaltung des mittelalterlichen Bergbaus gewinnen können. Derselbe hätte gewissermaßen von vorn anfangen müssen, wenn jene Betriebe der Römer, weil sie ausschließlich auf kapitalistischer Grundlage beruht hätten und fast nur über Sklaven und Strafgefangene als Arbeitskräfte verfügten, man möchte sagen naturgemäß in den Wirren jener Zeiten zugrunde gegangen wären. Erstaunlich wäre es dann in der Tat gewesen, daß er schon frühzeitig einen so bedeutenden Aufschwung nahm, wie es tatsächlich der Fall war und ist es nur zu begreiflich, daß eine Zeit, welche von jener Annahme als Tatsache ausging, das scheinbar Unerklärliche durch allerhand höchst abenteuerliche Erklärungen, von denen wir oben bereits eine Probe gaben, sich mundgerecht zu machen versuchte.

Noch in einer anderen Richtung haben diese Annahmen nicht unbedenkliche Folgen gehabt. Die Römer hatten ein besonderes Recht für den Bergbau ausgebildet, dessen wichtigste Bestimmungen in die Rechtsbücher Justinians¹⁾ aufgenommen sind, von dem aber im Codex Theodosianus²⁾, der Lex Vipascensis³⁾

1) Cod. Lib. XI, Tit. 6 de metallaria et metallis et procuratoribus metallorum.

2) Lib. X, Tit. 19 de metallis et metallariis.

3) Die Bruchstücke des Berggesetzes von Vipasca in Lusitanien (aufgefunden 1876) sind von großer Wichtigkeit für die Kenntnis der Blütezeit des römischen Bergbaues. Sie sind verschiedentlich abgedruckt u. a. in *Fontes juris romani antiqui* ed. C. G. Bruns. Ed. sexta von Th. Mommsen u. O. Gradenwitz, 1893. Am 7. Mai 1906 ist wieder bei Ajalstrel ein neues bedeutendes Bruchstück eines römischen Berggesetzes gefunden. Abgedruckt ist es im *Journal des Savants*, August- resp. Dezembernummer 1906. Da in demselben der Kaiser Hadrian erwähnt, ist es nicht dem Ende des 1. Jahrhunderts, sondern der Zeit

uns weitere wichtige Einzelheiten erhalten sind. Hörte mit der Völkerwanderung der römische Bergbau auf, so war natürlich auch sein Recht ein totes, das erst durch die Rezeption nach Friedrich Barbarossas Zeiten von neuem zu praktisch geltendem Recht wurde, durch dessen Bestimmungen möglicherweise das Bergrecht, welches sich inzwischen selbständig gebildet hatte, dann abgeändert werden konnte.

Die letzterwähnte Annahme hat in der Tat einen Irrtum veranlaßt, der noch in neuerer Zeit eine Anzahl von Vertretern findet und in gewisser Weise sogar die Berggesetzgebung der letzten Jahrzehnte noch beeinflußt hat. Es ist dies die Frage, ob das Bergregal in Deutschland von Anfang an in Geltung war oder erst nach Barbarossas Zeiten das bis dahin in Kraft befindliche Eigentumsrecht des Grundeigentümers an den Erzschatzen verdrängt habe. Nahm man das Letztere an, wie es zeitweilig allgemein der Fall war, so hatte die moderne Ausbildung des Regals in dem Sinne, daß die Bodenschätze freilich der Verfügung des Grundeigentümers entzogen wurden, aber vom Staate ihre Ausbeutung jedem ordnungsgemäß darum Nachsuchenden ohne Anspruch auf eine besondere Entschädigung gestattet werden mußte¹⁾, ihre innere Berechtigung, da dann lediglich eine Usurpation, die dem deutschen Recht ursprünglich fremd war, dadurch beseitigt, resp. im Gesamtinteresse den Bedürfnissen der Neuzeit entsprechend umgebildet wurde. War dagegen das Regal altüberliefertes deutsches Recht, welches bei Entstehung der germanischen Staaten mit vielen anderen Einrichtungen von den Römern übernommen wurde, so ließ sich jene Abschwächung desselben vielleicht auch vom wirtschaftlichen Standpunkte aus rechtfertigen, wenn dadurch eine wesentliche Hebung des Bergbaus zu erhoffen war und der Verzicht auf besondere Einnahmen aus diesem nutzbaren Rechte des Staates der Gesamtheit keine zu großen Opfer und Verluste auferlegte, wie das freilich wohl ursprünglich der Fall war. Ändern sich dann aber die wirtschaftlichen Verhältnisse und Voraussetzungen, so ist eine Änderung, die dem Gesamtinteresse mehr entspricht, entschieden zu fordern, sie bedeutet dann keine Änderung, sondern nur eine Wiederherstellung des ursprünglichen Rechtszustandes und ist deshalb unbedenklich, soweit inzwischen wohlerworbene Rechte geachtet werden.

zwischen 117 und 138 angehört. Es kam mir erst zu Gesicht, als dieser Aufsatz vollendet war und konnte deshalb nur bei der Korrektur in einzelnen Anmerkungen berücksichtigt werden.

1) Allgemeines Berggesetz für die preussischen Staaten v. 24. Juni 1865, Tit. I u. 2.

1. Der spätrömische Bergbau.

Nachdem wir uns so über die Wichtigkeit der Frage, ob eine direkte Weiterbildung des römischen Bergbaues und Bergrechtes durch die Deutschen anzunehmen sei oder nicht, Klarheit verschafft haben, müssen wir nun an die Prüfung der etwaigen Beweismittel im Sinne der ersten Annahme herangehen. Zunächst indessen wird es erforderlich sein, einen kurzen Blick auf den Stand des Bergbaus in der letzten Zeit des römischen Kaiserreichs zu werfen und besonders einer Einrichtung desselben, der wir gleichmäßig in dem Codex Theodosianus und Justinianus, also in dem 5. und 7. Jahrhundert unserer Zeitrechnung erwähnt finden, die aber auch Ammianus Marcellinus¹⁾ kannte, unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es ist die Schaffung eines Standes von an das Bergwerk gebundenen Bergarbeitern, der metallarii. In meinen Untersuchungen zur Geschichte des römischen Bergbaus²⁾, habe ich die Vermutung ausgesprochen, daß es sich dabei um eine Bergarbeiterkolonisation handelt, die auf ähnlicher Grundlage entstanden ist, wie die Agrarkolonisation, durch die seit dem Ende des 2. Jahrhunderts dem an Entvölkerung leidenden Römerreiche neue Menschenkräfte zugeführt sind. Diese Kolonisten mußten aber der Natur der Dinge nach aus den germanischen Stämmen, die das Reich bedrängten, genommen werden, auch die Tatsache, daß sie sich in großer Anzahl den im Jahre 375 in den östlichen Teil des Reiches eingefallenen Gothen anschlossen, dürfte für eine Stammesgemeinschaft mit denselben sprechen. Aber es ist nicht allein dieses Moment für uns von Wichtigkeit, auch die ganze Art des Kleinbetriebes, wie wir sie für die metallarii anzunehmen haben, war eher geeignet den Bergbau selbst ernste Krisen überdauern zu lassen, als ein etwaiger Großbetrieb; besonders wenn seine Arbeiter aus Sklaven oder Strafgefangenen bestanden. Auch die sonstigen Kleinbetriebe, welche auf Grund der Freigebung des Bergbaus resp. der Goldwäscherei durch die Lex der Kaiser Valentinian und Valens vom Jahre 365 entstanden sein könnten, wären hier zu nennen, freilich werden sie wohl nach der Lage der Dinge hauptsächlich im östlichen Teile des Reiches gelegen haben und kommen demgemäß für uns kaum in Betracht. Immerhin zeigt die lex ebenso wie eine Anzahl anderer aus der letzten Zeit des römischen Reiches, daß auch damals noch dem Bergbau große Aufmerksamkeit seitens der Staatsgewalt gewidmet wurde und daß die betreffenden Maßregeln nicht ganz ohne Erfolg gewesen sind, beweisen unter anderem auch die Klagen über das Entlaufen der metallarii.

1) Rerum gestarum, l. lib. XXXI, 6. 6.

2) A. a. O. S. 100 f. u. 330 f., wo die Verhältnisse und wahrscheinliche Herkunft der metallarii eingehend erörtert werden. — Schon das 1906 gefundene Bruchstück bezeichnet die Bergleute als coloni.

Selbst wenn die Annahme die metallarii seien germanischer Abkunft und dadurch besonders geeignet gewesen die technischen und sonstigen Einrichtungen der Römer gewissermaßen für spätere Zeiten zu erhalten, sich als gar nicht oder nur teilweise zutreffend erweisen sollte, so würden sich doch die Möglichkeiten in dieser Hinsicht günstiger gestalten als bei den früheren Annahmen. Die Kleinbetriebe jeder Art mußten sich mit ihrer naturgemäß seßhafteren Belegschaft als widerstandsfähiger gegenüber den Stürmen jener Zeiten erweisen, als die schon oben gekennzeichneten Großbetriebe. Wie man also sieht waren zunächst die allgemeinen Voraussetzungen für eine teilweise Fortdauer der römischen Betriebe gegeben, und ist nun festzustellen, ob in denjenigen Gebieten, welche nach der Völkerwanderung von deutschen Stämmen besetzt waren oder auch nur von letzteren beherrscht wurden, zu römischer Zeit bereits ein Bergbau stattgefunden hat.

Wir können hierbei von den Teilen Spaniens, welche vorübergehend dem fränkischen Reiche angehörten, wohl füglich absehen und ebenso auch bezüglich Italiens und Galliens uns zunächst auf Feststellung der Tatsache beschränken, daß in letzterem ein nicht unbedeutender Bergbau und wohl in den verschiedensten Teilen des Landes zur Zeit der römischen Herrschaft stattgefunden hat, dessen etwaige Fortsetzung bei dem engeren Zusammenhange, der durch die Zugehörigkeit zum Reiche der Merovinger und Karolinger bedingt war, für die Entwicklung in den eigentlich deutschen Gebieten von Bedeutung sein konnte.

Eine besondere Bedeutung hatte schon zu römischer, ja vorrömischer Zeit der Bergbau auf Gold und vor Allem auf Eisen¹⁾ in der Provinz Noricum, dem Gebiete der Ostalpen. Auch in den Gebieten Rätiiens hat es an Bergbau und Salinenbetrieb nicht gefehlt. Sonstige Nachrichten und Funde²⁾ zeigen uns, daß die Römer bei Wiesloch auf Blei und Silber und im Spessart auf Kupfer bauten. Im Nassauischen in agro Mattiaci ließ nach Tacitus³⁾ Curtius Rufus während der Regierung des Claudius seine Legionare auf Silber graben. Auch im Lahn-, Sieg- und Aggertale hat man Spuren römischer Tätigkeit gefunden, wie auch die Gruben bei Commern, Call und Wallerfangen schon von den Römern betrieben sein sollen. Gleichfalls scheinen ihnen die großen Salinen Lothringens⁴⁾ im Gebiet von Salzburg (Château Salins) bereits bekannt gewesen zu sein, während die vielfach

1) Von Beamten und Pächtern des Norischen Eisenbergbaues geben uns die Inschriften C. J. I., III² No. 4788, 4809 u. 5036 Kunde, sonst wird der Norische Gold- oder Eisenbergbau erwähnt bei Plinius, Nat. Hist., Lib. XXXIV c. 14; Horaz, Od. I, 13, Ovid Met. I, 14; auch bei Martial.

2) Siehe A. Arndt, Zur Geschichte und Theorie des Bergregals und der Bergbaufreiheit, 1879, p. 17.

3) Annalen, Lib. XI, 30.

4) Siehe Koch, Geschichte der Entwicklung des Bergbaus und Salinenbetriebes in Elsaß-Lothringen. Zeitschrift für Bergrecht, Bd. XV, 1874.

gefundene Behauptung, sie seien auch im Gebiete von Markirch tätig gewesen, von anderer Seite bestritten wird¹⁾.

Auch der Blei- und Silberbergbau in der Gegend von Badenweiler und Sulzberg (im südlichen Baden) soll schon von den Kelten und nach ihnen von den Römern betrieben sein, wie man von letzteren auch annimmt, daß sie in dortiger Gegend Gold im Sande des Rheines gewaschen haben²⁾.

Diese Aufzählung dürfte auf alle Fälle zeigen, daß die bergmännische Tätigkeit der Römer auch in den Gebieten des heutigen deutschen Reiches, der Schweiz und Deutsch-Österreichs, welche zeitweilig ihrem Reiche angehörten, keine unbedeutende gewesen ist, vielmehr die bedeutende Ausbreitung derselben, gewissermaßen auch räumlich genügende Gelegenheit bot, die Einrichtungen, welche wir oben kennen lernten, zur Anwendung zu bringen. Wenn man etwa gegen die Aufzählung einwenden wollte, es sei nicht sehr wahrscheinlich, daß in Grenzgebieten mit wenig sicheren Verhältnissen, die zum Teil auch nur verhältnismäßig kurze Zeit unter römischer Herrschaft gestanden, sich ein bedeutender Bergbau entwickelt habe, bei dem Deutsche den römischen Lehrmeistern ihre Künste absehen konnten, so kann man solchen Bedenken gegenüber auf die Entwicklung in Dakien verweisen; wo sich trotz der doch nur kurzen Zeit der römischen Herrschaft und wohl stets sehr unsicherer Verhältnisse, doch ein höchst blühender Bergbau entwickelt hatte, obwohl hier die Arbeiter zum erheblichen Teile, da die Provinz zunächst nach der Eroberung ziemlich menschenleer war, aus entfernteren Provinzen, z. B. Dalmatien, herangezogen werden mußten. Trotz aller Schwierigkeiten scheinen schon wenige Jahrzehnte hingereicht zu haben, um hier bedeutende Erfolge zu erzielen.

2. Die Zustände nach der Völkerwanderung.

Es ist nun natürlich nicht möglich, die Fortdauer irgend eines jener eben genannten Bergwerke in den Grenzgebieten auch für die Zeit nach dem letzten Viertel des 5. Jahrhunderts direkt nachzuweisen. Dagegen fehlt es uns aber nicht

1) E. Hausser, Das Bergbauggebiet von Markirch, 1900, Heft XXV der Beiträge zur Landes- und Volkskunde von Elsaß-Lothringen, S. 12 f.

2) Die hier versuchte Aufzählung macht natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit und völlige Genauigkeit. Erstere ist für unsere Zwecke kaum erforderlich, da es nur darauf ankommt, nachzuweisen, daß die Römer auf deutschem Boden in beträchtlicherem Umfange Bergbau getrieben haben. Auch letztere ist schwer zu erzielen; bei der mangelhaften und ungenügenden schriftlichen Überlieferung muß man vielfach Beweismittel anderer Art als genügend betrachten, wie Funde römischer Werkzeuge, Münzen usw. in alten Bauen; dabei können natürlich Irrtümer leicht vorkommen.

an Beweisen dafür, daß in den germanischen Reichen, welche von jener Zeit ab auf den Trümmern Westroms entstanden, der Bergbau fortbestand, ja von den betreffenden Herrschern gefördert ist.

Für das von Theodorich dem Großen (493—526) begründete Ostgothenreich, welches nicht nur Italien sondern auch Dalmatien und Teile des Ostalpengebietes umfaßte, liegt uns zunächst in einem an den Comes Simeon gerichteten Schreiben¹⁾ ein Beweis dafür vor. Es heißt dort: „*Praeterea ferrarias venas praedictae Dalmatiae cuniculo te veritatis iubemus inquirere, ubi rigorem ferri parturit terrena mollietis et igni decoquitur, ut in duritiem transferatur*“. Auch in der formula de competitoribus²⁾, welche von der Verleihung öffentlicher Ländereien handelt, wird dem Bergbau Aufmerksamkeit, wenigstens indirekt, gewidmet indem sie sagt: „*Atque ideo desideranti tibi illum locum proprietario jure concedimus, praeter aes, aut plumbum, vel marmora, si tamen ibi fuerint latere comperta*“. Es ist diese Stelle auch insofern noch von besonderer Bedeutung, als in ihr Oberflächeneigentum und das Eigentumsrecht an den im Boden befindlichen Metallen, Erzen oder wertvollen Steinarten getrennt werden, letzteres dem König vorbehalten wird. Auch Theodorichs Nachfolger, Athalarich, beschäftigt sich in einem Schreiben³⁾ an den Comes patrimonii mit dem Bergbau: „*Qua propter ad massam juris nostri Rusticianam, in Brutiorum provincia constitutam, magnitudinem tuam iubemus chartarium destinare, et si (ut ab artifice harum rerum Theodoro dicitur) memoratis rebus (nämlich Gold und Silber) terra fecunda est, officinis solemniter institutis montium viscera perquirantur*.“ Daß im Ostgothenreiche seitens der Herrscher dem Bergbau große Aufmerksamkeit gewidmet wurde, ist hierdurch zur Genüge bewiesen und an einem Erfolge, wenigstens in den alten Bergbaugebieten Dalmatiens und Norikums, ist wohl kaum zu zweifeln; ob derselbe indessen von Dauer war, läßt uns die baldige Zerstörung des Reiches durch die Oströmer, die ihrerseits wieder im größeren Teile desselben bald durch die Longobarden verdrängt wurden, jedenfalls mit Recht bezweifeln.

So ist es nicht zu verwundern, daß uns speziell über den norischen Bergbau aus dieser und der nächstfolgenden Zeit alle Nachrichten fehlen und einige, die uns über denselben für den Anfang des 8. Jahrhunderts Kunde bringen, nicht als genügend beglaubigt gelten können. Zu diesen gehört es, daß Lori⁴⁾, erwähnt, die in Folge der Völkerwanderung und der Einfälle der Hunnen in Verfall geratenen norischen Eisenbergwerke seien durch den Herzog Theodo von Bayern

1) M. A. Cassiodori Variarum lib. III, ep. 25 in Migne S. I. T. 69, S. 590.

2) Cassiodori Variarum lib. VII, ep. 44, a. a. O. S. 730.

3) Cassiodori Variarum lib. IX, ep. 3, a. a. O. S. 768.

4) J. G. Lori, Sammlung des bairischen Bergrechts 1764: Einleitung S. I f.

im Jahre 712 wieder aufgenommen; die Nachricht wird übrigens von Lori selbst als mangelhaft beglaubigt und deshalb keine besondere Bedeutung besitzend bezeichnet. Eine etwas andere Lesart lediglich ist die von Muchar¹⁾ erwähnte und als unglaubwürdig bezeichnete Sage, die Gruben resp. Lager von Eisenerz seien im Jahre 712 gefunden. Sind auch beide Nachrichten in der Form ihrer Überlieferung als unrichtig zu bezeichnen, so könnte doch das richtig an ihnen sein, daß um die genannte Zeit bereits die Gruben von Eisenerz, man könnte zweifeln, ob man sagen soll, noch oder wieder in Ausbeute gekommen waren, handelt es sich doch bei ihnen um ein Erzvorkommen, das bereits in vorrömischer Zeit bearbeitet wurde. Eine etwas besser beglaubigte Nachricht im Congestum Arnonis²⁾, deutet auf einen sehr alten Goldbergbau im Pongau, sie lautet: „Ibant duo fratres in locum qui dicitur Pongawi . . . in venatione et ad aurum faciendum“. In der gleichen Quelle³⁾ findet sich noch eine weitere Nachricht aus derselben Zeit, sie gibt uns in ihrem Wortlaut: „tradidit jam dictus dux in eodem pago in loco qui vocatur salinas (Reichenhall) fornaces XX et totidem patellis et terciam partem de putiario ibidem concessit, quod barbarice dicitur Galgo. Insuper . . . decimam de sale et de teloneo, quod datur in censo dominico. Nec non . . . tradidit romanos et eorum tributales mansos LXXX . . .“ Kunde von einer Schenkung des Herzogs Theodo von Bayern (7. Jahrhundert) an Salzburg und darüber, daß der Salinenbetrieb um diese Zeit bereits ein sehr ausgedehnter war. Besonders bedeutungsvoll ist wohl die Bezeichnung der römischen Mansen, die uns zeigt, daß in jenen Zeiten die Erinnerung an die römischen Vorgänger durchaus noch nicht verloren gegangen war. Über den Salinenbetrieb haben wir übrigens noch einige weitere Nachrichten aus dem 8. Jahrhundert. Das Kloster Mondsee⁴⁾ erhält im Jahre 759 „casas cum terra salaricia“ geschenkt. In der Stiftungsurkunde des Klosters Kremsmünster⁵⁾ von Herzog Thassilo von Baiern 777 (778) heißt es weiter: „... Tradimus quoque et salinam, que ad Sulzbach est, et tres homines ibi habitantes salem coquentes . . .“. Hier werden also mit der Saline zugleich die Arbeiter derselben verschenkt, sie sind an dieselbe gefesselt in ähnlicher Weise, wie die römischen metallarii an ihre Grube.

Mit diesen wenigen Nachrichten ist nun alles aufgezählt, was uns bis auf die Zeit Karls des Großen über einen nachrömischen Bergbau und Salinenbetrieb

1) A. v. Muchar, Geschichte des Herzogtums Steiermark 1844—1867, Bd. III, S. 82.

2) Siehe Congestum Arnonis in Hund, Metropolis Salisburgensis 1719, Tom. I, S. 29 oder in Juvavia 1784, Anhang. No. 6, S. 29.

3) Hund, a. a. O. S. 26 oder Juvavia, a. a. O. S. 20 f.

4) Urkundenbuch des Landes ob der Enns, Bd. I, 1852, S. 41. Codex traditionum Monasterii Lunaelacensis No. 70.

5) Urkundenbuch des Landes ob der Enns, Bd. II, 1856, No. 2.

aus einem Gebiete erhalten ist, in welchem die Römer mehr als 400 Jahre beides in der umfassendsten Weise getrieben hatten, und aller Wahrscheinlichkeit nach schon vor ihrer Zeit Salz, Eisen und Gold, vielleicht auch andere Metalle in nicht unbedeutenden Mengen gewonnen sind. Freilich fallen in den Beginn der etwa dreihundertjährigen Periode gerade die letzten Zuckungen der Völkerwanderung, durch welche die betreffenden Gebiete noch stark in Mitleidenschaft gezogen sind; von hier aus brachen die Ostgothen und Longobarden zu ihren Eroberungen Italiens auf und haben die Verschiebungen, welche diesen Zügen folgten, unsere Gebiete gewiß noch auf längere Zeit wenig zur Ruhe kommen lassen; auch der Rest der Jahrhunderte war hier unzweifelhaft mit inneren und äußeren Kämpfen aller Art ausgefüllt. Für friedliche wirtschaftliche Arbeit war das alles natürlich wenig günstig, so daß wir uns wohl kaum wundern könnten, wenn wir von einem vollständigen Untergange des Bergbaues hörten. Dennoch scheint ein solcher nicht stattgefunden zu haben, wohl wird hier und da der Betrieb einmal, vielleicht sogar auf Jahrzehnte hinaus, völlig aufgehört haben, allein immer scheinen sich die Reste der alten bergmännischen Bevölkerung wieder der altüberlieferten Tätigkeit zugewandt zu haben.

Die beiden Nachrichten, die sich auf den Eisenbergbau bezogen, sind freilich in keiner Weise urkundlich beglaubigt und demnach eigentlich nicht als beweiskräftig zu betrachten, ja sie wären streng genommen nicht einmal der Erwähnung wert gewesen. Wenn sie dennoch angeführt wurden, so geschah es, weil wir wohl berechtigt sind anzunehmen, daß in Eisenerz und vielleicht anderen wichtigen Gruben, doch, wenn auch mit Unterbrechungen, die ganze Zeit hindurch fortgearbeitet ist. Die einzige Nachricht über den Goldbergbau (wohl richtiger die Goldwäscherei) im Pongau ist nur insofern von Interesse, als sie uns zeigt, daß auch im 7. Jahrhundert eine bergmännische Tätigkeit in unseren Gebieten stattgefunden hat.

Die Nachrichten über den Salinenbetrieb sind ebenfalls nicht sehr zahlreich, aber sie geben uns doch eine Reihe von wichtigen Aufschlüssen. Zunächst freilich können wir nicht sicher feststellen, ob es sich hier um Fortsetzung von bereits durch die Römer begonnenen Betrieben handelt, dürfen aber wohl annehmen, daß die Reichenhaller und andere der zahlreichen Salinen unseres Gebietes bereits durch sie betrieben wurden. Die Erwähnung der römischen *mansi* in der Schenkung des Herzogs Theodo neben den Anteilen an der Saline spricht in dieser Richtung deutlich genug. Auch die Vergebung des Zehnten vom Salze und der herrschaftlichen Abgabe dürfte uns zeigen, daß seitens der bayerischen Herzöge zu jener Zeit ähnliche Hoheitsrechte und Abgaben, wie früher von den römischen Imperatoren, beansprucht wurden, ja wenn der Wortlaut der Stelle

nicht einigermaßen zu Zweifeln Anlaß geben könnte, würden wir sie besonders im Zusammenhang mit der formula de competitoribus als einen unzweifelhaften Beweis dafür betrachten müssen, daß auch die Germanischen Herrscher, welche in diesen Teilen des Reiches das Erbe der Imperatoren angetreten hatten, wie diese seit Tiberius¹⁾ das Bergregal für sich beanspruchten. Handelt es sich auch in der formula um die Verleihung öffentlicher Ländereien zum Eigentum, so würde doch kaum, wenn nicht der Regalanspruch allgemein erhoben wäre, in diesem besonderen Falle für die metalla ein ausdrücklicher Vorbehalt ausgesprochen sein; zu einer besonderen Einschränkung der Rechte der Grundeigentümer lag, da man jedenfalls die Landwirtschaft durch Gewinnung von Colonisten heben wollte, keine Veranlassung vor. Die Formel spricht einfach die allgemein vorhandene Einschränkung der Rechte der Grundeigentümer aus. Die Verleihung endlich an Kremsmünster gewinnt durch die Tatsache, daß hier mit der Saline zugleich die Arbeiter vergeben werden, wie es später öfter vorkommt, ein besonderes Interesse. Wie schon erwähnt, fordert sie einen Vergleich mit der Lage der römischen metallarii geradezu heraus, in beiden Fällen erscheinen die Arbeiter an das Werk gefesselt. War die Lage der metallarii auch insofern günstiger, als sie nicht einfach zu bestimmten oder unbestimmten Dienstleistungen verpflichtet waren, wie dies wohl bei den homines . . . salem coquentes der Fall gewesen sein dürfte, sondern gewissermaßen auf eigene Rechnung arbeiteten, wenn auch mit schweren Naturalabgaben an den Grubeneigentümer, den Staat, belastet, so konnten sie doch weder sich persönlich noch ihre Nachkommenschaft der Grubenarbeit entziehen, ja prinzipiell wäre es wohl auch nicht ausgeschlossen gewesen, daß sie den Herrn wechseln konnten, wenn z. B. der Staat die Abgaben der Bergwerke verkauft oder verpfändet hätte²⁾. Nur unter einer Voraussetzung war es ihnen möglich sich diesem Zwange zu entziehen, wenn sie nämlich Käufer ihrer metalla loca fanden, die selbstverständlich die auf diesen ruhenden Abgaben und die erbliche Arbeitsverpflichtung übernahmen. Ein Herabsinken zu der Stellung jener unfreien Salinenarbeiter lag nun in jenen unruhigen Zeiten durchaus nicht außer dem Bereich der Möglichkeit, ja man könnte, wenn wir den Verlust der persönlichen Freiheit, welche die metallarii doch immerhin noch besaßen, und ihrer Ausbeutungsrechte an der ihnen zugewiesenen Grube nicht berücksichtigen oder wenigstens nur mäßig hoch anschlagen wollten, sogar die Frage aufwerfen, ob dies eine Verschlechterung ihrer Lage bedeutete. Ihre Abgaben, die sie nach Ammian erdrückten, wären dann ersetzt durch eine Arbeitspflicht, bei der sie wenigstens der Sorge um den Lebensunterhalt enthoben waren.

1) Neuburg Untersuchungen a. a. O. S. 53.

2) Über die Stellung der metallarii siehe Neuburg, Untersuchungen, a. a. O. S. 101—108.



Waren also die Nachrichten über einen etwaigen Bergbau in den Ostalpen und den angrenzenden Gebieten wenig zahlreich, so können wir uns streng genommen fast darüber wundern, daß sie noch so zahlreich sind. Wenn wir oben betonen konnten, die Zeiten mit ihren vielen Kämpfen wären der Betätigung friedlicher Arbeit nicht günstig gewesen, so gilt dies noch mehr von der Bewahrung, besonders schriftlicher Überlieferungen. Wir können aus der geringen Zahl derselben nicht ohne Weiteres schließen, daß nun der Bergbau in unseren Gebieten vollständig darnieder gelegen habe. Hatte die Salzgewinnung die wilden Zeiten überdauert, so konnte dies auch ebensowohl für den Erzbergbau und die Goldgewinnung der Fall sein. Ob man Salz oder Eisen in dieser Zeit als das wichtigere Produkt ansah, kann wohl als zweifelhaft betrachtet werden und daß die germanischen Großen Gold und Silber nicht geschätzt hätten, wird man auch nicht behaupten können, sie werden demnach bestrebt gewesen sein, ihre Gewinnung möglichst zu fördern.

Wenden wir nun unsere Blicke auf die Nachrichten, welche die Gebiete des westlichen Deutschland sowie Galliens betreffen, so ist es vor allem eine gut beglaubigte, die wir zu erwähnen haben. In den *Gesta Dagoberti I regis Francorum* c. 40¹⁾ heißt es: „Denique eodem tempore (636) plumbum quod ei (Dagobert) ex metallo censum in secundo semper anno solvebatur, libras octo millia, ad cooperiendam eandem supradictorum beatorum martyrum (St. Denis) ecclesiam eo ordine concessit, . . .“. Die weitere Erzählung ergibt, daß das Blei für das Dach der Kirche verwendet werden soll. Wenn wir an anderer Stelle²⁾ lesen, daß dieses Blei aus den Gruben von Markkirch im Elsaß gekommen sei, so ist diese Ausschmückung durch nichts beglaubigt und trägt den Stempel der Übertreibung wohl deutlich genug auf der Stirn. Eine Abgabe von dieser Höhe würde eine hohe Blüte des betreffenden Bergbaues zur Voraussetzung haben, die für jene Zeit kaum wahrscheinlich ist. Ob wir in jenem Betrage von 8000 Pfd. den Gesamtbetrag der königlichen Einnahme zu sehen haben, ist vielleicht nicht ganz sicher, besonders die auffallende Angabe, daß sie nur jedes zweite Jahr anfielen, kann Zweifel in dieser Richtung erwecken. Jedenfalls kann aber der Bleibergbau in Gallien und Westdeutschland nicht ganz unbedeutend gewesen sein; wo derselbe indessen stattfand, läßt sich in keiner Weise auch nur vermuten, da für die Richtigkeit der schon erwähnten Angabe kein Anhaltspunkt vorhanden ist, manches aber gegen dieselbe spricht. Auch für die Richtigkeit der Mitteilung E. Haussers³⁾, daß der Kirchenchor von St. Denis mit Markkircher Silber geschmückt

1) M. G. H. *Scriptores Rerum Merovingicarum*, 1888, Tom. II, S. 419.

2) A. Gurlt, *Bergbau und Hüttenkunde in gedrängter Darstellung*, 1877, S. 9—27.

3) E. Hausser, *Das Bergbaugebiet von Markkirch*, 1900, Heft 25 der Beiträge zur Landes- und Volkskunde von Elsaß-Lothringen, S. 12. Dort findet sich auch die das oben Erwähnte widerlegende

sei, ist ein Nachweis nicht zu erbringen, ebenso wenig wie für die sich an gleicher Stelle findende Nachricht, daß St. Berlin der 660 in St. Omer eine Kirche baute, das zu deren Ausschmückung erforderliche Gold und Silber aus den Markkircher Bergwerken erhalten habe.

Auch hier wollen wir der streng genommen einzigen Nachricht, welche uns auf das Vorhandensein eines Erzbergbaues im fränkischen Reiche schließen läßt, noch einige auf den Salinenbetrieb bezügliche anfügen. Sie beziehen sich auf die schon oben, als bereits den Römern bekannt, erwähnten lothringischen Salinen; nach Koch soll diejenige von Vic bereits vor dem 8. Jahrhundert nachweisbar sein, eine Schenkung an die Abtei St Michel von 709 bezieht sich auf die schon damals in vollem Betrieb befindliche Saline Marsal, die auch 777 wieder erwähnt wird. Am 1. April 729 vermacht übrigens auch der Herzog Theotcharius dem Kloster Weißenburg einen Anteil an der Saline in „in uico marsello“ mit Zubehör¹⁾. Dieselben haben ihre Bedeutung eigentlich nur dadurch, daß hier der Fortbestand eines von den Römern bereits begonnenen Betriebes nachgewiesen ist.

Ist nun auch der Menge nach unser Ergebnis hier gleichfalls ein höchst kümmerliches, so ist es deshalb doch nicht zu unterschätzen. Die Schenkung Dagoberts zeigt uns, daß ein nicht unbedeutender Bleibergbau im fränkischen Reiche zu einer Zeit vorhanden war, wo dasselbe die schlimmsten Stürme, auch der Merowingerzeit, bereits hinter sich hatte. Der Tiefstand wirtschaftlicher Entwicklung war damals bereits überschritten und können wir deshalb auch hier eine ununterbrochene Fortdauer des Bergbaues von der Römerzeit an wohl als erwiesen betrachten, zumal auch die Nachrichten über die lothringischen Salinen das gleiche beweisen. Wo nun freilich die betreffenden Bergwerke lagen, darüber fehlt uns jeder Anhalt, wir können sie mit dem gleichen Rechte bei Call oder Commern auf deutschem Boden, wie etwa im südlichen Frankreich suchen.

Mitteilung, die Besiedelung (vielleicht Wiederbesiedelung) des Lebertales sei erst in der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts erfolgt. Vergleiche auch Koch, Geschichtliche Entwicklung des Bergbaues und Salinenbetriebes in Elsaß-Lothringen. Zeitschrift für Bergrecht, 1874, Bd. XV, S. 168—173.

1) Traditiones possessionesque Wizenburgenses 1842, No. 213. In den Traditiones werden seit 699 sehr viele Übertragungen in pago salinense erwähnt (No. 205). Diese Bezeichnung dürfte auch für das hohe Alter resp. die römische Herkunft des Betriebes sprechen.

3. Der Bergbau nach den Rechtsbüchern.

Wenn übrigens unsere Untersuchung zunächst ein sehr dürftiges Resultat geliefert hat, so hat das zum Teil seine Ursache darin, daß wir bisher die Rechtsbücher von derselben ausgeschlossen hatten. In ihnen dürfen wir mit Zuversicht, falls der Bergbau zur Zeit ihrer Niederschrift noch irgend welche Bedeutung hatte, erwarten Bestimmungen zu finden, die sich auf denselben beziehen. Bilden doch die großen Sammlungen des römischen Rechtes, der Codex Theodosianus und die Rechtsbücher Justinians für uns eine der wichtigsten Erkenntnisquellen in bezug auf eine Zeit, über die wir sonst verhältnismäßig wenig wissen.

In gewisser Beziehung könnten wir sogar die ebengenannten Sammlungen auch hier als Beweismittel anführen, fällt doch ihre Zusammenstellung in die Zeit, mit der wir uns zu beschäftigen haben. Der Codex Theodosianus gehört ungefähr der Mitte des fünften, die Bücher Justinians der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts an; wir dürfen also annehmen, daß die Bestimmungen, welche sie enthalten, die Zustände, die sie dadurch als noch vorhanden schildern, auch noch praktische Bedeutung hatten, resp. vorhanden waren. Allein, da die Geltung der Gesetze naturgemäß sich auf den römischen Machtbereich beschränkte, kamen sie doch in den Gebieten, welche für uns in Frage stehen, nur zum kleinen Teil direkt in betracht und dort nur zeitweilig, nämlich für Italien resp. einzelne Teile desselben, so weit sie nach dem Untergange des Ostgothenreiches unter die Herrschaft Ostroms kamen und darunter blieben. In den von Deutschen besiedelten und den unter deutscher Herrschaft stehenden Gebieten Galliens waren sie nicht direkt geltendes Recht und ist es deshalb auch ohne Bedeutung, daß ebenfalls in den erst Ende des 9. Jahrhunderts aus ihnen zusammengestellten Basiliken¹⁾, vor allem die Verurteilung *ad metalla* usw. in eingehender Weise Berücksichtigung gefunden hat, so daß wir ein Fortbestehen des Bergbaus in Ostrom für unsere ganze Periode sicher annehmen können. Für Deutschland war das freilich nicht ohne Bedeutung, indem damit Gelegenheit geboten wurde, von dort ein oder den andern artifex, wie den vom Ostgothenkönig genannten Theodorus, als technischen Ratgeber herbeizuziehen, wenn etwa schwerere Aufgaben zu lösen waren, denen die Kenntnisse der heimischen Bergleute sich nicht gewachsen erwiesen. Einen weitergehenden Einfluß haben wir jedenfalls bei den gerade in unserer Periode ziemlich lockeren Beziehungen zwischen den beiden Ländergruppen und ihren Herrschern kaum anzunehmen.

Wichtiger ist es für uns, daß in der im Anfang des 6. Jahrhunderts

1) Basil. 60, 51.

niedergeschriebenen *Lex Romana* der *Leges Burgundionum*¹⁾ in den Tit. VIII de violentiis XVIII, de superventoribus et effractoribus, XX de his qui hominem inlicito aut sine causa ligaverit, die Verschickung in metalla als Strafe angedroht wird. Beruhen auch diese Bestimmungen durchaus auf älteren römischen juristischen Schriften (Pauli Sententiae), so ist doch wohl ein gedankenloses Abschreiben nicht anzunehmen. Wir müssen vielmehr aus diesen Stellen schließen, daß im Burgunderreiche ein Bergbau stattfand. Als weiteren Beweis für diese Annahme dürfen wir wohl anführen, daß sowohl in der *lex Romana*, wie in den Konstitutionen²⁾ mehrfach Bestimmungen enthalten sind, die sich auf die verschiedensten Arten von Metallarbeitern beziehen. Diese Gewerbe würden kaum so eingehend berücksichtigt sein, wenn ihnen nicht durch Metallproduktion gewissermaßen eine genügende Grundlage gegeben wäre.

Vorschriften ähnlichen Inhalts finden wir auch in der von Alarich II 506 erlassenen *Lex Romana Visigothorum*³⁾, welcher der *Codex Theodosianus* und verschiedene juristische Schriften zu Grunde liegen. Diese Bestimmungen haben auch in den in Gallien und zwar etwa 200—300 Jahre später niedergeschriebenen epitome Aegidii, codicis Guelpherbytani und Monachi mit ganz wenigen Ausnahmen Berücksichtigung gefunden.

Galt nun die *lex* auch zunächst nur im Westgothenreiche, welches immerhin indessen von Gallien, die Teile südlich und westlich der Loire umfaßte, so zeigen doch die epitome, daß ihre praktische Geltung in späteren Zeiten über diese Grenzen weit hinausreichte. Vielleicht könnte man Zweifel darüber hegen, ob, zur Zeit der Niederschrift der epitome zum wenigsten, die Verurteilung in metalla noch praktische Bedeutung hatte, jedenfalls müssen wir aus ihrer fortdauernden Erwähnung schließen, daß in dem fränkischen Reiche die ganze Zeit hindurch Bergbau getrieben wurde. Es wäre das ja nun freilich immerhin nur eine Feststellung von relativ geringem Werte, zumal auch den Vermutungen über die örtliche Lage dieser Bergwerke doch ein recht weiter Spielraum gelassen wäre. Ihre volle Bedeutung erhält sie erst dadurch, daß die *lex Visigothorum* noch eine direkt auf den Bergbau bezügliche Bestimmung enthält. Es ist dies die als Tit. XI des Lib. X auch mit ihrer Überschrift: *De Metallis et Metallariis* dem *Codex Theodo-*

1) Quartausgabe der M. G. H. *Leges Sect. I*, Tom. II, Pars I v. L. R. v. Salis, Hannover 1892. Über die Zeit der Niederschrift sind Meinungsverschiedenheiten vorhanden. Für die Sammlung des lib. Constitutionum sind als mögliche Zeit 451, 472, 480—90, 501 und 517 angegeben. Für die *lex Romana* werden 502—506 oder 502—517, endlich ein Zeitpunkt nach 517 genannt.

2) L. R. Tit. II, 6. Lib. Const. Tit. X, 2, 3, 4 und Tit. XXI, 2.

3) *Lex Romana Visigothorum* (mit 7 epitome derselben) herausgegeben von G. Hanel, Leipzig 1849. Zu Pauli Sententiarum Lib. V tit. 21, 1; tit. 24, 2; tit. 25, 6; tit. 27, 1. 6—10; tit. 28, 3. Es handelt sich hier um Stellen, die meist auch in dem Digestentitel de poenis aufgenommen sind.

sianus entnommene wichtige Vorschrift der *lex 14 jenes Codex*¹⁾ durch die den Haus- und Grundbesitzern ein gewisser Schutz gegen etwaige Übergriffe des Bergbaues verliehen wird. Sie ist mit einer der römischen Interpretationsliteratur des 5. Jahrhunderts entnommenen *Interpretatio* versehen, was wohl jedenfalls darauf hindeutet, daß man sie in jener Zeit noch als einem praktischen Bedürfnis dienend ansah. Bemerkenswert ist weiter, daß die *interpretatio* nicht nur „*saxa*“ und „*marmora*“ wie das ursprüngliche Gesetz von 393 nennt, sondern daneben auch schlechtweg von *metallum* spricht. Der Bergbau muß also jedenfalls zunächst im Westgothenreiche nicht unbedeutend gewesen sein, wenn man glaubte Übergriffe gegenüber den Grundeigentümern durch eine besondere Vorschrift verhüten zu müssen.

Auch die sechs *epitome*, außer den bereits obengenannten noch das „*Scintillae sive Codicis regii Parisiensis Suppl. Lat. 215*“, dann „*Lugdunensis*“ die in Gallien und „*St. Galli*“ das in Churräthien niedergeschrieben ist, enthalten in ihrer Erläuterung meist die Bezeichnung *metallum* oder *auri metallum*, das letztgenannte auron nec nulla rebustura, während nur die *Summa Lugdunensis* die ursprüngliche Bezeichnung *saxa vel marmora* beibehalten hat. Es ist hieraus zweierlei zu schließen, zunächst, daß die Bestimmung auch in anderen Teilen des Frankenreichs als dem ursprünglich westgothischen zur Geltung gelangt ist, weil auch hier ein Bedürfnis nach Schutz für die Grundeigentümer vorhanden war. Und weiter, daß es überwiegend nicht etwa Stein- oder Marmorbrüche waren, durch deren Ausdehnungsbedürfnis jene Schädigungen zu befürchten waren, sondern vielmehr Erz- und vor allem Goldbergwerke, die in allen Teilen des Reiches vorhanden, die Haus- und Grundeigentümer durch ihren Betrieb vielfach zu schädigen drohten.

Bei der Goldgewinnung wird man indessen wohl weniger an eigentlichen Bergbau, als vielmehr an Wäschereibetrieb zu denken haben, es geht dies aus der eigentümlichen Erläuterung des zu Anfang d. 9. oder schon im 8. Jahrhundert niedergeschriebenen *Epitome Cod. reg. Par.* hervor. „*Nullus bessus, dum auri metallum sequitur, fundamenta domorum praesumat irrumpere*.“ Die eigentümliche Bezeichnung, erinnert hier unwillkürlich an den Gold waschenden „*Bessus*“ in dem *carnea XVII 213—216* des um 400 lebenden Paulinus von Nola²⁾. Wenn die Bezeichnung eines Volksstammes hier auf eine Arbeiterkategorie übertragen ist, so erklärt sich dies natürlich einfach dadurch, daß von demselben oder in dem Gebiete desselben derartige Arbeiten zunächst in großem Umfange vorge-

1) Mit geringer Kürzung auch als l. 6 in den *Cod. Just. XI Tit. 6* aufgenommen.

2) *Seti. P. M. Paulini Nolani Carmina. Corp. script. eccl. lat. Bd. XXX.* Herausgegeben von V. v. Hartel, 1897.

nommen sind. Bemerkenswert ist aber jedenfalls, daß dieselbe noch nach fast 400 Jahren in einer weit entlegenen Gegend in Gebrauch ist.

Wenn wir damit nun die Betrachtung der Auskünfte, welche uns die erhaltenen Rechtsaufzeichnungen gewähren, erledigt haben, so können wir auch hier nicht über eine zu große Reichhaltigkeit der Ausbeute klagen. Immerhin ist wohl der Schluß aus ihnen zu ziehen, daß in den verschiedensten Gebieten des fränkischen Reiches, Bergbau und zwar ziemlich mannigfaltiger Art, während der ganzen Zeit bis zur Regierung Karls des Großen betrieben ist. Wir haben also doch in der zuletzt betrachteten Quellengruppe eine wertvolle Ergänzung der sonstigen Quellen zu sehen, die uns lediglich spärliche Nachricht von einem Bleibergbau und Salinenbetrieb gaben. Auch die Tatsache, daß der Merowinger Dagobert Abgaben von den Bleibergwerken bezieht, erhält durch die *Lex Visigothorum* und die auf ihr beruhenden epitome erst eine richtige Beleuchtung. Sie zeigen uns, daß die *lex 14 Cod. Theod. X 11* welche die Trennung des Oberflächeneigentums vom Besitz der im Boden befindlichen Schätze feststellt, indem sie den Grundbesitzer vor Übergriffen des Bergmannes schützt, aller Wahrscheinlichkeit nach im ganzen Frankenreiche während der fraglichen Jahrhunderte, wenn auch in etwas umgestalteter Form in Geltung war. Es entsprach also der Rechtszustand hier durchaus demjenigen, den wir für das Ostgothenreich aus der formula *de competitoribus* kennen gelernt haben. Ziehen wir dann noch weiter in Betracht, daß der König Dagobert Abgaben von Bleibergwerken erhielt, so ist es wohl erlaubt anzunehmen, daß auch die Merowingischen Könige das Bergregal, wie es sich im römischen Reiche ausgebildet hatte, ihrerseits als Rechtsnachfolger der Imperatoren in Anspruch genommen haben.

4. Der Bergbau seit Karl dem Großen.

Wir hätten ja nun die Entwicklung des Bergbaues, etwa von dem Beginn der Völkerwanderung, zunächst in großen Zügen und weiter dann nach Beendigung derselben, so eingehend als es die wenigen erhaltenen Nachrichten erlauben, bis zur Regierungszeit Karls des Großen kennen gelernt und würden jetzt noch feststellen haben, ob wir nicht auch in der Entwicklung desselben auf deutschem Boden etwa bis zum Jahre 1000 einen weiteren Anhalt für die Richtigkeit unserer Annahme finden, daß dieser Bergbau durchaus, sowohl was seine Technik, als die rechtlichen Einrichtungen auf denen er beruhte, betraf, lediglich eine Fortsetzung des römischen bildet.

Ehe wir indessen hierzu übergehen, wird es am Platze sein, noch einmal einen Blick rückwärts zu werfen, um festzustellen, ob nicht doch etwa die Möglichkeit einer eigenartigen, wenigstens teilweise selbständigen Entwicklung in bezug auf die von uns hervorgehobenen Punkte möglich war.

Als die deutschen Stämme etwa 100 Jahre vor dem Beginn unserer Zeitrechnung zuerst mit den Römern in Berührung kamen und damit zugleich in das Licht der Geschichte traten, standen sie entschieden noch auf einer ziemlich niederen Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung. Der Übergang zur Sesshaftigkeit war durch dieselben kaum vollzogen. Die Viehzucht bot ihnen unbedingt die Hauptunterhaltsquelle und wenn daneben etwas Ackerbau getrieben wurde, so geschah dies doch nur in geringem Umfange und mehr gelegentlich. Hieran hat sich auch in den folgenden 200 Jahren nicht viel geändert. Die Sesshaftigkeit nahm, ebenso wie der Betrieb des Ackerbaus, wohl bei einem Teile der unabhängig gebliebenen Stämme etwas zu, aber im ganzen standen diese nach dem Bilde, welches uns Tacitus überliefert hat, dem wir die hauptsächlichsten Nachrichten über unsere Vorfahren verdanken, damals noch auf der gleichen niedrigen Kulturstufe, die wir eben kurz gekennzeichnet haben. Sie gebrauchten¹⁾, um zunächst etwas hervorzuheben, was mit unserer Frage im Zusammenhang steht, wohl Geld und Geräth aus edeln Metallen, aber nur soweit es ihnen als Geschenk oder durch den Handel zufloß. Das Vorhandensein von Gold- und Silberbergbau wird ausdrücklich verneint. Weiter zögen sie Silbermünzen den goldenen vor. Auch an Eisen hätten sie keinen Überfluß, wie man aus ihren Waffen ersehen könne. Später spricht Tacitus²⁾ dann freilich von dem Eisenbergbau der den Quaden tributpflichtigen Gothinen, der diesen als schimpfliche Beschäftigung angerechnet wird. Diese zählen indessen zu den keltischen Stämmen, nicht zu den Germanen. In seinen Annalen³⁾ erwähnt er weiter noch einen Kampf zwischen Hermunduren und Chatten um eine Salzquelle und schildert dabei die außerordentlich rohe Art der Salzgewinnung durch Ausschütten des Wassers über brennende Holzhaufen, welche von diesen Stämmen geübt wurde.

Von einem vorrömischen Bergbau deutscher Stämme kann also eigentlich nicht die Rede sein, wenn auch vielleicht bescheidene Anfänge dazu durch Ausnutzung von Meteoreisen usw. vorgekommen sind, da ein Erwerb der Waffen z. B. lediglich auf dem Wege des Handels wohl ausgeschlossen ist. An etwa vorhandene Goldwäschereien, als die einfachste Form der Edelmetallgewinnung, zu denken, verbietet wohl der Wortlaut der oben angeführten Überlieferung. Nur

1) Tacitus Germania c. 5.

2) Germania c. 43.

3) Tacitus Annales XIII, c. 57.

Salz wird in jener gerade geschilderten mehr als einfachen Weise gewonnen. Dagegen scheinen keltische und andere Stämme, welche schon länger sesshaft geworden und dem germanischen Andrange nicht wie andere Stammesgenossen ausgewichen, sondern als Unterworfenen in ihren alten Sitzen verblieben waren, Bergbau ausgeübt zu haben, was uns auch die Tatsache erklärt, daß in alpinen Gebieten, in Norikum usw. unzweifelhafte Spuren eines vorrömischen Bergbaus nachgewiesen sind. Es sind hier in der Regel wohl Stämme nicht germanischer Abkunft, Räther, Taurisker usw., welche ihn betrieben. Hier haben in der Tat die Römer lediglich weiter zu bauen gebraucht, wo andere vor ihnen begonnen hatten, es ist deshalb nicht zu verwundern, wenn hier der Bergbau rasch eine hohe Blüte erreichte, zumal ja auch Schwierigkeiten wegen der Beschaffung von Arbeitskräften weniger in Betracht kamen, letztere waren leicht aus der bereits bergbaukundigen Urbevölkerung zu gewinnen.

Auch in den Gebieten des westlichen Deutschlands ist das Vorhandensein einzelner vorrömischer Baue, die eben von Kelten betrieben waren, nicht geradezu auszuschließen. Immerhin hat aber hier in der Hauptsache die bergmännische Tätigkeit erst mit der Zeit der Römerherrschaft begonnen und rasch, wie wir früher sahen, eine gewisse Ausdehnung und Bedeutung erlangt.

Im ganzen müssen wir also unsere oben gestellte Frage verneinend beantworten. Insofern in Gebieten, die zeitweilig unter römischer Herrschaft standen, vor deren Beginn Bergbau getrieben wurde, war er von nicht germanischen Stämmen begonnen und ausgeübt, die, soweit sie bei ihrer Unterwerfung nicht ausgerottet waren, dann später vollständig romanisiert wurden. Sollte etwa hier und da in dem unabhängig gebliebenen Deutschland, als dort durch die längere Berührung mit den Römern Kulturfortschritte gemacht wurden, im zweiten, dritten und vierten Jahrhundert irgend ein Bergbau begonnen sein, von dem uns die Überlieferung nichts meldet, so war er sicher in allen seinen Einrichtungen in mehr oder weniger vollkommener Weise dem römischen Muster nachgebildet. Besonderheiten, welche die spätere Entwicklung hätten beeinflussen können, waren zweifellos nicht vorhanden. Da wir nun früher bereits feststellten, daß slavische Einwirkungen, die sich überdies auch nur in späteren Zeiten hätten geltend machen können, als ausgeschlossen zu betrachten sind, so kann auch die spätere Entwicklung eines Bergbaus und Salinenbetriebes nur eine Fortsetzung des von den Römern begonnenen oder wenigstens lediglich auf der Grundlage des von ihnen Erlernten oder Überlieferten entstanden sein.

Es liegt auf der Hand, daß die verhältnismäßig ruhigen Zeiten, welche dem fränkischen Reiche wenigstens im Innern unter der Herrschaft der Karolinger zu Teil wurden, zur Hebung des Bergbaus und der Salzgewinnung mächtig bei-

tragen mußten, besonders unter einem Herrscher, der, wie Karl der Große es tat, auch den wirtschaftlichen Dingen eine tatkräftige Fürsorge zu teil werden ließ. Können wir auch dem Ausprüche Inama Sterneggs¹⁾ nur bedingt beipflichten: „Die Völkerwanderung hatte auch auf diesem Gebiete die älteren Ansätze nationaler Betriebsamkeit zerstört. Weder von den norischen Eisen- und den quadischen Kupferbergwerken, noch von dem Bergwerke auf dem ager Mattiacus, noch von sonstigen Ansätzen der ältesten Zeiten ist während der Merowinger Periode eine Nachricht vorhanden“, da wir sahen, daß wenigstens vereinzelte Nachrichten doch erhalten sind und die geringe Zahl wohl eher noch der geringen Zahl der schriftlichen Überlieferungen, als derjenigen der Betriebe zur Last zu legen ist. Jedenfalls ist es aber richtig, daß besonders unter Karl dem Großen der Bergbau stark in Aufnahme gekommen ist. Das Bedeutsamste unter den freilich auch noch nicht zahlreichen Zeugnissen dürfte unbedingt das cap. 62 des capitulare de villis 812²⁾ bieten, in dem der Kaiser befiehlt, daß ihm jeder judex jährlich zu Weihnachten, wie von anderen Einkünften, so auch berichten soll „quid . . . de ferrariis et scrobis, id est fossis ferrariciis vel aliis fossis plumbariciis . . . habuerint“. Auf Silberbergbau resp. Gewinnung, die man bei vorhandenem Bleibergbau freilich fast als selbstverständlich annehmen muß, weist dann noch ausdrücklich c. 28 „juxta ordinationem nostram argentum de nostro laboratum, postquam cognoverimus de praesenti anno quantum sit nostra laboratio deferre studeant“.

Auch daß wenige Jahre später 817³⁾ Ludwig der Fromme bei der Teilung des Reiches unter seine Söhne „De tributis vero et censibus vel metallis . . .“ spricht, dürfte durch die Art der Aufzählung beweisen, daß unter den metallis Naturaleinnahmen aus Bergwerken zu verstehen sind. Ob es sich um eigene Betriebe, Abgaben, oder gar beides handelt mag hier dahin gestellt bleiben. Wo diese Bergwerke gelegen haben ist freilich nicht gesagt, doch dürfte wohl aus dem Wortlaute der Urkunde zu schließen sein, daß solche in jedem der drei Teile vorhanden waren.

Soweit das Gebiet des heutigen deutschen Reiches, Deutsch-Österreichs resp. der sonstigen Länder, welche zum Ostfränkischen Reiche gehörten, in Betracht kommt, gibt uns übrigens auch noch eine Anzahl anderweitiger Nachrichten Auskunft darüber, daß hier an den verschiedensten Stellen Bergbau getrieben ist. Was zunächst das Ostalpenland betrifft, so überwiegt hier durchaus

1) Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1879, Bd. I, S. 426.

2) M. G. H. ed. G. H. Pertz. Leg. Tom. I, p. 185.

3) M. G. H. ed. G. H. Pertz. Leg. Tom. I, p. 199.

die Kunde über den Salinenbetrieb, ja auch durchaus dem entsprechend, was wir über die ältere Zeit erfahren haben. Der in der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts niedergeschriebenen Codex traditionum des Klosters Mondsee¹⁾ enthält, abgesehen von einer älteren, nicht weniger als vier Schenkungen dieser Kategorie für die erste Hälfte des 9. Jahrhunderts. Als Orte des Betriebes werden „Sulzipach“ „halle“, „adalhoesdorf“, sowie „salzpurcgouue“ genannt. Auffallend ist die in ihnen vorkommende Bezeichnung „kasa scuricia“, „scoria“ oder ähnlich. Das Congestum Arnonis²⁾ erwähnt aus dieser Zeit eine Schenkung des Herzog Tassilo „in loco nuncupante hal unum putiatorium integrum, quod vulgariter dicitur galgo“. Auch zwei noch ältere Schenkungen an Salzburg seitens der Herzöge Theoderbertus und Ottilo³⁾ durch die ad Salinas „loca fornacium VIII“ und „loca fornacium IIII cum patellis“ vergabt werden, seien hier genannt. Wichtiger als diese lediglich von dem Salinenbetriebe und seinem verhältnismäßig bedeutendem Umfange Kunde gebenden Nachrichten ist die Schenkung des Gutes Salzburghof durch König Ludwig das Kind am 17. Dezember 908⁴⁾ in der es heißt „cum omnibus censibus in halla et extra halla, in salina et extra salinam, circa fluvios Sala et Salzaha vocatos in auro et sale“. Der Erzbischof von Salzburg erhält hier nicht nur Abgaben von den Salinen, sondern auch von der Goldwäscherei. Diese hatten wir schon bedeutend früher für den Pongau erwähnt gefunden, sie hat also jedenfalls zu jener Zeit in diesen Gebieten eine nicht geringe Bedeutung gehabt.

Nur wenige Jahre später wird uns übrigens auch die erste sichere Kunde über das Fortbestehen des altberühmten Norischen Eisenbergbaues. Am 27. Juni 931⁵⁾ tauscht Graf Alprih vom Erzbischof von Salzburg „ad Adamunton locum patellarum unum“ ein und gibt unter anderem dafür einen ad Gamanaron gelegenen „flatum ferri quod aruzi dicitur, fodere sine censu quantumcunque unusquisque de famulis domus dei potuisset“. Wir lernen hierdurch des weiteren noch eine neue Stelle des Salinenbetriebes kennen, die jedenfalls auch schon einer längeren Existenzdauer sich erfreute und später noch eine bedeutende Rolle spielte⁶⁾. Schließlich sei noch eine Urkunde erwähnt, die freilich schon über

1) Urkundenbuch des Landes ob der Enns, Bd. I, 1852, No. 19, 64, 137 u. 138, die von 817, 822, zwischen 800 u. 830 sowie 803—829 datiert sind.

2) Juvavia, Anhang No. VI, S. 23 oder Hund, Metropolis Salisburgensis 1719, Bd. I, S. 27.

3) Juvavia, Anhang No. VII, S. 33 u. 37.

4) Juvavia, Anhang No. LIX, S. 120.

5) Urkundenbuch des Herzogtums Steiermark von J. Zahn, Bd. I, 1875, No. 20.

6) Ebendort No. 34. Schenkung König Heinrich II. an den Erzbischof von Salzburg v. 7. Dez. 1003; auch Juvavia, Anhang No. LXXXV, S. 215. Gleichfalls bei P. J. Wichner, Geschichte des Benediktinerstiftes Admont, 1874, Bd. I, Urkundenbuch No. 3.

die von uns gewählte Zeitbegrenzung hinausreicht, aber doch wohl, da es sich nur um wenige Jahre handelt, und in ihr ein in der Bergbaugeschichte jener Gegenden wichtiger Ort zuerst vorkommt, hier genannt werden darf. Es ist die Schenkung Kaiser Heinrichs II. an den Grafen Wilhelm von Zeltschach und seine Mutter Hemma¹⁾ durch die letzteren $\frac{1}{3}$ der kaiserlichen Saline im Admontertale mit allen Rechten übertragen wird und weiter heißt es: „mercatum in comitatu suo qui uocatur Frisach, in proprium tradidimus cum moneta nec non et omnes fodine cuiuscunque metalli et saline que in bonis suis reperientur usibus eorum subjaceant, universum quoque ius ad imperium spectans eis remisimus . . .“.

Dieser Kunde aus dem Südosten reihen sich dann zahlreiche Nachrichten aus dem Südwesten Deutschlands an. Die Salinen Lothringens waren, wie wir früher sahen, bereits zu Ende der Merowingerzeit verschiedentlich in Urkunden erwähnt. Auch für unsere Periode fehlt es an weiteren beglaubigten Nachrichten über dieselben durchaus nicht. In Moyenvic werden 836 zwei Sudhäuser verschenkt. Dieuze hat 893 der Abtei von St. Maximin in Trier gehört²⁾. Inama Sternegg³⁾ gibt uns nach Urkunden eine eingehende Schilderung über den Betrieb des Salzwerkes zu Wihe (Vic) die auf einen bedeutenden Umfang desselben schließen läßt.

Auch über den Erzbergbau im Elsaß haben wir aus dieser Zeit Kunde. Koch⁴⁾ erwähnt, daß die ersten zuverlässigen Nachrichten über den Markircher Silberbergbau aus der zweiten Hälfte des 10 Jahrhunderts herrühren. Hausser⁵⁾ verlegt die Entdeckung und Ausbeutung der dortigen Erzadern in das Ende des 8. Jahrhunderts. 975 soll der Bischof von Toul dort an die Kirche von St. Die mehrere Güter abgetreten haben, sich aber die Rechte über 10 Silberminen vorbehalten haben, womit sich freilich die auch von ihm angeführte Meinung Schöpfkins die Besiedelung des Tales und damit die Entdeckung der Erzadern sei erst 997 erfolgt nicht vereinigen läßt.

Auch am rechten Ufer des Rheins scheint verschiedentlich schon in unserer Zeit Bergbau getrieben zu sein. Dort können wir um 780⁶⁾ einen Eisen-

1) Ebendorf No. 38 vom 8. April 1016.

2) Koch, Geschichtliche Entwicklung des Bergbaues und Salinenbetriebes in Elsaß-Lothringen. S. 160—168. Zeitschrift für Bergrecht, Jahrg. XV, 1874.

3) Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd. I, S. 427 Anm. 2.

4) A. a. O. S. 168—175.

5) E. Hausser, Das Bergbaugesamt von Markirch 1900, Heft XXV der Beiträge zur Landes- und Volkskunde von Elsaß-Lothringen.

6) Das Zitat bei Inama Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd. I, S. 427 Anm. 1 gibt der Urkunde eine falsche Nummer und datiert sie zu spät. Abt Helmreich ist 779 und 782 nachgewiesen, sein

bergbau feststellen, von dem ein Teil an das Kloster Lorsch vergabt wird: „Dedit quoque in ispo pago (Ligenehe) in Wannendorpher marca Adololt tertiam partem de sua mina ad faciendum ferrum.“ Dort befand sich im Lobdengau Wezenloch¹⁾, wo schon die Römer gearbeitet hatten und von dessen Silbergrube 1094 eine Abgabe von 1 Mark an Lorsch gezahlt wurde. Weiter hatte bereits 1028²⁾ Kaiser Konrad II den Bischof von Basel mit den Gruben im schwarzwälder Münstertal belehnt, er gab ihm: „venas et fossiones argenti in comitatu Bertholdi et in pago Brisichgowe atque in locis Moseberch, Luperheimhaha, Cropach, Steinbrunnen superius et inferius et in valle Sulzberg, Baden, Luxberg aliisque in ibi locis inventas et sitas.“ Auch hier handelt es sich um ein Gebiet in dem die Römer bereits gebaut haben sollen und nach dem Wortlaut der Urkunde zu schließen, war der Bergbau bereits vor dem Jahre der Belehnung, vielleicht sogar schon längere Zeit im Betriebe.

Unsere vielleicht nicht einmal ganz vollständige Aufzählung der Nachrichten über den Bergbau Südwestdeutschlands in der Zeit von ungefähr 800—1000 findet am richtigsten wohl ihren Abschluß durch Anführung einer Stelle aus dem Evangelienbuche Otfrieds von Weißenburg³⁾:

Zi nütze grébit man ouh thár — ér inti kúphar,
 joh bi thia meina, — isine steina;
 Ouh thárazua fúagi, — silabar gínúagi,
 joh léseñt thar in lánte — góld in iro sante.

Da das Evangelienbuch um 868 vollendet ist, entspricht seine Schilderung des Herzogtums Franken (im damaligen Umfange) etwa dem Zustande zu Beginn unserer Periode. Wir dürfen aus derselben, selbst wenn wir eine gewisse Neigung des Dichters zur Überschwänglichkeit beim Preisen seines Heimatlandes annehmen, doch wohl schließen, daß in dem Herzogtum Franken damals Bergbau der verschiedensten Art in nicht geringem Umfange vorkam, Goldwäscherei, Silber-, Erz- und Kupferbergbau werden ausdrücklich genannt und das in einem Gebiete von dem aus jener Zeit eigentlich jede Nachricht über einen Bergbau fehlt, höchstens die oben erwähnte Eisengrube Adololts könnte ihm angehören, und etwa 200 Jahre später hören wir zuerst über den Silberbergbau bei Wezenloch. Wir haben also wohl ein Recht dazu, die Worte unseres Dichters in dem Sinne

Vorgänger Gundelandus, zuletzt 777, sein Nachfolger Richbodo, zuerst 786 genannt. Die richtige Nummer der Urkunde ist 3701 d. Codex Laureshamensis diplomaticus 1768.

1) Codex Laureshamensis diplomaticus No. 139. Siehe auch bei Inama Sternegg, a. a. O. Bd. II, S. 330 Anm. 6.

2) J. B. Trenkle, Geschichte des Bergbaues im südwestlichen Schwarzwalde nach Trouillat Mon. Bas. I, 149. Zeitschrift für Bergrecht 1870, Jahrg. XI.

3) Otfrieds Evangelienbuch, Ausgabe von O. Erdmann, 1882, I, 69—72.

zu deuten, dem wir schon verschiedentlich Ausdruck gaben, daß nämlich das Fehlen von Nachrichten über den Bergbau oder für unsere letzte Periode ihre verhältnismäßige Seltenheit nicht durch ein Fehlen oder eine Seltenheit der bergmännischen Unternehmungen veranlaßt ist, sondern lediglich dadurch, daß zu schriftlichen Aufzeichnungen über denselben bei den einfach gelagerten Verhältnissen wenig Anlaß geboten war und des weiteren auch nur ein Teil der letzteren erhalten ist. Wird man sich auch vor einer Überschätzung des Bergbaus in den von uns betrachteten Zeiten hüten müssen, eine Unterschätzung seines Umfanges, wie sie in der oben angeführten Äußerung Inamas in bezug auf die Merowingerzeit liegt, ist ebensowenig am Platze.

Zunächst ist übrigens noch ein weiteres und letztes Bergbauggebiet zu nennen, in dem ein Beginnen des Betriebes vor dem Jahre 1000 sicher nachgewiesen ist und das mit dem soeben genannten fränkischen Bergbau insofern im Zusammenhang steht, als eine freilich nicht sicher beglaubigte, aber doch nicht ganz unwahrscheinliche Überlieferung, die ersten Bergleute, welche dort tätig waren, als aus Franken gekommen bezeichnet, nämlich der Harz. Der Bergbau im Rammelsberge bei Goslar ist in der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts, vermutlich gegen Ende der Regierungszeit Ottos des Großen begonnen¹⁾.

Wenn wir ihn hier noch zuletzt erwähnen, so geschieht dies hauptsächlich deshalb, weil er wohl der älteste deutsche Bergbau ist bei dem ein Zurückführen auf römische Anfänge durchaus ausgeschlossen ist, wenigstens soweit unsere Überlieferung reicht. Es ist ja sicher möglich, daß z. B. in irgend einem Teile des Herzogtums Franken, der von Römern nie oder nur vorübergehend betreten ist, in der Karolingerzeit Bergwerke vorhanden waren, allein auch bei ihnen war doch in Betracht zu ziehen, daß die verhältnismäßige Nähe des römisch gewesenen Gebietes hier der Übertragung der etwa bewahrten Schätze von Einrichtungen und Erfahrungen sehr erleichterte.

5. Ergebnisse.

Suchen wir nun aber zusammenzufassen, wie sich in bezug auf diese Möglichkeit das Ergebnis unserer Untersuchung gestaltet. Ob wir wirklich auf Grund derselben einen direkten Zusammenhang zwischen dem deutschen und

1) Siehe C. Neuburg, Goslars Bergbau bis 1552, 1892, S. 1 f.

römischen Bergbau annehmen können und demnach folgern dürfen, daß die rechtlichen Grundlagen sowohl wie technischen Leistungen und die sonstigen Einrichtungen des ersteren eine Weiterbildung des von den Römern Erreichten bedeuten, so könnte es auf den ersten Blick scheinen, als ob ein Beweis hierfür nicht erbracht wäre. Wir haben weder feststellen können, daß irgend ein römisches norisches Eisenbergwerk, noch das Bergwerk auf dem ager Mattiacus, von dem man leider nicht einmal genau sagen kann, wo es überhaupt gelegen hat, bis in die Zeit Karls des Großen hinein ununterbrochen im Betriebe gewesen ist.

Aber dennoch möchten wir dieses negative Resultat nicht schlechtweg als das wesentliche und richtige bezeichnen. Zunächst ist festzuhalten, daß die Überlieferungen für die ganze Zeit sehr wenig zahlreich sind und wir demnach über solche wirtschaftlichen Tatsachen kaum besonders viel aus ihnen erfahren können. Trotzdem ließ sich aber zunächst feststellen, daß die Entwicklung, welche die Einrichtungen des römischen Bergbaus in der letzten Zeit vor der Völkerwanderung genommen hatten, unserer Vermutung günstig war. An Stelle der früher üblichen Großbetriebe mit ihren besonders aus Sklaven und Strafgefangenen bestehenden Arbeiterscharen, waren andere Unternehmungsformen getreten, die nicht so leicht durch irgend einen Sturm der über das Bergwerk dahin brauste zugrunde gerichtet wurden. Die an die Grube gebundenen metallarii waren, wenigstens solange ihnen dieselbe einen genügenden Lebensunterhalt bot, sie nicht durch Abgaben erdrückt, und dadurch zum Entfliehen angereizt wurden, sicher seßhafter als die Sklaven und Strafgefangenen, und dabei zum Teil wenigstens Stammesgenossen der Eroberer, die unter den neuen Herren eine Verschlechterung ihrer Lage kaum zu befürchten hatten. Auch die sonst vielfach entstandenen Kleinbetriebe, besonders die Goldwäschereien, welche mit ihrer mehr extensiven Wirtschaft der ganzen rückgängigen wirtschaftlichen Entwicklung der Zeit mehr entsprachen, konnten, da bei ihnen keine größeren Anlagen in Frage standen, leicht, wenn sie einmal vorübergehend gestört waren, wieder aufgenommen werden.

Auf den Grundlagen, die auf diese Weise gewissermaßen erhalten waren, ist aber auch von den erobernden Herrschern eine weitere Tätigkeit entfaltet. Im Ostgothenreiche wird der Bergbau direkt gefördert. In ihm und dem Westgothenreiche werden Rechtssätze beibehalten oder wieder ausgesprochen, die für die Entwicklung des Bergbaus von größter Wichtigkeit sein mußten und wir sehen weiter, daß die juristische Literatur der folgenden Zeit, wenn wir die epitome einmal als solche bezeichnen wollen, diesen Satz beibehält und auf Gebiete überträgt, wo er ursprünglich nicht in Geltung war, was wohl deut-

licher als alles andere zeigt, daß auch in diesen Gebieten ein Bedürfnis nach einer Regelung solcher Dinge vorhanden war, hier also Bergbau fort und fort getrieben wurde.

Die zuverlässigen Nachrichten, welche uns von einem Bergbau der Merowingerzeit erzählen, sind ja sehr wenig zahlreich. Die meisten derselben betreffen noch dazu den Salinenbetrieb im eigentlichen Sinne, die Ausnutzung von natürlichen Salzquellen, auch gehören sie fast alle dem 8. Jahrhundert an, dem auch wohl die Erwähnung der Goldwäscherei im Pongau zuzurechnen ist. Sie haben alle des weiteren auch keine besondere Bedeutung, wenn wir etwa von der Tatsache absehen, daß einmal die Verwendung unfreier Arbeiter erwähnt wird. Dagegen ist die Schenkung König Dagoberts von 636 von außerordentlicher Wichtigkeit, wir können aus der Menge des Bleis, welches der König als Abgabe erhält, doch auf einen bedeutenden Umfang des Bergbaues schließen und zwar zu einer Zeit, wo man das tiefste Darniederliegen desselben annehmen sollte. Die heftigsten inneren Kämpfe im Merowingerreiche waren wohl eben beendet, aber doch waren die Zeiten noch immer so unruhig, daß man eine Besserung der wirtschaftlichen Zustände kaum schon annehmen konnte. Jene Abgabe gibt uns also sichere Kunde, daß der Bergbau im fränkischen Reiche jene kritische Zeit des 6. Jahrhunderts in nicht unbeträchtlichem Umfange überstanden hatte, somit also bis zur Mitte des 7. Jahrhunderts ein Zusammenhang mit den römischen Betrieben erhalten geblieben war. Da jetzt ruhigere Zeiten begannen, dürfen wir annehmen, daß damit auch ein dauernder Stand der Entwicklung bis zu dem Zeitpunkte bewahrt blieb, an dem mit der Regierung Karls des Großen und seiner Fürsorge für wirtschaftliche Angelegenheiten von neuem eine Besserung in denselben eintrat.

Freilich sind auch jetzt, und in den nächsten zwei Jahrhunderten ist es nicht viel anders, die direkten Beweise für das Vorhandensein eines Bergbaues wenig zahlreich. Aber immerhin sind sie doch genügend, um uns zu zeigen, daß nicht nur der Salinenbetrieb im Osten und Westen Deutschlands sich in Blüte befand, sondern auch in Erzbergwerken verschiedenster Art gebaut wurde. Wir hören wiederum von den Eisengruben und Goldwäschereien des alten Norikum, im südlichen Schwarzwald und in den Vogesen wird auf Blei und Silber gebaut. Vom Bergbau des Herzogtums Franken berichtet uns nicht nur Otfried, sondern wir lesen auch sonst, daß in seinen westlichen Teilen Eisen und Silber gewonnen wurde. Dabei läßt uns in den meisten Fällen die Art unserer Überlieferung schließen, daß die Gruben schon längere Zeit sich in Ausbeute befanden. Da nun alle die Gebiete, welche wir nannten, uns als Sitze eines römischen Bergbaues bekannt sind, teils, wie für Norikum, beweisen uns dies direkte Nachrichten, teils,

wie für Wiesloch und die Gegend von Badenweiler z. B., Funde römischer Werkzeuge sowie ähnliches, ist wohl als wahrscheinlich zu betrachten, daß hier, wenn auch vorübergehend vielleicht in sehr bescheidenem Umfange, die ganze Zeit hindurch der Bergbau fortbetrieben ist oder wenigstens die Unterbrechungen in Folge besonders heftiger Kämpfe oder weitgehender Verwüstungen von so kurzer Dauer waren, daß während derselben die alten Überlieferungen nicht verloren gehen konnten. Man begann dann den Bergbau nicht von neuem, sondern nahm ihn wieder auf. Wollte man etwas derartiges nicht annehmen, so hätte man sich mit der doch sicher höchst auffallenden Tatsache abzufinden, daß in Deutschland mehr als 200 Jahre hindurch bis zur Entdeckung und Erschließung des Rammelsberger Erzlagers, Bergbau nur an solchen Orten und in solchen Gegenden getrieben wäre, wo auch schon die Römer gebaut hätten, ohne daß eine direkte Fortsetzung des Betriebes existierte. Auch die Annahme, daß etwa die Reste der alten Bergwerke, Halden, Schlaken, Stollen, Schächte usw. gewissermaßen Fingerzeige zur Wiederaufnahme hätten geben können, dürfte nicht zur Erklärung ausreichen, solche Zeichen werden nur dann verstanden, wenn Sachkundige sie wahrnehmen. Diese wären aber bei völliger Vernichtung der alten Überlieferung nicht vorhanden gewesen. Daß sie aber absichtlich oder zufällig aus der Ferne gekommen wären könnte man vielleicht für einen einzelnen Fall, nicht aber für eine so große Zahl derselben, wie hier in Frage steht, annehmen.

Wir können also auch aus diesem Grunde, zumal doch des weiteren die direkte Überlieferung einigen Anhalt für die Richtigkeit dieser Vermutung gibt, annehmen, daß zwischen dem von den Römern auf deutschen Boden betriebenen Bergbau und dem späteren der Deutschen ein Zusammenhang besteht, die vorhandenen Bauten niemals alle völlig verlassen dalagen. Mag auch der verbindende Faden zeitweilig hier und da sehr dünn gewesen sein, völlig gerissen ist er wohl niemals.

Ist dem aber so, so gewinnen wir damit die Sicherheit, daß zunächst die wichtigsten Sätze des römischen Bergrechts stets in Geltung blieben und gelangen damit zu einer anderen Beurteilung der Entwicklung des deutschen Bergrechts als sie bisher vielfach üblich war. Auch die auffallend rasche Entwicklung des deutschen Bergbaus zu hoher Blüte hat nichts wunderbares mehr für uns, wenn wir wissen, daß seine Träger über den größten Teil wenigstens des Schatzes von Erfahrungen verfügten, den Jahrtausende allmählich angesammelt hatten. Daß aber dieser Schatz gerade in Deutschland aufbewahrt wurde und nicht in Gallien oder Italien erklärt sich einfach daraus, daß in diesen von der Natur weniger reichlich mit Mineralschätzen bedachten Ländern der kleine Vorrat, soweit er bei der damaligen Technik erreichbar, ziemlich abgebaut, während in dem reichlicher von

der Natur bedachten Deutschland, dies noch nicht der Fall war, hier auch weiter in Zeiten, wo in Franken ähnliches wie dort eintrat, neue noch gar nicht abgebaute Lager oder Gänge im Harz, im Erzgebirge usw. dem Bergbau gewissermaßen neue Heimstätten boten. Waren hier auch die alten Überlieferungen erhalten, so gelangten sie doch erst zur Aufzeichnung, als sie durch besondere Anforderungen einer Weiterbildung bedurften. Vorher freilich waren sie schon durch eine neue Bergwerkskolonisation vielfach in jene Länder des Ostens und Südens übertragen, wo der Gegensatz, der zwischen Kolonisten und Eingeborenen bestand, eine Aufzeichnung des Rechtes, nach dem erstere lebten und arbeiteten, wünschenswert machte.

VII.

Auktionen.

Von

Prof. Dr. Wilhelm Stieda (Leipzig).

I.

Auktionen sind uralte Veranstaltungen. Man hat sie zu allen Zeiten, das ganze Jahr hindurch gehabt, nur früher nicht ebenso häufig wie heute. Alte Sachen hat man sich stets gern durch eine Versteigerung vom Halse geschafft. Sei es, daß man sich eines altväterischen Mobiliarnachlasses entledigen will, oder seinen Wohnort verlegt und bei dieser Gelegenheit mit einem seit langer Zeit unbenutzt gebliebenen Hausrat aufräumt, oder ein Kaufmann sich älterer Ladenhüter zu entäußern gedenkt — immer ist die Auktion ein beliebter Ausweg gewesen, auf dem die Veranstalter gehofft haben, für sie unnütze Dinge bequem gegen Geld loswerden zu können. Solche Gegenstände brauchen nicht lediglich beweglicher Natur oder leblos zu sein. Unbewegliche Güter, wie Häuser, Grundstücke, Landgüter sowohl als auch lebende Tiere können auf diesem Wege ihre Besitzer wechseln.

Lassen sich alle die erwähnten Fälle auf freiwilliges Vorgehen zurückführen, so gibt es doch auch auf dem Zwange beruhende Versteigerungen. Derartige findet man gerichtlich veranlaßt, bei Konkursen und stattgehabten Pfändungen. Auch die regelmäßig von Pfandleihanstalten und privaten Pfandleihern veranstalteten Auktionen verfallener Pfänder gehören hierher. Kommen auf diesen gezwungenen Versteigerungen teils gebrauchte, teils ganz neue Gegenstände zum Angebot, so sind die letzteren es ausschließlich, die zur Begründung der Warenauktionen Veranlassung geboten haben. Im Gegensatz zu den Versteigerungen gebrauchter oder altmodisch gewordener Waren sind diese jüngeren Datums und hauptsächlich in der Zeit der großen Handelskompagnien, also seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts, aufgekommen.

Endlich ist in den gewerbsmäßigen Auktionen eine ganz moderne Erscheinung entstanden. Bei ihnen werden einige Zeit vorher im wesentlichen neue Gegenstände aufgekauft, um sie auf dem Wege der Versteigerung wieder unter die Leute zu bringen.

Solche „Auctionen, so auch Licitationen, öffentliche Steigerungen, Vergantungen und öffentliche Ausrufe genennet werden, bestehen“, wie uns Bergius

in seinem *Policey- und Cameral-Magazin* von 1767¹⁾ belehrt, „darinnen, dass Güther, Waaren, Mobilien und Effecten, nachdem Zeit und Ort vorher bekannt gemacht worden, um einen Zusammenfluß von Käufern zu veranlassen, an denjenigen käuflich überlassen werden, welcher zuletzt, nach erfolgtem Schläge mit einem Hammer oder Schlüssel — in Holland erfolgt der Verkauf durch Schlag an ein Becken (*vente au bassin*) — der Meistbietende geblieben ist“. Ähnlich erklärt Ludovici in seiner neueröffneten Akademie der Kaufleute²⁾: „Auction, Subhastation, Gant, Vergantung, Aufschlag oder Ausbietung und öffentlicher Ausruf, lat. *Auctio* oder *Subhastatio*, *Venditio sub Hasta* oder *Venditio publica*, franz. *Vente publique* oder *Encan* und *Inquant*³⁾, wird gesagt, wenn verstorbener, ausgewanderter, mit Schulden verhafteter, Banquerotmachender, oder aus andern Ursachen dazu angetriebener Leute bewegliche oder unbewegliche Güter, entweder gerichtlich oder öffentlich oder in Privathäusern zu verkaufen ausgerufen, und den Meistbietenden hernach zugeschlagen werden“. Im übrigen kennt Ludovici den Unterschied zwischen einer Auktion und einer Subhastation oder dem Verkauf bei brennender Kerze und weiß ihn am Schlusse seines Artikels hervorzuheben. „Die zwey letzteren Arten“, betont er, „geschehen mehrenteils unter gerichtlicher Autorität; eine Auction aber ein jeder, der über seine Güter Herr ist und dieselbe zu veräußern Macht hat, anstellen kann.“

Das Wesen der Auktion zeigt demnach eine Veranstaltung, durch die man Gegenstände verschiedener Art, gebrauchte und neue, bewegliche und unbewegliche, leblose und lebende Wesen, deren schnellen Absatz man wünscht, unter die Leute zu bringen sucht. Gezwungen oder freiwillig waltet die Absicht vor, in bestimmter Veranlassung, etwa um übernommenen Verpflichtungen genügen oder ein neues Unternehmen beginnen zu können, Gegenstände von Vermögenswert, der auf gewöhnlichem Wege schwer verwirklicht werden kann, in bares Geld umzusetzen. Sie ist, kurz gesagt, „der Verkauf einer beweglichen oder unbeweglichen Sache an den Meistbietenden“. Die Form, unter der sie vor sich geht, daß dreimal ausgerufen und geboten werden muß, daß der Bietende so lange verpflichtet bleibt, als er noch nicht überboten ist, daß der Auktionator seine Zustimmung in die Überlassung der Sache durch den Zuschlag gibt usw., ist jedermann geläufig⁴⁾.

1) Bd. I, S. 90.

2) 1. Aufl. von 1752—1756. Neue durch Joh. Christ. Schedel veranstaltete Ausgabe von 1797 T. I, S. 1126. Ähnlich J. G. Krünitz, *Ökonomische Enzyklopädie*, 2. Aufl., 1808, Bd. II, S. 645.

3) Man sagt auch „*vente aux enchères, à l'encan, criées, vacation, adjudication*“. Vergl. J. Savary *Dictionnaire universel de commerce*, 1726. Diderot et d'Alembert, *Encyclopédie*, 1751—1777.

4) Vergl. Aug. Schiebes *Universal-Lexikon der Handelswissenschaften*, 1839, T. III, S. 381.

II.

Die Gesetzgebung hat sich lange Zeit fast gar nicht mit dieser Materie beschäftigt. Zwar kannten das Altertum und das Mittelalter eine gewisse Regelung. Griechenland, wo die Auktionen eine so geringe Rolle spielten, daß es eine besondere Bezeichnung für sie nicht gab, allerdings noch nicht. Die Griechen kannten die Auktion nur bei Gegenständen, die nicht Eigentum von Privaten, sondern von Körperschaften, namentlich des Staats waren. Man versteigerte Gefälle und staatliche Bergwerksanteile, Güter der Verbannten, wobei der Zuschlag durch Überreichung eines Ölzweigs zu erfolgen pflegte. Wirtschaftlicher bedeutsam waren Auktionen in Rom, um so wichtiger für jene Zeit als die heutigen Mittel Angebot und Nachfrage einander näher zu führen, wie Annoncen, Geschäftsreisende, Kommissionäre etc. vollständig fehlten. Man unterschied die Auktion, d. h. die Einzelversteigerung von Vermögenskomplexen, Erbschaften, Warenmengen, landwirtschaftlichen Erzeugnissen, von der Sectio, d. h. der obrigkeitlichen Versteigerung von konfiszierten und anderen fiskalischen Vermögensmassen im ganzen. Daneben bedeutete die Bonorum Venditio die Versteigerung einer Konkursmasse im ganzen. Zwei Personen wirkten bei einer Versteigerung zusammen: der Praeco und der Coactor. Nicht der Verkäufer oder Eigentümer der Gegenstände hatte die Auktion zu bewirken. Er mußte sich an den Coactor wenden, der auf seine Rechnung und Gefahr die Versteigerung in Szene setzte. Er erließ die öffentliche Ankündigung, stellte das Auktionslokal und ernannte den Praeco, den eigentlichen Auktionator im heutigen Sinne, der das Ausrufen und Anpreisen zu besorgen hatte. Als Entgelt für seine Mühe schlug der Coactor dem Meistgebot ein Prozent zu und ebensoviel kürzte er dem Veräußerer bei der Zahlung. Für die Bezahlung stand er ein, indem vielfach, eine für uns heute seltsame Erscheinung, den Käufern kreditiert wurde¹⁾.

Seit dem 15. Jahrhundert sind Versteigerungen in Deutschland, der Schweiz und Tirol nicht selten gewesen. Sowohl Weistümer als Stadtrechte befassen sich mit ihrer Regelung. Offenbar aber reicht ihre Entstehung und Entwicklung in ältere Zeiten zurück, wie denn bereits das Badener Stadtbuch von 1384²⁾ und das Stadtrecht von Feldkirch von 1399³⁾ vorschreiben, daß bei dem Ausrufen von Pfändern eine bestimmte Ordnung eingehalten werden soll. Im wesentlichen waren die Versteigerungen gerichtlicher Natur. Das Recht erlaubte demjenigen, der eine rechtmäßige Schuldforderung hatte und zu seinem

1) Moritz Voigt, Römische Rechtsgeschichte, 1892, Bd. I, S. 317; Pauly, Realenzyklopädie des klassischen Altertums, ed. G. Wissowa, 1896, Artikel Auktion.

2) Welti, Stadtrecht von Baden. Der Schweizerischen Rechtsquellen Bd. XVI, 1, S. 56.

3) F. J. Mone, Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. XXI, S. 162 ff.

Gelde nicht gelangen konnte, seinen Schuldner pfänden zu lassen. Diese Güter wurden dann auf der „Gant“, die eine freie, offene war, zu der jedermann Zutritt hatte, versteigert¹⁾. In solchem Falle schickte der Gläubiger den Weibel, einen Gerichts- oder Gantboten dem Schuldner zu und ließ ihm den „Schatz“ ankündigen. Falls derselbe nämlich nicht innerhalb einer gewissen Frist, etwa 14 Tagen, seiner Verpflichtung nachkam, wurde sein Besitz geschätzt und ihm soviel weggenommen als die Schuld betrug. Diese Abschätzung, auch wohl durch unparteiische Gerichtsmänner vorgenommen, ging nach dem Grundsatz des dritten Pfennings vor sich. Wenn jemand eine Forderung von 20 Gulden hatte, so wurden bei dem Schuldner für 30 Gulden Güter mit Beschlag belegt. Auf der „Gantkammer“ blieben diese dann einige Wochen liegen, ehe man zur Versteigerung schritt, innerhalb welcher Frist der Schuldner sie wieder einlösen konnte. Doch unterschied man eine lange und eine kurze Gant, je nach der Natur der Forderungen und der Eigenart der Pfänder. Bei Zahlungen, die als Lidlohn, Zins, geliehenes Geld („so kein Zins tragt und nit verjähret ist“) usw. fällig waren, griff man schon am dritten Tage nach der Ankündigung der Abschätzung zu dieser selbst, worauf alsbald die Versteigerung erfolgte. Ebenso sollten Eßwaren innerhalb drei Tagen, fahrende Habe, nachdem sie sieben Nächte im Gerichte gelagert, Immobilien jedoch erst nach sechs Wochen und drei Tagen zur Versteigerung gelangen²⁾.

Zu den erzwungenen Auktionen gehörte auch die von Vieh. War ein Stück „in pfands wise“ auf den Dinghof gelangt, so konnte es nach altem Herkommen, falls es in acht Tagen nicht eingelöst worden war, umgeschlagen, verkauft, vergantet werden³⁾. Ebenso durfte ein Hirt, der seinen Lohn nicht erhalten hatte, ein Stück aus der Herde, die er gehütet hatte, nehmen und öffentlich verganten lassen⁴⁾. Indes nicht nur erzwungene Versteigerungen lassen sich nachweisen, es gab auch freiwillige und zwar sowohl von Immobilien als von beweglichen Gegenständen. Im ersteren Falle versammelten sich allerdings die Kauflustigen nicht an einem Orte, sondern das Gut wurde ihnen in einer bestimmten Reihenfolge zum Kaufe angeboten. Indes der entscheidende Grundsatz blieb doch immer, daß der Meistbietende das Gut erhielt⁵⁾. Ein Hauptbeispiel

1) Jak. Grimms Wörterbuch, Artikel: Gant, wo auch von einer „stillen“ Gant gesprochen wird. In der Prozeßsache des Heint. Schilling sagt dieser aus, daß er das strenge Gut „auff failer freyer Gant“ erworben hätte. Monumenta Boica, Bd. XVIII, Nr. 472, S. 558. Eichhorn, Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, 5. Ausgabe, 1844, Bd. III, S. 391; Bd. IV, S. 479.

2) Grimms Weistümer, Bd. II, S. 364; Bd. V, S. 150, § 24, S. 322, § 5, S. 508, § 37; Bd. VI, S. 135, § 15/16, S. 157, § 11, S. 340, § 10 ff. Ähnlich auch in den Tirolischen Weistümern, ed. Zingerle und Egger, 4 Bde., 1875—1888. Belegstellen im Register unter Gant und Gantrecht.

3) Grimms Weistümer, Bd. IV, S. 205.

4) Grimms Weistümer, Bd. IV, S. 343, Anmerkung.

5) Grimms Wörterbuch. Grimms Weistümer, Bd. I, S. 25, 35, 42.

für Versteigerung von Mobilien scheint das des Zehnt-Getreides zu sein¹⁾. Doch läßt sich auch eine Auktion gesammelter Eicheln nachweisen. In einem fünf Dörfern gemeinsam gehörenden Walde durfte jeder, „der eigen Rauch hält“, solange seine Schweine treiben als der Forst es aushalten konnte. Wenn der Wald diese Weide nicht vertrug, so sollten die Eicheln gesammelt und denen in den fünf Dörfern gelassen werden, „die das mehrst darum geben“. Der Erlös wurde alsdann unter die Gemeindegossen verteilt²⁾.

Welche Güter nun immer und aus welchen Beweggründen auf die „Gant“ gelangten, es hatte sich für deren Abwicklung ein bestimmtes Verfahren herausgebildet, das im wesentlichen, wenn auch örtlich abweichend, die gleichen Züge aufweist.

In einem Ganthaus, einer Gantkammer, wurden die verpfändeten Gegenstände abgestellt. Von den dort keinen Platz mehr findenden Gütern oder solchen, die dort nicht untergebracht werden konnten, war ein Verzeichnis zu entwerfen, nach dem geboten werden konnte. Dabei war Sorge dafür zu tragen, daß diese Güter ebenfalls besichtigt werden konnten. Statt des Pfandlokals werden auch Gerichtssäulen erwähnt, an denen die Versteigerung vor sich ging³⁾. Der Gebrauch verlangte, daß die Gegenstände dreimal ausgerufen wurden und mit den Worten: *ainest*, *anderst*, und zum dritten Male⁴⁾ dem, der den höchsten Betrag geboten hatte, überlassen wurden⁵⁾. Dreimal mußte ausgerufen werden, damit man sich überzeugen konnte, „ob einer sei, der mehr darum geben wollte“. Wie es aber scheint, wurde der versteigerte Gegenstand nicht sofort ausgehändigt, sondern noch eine kleine Frist festgehalten, innerhalb deren der Schuldner sein Eigentum einlösen konnte.

Wer auf der Gant kaufte, mußte bar bezahlen. Auch die Schuldner durften mitbieten, indes für sie erst recht galt, daß, ehe ihnen die Gegenstände ausgeliefert wurden, sie bar bezahlt hatten⁶⁾. Ein etwaiger Mehrerlös, d. h. ein Betrag, der über das geschuldete Kapital und Zinsen hinausging, kam dem Schuldner zugute⁷⁾. Alle Stücke, so auf der Gantkammer waren, mußten einzeln, nicht

1) Weistümer, Bd. II, S. 122, 365; Bd. IV, S. 111; Bd. V, S. 559, § 16.

2) Weistümer, Bd. IV, S. 559.

3) Grimms Wörterbuch; Stadtrecht von Brugg, ed. Merz. Der Schweizerischen Rechtsquellen Bd. XVI, I, II, S. 254; Stadtrecht von Baden, ed. Welti. Der Schweizerischen Rechtsquellen Bd. XVI, I, S. 60. Weistümer, Bd. V, S. 689, § 53—55.

4) Grimms Wörterbuch.

5) Weistümer, Bd. VI, S. 252, § 22, S. 541, § 11.

6) Stadtrecht von Brugg, ed. Merz, Bd. XVI, II, S. 255, § 204. Das Stadtrecht von Feldkirch von 1399 erlaubt das Mitbieten des Schuldners und Gläubigers nicht. Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. XXI, S. 163.

7) Weistümer, Bd. V, S. 139, § 3, S. 150, § 24; Bd. VI, S. 93, § 3, S. 157, § 11, S. 341, § 11. Welti, Rechtsquellen von St. Gallen, Bd. XIV, I, S. 542.

zusammen, versteigert werden, also z. B. liegende Güter, Silbergeschirr, Kleinodien, Vieh usw., „wie das jemand haben möchte“¹⁾. „Heimliche Pratiquen, Conspirationes und Zuesammenverbindnussen“ unter den kauflustigen Bürgern wurden dabei nicht geduldet²⁾.

Für die Durchführung der Geschäfte waren Gantmeister vorhanden. Sie hatten auf Wunsch die Pfänder zu schätzen, das Vermögen des Schuldners aufzuzeichnen, die zu vergantenden Stücke an sich zu nehmen und am Ganttage auf dem Gantplatze auszurufen³⁾. Sie durften nicht selbst mitbieten⁴⁾. Ihre Gebühren oder die Entschädigungen der anderen Persönlichkeiten, die die Auktion leiteten, waren fest bestimmt. In Burgau (St. Gallen) durfte der Amtmann von einem Pfund Pfennigen Wert „zum Aufruf“ 6 Pfennige, von 10 Schillingen Wert 4 Pf., von 5 Schillingen Wert 3 Pf. nehmen⁵⁾. In anderen Orten St. Gallens wurde gewöhnlich von einem Pfunde Pfennigen 4 Pf. „zu rüeffen“, von 16 Schillingen Wert und weniger 2 Pf. entrichtet⁶⁾. Wieder anders war die Taxordnung in Arau vom Jahre 1604. Sie stieg bei Auktionen von Silbergeschirr, liegenden Pfändern, Kleidungen usw., von 3 Bazen anfangend bei einem Werte von 1—50 Gulden bis 9 Bazen bei einem Werte von 1000 Gulden. Dann aber wurde für je 500 Gulden Wert $\frac{1}{3}$ Bazen genommen⁷⁾.

Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß wir in den geschilderten Anordnungen die Keime zu der allmählich sich freier entfaltenden und wirtschaftlich bedeutsamer werdenden Auktion vor uns haben. Das Bedürfnis hatte den Weg zur Befriedigung eines Gläubigers gefunden: er war der einfachste in dem Falle, wo mehrere Gläubiger Ansprüche an das Pfandobjekt hatten und dieses selbst ohne Nachteil für seinen Wert nicht in mehrere Teile zerlegt werden konnte. Das Bedürfnis hat dann auch die weitere Ausgestaltung bewirkt, indem es die freiwilligen Versteigerungen, von denen die ältere Zeit wenig weiß, aufkommen ließ. Es wäre von Interesse, in Erfahrung zu bringen, ob man es hier mit einer auf deutsch-schweizerischem Boden entstandenen oder aus Frankreich und Italien übernommenen Einrichtung zu tun hat. In der französischen Rechtsgeschichte ist mir kein Hinweis auf derartige gerichtliche Versteigerungen aufgestoßen. Denn die „gants et ventes“, von denen in ihr die Rede ist, waren eine Veräußerungsakzise, die so oft erhoben wurde, als ein Personenwechsel des Inhabers

1) Stadtrecht von Brugg, ed. Merz, Bd. XVI, II, S. 254; Welti, Stadtrecht von Baden, Bd. XVI, I, S. 60.

2) Weistümer, Bd. IV, S. 111.

3) Stadtrecht von Brugg, ed. Merz, Bd. XVI, II, S. 146, 167, 253.

4) Stadtrecht von Baden, ed. Welti, Bd. XVI, I, S. 186.

5) Weistümer, Bd. I, S. 198; Bd. VI, S. 340, § 6.

6) Welti, Rechtsquellen von St. Gallen, Bd. XIV, I, S. 123, 542, 589.

7) Stadtrecht von Arau, ed. Merz, S. 323.

des *dominii utilis* eintrat¹⁾. Auf Italien deutet der Ursprung, weil in diesem Lande zuerst jene Versteigerungen üblich geworden sind, die heute die volkswirtschaftlich wichtigsten geworden sind: die Großhandelsauktionen.

Im Kaufhause der Deutschen zu Venedig werden im 14. Jahrhundert Auktionatoren oder Versteigerer erwähnt. Ihre Zahl wird im Jahre 1335 von 40 auf 12 herabgesetzt und von ihnen wird verlangt, daß sie lateinisch und deutsch verstünden. In welcher Art die dortigen Versteigerungen vor sich zu gehen pflegten, ist nicht bekannt. Daß sie lediglich neue frische Waren vertrieben, ist wahrscheinlich²⁾. Es ist nicht bekannt, inwieweit diese Art des Warenabsatzes zu den anderswo ebenfalls üblichen Vorkommnissen gehört hat. Immerhin hört man wenigstens aus England, daß sie dort am Ausgange des 16. Jahrhunderts üblich war. Samuel Kiechel erzählt von seiner Reise im Jahre 1585, daß in Dover zwei von den Engländern aufgebrachte französische Schiffe landeten. Die Engländer entluden die Schiffe und ließen die Waren „uf der Gantt, als do gebreichig“ ausschreien und zu Geld machen³⁾. Wenn auch hier der Hinweis auf die Gant noch an das ältere Verfahren erinnert, so zeigt sich dieses doch unverkennbar in neuer Gestalt.

Die größten Triumphe feierte aber dasselbe seit im 17. Jahrhundert die überseeischen Handelskompagnien aufkamen. Die Holländisch-Ostindische Gesellschaft ist wohl die erste gewesen, die ihre eingeführten Gewürze und sonstigen überseeischen Waren öffentlich versteigern ließ. Eine Ausnahme bildeten lediglich die Gewürznägelein und die Muskatnüsse⁴⁾. Für diese beiden Artikel wurde vom Direktorium ein bestimmter Preis angesetzt, zu dem sie aus den Magazinen der Kompagnie bezogen werden konnten. Dieser Preis wurde je nach der Produktion und je nach der Nachfrage von Zeit zu Zeit geändert und beide Gewürze wurden nur en gros abgegeben. Für die übrigen Waren ergab sich der Preis auf den öffentlichen Auktionen, deren zwei in jedem Jahre veranstaltet wurden. Die eine ging im April oder Mai, die andere im Oktober oder November vor sich. In der ersteren wurde gewöhnlich der braune Pfeffer, Zimmet, Muskatblüte und einige andere Spezereien versteigert, während die zweite den seidenen und baumwollenen Stoffen und anderen Waren vorbehalten blieb.

Der Schauplatz dieser Versteigerungen war das Ostindische Haus auf der Osterburg in Amsterdam, das ansehnlichste aller Magazine und Packhäuser der Gesellschaft. Einige Tage, bevor die Auktion begann, wurden Proben aus-

1) Warnkönig und Stein, *Französische Staats- und Rechtsgeschichte*, 1846, Bd. I, S. 259.

2) Henry Simonsfeld, *Der Fondaco dei Tedeschi in Venedig*, 1887, Bd. II, S. 19.

3) Die Reisen des Samuel Kiechel, ed. K. D. Haßler, *Bibliothek des Literarischen Vereins* zu Stuttgart, Bd. LXXXVI (1866), S. 33.

4) Jean Pierre Ricard, *Le Negoce d'Amsterdam*, 1723, S. 376 ff. Friedr. Saalfeld, *Geschichte des holländischen Kolonialwesens in Ostindien*, 1812, Bd. I, S. 144 ff., S. 197 ff.

gereicht und die Ware so aufgestellt, daß jedermann sie besichtigen konnte. Bestimmte kleinere oder größere Mengen, sog. Kavelingen oder Koopen, kamen jedesmal zum Ausgebote. Die Makler ließen kleine Büchlein drucken, in denen die Nummern jeder Partie mit Angabe des Charakters: gut, schlecht, beschädigt, enthalten war. Diese verteilten sie an die Interessenten unentgeltlich. Dagegen wurden die Nachweise über die baumwollenen Gewebe, die umfangreicher ausfielen und in denen auf 150—200 Seiten Sorte, Länge, Breite, Einkaufspreise der Kompagnie mitgeteilt waren, vom Buchhalter der Kompagnie für 8—10 Gulden verkauft.

Am Tage der Auktion, beschreibt Ricard den Vorgang ¹⁾, begeben sich morgens 9 Uhr diejenigen, die kaufen wollen und eine Anzahl Makler in das Ostindische Haus. Man tritt in einen großen mit amphitheatralisch erhöhten Sitzen und einem langen Tisch, an dem 30—40 Personen Platz haben, ausgerüsteten Saal. Die Direktoren, ein Stadtschreiber und ein Schreiber der Kompagnie nehmen an der Mitte des Tisches Platz. Hinter ihnen thront der „Vendu-meester“ auf einem etwas erhöhten Sitze, damit er von allen Anwesenden gesehen und gehört werden kann. Wer von den Kauflustigen einen Platz am Tische selbst oder wenigstens in dessen unmittelbarer Nähe findet, nimmt ihn gerne ein. Haben alle sich niedergelassen, so klopft der Vendu-meester mit einem kleinen hölzernen Hammer, den er in der Hand hält, auf und gebietet Stillschweigen, worauf der Schreiber der Gesellschaft die Bedingungen verliest, unter denen die Versteigerung vor sich gehen wird.

Stellte sich heraus, daß die versteigerten Partien Fehler hatten, während sie als tadellose veräußert worden waren, so war der Käufer berechtigt sie zurückzugeben. Der Käufer hatte die Ware innerhalb 14 Tagen in Empfang zu nehmen. Hatte jemand 6 Wochen verstreichen lassen ohne die Ware abzunehmen, so war die Kompagnie befugt 14 Tage danach, nachdem sie ihn gemahnt hatte, die Ware abermals versteigern zu lassen oder zurückzunehmen. Den zu zahlenden Betrag hatte der Käufer selbst auszurechnen und das Fazit dem Buchhalter zu übermitteln, der alsdann die Angaben mit seiner Aufstellung verglich. Wie dabei vorzugehen war, führt Ricard in einzelnen Musterbeispielen sorgfältig vor ²⁾. Bei der Bezahlung wurde, wenn sie innerhalb dreier Monate erfolgte, 6% Rabatt gewährt, vom Tage des Verkaufes an gerechnet. Erfolgte die Zahlung nicht sofort bar, so wurde der Rabatt von einem späteren Termin gerechnet. Was innerhalb dreier Monate nicht bezahlt war, hatte der Käufer mit 8% zu verzinsen, gerechnet nach Ablauf der drei Monate bis zum Tage der wirklichen Zahlung. Indes wurden Rabatt und Zins hierbei gegen einander aufgerechnet. Wenn der zu zahlende

1) Ricard, a. a. O. S. 378.

2) Ricard, a. a. O. S. 393—395.

Zinsbetrag höher war als der zu gewährende Rabatt, wurden 8%, sonst 6% gerechnet. Außer dem Preise hatten die Käufer eins pro Mille vom Betrage der erstandenen Waren für die Armen herzugeben.

Die Makler, die für Auftraggeber steigerten, hatten diese zu nennen und die ihnen erteilten Aufträge vorzuzeigen. Die ihnen zufallende Gebühr hing von dem Kaufpreise ab. Keinenfalls durfte sie der Kompagnie an dem Verkaufspreise gekürzt werden.

Bei Ausbruch von Streitigkeiten zwischen den Käufern darüber, wer zuerst den höchsten Preis geboten hatte, stand die Entscheidung den Direktoren zu, die bei der Auktion anwesend waren.

Jede der Kammern, in die die Kompagnie zerfiel, veranstaltete die Versteigerungen für sich. Sie war verpflichtet, den Tag sechs Wochen vorher durch den Druck öffentlich bekannt zu machen. Diese Zeit sollte hinreichen, damit die Kaufleute in Amsterdam ihre Korrespondenten benachrichtigen und eventuell deren Aufträge entgegennehmen könnten. Die Reihenfolge, in der die Kammern Auktionen veranstalteten, stand nicht fest. Doch hatte die Kammer, die den Vorsitz führte, das Recht, mit den Auktionen zu beginnen.

Der Ertrag dieser Versteigerungen, auf denen nie der ganze Vorrat ausbezogen wurde, um den Preis auf einer gewissen Höhe zu halten, war sehr beträchtlich. Er schwankte in der Periode von 1639–1696 zwischen 3 700 000 Gulden im Jahre 1650 und 14 900 000 Gulden im Jahre 1696. Gewaltiger stieg der Ertrag in den Jahren 1697–1793. Damals belief er sich im Minimum auf 5 914 887 Gulden im Jahre 1787 und auf 27 100 414 Gulden im Jahre 1766. Wenn der Ertrag von 1648–1657 sich durchschnittlich auf 7 943 308 Gulden belaufen hatte, so betrug er von 1720–1729 jährlich 20 220 320 Gulden. Man nimmt an, daß ungefähr der vierte Teil der versteigerten Waren in Holland blieb, während der Rest von dem übrigen Europa aufgenommen wurde.

Nach dem Beispiel, das die Ostindische Kompagnie gab, waren auch sonst in Amsterdam Versteigerungen üblich. Ricard hat einen besonderen Abschnitt den „*Ventes publiques ou au Bassin*“ gewidmet¹⁾, bei denen man freiwillige und gezwungene unterschied, unter den letzteren die vom Gericht angeordneten verstanden, doch war das Verfahren in beiden dasselbe und blieb in den Grundzügen demjenigen gleich, das die ostindische Gesellschaft eingeführt hatte. Mit Hilfe eines Maklers wurden diese privaten Versteigerungen in Szene gesetzt. Sie hatten die öffentlichen Ankündigungen zu verfassen und nach der Drucklegung zur Austeilung zu bringen. Am Tage der Auktion selbst oder 1–2 Tage vorher durften die zu versteigernden Waren besichtigt werden. Und wenn es sich um mehrere Arten verschiedener Waren handelte, so ließ man Verzeichnisse mit genaueren

1) A. a. O. S. 42–49.

Angaben aufstellen. Sollten mehrere Partien an demselben Orte an einem Tage verauktioniert werden, so würfeln die Makler um die Reihenfolge.

Solche Versteigerungen gingen in Gasthäusern vor sich, von denen 8 bis 10 durch ein Privileg oder das Herkommen dazu ausersehen waren. In jedem dieser Wirthäuser gelangten laut altem Gebrauch immer nur bestimmte Waren zum Verkauf, z. B. Bau- und Schiffsbauholz im Weißen Schwan; Weine, Branntweine, Fabrikate aus Seide, Wolle, Baumwolle, Bänder und Spitzen in der Kaiserkrone, usw. Auch sie wurden von einem „Vendu-meester“ oder „Affslager“ geleitet, der von den Bürgermeistern dazu ermächtigt worden war. Derselbe hatte seinen Platz auf einem 10—12 Stufen erhöhten Kontor in einem Hofe, in dem sich die Kauflustigen versammelten. Vor ihm stand das kupferne Becken, an welches er mit einem Stocke schlug, um Stillschweigen zu gebieten oder den Zuschlag zu erteilen. Darnach führten die Versteigerungen ihre Bezeichnung. Der Affslager begann seine Tätigkeit mit dem Verlesen der Ankündigung der zu versteigernden Waren und der Bedingungen, unter denen die Auktion vor sich gehen sollte. Indem er dann den jedesmaligen Ausruf mit dem Zuschlag an den Meistbietenden beendete, steckte er einen „Plock-Penin“ in eine hölzerne Röhre, die auf dem Hofe ausmündete. Dort nahm eine Magd die Münze in Empfang und brachte sie gegen ein Trinkgeld von 2 Sols dem Käufer. Diese Plockpfennige waren Stücke von 20—30 Sols, gelegentlich von 40—50 Sols, je nach dem Werte der versteigerten Kavelinge. Der Makler hatte sie vorher in einer ebenso großen Anzahl, als Kavelinge zu versteigern waren, dem Vendu-meester übergeben. Sie stellten eine Art Rabatt dar, den der Verkäufer dem Käufer gewährte. Übrigens war es nicht bei allen Waren üblich, Plockpfennige zu gewähren. Ricard verweist hier auf die Praxis, die darüber keinen Zweifel ließe¹⁾.

Mitunter kam es vor, daß derjenige, der den Plockpfennig erhielt, dennoch nicht Käufer blieb. Es konnte nämlich sich ereignen, daß ein Gegenstand, der ein Höchstgebot gefunden hatte, noch einmal ausgebaut wurde. War z. B. eine Tonne Wein für 40 Livres versteigert worden, so konnte der Vendu-meester die Versteigerung noch einmal beginnen, indem er ausrief: 40 Livres und 6 Livres mehr! Von diesen 6 Livres ging er nach Bedarf herunter bis vielleicht auf einen viertel Livre und derjenige, der nur zur Zahlung eines Betrages über 40 Livres sich verstand, erhielt alsdann die verauktionierte Ware. Nur wenn niemand mehr als die höchstgebotenen 40 Livres geben wollte, bekam der erste Käufer die Ware zugeschlagen. Hieraus hatte sich der Mißbrauch ergeben, daß namentlich bei Versteigerung von Immobilien und Schiffen, Persönlichkeiten lediglich in Erwartung des Plockpfennings mitboten ohne eigentlich Käufer sein zu wollen. Eine Verordnung suchte dem zu steuern, indem diejenigen Bieter auf Schiffe

1) Ricard, a. a. O. S. 46.

oder Häuser, die nach erlangtem Zuschlage nicht sofort zwei für die Bezahlung garantierende Kautionen vorlegen konnten, für 6 Wochen eingesteckt wurden (ins Rasphuys gebracht).

Für seine Bemühungen erhielt der Vendu-meester $1\frac{1}{2}\%$ des umgesetzten Werts. Indes waren damit keineswegs alle für den Besitzer entstehenden Unkosten gedeckt. Ricard berechnet sie an einem Beispiele von verauktioniertem Brantwein im Werte von 4000 Gulden auf 159 Gulden 16 Sols¹⁾.

In deutschen Ländern, in denen mutmaßlich das Auktionswesen nach dem Vorgange Hollands Eingang gefunden hatte, hat man dann gelegentlich während des 18. Jahrhunderts einen Anlauf genommen, die Versteigerungen gesetzlich zu regeln. So in Hessen-Kassel, in Hamburg, in Brandenburg-Preußen²⁾. Eine Hessen-Kasselsche Verordnung vom 18. März 1774 richtet sich gegen Mißbräuche bei Subhastationen³⁾. Die Käufer warteten, was man ihnen ja freilich nicht verdenken konnte, mit ihren Geboten bis auf den letzten Zeitpunkt, um das Gut desto wohlfeiler zu erstehen. Andererseits meldeten sich noch Käufer nach dem letzten Glockenschlage oder nach erloschener Kerze mit größerem Gebote, die zum Schaden der Gläubiger und Schuldner nicht mehr berücksichtigt werden durften. Dies zu verhindern, sollte einmal in Zukunft vor dem öffentlichen Verkauf eine gerichtliche Schätzung des Gebäudes oder Grundstückes vorgenommen werden. blieb alsdann das Höchstgebot unter der Hälfte dieser Summe, so sollte der Zuschlag nicht erfolgen, sondern ein zweiter Versteigerungstermin anberaumt werden. Ferner aber sollte nach dem Glockenschlag oder erloschener Kerze, so lange noch weiter zu bieten erlaubt sein, als nicht vom Gerichte oder Kommissario nach geendigter nochmaliger Umfrage erklärt worden war, daß man dem Meistbietenden für die und die Summe das Gut zuerkannt habe. Mit der ersten dieser Bestimmungen war man auf eine alte schon bei den mittelalterlichen Vergantungen eingehaltene Praxis zurückgekommen.

In Hamburg waren neben den Warenauktionen im großen seit Beginn des 18. Jahrhunderts Detailversteigerungen in kleinen Partien aufgekommen und hatten sich seit der Mitte des Jahrhunderts gehäuft⁴⁾. Fabrik- und Manufakturwaren, die man in andern Ländern konfisziert hatte, sowie fremde Fabrikzeugnisse, denen die Einfuhr in dieses oder jenes Land unmöglich gemacht oder erschwert war, sandte man nach Hamburg zur Versteigerung. Fremde aller Nationen ließen in Hamburg Waren versteigern und die Zeitungen waren voll

1) Ricard, a. a. O. S. 49.

2) J. H. L. Bergius, Sammlung auserlesener deutscher Landesgesetze, fortg. von Beckmann, 1787, Bd. II, S. 461.

3) E. Baasch, Die hamburgischen Waren-Auktionen vor der Einführung der Reichs-Gewerbe-Ordnung in „Forschungen zur hamburgischen Handelsgeschichte“, 1902, Heft 3, S. 67—122.

von derartigen Ankündigungen. Es entwickelte sich überhaupt eine Art von Verhökerei, die jedem reellen Handel spottete. Im Jahre 1772 wurde z. B. einmal ein Lager sächsischen Porzellans im Werte von 30000 Tlrm. auktionenweise verkauft. Da büßten natürlich alle Kaufleute, die mit dieser Ware handelten, für längere Zeit die Lust zur Fortsetzung ihres Geschäftes ein. Auch die Weinändler klagten, daß durch die überhand nehmenden Weinauktionen, die im Jahre 1720 z. B. fast täglich statthatten, der solide Weinhandel in Partien litt und die Produzenten in Frankreich und Spanien ihre Preise nach den Auktionspreisen bemaßen. So sehr nahmen die Auktionen in Hamburg zu, daß während im Jahre 1739 auf dem Börsensaale an je einem Tage Versteigerungen von Ellenwaren und Juwelen, Pretiosen und Möbeln vorgekommen waren, im Jahre 1789 Ellenwaren an 211 Tagen, Juwelen etc. an 53 Tagen versteigert wurden. Überall im Senate, im Krameramte, in der Kommerziendeputation wurden damals lange Verhandlungen geführt, wie den mit dem Auktionswesen verbundenen Übelständen aus dem Wege gegangen werden könnte. Der Auktionshandel, so führte man aus, sei überhaupt kein wahrer Handel, sondern nur ein blinder, ein Windhandel. Die wahre Handlung bestehe in erlernter Wissenschaft, vernünftiger Überlegung und Ausrechnung, was diese oder jene Waren nach ihrem Werte in fremden Ländern in Hamburg zu stehen komme, ob es sich also lohne sie herzubringen. Man hielt den Auktionen vor, daß sie den Käufern Gelegenheit böten, sich mit überflüssigen Waren zu beladen, mit Waren betrügerlicher Herstellung, die eigens für Auktionszwecke fabriziert würden. Man gab zu, daß die „wahre Handlungsfreyheit“ vom größten Werte sei, aber warnte davor das Ideal einer Handelsfreiheit aufzustellen, das gleich einer übertriebenen politischen Freiheit nur zum Ruin des ganzen gemeinen Wesens ausschlagen könne.

Die Mißbräuche zu beseitigen kam es im Jahre 1752 zu einer Ausrufsordnung in Hamburg, der ersten in ihrer Art¹⁾. Im Entwurf hatte diese es auf Abwehr der Mißbräuche, die dem Kleinhandel schädlich waren, abgesehen. Man wollte die Zusammenschleppung von Waren behufs Versteigerung unterdrücken, die Winkel-Ausrufe einschränken, in denen jeder Vorübergehende ellenweise kaufen konnte. Jedoch die Ordnung ging viel weiter und sollte für alle Auktionen gelten, also auch für die kaufmännischen. Demnach waren die Kaufleute ebenfalls gezwungen Spezifikationen einzureichen, bestimmte Verkaufslokale einzuhalten, Anschläge an der Börse zu machen usw. Diese Beschränkungen ihrer Freiheit nahmen sie sehr übel und wußten einen „Anhang“ zur Ordnung im Jahre 1754 zu erwirken, der die ältere Vorschrift auf die Krämer Auktionen beschränkte. Die im großen handelnden Kaufleute genossen wie früher volle Freiheit über die in

1) E. Baasch, a. a. O. S. 88/90.

einem Verzeichnis zu der Verordnung genannten Waren Auktionen veranstalten zu dürfen. Der Kaufmann durfte seine Versteigerungen anstellen wo und wie er wollte.

Die Wirkungen der Verfügungen von 1752—1754 waren sehr geringe. Eine Abnahme der Auktionen war nicht zu merken. Vielmehr kam ein neuer Mißbrauch darin auf, daß die Makler ohne einen Käufer zu nennen, Waren an sich kauften und nachher, wie es die Gelegenheit mit sich brachte, austeilten. Gleichwohl scheute man sich vor einem Verbote der Auktionen, weil sie dann vermutlich im benachbarten Altona abgehalten worden wären, was sicherlich zur Beeinträchtigung des Handels in Hamburg geführt hätte¹⁾.

Unter solchen Umständen kam am 2. September 1757 abermals eine Verordnung heraus. Sie unterschied die Versteigerung von beweglichen und von unbeweglichen Gütern. Besondere Persönlichkeiten, die Ausrufer, die einen Eid abzulegen hatten und von Ausrufsbedienten unterstützt wurden, vollzogen sie. Für diejenigen Gehöfte, Gärten und Häuser, die den Landeseingesessenen gehörten und die draußen an Ort und Stelle versteigert zu werden pflegten, war eine Ausnahme getroffen. Sie wurden von den Vögten jeden Orts versteigert und nur, wenn sie in der Stadt verkauft wurden, trat wieder der Ausrufer in seine Rechte ein. Bei den beweglichen Gütern wiederum durften Mobilien und fahrende Habe im Stadtgebiete ebenfalls von den Vögten versteigert werden. Desgleichen waren die Kirchen, Hospitäler und Armenhäuser berechtigt sich für Vornahme einer Auktion ihrer Schreiber oder Vögte zu bedienen. Kaufmannswaren, Pretiosen, Juwelen, Gemälde, Galanterie- und Kramwaren waren den geschworenen und privilegierten Maklern vorbehalten²⁾.

Die neue Verordnung bemühte sich somit klarzulegen, wer überhaupt das Recht zur Veranstaltung von Auktionen habe und in welchen Fällen es den Verkäufern freistehe, sich der Mitwirkung der einen oder anderen berechtigten Persönlichkeit zu bedienen. Damit sollten dann zugleich die Winkel- und heimlichen Ausrufe ein für alle Male verboten sein. Namentlich wurde den Kleiderhändlern untersagt sich mit Ausrufen von Mobilien und Hausgeräten zu beschäftigen und unter dem Vorwande, den Taxpreis zu zahlen, sie allein oder in Verbindung unter einander (in Maskopey) an sich zu bringen. Endlich wurden in der Verordnung auch die Gebühren der Ausrufer festgesetzt. Von ihren Einnahmen hatten sie $\frac{1}{2}\%$ an das Werk- und Zuchthaus abzuliefern und zu diesem Zweck ein Verzeichnis der veranstalteten Auktionen und des erreichten Erlöses an maßgebender Stelle vorzulegen.

1) E. Baasch, a. a. O. S. 92.

2) J. H. L. Bergius, Sammlung auserlesener teutschen Landesgesetze, Bd. IX, S. 86. E. Baasch, a. a. O. S. 90.

Auch in Preußen hielt es Friedrich der Große für zweckmäßig am 12. April 1756 ein „Reglement und Instruction für die Auctionatores“ zu erlassen. Inwieweit ein gewisser Umfang der Mißbräuche dazu Veranlassung gegeben hatte, ist unbekannt. Das Versteigerungsgeschäft ruhte in den Händen vereidigter Auktionatoren, die „redliche vernünftige Männer“, und ihrer Ausrufer, die „bekannte ehrliche Leute“ sein sollten. Die Stadt Berlin behalt sich damals mit drei Persönlichkeiten, Christoph Mylius, der im wesentlichen Bücher, Kupferstiche, gelehrte Apparate und überhaupt „alles was zu einem Museo gehörig und darin befindlich gewesen“ zu versteigern befugt war, sowie Christian Ludwig Baumgarten (in Berlin, Alt- und Neu-Cölln und seinen Vorstädten) und Jeremias Noble (in Werder, Neustadt und Friedrichstadt), denen alle übrigen Effekten zufielen¹⁾.

Jeder, der eine Auktion von Büchern, Mobilien, Silbergeschirr usw. zu veranstalten gedachte, hatte sich an einen vereidigten Auktionator zu wenden, der ein Verzeichnis der zu versteigernden Gegenstände aufstellen und Zeit und Ort wenigstens 4 Wochen vorher bekannt machen mußte. „Ohne Parteylichkeit und Eigennutz“ sollten die Auktionatoren ihrem Geschäfte nachgehen, durften weder selbst noch durch ihre Verwandten oder „andere, die sie dirigieren“ mitbieten, über die verkauften Gegenstände ein Protokoll führen und spätestens 14 Tage nach beendeter Auktion dem Auftraggeber oder den Gerichten den Erlös einhändigen. Das eigentliche Ausrufergeschäft besorgten dann die Gehülften der Auktionatoren, die Ausrufer, die die Gegenstände vorher zu numerieren und in Ordnung zu bringen, dann jedes Stück frei und öffentlich vorzuzeigen, das Gebot, „wie es nach einander geschiehet, laut und vernehmlich“ zu wiederholen und sich aller „Eilfertigkeit insonderheit bey Sachen, die von Werte sind“ zu enthalten hatten. Es sollte eben Grundsatz sein, im Interesse des Auftraggebers die höchsten Preise zu erzielen (§ 2 Punkt 3).

Bei der Abhaltung der Auktionen war man nicht an einen bestimmten Ort gebunden. Man konnte sie bei sich zu Hause vornehmen lassen. Nur für den Fall, daß dazu Gelegenheit fehlte, hatten die Auktionatoren in einer bequemen gelegenen Gegend der Stadt einen Raum dazu bereit zu halten. Bei Streitigkeiten darüber, wer das Höchstgebot getan hatte, entschied der Auktionator. Bei dem gleichen Gebote von zwei verschiedenen Seiten sollte der Auktionator den einen veranlassen, den anderen zu überbieten, oder das Los anrufen. Die Aushändigung und Bezahlung der gesteigerten Gegenstände erfolgte am anderen Tage. Der Auktionator durfte eine Entschädigung berechnen, die in einer Vergütung für das gestellte Lokal, einem festen Lohne von 8 Groschen pro Stunde, „in welcher er Auction halten wird“, und $\frac{1}{3}$ % der vereinnahmten Gelder bestand.

1) Novum Corpus constitutionum prussico-brandenburgensium praecipue Marchicarum, Tomus II, p. 58 ff. Bergius, Policy- und Cameral-Magazin, 1767, Bd. I, S. 90 ff. gibt einen Auszug.

Die Ausrufer hatten außerdem 2 Groschen pro Stunde, 4 Groschen für die Vorbereitung der Auktion und 8 Groschen für das Ankleben der Zettel zu beanspruchen.

Der Mißbrauch, gegen den das neue Reglement sich wandte, scheint hauptsächlich darin bestanden zu haben, daß die Auktionatoren andere nicht zu der Auktion, mit der sie beauftragt waren, gehörende Gegenstände, „welche ihnen zugebracht“, mit versteigerten. Dadurch fühlten sich die Auftraggeber der Versteigerung beeinträchtigt, indem sie die Kosten zu tragen hatten. Das wurde jetzt verboten. Nur wenn die Versteigerung im Amtslokal des Auktionators erfolgte, durfte er am letzten Tage der Auktion die Kauflustigen auffordern, sich anderen Tags zur Erwerbung solcher „ihm stückweise hier und da zugebrachten Sachen“ einzufinden.

Ferner aber waren offenbar die um sich greifenden Bücherauktionen Veranlassung zur Veröffentlichung des Reglements gewesen, denn von ihnen ist wiederholt die Rede. In der Tat hatten diese im Laufe des 18. Jahrhunderts manche Unzufriedenheit erregt. In Holland seit dem letzten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts aufgekommen, bildeten sie dort allmählich zur Verwertung größerer Partien von Verlagsartikeln und rohen Sortiments den Mittelpunkt des buchhändlerischen Geschäftsverkehrs. Die Holländer versuchten auch diese Methode auf die Frankfurter Büchermesse¹⁾ zu übertragen, stießen jedoch auf entschiedenen Widerspruch. Es kam sogar am 8. April 1666 zu einem kaiserlichen Verbot der Bücherauktionen zur Meßzeit²⁾. Gleichwohl fanden diese Versteigerungen allmählich in Deutschland Eingang. In Leipzig hatte bereits vor dem Jahre 1671 der Buchhändler Christian Kirchner zwei Auktionen „nach holländischer arth undt weise“ unter Ausarbeitung zweier Kataloge veranstaltet und wollte sich damit ein großes Verdienst erworben haben, indem er „sehr rare Bücher, so sonst in obscuro geblieben oder etwan von den Mäusen wehren gefressen worden“, an das Tageslicht gezogen hätte³⁾. In dem genannten Jahre bewarb er sich dann um ein Monopol zur Abhaltung von Bücherauktionen, indem er darum nachsuchte, von dem Ertrage der von ihm für Rechnung Anderer versteigerten Bücher 5% für seine Bemühungen in Ansatz bringen zu dürfen. Das Oberkonsistorium in Dresden beschied zwar den Antragsteller abschlägig, befürwortete indes, weil der Gedanke an sich zu billigen sei, ihm die Konzession zu diesem Zwecke auf 10 Jahre zu erteilen. Ob es dazu gekommen ist, erhellt aus den Akten nicht, ist aber nicht unwahrscheinlich, da damals jede Auktion einer besonderen Konzession bedurft zu haben scheint. Bald darnach brachte Magister Johann Friedrich Leib-

1) Felix v. Schröder, Die Verlegung der Büchermesse von Frankfurt a. M. nach Leipzig, 1904, S. 25.

2) Archiv für Geschichte des Deutschen Buchhandels, Bd. VI, S. 160.

3) Archiv für Geschichte des Deutschen Buchhandels, Bd. I, S. 190—192.

4) Archiv für Geschichte des Deutschen Buchhandels, Bd. XIV, S. 208 ff.

niz, der Vater des Philosophen, den Leipziger Buchhandel in Aufregung, weil er Bücher aus einer Erbschaftsmasse, für die er augenscheinlich keine Verwendung hatte, in der Michaelismesse 1671 versteigern lassen wollte. In stark übertreibender Weise, indem sie von dem Ruin des Geschäfts sprachen, falls solche Auktionen zugelassen werden sollten, wandten sich die Buchhändler an das Oberkonsistorium mit der Bitte, die Auktion zu verbieten, drangen jedoch nicht durch. Trotzdem richteten am 7. Februar 1674 die vereinigten Buchhändler von Leipzig, Wittenberg und Dresden an den Rat und die Universität Leipzig die Bitte, diese Versteigerungen, „die sie in ihrer Nahrung kränkten und in die höchste Armut brächten“, zukünftig nicht mehr zuzulassen. Sie muß jedoch ohne Erfolg geblieben sein, da zwei Jahre darnach, am 17. Juni 1676, die Leipziger Buchhändler aufs neue einen Vorstoß unternahmen. Sie führten jetzt aus, daß die Auktionatoren den Studenten und ihren Eltern alte und neue Bücher, Dissertationen und Chariteuen zu geringen Preisen abschwatzten und nachher in öffentlichen Versteigerungen losschlugen. Auch mit dieser Eingabe hatten sie kein Glück, so daß sich an dieselbe am 7. September 1678 eine Wiederholung schloß, dieses Mal von sämtlichen Leipziger Buchhändlern direkt an den Kurfürsten. Energisch betonte man, daß der Buchhandel durch die Auktionen gestört und verdorben werde. Höchst schandbare und verbotene Bücher würden durch diese eingeschlichenen Auktionen der studierenden Jugend zugänglich gemacht. Ein Buch werde, wenn es nach „des Auktionirers Schinderei“ nicht hoch genug gekommen wäre, von einer Auktion auf die andere gebracht. Durch diese schändliche Pusch- und Störerei werde aller Handkauf und currente Nahrung entzogen und dem ehrlich erlernten Handwerk „durch den Bauch gestoßen und dasselbe hintenangesetzt“. Das kurz vorher, am 12. Juli 1678, erlassene Reskript des Oberkonsistoriums an die Bücherkommission, daß die Auktionatoren wenigstens keine rohen Bücher versteigern sollten, hatte den Buchhandel augenscheinlich nicht befriedigt¹⁾.

Indes man merkte, daß aller Widerstand gegen eine Neuerung, die volkswirtschaftlich gerechtfertigt erschien, vergeblich war und so kam es am 13. Juni 1680 zu einer Verordnung, wie es mit Verauktionierung derer Bücher oder Bibliotheken zu halten²⁾. Wenn nunmehr jemand eine Bücherversteigerung veranstalten wollte, so mußte er der Obrigkeit den Katalog im Manuskript vorlegen, damit die rohen, ungebundenen, verbotenen und unnützen Bücher zurückgewiesen werden konnten. Erst nach solcher Durchsicht durfte der Katalog gedruckt

1) Codex Augusteus, Bd. I, S. 414/415; Archiv für Geschichte des Deutschen Buchhandels, Bd. VIII, S. 64.

2) Abgedruckt in „Der Stadt Leipzig Ordnungen wie auch Privilegia und Statuta“, 1701, S. 237 bis 241, Nr. 23. Im Originaldruck „gedruckt bei Johann Georgen im Jahre 1680“, im Archiv der Universität Leipzig, 1, X, Nr. 27.

werden. Bücher im einzelnen oder in Bibliotheken zusammenzukaufen, mit dem Zwecke sie nachher zu versteigern, war verboten. Wer jedoch eine Bibliothek erbt, sollte sie durch Auktion „distrahieren“ dürfen. Die Auktion wurde durch einen von der Universität oder der Stadt ernannten Ausruf (Praeco) geleitet, der in der Reihenfolge des Katalogs, der genau und ordentlich verfaßt sein mußte, die Bücher ausrief. Ein einmal in dem Katalog verzeichnetes Buch durfte nicht mehr unter der Hand weggegeben werden, sondern mußte zur Auktion gelangen. Weder der Ausruf noch der Eigentümer der Bibliothek durften selbst mitbieten oder durch andere mitbieten lassen. Die Auslieferung ersteigter Exemplare erfolgte nur gegen Barzahlung und für nachher sich mangelhaft herausstellende Bücher bestand die Verpflichtung der Zurücknahme.

Der erste Praeco, den die Universität ernannte, war Bartholomäus Keck, der am 29. Oktober 1681 vereidigt wurde. Er hatte 8 Jahre seinen Studien obgelegen und war Notar¹⁾. Seine Wirksamkeit war eine erhebliche, denn er leitete von 1681 bis 1707 nach seiner eigenen Aussage 122 Auktionen, d. h. etwa fünf durchschnittlich jährlich. Seinem Tätigkeitsdrange war damit freilich nicht Genüge geschehen, denn er stellte die Vornahme von Auktionen als „unausträgliches“ Geschäft hin, von dessen Durchführung allein man nicht leben könne. Er hatte übrigens auch den Wettbewerb zweier vom Rate angestellter Proklamatoren auszuhalten. Während nun seine Gebühr auf einen Groschen vom Taler angesetzt war, behauptete er im Jahre 1707 niemals soviel erreicht zu haben. Vielmehr hätte er entweder gegen einen Tagelohn arbeiten oder sich zu einer Gebühr in Höhe von 6 Pfennigen vom Taler verstehen müssen. Daher habe er oft für seine Tätigkeit nicht mehr als 3 Groschen täglich gehabt, wogegen der Kassierer herkömmlich 12 Groschen empfangen hätte und an Miete für das Auktionslokal 16 Groschen täglich zu zahlen gewesen wäre. Demgemäß wollte er bei Auktionen, die 18 Wochen gedauert hatten, kaum 24 — 25 Rtlr. verdient haben. Alle diese trüben Erfahrungen hinderten ihn jedoch nicht, als er im Jahre 1707 sein Amt niederlegte, Schritte zu tun, um den Posten seinem Neffen Michael Keck zu verschaffen.

Wie es scheint war seine Tätigkeit nicht völlig einwandfrei. Wenigstens hält er für notwendig in einer kleinen „Erinnerung“ auf Vorwürfe zu antworten, die ihm vermutlich in dem Augenblicke, wo sie einen neuen Proklamator anstellen wollte, von der Universität gemacht wurden. Keck wollte sich das Recht mitzusteigern nicht verwehren lassen, da seine Frau einen Buchladen besaß. Daß in diesem die kurz vorher versteigerten Bücher sich oft wiederfanden, leugnete er nicht. Allein teilweise hätten Personen, die die Bücher kurz vorher gekauft,

1) Universitätsarchiv Leipzig, I, X, Nr. 14.

sie ihm zum Verkaufe alsbald gebracht. Teilweise sollte es sich um solche Bücher handeln, die von den Käufern auf der Auktion nicht abgeholt worden wären und die er dann doch anderweit habe absetzen müssen. Daß einige Bücher „immediate auf der Auktion“ von ihm erkauft seien, mußte er doch zugeben. Auch von dem Vorwurfe, daß er „zu geschwind“ zuzuschlagen pflege, suchte er sich zu reinigen¹⁾.

Weder die gesetzliche Regelung noch die Durchführung durch einen vereidigten Beamten brachten somit die Beschwerden zum Verstummen.

Schon in Frankfurt a. M. hatten die Buchhändler über allerlei geklagt, u. a., daß die Auktionatoren ihren Gläubigern ziemlich bedeutende Summen schuldig geblieben seien. Als jetzt zu Beginn des 18. Jahrhunderts Verlag und Sortiment sich deutlicher von einander schieden und die Verleger anfangen ihre umfanglichen Sortimentslager auf dem Wege der Auktion abzustoßen, gingen die Klagen von neuem los. Man erklärte die Auktionen als unbuchhändlerisches Vorgehen, das auf die Harmlosigkeit und Dummheit der großen Masse zu spekulieren pflege. Ein Zeitgenosse, Magister Birnbaum, behauptete, daß sie von Existenzen ausgingen, die er als „verdorbene Magistri, halb oder gar unstudirte studenten und quacksalber, allzu ehr- und geldgeitzige buchdrucker, aus ihrer zunft gestoßene buchdruckergesellen, verlauffene buchdruckerjungen, fallit wordene kauffleute, liederliche kauffdiener, verschickte kupferdrucker, armselige Schneider, herrn- und ehrlose laquaaien“ schilderte, die auf diese Weise glücklich, reich und ehrlich werden wollten²⁾.

Eine abermalige Eingabe der Leipziger Buchhändler vom 27. Februar 1734 an den Kurfürsten beleuchtet die damaligen Zustände³⁾. Dieselbe geht von den vielen Eingriffen aus, denen der Buchhandel ausgesetzt wäre und gipfelt in der Beschwerde über den Unfug mit den Auktionen roher Bücher. Der Buchhandel gehe an sich zur Zeit so schlecht, daß manche Geschäfte ihren Betrieb demnächst werden einstellen müssen, aber die eingerissene Versteigerung roher und neuer Bücher müsse ihn vollends verderben. Hilfe sei nur noch „am Fuße des Thrones“ zu finden, daher bat man um einen Befehl an Rat und Universität den Auktionen Einhalt zu tun.

Es war aber mittlerweile noch schwerer geworden als vor einiger Zeit die Bücherauktionen einzustellen. In Berlin, wo Friedrich Wilhelm I. auf die allgemeine Einführung der Zensur sein Augenmerk richtete, wandte sich ein Gutachten des Geheimen Finanzrates Culemann nicht nur dagegen, sondern bestritt auch die Möglichkeit gegen die Versteigerungen vorzugehen. Es werden, sagt

1) Universitätsarchiv am 10. März 1707, I, X, Nr. 14, S. 11 ff.

2) Felix v. Schröder, a. a. O. S. 59.

3) Archiv für Geschichte des Deutschen Buchhandels, Bd. XIV, S. 218.

das vom 21. März 1737 datierte Schriftstück, hier in Berlin oft 4,5 und mehr Auktionen gehalten, wovon jede sich oft auf einige 1000 Stücke belauft; jetzt z. B. eine bei Rüdiger von mehr als 9000 Stück¹⁾. Die gleiche Beobachtung konnte man in Westfalen, in Mecklenburg, in Königsberg machen, wo im Jahre 1725 eine Beschwerde beklagt, daß „mit denen so vielfältig gehaltenen Bücher-Auktionen so unverantwortlich vorgegangen wird“²⁾. Und in Leipzig nahmen die Auktionen derart überhand, daß im Jahre 1727 nach der Aussage des Universitäts-Proklamators Keck die eine auf die andere gefolgt wäre. Er hätte kaum 8—14 Tage dazwischen „zum respiriren“ gehabt³⁾.

Bei alledem waren Mißstände nicht zu leugnen. Ein Auftraggeber ließ 10000 gebundene und rohe Bücher versteigern. Oft waren im Katalog Bücher genannt, die erst kurz vor dem Termine bei anderen Buchhändlern gesucht wurden. Mit Hilfe gedungener Persönlichkeiten trieb man die Preise in die Höhe. Nicht selten wurden gestohlene Bücher versteigert, die Knaben ihren Vätern, ungetreue Gehülfen ihren Brotherrn geraubt hatten. Trödler benutzten die Gelegenheit, um des Morgens, wenn die Buchläden geöffnet wurden, oder kurz nach Tisch, wenn die Lehrlinge allein im Laden waren, sie zum Stehlen der Bücher zu verführen.

Eine Wendung zum Besseren ist wohl erst durch die Weigels erzielt worden. Christoph Gottlieb Weigel wurde im Jahre 1785 Proklamator der Universität. Sein Sohn Johann August Gottlieb Weigel, ursprünglich in der Gleditsch'schen Buchhandlung tätig, dann Faktor in der Müllerschen Buchhandlung, folgte ihm im Jahre 1794. Die Hoffnung, daß er je einmal selbst Buchhändler werden würde, glaubte er aus Mangel an Fonds aufgeben zu sollen und hatte sich daher dieser Beschäftigung zugewandt. Er scheint die Bücherauktionen auf eine solidere Basis als bisher gestellt zu haben. In einem Verzeichnis, das er über die Bibliothek des verstorbenen Professors Hedwig drucken ließ, die am 21. Oktober 1799 im Rothen Collegio versteigert werden sollte, steht zu Beginn eine „Erste Nachricht“. Darin heißt es, daß die Auktion⁴⁾ bestimmt an dem auf dem Titel genannten Tage vor sich gehen werde, daß innerhalb 6 Wochen spätestens entfernter wohnende Käufer ihre Bücher abgeholt haben müßten, widrigenfalls sie aufs neue versteigert werden würden, daß die Zahlung in konventionsmäßigen Geldsorten gefordert werde. Aus diesen Anfängen ist das heutige renommierte Auktionsgeschäft Weigel

1) Archiv für Geschichte des Deutschen Buchhandels, Bd. VII, S. 42. Über die Buchhandlung von Rüdiger s. A. Buchholz, Die Vossische Zeitung, geschichtliche Rückblicke auf drei Jahrhunderte, 1904.

2) Archiv für Geschichte des Deutschen Buchhandels, Bd. V, S. 314; XVII, S. 255; XVIII, S. 161.

3) Universitätsarchiv Leipzig I, X, Nr. 14.

4) Universitätsarchiv Leipzig, I, X, Nr. 60, S. 42, 54/55.

5) Ein Exemplar dieses Katalogs in der Bibliothek des Börsenvereins.

in Leipzig hervorgegangen, das die Bücherversteigerungen auf die normale Bahn gebracht hat.

Das 19. Jahrhundert überließ dann die Versteigerungen ganz sich selbst. Es ist über ihre Häufigkeit in der ersten Hälfte des Jahrhunderts nichts bekannt. Doch blieben sie in der Handwerkerbewegung des Jahres 1848 nicht unbemerkt. Jene Petition der Handwerksmeister in Bonn vom April 1848, die den Reigen eröffnete, wandte sich auch gegen die Einfuhr von Handwerksarbeit aus anderen Städten zum Verkauf oder zur Auktion (Art. XV) und wünschte, daß niemand bei öffentlichen Vergantungen die Herstellung von Handwerkerarbeiten übernehmen dürfe, der nicht vorher das Meisterrecht des entsprechenden Gewerks erlangt habe. Wahrscheinlich werden ähnliche Wünsche aus anderen Städten verlautet sein, denn der Entwurf einer allgemeinen Handwerker- und Gewerbeordnung für Deutschland, den der deutsche Handwerker- und Gewerbekongreß in Frankfurt a. M. im Juli und August 1848 aufstellte, verbot im § 59: alle freiwilligen öffentlichen Versteigerungen mit neuen Erzeugnissen der Handwerker und technischen Gewerbetreibenden sind untersagt. „Die Motive hoben hervor, daß für Versteigerungen meist außerhalb angefertigte Ware herangeführt werde, sowie daß dadurch die inländische Konsumtion geschmälert, die einheimischen soliden Gewerbetreibenden beeinträchtigt würden.“ Auf demselben Boden stand der Entwurf eines Gewerbegesetzes, den der Verein selbständiger Handwerker zur Wahrung ihrer Interessen in Berlin im September 1849 aufgestellt hatte¹⁾. Der § 71 lautete dahin, daß öffentliche Versteigerungen neuer Handwerkerwaren nur mit besonderer Genehmigung der Kommunalbehörde des Versteigerungsortes stattfinden dürften.

Unterdessen hatte aber Preußen am 15. August 1848²⁾ ein Reglement für die außergerichtlichen Auktionatoren erlassen. Die wesentlichsten Bestimmungen desselben, das durch Nachträge von 1856—1882 abgeändert und ergänzt wurde, sind diese: Als Auktionatoren dürfen nur solche Personen bestellt werden, von deren Unbescholtenheit und strenger Rechtlichkeit sich die königliche Regierung überzeugt hat. Auch müssen sie in einer mit ihnen anzustellenden Prüfung überzeugend nachweisen, daß sie die zu einem ordnungsmäßigen Betriebe des Auktionsgeschäfts erforderlichen Eigenschaften besitzen. Vor der Bestellung mußte der Bewerber eine Kautionsleistung leisten, wurde dann vereidigt und bekam einen bestimmten örtlich abgegrenzten Bezirk angewiesen, über den hinaus er sein Geschäft nicht betreiben durfte. Der Antrag auf Abhaltung einer Auktion mußte schriftlich gestellt oder zu Protokoll erklärt werden. Dabei hatte der Auktionator die Legitimation des Antragstellers zu prüfen und durfte, falls Anstände sich ergaben,

1) Berlin. Druck von J. H. Bräuschke.

2) F. Hoffmann, Der Geschäftsbetrieb der Versteigerer in Preußen, 1902, S. 3/4.

erst nach deren Beseitigung die Versteigerung der Gegenstände übernehmen. Die Versteigerung hatte der Auktionator selbst abzuhalten. In Wirtshäusern und Gebäuden, wo ein Ausschank geistiger Getränke stattfand, durften Versteigerungen nur mit Genehmigung der Ortspolizeibehörde vor sich gehen, jedenfalls aber im Auktionsraume während der Versteigerung selbst keine Spirituosen verabfolgt werden. Über jede Versteigerung mußte der Auktionator eine besondere Akte anlegen, ein Protokollbuch und ein Kassebuch nach vorgeschriebenem Muster führen und darauf Obacht geben, daß unter den Kauflustigen keine Verabredung getroffen würde, um ein Mehrgebot zu hindern. Mitbieten durfte der Auktionator weder selbst noch durch andere Dritte.

Auch in Hamburg kam es noch einmal, am 24. April 1856, zum Erlaß einer neuen Verordnung über die Auktionen, die die älteren Verfügungen aufhob¹⁾. Die neue Ordnung unterschied Auktionen über beschädigte Waren und Ausverkaufsauktionen von den sonstigen Auktionen. Für die ersteren galt, daß die Einteilung der Kavelinge dem Belieben der Beteiligten anheimgestellt war. Zwei Tage vor der Auktion mußte ein Verzeichnis der Waren und der Größe der Kavelinge bei der zuständigen Behörde eingereicht werden. Andere als die im Verzeichnis aufgeführten Waren durften nicht versteigert werden. Auch für die „sonstigen Auktionen“ galt, daß ein Verzeichnis der Gegenstände erforderlich war. Indes war es zulässig, auf ihnen auch andere als die genannten Waren zu versteigern. Hinsichtlich der Kavelinge aber war bestimmt, daß sie für Manufakturwaren nicht kleiner sein durften als sie in der Regel im Großhandel üblich waren. Kurzwaren durften nur per Groß oder Dutzend, nicht in einzelnen Stücken, versteigert werden. Nur Gegenstände im Werte von mehr als 50 M. Banco konnten einzeln versteigert werden.

So glaubte man den Kopf schön aus der Schlinge gezogen zu haben. Man legte dem Großhandel, rücksichtlich der Verwertung von Manufaktur- und Kurzwaren, keine lästige Kontrolle und Beschränkung auf. Andererseits schützte man die Detaillisten gegen die ins Kleine gehenden und wirklich unrealen Auktionen²⁾.

Wie diese Verordnung sich bewährt hat, ist nicht bekannt. Wahrscheinlich konnte sie gar keine rechte Wirksamkeit mehr ausüben, denn sie blieb nicht lange in Kraft. Sie wurde wie das preußische Reglement, das übrigens nur im Gebiete des allgemeinen Landrechts galt und in den neu erworbenen Landesteilen nie Gesetz wurde, durch die Gewerbeordnung, die im Jahre 1869 das Gewerbe der Auktionatoren völlig frei gab, hinfällig.

Indes die Freiheit hat sich hier wie in manchen anderen Fällen nicht bewährt. Seit jede öffentliche Kontrolle fortfiel, fand man, daß dieser Beruf viel-

1) E. Baasch, a. a. O. S. 119.

2) E. Baasch, a. a. O. S. 120.

fach von unzuverlässigen, zum Teil schon bestraften Individuen ergriffen wurde. Solche ließen sich unredliche Handlungen zu Schulden kommen, stellten übertriebene Gebührenrechnungen auf, verleiteten zu sinnlosem Bieten vermittelst Personen, die in ihrem Auftrage mitboten, verabreichten wohl gar Spirituosen während der Versteigerung. Häufig war mit dem Auktionsgeschäft der Rückkaufhandel und das Trödelgewerbe verbunden. Warenmassen, die dem unmittelbar bevorstehenden Konkurse entzogen werden sollten, wurden zum Nachteil der Gläubiger und zur Schädigung reeller Gewerbetreibender verschleudert. Besonders in Sachsen, in Braunschweig, in Altenburg wurde das Einschreiten der Gesetzgebung als ein Bedürfnis angesehen. In Bayern war dasselbe nicht unbedingt notwendig, jedoch auch nicht unerwünscht, während in den übrigen deutschen Staaten der Betrieb der Privatauktionatoren keine erhebliche Ausdehnung gewonnen hatte¹⁾.

So kam es im Jahre 1883 zu der Novelle zur Gewerbeordnung, die die Auktionatoren in die Kategorie jener Gewerbetreibenden aufnahm, denen der Gewerbebetrieb untersagt werden konnte, falls Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in bezug auf den betreffenden Betrieb dartun. Zugleich wurde bestimmt, daß die Versteigerung von Immobilien nur den Auktionatoren erlaubt sei, die von dazu befugten Staats- oder Kommunalbehörden als solche angestellt sind. Ferner wurden die Zentralbehörden ermächtigt, Vorschriften darüber zu erlassen, in welcher Weise die Auktionatoren ihre Bücher zu führen und welcher polizeilichen Kontrolle über den Umfang und die Art ihres Geschäftsbetriebes sie sich zu unterwerfen haben.

Aber die Erfahrung lehrte, daß die Bestimmungen vom 1. Juli 1883 nicht ausreichten, den schweren Auswüchsen des Auktionatorenengewerbes erfolgreich entgegenzutreten und insbesondere das Publikum vor betrügerischen Ausbeutungen zu bewahren. Die sogenannten Schwindelauktionen hörten nicht auf. Personen, deren Eigentum versteigert wurde, fühlten sich ebenso wie reelle Geschäftsleute benachteiligt, und daher wurde am 2. März 1899 im Reichstag ein neuer Entwurf über die Auktionatoren eingebracht, der im nächsten Jahre zur Novelle vom 30. Juni 1900 führte. Kraft derselben wurde die Befugnis der Zentralbehörden dahin erweitert, daß Vorschriften über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen, sowie über den Geschäftsbetrieb erlassen werden können.

1) Sammlung sämtlicher Drucksachen des Reichstags, II. Session, 1882/83, Bd. I. Nr. 5.

2) Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, X. Legislaturperiode, VI. Session 1898/1900, Bd. II, Nr. 165.

III.

Will man sich von der bedenklichen Seite des modernen Auktionswesens eine richtige Vorstellung entwerfen, so muß man sich darüber klar werden, daß es verschiedene Arten von Versteigerungen gibt, deren Bedeutung keineswegs die gleiche ist.

Da sind zuerst die Nachlaßauktionen. Sie bringen einen vorhandenen Vermögensbesitz schon gebrauchter Gegenstände unter die Leute. Gegen sie einzuschreiten läge kein Grund vor. Wenn die Erben mit den betreffenden Dingen nichts anzufangen wissen, wer wollte es ihnen verwehren sie auf diesem Wege abzustoßen? Rasche Abwicklung ist in diesem Falle ebenso wünschenswert als unwahrscheinlich, wenn ein freihändiger Verkauf eingeleitet werden sollte. Sie ist demnach vorteilhaft für den Besitzer und schließt für den Kaufenden die Idee eines Gelegenheitskaufs, d. h. wohlfeiler Erwerbung von Sachen, die ihm nötig oder gar unentbehrlich sind und die er beim Ankauf im Laden erheblich teurer bezahlen müßte, ein. Allgemein volkswirtschaftlich betrachtet erscheint das Gute, daß Dinge, die Gefahr laufen trotz bemerkenswerter Brauchbarkeit zu entwerten, weil der Kauf lustige von ihrem Vorhandensein keine Kenntnis hat, ihre Eigenschaft Bedürfnisse zu befriedigen, betätigen können. Ärmere werden auf diesem Wege in den Stand gesetzt sich mit Gegenständen umgeben zu können, auf deren Anschaffung sonst ihre Dürftigkeit zu verzichten sie zwingen würde.

Zweitens ziehen die Pfandverkäufe die Aufmerksamkeit auf sich. In ihnen zeigen sich die sogenannten öffentlichen Versteigerungen, die auf Grund einer besonderen gesetzlichen Ermächtigung für Rechnung eines Dritten vorgenommen werden. Die Befriedigung des Pfandgläubigers erfolgt aus dem Pfande durch Verkauf und nach dem BGB. ist der Verkauf im Wege öffentlicher Versteigerung zu bewirken. Auch der private Pfandleiher ist berechtigt das Pfand zum Zwecke der Befriedigung wegen seiner Forderung an Kapital und Zinsen nach eingetretener Fälligkeit des Darlehns zu veräußern. Hier werden teils gebrauchte teils neue Sachen zum Verkauf gelangen. Wirtschaftlich angesehen, werden sie dieselbe Physiognomie zeigen wie die erst erwähnten Versteigerungen. Doch haben sie das Odium an sich, daß an den hier zur Auktion gelangenden Sachen nur zu oft die Tränen und Seufzer verschämter Armer, schuldlos in eine Notlage geratener, kurz vielfach in Elend und Bedrängnis sich befindender Personen kleben. Es ist nicht jedermanns Sache sich darüber hinwegzusetzen und man muß stärkere Nerven haben, um nicht bei der Versteigerung durch den Gedanken beunruhigt zu werden, aus dem Leichtsinne oder der Notlage seiner Mitmenschen für sich einen privatwirtschaftlichen Vorteil ziehen zu wollen.

Doch alle Sentimentalität hilft hier nicht und wird diese Auktionen nicht aus der Welt schaffen. Man kann sich damit trösten, daß öffentliche Versteigerer den Verkauf vornehmen, er in den gesetzlichen Vorschriften und Formen vor sich geht. Auch sind gewisse das Interesse des Schuldners wahrnehmende Bestimmungen vorhanden, z. B., daß Gold- oder Silberwaren nicht unter ihrem Metallwerte zugeschlagen werden dürfen, ein etwa über die Schuld hinausgehender Erlös den Verpfändern zugute kommt. Es kehren in diesen Verfügungen die alten Anordnungen des früheren Gantrechts wieder.

Es fehlt an der Möglichkeit durch Ziffern von der Wichtigkeit solcher Auktionen einen festen Begriff zu geben. Nirgends sind, soviel bekannt, die vorhandenen Zahlen zu Tabellen für eine Provinz oder ein Land zusammengestellt. Die Gerichtsvollzieherei in Leipzig hat in den letzten Jahren Versteigerungen gepfändeter Sachen vorgenommen:

im Jahre 1900	1212 mal
„ 1901	1328 „
„ 1902	1354 „
„ 1903	1354 „
„ 1904	1346 „
„ 1905	1395 „
„ 1906	1224 „

Man kennt aber den Betrag der auf sie entfallenden Umsätze nicht. Die gesamten Einnahmen der Gerichtsvollzieherei in Leipzig betrugen

im Jahre 1902	1 300 000 M.
„ 1905	1 522 895 „
„ 1906	1 595 069 „

Nach sachverständiger Schätzung soll vielleicht der vierte Teil dieser Summe auf den Erlös aus den Auktionen kommen¹⁾.

Eine dritte Art erscheint in der Versteigerung gefundener Gegenstände. Sicher sind solche notwendig, denn wohin mit allen diesen Gegenständen, die ihre rechtmäßigen Eigentümer und Eigentümerinnen verloren haben? In Leipzig bringen die beiden Straßenbahnen, die blaue Linie in unbestimmten Zeiträumen, die rote Linie alljährlich die in ihren Wagen gefundenen Sachen zur Auktion. Bei der letzteren weisen die Verzeichnisse auf: im Jahre 1904 447 Nummern, im Jahre 1905 550, im Jahre 1906 597. Wenn aus diesen Zahlen auf eine regelmäßige Zunahme geschlossen werden dürfte, so könnte dieselbe nur mit dem gesteigerten Verkehr in Verbindung gebracht werden. Der finanzielle Ertrag ist mäßig. Die Mannigfaltigkeit der gefundenen Gegenstände ist eine erstaunliche: Uhren, Klemmer, Brillen, Uhrketten, Anhängsel, Armbänder, Broschen, Operngläser, Pelzmuffe, Mützen, Hüte, Bücher (in großer Zahl), Handtäschchen,

1) Gef. Mitteilung des Herrn Bureauvorstehers Köhler.

Korsetts, Regen- und Sonnenschirme, Hundemaulkörbe, Fächer, Stöcke, Geldtäschchen, Handschuhe u. dergl. mehr.

Weiter fällt unser Blick auf jene Großhandelsauktionen, auf denen der Zwischenhändler nur kauft, um mit Gewinn für sich wieder weiter zu verkaufen. So in den Markthallen, wo die Lieferanten für die Zwischenhändler oder für diejenigen, die sonst größere Mengen brauchen können, Gegenstände des Wochenmarktverkehrs in größeren Partien versteigern. So die Auktionen, die in Fischereihäfen unmittelbar nach Ankunft der von der Hochseefischerei heimkehrenden Fischereiflotten vor sich gehen. So die Häute-, Holz-, Kaffee-, Kolonialwaren- usw. Auktionen, wie sie in den großen Handelsemporien bei überseeischen Waren üblich sind. Es hat sich hier für einzelne wichtige Welthandelsartikel die Versteigerung als die vorherrschende Geschäftsform herausgebildet. Das ist der Fall bei der Baumwolle in Liverpool, bei Kaffee, Tee, Kakao in London, Amsterdam und Rotterdam, beim Elfenbein in London, Liverpool und Antwerpen, bei überseeischen Nutz- und Farbhölzern in Hamburg. Hierher zählen wohl auch die Weinversteigerungen in den Weinbaugenden und die Holzauktionen in den Waldungen an Ort und Stelle, obwohl es auf diesen nicht ausgeschlossen sein mag, daß Konsumenten direkt ihren Bedarf erstehen.

In London veranstaltet zweimal im Jahre die Hudsonbay-Kompagnie ihre berühmten Auktionen von Pelzwerk¹⁾. Diese Gesellschaft kauft von den Indianern die Pelzfelle auf, die sie dann auf dem angegebenen Wege unter die Leute bringt. An ihre Versteigerungen im Januar und März schließen sich die der Riesenfirma C. M. Lampson & Cie an. Beide Firmen, denn auch die Hudsonbay-Kompagnie ist, seit ihr Privileg im Jahre 1859 erloschen ist, nur eine Vereinigung von Kapitalisten, haben für die Leitung ihrer Versteigerungen einen besonderen Makler. Seine Aufgabe ist es die Kataloge aufzustellen und die Zahlungen in Empfang zu nehmen. Die Felle werden partie- oder losweise katalogisiert und liegen einige Zeit vor der Auktion zur Ansicht aus. Die Kauflustigen treffen gewöhnlich 8—14 Tage vor Beginn der Versteigerung ein und lassen sich von den Angestellten der Firma die Lose vorlegen. Die in ihnen enthaltenen Felle werden sehr sorgfältig geprüft, um sich über die Preiswürdigkeit ein Urteil zu bilden. Das Londoner System ist auch in Australien, das seit ungefähr einem Menschenalter ebenfalls für Rauchwaren in Betracht kommt, eingeführt worden²⁾. Dort sind im Mai und August die Versteigerungen, jedoch nicht als ausschließliche Form des Absatzes. Nach dem Vorgange Londons begann man auch in Leipzig seit dem Jahre 1874 mit solchen Versteigerungen. Während der 50er Jahre war der direkte Bezug amerikanischen Rauchwerks für den Leipziger Platz unbedeutend.

1) Fritz Pabst, Der Rauchwarenhandel, Leipzig 1902, S. 40 ff.

2) Pabst, a. a. O. S. 37.

Dann aber versuchte man sich seit den 60er Jahren vom Londoner Markte zu emanzipieren und begann mit eigenen Auktionen¹⁾. Die erste wurde zu Michaelis 1874 von der Firma Emil Lomer veranstaltet. Im Jahre 1877 entstand dann aus mehreren großen Rauchwarengeschäften die Auktionsfirma Lomer, Dodel & Cie. Die Versteigerungen erreichten allmählich einen solchen Umfang, daß im Januar 1878 auf zweien derselben über eine Million Felle umgesetzt wurden, im Werte von nahezu 2 Mill. M. Dazu kamen die Auktionen russischer Waren, die die Firma Finkelstein & Cie arrangierte und die europäischer Wildwaren. Demnach belief sich der Erlös im genannten Jahre auf über 3 Mill. M. Anders als in London gab man in Leipzig bei den Auktionen auch Kredit, ließ das jedoch später fallen. Gleichwohl waren die Bemühungen London aus dem Felde zu schlagen auf die Dauer erfolglos und nach zehnjähriger Dauer hörten diese Auktionen wieder auf. Im Borstenhandel haben sich ebenfalls, merkwürdigerweise indes nur bei den aus China bezogenen Borsten, Auktionen herausgebildet²⁾. Und auch nur in London. Bei diesem Artikel finden die Versteigerungen alle 14 Tage statt. Sie werden durch Makler im Auftrage der Importeure geleitet, denen dafür Provision zugebilligt ist. Die Ware ist nach ihrer Eigenschaft in Lose geteilt, die nach der Reihe zum Angebot kommen. Dabei besteht keine gesetzliche Vorschrift, daß dem Meistbietenden der Zuschlag erteilt werden muß. Es kommt vor, daß der Makler die Ware zurückbehält, sobald das höchste Angebot das vom Auftraggeber vorgesehene Maximum nicht erreicht. Trotzdem suchen englische, amerikanische und deutsche Borstenhändler die Londoner Auktionen auf. Es gilt als ein Vorteil, daß nach ausgestellten Proben die Borsten begutachtet werden können. Das wird höher geschätzt als der börsenmäßige Vertrieb noch schwimmender Ware, wie er in Hamburg üblich ist. Dort werden Borsten auf der Warenbörse gehandelt und von auswärtigen Händlern laufen beim Makler oder Einkaufskommissionär schriftliche Aufträge ein.

Solche Großhandelsauktionen, in deren heutiger Organisation sich unschwer die Grundzüge der von der holländisch-ostindischen Kompagnie eingeführten wieder erkennen lassen, sind volkswirtschaftlich von erheblicher Tragweite. Der Auftraggeber will eine leicht verderbliche Ware schnell los sein oder aus anderen Gründen die eingekaufte Ware rasch umsetzen. Er will für größere Mengen kein Lagerhaus oder keinen Speicher mieten. Eine periodisch eintreffende Warenmasse soll durch Zusammenziehung einer großen Zahl von Käufern möglichst vorteilhaft veräußert werden. Der Kaufmann braucht sein Kapital, um einem anderen Geschäfte nachgehen zu können. Er hütet sich davor Kredit zu gewähren und vermeidet weitläufige Berechnungsverhältnisse. Der Käufer wiederum

1) Pabst, a. a. O. S. 99 ff.

2) A. Markowitz, Der internationale Borstenhandel, Leipzig 1902, S. 81 ff.

hat Gelegenheit sich aus erster Hand nach Maßgabe seines Bedarfs zu angemessen, noch nicht der Spekulation anheimgefallenen Preisen versorgen zu können.

Indes kommt es auf die zeitweilige Lage des Marktes an. Ist diese augenblicklich ungünstig, so ist die Ware in der Auktion leichter der Verschleuderung ausgesetzt als beim Verkaufe aus der Hand¹⁾. Im Gegensatz zur Nachlaßauktion werden durch sie neue Waren umgesetzt, für die an einem einzigen Orte keine rechte rege Nachfrage, wenigstens keine den Einführenden befriedigende und ihn reichlich belohnende besteht. Die Ware wird nun in vielen Kanälen ins Land hineingebracht, wo sie je weiter vom Hafenorte, vielleicht umso höher geschätzt und umso teurer bezahlt wird. Im äußeren Ansehen unterscheidet sie sich von der Nachlaßauktion ganz wesentlich. Bei jener nehmen, sofern es sich nicht gerade um ganze Warenlager handelt, die ja auch zu Nachlässen gehören können, Trödler und Trödlerinnen die Plätze an der Tafel ein, auf der die Gegenstände gezeigt werden. Sie werfen sich dieselben zu und suchen den Zuschlag zu erwirken, ehe noch einer außerhalb ihrer Zunft die Stücke zu sehen bekommen hat. Werden Altertümer von einigem Werte versteigert, die ein Privatmann, ein Sammler oder ein Museum zu erwerben wünscht, so sucht man diese nach Kräften zu steigern. Sie bilden einen förmlichen Ring unter sich und nicht selten hat man sogar den Auktionator des geheimen Einverständnisses mit ihnen beschuldigt. Dagegen geht auf den Großhandelsauktionen alles in bester Form vor sich. Die Kauflustigen haben vorher die Ware besichtigen können, steigern nach den vor ihnen liegenden Standardtypen oder Proben. Ernste Männer sind die Käufer. Mehrere Monate vorher sind die Versteigerungen öffentlich angekündigt gewesen, damit die fern vom Auktionsplatz wohnenden Kaufleute ihre Kommissionäre mit Einkaufsaufträgen haben betrauen können. Nicht der blinde Zufall regiert den Preis. Ordentlich vorbereitet, tragen sie in sich die Gewähr, daß die Preise in der Hauptsache so fallen, wie die Umstände der Erzeugung und Beförderung der Ware es nahe legen.

Kann aus solchen Großhandelsauktionen kaum eine Beeinträchtigung des stehenden Detailhandels abgeleitet werden, so ist das oft der Fall bei einer fünften Art von Auktionen, nämlich jenen, die als Folge der sogen. Handelskäufe sich herausstellen. Nach § 373 des Deutschen Handelsgesetzbuchs ist der Verkäufer einer Ware, die der Käufer anzunehmen ablehnt, befugt, nach vorgängiger Androhung dieselbe öffentlich versteigern zu lassen. Die Androhung fällt fort, wenn die Ware dem Verderb ausgesetzt und Gefahr im Verzuge ist. Dasselbe gilt, falls die Androhung aus anderen Gründen untunlich ist. Als eine den Kaufmann schützende Anordnung gedacht, ist sie durch Mißbrauch zu einer das Publikum

1) Vergl. Ehrenberg im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Art. Auktion.

und den Handelsstand schädigenden geworden. Der Käufer, der mit der Abnahme der Ware im Verzuge ist, wird nämlich fingiert und es geht eine versteuerte Auktion vor sich, zu der man die Gegenstände aus verschiedenen Teilen des Reichs oder gar aus dem Auslande kommen läßt. Nicht immer ist es den Gerichtsvollziehern möglich, selbst wenn sie gegen die Zulässigkeit der beantragten Versteigerung Bedenken hegen, sie zu hintertreiben.

Da wurde z. B. in Leipzig vor einiger Zeit der Antrag auf Versteigerung von einigen Mille nicht abgenommener Zigarren, zu je 100 Stück in ein Kästchen verpackt, gestellt. Als der Gerichtsvollzieher Verdacht schöpfte und sich die Verhältnisse ansah, kam zutage, daß von demselben jungen Manne bei mehreren Gerichtsvollziehern der gleiche Antrag gestellt war, so daß 40000 Zigarren hätten auf einmal versteigert werden sollen. Seine Hauswirtin hatte ihm den Gefallen erwiesen, die Rolle des ablehnenden Käufers zu spielen. In diesem Falle konnte rechtzeitig der beabsichtigte Unfug erkannt werden, aber in manchen Fällen, bei Bildern, Weinen, Porzellan, Schuhwaren und anderen Artikeln ist die Sachlage nicht immer klar und der Beweis, daß der Kauf ein vorgespiegelter war, schwer oder gar nicht zu erbringen. In dem Falle mit den Zigarren stellte sich heraus, daß die Braunschweiger Firma, die die Ware geliefert hatte, für das Kistchen zu 100 Stück eine Mark und 40 Pfennige rechnete. Bei der Auktion wäre der Preis sicher ein höherer geworden, vielleicht auf zwei Mark getrieben, so daß nach Abzug der Gebühren dem erfindungsreichen unternehmenden Antragsteller ein erklecklicher Gewinn geblüht hätte. Ein derartiger „Kaufmann“ erspart alle Geschäftskosten. Er hat keinen Laden, kein Hilfspersonal, er zahlt nicht einmal die Gebühr, wenn er selbst mitgeboten, falls der Preis die gewünschte Höhe nicht erreichen wollte. Unter dem Schutze des Gesetzes vollzieht sich hier oder droht sich zu vollziehen eine ganz häßliche Betrügerei.

Am verhängnisvollsten endlich ist für den Kleinhändler jene Kategorie von Auktionen geworden, wie sie der gewerbsmäßige Auktionator vorzunehmen pflegt. Hier werden alte und neue Waren, ja sogar besonders für die Versteigerung hergerichtete Waren ausgebaut¹⁾. Wenn die anderen Formen uns einen Versuch in besonderer Veranlassung die Ware schneller umzusetzen zeigen, so gelangen wir bei dieser Art zur Erwerbstätigkeit, die wie andere ihren Mann ernähren soll. Bis vor kurzem „gleichsam der Diener für Private oder Gewerbetreibende“, denen er willkommene Hilfe bei rascher „Erledigung von Geschäften“ bot, ist ein selbständiger Betrieb daraus geworden, indem der Auktionator die zu versteigernden Gegenstände erst einige Zeit vorher angekauft hat²⁾. In Mittel-

1) Vergl. für das Nachstehende wesentlich Max Süßheim, Das moderne Auktionsgewerbe. Leipzig 1900.

2) Süßheim, a. a. O. S. 3, 6.

und Großstädten sind Auktionshallen entstanden, die unmittelbar vom Produzenten bezogene Waren in einem solchen Umfange feilbieten, daß dagegen die Versteigerung gebrauchter Waren zurücktritt. In Leipzig waren im Jahre 1900 nach dem Adreßbuch 18 Versteigerer, drei Jahre später deren 25. Im Jahre 1907 ist ihre Zahl auf 23 zurückgegangen. Ein derartig ausgedehnter Auktionsbetrieb schlägt dem seßhaften Kaufmanns- und Handwerkerstand schwere Wunden.

Das Warenhaus, das man in neuerer Zeit als einen übermächtigen Konkurrenten des kleinen Geschäftsmannes erkannt hat, gleichwohl aus den starken in seinem Wesen liegenden Gründen schwerlich unterdrücken kann, befließigt sich doch immer der gleichen Absatzweise wie die Kleinbetriebe selbst¹⁾. Dagegen überflutet die Auktion das gesamte Absatzgebiet mit zahlreichen nur zu häufig minderwertigen Waren und ruft durch die Hoffnung eines spottwohlfeilen Einkaufs einen Bedarf künstlich hervor. Dabei vollzieht sich die Preisbildung in ganz anormaler Weise²⁾. Bei den Konkurrenzpreisen sind die Gestehungskosten die unterste Grenze, bis zu der die Preise sinken können. Auf der Auktion aber bestimmt die Nachfrage der Käufer den Preis, ohne sich an die tatsächlichen Produktionskosten zu halten. Mitunter werden Waren verschleudert, dann wieder treibt der Wettbewerb der Käufer den Preis zu einer sachlich nicht begründeten Höhe. „Die Konkurrenz wirkt nicht preisregelnd, sondern preisverwirrend.“

Hierzu kommen noch die so oft beklagten Mißbräuche, die sich auf Auktionen eingeschlichen haben. Besichtigung ist gar nicht oder zu kurz zugelassen. Demnach läßt sich nicht beurteilen, ob der Gegenstand alt oder neu, gebraucht oder ungebraucht ist. Im Kreise der Käufer hat der Auktionator Gehilfen, die mit- oder unterbieten, jedenfalls eine Tätigkeit im Interesse des Auktionators ausüben. Zum Unterbieten hat derselbe Veranlassung, wenn ihm darum zu tun ist, einen ihm zur Versteigerung übergebenen Gegenstand möglichst billig oder unter seinem Werte zu erstehen. Der Auktionator versteigert zusammen mit den ihm anvertrauten Waren solche, die er kurz vorher auf eigene Rechnung gekauft hat. Große Auktionsfirmen haben eigene Aufkäufer, die vollständige Warenlager aus Konkursmassen, Zwangsversteigerungen, von in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Personen erstehen. Solche Waren kauft er wohlfeil ein. Dabei ist er keineswegs wie der Händler an Waren bestimmter Gattung gebunden. Er kann ebensogut Kleidungsstücke wie Nahrungsmittel, Zigarren und Schokolade, Wein oder Essig versteigern. Auf die Güte der Ware verwendet er wenig Aufmerksamkeit. Wenn seine Ware nicht zusagt, der kommt nicht wieder, während der Besitzer eines Ladens auf einen festen Kundenkreis rechnen muß³⁾.

1) Süßheim, a. a. O. S. 33.

2) Süßheim, a. a. O. S. 34.

3) Süßheim, a. a. O. S. 48.

Auf diese Weise gewinnt allerdings der Urheber solcher gewerbsmäßiger Auktionen vor dem ortsansässigen Händler oder Gewerbetreibenden einen erheblichen wirtschaftlichen Vorsprung¹⁾. Er erfreut sich eines rascheren Umsatzes; er ist nicht vom Wechsel der Mode betroffen, denn er hat nicht wie der Kaufmann oder Handwerker Lagerbestände; er vermag sich vielmehr einer veränderten Geschmacksrichtung sofort anzupassen. Sein Betrieb erlaubt ihm freiere Bewegung. Er erfaßt immer nur die ihm für bestimmte Artikel günstig scheinende Konjunktur. Gelegentlich stellt er sein Geschäft für längere Zeit ein, ohne daß ihm daraus irgendwelche Nachteile erwachsen. Er bedarf keiner besonderen Auslage oder eines Aufwandes für Dekorationsobjekte. Er braucht auch nicht kaufmännisch ausgebildet zu sein und kann schon mit geringeren Betriebskapitalien erfolgreich arbeiten.

Das Handwerk, das ebenso wie der Händler auf diese Weise von den Auktionen arg mitgenommen wird, kann sich nicht dadurch helfen, daß es Lieferungen für sie übernimmt. Darauf ist es zu wenig eingerichtet, weil ihm die Möglichkeit der Massenproduktion abgeht. Es vermag hier mit den Fabrikanten und Großbetrieben nicht Schritt zu halten bei der Versorgung des Auktionators. Es hat somit nicht einmal den Trost für den Ausfall seines Absatzes durch Bestellungen von Seiten des Auktionators schadlos gehalten zu werden²⁾.

Die Vorteile aber für das kaufende Publikum schmelzen, bei Lichte betrachtet, stark zusammen. Die Brauchbarkeit der ersteigerten Ware ist zweifelhaft; eine Reklamation gibt es nicht; ob der Preis dem tatsächlichen Werte entspricht, ist gänzlich ungewiß. Ein unbesonnener oder unüberlegter Bieter kann leicht einen großen Schaden erfahren. Die Anschaffung auf der Auktion ist eigentlich nur dann vorteilhaft, wenn der gleiche Gegenstand zu demselben Preise im freihändigen Verkehre nicht zu haben ist³⁾ oder der Käufer bewußt, wie auf den Nachlaßauktionen, mit der geringeren Güte der Ware im Hinblick auf den niedrigeren Preis vorlieb nimmt.

IV.

Kurz vor der Novelle von 1900 hatte das Bayerische Ministerium am 3. Mai 1898 eine Bekanntmachung mit verschiedenen gegen früher verschärfen Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der Auktionatoren erlassen. Sie mußte,

1) Süßheim, a. a. O. S. 52/53.

2) Süßheim, a. a. O. S. 73/74.

3) Süßheim, a. a. O. S. 88.

weil nicht ausreichend, durch Ministerial-Entschließung vom 20. Oktober 1900 ergänzt werden. Preußen folgte mit Verordnungen vom 10. und 11. Juli 1902 und Sachsen hat sich mit einer Verfügung vom 8. Juni 1903 angeschlossen. Die heutige Rechtslage erhellt somit aus der Gewerbeordnung und ihren Novellen nebst den in einzelnen Ländern erlassenen Bekanntmachungen. Sie ist die folgende:

Die gewerbsmäßige Versteigerung von beweglichen Sachen ist jedermann ohne weiteres erlaubt. Man hat nur nach § 35 der Gewerbeordnung nötig, der Ortspolizeibehörde von der Eröffnung eines solchen Betriebs Anzeige zu machen. Indes steht der Auktionator in der Kategorie jener Gewerbetreibenden, denen der Gewerbebetrieb untersagt werden kann, falls Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in Bezug auf den betreffenden Betrieb dartun.

Dagegen ist die Versteigerung von Immobilien nur den Auktionatoren erlaubt, die von den dazu befugten Staats- oder Kommunalbehörden beeidigt und öffentlich angestellt sind. Für diese hat dann das BGB. den Wirkungskreis dadurch erheblich erweitert, daß sie zur Vornahme öffentlicher Versteigerungen berufen werden können, die seither nur den Gerichtsvollziehern und anderen zur Versteigerung befugten Beamten erlaubt waren. Endlich können Gerichtsvollzieher, Amtsgerichte, Notare, Gerichtsschreiber, in Sachsen die Lokalrichter, unter gewissen Umständen bestimmte Versteigerungen vornehmen.

Die neueren erwähnten Vorschriften, zu deren Erlaß die Zentralbehörden im Jahre 1900 ermächtigt wurden, haben dann eine Reihe wirksamer Einschränkungen des Betriebs der gewerbsmäßigen Auktionatoren gebracht. Der Versteigerer muß mindestens drei Tage vorher die Auktion der Ortspolizeibehörde anzeigen und kurz vor dem Termine sie im Amtsblatte des Versteigerungsorts bekannt machen. Die Anzeige soll Namen und Wohnort des Auftraggebers, Art, Menge, Herkunft der Waren, Tag und Stunde der Auktion enthalten. Sachen, die ihm selbst oder seinen Angehörigen oder Angestellten gehören, darf der Auktionator nicht versteigern. Auch das Versteigern von Gegenständen, die zum Zwecke der Auktion angefertigt oder aufgekauft sind, ist ihm jetzt untersagt. Die einzige Ausnahme bildet lebendes Vieh. Der Auktionator darf ferner nicht gleichzeitig Gast- und Schankwirtschaft, den Trödelhandel, den Kleinhandel mit Spirituosen oder das Pfandleihgewerbe betreiben. Er hat sich aller auf Täuschung des Publikums abzielender Handlungen oder Unterlassungen zu enthalten. Er darf nicht trügerisch Sachen anpreisen oder Scheinbieter zulassen. Er darf auch keine neuen Sachen, sofern es sich nicht um eine Konkurs- oder Nachlaßmasse handelt, mit anderen Sachen in derselben Versteigerung versteigern. Vor Beginn der Auktion müssen die Gegenstände wenigstens zwei Stunden lang

zur Besichtigung zugänglich sein und der Auktionator darf bei Versteigerungen, die er abhält, weder selbst noch durch Dritte Waren erstehen.

Sicher sind diese Vorsichtsmaßregeln dazu angetan das Auktionswesen von den großen Mißbräuchen, die ihm seither anklebten, zu reinigen und es künftig wieder zu der wirtschaftlich heilsamen unentbehrlichen Einrichtung werden zu lassen, die es früher war. Werden diese Verordnungen strenge und nachsichtslos gehandhabt, so wird man sich eine andere Gestaltung des Auktionswesens versprechen können. Ja vielleicht haben sie bereits die Luft etwas gereinigt. Die Ortspolizeibehörde hat es ja jetzt in ihrer Hand angemeldete Versteigerungen zu unterdrücken. Wenn sie z. B. Verdacht schöpft, daß das zu dem Versteigerungsantrage Veranlassung bietende Geschäft ein Scheingeschäft ist oder wenn sie bemerkt, daß die Versteigerung augenscheinlich auf eine Täuschung des Publikums hinausläuft oder wenn gegen die Richtigkeit der Anzeige begründete Bedenken vorliegen, in solchen und ähnlichen Fällen wird sie ihre Pflicht tun und die Auktion allmählich von ihren bisherigen Auswüchsen befreien können. Auch die Vorschrift kann nur zur Gesundung der Verhältnisse beitragen, daß fortan der Versteigerer verpflichtet ist, ein Geschäftsbuch zu führen, das er vor der Ingebrauchnahme zur Beglaubigung der Seitenzahl und zur Abstempelung der Ortspolizeibehörde vorzulegen hat. Für die ordnungsmäßige Führung dieser Bücher ist der Versteigerer verantwortlich.

Lassen sich auf diese Weise die Neuerungen mit Sympathie begrüßen, so fürchte ich, daß sie auf die Dauer doch nicht genügen werden. Was wir jetzt nach langen Irrwegen wieder erlangt haben, steht bereits im preußischen Reglement von 1848. Dennoch haben sich die beklagten Zustände entwickeln können. Es kommt somit alles auf die Art der Handhabung an, die auch wieder einmal milder werden kann. Sicherer wäre es daher, glaube ich, auf das Institut beidigter Auktionatoren wieder zurückzugreifen. Wir haben es bei der Versteigerung von Immobilien — es müßte auf alle Auktionen ohne Unterschied ausgedehnt werden. Schon in den Verhandlungen des Reichstages von 1882/83 hat der Abgeordnete Reichensperger sich dahin ausgesprochen, daß es am besten wäre, schlechthin nur gewisse Beamte für befugt zu erklären, Auktionen vorzunehmen¹⁾. Er wies auf das Beispiel New-Yorks hin, in welchem Staate unbeschadet seiner sonstigen freiheitlichen Gesetzgebung doch das Auktionswesen an strenge Bedingungen gebunden sei. In der Tat kann man nur so der übermäßigen Zunahme der Auktionatoren entgegenarbeiten, zu der die Freiheit des Gewerbebetriebs geführt. Dann werden auch unlautere Elemente fern gehalten werden können. Die Erfahrung erweist, daß bei der Freiheit nur zu oft die skrupelloseren Elemente

1) Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, V. Legislaturperiode, 2. Session 1882/83, Bd. III S. 1732, Bd. IV, S. 2629.

der Gesellschaft die Oberhand behalten. Keine Gesetzgebung wird hoffen können, mit solchen Praktikern fertig zu werden, die nur zu schnell dem Gesetz ein Schnippchen zu schlagen lernen. Für beeidigte Auktionatoren ließe sich auch leicht die Taxe der Gebühren aufstellen, deren Höhe jetzt Gegenstand des Vertrages ist, auch nach den neuen Vorschriften, und über die nicht selten zwischen Auftraggeber und Auktionator Meinungsverschiedenheiten entstehen. Wie sonderbar die Forderung nach vereidigten Auktionatoren klingen mag, in einer Zeit, die gerade mit der Gebundenheit früherer Perioden aufzuräumen für ihre Pflicht gehalten hat — die volle Freiheit führt nun einmal nicht zu dem Ziel, das die Allgemeinheit wünschen muß. Es sind in den letzten Jahren seit Erlaß der Gewerbeordnung manche Einschränkungen der Freiheit wieder notwendig geworden. Man denke nur an Gast- und Schankwirtschaft, an das Pfandleihgewerbe, an die Wuchergesetzgebung, an den Hausierhandel usw. Ist in diesen Fällen nichts übrig geblieben als die freie Bewegung einzudämmen, so wird es mit den Auktionen auch nicht früher Ruhe geben, als bis man wieder auf Personen von Beamtenqualität zurückgegriffen hat, die volle Gewähr bieten, daß die Absichten des Gesetzgebers auf diesem Gebiete verwirklicht werden.

VIII.

Über verschiedene Prämien-Sparsysteme und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung.

Vortrag,

gehalten zu Bromberg am 3. Mai 1907 in der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft
(Abteilung für Rechts- und Staatswissenschaften)

VON

Dr. Moritz Kandt (Bromberg),
Handelskammer-Syndikus.

Quellenangabe.

- Ferd. Auberlen: „Zur Reform im kaufmännischen und gewerblichen Kreditwesen“. Stuttgart 1877.
A. O. Crawford: „Die Kreditmißverhältnisse in Deutschland“. Dresden 1876.
Dr. M. Kandt: „Über das Rabattsparwesen“. Bromberg 1904.
Lenckfeld: „Volksversicherung und Konsum- bzw. Rabattsparvereine“ in Nr. 32 und 33 der Österreich. Versicherungszeitung. Wien, 8. und 15. August 1903.
Lexus: „Kredit und Borgsystem“ in Schoenbergs Handbuch der politischen Ökonomie. Tübingen 1891.
Dr. Wilhelm Loewenthal: „Die Ausgabenversicherung“. Berlin 1877.
Dr. Wilhelm Loewenthal: „Die Nutzbarmachung der Ausgabenversicherung durch Rabattsparvereine“. Berlin 1881.
Eugen Richter: „Sozialdemokratische Zukunftsbilder“. Berlin, Mai 1892.
R. Rudloff-Grübs: „Unser deutsches Kreditsystem“ usw. Berlin 1877.
M. Seidel: Artikel „Sparkasse“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena 1900, Bd. VI.
August Scherl: „Das Scherlsche Prämien-Sparsystem für Freunde und Gegner dargestellt“. Berlin 1904.
Gustav Schmoller: „Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre“. Leipzig 1904.
Prof. Dr. Fr. Suchsland: „Schutz- und Trutzwaffen gegen die Konsumvereine und Warenhäuser“. Halle a. S. 1904.

Was die Welt morgen bringt,
 Ob sie uns Sorgen bringt,
 Leid oder Freud?
 Komme was kommen mag,
 Sonnenschein, Wetterschlag,
 Morgen ist auch ein Tag,
 Heute ist heut!

Meine Damen und Herren!

Wen unter uns hätte nicht schon das schöne Lied erfreut, dessen erste Strophe ich soeben vortrug, wem hätte es nicht geholfen, Grillen und Sorgen zu verschrecken? Scheinbar dasselbe, aber doch etwas so ganz anderes besagt der viel zitierte Ausspruch des griechischen Dichters: *Ἐμοῦ θανάτος γαῖα μυχθήτω πῦρ*. „Nach meinem Tode geh' die Welt in Flammen auf!“ Auf ihn führt man die Worte der Marquise de Pompadour zurück: „Après nous le déluge!“, die in prägnanter Form einer Weltanschauung Ausdruck verleihen, die vor der französischen Revolution viele Schichten der Bevölkerung beherrschte, und die mit zu der großen Staatsumwälzung führte; denn ein Volk, dessen Denken nur auf den gegenwärtigen materiellen Lebensgenuß gerichtet ist und das sich jeglicher Sorge und Fürsorge für die Zukunft entschlägt, ist dem Untergange geweiht und geht einem sittlichen und auch wirtschaftlichen Verfall entgegen. Bei allen gesunden Völkern — und in diesem Sinne ist hierzu glücklicherweise auch das deutsche Volk zu rechnen, — besteht dagegen neben dem frohen Lebensgenuß der Gegenwart eine weitgehende Fürsorge für die Zukunft. Dieser begegnen wir auf wirtschaftlichem Gebiete auf verschiedenen Wegen; aber alle Fürsorgearten stimmen darin überein, daß von dem Einkommen der Gegenwart Rücklagen für die Zukunft gemacht werden, mag nun der Staat zur Tilgung von Anleihen schreiten oder als Arbeitgeber seinen Beamten eine Pension gewähren, ihre Witwen und Waisen versorgen, mag eine Aktiengesellschaft einen Reservefonds anlegen. Auch der größte Teil der sozialpolitischen Gesetzgebung beschäftigt sich ja mit der Sicherstellung der arbeitenden Klassen für die Zukunft. Man unterscheidet bei

dieser der Fürsorge gewidmeten Tätigkeit Sparen und Versichern. Über den hohen sittlichen Wert und die außerordentliche volkswirtschaftliche Bedeutung des Sparens für die gesamte Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, brauche ich mich hier nicht weiter auszulassen; sie ist allgemein anerkannt, wenn auch die Arbeiter von vermeintlichen Freunden vor dem Sparen als einer ihre Interessen schädigenden Tätigkeit gewarnt worden sind und die von Eugen Richter in den „Sozialdemokratischen Zukunftsbildern“ geschaffene Idealgestalt spöttisch als „Spar-Agnes“ bezeichnet worden ist. Die großartige Entwicklung der Sparkassen hat bewiesen, daß man sie heutzutage mit Recht als die Banken der kleinen Leute bezeichnen kann.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, auf die Unterschiede von „Sparen“ und „Versichern“ einzugehen, aber sie gleichen sich darin, daß auch die Versicherung ein Sparen, wenn auch in geringerem Maße zur Voraussetzung hat und für die Fälle bestimmt ist, wo eine Unterbrechung der Spartätigkeit eintritt. Auch das Versicherungswesen zeigt eine glänzende Entwicklung.

Es gibt aber noch eine dritte Art der Versicherung für die Zukunft, wenigstens im geschäftlichen Verkehr, die sich vom Sparen und Versichern etwas unterscheidet, obwohl sie ebenfalls vieles mit ihnen gemein hat. Ich muß hier als bekannt voraussetzen: die Kenntnis des Unterschiedes zwischen Kredit- und Borgsystem. Während man beim Kredit mit ganz bestimmten Fristen rechnet, findet beim Borg eine Kreditgewährung ins Blaue hinein statt. Die Folge davon ist, daß der Detaillist, der nicht weiß, wann er sein Geld erhält und der damit rechnen muß, daß er von einer Anzahl Kunden infolge dieser Unbestimmtheit überhaupt nichts oder nur einen Teil bezahlt bekommt, versuchen muß, zu dem Preis der Waren eine Risikoprämie hinzuzuschlagen, die um so höher sein muß, je weiter das Borgunwesen um sich gegriffen hat. Der Grossist, der Fabrikant, der Lieferant der für die Fabrikation notwendigen Rohstoffe und Hilfsmaterialien usw., sie alle haben infolgedessen mit Ausfällen zu rechnen und daher ihre Preise um eine Risikoprämie und eine Prämie für Zinsverlust zu erhöhen. Die Osnabrücker Handelskammer hat in einer Resolution, die Reform des Kreditwesens betreffend, vom September 1876 die durch das Borgsystem herbeigeführte Verteuerung der Waren auf 30% und mehr berechnet. Zur Vermeidung dieses Risikos empfiehlt sie daher für den Großhandel die Regulierung der Warenposten innerhalb 30 Tagen nach Fakturadatum in bar oder Wechseln, für den Kleinverkehr allgemeine Einführung fester Preise und Beförderung des Verkaufs gegen Barzahlung. Es scheint ein Widerspruch vorzuliegen, wenn man in einem Atemzuge von Kredit und Barzahlung im Verkehr zwischen Konsumenten und Detaillisten spricht; dieser Widerspruch ist indessen nur ein scheinbarer, denn soweit der Käufer Kredit nötig hat, soll er ihn nicht beim

Detailisten sondern bei einer Bank, einer Kreditgenossenschaft oder einem bankähnlichen Institut in Anspruch nehmen. Wie ein gesundes Kreditsystem beschaffen ist, das hat Lexis mit folgenden Worten vortrefflich geschildert:

„Es wäre sehr zu wünschen, daß jede Kreditbewilligung bei der Warenbewegung durch einen Wechsel geregelt würde, die Konsumenten dagegen sofort oder in kurzen Fristen bar zahlen oder sich durch einen eigenen Wechsel ebenfalls auf einen bestimmten Termin fest verpflichteten. Bestände dann gleichzeitig eine ausreichende Entwicklung des Bankwesens, so würde das vom Handel absorbierte Geldkapital auf den geringstmöglichen Betrag herabgedrückt werden. Jeder der beteiligten Kaufleute würde seinem Vornanne insofern ähnlich wie ein Kommissionär gegenüberstehen, als er unter günstigen Umständen die Bezahlung der übernommenen Waren nicht aus seinem eigenen Kapital, sondern ganz oder wenigstens teilweise aus dem Verkaufserlös bestreiten könnte, sofern derselbe in Gestalt eines diskontierbaren Wechsels frühzeitig genug eingegangen ist. Bis zu einem gewissen Grade ist diese Organisation des Warenverkehrs in den volkswirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern verwirklicht.“

Zu dem letzten Punkte bemerkt er:

„In Frankreich und England ist der Wechsel bei Zahlungsaufschub ganz allgemein im Gebrauch; in Frankreich namentlich verlangt man auch von den Konsumenten, wenn sie nicht als durchaus sichere Zahler erscheinen, die Regelung ihrer Rechnung durch einen eigenen Wechsel (billet à ordre), und man findet, daß kleine Handwerker und selbst Frauen dieser Klasse vollkommen sicher mit einem Wechsel umzugehen wissen, namentlich auch die Tragweite der Verbindlichkeit, die sie selbst durch einen solchen übernehmen, vollkommen kennen. Sollte dies in den entsprechenden deutschen Bevölkerungsschichten wirklich nicht zu erreichen sein, so müßte man angesichts des gerühmten deutschen Volksunterrichts die deutschen Volksbanken in wirtschaftlicher Beziehung für sehr gering halten. — Eine Reform des Zahlungssystems müßte sich übrigens, um praktisch zu werden, nur auf die Zukunft beziehen; in Betreff der Tilgung der gegenwärtig ausstehenden Schulden der weniger leistungsfähigen Kunden müßten besondere Vereinbarungen getroffen werden.“

Die schädlichen Folgen des Borgsystems machen sich begreiflicherweise dann ganz besonders geltend, wenn nach Zeiten eines wirtschaftlichen Aufschwungs ein allgemeiner Niedergang stattfindet, der zur Einschränkung des Kredits führt. Dann reißt die durch das Borgsystem entstandene Kette hier und dort, und weite Kreise werden dem wirtschaftlichen Ruin preisgegeben. Darum gleicht die Barzahlung im Kleinverkehr einer Versicherung für die Zeiten wirtschaftlichen Niederganges.

Wir befinden uns zurzeit noch immer in einer Hochkonjunktur, aber die Zeichen mehren sich, daß es bald wieder anders wird. Wenn auch seit Mitte der siebziger Jahre, jener Zeit, die im Volksmunde noch immer als die Zeit des „großen Krachs“ bekannt ist, die den durch den siegreichen Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Aufschwung, die sogenannten Gründerjahre, ablöste, vieles bei uns besser geworden ist, so ist unser Kreditsystem doch weit davon entfernt, die oben von Lexis geschilderte Verfassung zu besitzen, die es, um als gesund bezeichnet zu werden, haben muß.

Diese allmählich eingetretene Besserung ist, abgesehen von der allgemeinen Hebung des Wohlstandes in Deutschland, ganz besonders auf die Wirkung der Kartelle und Syndikate, der Warenhäuser und Konsumvereine zurück-

zuführen, was selbst von den entschiedensten Gegnern dieser neuzeitlichen Erscheinungen in der Volkswirtschaft anerkannt wird. Zur Abwehr der ihn in seiner Lebensfähigkeit bedrohenden Warenhäuser und Konsumvereine hat dann in den letzten Jahren der Detaillistenstand die Rabattsparvereine geschaffen, von denen es bereits etwa 400 gibt. Sie wollen ebenfalls eine Förderung der Barzahlung herbeiführen und zwar auf dem Wege der Selbsthilfe, nachdem der Detaillistenstand lange Zeit vergeblich auf Staatshilfe gerechnet hatte. Durch die Barzahlung im Kleinverkehr aber wird ein äußerst wichtiges Glied in der Kette des wirtschaftlichen Verkehrs so gefestigt, daß die Gefahr des Zerreißen der Kette wesentlich herabgemindert wird. Darum ist jede Tätigkeit, die der Förderung der Barzahlung im Kleinverkehr gewidmet ist, genau auf dieselbe Stufe zu stellen wie die Spartätigkeit und die Versicherungen. Auch sie dient zur Gesundung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse.

Ich bin deshalb so ausführlich auf die drei geschilderten Gebiete einer wirtschaftlichen Fürsorge für die Zukunft eingegangen, weil man die volkswirtschaftliche Bedeutung der Prämiensparsysteme, die den Gegenstand der heutigen Betrachtung bilden, nur dann richtig zu würdigen vermag, wenn man Sparwesen, Versicherungswesen und Barzahlung und deren weittragende volkswirtschaftliche Bedeutung richtig bewertet, dabei aber deren dringende Reformbedürftigkeit anerkennt und nach Mitteln sucht, um auf dem Wege der Selbsthilfe Fortschritte nach dieser Richtung hin herbeizuführen. Dann wird man fast mit zwingender Gewalt dahin geführt, daß dieses Mittel darin gefunden werden kann, eine besonders intensive Spartätigkeit besonders zu belohnen, zu prämiieren, um durch die Hoffnung auf die Prämie weiteste Kreise der Bevölkerung zu erhöhter Spartätigkeit anzuspornen. Ohne weitere erhebliche Mühen und Kosten lassen sich dann durch die für diesen Zweck geschaffene Organisation auch die nötigen Reformen auf dem Gebiete der Versicherung und Barzahlung durchführen, ja sie stehen sogar damit im engsten Zusammenhange. Es sind nun seit jener oben bereits genannten Zeit des wirtschaftlichen Niederganges Mitte der 70er Jahre, wo die Notwendigkeit einer Reform der Zahlungsweise sich zum erstenmal im Deutschen Reiche bemerkbar machte, eine Reihe von Versuchen, eine solche Besserung herbeizuführen, gemacht worden, von denen ein großer Teil zu den Prämiensparsystemen gerechnet werden darf. Ohne etwa Anspruch darauf zu erheben, Ihnen sämtliche Systeme, die bestehen oder bestanden oder in Vorschlag gebracht worden sind, zu schildern, will ich Ihnen nur einige vor Augen führen, die besonders charakteristisch sind und bereits die öffentliche Aufmerksamkeit in besonderem Maße auf sich gelenkt haben. Zum Schluß will ich dann noch ein System vorführen, das ich nach „berühmtem“ Muster mit „Mein System“ bezeichnen könnte, aber das System des „Volks-Sparverbandes für Deutschland“ nennen will.

Es erregte im Jahre 1876 außerordentliches Aufsehen in Deutschland, als in der „Vossischen Zeitung“ (Nr. 290 und Nr. 307 vom 10. und 31. Dezember 1876 und Nr. 8 und Nr. 10 vom 11. und 13. Januar 1877) durch eine Reihe von Artikeln unter dem Titel „Eine englische Idee“ die Kunde kam von einer ganz eigenartigen Londoner Aktiengesellschaft, der sogenannten „General Expenditure Assurance Company“. Diese Gesellschaft versprach jedem Käufer den Betrag seines Einkaufs zurückzuzahlen. Es erschien zuerst unglaublich, aber nach näherer Prüfung des Projektes tatsächlich praktisch durchführbar. Die Idee war folgende: Der Gesellschaft sollten sich außer den Käufermitgliedern die sogenannten Handelsmitglieder anschließen, die bei Barzahlung einen Rabatt von 5 % gewährten. Diesen Rabatt gaben sie aber nicht in bar, sondern in Bons, die sie von der Gesellschaft kauften und die auf den vollen Wert der Kaufsumme lauteten. Die von den Handelsmitgliedern eingezahlten Gelder sollten von der Gesellschaft verzinslich angelegt werden und zur allmählichen Auszahlung der auf den Bons versprochenen Summen dienen, bis nach den genau berechneten Tabellen die letzte Rückzahlung etwa nach 70 Jahren erfolgte. In einer vergriffenen, schwer auf-treibbaren Broschüre unter dem Titel: „Die Ausgabenversicherung“ von Dr. W. Loewenthal, zu welcher Schultze-Delitsch, der verdienstvolle Förderer des Genossen-schaftswesens, ein empfehlendes Vorwort schrieb, ist dann versucht worden, für die Idee in Deutschland Stimmung zu machen. Diese Anregung fiel in eine Zeit, in der, wie oben bereits erwähnt, die Schäden des Borgwesens sich ganz be-sonders bemerkbar machten und in einer Reihe von Schriften und Schriftchen Vorschläge zur Verbesserung der Zustände gemacht wurden, die dann auch zu verschiedenen praktischen Ergebnissen, insbesondere auf dem Gebiete des Aus-kunftswesens geführt haben. Aber der Londoner Gedanke trug zu sehr den Charakter eines perpetuum mobile, um wirklich in weiteren Kreisen Anklang finden zu können. Kurze Zeit allerdings fand die englische Gesellschaft Nach-ahmung in Frankreich, Österreich und, wenn auch in etwas abgeänderter Form, in Deutschland. Es sind damals an einzelnen Orten, sowohl von Vereinen wie von findigen Privatunternehmern Versuche unternommen worden, derartige Ge-sellschaften zu gründen, jedoch zumeist ohne Erfolg. Es tat sich in Schneide-mühl im Jahre 1877 auf dem Marktplatz ein Warenhaus, „Rückzahlungsgeschäft“ genannt, auf, das nach dem Muster der Londoner Anstalt zu arbeiten versprach und bereits nach 4 Wochen mit seinen Auszahlungen begann. Dabei hatte es das „Glück“, daß eine der ersten Auszahlungen an eine Dame fiel, die „ehrenamt-lich“ für die Verbreitung von Neuigkeiten tätig war. Der sich nun entwickelnde Geschäftsverkehr soll ganz enorme Dimensionen angenommen haben. Von nah und fern strömten die Käufer nach Schneidemühl, hauptsächlich die Landbevölkerung wartete oft stundenlang auf den Einlaß in das Warenhaus. Die Ware soll zwar

schlecht und teuer gewesen sein, aber die Aussicht auf die Rückzahlung bewog die meisten, in diesem Geschäft zu kaufen und den alten soliden Geschäften den Rücken zu drehen. Die Herrlichkeit währte ein halbes Jahr, dann war eines schönen Tages der Geschäftsinhaber, unbekannt wohin, verschwunden. Mir ist nur ein einziger Verein bekannt, der aus der damaligen Bewegung heraus entstand, das Londoner System in einer etwas abgeänderten, den dortigen Verhältnissen angepaßten Form einführte, und der heute noch besteht. Es ist dies der im Jahre 1887 gegründete „Meininger Rabattspareverein“. Ich erlaube mir, einen Prämienchein dieses Vereins heruzureichen. Im Jahre 1881 erschien als eine Ergänzung der obengenannten Broschüre von Dr. W. Loewenthal, der den Gedanken von genannter Zeit an weiter verfolgt hatte, eine zweite Broschüre benannt „Die Nutzbarmachung der Ausgabenversicherung durch Rabattsparevereine“, in welcher er der Gründung von Rabattsparevereinen das Wort redete. Dr. Loewenthal ist der erste, der das Wort „Rabattspareverein“ gebraucht hat, während ich mir vor zwei Jahren erlaubt habe, zur Unterscheidung von den unter dem Namen eines Vereins segelnden Privatunternehmungen, die als „wilde“ Rabattgesellschaften bezeichnet werden, von „gemeinnützigen“ Rabattsparevereinen zu sprechen.

Wenden wir nun von diesem groß angelegten Londoner Plan unsern Blick wieder ab, so finden wir eine Reihe von sich mehr oder minder ähnelnden Systemen, die ich unter dem Namen „Privatsysteme“ zusammenfassen möchte. Es gibt Systeme, die zu reinen Erwerbszwecken, zur Gewinnung und Erhaltung von Kunden veranstaltet werden z. B. dasjenige des Warenhauses Schönfeld in Bromberg, das denjenigen, die zu bestimmten Terminen die größte Anzahl vollgeklebter Rabattsparebücher abliefern, Sparkassenbücher und Waren verabfolgt.

Bekanntlich lautet § 286 des Deutschen Strafgesetzbuches:

„Wer ohne obrigkeitliche Erlaubnis öffentliche Lotterien veranstaltet, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 3000 Mk. bestraft.

Den Lotterien sind öffentlich veranstaltete Ausspielungen beweglicher oder unbeweglicher Sachen gleich zu achten.“

Es sei hierbei bemerkt, daß die Rechtsprechung, ob die Verteilung solcher Prämien als unerlaubte Ausspielung anzusehen sei, schwankt. Die genannte Firma ist wegen solchen Vergehens angeklagt jedoch freigesprochen worden.

Bei anderen Systemen handelt es sich um Wohlfahrtseinrichtungen, wie z. B. bei Krupp in Essen und anderen Fabriksparkassen. So gewährt ferner, wie in dem „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ ausgeführt wird, „der Fürst von Stolberg-Wernigerode bei den Sparkassen zu Wernigerode und Ilsenburg dem Sparer, welcher dem dienenden Stande angehört, am Jahresschluß eine Prämie

von 6 M." Doch werden auch aus anderen Gründen Prämien verteilt, oder es ist ein kombiniertes System eingerichtet, wie bei der Sparkasse des Kreises Teltow, wo seit 1882 3% der Zinsüberschüsse zu Sparprämien (bis zu 30 M. im einzelnen Falle) an Gesinde, welches während der letzten fünf Jahre bei derselben Herrschaft diente und bei der Kreissparkasse Spareinlagen hatte, verwendet werden. Bei der Kirchspiels-, Spar- und Leihkasse Boel in der Landschaft Angeln in Schleswig-Holstein schenkt diese Kasse aus ihren Überschüssen jedem Kinde des Kirchspiels, das konfirmiert wird, ein Sparkassenbuch mit einer Einlage von 10 M. unter der Bedingung, daß es innerhalb der nächsten zwei Jahre die gleiche Summe aus eigenen Mitteln beilegt.

„Eine weitere Fortentwicklung der Prämienparkassen stellen die Altersparkassen dar. Das Prinzip beruht darin, daß von den Zinsguthaben des Sparers ein Teil (meist $\frac{1}{3}$ — $\frac{1}{4}$) auf ein besonderes Konto übertragen und ihm auf diesem, um einen gewissen Zuschuß aus dem jährlichen Überschuß der Sparkasse vermehrt, verzinst wird. Dieses Guthaben wird bis zu einem bestimmten Lebensalter (gewöhnlich dem 55. Lebensjahre) des Teilhabers als gesperrtes behandelt und hierdurch der Zweck der rechtzeitigen Fürsorge für das Alter gegen das einfache Prämien-system ohne Sperrung sicherer erreicht. In der Regel werden nur Arbeiter und Dienstboten, auch Handlungs- und Gewerbegehilfen in die Altersparkasse aufgenommen.“

„Bislang haben die Altersparkassen in den öffentlichen Sparkassen verhältnismäßig wenig Aufnahme gefunden; zumeist sind sie Wohlfahrtseinrichtungen geblieben, welche Großindustrielle in den Fabrik- und Vereinssparkassen für ihre Arbeiter geschaffen haben, doch haben auch größere städtische Sparkassen dieselben eingeführt (z. B. Breslau und Frankfurt a. M.).“

Über die Prämien-Sparsysteme der Jugend- und Schulparkassen will ich an anderer Stelle ausführlich berichten.

Ich komme nun zu dem System, das wohl fast allen unter Ihnen wenigstens dem Namen nach bekannt ist und zwar dadurch, daß sich vor wenigen Jahren die deutsche Presse sehr eingehend damit beschäftigt hat und viele Angriffe gegen dasselbe richtete. Ich meine das Scherlsche Prämien-sparsystem. Infolge der Angriffe der Presse erklärte Scherl, obwohl er ihnen jede Berechtigung absprach, seinen Rücktritt, und damit war das System gefallen.

Scherls Prämien-sparsystem ist von ihm, wie er in seiner Darstellung dieses Systems angibt, bereits im Jahre 1884 erdacht und zum ersten Male im Jahre 1890 in einer Abhandlung dargestellt worden. Die Aufmerksamkeit weitester Kreise erregte es erst dann, als es bereits seinem Abschluß nahe schien. Die Verträge mit der Preussischen Regierung, bei der es sich ebenso wie bei dem Vorstand des „Deutschen Sparkassenverbandes“ des größten Wohlwollens erfreute, waren

schon abgeschlossen, die von dem Finanzminister und dem Minister des Innern am 28. Dezember 1903 erteilte Konzession lag bereits dem Staatsministerium vor. Ihre Aushändigung sollte sogleich nach Eingang der Allerhöchsten Kabinettsordre erfolgen. An der Genehmigung des Ministeriums war aber nicht zu zweifeln, da dieses am 2. Juli 1903 den Beschluß gefaßt hatte, bei Seiner Majestät dem Könige die Ermächtigung für die beiden obengenannten Minister zu erbitten, die Einrichtung des Scherlschen Systems zu genehmigen. Es hatte daran nur eine Bedingung geknüpft, der Scherl durch entsprechende Änderung seines Systems nachkam, indem Träger der Konzession nicht die Sparvermittlungsanstalt, sondern ein Komitee war, dessen Mitglieder der Vorstand des Deutschen Sparkassenverbandes in Vorschlag zu bringen hatte. Nichts schien der Einführung des Systems mehr im Wege zu stehen; der Vertrag, der zunächst auf eine zehnjährige Dauer berechnet war, sollte am 1. Januar 1905 in Kraft treten, und die erste Prämienverlosung im Jahre 1906 stattfinden. Indessen die Presse kritisierte das System so scharf, — es war dies hauptsächlich Anfang des Jahres 1904, wobei Scherl ganz besonders vorgehalten wurde, er beabsichtige lediglich mit seinem später noch zu erwähnenden „Wochenblatt“, das er „Die Sprechstelle im Dienste des öffentlichen Lebens“ benannte, ein neues großes Inseratenblatt zu schaffen — daß Scherl die Erklärung abgab, er trete für seine Person von der Ausführung des Systems zurück. Damit waren die abgeschlossenen Verträge hinfällig, und es begann eine neue Zeit der Erwägungen, mit anderen Worten: das System war gefallen!

An dieser Stelle mag die interessante Tatsache Erwähnung finden, daß Scherl das Wochenblatt, um das sich damals der Streit drehte, inzwischen geschaffen hat, ohne daß dies in der Öffentlichkeit wesentlich bemerkt worden wäre. Er hat nämlich, wie mir berichtet wird, „im März 1905 von der Firma J. M. Richter, Verlag in Würzburg, die von diesem Verlage vor ca. 15 Jahren begründete Zeitschrift „Praktischer Wegweiser“ für den Preis von 100 000 M. gekauft. Der „Praktische Wegweiser“ erscheint in zwei Ausgaben. Ausgabe A „für Stadtbevölkerung“ erscheint in einer Auflage von 100 000 Exemplaren, wird in Würzburg gedruckt und expediert. Ausgabe B „für ländliche Kreise“ erreicht eine Auflage von über eine Million Exemplaren und gelangt in Berlin zum Druck und zur Ausgabe. Ein Blick auf den Inhalt, namentlich auch die Bezeichnungen der Hauptabteilungen dieses Blattes, die z. B. fast wörtlich mit Scherls eigenen Angaben über das Wochenblatt seines Prämiensparsystems übereinstimmen, liefert den vollgültigen Beweis dafür, daß der „Praktische Wegweiser“ das vielumstrittene Wochenblatt des Scherlschen Prämiensparsystems ist. Man kann daher die Frage aufwerfen: Was beabsichtigt Scherl durch die Herausgabe dieses Blattes ohne Zusammenhang mit einem Prämiensparsystem? Haben etwa doch diejenigen

Recht, die der Meinung Ausdruck gaben, es käme Scherl nur auf dieses Wochenblatt als Insertionsblatt an? Im Inseratenteil des „Praktischen Wegweisers“ finden wir den Hinweis darauf, daß der „Praktische Wegweiser“ wegen seiner Verbreitung über ganz Deutschland ein ganz besonders wirksames Inseratenorgan sei. Oder will Scherl den Gegnern seines Systems das Hauptangriffsobjekt, nämlich die zu erwartende Gründung des Wochenblattes durch die vollendete Tatsache wegnehmen? Doch dies, wie gesagt, nur nebenbei.

Gehen wir nunmehr, seiner eigenen Darstellung folgend, zur Schilderung seines Systems über. An diesem dürfen alle diejenigen teilnehmen, die sich verpflichten, wöchentlich feste Beiträge von 0,50 Mk. oder 1 Mk. oder 2 Mk. oder 4 Mk. zu sparen. Außerdem haben sie eine Eintrittsgebühr von 20 Pf. für das erste Jahr und je 10 Pf. für die späteren Jahre zu entrichten. Die Zahlung beginnt in der ersten Woche des Kalenderjahres. Wer später eintritt, hat die fälligen Beiträge nachzuzahlen und außerdem Zinsersatzmarken zu entnehmen, die nach einer etwas komplizierten Tabelle von Monat zu Monat bis zum 30. Juni einschließlich steigen. Nach dem 30. Juni ist ein Eintritt nicht mehr gestattet. Die Wochenbeiträge werden von besonderen Boten abgeholt, die dafür Sparmarken über die betreffenden Beträge ausgeben, die in ein Sparmarkenbuch eingeklebt werden. Diese Marken sind in der Reichsdruckerei hergestellt und werden den Sparkassen direkt überwiesen. Gleichzeitig überbringt der Bote das Scherlsche Wochenblatt, wofür 25 Pf. monatlich zu zahlen sind. In diesem Wochenblatt sind alle auf das System bezüglichen Anzeigen enthalten. Gleichzeitig aber bietet es, unter Ausschluß eines politischen und konfessionellen Charakters, gemeinnützige Belehrungen aller Art. Zahlt ein Teilnehmer nicht pünktlich, so hat er Mahngebühren in Höhe von 2 Pf. pro Woche zu entrichten. Wenn er trotz wiederholter Mahnung mit der Zahlung im Rückstand bleibt, so wird er aus der Teilnehmerliste gestrichen. Er verliert damit also seinen Anspruch an ein Prämienlos, und die aufgelaufenen Zinsen verfallen der Sparkasse. Ebenso hat ein vorzeitig austretender Teilnehmer keinen Anspruch auf ein Prämienlos. Er erhält zwar das ersparte Kapital, aber die Zinsen verbleiben der Sparkasse.

Ein Sparer scheidet ferner beim Umzuge aus, wenn an seinem neuen Wohnort keine Filiale der Scherlschen Sparvermittlungsanstalt besteht, andernfalls findet eine Verrechnung zwischen den betreffenden Sparkassen statt. Die entstehenden Porto- und Schreibgebühren sind von dem Teilnehmer zu erstatten. Wird ein zugeteiltes Los nicht vor dem Ziehungstage gegen Vorlegung des ordnungsmäßig ausgefüllten Sparmarkenbuches abgeholt, so verfällt die auf das Los fallende Prämie zugunsten der Sparkasse, wenn der Sparer nicht innerhalb eines Jahres nach Beendigung der Ziehung das ordnungsmäßig ausgefüllte Sparmarkenbuch vorlegt oder auf andere Weise seinen Anspruch nachweist. Der

„beharrliche“ Sparer dagegen, wie sich Scherl an verschiedenen Stellen ausdrückt, wird dadurch belohnt, daß er ein Prämienlos erhält, lautend über 1,80 Mk. Scherl hat diesen Betrag der Vereinfachung des Systems halber gewählt, weil er als Zins von 208 Mk., der höchsten jährlichen Sparsumme gerechnet, 15 Pf. monatlich ergibt. Dadurch ist es möglich, wie er schreibt, einfache und summarische Bestimmungen zu treffen. Es werden soviel Serienlose ausgegeben, daß jeder Teilnehmer das ihm zustehende Los erhalten kann. Zu jeder Serie gehören 300 000 ganze Lose. Diese Lose sind unübertragbar und werden entsprechend den geringeren Wochenbeiträgen auch in Halben, Vierteln und Achteln ausgegeben. Da nun nach diesem Scherlschen System stets mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß mehr oder auch, wie man's nimmt, weniger Lose genommen werden als zur Vervollständigung einer Serie erforderlich sind, tritt ein neues Organ des Scherlschen Systems in Funktion, nämlich die Sparvermittlungsanstalt. Es ist dies eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Kapital von 3 000 000 Mk., das Scherl sich verpflichtet hat zu beschaffen. Sie springt auch in diesem Punkte vermittelnd ein, indem sie die restierenden Lose zum Preise von 1,80 Mk. für das Los übernimmt.

Der von Scherl vorgesehene Verlosungsplan ist in dem obengenannten Sparmarkenbuch angegeben. Es kommen stets 540 000 M. zur Verteilung; zur Sicherheit hierfür hinterlegt die Scherlsche Sparvermittlungsanstalt eine Kautions von 540 000 M.

Die höchste Prämie beträgt 100 000 M., die zweite 30 000 M., die dritte 10 000 M., die niedrigsten Prämien sind 8420 zu 20 M.; im ganzen werden 12 500 Gewinne auf 300 000 Lose verteilt. Scherl bemerkt hierzu, daß dieses Verhältnis 1:24 zwar kleiner ist als bei der Staatslotterie, bei der ungefähr jedes zweite Los „herauskommt“, doch viel größer als bei den Wohltätigkeitslotterien, deren Gewinnverhältnis zwischen 1:50 und 1:100 zu liegen pflegt. Für alle Serien findet ein und dieselbe Ziehung alljährlich im März in Berlin öffentlich vor Notar und Zeugen statt. Ein aus 12—24 Herren bestehendes Komitee, zusammengesetzt aus den führenden Männern des deutschen Sparkassenwesens, resp. ein Verein, der den Namen Komitee führt, ist Träger der Konzession und veranstaltet daher die Verlosung. Da auch dieser, Komitee genannte Verein, für seine Verwaltung Gelder benötigt, so ist Scherl nach der Satzung verpflichtet, das erforderliche Kapital in Höhe von 20 000 M. zu beschaffen und stetig zu ergänzen. Von anderen Organen seines Systems ist noch hervorzuheben: der Förderungsausschuß, der aus hervorragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammengesetzt sein soll. Er hat die Aufgabe, den Inhalt des mit dem Sparsystem verbundenen Wochenblattes zu überwachen. Er prüft und fördert alle auf dem Boden des Systems erwachsenden weiteren Bestrebungen zur Hebung der Wohlfahrt, der Bildung und Gesittung des Volkes.

Ehe ich auf die volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Systems eingehe, will ich, da Vergleiche sich nicht vermeiden lassen, des besseren Verständnisses halber auch noch gleich den Aufbau der beiden noch übrigen Systeme kurz darstellen und beginne daher mit der Schilderung des Systems von Prof. Suchsland in Halle a. S.

Während Scherls System sich im Anschluß an die Sparkassen aufbaut, lehnt sich das im Jahre 1904 erfundene System von Prof. Suchsland ausschließlich an die bestehenden Rabattsparvereine an. Die besondere Eigenart des Suchslandschen Systems liegt darin, daß der Verlosungsfonds gewissermassen aus „gefundenem Gelde“ bestehen soll. Dieses „gefundene Geld“ ist der nicht eingelöste Gegenwert der während eines Sammeljahres verloren gegangenen Rabattsparmarken, der nach Schätzungen auf Grund vorliegender Ergebnisse aus einzelnen Orten etwa $\frac{1}{10}\%$ des Rabatts beträgt. Da es aber denkbar ist, daß diese Annahme irrig ist und verhältnismäßig recht wenig Marken verloren gehen, so soll von den Rabattsparvereinen ein Prämiengarantiefonds geschaffen werden, indem nämlich die Mitglieder beim Bezug der Marken noch $\frac{1}{10}\%$ des Nominalwertes derselben einzahlen. Der nicht für die Verlosung in Anspruch genommene Teil dieses Prämienverlosungsgarantiefonds wird später im Verhältnis der Aufbringungsquoten an die Mitglieder als Dividende zurückgezahlt.

An der Verlosung kann jeder teilnehmen, der im Laufe des Jahres drei Bücher (à 10 M. Rabatt) des Rabattsparvereins vollgeklebt — was also einem Einkauf von 600 M. entspricht — und die Gegenwerte der Bücher bis zum 1. Dezember nicht abgehoben hat. Nach dem 1. Dezember kann das Geld in Empfang genommen werden. Der Wert der Rabattsparbücher wird in ein Sammelparbuch und der Name des Käufers unter der aus der Reihenfolge sich ergebenden Nummer in eine Anmelde-liste eingetragen. Die Eintragungen in diese Liste schließen mit dem 30. November. Die die Zahl drei oder deren Vielfaches übersteigenden Rabattsparbücher werden für die nächste Prämienverlosung übertragen, falls ihre Gegenwerte bis zum 1. Dezember des nächsten Jahres nicht abgehoben werden, sondern im Sammelparbuch stehen bleiben.

Vor jeder Verlosung wird eine Prämienverlosungsliste aufgestellt, in welcher die Teilnehmer mit den ihnen zustehenden Losnummern verzeichnet sind. Diese Liste wird nach geschehener Bekanntmachung acht Tage öffentlich zur Einsicht der Beteiligten ausgelegt und bildet die rechtliche Grundlage der Verlosung. Die Verlosung findet in der ersten Woche des Februar in Gegenwart eines Notars und zweier Vorstandsmitglieder statt. Der höchste Gewinn soll stets 1000 Mk. sein, der niedrigste darf nicht unter 20 Mk. heruntergehen. Die Auszahlung der Gewinne erfolgt gegen Rückgabe der Lose in der Geschäftsstelle des Vereins. Bis zum 1. Dezember nicht abgehobene Gewinne fallen zugunsten der nächsten Prämienverlosung an den Verein zurück.

Professor Suchland gab sein System auf dem zweiten Verbandstage des „Verbandes der Rabattsparvereine Deutschlands“ am 21. August 1904 in Hannover bekannt, und es wurde von den Rabattsparvereinen freudig aufgenommen, da diese schon seit einiger Zeit auf der Suche nach einem Mittel waren, die Gunst des kaufenden Publikums in erhöhtem Maße zu gewinnen. Als es aber dann zur Anwendung des Systems kam, zeigte es sich, daß die praktische Durchführung vielfach auf Schwierigkeiten stieß. Manche Behörden schritten ein, indem sie in der Prämienverteilung eine unerlaubte öffentliche Lotterie oder Ausspielung erblickten. Die Vereine suchten sich auf verschiedene Weise zu helfen, z. B. indem sie die Käufer zu passiven Mitgliedern machten, um so die Lotterie in eine nichtöffentliche umzuwandeln. Auch andere Wege wurden beschritten. Mit großem Interesse wurde vor kurzem eine Gerichtsentscheidung aufgenommen, worüber die „Deutsche Rabattsparvereinszeitung“ in No. 3 vom März 1907 folgendes ausführte:

„Der Rabattsparverein Hannover stand unter Anklage der öffentlichen Ausspielung. Die Vorstandsmitglieder des Rabattsparvereins, Kaufmann Paul Schulze, Uhrmacher Wilhelm Schönhütte, Kaufmann Karl Budde, Kaufmann Konrad Loges, Bäckermeister Wilhelm Schnitker, Kaufmann Ernst Wolters, Kaufmann Ernst Wiemann und Kaufmann Ferdinand Biester sen. wurden beschuldigt, seit Dezember 1905 zu Hannover ohne obrigkeitliche Erlaubnis öffentlich eine Lotterie oder Ausspielung veranstaltet zu haben. Der Rabattsparverein hatte im Dezember 1905 dem kaufenden Publikum eine Prämienverteilung zu Weihnachten 1906 in der Weise in Aussicht gestellt, daß Rabattmarkensammler, welche in der Zeit vom 1. Dezember 1905 bis dahin 1906 Sparbücher zur Einlösung bringen, zur Teilnahme an der aus 2000 M. gebildeten, in 233 Prämien zerfallenden Prämienverteilung berechtigt sein sollten. Seit Mai 1906 hat der Verein die Sparbücher nicht mehr wie bisher umsonst, sondern gegen Zahlung von 10 Pf. abgegeben. Ein Gesuch um Genehmigung der Prämienverlosung ist vom Oberpräsidenten hier abschlägig beschieden. Eine Prämienverteilung hat dann nicht stattgefunden, vielmehr hat der Verein, wie seinerzeit auch durch große Inserate bekannt gegeben ist, insgesamt 280 Gutscheine auf Waren im Werte von à 10 M. an Personen verteilt, welche Sparbücher eingelöst hatten. Auf jedes zweihundertfünfzigste der eingelieferten Sparbücher entfiel ein Gutschein, 70 000 Sparbücher sind insgesamt eingeliefert. Vorbedingung war, daß die Sparbücher mit Marken ausgefüllt und ein am Buch befindlicher Koupon mit dem vollen Namen des Markensammlers versehen waren. 280 der Markensammler erhielten je einen Gutschein zum Weihnachtsfeste 1906. Die Anklage erblickte nun auch in dieser Art Prämienverteilung die unerlaubte Veranstaltung einer öffentlichen Lotterie. Die Angeklagten erklärten übereinstimmend, sie hätten lediglich das gemeinnützige Prinzip verfolgt, den Betrag der nicht eingelösten Rabattmarken ihren Käufern ebenfalls zu gute kommen zu lassen. Sie hätten alles versucht, um sich mit dem Strafgesetz nicht in Konflikt zu bringen und seien übereinstimmig der Ansicht gewesen, daß in dieser Verteilung von Gutscheinen lediglich eine Schenkung aber keine unerlaubte Lotterie zu erblicken sei. Zum Teil gaben die Angeklagten auch ausführliche Erklärungen über die Notwendigkeit und Nützlichkeit der auf dem Prinzip der Selbsthilfe beruhenden Rabattsparvereine. Der Begriff der Öffentlichkeit fehle auch, denn die Gutscheine seien nur an Vereinsmitglieder verteilt. Durch Ankauf des Sparbuches und Ausfüllung des Koupens wird jeder Sammler passives Mitglied des Rabattsparvereins, er hat aber nur das Recht an einer Prämienverteilung teilzunehmen. Der Staatsanwalt hielt eine unerlaubte Lotterieveranstaltung im Sinne des § 286 St.G.B. für vorliegend und beantragte gegen jeden Angeklagten 50 M. Geldstrafe. Die Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Müller II und Dr. Fiehn betonten, daß bisher nur in Hannover wegen einer solchen Prämienverteilung seitens der Rabattsparvereine Anklage erhoben sei. In anderen Städten seien die Anzeigen der Warenhäuserverbände usw. nicht durchgedrungen, dort würden nach wie vor unter den Augen der Polizei solche Prämien verteilt, ohne daß darin eine unerlaubte Lotterie oder Ausspielung erblickt würde. Der Verein hätte auch bedeutende Rechtsgutachten vorher eingeholt und diese

hätten sich alle dahin ausgesprochen, daß eine Lotterieveranstaltung nicht in Frage komme. An der Hand von Entscheidungen und Kommentaren versuchten die Verteidiger sodann eingehend nachzuweisen, daß bei einer solchen Prämienverteilung der Begriff der Öffentlichkeit fehle, daß eine Lotterie oder Ausspielung einen gewissen Einsatz oder Kauf von Losen voraussetze, daß eine Bereicherung des Veranstalters vorliegen müsse, und endlich, daß zum Begriff Lotterievergehen nach dem Gesetze erforderlich sei, daß von vornherein ein genauer Plan für die Gewinnverteilung vorliege. Das letztere sei hier auch nicht der Fall gewesen, denn bei der Ankündigung der Geldprämienverteilung habe der Vereinsvorstand noch nicht einmal ein klares Bild gehabt, in welcher Weise die Verteilung vorgenommen werden sollte. Der letztere Grund war ausschlaggebend für die Freisprechung der sämtlichen Angeklagten. Das Gericht führte bei Begründung des freisprechenden Erkenntnisses aus: In der Ankündigung der beabsichtigten Verteilung der Gutscheine könne unter keinen Umständen das Delikt einer unerlaubten Lotterieveranstaltung gefunden werden, denn damit hätten die Angeklagten nur angezeigt: Wir werden unseren Käufern demnächst folgendes Geschenk machen. Fraglich sei nur gewesen, ob in der Ankündigung der Geldprämienverteilung eine unerlaubte Veranstaltung im Sinne des § 286 St.G.B. zu finden sei. Dabei sei aber Voraussetzung, daß vorher ein bestimmter Plan für die vorzunehmende Verteilung von Gewinnen aufgestellt sei. Ein solcher Plan sei nicht vorhanden gewesen. Es habe sich lediglich um vorbereitende Sachen gehandelt. Wenn dagegen von vornherein in Aussicht gestellt worden wäre, daß die Prämienverteilung sich so und so gestalten würde, dann hätte ein klagbares Recht vorgelegen. So sei eine strafbare Handlung der Angeklagten nicht festzustellen gewesen.

Durch dies Erkenntnis ist vorbehaltlich der Bestätigung durch das Reichsgericht für alle Rabattsparsvereine Klarheit darüber geschaffen, in welcher Weise Prämienverteilungen stattfinden dürfen. Damit ist unserer ganzen Bewegung zweifellos ein großer Dienst erwiesen worden.“

Auch über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Systems von Professor Suchsland will ich, wie oben bereits erwähnt, im Zusammenhang mit den anderen Systemen sprechen, sobald ich den darstellenden Teil erledigt habe und komme daher nunmehr zu dem von mir erdachten System, das ich als „Prämiensparsystem des Volks-Sparverbandes für Deutschland“ bezeichne. Ähnlich wie Professor Suchsland, aber doch nicht ganz ebenso wie ihn, hat mich die intime Beschäftigung mit dem Rabattsparsvereinswesen zur Ausarbeitung meines Prämiensparsystems geführt. Ihm kam es in erster Linie darauf an, „dem gewerblichen Mittelstand in seiner Notwehr gegen die Konsumvereine und Warenhäuser Schutz- und Trutzwaffen zu schmieden“. Mir kam es zwar ebenfalls vor allem auf eine Stärkung des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes an, dann aber auch auf die Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt durch eine Reform des Kreditwesens, wie ich sie bereits seit nunmehr 10 Jahren erstrebe. Auf meine Anregung hin war bereits im Jahre 1897 bei der Handelskammer zu Bielefeld eine Kommission zur Herbeiführung einer Reform der kaufmännischen Zahlungsweise eingesetzt worden, der aus Gründen, die hier nicht näher zu erörtern sind, nur ein kurzes Dasein beschieden war. Seit dieser Zeit hat mich jedoch diese Frage lebhaft beschäftigt, und ich bin daher aus dieser Seite aus dem Plan des Prämiensparsystems näher getreten. Schon damals in Bielefeld hatte ich Kenntnis von den Bestrebungen in den 70er Jahren genommen und im Zusammenhange damit die Broschüren von Dr. Loewenthal kennen gelernt. Dies hatte mich wiederum auf den Zusammenhang mit der Volksversicherung

gebracht. Schon als Professor Suchsland in Hannover sein Prämiensystem vortrug, äußerte ich mich einigen mir befreundeten Delegierten gegenüber dahin, daß ich die Idee des Professors Suchsland zwar für sehr gut, jedoch ihre Ausführung durch den Verband für richtiger hielte als durch einzelne Vereine. Im Verlauf meiner weiteren Studien aber bin ich aus folgenden Erwägungen heraus zu meinem jetzigen Plan gekommen:

Die Reformbedürftigkeit der auf die Förderung des Sparsinns gerichteten Einrichtungen, also namentlich der Sparkassen, wird schon seit langem allgemein anerkannt. Nach Schmoller liegen diese Reformen gleichmäßig auf dem Gebiete der Sparanregung und Sparerleichterung, darunter Ausbildung von Lockmitteln aller Art für die Einzahlung, wie auf dem der Anlage des gesammelten Kapitals. Die Reformbestrebungen finden aber heute ausschließlich ihre Vertretung in dem Deutschen Sparkassenverband und seinen Unterverbänden; es herrscht also auf diesem Gebiete, um einen Vergleich zu gebrauchen, ein „aufgeklärter Despotismus“. Der Sparer selbst hat nicht mitzureden, ihm fehlt es an einem Organ, seine Beobachtungen, seine Anregungen, seine Wünsche und Beschwerden im Sinne einer Reform vorzubringen, und doch mag so mancher wertvolle Gedanke über eine solche Reform bei den Sparern vorhanden sein. Nützlich erscheint es daher, eine Vertretung der Sparer selbst zu schaffen, die in freundschaftlichster Weise mit dem Deutschen Sparkassenverband verkehrt und in Gemeinschaft mit ihm und seinen Unterverbänden an der Reform des Sparwesens arbeitet.

Noch viel schlimmer sieht es auf dem Gebiet der Versicherung aus. Zwar gibt es einige sogenannte „Schutzverbände“, aber wie schon in diesem Worte zum Ausdruck kommt, wollen sie mehr einen Schutz gegen wirkliche oder vermeintliche Übergriffe der privaten Versicherungsgesellschaften bieten als das Versicherungswesen vom Standpunkt einer Weiterbildung, besonders nach der Richtung der sogenannten Volksversicherung, betrachten. Und doch bleibt trotz der eingangs meines Vortrags erwähnten glänzenden Entwicklung des Versicherungswesens, und obwohl der Staat ein weites Gebiet des Versicherungswesens für sich selbst in Anspruch genommen hat, auch hier noch in Deutschland außerordentlich viel zu tun übrig. Durch Selbsthilfe werden sich bestimmt auch auf dem Gebiete der Versicherung, insbesondere der sogenannten „Volksversicherung“ und der kombinierten „Spar- und Lebensversicherung“, schöne Erfolge erzielen lassen. Bei dieser Betätigung der Selbsthilfe könnten die Rabattsparvereine eine schätzenswerte Hilfe leisten, wie neuerdings Leuckfeld mit Recht ausgeführt hat. Hierbei sei erwähnt, daß Dr. Loewenthal in seiner obengenannten Schrift vom Jahre 1881 bezüglich der Tätigkeit der Rabattsparvereine verschiedene Vorschläge gemacht hat, unter denen die Frage der Benutzung der gesparten Gelder für Versicherungszwecke eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Ich habe hierauf im Jahre 1904 in

meiner Broschüre „Über das Rabattsparswesen“ hingewiesen. Herrn Dr. Loewenthals hierauf bezügliche Ideen sind bisher noch nirgends zur Durchführung gekommen¹⁾. Auf dem Kongreß der Rabattsparvereine in Rudolstadt im Jahre 1905 ist die Tätigkeit der Rabattsparvereine im Dienste der Versicherung von Herrn Oberdorff-Harburg beantragt worden; die Angelegenheit erwies sich jedoch damals noch nicht als spruchreif.

Zur Volksversicherung zähle ich die ihr gleichstehende Spar- und Lebensversicherung. Daß auch auf diesem Gebiete Reformen nötig sind, ist erst neuerdings wieder von vielen hervorragenden Industriellen, Großkaufleuten und höheren Staatsbeamten anerkannt worden. In einer am 19. März 1906 stattgehabten Versammlung in Düsseldorf ist von ihnen die Gründung einer Volksversicherungsbank mit einem Kapital von 3 000 000 M. zu obengenanntem Zweck beschlossen worden. Diese Gründung erfolgte am 25. Februar 1907.

Bei den engen Beziehungen, die zwischen Sparen und Versichern bestehen, läßt sich aber, wie bereits oben erwähnt, die Vertretung der Sparer gleichzeitig zu einer solchen der an dem Ausbau der Volksversicherung Interesse Nehmenden ausgestalten. Da nun aber zu Sparen ebenso die Kaufleute wie ihre Kunden zu rechnen sind, so ist in einer solchen Organisation gleichzeitig diejenige gegeben, die schon in den 70er Jahren von einer Reihe von Handelskammern als zur Förderung der Barzahlung notwendig erstrebt wurde, und deren Schaffung auch die oben erwähnte Bielefelder Kommission in erster Linie wünschte. In dem „Volks-Sparverband für Deutschland“, dessen Gründung nahe bevorsteht (bei Veröffentlichung dieses Vortrags ist dieselbe bereits am 18. Mai 1907 zu Bromberg erfolgt), ist das Organ geschaffen, in dem alle diese genannten Bestrebungen ihre Vertretung finden, er ist daher zugleich Träger des Prämien-sparsystems.

Mein System kennt keinen Sparzwang. Ihn beabsichtige ich, und auch nur wahlweise, erst dann einzuführen, wenn mein System mehrere Jahre hindurch bestanden hat und dadurch die Erziehung zum Sparen so große Fortschritte gemacht hat, daß man, und zunächst auch nur für eine Elite von Sparern, zum Sparzwang übergehen kann. Wollte man dies sofort tun, so würde die Folge

1) Nach meinem Vortrage bin ich von einem Mitglied der Abteilung der Deutschen Gesellschaft auf die „Deutsche Sparbank für Lebensversicherungen“, G. m. b. H. in Berlin aufmerksam gemacht worden. Sie stellt eine Art wilde Rabattgesellschaft dar und benutzt die von den ihr angeschlossenen Firmen gezahlten Beiträge zur Ausgabe resp. Vermittelung von Lebensversicherungspolice, für die sie die Prämien auf 5 oder 10 Jahre im voraus zahlt. Die Gesellschaft scheint noch nicht lange zu bestehen; es gilt über sie dasselbe wie bezüglich aller privaten Rabattsparvereine, d. h. es kommt ganz auf die Personen an, die das Geschäft betreiben. Auch eine solche Gesellschaft erfüllt aber die Aufgabe, den Versicherungsgedanken in weitere Kreise zu tragen.

ähnlich sein wie bei der alten preußischen Klassensteuer bzw. Einkommensteuer. Wie beim Bestehen dieser Steuer zahlreiche fruchtlose Mahnungen und Exekutionen stattfanden, würde die Summe der Mahngebühren, obwohl es im einzelnen nur Pfennige sind, und die Zahl der vom Prämiensystem Ausgeschlossenen eine erschreckende Höhe annehmen. Ich bedarf auch des Sparzwanges nicht, da ich mich bei meinem System in erster Linie, wie bereits oben angedeutet, an die Tätigkeit der Rabattsparvereine anlehne. Indessen auch die Sparkassen suche ich meinem System dienstbar zu machen. An Orten aber, wo es weder Rabattsparvereine noch Sparkassen gibt, können andere Korporationen, kaufmännische Vereine, Firmen usw. die Rolle des Vermittlers übernehmen. Hauptbedingung ist die Gewährung der Sicherheit, daß die Gelder der Sparer mündelsicher angelegt werden, denn der Sparverband soll nicht etwa eine Zentralisation des Sparwesens herbeiführen, wie man solches von den Postsparkassen befürchtet, sondern im Gegenteil die bestehenden lokalen, dem Sparsinn dienenden Organisationen stärken. Ich muß es mir bei der vorgeschrittenen Zeit versagen, auf alle Einzelheiten meines Systems einzugehen und verweise daher auf die gedruckte Darstellung, in der auch die Satzung des „Volks-Sparverbandes für Deutschland“ enthalten ist.

Hervorheben möchte ich nur, daß ich mit Hilfe meines Systems glaube ein Problem gelöst zu haben, das noch Scherl unlösbar schien, was man aus seinen hierauf bezüglichen Ausführungen schließen kann: ich meine die Zinsbarmachung des einzelnen Pfennigs wie überhaupt kleinerer Beträge bei einer gleichzeitigen Entlastung der Sparkassen und ähnlichen Anstalten. Der einzelne Sparer kann zwar nicht verlangen, daß die aufgelaufenen Zinsen seiner von ihm eingezahlten kleinen Beträge, die er ohne das System vielleicht zu unnützen oder sogar schädlichen Ausgaben verwandt hätte, ihm auf Heller und Pfennig genau berechnet werden, namentlich da in den meisten Fällen ohne die Tätigkeit des „Volks-Sparverbandes für Deutschland“ doch auch ein solcher Zins in den meisten Fällen wegen der Kleinheit der jeweilig eingezahlten Beträge überhaupt nicht entstehen könnte. In diesem Sinne ist das Problem tatsächlich unlösbar, wohl aber ist es gelöst für die Gesamtheit der Sparer, die sich im „Volks-Sparverband für Deutschland“ als Mitglieder zusammenfinden. Durch die Lösung dieses Problems hoffe ich ganz besonders eine Förderung der Schulsparkassen herbeizuführen, wie überhaupt der Spartätigkeit durch die Benutzung der sogenannten Ergänzungsmarken zu den Rabattsparmarken. Damit werden aber dem Getriebe der Volkswirtschaft die Pfennige zugeführt, die heute in Stahlfeder- und anderen Schachteln, Schubladen, Kasten, Heimsparbüchsen usw. unverzinslich herumliegen. „Geld im Kasten trägt aber keine Zinsen.“ Scherl, dem ich dieses Zitat entnehme, führt mit Recht über die Hindernisse, die einer Verzinsung kleinerer Beträge entgegenstehen, aus:

„Der durchschnittliche Sparer legt die Sparpfennige zu Hause im Kasten aufeinander und zahlt sie erst dann bei der Sparkasse ein, wenn ein Betrag gesammelt ist, der die Durchschnittsjahreseinnahme eines „Sammeljahres“ bei meinem System (etwa 52—78 M.) erheblich überschreitet. (Nach statistischen Feststellungen soll nämlich, wie Scherl weiter oben ausführt, der Betrag der jedesmaligen Einzahlung bei den preußischen Sparkassen durchschnittlich 100 M. betragen.) Er handelt damit nicht etwa unwirtschaftlich; denn der geringe Zinsgewinn bei häufigerer Einzahlung vergütet nur dann Zeit, Mühe und Stiefelsohlen, wenn die Sparkasse sich in nächster Nähe befindet, was doch nur selten der Fall ist. Geld im Kasten trägt aber keine Zinsen, und, solange er im Kasten sparte, war der kleine Notpfennig immer bedroht.“

Die deutschen Sparkassen nehmen meines Wissens Beträge unter 1 M. nicht, an und man muß es als ein je nach der Sachlage relatives oder absolutes Opfer bezeichnen, wenn sie solche kleinen Beträge von 1 M. zu einem höheren Prozentsatz verzinsen als größere Einlagen, obgleich die Verwaltungskosten genau dieselben, vielleicht sogar größer sind als bei hohen Beträgen. Dem gegenüber kann auch der Zinsgewinn nicht in Betracht fallen, den die Sparkassen bei Ausgabe von Sparkarten zum Bekleben mit 10 Pfg.- resp. 1 Pfg.-Sparmarken dadurch erzielen, daß sie die Marken in größeren Posten an die Annahmestellen gegen Barzahlung verkaufen, während die vollgefüllten Karten erst nach geraumer Zeit der Sparkasse zwecks Umschreibung in ein Sparkassenbuch vorgelegt werden, wo also erst die Verzinsung für den Sparer beginnt. Trotzdem mache ich den Sparkassen zum Vorwurf, daß sie nicht die entstehenden Zinsen den Sparern zugute kommen lassen, was sie freilich wohl nur mit Hilfe eines Prämien-sparsystems können.

Im Gegensatz zu den Sparkassen will nun mein System diesen Zins auf folgende Weise den Sparern zugute kommen lassen. Der „Volks-Sparverband für Deutschland“ gibt die Spar- oder Ergänzungsmarken in großen Posten (nebenbei bemerkt möglichst in einer Kontrastfarbe der am Orte befindlichen Rabattsparvereinsmarken) an die mit ihm in Verkehr stehenden Rabattsparvereine, Sparkassen usw. aus, so daß ungefähr ein Monatsbedarf gedeckt wird. Er belastet aber seine Abnehmer mit dem fälligen Betrage erst zwei Monate nach der Ausgabe, d. h. die Abnehmer werden ihm erst nach zwei Monaten zinspflichtig, da bei meinem System das Kapital selbst dezentralisiert bei den Rabattsparvereinen, Sparkassen usw. verbleiben soll. Die Rabattsparvereine, Sparkassen usw. wiederum geben dann die Marken in kleineren Posten, die ungefähr dem Monatsbedarf ihres einzelnen Abnehmers entsprechen, an diese unter Gewährung einer Zinsvergütung für einen Monat ab. Sammelt nun jetzt ein Sparer, indem er seine Pfennige oder kleinere Beträge gegen Marken umtauscht, so ist er der Verzinsung dieser Beträge sicher. Denn schon nach Beendigung des zweiten Monats nach der Ausgabe hat bereits die Zinspflicht des Rabattsparvereins, der Sparkasse usw. gegenüber dem „Volks-Sparverband für Deutschland“ begonnen, dieser aber führt die allmählich sich anhäufenden Zinsen dem Prämieuvteilungsfonds zu, aus dem

dann die Gesamtheit der Sparer bei der Verteilung die Prämien erhält, d. h. also Beträge, auf die sie sonst gar keinen Anspruch hätten erheben können.

Sonst wüßte ich von meinem System nicht mehr zu sagen, als daß ich den Versuch gemacht habe, aus den Ihnen geschilderten Systemen, beginnend mit dem Londoner und endend mit dem neuesten System von Prof. Suchsland, das Beste herauszusuchen. Darum bitte ich Sie auch, freundlichst auf die Einlösung meiner Ihnen gegenüber gewissermaßen eingegangenen Verpflichtung zu verzichten, die einzelnen Systeme in ihrem Wert gegen einander abzuschätzen. Sie würden ja auch doch nur von mir erwarten, daß ich „Mein System“ Ihnen ganz besonders anpreise. Ich beschränke mich daher nur darauf, das Gemeinsame aller Systeme anzuführen, und kaun brauche ich hierüber noch viel Worte zu machen, da aus dem Vorangegangenen die volkswirtschaftliche Bedeutung aller Prämien-Sparsysteme klar ersichtlich ist. Alle Prämien-Sparsysteme sollen die Spartätigkeit und möglichst auch die Barzahlung fördern. Je mehr sie dazu infolge ihrer Organisation in der Lage sind, je weitere Volkskreise sie hier erfassen können, desto größer ist ihre Bedeutung. Sie werden auch aus § 1 der Ihnen vorgelegten Satzung des „Volks-Sparverbandes für Deutschland“ ersehen haben, daß auch mein Prämien-Sparsystem nur ein Vorschlag für den „Volks-Sparverband für Deutschland“ sein soll, wobei ich allerdings hoffe, daß dieser Verband zunächst einen Versuch mit meinem System macht, um es auf seine Brauchbarkeit zu prüfen. „Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehn!“ Im übrigen bin ich gern bereit, jede an mich gerichtete auf das System bezügliche Anfrage eingehend zu beantworten, denn ich kann natürlich nur dann darauf rechnen, daß es möglichst bald zur Einführung und großer Beteiligung gelangt, wenn in weitesten Kreisen volle Klarheit über Wesen und Ziele meines Prämien-Sparsystems verbreitet ist. Es liegt in meiner Absicht, sobald es die Umstände gestatten, eine ausführliche Denkschrift über mein System herauszugeben, in der ich solche Fragen die an mich von dieser oder jener Seite gestellt worden sind, und die Einwendungen, die etwa in der Presse erhoben werden sollten, entsprechend berücksichtigen werde. Auf solche Einwendungen aber bin ich gefaßt, denn alle menschlichen Einrichtungen sind fehlerhaft. Bestände das Deutsche Reich nicht, so würde der Verfasser einer Denkschrift über das zu gründende Deutsche Reich sicher die schärfsten Angriffe bezüglich der Undurchführbarkeit seiner Vorschläge erfahren, selbst wenn er die Organisation des Reiches so schildern würde, wie sie tatsächlich ist. Ich bitte daher, mein System wohlwollend nur von dem Gesichtspunkte aus zu beurteilen, ob es geeignet erscheint, den Sparsinn zu wecken und damit die Sparkassen in ihrer bedeutsamen Tätigkeit zu fördern. Es würde mich freuen, wenn über dasselbe ein gleiches Urteil abgegeben

werden würde, wie es Schmoller über die Sparkassen abgegeben hat, und mit der Wiedergabe seiner Ausführungen möchte ich schließen:

„Gewiß hat man die Sparkassen früher oft überschätzt, der Sozialismus hat sie dann unterschätzt, behauptet, sie dienten gar nicht dem Arbeiter. Die Sparkasse hat natürlich nicht alle Not beseitigt, die unteren Klassen nicht plötzlich anders gemacht. Aber sie ist doch ein wichtiges Hilfsmittel gewesen, um den Sparsinn zu wecken und zu verbreiten und damit Tausende zu erziehen zu Voraussicht und Selbstbeherrschung; sie hat nicht die Lebenshaltung gehoben, aber das leichtsinnige Leben in den Tag eingeschränkt; sie hat Tausenden Mut und Sicherheit gegeben im Kampfe des Lebens, sie hat die moralischen Kräfte gesteigert, sie hat die Menschen gelehrt, die Zukunft ins Auge zu fassen und über die ungewissen Wechselfälle Herr zu werden. Die Sparkasse war zugleich ein glückliches Mittel, die höheren Klassen, die Gemeinde und den Staat in dem Dienste für die unteren Klassen zu schulen, das Vereinsleben und die Selbstverwaltung zu beleben, Gemeinde und Staat an seine sozialen Pflichten zu gewöhnen und die Formen zu finden, in denen diese Pflichterfüllung möglich ist. Die Sparkasse war ein Gedanke der höheren Klassen, aber sie ist zu einer Leiter für das Emporsteigen der unteren geworden. Der Arbeiter, der ein Sparkassenbuch mit einigen Hundert Mark besitzt, ist ein anderer Mensch, er ist kein Proletarier mehr, er ist verknüpft mit der bestehenden Ordnung der Gesellschaft. Wenn heute in Deutschland 13 Mill. Sparkassenbücher vorhanden sind, so kann es in 50 Jahren die doppelte und dreifache Zahl sein. Und wenn kein Arbeiter mehr existiert ohne ein Sparkassenguthaben, so werden alle Krisen, alle zeitweilige Beschäftigungslosigkeit ganz anders zu ertragen sein als heute. Die vollendetste Staats- und Wirtschaftsordnung kann nichts nützen, wenn nicht selbst die untersten Glieder der Gesellschaft gewisse intellektuelle und moralische sowie wirtschaftliche Eigenschaften haben, zu deren Ausbildung unter heutigen Verhältnissen die Sparkassen erheblich beitragen können.“

Satzung des Volks-Sparverbandes für Deutschland.

(Verband zur Förderung des Spar- und
Volksversicherungswesens in Deutschland.)

Name, Sitz und Zweck des Vereins.

§ 1.

Unter dem Namen „Volks-Sparverband für Deutschland“ hat sich ein Verein gebildet zu dem Zweck, den Sparsinn und die Spartätigkeit zu fördern, für die Ausbreitung der Volksversicherung zu wirken und durch Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse über die Verhältnisse des täglichen Lebens wirtschaftliches Handeln, namentlich eine gesunde Zahlungsweise, herbeizuführen. Alle Bestrebungen des Vereins, insbesondere die Anwendung eines geeigneten Prämien-Sparsystems, zu errichtende besondere Abteilungen für Volksversicherung, für Jugend- und Schulparkassen, Fabrikparkassen und andere ähnliche Einrichtungen dienen lediglich diesem idealen Zweck; die Tätigkeit des Vereins ist daher nicht auf einen wirtschaftlichen Zweck gerichtet.

Der Verein soll in das Vereinsregister eingetragen werden. Den Zeitpunkt der Eintragung bestimmt der Vorstand. Nach erfolgter Eintragung erhält der Name des Vereins den Zusatz: „Eingetragener Verein“. —

Der Sitz des Vereins regelt sich nach § 24 des B.G.B.

Geschäftsjahr.

§ 2.

Das Geschäftsjahr läuft vom 1. April eines Jahres bis zum 31. März nächsten Jahres.

Erwerb der Mitgliedschaft.

§ 3.

Mitglied des Vereins kann jede Person, Firma, Körperschaft usw. werden, die sich verpflichtet, an der Verwirklichung des Vereinszweckes mitzuarbeiten. Die Mitgliedschaft beginnt mit Aushändigung der Mitgliedskarte nach Zahlung des Eintrittsgeldes und ersten Jahresbeitrages, doch kann die Zahlung bis zur nächsten Aufsichtsratssitzung vom Vorstände gestundet werden. Der Aufsichtsrat, dem hiervon Mitteilung zu machen ist, kann den Ausschluß der bereits aufgenommenen Mitglieder anordnen.

Der Verein kann auch Personen zu Ehrenmitgliedern ernennen. Diese sind von der Zahlung von Beiträgen befreit.

§ 4.

Der Antrag um Aufnahme in den Verein ist schriftlich an den Vorstand zu richten, der darüber ohne Angabe von Gründen entscheidet. Wird die Aufnahme verweigert, so ist Berufung in erster Instanz an den Aufsichtsrat, in zweiter Instanz an die nächste ordentliche Mitgliederversammlung zulässig.

Höhe der Eintrittsgelder und Jahresbeiträge.

§ 5.

Die Höhe des Eintrittsgeldes und Jahresbeitrages beträgt für Einzelpersonen mindestens je 1 M. Für Firmen, Körperschaften usw. wird die Beitragshöhe nach Übereinkunft mit dem Vorstande bestimmt. Die Eintrittsgelder sollen für die Gründungskosten und andere einmalige Verwaltungsausgaben Verwendung finden und zur Bildung eines Reservefonds dienen. Die Jahresbeiträge sind für die Bestreitung der laufenden Verwaltungskosten vorgesehen, doch kann die ordentliche Mitgliederversammlung die Verwendung etwa vorhandener Überschüsse auch für andere Vereinszwecke beschließen.

Verlust der Mitgliedschaft.

§ 6.

Die Mitgliedschaft erlischt:

1. durch freiwilliges Ausscheiden, das nur nach vorangegangener halbjähriger Kündigung zulässig ist, die schriftlich beim Vorstande zu erfolgen hat;
2. durch Tod, oder durch Auflösung oder Konkurs der betreffenden Firma, Körperschaft usw.;
3. durch Ausschuß. Dieser erfolgt bei Unwürdigkeit oder bei wiederholtem Verstoß gegen die Satzung und Verletzung der übernommenen Pflichten. Gegen den betreffenden Beschluß des Vorstandes ist Berufung in erster Instanz an den Aufsichtsrat, in zweiter Instanz an die nächste ordentliche Mitgliederversammlung zulässig. Der Ausgeschiedene oder Ausgeschlossene hat keinen Anspruch an das Vereinsvermögen.

Der Vorstand.

§ 7.

Der Vorstand im Sinne des B.G.B. besteht aus dem Geschäftsführer; er wird vom Aufsichtsrat auf Vorschlag der ordentlichen Mitgliederversammlung bestellt und vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Im Falle seiner Behinderung hat er für Vertretung auf eigene Kosten Sorge zu tragen. Durch Beschluß der ordentlichen Mitgliederversammlung kann dem Vorstand, unbeschadet seiner Oberleitung, ein erster und zweiter stellvertretender Geschäftsführer zur Seite gestellt werden, die ihn im Behinderungsfalle der Reihe nach vertreten. In diesem Falle erlischt die Pflicht des Geschäftsführers, für Vertretung im Falle der Behinderung zu sorgen.

Der Vorstand leitet die Geschäfte des Vereins und stellt die erforderlichen Hilfskräfte im Einverständnis mit dem Aufsichtsrat an. Die Höhe der für sie zu gewährenden Gehälter, Löhne usw. wird durch den Aufsichtsrat festgesetzt, der auch das Anstellungsverhältnis des Vorstandes resp. der Vorstandsmitglieder durch besonderen Vertrag regelt. Die Bestellung des Vorstandes kann widerrufen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein solcher Grund ist insbesondere grobe Pflichtverletzung oder Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung.

Der Vorstand ist verantwortlich für die mündelsichere Anlage des Vereinsvermögens, soweit dasselbe nicht laut Bestimmung dieser Satzung oder gemäß den Verträgen mit dem Aufsichtsrat zu Verwaltungszwecken spätere Verwendung finden soll. Der Vorstand hat alle für die Verwirklichung des Vereinszweckes erforderlichen Schritte zu tun, insbesondere etwa erforderlich werdende Konzessionen bei den betreffenden Behörden nachzusuchen, die in den Vereinsversammlungen gefaßten Beschlüsse ordnungsgemäß auszuführen und den gesamten Verkehr des Vereins mit seinen Mitgliedern zu leiten.

Der Aufsichtsrat.

§ 8.

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung in allen ihren Zweigen zu überwachen. Er darf in der Geschäftsstelle in sämtliche Bücher, Briefschaften usw. Einsicht nehmen oder durch besondere Beauftragte, die sich dem Vorstande gegenüber als solche auszuweisen haben, nehmen lassen. Er hat mindestens viermal im Jahre Sitzungen abzuhalten und über das Ergebnis seines Befundes die Mitglieder zu unterrichten.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder dessen Stellvertreter oder der Vorstand im Auftrage eines derselben ladet zu den Mitgliederversammlungen ein und leitet dieselben.

Der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter ist verpflichtet, für die ordnungsmäßige Erledigung der Tagesordnung nach parlamentarischen Grundsätzen — im Zweifelsfalle ist die Geschäftsordnung des Deutschen Reichstages maßgebend — und für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen. Ihm steht Disziplinalgewalt in den Versammlungen zu, die er nach seinem Ermessen auszuüben hat; er kann störenden und abschweifenden Rednern oder anderen Mitgliedern nach zweimaliger Ermahnung das Wort entziehen und die weitere Teilnahme an der Versammlung untersagen. Zuwiderhandlungen gegen derartige Anordnungen können mit Ausschuß aus dem Verein bestraft werden.

§ 9.

Der Aufsichtsrat besteht aus einem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, einem Schriftführer und dessen Stellvertreter und fünf Beisitzern. Die Zahl der Beisitzer kann durch Beschluß der ordentlichen Mitgliederversammlung bis auf 23 erhöht werden, so daß also die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder 27 beträgt. Der Aufsichtsrat verteilt die Ämter unter sich.

§ 10.

Der Aufsichtsrat wird durch die ordentliche Mitgliederversammlung auf die Dauer von 6 Jahren gewählt. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel aus; die die beiden ersten Male ausscheidenden Mitglieder werden durch das Los bestimmt. Dies findet auch bei Vermehrung der Beisitzerstellen sinngemäße Anwendung. Scheidet innerhalb der Wahlperiode ein Mitglied des Aufsichtsrats aus, so ist der Aufsichtsrat berechtigt, sich bis zum Ablauf der Amtsdauer des ausgeschiedenen Mitgliedes durch Zuwahl zu ergänzen.

§ 11.

Der Aufsichtsrat ist bei Anwesenheit von mindestens fünf Mitgliedern beschlußfähig. Beschlüsse des Aufsichtsrats bedürfen zu ihrer Gültigkeit Eintragung in ein Protokollbuch und Unterzeichnung durch mindestens den Leiter der betreffenden Sitzung und ein Mitglied des Aufsichtsrats.

Das Ehrenkomitee.

§ 12.

Durch Beschluß der ordentlichen Mitgliederversammlung kann neben dem Aufsichtsrat ein Ehrenkomitee eingesetzt werden. Die Mitglieder desselben sind Ehrenmitglieder und haben keine Vereinsbeiträge zu leisten.

Zu Mitgliedern des Ehrenkomitees sollen hervorragende Persönlichkeiten, besonders solche, die sich auf dem Gebiet des Spar- und Versicherungswesens ausgezeichnet haben, gewählt werden. Aufgabe dieses Komitees soll sein, Vorstand und Aufsichtsrat in der Förderung der Vereinszwecke durch sachkundigen Rat zu unterstützen. Zu diesem Zwecke ist der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder dessen Stellvertreter verpflichtet, die Mitglieder des Ehrenkomitees zu allen Aufsichtsratsitzungen zu laden, dem Komitee periodisch über die Tätigkeit des Vereins zu berichten und über alle Vereinstätigkeiten Aufschluß zu geben, der von ihm gefordert wird.

Ordentliche Mitgliederversammlungen.

§ 13.

Alljährlich in den drei ersten Monaten des Geschäftsjahres findet die ordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder dessen Stellvertreter hat zu dieser Versammlung mindestens 14 Tage vorher einzuladen. Ort, Termin und Tagesordnung sind in den vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Zeitungen zu veröffentlichen, doch gilt die Einladung als rechtzeitig erfolgt, wenn sie mindestens 14 Tage vor dem festgesetzten Termin im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht ist, und, falls der Verein ein eigenes Vereinsorgan besitzt, auch in diesem.

§ 14.

In der ordentlichen Mitgliederversammlung hat der Vorstand über die Tätigkeit im vergangenen Jahre Bericht zu erstatten und einen Plan über die Erledigung der Aufgaben im nächsten Jahre vorzulegen.

Der Aufsichtsrat hat über seine Tätigkeit ebenfalls zu berichten, gegebenenfalls die Entlastung der Geschäftsführung zu beantragen und seine Stellung zu dem vorgelegten Plan darzulegen.

Die Mitgliederversammlung beschließt über Anträge von Mitgliedern, die bis zum Schlusse des Kalenderjahres beim Vorstand schriftlich eingereicht sein müssen. Anträge, die nach dieser Frist, bis zum Schlusse des Geschäftsjahres eingebracht werden, bedürfen der Unterstützung durch mindestens ein Zehntel der Mitglieder, um zur Beratung zu gelangen.

§ 15.

Die Beschlüsse der ordentlichen Mitgliederversammlung, die vom Leiter der Versammlung und mindestens zwei Mitgliedern in ein Protokollbuch einzutragen und zu unterzeichnen sind, werden, falls kein Widerspruch erfolgt, durch Zuruf, in anderen Fällen mit einfacher Stimmenmehrheit, bei Wahlen mit relativer Mehrheit gefaßt. Entsteht ein Zweifel über das Ergebnis der Abstimmung, so hat eine neue Abstimmung mittelst Stimmzettel zu erfolgen. Diese Bestimmungen finden keine Anwendung, soweit durch Gesetz, diese Satzung oder besondere Beschlüsse von ordentlichen Mitgliederversammlungen Ausnahmen festgesetzt werden. Die ordentlichen Mitgliederversammlungen sind ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Leiters der Versammlung.

Vertretung abwesender Mitglieder.

§ 16.

Jede Person, Firma, Körperschaft usw. hat eine Stimme. Abwesende Mitglieder dürfen sich durch ein anwesendes Mitglied vertreten lassen. Doch ist es keinem Mitglied gestattet, mehr als 25 Stimmen auf sich zu vereinigen. Bei Firmen, Körperschaften usw. hat sich der zur Stimmabgabe Befugte als solcher vor Beginn der Versammlung dem Vorstände gegenüber auszuweisen. Die auf die Vertretung bezüglichen Vollmachten sind dem Leiter der Versammlung vor Beginn der Verhandlungen vorzulegen, der sie einem besonderen Ausschuss des Aufsichtsrats zur Prüfung überweist und das Ergebnis bei Beginn der Verhandlungen bekannt gibt.

Einsetzung von Rechnungsprüfern.

§ 17.

Die ordentliche Mitgliederversammlung kann die Einsetzung von 3—5 besonderen Rechnungsprüfern beschließen, die die Rechnungslegung und die zu derselben erstatteten Berichte nachzuprüfen und über ihren Befund Bericht zu erstatten haben.

Außerordentliche Mitgliederversammlungen.

§ 18.

Außerordentliche Mitgliederversammlungen hat der Aufsichtsrat, wenn die Geschäftslage es erfordert, oder der Vorstand oder mindestens der zehnte Teil der Mitglieder es unter Angabe der Tagesordnung schriftlich beantragen, nach frühestens 14 und spätestens 28 Tagen zu berufen.

Die für die ordentlichen Mitgliederversammlungen geltenden Bestimmungen finden entsprechende Anwendung.

Schriftliche Abstimmungen.

§ 19.

In dringenden Fällen darf der Vorstand ohne Berufung einer Aufsichtsrats- oder Mitgliederversammlung einen Beschluß durch schriftliche Abstimmung herbeiführen, bei der nur die tatsächlich abgegebenen Stimmen mitzählen dürfen. In solchen Fällen hat aber der Vorstand dem Aufsichtsrate in seiner nächsten Sitzung die Stimmzettel zur Nachprüfung vorzulegen.

Urkunden.

§ 20.

Urkunden, die den Verein verpflichten, müssen unter der Firma des Vereins von dem Vorstand oder dessen Vertreter vollzogen sein. Für die Zeichnung der Firma ist die Verwendung von Stempeln

zulässig. Der Vertrag des Vereins mit dem Vorstand bedarf zu seiner Gültigkeit der Unterschrift des Vorsitzenden des Aufsichtsrats oder dessen Stellvertreters und eines Mitgliedes des Aufsichtsrats. In gleicher Weise sind alle Urkunden zu zeichnen, die den Aufsichtsrat verpflichten sollen.

Schiedsgericht.

§ 21.

Alle Streitigkeiten über Vereinsangelegenheiten werden unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges durch ein Schiedsgericht gemäß den Bestimmungen der Zivilprozeßordnung entschieden. Das schiedsgerichtliche Verfahren wird durch eine von einer ordentlichen Mitgliederversammlung genehmigte Schiedsgerichtsordnung geregelt.

Satzungsänderungen.

§ 22.

Satzungsänderungen, deren genauer Wortlaut bei der Einladung zur Mitgliederversammlung anzugeben ist, können nur mit zwei Drittel Mehrheit der Anwesenden beschlossen werden und bedürfen in den ersten zwölf Geschäftsjahren der Zustimmung des Vorstandes.

Auflösung des Vereins.

§ 23.

Die Auflösung des Vereins kann nur in einer eigens zu diesem Zwecke berufenen Mitgliederversammlung mit drei Viertel Mehrheit der anwesenden Mitglieder erfolgen und bedarf in den ersten zwölf Geschäftsjahren der Zustimmung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.

Wird in der Versammlung, die die Auflösung beschließt, nicht über die Verwendung des nach Erfüllung aller Verbindlichkeiten übriggelassenen Vereinsvermögens Beschluß gefaßt, so entscheidet hierüber der Aufsichtsrat, bei Bestehen eines Ehrenkomitees dieses Komitee.

Zweigvereine.

§ 24.

Die Mitglieder einzelner Bezirke sind berechtigt, Zweigvereine (Bezirksgruppen, Ortsgruppen) zu bilden. Ihre Satzungen und Beschlüsse bedürfen der Genehmigung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.

Übergangsbestimmungen, mangelnde Rechtsfähigkeit.

§ 25.

Bis zur Eintragung des Vereins und in dem Falle, daß der Verein die Rechtsfähigkeit überhaupt nicht erlangt, oder wieder verlieren sollte, gelten folgende Bestimmungen:

1. der Verein soll als nicht rechtsfähiger Verein bestehen;
2. durch Verlust der Mitgliedschaft eines Mitgliedes wird der Bestand des Vereins nicht berührt. In solchen Fällen besteht der Verein unter den übrigen Mitgliedern fort, und der Anteil des ausgeschiedenen Mitgliedes am Vereinsvermögen wächst den übrigen Mitgliedern zu. Der Ausgeschiedene verliert jeden Anspruch an das Vereinsvermögen und hat weder Anspruch auf die aus § 738 des Bürgerlichen Gesetzbuches sich ergebende Abfindung, noch die Pflicht, nach Maßgabe des § 739 ebendasselbe für einen etwaigen Fehlbetrag aufzukommen;
3. der Vorstand ist verpflichtet, in alle namens des Vereins abzuschließenden Verträge die Bestimmung aufzunehmen, daß die Vereinsmitglieder nur mit dem Vereinsvermögen haften.

Einführungsbestimmungen.

§ 26.

Vorstehende Satzung ist am 14. Juni 1907 errichtet und soll sofort mit der Annahme in Kraft treten.

Das Prämien-Sparsystem des Volks-Sparverbandes für Deutschland.

§ 1.

Zur Teilnahme am Prämien-Sparsystem sind nur Mitglieder des Verbandes berechtigt, die innerhalb eines Kalenderjahres mindestens 10 M. gespart haben.

§ 2.

Die Anmeldung zu dem Sparsystem geschieht auf folgende Weise:

- A. an denjenigen Orten, an denen der Verband mit einem dort bestehenden Rabatt-Sparverein einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen hat, nach welchem der Verein den Verkehr des Verbandes mit seinen Mitgliedern vermittelt, also auch die Mitgliedskarte ausfertigt usw., erhält dasjenige Mitglied, das ein gefülltes Sparbuch im Werte von 5 M. einlöst und dabei gleichzeitig seine Teilnahme am Prämien-Sparsystem anmeldet, einen blauen Interimsschein. Beträgt der Wert weniger als 5 Mark (z. B. 4,85 M.) so wird ein solcher Schein gegen entsprechende Zuzahlung (z. B. bei 4,85 M. 15 Pf.) in bar oder Ergänzungsmarken, die der „Volks-Sparverband für Deutschland“ ausgibt, ausgehändigt. Dabei hat der Einlieferer des gefüllten Buches auf vorgeschriebenem Formular die Erklärung abzugeben, daß er sich am Prämien-Sparsystem beteiligen wolle und Auszahlung der 5 M. erst am 31. Dezember desjenigen Jahres verlange, in welchem 5 Jahre seit dieser Erklärung verstrichen sein werden. Bei Zahlung weiterer 5 M. erhält er einen zweiten blauen Interimsschein. Liefert ein Mitglied dagegen gleichzeitig zwei Sparbücher im Werte von je 5 M. ein oder ein Sparbuch über den Betrag von 10 M., so erhält es einen gelben Interimsschein. Bei Empfangnahme des zweiten blauen Interimsscheines oder des gelben Interimsscheines ist dem Mitglied der Termin zu bezeichnen, an dem es die Interimsscheine gegen einen Prämienschein eingelöst erhält.

§ 3.

Die Geschäftsstelle des Rabatt-Sparvereins hat in den vertragsmäßig festgesetzten Fristen an den Vorstand des Sparverbandes die vorgeschriebenen Listen einzusenden, die zu enthalten haben: 1. die Nummern der Mitgliedskarten der an dem Prämiensystem teilnehmenden Mitglieder, 2. deren Vor- und Zunamen und genaue Adresse, 3. die Nummern der gefüllt eingelieferten Rabatt-Sparbücher, 4. das genaue Datum der Einlieferung der Rabatt-Sparbücher und 5. andere

Anmerkung: 4) Wo Rabatt-Sparvereine solche Nummerierung bisher nicht vorgenommen haben, ist dieselbe einzuführen.

vom Vorstand geforderte Angaben unter Beifügung der Kopien (Durchschläge usw.) der Interimsscheine und etwa besonders geäußerte Wünsche der Mitglieder bezüglich der ihnen zu sendenden Prämienscheinnummern usw.

§ 4.

Der Vorstand sendet nach einer Frist von höchstens acht Wochen die eingesandten mit einem Entwertungszeichen versehenen Papiere und gleichzeitig die auf den Namen des Empfangsberechtigten lautenden Prämienscheine an den Rabatt-Sparverein zurück, der sie an den Teilnehmer gegen Abgabe der Interimsscheine aushändigt. Der Prämienschein bedarf zu seiner Gültigkeit der eigenhändigen Unterschrift des Geschäftsführers oder zweier Stellvertreter desselben oder von dem Vorstand beauftragter Beamter, deren Namen nebst einem Faksimile ihrer Unterschrift den Mitgliedern in einer Mitgliederversammlung oder bei Vorhandensein eines Vereinsorgans in diesem bekannt zu machen ist. Auch muß der Schein den Stempel des Vereins tragen. Ein Prämienschein ist ferner nur dann gültig, wenn er die Erklärung des betreffenden Rabatt-Sparvereins enthält, daß dieser sich verpflichtet, bei Vorzeigung des Prämienscheines zu der auf dem Schein bezeichneten nach § 2 berechneten Frist diesen Schein zum vollen Werte von 10 M. einzulösen.

§ 5.

Die Mitglieder des Vereins sind aber auch berechtigt, an Stelle gefällter Rabatt-Sparbücher ein Buch mit 500 bzw. 1000 Sparmarken des Verbandes im Werte von je einem Pfennig einzureichen, die sie von den Mitgliedern des Rabatt-Sparvereins resp. einem Teil derselben, in jedem Falle aber von der Geschäftsstelle auf Grund des zwischen dem Verband und dem Verein abgeschlossenen Vertrages beziehen können. Ebenso ist es zulässig, 50 Sparmarken à 10 Pf. einer am Orte befindlichen Sparkasse gegen einen blauen und 100 gegen einen gelben Interimsschein einzutauschen. Falls ein solches mit Sparmarken versehenes Buch eingereicht wird, muß dasselbe enthalten: das von der Ausgabestelle eingetragene Datum der Ausgabe. Bei der Aushändigung des Interimsscheines ist dieser entsprechend zu datieren. Die Zinsberechnung in der mit dem Rabatt-Sparverein, Sparkasse usw. vereinbarten Höhe zugunsten des Sparers (Prämienverteilungsfonds) beginnt zwei Monate nach Ausgabe der Marken an die Vereine, während diese verpflichtet sind, die Marken an ihre Mitglieder zum Weiterverkauf mit einer Zinsvergütung von einem Monat abzugeben.

§ 6.

- B. An Orten, an denen der Verband mit Sparkassen entsprechende Verträge abgeschlossen hat, finden die obigen Bestimmungen sinngemäße Anwendung. Insbesondere kann der Inhaber eines Sparkassenbuches den für die Beteiligung am Prämiensparsystem notwendigen Betrag auf 5 Jahre zur Auszahlung sperren resp. nach Belieben der Sparkasse auf ein besonderes Sparkassenbuch umschreiben lassen.
- C. An Orten, wo weder mit Rabatt-Sparvereinen noch mit Sparkassen ein Abkommen getroffen ist, aber mit einer Kreditgenossenschaft, einem Bankinstitut oder einem Verein, einer Korporation, einer gemeinnützigen Anstalt oder einer Einzelperson Verträge abgeschlossen worden sind, was aber nur geschehen darf, wenn diese nach Ansicht des Aufsichtsrates die nötige Garantie für die mündelsichere Anlage der eingezahlten Gelder leisten und außerdem noch eine alljährlich vom Aufsichtsrat ihrer Höhe nach zu bestimmende Kautions stellen, finden ebenfalls die obigen Bestimmungen sinngemäße Anwendung.
- D. An Orten, an denen der Verband in keiner der in A—C geschilderten Weise vertreten ist, findet zwischen den Mitgliedern und der Geschäftsstelle ein direkter Verkehr statt.

Sämtliche entstehenden Portospesen sind von dem betreffenden Mitgliede auch in den Fällen A—C zu vergüten.

§ 7.

Jedes Mitglied ist berechtigt, sich in jedem Jahre an dem Prämiensparsystem mit 4 Prämien Scheinen zu beteiligen; eine Beteiligung mit mehr als 4 Scheinen ist nur gegen Entrichtung einer besonderen Einschreibgebühr von 1 M. gestattet. Dagegen ist es zulässig, gefüllte Sparbücher innerhalb eines Jahres bereits für spätere Jahre vorzumelden, in welchem Falle die Einschreibgebühr auf 50 Pf. für die beiden nächsten Jahre ermäßigt wird, bei Vormeldung für spätere Jahre ganz in Fortfall kommt. In diesem Falle wird auf dem Prämienchein als Datum der Ausstellung der 1. Juli des betreffenden Jahres und als Verfalltag der 31. Dezember des fünften darauf folgenden Jahres bemerkt.

§ 8.

Der Verband unterhält bei der Reichsbank in Berlin und den von Zeit zu Zeit vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Banken Konten, auf die die Vertreter des Sparverbandes (Geschäftsstellen der Rabatt-Sparvereine, Sparkassen usw.) die sich aus dem geschäftlichen Verkehr ergebenden Gelder einzuzahlen haben und insbesondere dem Verband die Eintrittsgelder, Mitgliederbeiträge, Einschreibgebühren und Zinsen der zur Teilnahme an dem Prämien-Sparsystem angemeldeten Gelder zu überweisen haben. Die Überweisung erfolgt in der durch Vertrag festgelegten Weise und zu den bestimmten Zeiten. Nicht überwiesen werden dagegen diejenigen Summen, die die Rabatt-Sparvereine usw. sich verpflichtet haben, am Fälligkeitstermin auszus zahlen.

§ 9.

Der aus dem Verkehr zwischen den Rabatt-Sparvereinen, Sparkassen usw. dem Verband sich ergebende Zinsbetrag fließt in den für das betreffende Jahr zu bildenden Prämienverteilungsfonds, während die diesen Betrag übersteigenden Zinsen ebenso wie die Zinsen nach Ablauf von 5 Jahren bis zum Schluß des betreffenden Kalenderjahres den Rabatt-Sparvereinen, Sparkassen usw. als Entgelt für ihre Bemühungen verbleiben.

In den Prämienverteilungsfonds fließen ferner die von den ordentlichen Mitgliederversammlungen bestimmten Beträge, die aus Ersparnissen bei der Verwaltung herrühren.

§ 10.

In jedem Jahre gelangt eine auf 5 Jahre berechnete Serie zur Ausgabe. Bei vorhandenem Bedürfnis kann eine ordentliche Mitgliederversammlung beschließen, die Zahl der jährlichen Prämienverteilungen zu erhöhen. Findet in einem Jahre nur eine Prämienverteilung statt, so haben diejenigen Mitglieder, die nach dem 1. Juli des der Verteilung vorangegangenen Jahres den Interimsschein erhalten, eine Nachzahlung von 15 Pf. für den gelben oder 10 Pf. für den blauen Schein zu entrichten.

* § 11.

In den ersten drei Monaten jedes Kalenderjahres hat der Vorstand dem Aufsichtsrat eine Aufstellung zu überreichen, aus der die genaue Zahl der in jeder Serie verausgalteten Prämien Scheine hervorgeht, und legt dem Aufsichtsrat gleichzeitig einen Verteilungsplan für die zur Verteilung gelangenden Serien vor. Er hat an dem Plan die von dem Aufsichtsrat etwa verlangten Änderungen vorzunehmen, doch sind dabei folgende Grundsätze möglichst zu berücksichtigen: Im ersten Jahre ist der Prämienverteilungsfonds einem oder wenigen Mitgliedern zu überweisen, mit jedem folgenden Jahre sollen die Verteilungssummen kleiner werden, so daß die Zahl der an der Verteilung beteiligten Mitglieder von Jahr zu Jahr wächst.

§ 12.

Sobald ein Ehrenkomitee eingesetzt ist (§ 12 der Satzung des Volksparsverbandes für Deutschland), hat der Aufsichtsrat vor der endgültigen Festsetzung des Verteilungsplanes ihn dem Komitee zur Begutachtung vorzulegen und dessen Anregungen rüchlichst Folge zu geben.

§ 13.

Nach Fertigstellung des Planes durch den Aufsichtsrat ist dieser den Mitgliedern in geeigneter Weise bekannt zu geben. Abänderungsanträge müssen in der satzungsgemäß vorgesehenen Frist beim Aufsichtsrat eingereicht werden, um in der ordentlichen Mitgliederversammlung zur Beratung zu gelangen; als-

dann beschließt die ordentliche Mitgliederversammlung über den Verteilungsplan endgültig. Wird kein Abänderungsantrag innerhalb der vorgeschriebenen Frist gestellt, so gilt der Plan als genehmigt; dasselbe ist der Fall bei Ablehnung von Abänderungsanträgen, wobei angenommene Abänderungsanträge entsprechend berücksichtigt werden müssen.

§ 14.

Nach Genehmigung des Verteilungsplanes durch die ordentliche Mitgliederversammlung findet nach spätestens 8 Wochen die Ziehung der Prämien Scheine für das betreffende Jahr öffentlich vor Notar und Zeugen statt. Die Auszahlung der Prämien erfolgt frühestens vierzehn Tage nach der Ziehung und spätestens am Schlusse des Kalenderjahres. Bis dahin nicht abgehobene Beträge verfallen dem Reservefonds.

§ 15.

Das Ergebnis der Ziehung wird spätestens am achten Tage nach der erfolgten Ziehung im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht.

§ 16.

Sobald der Verein ein eigenes Vereinsorgan besitzt, finden alle Veröffentlichungen, also auch die auf das Prämien-Sparsystem bezüglichen, in diesem Vereinsorgan statt, und sie gelten als zur Kenntnis aller Mitglieder gelangt, sofern sie zu den vorgesehenen Terminen in dem Vereinsorgan veröffentlicht worden sind.

§ 17.

Vorstehende Bestimmungen finden keine Anwendung auf die Prämienverteilungen der Zweigvereine, der Abteilung für Jugend- und Schulparkassen und andere Abteilungen. Für diese werden vielmehr vom Vorstand im Einverständnis mit dem Aufsichtsrat besondere Bestimmungen erlassen.



3 2044 005 283 445





